

### Der demokratische Klassenkampf: zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz

Kohler, Ulrich

Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kohler, U. (2002). *Der demokratische Klassenkampf: zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz*. (Mannheimer Beiträge zur politischen Soziologie und positiven politischen Theorie, 5). Frankfurt am Main: Campus Verl.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-287540>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Der demokratische Klassenkampf  
Zum Zusammenhang von Sozialstruktur und  
Parteipräferenz

Ulrich Kohler

27. August 2002

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort der Herausgeber</b>	15
<b>Vorwort</b>	19
<b>0 Einleitung</b>	21
0.1 Vorgehensweise . . . . .	23
0.2 Soziologische Relevanz . . . . .	25
0.3 Begriffe . . . . .	26
0.4 Was ist neu? . . . . .	27
0.5 Replizierbarkeit . . . . .	28
0.6 Übersicht . . . . .	31
<b>1 Theorien des demokratischen Klassenkampfes</b>	33
1.1 Der Interaktionsansatz . . . . .	34
1.1.1 Grundlagen . . . . .	34
1.1.1.1 Kontakte, Assoziation und Homophilie . . . . .	35
1.1.1.2 Die Like-Me-Hypothese . . . . .	36
1.1.1.3 Die Homogenisierungshypothese . . . . .	39
1.1.1.4 Die Erklärung des demokratischen Klassenkampfes	44
1.1.2 Aktuelle Relevanz . . . . .	48
1.1.3 Weiterentwicklungen . . . . .	51
1.1.3.1 Strukturelle Äquivalenz . . . . .	51
1.1.3.2 Einstimmigkeit . . . . .	55
1.2 Die Interessentheorie . . . . .	57
1.2.1 Grundlagen . . . . .	57
1.2.2 Aktuelle Relevanz . . . . .	61
1.2.3 Weiterentwicklungen . . . . .	62
1.2.3.1 Bedürfnisse, Werte und kulturelle Ziele . . . . .	63

1.2.3.2	Macht . . . . .	65
1.2.3.3	Materieller Wohlstand . . . . .	68
1.2.3.4	Nicht materielle Zwischengüter . . . . .	75
1.2.3.5	Tiefenstruktur . . . . .	79
1.3	Der Identifikationsansatz . . . . .	80
1.4	Zusammenfassung . . . . .	85
<b>2</b>	<b>Versuch einer Synopse</b>	<b>87</b>
2.1	Die SEU-Theorie . . . . .	88
2.2	SEU-Theorie und demokratischer Klassenkampf . . . . .	94
2.2.1	Folgen . . . . .	94
2.2.2	Bewertungen . . . . .	95
2.2.3	Erwartungen . . . . .	97
2.2.3.1	Vollständige Informiertheit . . . . .	99
2.2.3.2	Unvollständige Informiertheit . . . . .	102
2.2.4	Langfristig wirksame Faktoren . . . . .	107
2.3	Exkurs: Messtheorie der Parteipräferenz . . . . .	111
2.4	Zusammenfassung . . . . .	119
<b>3</b>	<b>Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel</b>	<b>121</b>
3.1	Stichprobendesign . . . . .	121
3.1.1	Weiterverfolgungskonzept . . . . .	123
3.1.2	Panelmortalität . . . . .	123
3.1.3	Fallzahlen . . . . .	124
3.2	Konsequenzen des Stichprobendesigns . . . . .	128
3.2.1	Unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeiten . . . . .	129
3.2.1.1	Punktschätzer . . . . .	129
3.2.1.2	Varianz des Mittelwerts . . . . .	132
3.2.2	Klumpung . . . . .	133
3.2.2.1	Punktschätzer . . . . .	133
3.2.2.2	Varianz des Mittelwerts . . . . .	135
3.3	Zum Umgang mit dem Stichprobendesign . . . . .	137
3.3.1	Gewichtung . . . . .	138
3.3.1.1	Startwahrscheinlichkeiten . . . . .	139
3.3.1.2	Bleibwahrscheinlichkeiten . . . . .	140
3.3.1.3	Querschnittsauswertungen . . . . .	140
3.3.1.4	Unbalanced Paneldesigns . . . . .	141
3.3.2	Berechnung der Standardfehler . . . . .	142

<b>4</b>	<b>Wahlverhalten bei vollständiger Informiertheit</b>	145
4.1	Die objektiven Interessenlagen . . . . .	145
4.2	Simulation der Daten . . . . .	149
4.2.1	Allgemeine Datenstruktur . . . . .	149
4.2.2	Erzeugung der Bewertungen . . . . .	151
4.2.3	Erzeugung der Erwartungen . . . . .	155
4.3	Ergebnisse der simulierten Daten . . . . .	157
4.3.1	Möglichkeitsraum . . . . .	159
4.3.2	Zentrale Einheiten . . . . .	160
4.3.3	Struktur . . . . .	160
4.4	Überprüfung der Testimplikationen . . . . .	162
4.4.1	Operationalisierung und Methode . . . . .	162
4.4.2	Möglichkeitsraum . . . . .	165
4.4.3	Zentrale Einheiten . . . . .	168
4.4.4	Struktur . . . . .	168
4.5	Zusammenfassung . . . . .	171
<b>5</b>	<b>Spuren langfristig wirkender Faktoren</b>	173
5.1	Ursachen langfristig wirksamer Faktoren . . . . .	174
5.2	Stabilität der Parteieigung . . . . .	176
5.2.1	Übergangstabellen . . . . .	176
5.2.2	Typische Sequenzen der Parteipräferenz . . . . .	180
5.2.2.1	Sequenzen insgesamt . . . . .	182
5.2.2.2	SO-Ähnlichkeit . . . . .	185
5.2.2.3	SS-Ähnlichkeit . . . . .	188
5.2.3	Zusammenfassung . . . . .	193
5.3	Die Trägheit der Parteipräferenz . . . . .	194
5.3.1	Designs zur Untersuchung der Trägheit . . . . .	194
5.3.2	Operationalisierung und Methode . . . . .	196
5.3.2.1	Untersuchungszeitraum . . . . .	197
5.3.2.2	Variablen . . . . .	198
5.3.2.3	Methode . . . . .	203
5.3.3	Ergebnisse . . . . .	205
5.3.3.1	Design 1 . . . . .	208
5.3.3.2	Design 2 . . . . .	217
5.3.4	Zusammenfassung . . . . .	222

<b>6</b>	<b>Soziostrukturelle Ereignisse und</b>	
	<b>Parteipräferenz</b>	223
6.1	Die Wirkung soziostruktureller Ereignisse . . . . .	224
6.1.1	Vollständige Informiertheit . . . . .	224
6.1.1.1	Veränderung der Klassenlage . . . . .	224
6.1.1.2	Veränderung des Erwerbsstatus . . . . .	225
6.1.1.3	Investitionen in primäre Zwischengüter . . . . .	226
6.1.2	Unvollständige Informiertheit . . . . .	227
6.1.3	Langfristig wirksame Faktoren . . . . .	228
6.2	Methode . . . . .	229
6.2.1	Grundlagen der Panelregression . . . . .	229
6.2.1.1	Fixed-Effects-Modell . . . . .	232
6.2.1.2	Random-Effects-Modell . . . . .	233
6.2.1.3	Level-Score-Modell . . . . .	234
6.2.1.4	Warum Fixed-Effects-Modelle? . . . . .	235
6.2.1.5	Kategoriale abhängige Variablen . . . . .	239
6.2.2	Modellierung von Ereignisfolgen . . . . .	240
6.3	Daten . . . . .	244
6.3.1	Konsequenzen des Designs der abhängigen Variablen . . . . .	245
6.3.2	Beschreibung der Modellstichproben . . . . .	249
6.3.3	Unabhängige Variablen . . . . .	250
6.3.3.1	Wechsel der Klassenlage . . . . .	251
6.3.3.2	Übergang von und zur Arbeitslosigkeit . . . . .	252
6.3.3.3	Investition in Zwischengüter . . . . .	252
6.3.3.4	Neue Interaktionspartner . . . . .	254
6.3.3.5	Verteilung der unabhängigen Variablen . . . . .	255
6.4	Ergebnisse . . . . .	257
6.4.1	Vollständige Informiertheit . . . . .	258
6.4.1.1	Modellfit . . . . .	258
6.4.1.2	Entwicklung eines Außenkriteriums . . . . .	260
6.4.1.3	Die Wirkungen der soziostrukturellen Ereignisse . . . . .	263
6.4.2	Unvollständige Informiertheit . . . . .	269
6.4.2.1	Modellfit . . . . .	269
6.4.2.2	Wechsel der Klassenposition . . . . .	271
6.4.2.3	Übergang von und zur Arbeitslosigkeit . . . . .	276
6.4.2.4	Investitionen in Zwischengüter . . . . .	277
6.4.2.5	Wechsel von Interaktionspartnern . . . . .	280
6.4.3	Zeitverzögerte Wirkungen . . . . .	282

6.4.3.1	Modellfit . . . . .	283
6.4.3.2	Wechsel der Klassenposition . . . . .	284
6.4.3.3	Übergang von und zur Arbeitslosigkeit . . . . .	288
6.4.3.4	Investitionen in Zwischengüter . . . . .	289
6.4.3.5	Wechsel von Interaktionspartnern . . . . .	291
6.5	Zusammenfassung . . . . .	293
<b>7</b>	<b>Schluss</b>	295
<b>A</b>	<b>Ergänzende Materialien</b>	299
A.1	Stata-Do-File zu Kapitel 4 . . . . .	299
A.2	Regressionsergebnis zu Abschnitt 6.4.1 . . . . .	304
A.3	Regressionsergebnis zu Abschnitt 6.4.2 . . . . .	306
A.4	Regressionsergebnis zu Abschnitt 6.4.3 . . . . .	309
	<b>Literaturverzeichnis</b>	313





# Abbildungsverzeichnis

1.1	Bevölkerung mit demokratischen Klassenkampf . . . . .	45
1.2	Struktur des Interaktionsansatzes . . . . .	46
1.3	Struktur der Interessentheorie . . . . .	60
1.4	Differenzierungen im EGP-Klassenschema . . . . .	69
1.5	Identifikationsansatz, Interaktionsansatz und Interessentheorie . . . . .	83
2.1	Indikatoren der Parteipräferenz . . . . .	112
3.1	Fallzahlen von Längsschnittpopulationen im SOEP . . . . .	126
4.1	Verteilungsform der Zufallsvariablen nach Transformation mit $\Phi(z)$	153
4.2	Möglichkeitsraum des demokratischen Klassenkampfes . . . . .	158
4.3	Anteile der Parteineigung im Möglichkeitsraum des demokratischen Klassenkampfes . . . . .	166
4.4	Anteile der Wahlabsicht im Möglichkeitsraum des demokratischen Klassenkampfes . . . . .	167
4.5	Struktur des demokratischen Klassenkampfes . . . . .	169
5.1	Anteile stabiler Parteineigungen . . . . .	178
5.2	Probleme von Übergangstabellen . . . . .	181
5.3	Die zehn häufigsten Sequenzen der Parteineigung . . . . .	184
5.4	Anzahl von Stadien in SO-Sequenzen . . . . .	186
5.5	Die zehn häufigsten SO-Sequenzen der Parteineigung . . . . .	187
5.6	Designs zur Analyse der Trägheit . . . . .	195
5.7	Verteilung des Lebensalters . . . . .	203
5.8	Marginaleffekte der früheren Parteineigung . . . . .	211
5.9	Marginaleffekte der aktuellen Stimmung im Haushalt . . . . .	213
5.10	Marginaleffekte der aktuellen Klassenzugehörigkeit . . . . .	213

5.11	Marginal effekte der aktuellen und früheren Stimmung im Haushalt	220
5.12	Marginal effekte der aktuellen und früheren Klassenzugehörigkeit	220
6.1	Vorteile des Fixed-Effects-Modells	239
6.2	Mögliche Wirkungen von Ereignissen	240
6.3	Anzahl Beobachtungen pro Befragten	251
6.4	Relative Häufigkeiten soziostruktureller Ereignisse	257
6.5	Wirkungen bei vollständiger Informiertheit	265
6.6	Wirkung der Klasse nach politischem Interesse	272
6.7	Wirkung der Arbeitslosigkeit nach politischem Interesse	276
6.8	Wirkung der Zwischengüter nach politischem Interesse	278
6.9	Wirkung neuer Informationspartner nach politischem Interesse	281
6.10	Zeitverzögerte Wirkungen der Klasse	286
6.11	Zeitverzögerte Wirkung der Arbeitslosigkeit	290
6.12	Zeitverzögerte Wirkung der Zwischengüter	290
6.13	Zeitverzögerte Wirkung neuer Interaktionspartner	292

# Tabellenverzeichnis

2.1	objektiven Interessenlagen soziostruktureller Gruppen . . . . .	103
2.2	Stabilität der Indikatoren der Parteipräferenz . . . . .	118
3.1	Anzahl realisierter Interviews im SOEP . . . . .	125
3.2	Bias auf Grund der Schichtung . . . . .	131
3.3	Designeffekte auf Grund der Schichtung . . . . .	133
3.4	Designeffekte auf Grund der Klumpung . . . . .	137
4.1	Zusammenfassung des EGP-Klassenschemas . . . . .	164
5.1	Übergangswahrscheinlichkeiten der Parteipräferenz zwischen $t-1$ und $t$ . . . . .	179
5.2	Häufigkeitsklassifizierung der Sequenzen der Parteineigung . . . . .	183
5.3	Häufigkeitsklassifizierung der SO-Sequenzen der Parteineigung . . . . .	187
5.4	SS-Sequenzen . . . . .	190
5.5	Typen von SS-Sequenzen . . . . .	191
5.6	Verteilungen der unabhängigen Variablen . . . . .	199
5.7	Stabilität der unabhängigen Variablen . . . . .	200
5.8	Gesamtfit der Analysemodelle . . . . .	206
5.9	$F$ -Tests der Variablen im Design 1 . . . . .	209
5.10	$F$ -Tests der Variablen im Design 2 . . . . .	218
6.1	Erwartete Wirkung eines Wechsels der Klassenposition . . . . .	226
6.2	Paneldaten im <i>weiten</i> Format . . . . .	230
6.3	Variationsquellen in Paneldaten . . . . .	230
6.4	Paneldaten im <i>langen</i> Format . . . . .	231
6.5	Fiktive Beispieldaten für Fixed-Effects-Modelle . . . . .	232
6.6	Fallbeispiele zur Bildung von Ereignisindikatoren . . . . .	242

6.7	Fiktive Daten von Klassenzugehörigkeit und Parteipräferenz . . . .	246
6.8	Fallzahlen der Modellstichproben . . . . .	249
6.9	Verteilung soziostruktureller Ereignisse . . . . .	256
6.10	Fit unter vollständiger Informiertheit . . . . .	259
6.11	Unabhängige Variablen der Querschnittsmodelle . . . . .	262
6.12	Durchschnittlicher Effekt der Klasse . . . . .	266
6.13	Fit bei unvollständiger Informiertheit . . . . .	270
6.14	Regressionsmodelle bei zeitverzögerten Wirkungen . . . . .	283
A.1	Regressionskoeffizienten bei vollständiger Informiertheit . . . . .	304
A.2	Regressionskoeffizienten bei unvollständiger Informiertheit . . . . .	306
A.3	Regressionskoeffizienten bei zeitverzögerten Effekten . . . . .	309

## Vorwort der Herausgeber

In dem Nachkriegsklassiker der politischen Soziologie, dem Buch „Political Man“ (1960) von Seymour Martin Lipset, ist ein Kapitel überschrieben „Elections: The Expression of the Democratic Class Struggle“. Lipset entlieh diesen Titel einem älteren Werk über Parteiwechsel in der amerikanischen Wählerschaft unter dem Eindruck der großen Depression Anfang der 30er Jahre. Er reiht die Autoren Dewey Anderson und Percy Davidson unter die Pioniere des verhaltenswissenschaftlichen Ansatzes in der politischen Soziologie ein.

Wenn Ulrich Kohler seinerseits den Titel „Der demokratische Klassenkampf“ gewählt hat, will er damit kein spätmarxistisches Signal geben, sondern sieht seine Arbeit in dieser Tradition der politischen Soziologie. Er greift deren klassische Fragestellung nach dem Zusammenhang von Sozialstruktur und politischem Verhalten auf und benennt mit der Klassenzugehörigkeit sofort eine der zentralen Einflussgrößen auf das Wählerverhalten.

International hat das Thema *Class Voting* in den letzten Jahren wieder verstärkt an Aufmerksamkeit gewonnen. Dabei steht die Neukonzeption von Erwerbsklassen im Vordergrund. Neue Bündnisse zwischen bestimmten sozialen Klassen und politischen Parteien werden beschrieben, ohne dass man eine ausformulierte Mikrotheorie zur Erklärung dieser Zusammenhänge heranziehen würde. Ulrich Kohler schließt diese Forschungslücke.

Drei Stärken der Arbeit sind besonders hervorzuheben:

1. Die mikrotheoretische Fundierung der Interessentheorie durch Zusammenführung mit anderen Ansätzen zu einer einheitlichen Werterwartungstheorie. Klassische Hypothesen zur Erklärung des Einflusses sozialstruktureller Faktoren auf die Wahlentscheidung sind z. B. die dem sozialpsychologischen Michigan-Modell zuzurechnende Identifikationstheorie und die auf die Columbia Schule zurückgehende Interaktionstheorie. Letztere wird unter dem Gesichtspunkt der Informationskosten in die Interessentheorie in-

tegiert. Der theoretische Kern der neu formulierten Interessentheorie des Wählerverhaltens besteht in der Zerlegung der Interessen in drei „Zwischengüter“, die von den sozialen Klassen angestrebt werden: Die Steigerung der Machtressourcen einer Klasse (Kontrolle von Produktionsmitteln, Arbeitskraft), die Steigerung des materiellen Wohlstands und schließlich die Steigerung von Ressourcen zur Selbstverwirklichung. Die Nachfrage der Klassen nach diesen drei „Zwischengütern“ und das entsprechende Angebot der Parteien werden, wie man früher gesagt hätte, als objektive Interessen postuliert und begründet.

2. Die Simulation des Wählerverhaltens der sozialen Klassen unter der Annahme vollständiger Informiertheit. Die Hypothesen der vom Autor reformulierten Interessentheorie werden als datengenerierender Prozess eines künstlich geschaffenen Datensatzes verwendet. Die so berechenbaren Parteianteile in sechzehn sozialstrukturellen Gruppen können dann mit den realen Daten des ALLBUS und des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) verglichen werden. Insgesamt fällt dieser Vergleich relativ zufriedenstellend aus, es gibt nur einige Ausnahmen, für die die Erklärungsleistung ungenügend ist. Dies betrifft das Wählerverhalten der Berufsklasse der sozialen Dienste und, etwas überraschend, der Arbeiter. Von den Parteien werden die Anteile der Grünen nicht gut prognostiziert.
3. Die Untersuchung einer bisher nie untersuchten Fragestellung: Führt die Änderung der Klassenlage von Wählern zur Änderung ihrer Parteibindung? Zur Beantwortung dieser Frage liefert das SOEP die ideale Datenbasis. Es kann hier nur das Hauptergebnis herausgestellt werden. Bestimmte Positionswechsel wie z.B. Eintritt oder Austritt aus der Arbeitslosigkeit oder Wechsel in die Selbständigkeit wirken sich bei den politisch Interessierten, also den Personen, für die die Beschaffung von neuer politischer Information keine Last darstellt, erwartungsgemäß in Richtung eines Parteiwechsels aus, während die politisch Uninteressierten auf den Einfluss des Lebenspartners reagieren. „Politisch nicht interessierte Befragte geben ihre politischen Präferenzen auf, wenn sie mit Personen anderer Parteipräferenz zusammenziehen.“

Die politische Soziologie wird in Deutschland sowohl als Teilgebiet der Soziologie als auch der Politikwissenschaft gelehrt. Dies gilt auch für den Teilbereich des Wählerverhaltens. Ulrich Kohler liefert als Soziologe einen innovativen Beitrag

zur Klassenbasis des Wählerverhaltens, der den Schuss zulässt, dass der demokratische Klassenkampf in Form von Wahlen nicht beendet ist.

Mannheim, im Juni 2002

*Franz U. Pappi, Jan W. van Deth*





## Vorwort

Die vorliegende Studie ist die geringfügig überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die 2001 an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim angenommen wurde. Die Arbeit entstand im Rahmen meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung und angewandte Soziologie von Prof. Dr. Walter Müller.

Die Arbeiten zu dieser Untersuchung begannen im Jahr 1996. Den Anstoß zur Entstehung gaben zahlreiche Diskussionen, die der Aufsatz von Rainer Schnell und mir zur Individualisierungshypothese hervorgerufen hat (Schnell und Kohler 1995). In diesen Diskussionen wurde immer wieder die fehlende theoretische Fundierung unseres Aufsatzes moniert. Dies war für mich der Anlass, mich eingehender mit den Theorien des demokratischen Klassenkampfes zu befassen.

Danken möchte ich zuallererst meinem Betreuer Prof. Dr. Walter Müller. Ich habe an seinem Lehrstuhl über fünf Jahre hinweg große Freiheiten genossen und durfte mir seiner Unterstützung stets sicher sein.

Wertvolle Hinweise zu einzelnen Kapiteln dieses Buchs verdanke ich Frauke Kreuter, Frank Kalter und Reinhart Pollak. Josef Brüderl verdanke ich wertvolle Hinweise methodischer Art. Susanne Kohler, Frauke Kreuter, Reinhart Pollak und Beate Rossi standen mir mit großem Einsatz beim Korrekturlesen zur Seite. Hannah Alter hat die Korrektur der vorliegenden Fassung übernommen und dabei außergewöhnliche Sorgfalt walten lassen. Lars Heinisch, Stefan Gauch, Wolfgang Muffler und Adrian Treusch von Buttlar haben die Mühe der Durchsicht des Literaturverzeichnisses auf sich genommen. Ihnen allen sei hiermit gedankt.

Meine Frau Susanne hatte in den letzten Jahren wenig Unterstützung bei der Erziehung unserer gemeinsamen Kinder. Sie hat dies auf sich genommen als sei es selbstverständlich. Ist es nicht, und dafür danke ich ihr.

Mannheim, im Juni 2002

*Ulrich Kohler*



# Kapitel 0

## Einleitung

Diese Untersuchung befasst sich mit den Ursachen des demokratischen Klassenkampfes. Der Begriff „demokratischer Klassenkampf“ findet sich vermutlich zum ersten Mal im Titel des 1943 veröffentlichten Buches „Ballots and the Democratic Class Struggle“ von Dewey Anderson und Percy Davidson (1943). Man bezeichnet damit jenes für westliche Gesellschaften typische Phänomen, dass sich Menschen in unterschiedlichen sozialen Positionen in ihrem Wahlverhalten unterscheiden. Grob gesprochen tendieren Menschen aus unteren sozialen Klassen dazu, „linke“ Parteien zu wählen, während privilegierte Klassen eher konservativ wählen.

Der Ausdruck „demokratischer Klassenkampf“ geht ein wenig über die bloße Benennung dieser Erscheinung hinaus. Denn er impliziert eine theoretische Grundposition zu seiner Erklärung: Mit dem Begriff „Klassenkampf“ wird der revolutionäre Konflikt zwischen Gruppen mit unterschiedlichen ökonomischen Interessen bezeichnet (Marx 1885). Beim „demokratischen“ Klassenkampf wird dieser Konflikt friedlich durch die Entscheidungen an der Wahlurne ausgefochten. Die Wahlentscheidung jedes Einzelnen wird also – so die theoretische Grundposition – von den aus seiner sozialen Position resultierenden ökonomischen Interessen beeinflusst.

Es ist dies nicht die einzige Möglichkeit, den demokratischen Klassenkampf zu erklären. Andere Theorien stellen die persönliche Beeinflussung von Menschen in sozialen Kontakten in den Mittelpunkt. Wieder andere betonen affektive Bindungen zu parteipolitisch gebundenen *Bezugsgruppen* oder verweisen auf die historischen Bedingungen bei der Entstehung des Parteiensystems. In dieser Untersuchung soll es darum gehen, die Relevanz solcher Erklärungen des demokratischen Klassenkampfes abzuschätzen. Der Begriff „demokratischer Klassenkampf“ wird darum ohne jede Verknüpfung mit einer theoretischen Grundposition verwendet; er bezeichnet nur das Phänomen *soziostrukturell bedingten* Wahlverhaltens.

Die vorliegende Arbeit untersucht die unterschiedlichen Erklärungen des demokratischen Klassenkampfes daraufhin, was sie an Erklärungen versprechen und was sie tatsächlich einlösen. Bislang ist nur unzureichend geklärt, welche Erklärung für den demokratischen Klassenkampf die größte Gültigkeit für sich in Anspruch nehmen kann. Dies hat mehrere Gründe. Der wichtigste Grund ist wahrscheinlich, dass sich die empirische Wahlsoziologie stärker mit den Bestimmungsfaktoren von aktuellen Wahlentscheidungen befasst als mit dem langfristig wirksamen Einfluss der sozialen Position: Nach dem bis heute weit verbreiteten sozialpsychologischen Erklärungskonzept der *Michigan-School* mündet die soziale Position über einen so genannten „Kausalitätstrichter“ in eine langfristig stabile Neigung zu einer Partei. Empirische Studien dieser Tradition beschäftigen sich zumeist mit der Frage, wann und unter welchen Umständen bei einer konkreten Wahlentscheidung von dieser langfristig stabilen Neigung abgerückt wird. Die kausalen Vorgänge innerhalb des Kausalitätstrichters werden dagegen nur selten thematisiert.

In neuerer Zeit hat sich der Schwerpunkt der theoretischen Modellierung des Wahlverhaltens mehr und mehr in Richtung auf die allgemeine Verhaltenstheorie des *Rational-Choice* verlagert. Die Entscheidung für eine politische Partei wird in diesem Ansatz als eine Folge individueller Nutzenmaximierung angesehen. Zur Reduzierung von Informationskosten entwickeln die Wähler generalisierte Ideologien und wählen diejenige Partei, deren Ideologie ihrer eigenen am nächsten kommt. Die empirischen Studien dieser Forschungsrichtung beschäftigen sich in starkem Maße mit der Identifizierung der Ideologiedimensionen, an denen die Wähler die Parteien beurteilen. Die kausalen Vorgänge, die zur Ausbildung der ideologischen Position der Wähler führen, werden seltener thematisiert. Insofern die ideologischen Positionen der Wähler ebenfalls Einflüssen der sozialen Position ausgesetzt sind, bleibt auch hier ein Kausalitätstrichter vorgelagert.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen diejenigen Vorgänge *innerhalb* des Kausalitätstrichters, die den demokratischen Klassenkampf erklärbar machen. Hierzu wird eine vergleichende Überprüfung der wichtigsten Theorien des demokratischen Klassenkampfes angestrebt. Der besondere Beitrag dieser Arbeit besteht in der erstmaligen Berücksichtigung individueller Veränderungen der soziostrukturellen Position. Darin unterscheidet sich die vorliegende Arbeit fundamental von anderen bislang zu diesem Thema veröffentlichten Arbeiten.

Das bisher angewandte Verfahren zur Überprüfung von Theorien des demokratischen Klassenkampfes lässt sich in aller Kürze so zusammenfassen: Aus einer Theorie werden spezifische Testimplikationen abgeleitet. Die abgeleiteten Testimplikationen beziehen sich dabei auf Unterschiede der Parteipräferenzen von

Angehörigen unterschiedlicher sozialer Gruppen, d. h. auf Unterschiede der Parteipräferenzen *zwischen* den Individuen. Lassen sich die erwarteten Unterschiede empirisch beobachten, so gilt die zugrundeliegende Theorie als bestätigt.

Dieses Vorgehen ist aus zwei Gründen ergänzungsbedürftig. *Erstens* lassen sich aus konkurrierenden Theorien häufig identische Testimplikationen ableiten. Die Bewährung einer Theorie an einer solchen Testimplikation ist dann immer auch eine Bewährung der konkurrierenden Theorie. Die abgeleiteten Testimplikationen sind somit nicht geeignet, zwischen den konkurrierenden Theorien zu entscheiden. *Zweitens* berücksichtigt diese Vorgehensweise nicht, dass Personen mit gleicher soziostruktureller Position möglicherweise über unterschiedliche Karrieren zu dieser Position gelangt sind. Man kann jedoch die Frage stellen, ob unterschiedliche soziostrukturelle Karrieren nicht ebenfalls Unterschiede in den Parteipräferenzen implizieren.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen. Aus fast allen Theorien des demokratischen Klassenkampfes lässt sich ableiten, dass sich das Wahlverhalten von *Arbeitern* und *Selbständigen* unterscheiden sollte. Zeigen sich diese Unterschiede auch in empirischen Daten, so werden alle Theorien zugleich bestätigt. Eine Entscheidung zwischen den Theorien ist nicht möglich. Gleichzeitig mag man die Frage stellen, ob es einen Unterschied macht, ob ein Selbständiger schon längere Zeit selbständig oder bis vor kurzem noch Arbeiter gewesen ist. Im Rahmen der vorliegenden Analysen wird sich zeigen, dass gerade diese Fragestellung eine Möglichkeit liefert, die verschiedenen Theorien des demokratischen Klassenkampfes vergleichend zu beurteilen.

## 0.1 Vorgehensweise

Um das gesteckte Ziel zu erreichen sind zwei Vorentscheidungen zu treffen: Erstens: Welche Theorien werden als wesentliche Beiträge zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes herangezogen? Zweitens: Worin unterscheiden sich die Theorien und was sind ihre Gemeinsamkeiten? Die Beantwortung dieser Fragen bildet die Basis für die Formulierung von Testimplikationen, deren empirische Überprüfung Hinweise über die Relevanz der einzelnen Theorien geben soll.

Wichtige Theorien zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes sind:

- der auf die *Columbia-School* zurückgehende „Interaktionsansatz“ (Berelson, Lazarsfeld und McPhee 1954; Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1948),
- der von der „Michigan-School“ um Angus Campbell und Philip Converse

ausgebaute „Identifikationsansatz“ (Campbell, Converse, Miller und Stokes 1960; Campbell, Gurin und Miller 1954) und

- die „Interesstheorie politischen Verhaltens“, wie sie z. B. in der „Cleavage-Theorie“ von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan zum Ausdruck kommt (Lipset und Rokkan 1967).

Alle hier genannten Theorien haben ein beträchtliches Alter. Dass ihnen dennoch Aktualität bescheinigt werden kann, wird im Einzelnen an geeigneter Stelle nachzuweisen sein.

Man mag an dieser Stelle moderne, an ökonomischen Modellen orientierte Wahltheorien vermissen, doch erfolgt diese Auslassung mit Bedacht. Diese Ansätze finden ihre Rolle bei der Klärung der zweiten Vorfrage: Worin unterscheiden sich die Theorien und was sind ihre Gemeinsamkeiten? Um diese Frage zu beantworten müssen die Theorien *vergleichbar* gemacht werden. Hierzu können die Theorien als Spezialfälle einer gemeinsamen theoretischen Basis betrachtet werden. Die Mechanismen der unterschiedlichen Theorien werden dazu in einer gemeinsamen „Sprache“ oder „Maßeinheit“ beschrieben. Dadurch lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede spezifizieren und Testimplikationen finden, mit denen über die Relevanz der Erklärungsmechanismen entschieden werden kann.

Als gemeinsame theoretische Basis wird in dieser Untersuchung die Theorie rationalen Handelns verwendet: Es wird behauptet, dass sich die Erklärungsmechanismen der oben genannten Ansätze als Spezialfälle der *Rational-Choice*-Theorie betrachten lassen.

Nicht auszuschließen ist, dass die Ergebnisse der Untersuchung mit dem Argument angezweifelt werden, die Reformulierung der Theorien liefere nur Zerrbilder; überprüft werde also die Relevanz der Zerrbilder und diese sei für die Relevanz der ursprünglichen Theorien irrelevant. Der Einwand könnte berechtigt sein. Bei der Reformulierung der Theorien werden bestimmte Teile ausgespart und andere Teile stärker in den Vordergrund gerückt als dies in den ursprünglichen Theorien der Fall ist. Die gesamte Reformulierung der Theorien erfolgt auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau. Dabei unterlaufene Fehleinschätzungen gehen zu Lasten des Autors, der jedoch hofft, mindestens interessante Zerrbilder zu liefern.

Die Betrachtung der Theorien von einem im Voraus festgelegten theoretischen Standpunkt ist jedoch nicht nur nützlich, sondern unvermeidbar. Wie jede Beobachtung erfolgt auch die Textfassung im Lichte zumindest impliziter Theorien. Sowohl die Auswahl der wesentlichen Argumente eines theoretischen Textes als auch ihre gedankliche Erfassung ist hypothesengeleitet. Indem die Theorien hier

vom Standpunkt des methodologischen Individualismus reformuliert werden, soll wenigstens ein Teil dieser impliziten Vorgänge offengelegt werden.

Um es ganz deutlich zu machen: Es geht hier nicht um eine Überprüfung der *Rational-Choice*-Theorie. Die *Rational-Choice*-Theorie wird in dieser Untersuchung als *wahr* vorausgesetzt. Es geht um die Bestimmung der Relevanz von unterschiedlichen Erklärungsmechanismen des demokratischen Klassenkampfes.

## 0.2 Soziologische Relevanz

Warum ist es soziologisch relevant, jahrzehnte alte Theorien zu untersuchen? Weil diese Theorien in der Wahlforschung immer noch angewandt werden, ohne dass endgültig geklärt wäre, ob sie richtig sind. Dazu kommt aber noch mehr. Denn in der Wahlforschung stehen die genannten Theorien keineswegs alleine, und endgültig geklärt ist selten etwas. Die soziologische Relevanz dieser Untersuchung wird eher in der Sozialstrukturanalyse als in der Wahlsoziologie gesehen. Dies mag möglicherweise überraschen und sollte daher näher begründet werden.

Sicher lässt sich das Phänomen des demokratischen Klassenkampfes aus der übergeordneten Fragestellung nach den Ursachen des Wahlverhaltens betrachten. Auf der anderen Seite kann man sich dem Thema aber auch unter dem Aspekt der allgemeinen Bedeutung soziostruktureller Merkmale nähern. Die Analyse von Sozialstrukturen ist eines der ältesten und wichtigsten Themenfelder der Soziologie. Zum Forschungsprogramm der Sozialstrukturanalyse gehört, die Auswirkungen der sozialen Lage auf die Wahrnehmungen, Deutungen und Verhaltensweisen der Menschen zu untersuchen. In der Forschungspraxis schlägt sich dies in einer großen Zahl von Untersuchungen über mögliche Zusammenhänge zwischen soziostruktureller Positionen und Einstellungen bzw. Verhaltensweisen nieder.

In jüngerer Zeit ist diese Praxis vermehrter Kritik ausgesetzt. Das Wort von der *Variablensoziologie* macht die Runde. Gemeint ist damit eine unreflektierte oder nur durch *Ad-Hoc*-Hypothesen abgestützte Anwendung standard-soziodemographischer Variablen auf zahllose Fragestellungen.

Als Gegenmodell fungieren oft Theorien aus der Sozialpsychologie oder das von der Ökonomie übernommene individualistische Modell des *Rational-Choice*. Leider wird dabei manchmal so getan, als ob soziostrukturelle Variablen innerhalb dieser Konzepte generell obsolet seien. Dies ist aber nicht der Fall. Folgendes Beispiel soll dies illustrieren: In der Wahlsoziologie wird vielfach zwischen zwei grundlegenden Modellen unterschieden. Da ist auf der einen Seite ein sozialstrukturelles Konzept, bei dem von einem mehr oder weniger einfachen kau-

salen Zusammenhang zwischen soziostrukturellen Faktoren und politischem Verhalten ausgegangen wird. Dem steht gegenüber ein sogenanntes sozialpsychologisches Konzept, nach dem das individuelle Wahlverhalten durch die Variablen Kandidatenorientierung, Problemorientierung und Parteiidentifikation gesteuert wird. Gewählt wird die Partei, deren Kandidat dem Wähler am sympathischsten ist, deren Positionen dem Wähler am nächsten sind und mit der sich der Wähler am ehesten identifiziert (Campbell, Converse, Miller und Stokes 1960; Campbell, Gurin und Miller 1954). Soziostrukturelle Variablen haben keine Bedeutung in diesem Konzept. Obwohl es auf den ersten Blick kaum gegensätzlichere Modelle zu geben scheint, ist dies nicht der Fall. Beide Modelle sind nicht gegensätzlich; sie beantworten vielmehr vollkommen unterschiedliche Fragestellungen. Das wird offensichtlich, wenn man nach den Ursachen der Parteiidentifikation fragt, die im sozialpsychologischen Konzept die zentrale Rolle spielt. Die Antworten hierauf sind verschieden, jedoch häufig dieselben, wie man sie bei den Begründungen für das sozialstrukturelle Konzept findet.

Die Beobachtung von Zusammenhängen zwischen soziostrukturellen Variablen und individuellen Verhaltensweisen oder Einstellungen sind keine Frage des theoretischen Konzepts. Wenn es solche Zusammenhänge gibt, sind dies keine „Scheinkorrelationen“, sondern erklärungsbedürftige Korrelationen. Zusammenhänge zwischen soziostrukturellen Variablen und Verhaltensweisen sind keine Erklärung, sie sind das Explanandum. Die soziologische Relevanz dieser Arbeit liegt in ihrem Beitrag zur Erklärung derartiger Phänomene.

### 0.3 Begriffe

In dieser Arbeit wird an verschiedenen Stellen der Ausdruck „Parteipräferenz“ verwendet. Dieser Ausdruck wird als übergeordneter Begriff für drei Konzepte verwendet: *Wahlverhalten*, *Wahlabsicht* und *Parteiidentifikation*. Das „Wahlverhalten“ ist die Entscheidung eines Wählers bei einer konkreten politischen Wahl. Unter „Wahlabsicht“ wird eine momentane Parteipräferenz ohne Bezug zu einer konkreten Wahl verstanden; sie wird in der Regel durch die so genannte *Sonntagsfrage* erhoben. Je näher die *momentane* Parteipräferenz an eine konkrete Wahlsituation rückt, desto enger dürfte der Zusammenhang zwischen Wahlverhalten und Wahlabsicht werden. Die „Parteiidentifikation“ bezeichnet eine *dauerhafte* Präferenz für eine bestimmte Partei *ohne* Bezug auf eine *konkrete* Wahl. Gemessen wird die Parteiidentifikation mit der *Parteieneigungsfrage*. „Parteieneigung“ wird darum für das Ergebnis der empirischen Beobachtung der Parteiidentifikation verwendet.



Die theoretischen Überlegungen dieser Untersuchung beziehen sich auf das *Wahlverhalten*. Bei den meisten Analysen wird jedoch die *Parteieneigung* verwendet. Es besteht darum das grundsätzliche Problem der Verbindung der theoretischen Fragestellung mit den empirischen Analysen. Enthält die Parteieneigung genügend Informationen, um über die momentane konkrete Parteipräferenz Aussagen zu treffen? Diese Frage wird hier – durchaus im Gegensatz zur vorherrschenden Meinung in der Wahlforschung – bis zu einem gewissen Grad bejaht. Es wird angenommen, dass es auf dem Abstraktionsniveau der hier durchgeführten Analysen keinen Unterschied macht, welche Dimension der Parteipräferenz erhoben wird. Darum wird in dieser Untersuchung immer dann von Parteipräferenz gesprochen, wenn es irrelevant ist, welches der oben beschriebenen drei Konzepte gemeint ist. Das Problem wird in einem Exkurs in Abschnitt 2.3 ausführlicher behandelt.

#### 0.4 Was ist neu?

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine Dissertation. Eine Dissertation sollte neue wissenschaftliche Erkenntnisse liefern. Thematisch befasst sich die vorliegende Arbeit aber mit einem alten und gut erforschten Thema. Worin besteht also der neue Beitrag dieser Arbeit?

Der wichtigste Beitrag dieser Arbeit liegt im verbesserten Verständnis der Ursachen des demokratischen Klassenkampfes. Dieses verbesserte Verständnis ergibt sich zum einen aus einer Integration der Theorien des demokratischen Klassenkampfes in den *Rational-Choice*-Ansatz, zum anderen aus einer Reihe von empirischen Analysen, die in dieser Form bislang noch nicht vorgelegt wurden.

In Kapitel 6 werden die Wirkungen soziostruktureller Ereignisse untersucht. Dabei geht es um die Frage, ob und wie sich die Parteipräferenz ändert, wenn sich die soziostrukturelle Position ändert. Diese Analysen betreten inhaltliches wie methodisches Neuland.

Dasselbe gilt für die Analysen in Abschnitt 5.2.2. Hier werden die Parteipräferenzen von Individuen über einen Zeitraum von 14 Jahren beobachtet. Das inhaltliche Ziel dieses Abschnitts ist eine detaillierte Beschreibung typischer Muster oder *Verläufe* von Parteipräferenzen. Auf diese Weise können Erkenntnisse über die Stabilität von Parteipräferenzen gewonnen werden, die weit über die Berechnung von Stabilitätskennziffern hinausgehen.

Alle übrigen Befunde haben Neuigkeitswert, weil sie aus Daten des sozio-oekonomischen Panels (SOEP) stammen. Bislang wurde diese Datenbasis nur sel-

ten für Themenstellungen der soziologischen Wahlanalyse genutzt.<sup>1</sup> Das Prädikat „neu“ verdienen die hier erzielten Befunde jedoch weniger auf Grund der Analyse eines bislang nicht beachteten Datensatzes, sondern auf Grund der Besonderheiten dieses Datensatzes. Das SOEP ist eine *Längsschnittuntersuchung* der deutschen Wohnbevölkerung, bei der seit 1984 im jährlichen Turnus *alle* über 15-jährigen Personen in den teilnehmenden Haushalten befragt werden. Die hier vorgelegten Analysen stellen den bislang ersten Versuch dar, sowohl die Längsschnitteigenschaften dieses Datensatzes als auch die Informationen, die sich aus der Befragung mehrerer Personen pro Haushalt ergeben, für die empirische Wahlsoziologie nutzbar zu machen.

Schließlich kann das im Rahmen dieser Arbeit angewandte Dokumentationssystem der statistischen Analysen zwar nicht als neu<sup>2</sup>, aber als beispielgebend bezeichnet werden. Mit diesem Dokumentationssystem soll es dem Leser möglich gemacht werden, jede einzelne in dieser Arbeit präsentierte Zahl nachzurechnen und wenn nötig zu korrigieren. Eine Erläuterung dieses Dokumentationssystems findet sich im nachfolgenden Abschnitt.

## 0.5 Replizierbarkeit

Die im Rahmen dieser Arbeit vorgenommenen Analysen sind vollständig in einem Dokumentationssystem niedergelegt. Dieses Dokumentationssystem besteht aus drei Teilen.<sup>3</sup> *Erstens* aus *Do-Files* für das Datenanalysepaket Stata, *zweitens* aus Textverweisen und *drittens* aus einem Master-*Do-File*.

Mit einer Ausnahme wurden alle Analysen in dieser Arbeit mit dem Datenanalyseprogramm „Stata“ durchgeführt.<sup>4</sup> Dabei wurde für jede Analyse ein *Do-*

---

1 Die Literaturliste des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) über Analysen mit diesem Datensatz weist bislang nur wenige Studien aus dem Bereich der empirischen Wahlsoziologie aus (Diehl und Urbahn 1997; Büchel und Falter 1994; Klein 1991; Kohler 1997; Kohler 1998; Landua 1989; Landua 1990; Landua 1991; Schupp 1988). Zur Thematik des demokratischen Klassenkampfes findet sich – abgesehen von einer Vorstudie zu dieser Arbeit (Kohler 1997) – keine Veröffentlichung mit diesem Datensatz.

2 Einen früheren Versuch mit demselben Verfahren findet sich im Internet unter der Adresse <http://www.sowi.uni-mannheim.de/lehrstuehle/lesas/kohler98>. Eine weitere Anwendung bei Kreuter (2001) ist geplant. Weitere öffentlich zugängliche Anwendungen sind nicht bekannt.

3 Eine ausführliche Darstellung des Dokumentationssystems findet sich bei Kohler und Kreuter (2001: 45-52). Das Verfahren wurde im Internet-Kurs *nc 141* der Firma Stata-Corporation, College Station, Texas, USA vorgeschlagen.

4 Die Ausnahme ist ein „Latent-Class-Model“ auf welches in Fußnote 20 auf Seite 118 hingewiesen

*File* geschrieben. Dies ist eine ASCII-Text-Datei mit Stata-Befehlen. Der *Do-File* enthält jeden Stata-Befehl, der zur Erstellung einer bestimmten Grafik oder Tabelle notwendig ist. Durch Aufruf des entsprechenden *Do-Files* in Stata wird die entsprechende Tabelle oder Grafik erneut berechnet. Bei Zweifeln an einem Analyseergebnis können die *Do-Files* überprüft und evtl. verändert werden.

Die Dokumentation der Analysen in *Do-Files* ist nur dann von Nutzen, wenn der *Do-File* zu einem konkreten Ergebnis problemlos gefunden werden kann. Deshalb wird für jedes publizierte Ergebnis der Name des *Do-Files* angegeben, mit dem das Ergebnis ermittelt wurde. Bei Tabellen und Grafiken findet sich dieser Name unmittelbar unter der jeweiligen Tabelle oder Grafik. Bei einzelnen Zahlen innerhalb des Textes findet sich dieser Name in einer Fußnote.

Bleibe das letzte Element des Dokumentationssystems: Der *Master-Do-File*. Der *Master-Do-File* ist eine kommentierte Liste aller im Rahmen der vorliegenden Arbeit erstellten *Do-Files*. Diese Liste kann als Verzeichnis der durchgeführten Analysen angesehen werden, denn die Liste ist nach dem Zeitpunkt der Analysen geordnet. Zu Beginn des *Master-Do-File* stehende *Do-Files* wurden am Anfang der Arbeit erstellt, weiter unten stehende entsprechend später.

Der *Master-Do-File* geht über die Dokumentation der hier präsentierten Ergebnisse hinaus. Wer empirisch forscht weiß, dass neben den publizierten Ergebnissen viele weitere empirische Analysen durchgeführt, aber nicht publiziert werden. Das betrifft typischerweise alle Konsistenzprüfungen oder andere Analysen zur Fehlerkontrolle. Das kann im Einzelfall jedoch auch Analysen betreffen, die auf Grund unüberwindlich scheinender methodischer Probleme oder wegen Zeitmangels nicht weiterverfolgt wurden. Der *Master Do-File* dokumentiert auch diese „Sackgassen“.

Darüber hinaus kann der *Master-Do-File* zur Replikation *aller* Analysen genutzt werden. Der *Master-Do-File* ist nicht nur ein Verzeichnis aller *Do-Files*, sondern er ist auch selbst ein *Do-File*, d. h. er kann aus Stata heraus aufgerufen werden. In diesem Fall werden *alle* Analysen dieser Arbeit erneut berechnet, alle Grafiken neu erzeugt und die Ergebnisse in Dateien gespeichert. Um dies zu ermöglichen, werden der *Master-Do-File* sowie alle im Rahmen dieser Arbeit erstellten *Do-Files* über das Internet zur Verfügung gestellt.<sup>5</sup> Die für die Analysen verwendeten Datensätze sind über die jeweiligen Datengeber zu beziehen.

---

wird. Die Schätzung dieses Modells erfolgte mit dem Programm „*ℓEM*“.

5 <http://www.sowi.uni-mannheim.de/lesas/kohler02b>. Die Adresse kann sich im Zeitablauf ändern. Eine Suche nach „kohler02b“ und dem Namen eines beliebigen *Do-Files* sollte jedoch in jedem Falle zielführend sein.

Der exakten Reproduktion der Ergebnisse mit dem Master-*Do-File* stellen sich einige technische Probleme entgegen, auf die hier hingewiesen werden muss.

Jeder *Do-File* kontrolliert in seinem ersten Befehl die Stata-Version, mit der er aufgerufen wurde. Ist diese Stata-Version älter als die Version, für die der *Do-File* geschrieben wurde, wird die Bearbeitung mit einer entsprechenden Fehlermeldung abgebrochen. Wird der Befehl zur Versionskontrolle im betroffenen *Do-File* auskommentiert, läuft der *Do-File* mit großer Wahrscheinlichkeit auch unter einer älteren Stata-Version fehlerfrei. Prinzipiell wird das Datenanalyseprogramm Stata in der Version 7.0 vorausgesetzt. Neuere Programmversionen können verwendet werden.

In den *Do-Files* werden einige Stata-Kommandos genutzt, die nicht zum offiziellen Lieferumfang von Stata gehören. Dies betrifft einige vom Autor selbst programmierte Befehle sowie eine Reihe anderer Befehle. Zu Beginn der *Do-Files* wird jeweils überprüft, ob die entsprechenden Befehle bereits installiert sind. Ist dies nicht der Fall, wird die Installation unmittelbar durch den *Do-File* ausgeführt. Dies erfordert allerdings mindestens die Stata-Version 6.0 sowie eine Verbindung des Computers zum Internet. Nutzer älterer Stata-Versionen müssen die zu Beginn des Master-*Do-Files* aufgeführten Programme von Hand installieren<sup>6</sup> und die Befehle zur Installation der Programme in den *Do-Files* auskommentieren.

Die Ergebnisse in dieser Arbeit beruhen auf Daten des SOEP. Dabei wurde die Lieferung mit den Wellen von 1984 bis 2000 verwendet. Die konkreten Analysen verwenden jedoch maximal Daten bis zur Welle 1997. Dennoch sollte auf die Lieferung 1984–2000 zurückgegriffen werden, da mit der Lieferung 1984–1998 einige fehlenden Angaben der Erhebung von 1997 nacherhoben wurden. Die Verwendung der Lieferung 1984–1997 führt darum zu geringfügig anderen Ergebnissen. Andere Lieferungen führen zu abweichenden Ergebnissen, da die Ermittlung der GewichtungsvARIABLEN seit 1999 vollständig überarbeitet wurde. Diese Abweichung sollte jedoch gering sein.

Für einen Teil der Ergebnisse werden Daten des kumulierten ALLBUS verwendet. Dieser Datensatz trägt unabhängig von der konkreten Kumulation die ZA-Nr. 1795, d. h. die Kumulation 1980–1996 trägt dieselbe ZA-Nr. wie die Kumulation 1980–1998 usw. Das Zentralarchiv liefert die Daten, ebenfalls unabhängig von der konkreten Kumulation, mit dem Dateinamen „s1795“ aus. Trotz des gleichen Namens sind die Datensätze völlig unterschiedlich. Im Rahmen dieser Arbeit wurde die Kumulation 1980–1998 verwendet. Damit in den *Stata-Do-Files* nicht versehentlich eine andere Version des Datensatzes „s1795“ geladen wird, wird mit

---

<sup>6</sup> Hinweise hierzu finden sich bei Kohler und Kreuter (2001).

den *Do-Files* eine Datei mit dem Namen „allb8098.dta“ geladen. Hierbei handelt es sich um den Originaldatensatz „s1795“ in der Kumulation 1980–1998, wobei die *Missing-Values* wie vom ZA vorgegeben definiert wurden.

Die Reproduktion der Analysen greift auf die unveränderten Originaldatensätze der jeweiligen Datengeber zurück. Die Datensätze können in einem beliebigen Verzeichnis installiert sein. Zu Beginn des Master-*Do-Files* werden einige Umgebungsvariablen definiert, in denen auf das Verzeichnis der Originaldatensätze verwiesen wird. Diese Umgebungsvariablen müssen vor dem Start des Master-*Do-Files* den jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden.

Beim Ablauf der *Do-Files* werden aus den Originaldatensätzen eine Reihe spezieller Analysedatensätze gebildet. Diese werden normalerweise im Arbeitsverzeichnis gespeichert. Dasselbe gilt für alle Ergebnisdateien und Grafiken. Der Anwender benötigt darum Schreibrechte im Arbeitsverzeichnis. Dasselbe gilt für das Verzeichnis, in dem die SOEP-Daten liegen. Beim Ablauf des Master-*Do-Files* wird eine neue Gruppe von SOEP-Datensätzen angelegt. In diesen Datensätzen werden einige grundlegende Variablen abgelegt, wie etwa das *Goldthorpe*-Klassenschema oder wie die hier verwendete Version der Parteieigung. Die Datensätze tragen den Namen „?eigen.dta“, wobei das Fragezeichen durch die Kennung der jeweiligen Panelwelle ersetzt wird. Die Datei „eigen.dta“ verweist auf die Datei der Welle von 1984, „beigen.dta“ auf die Datei der Welle 1985 usw.

## 0.6 Übersicht

Die Arbeit beginnt mit einem Überblick über die theoretischen Ansätze zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes. Abschnitt 1.1 stellt den Interaktionsansatz der *Columbia-School* um Paul Felix Lazarsfeld vor, Abschnitt 1.2 die Interessentheorie politischen Verhaltens und Abschnitt 1.3 den Identifikationsansatz der *Michigan-School*. Die Theorien werden jeweils zunächst kurz in ihrer klassischen Variante vorgestellt. Anschließend wird ihre empirische Relevanz eingeschätzt und Weiterentwicklungen der Theorien vorgestellt.

Kapitel 2 enthält den wichtigsten theoretischen Teil der Untersuchung. Nach einer Einführung in die Theorie rationalen Handelns wird versucht, die drei Theorien des demokratischen Klassenkampfes zu reformulieren. Dabei wird die *Rational-Choice*-Theorie als gemeinsamer theoretischer Hintergrund verwendet. Bei der Reformulierung der Theorien wird sich zeigen, dass sich die zentralen Hypothesen der in Kapitel 1 vorgestellten Theorien in den *Rational-Choice*-Ansatz integrieren lassen.

Die statistischen Analysen stützen sich im Wesentlichen auf die Daten des sozio-oekonomischen Panels. Die spezifischen Besonderheiten dieser Datenbasis erfordern die Gewichtung der Daten sowie besondere Verfahren zur Ermittlung von Standardfehlern. Diese Verfahren werden in Kapitel 3 erläutert.

In Kapitel 4 wird untersucht, inwiefern die Hypothesen der Interessentheorie zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes ausreichen. Hierzu werden künstliche Datensätze erzeugt, bei denen die Interessentheorie als datengenerierender Prozess eingesetzt wird. Als Ergebnis dieser Simulation werden die Anteile von Anhängern verschiedener Parteien in 16 soziostrukturellen Gruppen betrachtet. Dabei wird sich zeigen, dass mit den Hypothesen der Interessentheorie allein keine sehr konkreten Aussagen über die erwartbaren Anteile von Anhängern der einzelnen Parteien in den 16 soziostrukturellen Gruppen ableitbar sind. Die empirische Bestätigung der Interessentheorie über die Betrachtung von Unterschieden im Wahlverhalten sozialer Gruppen wird darum als nicht hinreichend angesehen.

Im Kapitel 5 geht es um langfristig wirksame Faktoren. Als langfristig wirksame Faktoren werden Kräfte verstanden, deren Wirkung zeitlich über ihr Bestehen hinausgeht. Derartige langfristig wirkende Faktoren werden insbesondere vom Identifikationsansatz der *Michigan-School* nahegelegt. Die Existenz langfristig wirksamer Faktoren impliziert Stabilität und Trägheit von Parteipräferenzen. Zur Untersuchung der Stabilität von Parteipräferenzen (Abschnitt 5.2) werden zunächst einige einfache Maßzahlen berechnet. Anschließend wird versucht, typische Muster von Parteipräferenzen im Zeitverlauf zu identifizieren. Die hierzu angewandten Methoden orientieren sich an Verfahrensweisen der Sequenzanalyse. Zur Untersuchung der Trägheit der Parteipräferenz (Abschnitt 5.3) wird der Einfluss vergangener Einflussfaktoren mit dem der entsprechenden aktuellen Einflussfaktoren verglichen. Bei der Auswahl möglicher Einflussfaktoren werden sowohl die Hypothesen des Interaktionsansatzes als auch die der Interessentheorie berücksichtigt. Die Analysen bedienen sich des Verfahrens der multinomialen logistischen Regression.

Kapitel 6 untersucht die Auswirkung soziostruktureller Ereignisse auf die Parteipräferenz. Vereinfacht ausgedrückt geht es dabei um die Frage, ob eine Änderung der soziostrukturellen Position zu einer Änderung der Parteipräferenz führt. Methodisch wird diese Fragestellung mit einem *Fixed-Effects-Logit-Modell* für Paneldaten untersucht. Da die inhaltliche Fragestellung dieses Kapitels noch nie untersucht wurde, ist dies der wichtigste Teil der vorliegenden Arbeit.

# Kapitel 1

## Theorien des demokratischen Klassenkampfes

In diesem Kapitel werden drei Ansätze zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes vorgestellt: der *Interaktionsansatz*, die *Interesstheorie des politischen Verhaltens* sowie der *Identifikationsansatz*. Dabei wird keine Vollständigkeit angestrebt. Das Ziel ist vielmehr die Identifikation von Hypothesen, die zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes beitragen.

Die Darstellung der drei Theorien erfolgt aus dem Blickwinkel des *methodologischen Individualismus* (Coleman 1991). Im Zentrum des methodologischen Individualismus steht eine spezifische Methode zur Erklärung von *sozialen Phänomenen*. Nach dieser Methode wird das Verhalten *sozialer Systeme* aus dem Verhalten seiner Bestandteile erklärt. In der vorliegenden Untersuchung ist das soziale System, dessen Verhalten erklärt werden soll, eine „soziostrukturelle Gruppe“, d. h. eine Menge von Personen mit denselben Werten eines Vektors soziostruktureller Charakteristika.

Theorien des demokratischen Klassenkampfes sollten erklären, warum sich soziostrukturelle Gruppen auf eine Art und Weise verhalten, die es erlaubt, von einem demokratischen Klassenkampf zu sprechen. Warum präferieren Personen mit gleichen soziostrukturellen Merkmalen typischerweise dieselbe Partei, während sich die Parteipräferenzen von Personen mit unterschiedlichen soziostrukturellen Merkmalen unterscheiden?

Nach dem methodologischen Individualismus sollte die Antwort auf diese Frage durch das Verhalten der Bestandteile der soziostrukturellen Gruppen erfolgen. Dabei sind mit dem Ausdruck „Bestandteile“ nicht unbedingt die einzelnen *Individuen* gemeint. Vielmehr genügt es, wenn sich die Erklärung „unter die Systemebene bewegt“ (Coleman 1991: 7). In der folgenden Darstellung der Theorien des demokratischen Klassenkampfes wird es deshalb unter anderem darum gehen, festzustellen, auf welcher Ebene die Erklärung in der jeweiligen Theorie erfolgt.

Das wichtigere Ziel der Darstellung besteht jedoch in der Zuordnung der Bestandteile der jeweiligen Theorie zu den drei Kernelementen einer Erklärung. Als Kernelemente einer Erklärung im Sinne des methodologischen Individualismus gelten:

1. die *Handlungstheorie*, d. h. eine allgemeine Regel über das Verhalten der Systemteile,
2. die *Aggregationsregeln*, d. h. die Regeln darüber, wie sich das Verhalten der Systemteile zum Verhalten des Systems zusammenfügt und
3. die *Brückenhypothesen*, d. h. Vermutungen darüber, welche Auswirkungen das soziale System auf die in der Handlungstheorie angegebenen Parameter haben.

Bei der folgenden Aufarbeitung der Theorien des demokratischen Klassenkampfes soll versucht werden, die darin verwendeten Handlungstheorien, Aggregationsregeln und Brückenhypothesen zu entdecken. Wie schon eingangs erwähnt, geht es also weniger um die vollständige Darstellung der Theorien, sondern um die Entdeckung von Hypothesen, welche zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes beitragen können. Für die Entdeckung dieser Hypothesen ist es nicht wichtig, ob die jeweilige Theorie die Erklärung des demokratischen Klassenkampfes zum Ziel hatte oder nicht. Wichtig ist nur, ob Mechanismen angegeben werden, welche bei der angestrebten Erklärung weiterhelfen könnten.

## 1.1 Der Interaktionsansatz

### 1.1.1 Grundlagen

Die Grundlagen für den Interaktionsansatz wurden von Paul Lazarsfeld, Bernard Berelson und Hazel Gaudet gelegt. Im 1948 erschienenen Band „The Peoples Choice“ vermuten die Forscher einen kausalen Zusammenhang zwischen dem sozialen *Sein* und politischen Präferenzen:

„A person thinks, politically, as he is, socially. Social characteristics determine political preference.“ (Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1948: 27)

Diese Aussage wird empirisch unter anderem mit dem Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status und der Parteipräferenz belegt, d. h. mit dem hier als demokratischen Klassenkampf bezeichneten Phänomen.



Die Erklärung des Zusammenhangs zwischen dem sozioökonomischen Status und der Parteipräferenz basiert auf zwei Hypothesen; sie seien im Folgenden als *Like-me-Hypothese*<sup>1</sup> und als *Homogenisierungshypothese* bezeichnet:

*Hypothese 1.1 (Like-Me-Hypothese)*

*Menschen mit den gleichen sozialen Charakteristika haben eher engeren Kontakt untereinander als Personen mit unterschiedlichen sozialen Charakteristika*<sup>2</sup>.

*Hypothese 1.2 (Homogenisierungshypothese)*

*Menschen, die in engem sozialen Kontakt miteinander leben, homogenisieren ihre politischen Ansichten.*

Beide Hypothesen sollen im Folgenden begründet werden (Abschnitte 1.1.1.2 und 1.1.1.3). Daran anschließend wird die Erklärung des demokratischen Klassenkampfes mit diesen beiden Basisannahmen erläutert (Abschnitt 1.1.1.4). Zuvor ist es allerdings sinnvoll, einige Klärungen begrifflicher Art zu treffen.

*1.1.1.1 Kontakte, Assoziation und Homophilie*

In der Homogenisierungshypothese wird von „sozialen Kontakten“ gesprochen. Dabei handelt es sich um eine sehr allgemein verstandene Verbindung zwischen mindestens zwei Personen. Im Zusammenhang mit der Homogenisierungshypothese kann es dabei jedoch nur um solche Verbindungen gehen, welche die politischen Ansichten der Teilnehmer zu homogenisieren imstande sind. Die Autoren von „The Peoples Choice“ scheinen insbesondere solche Verbindungen im Sinn gehabt zu haben, in denen über Politik *gesprachen* wird.<sup>3</sup> Huckfeldt und Sprague (1995: 128) sehen die Möglichkeit einer Homogenisierung dagegen bereits bei Verbindungen in denen Politik *kommuniziert* wird – sei es durch Gespräche oder durch Autoaufkleber.

Die Begriffe „differentielle Assoziation“ und „Homophilie“ werden im Folgenden aus sprachökonomischen Gründen geringfügig abweichend von Teilen der

---

1 Der Begriff „Like-Me-Hypothese“ stammt von Laumann (1966: 13).

2 Ähnlich auch die Nachfolgestudie „Voting“: „Actually, friends and co-workers serve less as closed cliques than as contact points through whom the individual is connected to whole networks of social relations that affect political behavior. *The networks are organized in the major socioeconomic and ethnic blocs, and their center are the main institutions of the community and its ultimate leadership. Thus, ones personal associations are not distinct entities from class and ethnic strata but rather connect the individual to others in such strata*“ (Berelson, Lazarsfeld und McPhee 1954: 94f; Hervorh. U.K.)

3 Dies geht aus ihrer Begründung für die Homogenisierungsannahme hervor, bei der auf die besondere Qualität von politischen Gesprächen hingewiesen wird.

Literatur verwendet. Unter „Assoziation“ wird ein Prozess verstanden, der zu sozialen Kontakten führt. „Differenziell“ ist eine Assoziation, die sich an *soziostrukturellen* Variablen orientiert. „Differenzielle Assoziation“ führt mithin zu „soziostruktureller Homophilie“, d. h. zu Kontaktgruppen, deren Teilnehmer homogene soziostrukturelle Eigenschaften aufweisen. Eine andere Art der Homophilie wäre z. B. die *politische* Homophilie, bei der die Teilnehmer an sozialen Kontakten ähnliche politische Einstellungen haben.

Wie angedeutet werden die Begriffe „differenzielle Assoziation“ und „Homophilie“ in Teilen der Literatur anders bestimmt. Unter „differenzieller Assoziation“ wird nicht immer nur eine Assoziation entlang soziostruktureller Eigenschaften verstanden. Manchmal werden darunter nur Assoziationen entlang von Berufspositionen verstanden (Curtis 1963), manchmal auch Assoziationen entlang von *Einstellungen*. Darüber hinaus bezeichnet Assoziation teilweise nur den Prozess der Bildung von *Freundschaften*. Ähnlich wird *Homophilie* in der Regel nur für *Freundschaften* verwendet<sup>4</sup> und nicht, wie hier, für *Kontakte* allgemein.

#### 1.1.1.2 Die Like-Me-Hypothese

Der Schwerpunkt der Arbeiten der *Columbia-School* lag auf der Untersuchung der politischen Homogenität von Kontaktgruppen. Die *Like-Me-Hypothese* wird als Messhypothese für das Merkmal „soziale Kontakte“ verwendet. Dies wird sehr deutlich in folgendem Zitat aus „Voting“, der zweiten größeren Studie der frühen *Columbia-School*:

„Clearly, the bulk of our data relates to primary groups or to clusters of them in social strata, with the latter taken, in fact, as indicators of present and past primary contacts“ (Berelson, Lazarsfeld und McPhee 1954: 1; Hervorhebung U.K.).

Eine ausführlichere Begründung oder empirische Untersuchung dieser Messhypothese findet nicht statt. Aus diesem Grund soll im Folgenden auf andere Quellen zurückgegriffen werden.

Nach Pamela Popielarz (1999) können Kontakte nur zwischen Personen stattfinden, die sich *treffen*. Die Chance, eine Person mit bestimmten Merkmalen zu treffen ist dabei abhängig von der Verteilung der Merkmale in der Umgebung. Wenn die Elemente der einzelnen Umgebungen homogene soziostrukturelle Eigenschaften aufweisen, so ergeben sich soziostrukturell homogene Kontakte auf Grund der höheren Wahrscheinlichkeit derartige Elemente zu treffen. Die Erklä-

---

<sup>4</sup> Erstmals findet sich der Begriff bei Lazarsfeld und Merton, die ihn für die Gleichheit von *Freundschaften* hinsichtlich spezifischer Merkmale verwenden (Lazarsfeld und Merton 1964).

rung für die soziostrukturelle Homophilie liegt hier in der *Opportunitätsstruktur* der Umgebung eines Menschen.<sup>5</sup>

Ein ganz anderer Ansatz wurde dagegen von Robert Jackson (1977: 61f) vorgestellt. Bei ihm stehen *rational* handelnde Menschen im Mittelpunkt der Erklärung. Jackson geht davon aus, dass Freundschaften Nutzen – emotionale Unterstützung, Informationen, Beziehungen usw. – und Kosten – Zeit, die mit dem Freund verbracht wird, Geld für Freundschaftbesuche, Opportunitätskosten – verursachen. Rationale Menschen versuchen, nur *profitable* Beziehungen langfristig aufrecht zu erhalten. Hieraus folgt, dass stabile Freundschaftsbeziehungen nur entstehen können, wenn Personen gleiche Ressourcen zur Verfügung haben.footnoteLiegen unterschiedliche Ressourcen vor kommt es zu Herrschaftsbeziehungen. Ressourcengleichheit wird zu einem großen Teil durch die soziostrukturelle Positionen hergestellt. Hieraus ergibt sich ein Anhaltspunkt für eine Erklärung soziostrukturell homogener Freundschaftsbeziehungen.

Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Argumenten besteht im grundlegenden Menschenbild. Popielarz kommt weitgehend ohne Akteure aus, während Jackson rationale Akteure in den Mittelpunkt stellt. Die von Scott Feld vorgestellte „*Focus-of-Activity*“-Theorie verknüpft die beiden Ansätze (Feld 1981; Feld 1982; Feld 1984). In der Theorie von Feld entsteht soziostrukturelle Homophilie (von Freundschaften) als nicht intendierte Folge der Wahl von Aktivitätsfokui. Als Aktivitätsfokui werden Einrichtungen bezeichnet, in denen sich gemeinsame Aktivitäten von Menschen organisieren. Beispiele solcher Aktivitätsfokui sind Familien, Arbeitsplätze, Vereine, *Hangouts* usw. Definitionsgemäß haben zwei Individuen, die am selben Aktivitätsfokus teilnehmen, stets eine höhere Wahrscheinlichkeit sich zu treffen als zwei zufällige Personen. Gleichzeitig ist ein gemeinsamer Aktivitätsfokus von zwei Personen weder *Garantie* noch *Voraussetzung* dafür, dass sich diese Menschen treffen oder interagieren. Allerdings können Aktivitätsfokui nach ihrer *Enge* unterschieden werden. In engen Aktivitätsfokui haben die Mitglieder eine hohe Wahrscheinlichkeit sich zu treffen, in weiten besteht eine niedrige Wahrscheinlichkeit (Feld 1981).

Die Wahl der Aktivitätsfokui durch die Individuen wird bei den meisten Aktivitätsfokui ohne Bezug auf die Eigenschaften der am Aktivitätsfokus teilnehmenden Anderen getroffen. So wird die Arbeitsstelle in erster Linie wegen der Verdienstmöglichkeiten, die Nachbarschaft wegen der Wohn- und Grundstückspreise und

---

5 Insgesamt setzt die Argumentation allerdings voraus, dass die Menschen ihre Interaktionspartner nicht aktiv *gegen* die durch die Umgebung vorgegebenen Zufallschancen auswählen. Derartige Tendenzen zeigten sich jedoch in den Untersuchungen von Ada Finifter (1974).

die eigene Herkunftsfamilie überhaupt nicht gewählt. Unabhängig davon, welches die Basis für die ursprüngliche Wahl eines Aktivitätsfokus ist, ist die Trennung von diesem stets kostenintensiv. Aus diesem Grund werden Aktivitätsfokoi meist beibehalten.

Wenn Menschen ihre Freunde aus den Personen auswählen, mit denen sie regelmäßig in Verbindung treten, besteht eine Tendenz zur Wahl von Personen aus gemeinsamen Aktivitätsfokoi. Es gibt nun einige Gründe dafür, anzunehmen, dass in Aktivitätsfokoi Personen mit ähnlichen Eigenschaften zusammengeführt werden:

„For example, the interests of organizations and individuals lead similar people to the same places at the same time; efficiency encourages people who are similar in particular respects to work together and play together; and access to many places and social contexts may be limited to people with certain characteristics (e. g. wealth). In each case, the similarities that directly bring people together tend to be correlated with other characteristics, so that individuals who are similar in one respect are also similar in other respects“ (Feld 1982: 798).

Jedes der angeführten theoretischen Argumente impliziert soziostrukturelle Homophilie. Für den Interaktionsansatz ist es dabei irrelevant welches der Argumente zutrifft bzw. den wichtigsten Mechanismus angibt. Von Interesse ist letztlich nur, ob die durch die Theorien prognostizierte soziostrukturelle Homophilie tatsächlich zutrifft oder nicht.

Empirisch scheint dies der Fall zu sein:

Verbrugge (1977: 576f) stellt in einem Überblick über ältere Studien zu *Freundschaftswahlen* von Erwachsenen fest, dass diese ohne Ausnahme hohe Homogenität bezüglich sozialer und demographischer Merkmale aufweisen.

Laumann (1966: 64–81) berechnet Assoziationsindizes zwischen dem Befragtenberuf und den Berufen folgender Kontakttypen: drei beste Freunde, zwei nächste Nachbarn, Schwiegerväter bzw. -söhne sowie Väter bzw. Söhne. Seine Ergebnisse sprechen eindeutig für die *Like-Me*-Hypothese. Besonders hohe Homophiliewerte wurden am oberen und unteren Ende der Prestigepyramide gefunden („Edge-Effekt“). Beim Vergleich der unterschiedlichen Kontakttypen ergeben sich die stärksten Homophilieraten bei den Freunden.

Laumann (1973: 42–73) repliziert seine Untersuchung von 1966 mit einer stärker untergliederten Berufsklassifikation. Außerdem wird eine vergleichbare Analyse mit der ethnisch-konfessionellen Herkunft durchgeführt. Kontakttyp sind *Freundschaften*. Die *Like-Me*-Hypothese wird bezüglich beider Merkmale gestützt.

Ebenfalls mit dem Assoziationsindex untersucht Jackson (1977: 63f) die Homophilie von Freundschaften bezüglich der beruflichen Stellung, der ethnisch-religiösen Herkunft, des Alters, der Branche und der Bildung. Die *Like-Me*-Hypothese wird bei allen Merkmalen gestützt, und auch der *Edge*-Effekt kann bestätigt werden.

Auf Grund von Problemen des Assoziationsindex verwendet Pappi (1973b) eine andere Maßzahl. Die wichtigsten inhaltlichen Ergebnisse bleiben aber dieselben: eine überzufällige Neigung zur beruflichen Homophilie und der *Edge*-Effekt (Pappi 1973b: 51). Es sind vor allem die mittleren und kleineren Selbständigen, die freien Berufe und Unternehmer sowie die Arbeiter des primären und sekundären Sektors, die starke soziostrukturelle Homophilie aufweisen.

Ebenfalls als Reaktion auf die Probleme des Assoziationsindex berechnet Verbrugge (1977) *Odds-Ratios* zur Ermittlung der Homophilie bezüglich der Merkmale Beruf, Familienstand, Nationalität, Parteipräferenz, Bildung, Alter, Geschlecht, Konfession, Berufsprestige und Sesshaftigkeit am Wohnort. Auch seine Ergebnisse sprechen eindeutig für die *Like-Me*-Hypothese. Ebenfalls nachgewiesen wurde der *Edge*-Effekt.

Einige Studien verwenden die multidimensionale Skalierung (MDS)<sup>6</sup> zur Analyse der *Like-Me*-Hypothese. Nach den Ergebnissen von Laumann (1966) scheinen Kontakte zwischen Personen mit ähnlichem Prestige stattzufinden, und zwar besonders ausgeprägt bei den freien Berufen, den Selbständigen im Handel und bei Arbeitern im produzierenden Gewerbe. Bei Laumann (1973: 73–82) und Pappi (1973b) wurde das berufliche Prestige als der wichtigste Aspekt identifiziert an dem sich Freundschaftswahlen orientieren. Keine Übereinstimmung konnte allerdings hinsichtlich der zweitwichtigsten Dimension erzielt werden. Bei Pappi (1973b: 56) wird diese durch den Gegensatz zwischen Neubürgern und Altbürgern bestimmt, bei Laumann (1973) dagegen durch den Gegensatz zwischen unternehmerischen und bürokratischen Berufen.

Aktuellere Studien verwenden meist *loglineare Modelle* zur Untersuchung der *Like-Me*-Hypothese. Clar (1986) untersucht die Homophilie von Freundschaften bezüglich des Merkmals *berufliche Stellung*. Bei den Ergebnissen zeigen sich deutliche Homophilie-Effekte, die jedoch für die unterschiedlichen Berufe unterschiedlich stark ausfallen. Marsden (1988) verwendet loglineare Modelle zur Untersuchung der Homophilie zwischen den Befragten und den Personen, mit denen *wichtige Dinge* besprochen werden. Untersucht wird die Homophilie bezüglich der Merkmale Alter, Bildung, ethnische Herkunft, Konfession und Geschlecht. Bei allen Merkmalen zeigen sich deutliche Homophilie-Effekte.

Loglineare Modelle liegen auch den meisten Analysen zur soziostrukturellen Homophilie von Ehepartnern zu Grunde. Auch diese Analysen zeigen überwiegend starke Übereinstimmungen zwischen soziostrukturellen Merkmalen von Ehepartnern (Hout 1982; Jacobs und Furstenberg 1986; Kalmijn 1991; Kalmijn 1994; Mare 1991).

### 1.1.1.3 Die Homogenisierungshypothese

Anders als die *Like-Me*-Hypothese wird die Homogenisierungshypothese bereits in „The Peoples Choice“ (Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1948) begründet. Begründungen neueren Datums finden sich in sozialpsychologischen Theorien zur sozialen Beeinflussung in Kleingruppen. Einflussreich ist die Begründung aus der *ökonomischen Theorie der Politik* von Anthony Downs (1968).

---

6 Zum Verfahren vgl. Kruskal und Wish (1978).

Sozialpsychologische Theorien gehen von Akteuren aus, welche bei der Beurteilung von Objekten in Gegenwart von Anderen zwei Interessen verfolgen: Erstens, ein richtiges Urteil abzugeben, zweitens vor den Anderen einen guten Eindruck zu machen (van Avermaet 1991). Beim Wahlverhalten scheint dabei besonders das erste Ziel von Interesse. Schließlich findet die endgültige Beurteilung des Objekts – der Parteien – in der Wahlkabine und nicht in Gegenwart von Anderen statt.<sup>7</sup>

Zur Beurteilung von Parteien stehen den Individuen zwei Informationsquellen zur Verfügung: die *eigene* Wahrnehmung und die Mitteilungen der *Anderen*. Sind beide Informationsquellen konform, ergänzen sie sich gegenseitig. Immer wenn sich die wahrgenommenen politischen Ansichten zweier Kontaktpartner decken, führt dies zu einer Verstärkung der bestehenden Urteile beider Partner.

Problematischer ist die Situation, wenn es zu einem Konflikt der beiden primären Informationsquellen kommt. In diesem Fall muss eine Wahl zwischen den beiden alternativen Informationsquellen erfolgen. Der Ausgang dieser Wahl entscheidet darüber, ob es zur sozialen Beeinflussung kommt oder nicht.

In den Arbeiten der *Columbia-School* wird die Wahl der Informationsquelle durch das Konzept des *Two-Step-Flow of Communication* entschieden. Nach dieser Hypothese fließen politische Informationen von so genannten Meinungsführern zu *Rank-And-File*-Wählern (Berelson, Lazarsfeld und McPhee 1954: 109–114). Bei Kontakten zwischen *Rank-and-File*-Wählern und Meinungsführern bewerten Erstere die Informationen von den Letzteren höher als ihre eigenen.

Desweiteren unterliegt der Wert einer Informationsquelle der Verteilung der Urteile innerhalb eines Kontaktkreises. Unterscheidet sich das Urteil *Egos* von dem mehrheitlich durch die *Anderen* gehaltenen Urteil, steigt die Wahrscheinlichkeit von Konfliktsituationen der gerade beschriebenen Art. Nimmt man an, dass solche Konfliktsituationen *kostenintensiv* sind, ist der *rationale* Akteur gut beraten, seine eigenen Urteile denen in seiner Umgebung anzupassen.

Die zweite Begründung für die Homogenisierungshypothese ergibt sich aus der ökonomischen Theorie der Demokratie von Anthony Downs (1968). Nach Downs bewerten *rationale* Akteure normalerweise diejenige Partei am höchsten,

---

7 Das Ziel, einen guten Eindruck zu machen, wird normalerweise durch Konformität erreicht. Bei Wahlentscheidungen kann dieses Ziel bis zu einem gewissen Grad durch ein öffentlich abgegebenes Urteil erreicht werden, welches nicht dem privaten Urteil entspricht. Fraglich ist allerdings, ob ein solches Verhalten der *inneren Nutzenproduktion* (Esser 1999) nicht eher abträglich ist und deshalb die Anpassung des privaten an das öffentlich geäußerte Urteil die kostengünstigste Handlungsoption darstellt. Insofern kann sozialer Einfluss auch beim Wahlverhalten durch die Verfolgung des Ziels sozialer Anerkennung begründet werden.

deren Handeln dem *Nutzen* der Akteure am zuträglichsten ist. Zu dieser Beurteilung sind Informationen notwendig. Der Akteur benötigt Kenntnisse über das (beabsichtigte) Handeln der Parteien und über den durch dieses Handeln produzierten Nutzen. Die Beschaffung dieser Informationen ist mit *Kosten* verbunden. Den Kosten der Informationsbeschaffung steht nur wenig individueller Nutzen gegenüber. Denn ob ein Akteur sich die Informationen beschafft oder nicht: der letztlich erzielte Nutzen hängt im Wesentlichen vom Wahlverhalten der Anderen ab.

Für den rationalen Akteur ist es daher sinnvoll, die Kosten der Informationsbeschaffung zu reduzieren. Zwei – sich ergänzende – Strategien stehen ihm dabei zur Verfügung. Er kann sich nur Informationen über diejenigen Gegenstände besorgen, die ihn besonders berühren, oder er kann die Informationskosten auf Andere *abwälzen*. Tut er Letzteres, ruhen seine Urteile auf den Informationen *Anderer*, d. h. er wird durch Andere beeinflusst.

Die beiden bisher angeführten Argumente implizieren, dass sich Menschen gegenseitig beeinflussen. Wichtige empirische Beiträge zur Homogenisierungshypothese entstammen Laborexperimenten in der Tradition von Solomon Asch. Bei den Experimenten von Asch (1951) mussten Versuchspersonen die Längen verschiedener Linien beurteilen. Dabei stiegen die Anteile falscher Beurteilungen erheblich, wenn Helfer des Versuchsleiters zuvor öffentlich ein Fehlurteil abgegeben hatten. Die Experimente von Asch wurden mehrfach mit denselben Resultaten repliziert. Allerdings zeigte sich dabei auch, dass der Einfluss der Helfer von einer Reihe von weiteren Faktoren abhängig ist. Dazu gehört insbesondere das Aufbrechen der Einstimmigkeit. Sobald nur eine einzige Person von der Mehrheitsmeinung abrückt, sinkt die Fehlerquote der Versuchspersonen beträchtlich (Allen 1975).

Auch auf der Basis von Daten aus Bevölkerungsumfragen gibt es Versuche, die Annahme der gegenseitigen Beeinflussung in Primärkontakten zu untersuchen. Dies kann z. B. durch die Beobachtung der Folge der gegenseitigen Beeinflussung geschehen, d. h. durch die Berechnung von Korrelationen zwischen den politischen Präferenzen der Befragten und ihren Kontaktpartnern.<sup>8</sup> Allerdings müssen dabei zwei Probleme berücksichtigt werden:

1. *Alternative Erklärungen*: Ähnliche Parteipräferenzen von Kontaktpartnern können auch aus der Interessentheorie politischen Verhaltens abgeleitet werden<sup>9</sup>. Nach der Interessentheorie haben Menschen durch ihre soziostruktu-

---

8 So hatten z. B. schon Berelson, Lazarsfeld und McPhee (1954: 88;107f) festgestellt, dass die Parteipräferenzen innerhalb von Familien und zwischen Dyaden aus Diskussionspartnern homogen sind. Zum selben Ergebnis kommt auch Laumann (1973: 36) bezüglich der Parteipräferenzen von Freunden.

relle Position festgelegte Interessenlagen. Diese Interessenlagen determinieren ihre politischen Präferenzen. Wenn zwei Menschen, die sich kennen, dieselbe soziostrukturelle Position haben, folgt aus der Interessentheorie, dass sie wahrscheinlich auch dieselben politischen Präferenzen haben. Gilt neben der Interessentheorie auch die *Like-Me*-Hypothese so folgt, dass Menschen, die sich kennen, meist dieselbe soziostrukturelle Position haben – und also auch dieselben Parteipräferenzen.<sup>10</sup>

2. *Messung der politischen Ansichten von Kontakten*: Üblicherweise werden die politischen Ansichten der Kontaktpartner nicht bei diesen selbst, sondern bei den ursprünglichen Befragten abgefragt. Unglücklicherweise sind die Angaben der Befragten über die politischen Ansichten ihrer Kontaktpartner unzuverlässig. Es besteht die Gefahr, dass die Befragten ihre eigenen politischen Ansichten auf die Freunde projizieren (Laumann 1973: 29–32).<sup>11</sup> Die politische Homophilie bzw. die Häufigkeit von Kontakten mit *Andersdenkenden* wird darum leicht überschätzt.

Auf Grund des ersten Problems ist es zur weitergehenden Überprüfung der Homogenisierungshypothese unbedingt erforderlich, individuelle Merkmale des Befragten – insbesondere die objektive Interessenlage – zu kontrollieren. In der Regel geschieht dies durch Regressionsmodelle der politischen Ansicht des Befragten auf die politischen Ansichten seiner Kontakte und die entsprechenden Kovariaten.

Das zweite Problem lässt sich auf unterschiedliche Arten bearbeiten. Relativ häufig wird der Einfluss der Familie – Elternhaus oder Ehegatte – auf die politischen Ansichten eines Befragten ermittelt. Derartige Analysen haben den Vorteil, dass die politischen Ansichten dieser Kontaktpartner relativ leicht zu ermitteln sind. Diese Art der Analysen sind meist nicht zur Untersuchung des Interaktionsansatzes angelegt, sondern stehen in der Forschungstradition der politischen Sozialisation (Claußen 1996; Dawson, Prewitt und Dawson 1977; Hyman 1959). Eines der zentralen Themen dieses Forschungsgebiets ist die Frage nach der primären Sozialisationsinstanz. Dabei geht es unter anderem auch darum, ob und inwieweit während der Adoleszenz Einstellungen gebildet werden, welche im Lebensverlauf beibehalten werden (Alwin, Cohen und Newcomb 1991; Jennings und Niemi 1974; Valentino und Sears 1998). Im hier gewählten Kontext ist dies

---

9 Vgl. Abschnitt 1.2

10 Vgl. auch die entsprechende Argumentation bei Laumann (1973: 35).

11 Nach Huckfeldt und Sprague (1995: 124–145) projizieren Menschen in der Regel die politische Ansicht auf ihre Diskussionspartner, die in der (räumlichen) Umgebung vorherrscht.



dagegen zunächst von untergeordneter Bedeutung. Die „politische Sozialisation“ in der Familie kann zunächst als ein Spezialfall der Beeinflussung von Menschen durch Andere angesehen werden. Ob die während dieser Phase entwickelten politischen Einstellungen danach resistent gegen weitere Beeinflussungen werden, ist zunächst nachrangig.

In einem Überblicksartikel zur Sozialisation in der Familie referiert Geißler (1996) zahlreiche empirische Studien zur politischen Sozialisation. Die Studien geben darüber Auskunft, wie stark und unter welchen Bedingungen das politische Familienmilieu die politische Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen beeinflusst. Dabei zeigt sich hinsichtlich der Parteiidentifikation ein relativ deutlicher Einfluss der Familie; er ist umso stärker, je politischer und homogener das Elternhaus ist. Die Einstellungen zu den Grünen scheinen jedoch vom politischen Milieu der Herkunftsfamilie weitgehend unabhängig.

Niemi und Jennings (1991) berechnen in einem 3-welligen Paneldatensatz der Jahre 1965, 1973 und 1982 (n=755) Regressionen der Parteiidentifikation der Kinder gegen die Parteiidentifikation der Eltern und der Issueorientierung der Kinder. Die Ergebnisse relativieren den Einfluss des Elternhauses auf die politischen Einstellungen der Kinder in der Hinsicht, als sich zeigt, dass die in der Adoleszenz erworbenen Einstellungen nicht lebenslang beibehalten werden. Unabhängig davon stellen sie jedoch ebenfalls einen zunächst sehr starken Einfluss des Elternhauses auf die Parteiidentifikation der Kinder fest.

Ähnliche Ergebnisse wie Niemi und Jennings (1991) finden sich bei Need und De Graaf (1996b) bzw. Need und De Graaf (1996a). Auf der Basis von retrospektiv erhobenem Wahlverhalten wird festgestellt, dass Menschen, deren Eltern konfessionell wählten häufiger konfessionell wählen als Menschen aus nicht-konfessionellem Elternhaus. Allerdings scheint auch dieser Effekt mit zunehmendem Alter nachzulassen.

Eine andere Möglichkeit ist, jeweils beide Seiten eines Kontakts zu befragen. Auf Grund des großen Erhebungsaufwandes sind derartige Analysen relativ selten und auf regionale Studien begrenzt. Die wichtigste Studie dieser Art wurde von Robert Huckfeldt und John Sprague initiiert.

Huckfeldt und Sprague (1995) war es möglich, 900 Personen zu interviewen, die von den Befragten einer repräsentativen Stichprobe als *wichtige Diskussionspartner* genannt wurden.<sup>12</sup> Mit diesen Daten berechnen sie Regressionsmodelle des Wahlverhaltens der Befragten gegen die Parteipräferenz ihres Diskussionspartners.<sup>13</sup> Dabei wurde Einkommen, Bildung, Alter, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Konfession und Parteipräferenz des Befragten, sowie der Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern in der Umgebung des Befragten kontrolliert.

---

12 Zum Sampling-Verfahren siehe Huckfeldt und Sprague (1995: 33–42).

13 Den Analysen liegen Dyadendaten zu Grunde. Befragte, welche mehrere Diskussionspartner genannt hatten bildeten entsprechend mehrere Dyaden.

Die Ergebnisse von Huckfeldt und Sprague (1995: 169–173) zeigen insgesamt deutliche Einflüsse der Parteipräferenz der Ehepartner auf die Parteipräferenz der Befragten. Bei den nicht verwandten Personen muss zusätzlich berücksichtigt werden, dass die Einflussnahme stets in die Richtung derjenigen Partei verläuft, die vom Befragten als die Partei des Diskussionspartners wahrgenommen wird. Anders ausgedrückt: Ein Diskussionspartner, der Reagan-Anhänger ist, verstärkt die Präferenz für die Demokraten, wenn er vom Befragten als Anhänger der Demokraten eingeschätzt wird.

Des Weiteren zeigt sich, dass die Beeinflussung durch einen nicht verwandten Kontaktpartner von einer Reihe von weiteren Faktoren abhängig ist. So wird der Befragte in erster Linie dann von einem Kontaktpartner beeinflusst, wenn

- der Kontaktpartner nur *selten* andere Meinungen in Diskussionen vertritt als der Befragte (Huckfeldt und Sprague 1995: 177).
- der Befragte geringes politisches Interesse und der Kontaktpartner gleichzeitig hohes politisches Interesse aufweist (Huckfeldt und Sprague 1995: 180).
- der Kontaktpartner lediglich *ein* Freund oder nur regelmäßiger Kontaktpartner ist. Der Einfluss *enger* Freunde ist dagegen eher klein.

Insgesamt zeigen die empirischen Ergebnisse ein für die Homogenisierungshypothese zwiespältiges Bild. Zum einen werden die Menschen offenbar tatsächlich von Menschen in ihrer sozialen Umgebung beeinflusst, zum anderen aber zeigt sich, dass sich die Menschen nicht von *jedem* und nicht in jeder Situation beeinflussen lassen. Offenbar muss entweder die Verteilung der Meinungen im sozialen Kontext *ein stimmig* sein, oder die sozialen Kontakte müssen bestimmte *Eigenschaften* aufweisen, damit sie die angenommene Wirkung entfalten.

#### 1.1.1.4 Die Erklärung des demokratischen Klassenkampfes

Im Folgenden sollen die Verbindungen der *Like-Me*-Hypothese und der *Homogenisierungshypothese* mit dem demokratischen Klassenkampf etwas näher erläutert werden. Als Hilfestellung dient Abbildung 1.1. Die Abbildung zeigt zwölf Einwohner  $P_1, P_2, \dots, P_{12}$  der Bevölkerung  $\mathbb{B}$ . Diese Personen lassen sich anhand ihrer *sozialen Charakteristika* jeweils eindeutig einer spezifischen soziostrukturellen Gruppe,  $\mathbb{M}_1$  oder  $\mathbb{M}_2$  zuordnen. In der Gesellschaft  $\mathbb{B}$  herrscht der demokratische Klassenkampf, d. h. alle Personen einer soziostrukturellen Gruppe haben jeweils dieselben politischen Ansichten, wobei die Personen in  $\mathbb{M}_1$  eine andere Meinung vertreten als die Personen in  $\mathbb{M}_2$ .

Innerhalb von  $\mathbb{B}$  lassen sich *Kontaktgruppen* abgrenzen. Dies sind Mengen von Personen, die untereinander engeren sozialen Kontakt haben. In Abbildung 1.1 wurden die Kontaktgruppen mit  $\mathbb{A}_1, \mathbb{A}_2, \dots, \mathbb{A}_5$  bezeichnet.

Betrachtet man nun das Beispiel der Personen  $P_2$  und  $P_3$  aus Abbildung 1.1, so folgt aus der *Like-Me*-Hypothese und der Homogenisierungshypothese, dass beide

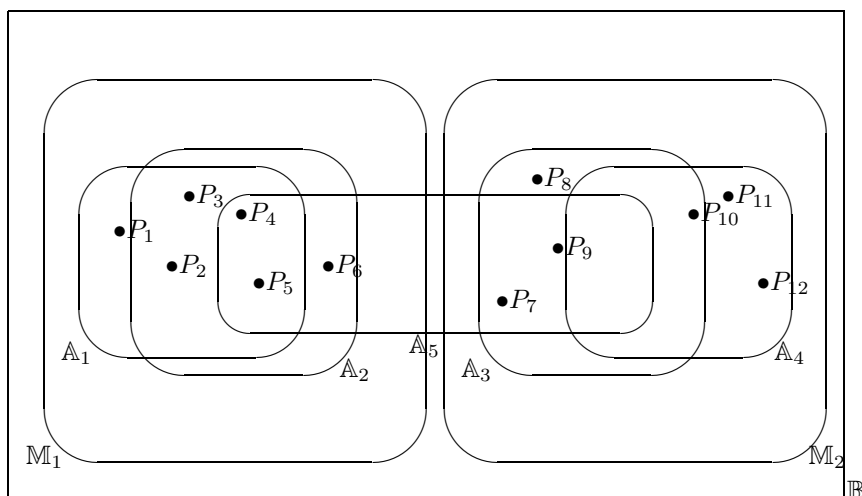


Abbildung 1.1: Bevölkerung mit demokratischen Klassenkampf

Personen langfristig zu den selben politischen Ansichten kommen werden:

<i>Like-Me-Hypothese</i>	Wenn Menschen dieselben sozialen Charakteristika aufweisen, dann haben sie miteinander engen Kontakt
Homogenisierungshypothese	Menschen, die in engem <i>sozialen Kontakt</i> miteinander leben, homogenisieren ihre politischen Ansichten.
Randbedingung	$P_2$ und $P_3$ haben dieselben sozialen Charakteristika
Explanandum	$P_2$ und $P_3$ homogenisieren ihre politischen Ansichten

Anhand dieser Erklärungsskizze lassen sich die Bestandteile der Erklärung identifizieren (vgl. Abbildung 1.2). Die Homogenisierungshypothese spezifiziert für eine Kontaktgruppe von mindestens zwei Personen eine allgemeine Verhaltensregel: die gegenseitige Homogenisierung von politischen Ansichten. Sie ist damit die *Handlungstheorie* des Interaktionsansatzes.



Abbildung 1.2: Struktur des Interaktionsansatzes

Etwas problematischer ist die Bestimmung der *Systemebene* der Erklärung. Sowohl das Explanandum – der demokratische Klassenkampf – als auch die Handlungstheorie beziehen sich auf eine *Menge* von Personen. Beide Mengen werden jedoch unterschiedlich abgegrenzt. Auf der Ebene des Explanandums ist das Abgrenzungskriterium ein Vektor sozialer Charakteristika, auf der Ebene der Handlungstheorie ist es das Merkmal „sozialer Kontakt“. Die Erklärung würde sich „unter der Systemebene“ bewegen, wenn die *Mengen* der Handlungstheorie jeweils Teilmengen der im Explanandum auftretenden Mengen wären.

Die Frage, ob sich die Handlungstheorie auf Teilmengen der soziostrukturellen Gruppen bezieht, wird durch die *Like-Me-Hypothese* beantwortet. Betrachtet man nochmals die Bevölkerung  $\mathbb{B}$  aus Abbildung 1.1, so zeigt sich, dass die Mengen  $\mathbb{A}_1 \dots \mathbb{A}_4$  Teilmengen der sozialen Systeme  $\mathbb{M}_1$  bzw.  $\mathbb{M}_2$  sind, nicht jedoch die Menge  $\mathbb{A}_5$ . Durch die *Like-Me-Hypothese* wird nun angenommen, dass für Menschen mit denselben sozialen Charakteristika enger Kontakt relativ wahrscheinlich ist, für Menschen mit unterschiedlichen sozialen Charakteristika dagegen relativ unwahrscheinlich. Mengen der Art  $\mathbb{A}_5$  werden durch die *Like-Me-Hypothese* also als relativ unwahrscheinlich angesehen, insofern bewegt sich die Erklärung unter der Systemebene.

Die *Like-Me-Hypothese* stellt somit die Verbindung zwischen der Systemebene – den soziostrukturellen Gruppen – und der Ebene der Handlungstheorie – den Kontaktgruppen – her. Sie ist eine *Brückenhypothese* im Sinne des methodologischen Individualismus.

Abgesehen davon, dass die Brückenhypothese und die Handlungstheorie möglicherweise *empirisch* falsch sind, fehlt zu einer vollständigen Erklärung im Sinne des methodologischen Individualismus nun noch eine *Aggregationsregel*. Die

Angabe einer solchen Aggregationsregel bleiben die Autoren von „The Peoples Choice“ schuldig.

Betrachtet man die Mengen  $\mathbb{A}_1$  und  $\mathbb{A}_2$  in Abbildung 1.1 und nimmt man gleichzeitig an, dass  $\mathbb{A}_5$  wahrscheinlich nicht existiert, so könnte man meinen, auf die Angabe einer Aggregationsregel verzichten zu können. Dies liegt daran, dass die Schnittmenge von  $\mathbb{A}_1$  und  $\mathbb{A}_2$  nahezu mit dem sozialen System  $\mathbb{M}_1$  identisch ist. Anders formuliert: Das soziale System  $\mathbb{M}_1$  und die Ebene der Handlungstheorie – die miteinander interagierenden Menschen – sind hier praktisch identisch. Damit bewegt sich die Handlungstheorie nur scheinbar unterhalb der Systemebene, weshalb eine Aggregationsregel unnötig wird.<sup>14</sup> Allerdings genügt die Erklärung in diesem Fall auch nicht den Anforderungen des methodologischen Individualismus.

Nun könnte man argumentieren, dass diese Anforderungen künstlich sind, und zugunsten einer zufriedenstellenden Erklärung auf der Systemebene aufgegeben werden könnten. Doch handelt es sich bei der bisher skizzierten Erklärung keineswegs um eine zufriedenstellende Erklärung. Vielmehr gibt es einen interessanten Zusammenhang zwischen der Plausibilität der Brückenhypothese und der Notwendigkeit der Aggregationsregel: *Je plausibler die Brückenhypothese, desto schwerwiegender das Fehlen der Aggregationsregel.*

In „The Peoples Choice“ werden die sozialen Charakteristika durch den sozioökonomischen Status, die Wohnsituation (städtisch/ländlich) und die Konfessionszugehörigkeit erfasst. Insofern lautet die *Like-Me*-Hypothese: *Menschen mit gleichem sozioökonomischen Status, gleicher Wohnsituation und gleicher Konfession haben eher engen Kontakt miteinander.* Dies ist offensichtlich falsch! Denn warum sollte ein katholischer Arbeiter in München (z. B.  $P_7$  in Abbildung 1.1) eher engen Kontakt zu einem katholischen Arbeiter in Hamburg (z. B.  $P_{11}$ ) haben, als zu einem evangelischen Lehrer in München (z. B.  $P_6$ )? Plausibel ist die *Like-Me*-Hypothese nur im Kontext einer lokal begrenzten Studie, wie sie die beiden frühen Studien der *Columbia-School* darstellten. Unter diesen Bedingungen lautet die *Like-me*-Hypothese: *Innerhalb eines relativ kleinen Gebiets (Stadt, Gemeinde) haben Menschen mit denselben sozialen Charakteristika eher engen Kontakt zueinander.* Diese Fassung der *Like-Me*-Hypothese erscheint plausibler.

Die höhere Plausibilität dieser modifizierten *Like-Me*-Hypothese hat allerdings ihren Preis. Denn mit ihr scheidet die Erklärung des demokratischen Klassen-

---

14 In „The Peoples Choice“ wird der sozioökonomische Status lediglich als Messung für das Merkmal „soziale Kontakte“ verwendet. Die Deckungsgleichheit der beiden Konstrukte ist hier offensichtlich.

kampfs als gesamtgesellschaftliches Phänomen. In der Realität ist der demokratische Klassenkampf durch eine Situation gekennzeichnet, bei der Personen mit gleichen sozialen Charakteristika, unabhängig von ihrem Wohnort – und damit unabhängig von ihren sozialen Kontakten – zur Wahl derselben Partei tendieren.

Schematisch zeigt sich diese Situation innerhalb der Menge  $\mathbb{M}_2$  in Abbildung 1.1. Wie oben ausgeführt, haben alle Personen in  $\mathbb{M}_2$  dieselben politischen Ansichten und dieselben soziostrukturellen Eigenschaften. Anders als die Personen in  $\mathbb{M}_1$  gehören sie aber nicht unbedingt denselben Kontaktgruppen an. So gehören die Personen  $P_7$ ,  $P_8$  und  $P_9$  zur Kontaktgruppe  $\mathbb{A}_3$  und die Personen  $P_{11}$  und  $P_{12}$  zur Kontaktgruppe  $\mathbb{A}_4$ . Nur die Person  $P_{10}$  gehört sowohl zur Kontaktgruppe  $\mathbb{A}_3$  als auch zur Kontaktgruppe  $\mathbb{A}_4$ . Die Erklärung gleicher Parteipräferenzen etwa der Personen  $P_7$  und  $P_{11}$  bleibt mit der modifizierten *Like-Me*-Hypothese offensichtlich unvollständig.

Ein weiteres Problem des Interaktionsansatzes sind einige empirische Untersuchungsergebnisse zur Homogenisierungshypothese (siehe Abschnitt 1.1.1.3).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich der demokratische Klassenkampf mit den skizzierten Annahmen in einem regional eng begrenzten Gebiet bedingt erklären lässt. Die Erklärung des demokratischen Klassenkampfes als gesamtgesellschaftliches Phänomen ist jedoch unvollständig.

#### 1.1.2 Aktuelle Relevanz

Die Studien der *Columbia-School* finden in der aktuellen Wahlsoziologie nur noch wenig Beachtung. Sie sind praktisch nur noch von historischem Interesse (Eulau 1980). Forderungen nach einer Wiederaufnahme der Forschungstradition verhalten meist ungehört (Kaase und Klingemann 1994; Oberndörfer und Schmitt 1991). Neuere Arbeiten auf der Basis des Interaktionsansatzes sind zwar vorhanden, erscheinen jedoch eher sporadisch (Abowitz 1990; Alwin, Cohen und Newcomb 1991; Brown 1995; Huckfeldt und Sprague 1987; Huckfeldt und Sprague 1991; Huckfeldt und Sprague 1992; Huckfeldt und Sprague 1995; Knoke 1990; Zuckerman, Valentino und Zuckerman 1994; Zuckerman, Kotler-Berkowitz und Swaine 1998). Betrachtet man jedoch die Homogenisierungshypothese als die Leitidee des Interaktionsansatzes so findet sich diese – teilweise ohne Bezug zu den Arbeiten der *Columbia-School* – auch in anderen Forschungsansätzen.

Der Interaktionsansatz hat eine große Anzahl von *Kontextanalysen* angeregt. Allgemein untersuchen Kontextanalysen den Einfluss von Merkmalen der Umgebung eines Akteurs auf die individuellen Handlungen der Akteure. Bei den wahlsoziologischen Kontextanalysen geht es dabei meist um den Einfluss eines

in der regionalen oder sozialen Umgebung vorherrschenden Meinungsklimas auf das Wahlverhalten. Die Anzahl entsprechender Arbeiten sind Legion.<sup>15</sup>

Die Verbindung von Kontextanalysen zum Interaktionsansatz ergibt sich aus der Homogenisierungshypothese. Aus ihr lässt sich folgende Testimplikation ableiten: Wenn sich die Menschen in sozialen Kontakten gegenseitig beeinflussen, so sollte sich das Meinungsklima der sozialen Umgebung – Nachbarschaft, Arbeitsplatz, Freundeskreis – auf die politischen Ansichten der Menschen auswirken. Die meisten Kontextanalysen nehmen darum direkten Bezug auf den Interaktionsansatz.

In einigen Fällen wird die Verbindung von Kontextanalysen zum Interaktionsansatz allerdings durch zwei Messhypothesen verdeckt. Häufig verwenden Kontextanalysen nicht Merkmale der sozialen, sondern Merkmale der räumlichen Umgebung. Hintergrund hierfür ist die Annahme, dass sich soziale Kontakte vorwiegend innerhalb gewisser räumlicher Grenzen abspielen. Die räumliche Nähe wird als Messung für die Wahrscheinlichkeit eines sozialen Kontakts verwendet. Dies ist die erste Messhypothese.<sup>16</sup>

Die zweite Messhypothese besteht darin, dass häufig der Anteil von Angehörigen bestimmter soziostruktureller Gruppen als Kontextmerkmal verwendet wird. Implizit stellen derartige Kontextvariablen Indikatoren für ein bestimmtes Meinungsklima dar.<sup>17</sup>

Ein weiterer Anwendungsbereich des Interaktionsansatzes sind Netzwerkanalysen. In Netzwerkanalysen werden die sozialen Kontakte der Menschen direkt erhoben. Damit verzichtet man auf die Messung der sozialen Umgebung durch die räumliche Umgebung. Die theoretische Grundlage der Erhebung der sozialen Kontakte ist jedoch auch bei den Netzwerkanalysen – sofern Sie zur Untersuchung

---

15 Überblicke über entsprechende Literatur finden sich bei Cox (1969), Taylor und Johnston (1979) und Valkonen (1969). Wichtige aktuelle Arbeiten stammen von Robert Huckfeldt und John Sprague, vgl. insbesondere Huckfeldt und Sprague (1995).

16 Diese Messhypothese wurde mit guten Argumenten in Zweifel gezogen. Ada Finifter zeigt Abschottungstendenzen einer republikanischen Minderheit, in einem mehrheitlich von Demokraten besetzten Arbeitskontext (Finifter 1974). Allerdings beinhalten diese Ergebnisse keine Zurückweisung der Homogenisierungshypothese in der hier verwendeten Fassung. Es handelt sich um eine Kritik an der Gleichsetzung des sozialen Umfeldes mit dem räumlichen Umfeld.

17 Etwas anders gelagert ist der Fall bei reinen Aggregatdatenanalysen. Die dabei verwendeten Anteile von soziostrukturellen Gruppen lassen sich auf zwei Arten interpretieren. Erstens wie oben als Indikator für ein bestimmtes Meinungsklima, zweitens als Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Individuum aus dem Aggregat der jeweiligen Gruppe angehört. Wendet man die zweite Interpretation an, lassen sich Aggregatdaten auch zur Untersuchung der Interessentheorie (vgl. Abschnitt 1.2) verwenden. Diese unklare Zuordnung des Erklärungsmechanismus zum empirischen Ergebnis ist der Hauptkritikpunkt an Aggregatdatenanalysen.

politischer Einstellungen herangezogen werden – die Homogenisierungshypothese (Eulau 1980).

Die direkte Messung der sozialen Umgebung impliziert jedoch auch einen theoretisch relevanten Unterschied von Netzwerkanalysen zu Kontextanalysen: Die Möglichkeit einer zwischenmenschlichen Beeinflussung wird nur für die Personen des jeweiligen Netzwerks vermutet. Kontexte sind dagegen *externe* Merkmale. In Kontextanalysen wird die Möglichkeit einer politischen Beeinflussung darum auch auf *Autoaufkleber* oder ähnliche Zeichen erweitert (Huckfeldt und Sprague 1995: 128).

Beim Interaktionsansatz geht es um Beziehungen, in denen ein Individuum mit anderen Individuen regelmäßig und persönlich Kontakt hat – Familie, Freunde, Arbeitskollegen, Nachbarn usw. Rechnet man zu den Kontakten auch das Elternhaus zum Zeitpunkt des Heranwachsens hinzu, gelangt man zu *sozialisations-theoretischen* Ansätzen. Fast jeder hat seine ersten politischen Orientierungen zu einem Zeitpunkt gewonnen, als das Elternhaus noch die dominante Primärumwelt bildete. Trifft die Homogenisierungshypothese zu, so müsste sie auch während dieser frühen politischen Sozialisation gewirkt haben.

In einer Analyse von Peter Gluchowski und Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff wurde kürzlich unter anderem das Konzept *sozialmoralischer Milieus* einer Analyse des soziostrukturellen Wahlverhaltens zu Grunde gelegt (Gluchowski und Wilamowitz-Moellendorff 1997). Die Autoren stehen damit in der Tradition einer langen Reihe von Beiträgen, die von diesem Konzept inspiriert worden sind. Auch dieser Ansatz, der auf Rainer Lepsius (1973) zurückgeht, kann zum Teil dem Interaktionsansatz zugerechnet werden. Das Konzept der sozialmoralischen Milieus verknüpft die Basisannahmen des Interaktionsansatzes einerseits mit denen der Interessentheorie<sup>18</sup> andererseits:

Kennzeichen sozialmoralischer Milieus ist die „Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen“ (Lepsius 1973). Sie entstehen in einem Prozess, in dem sich die gemeinsamen Erfahrungen und Kontakte mit Personen gleicher oder ähnlicher Interessenlage gegenseitig verstärken.

Sozialmoralische Milieus sind also durch enge persönliche Kontakte einerseits und gleiche Interessenlagen andererseits ausgezeichnet. Die in dieser Dissertation unterschiedenen Erklärungsmechanismen verdichten sich in den sozialmoralischen Milieus zu einem gemeinsamen Konzept. Für die empirische Umsetzung bleibt

---

<sup>18</sup> Zur Interessentheorie vgl. Abschnitt 1.2.



jedoch unklar, ob diese Verdichtung additiv – Interaktionen haben zusätzlichen Einfluss zu den Interessen – oder multiplikativ – Interaktionen haben nur dann Bedeutung, wenn sie zwischen Personen gleicher Interessenlagen stattfinden – gemeint ist.

### 1.1.3 Weiterentwicklungen

In Abschnitt 1.1.1.4 wurde behauptet, dass eine vollständige Erklärung des demokratischen Klassenkampfes mit dem Interaktionsansatz nicht möglich sei. Entweder sei die *Like-Me*-Hypothese wenig plausibel, oder der Erklärung mangle es an einer Aggregationsregel. Das zweite Problem des Interaktionsansatzes bestand in der fehlenden Einstimmigkeit von Kontaktgruppen. Die Einstimmigkeit gilt als eine wichtige Voraussetzung für die Möglichkeit sozialer Beeinflussung (Allen 1975).

Im Folgenden sollen zwei Weiterentwicklungen des Interaktionsansatzes vorgestellt werden, mit denen sich diese Probleme ansatzweise lösen lassen.

#### 1.1.3.1 Strukturelle Äquivalenz

In ihrer vielzitierten Studie „Medical Innovation“ haben James Coleman, Elihu Katz und Herbert Menzel die allmähliche Adaption eines neuen Antibiotikums durch Ärzte in vier amerikanischen Städten untersucht. Dabei stellten sie fest, dass Ärzte, die häufig an fachlichen Diskussionen mit Kollegen teilnahmen, das Mittel früher anwendeten als Ärzte ohne entsprechende Kontakte. Sie sprachen davon, dass sich die Ärzte in informellen Zirkeln gegenseitig mit der neuen Behandlungsmethode *ansteckten*, und bezeichneten diesen Prozess als „soziale Ansteckung“ (Coleman, Katz und Menzel 1966).

Allgemein kann die Anwendung einer neuen Behandlungsmethode als ein Akt der Bewertung eines Objekts aufgefasst werden. Das Objekt – die neue Behandlungsmethode – wird von den Ärzten positiv oder negativ bewertet, d. h. angewandt oder nicht angewandt. Dieselbe Bewertungssituation liegt auch bei politischen Wahlen vor. Hier werden politische Parteien von den Wählern positiv oder negativ bewertet, d. h. gewählt oder nicht gewählt. Und: Wenn sich die Wähler bei ihrer Bewertung von Anderen beeinflussen lassen, so werden auch hier Personen, die häufig miteinander in Kontakt treten, ähnliche Bewertungen vornehmen.

Man kann die beschriebene Diffusion von Bewertungen durch Kontakte als *Ansteckung* interpretieren. Informativ ist das aber nicht. Wenn man von Ansteckung spricht, sollte man daran interessiert sein wie die Ansteckung vor sich geht – bakteriell oder viral, Tröpfcheninfektion oder Körperkontakt – und ob es Möglichkeiten zur Immunisierung gibt. Bezogen auf die Bewertung von politischen Parteien ist

man an den Mechanismen der sozialen Beeinflussung und an den Eigenschaften der Personen interessiert, die beeinflussen und sich beeinflussen lassen.

Ronald Burt (1987) hat das Thema der Diffusion einer technischen Innovation aufgegriffen und zwei grundlegende Modelle der Voraussetzungen für soziale Ansteckung beschrieben: Das „Kohesionsmodell“ und das „Structural-Equivalence-Modell“. In beiden Modellen ist die Tendenz rationaler Akteure, sich zur Bewertung von Objekten der Informationen von anderen Menschen zu bedienen, der grundlegende *Infektionsmechanismus*. Dies entspricht der Homogenisierungshypothese. Der Unterschied zum Interaktionsansatz besteht in den Maßstäben, nach denen die Informationen der anderen bewertet werden:

„The *cohesion model* focuses on socialization between ego and alter. The more frequent and empathic the communication is between ego and alter, the more likely that alter's adoption will trigger ego's. Discussing the innovation with others, ego comes to a normative understanding of adoption's costs and benefits, a social understanding colored by the interests of the people with whom the innovation has been discussed.“

(...)

„The *structural equivalence* model highlights competition between ego and alter. This includes, in the extreme, the competition of people fighting one another for survival but applies more generally to the competition of people merely using one another to evaluate their relative adequacy – for example, two siblings close in age and trying to get good grades in the same subjects who are encouraged by their parents, two graduate students publishing the same kind of work and trained by the same professors, or two physicians trying to keep up with the rush of medical developments in order to live up to their image of a good physician and maintain their position in the social structure of medical advice and discussion. The more similar ego's and alter's relations with other persons are – that is, the more that alter could substitute for ego in ego's role relations, and so the more intense that ego's feelings of competition with alter are – the more likely it is that ego will quickly adopt any innovation perceived to make alter more attractive as the object of source of relations. Discussing an innovation with others, ego comes to a normative understanding of adoption's costs and benefits to a person fulfilling his roles, a social understanding shared by others in those roles and colored by ego's interest in the advantage accruing to anyone performing his roles“ (Burt 1987: 1290; Hervorhebung U.K.).

Nach dem Kohesionsmodell sollten sich die politischen Ansichten zweier Kontaktpartner umso stärker ähneln, je häufiger und enger der Kontakt zwischen den beiden Partnern ist. Insofern die frühen Arbeiten der *Columbia-School* persönliche Gespräche und direkte soziale Kontakte zur Grundlage der Begründung sozialer Beeinflussung gemacht haben, entspricht das Kohesionsmodell dieser Form des Interaktionsansatzes.

Nach dem *Structural-Equivalence*-Modell ähneln sich die politischen Ansichten von Kontaktpartnern umso stärker, je ähnlicher sie sich bezüglich politisch bedeutsamer Merkmale sind. Ein Arbeiter, der bemerkt, dass ein anderer Arbeiter die

SPD positiv bewertet, wird sich diese Bewertung aneignen wenn er der Ansicht ist, dass dieser seine Bewertung vorgenommen hat, um *als Arbeiter* Vorteile zu erlangen.<sup>19</sup> Des Weiteren ist nach dem *Structural-Equivalence*-Modell bei einem Kontakt zwischen grundverschiedenen Menschen keine Homogenisierung der politischen Präferenzen zu erwarten. Schließlich folgt aus dem *Structural-Equivalence*-Modell, dass Beeinflussung keinen engen Kontakt erfordert. Es genügt, dass *Ego* etwas von der politischen Einstellung des Anderen erfährt – sei es durch Gespräche, durch Autoaufkleber oder durch Berichte in den Medien.<sup>20</sup>

Durch das *Structural-Equivalence*-Modell kann man sich einer vollständigeren Erklärung des demokratischen Klassenkampfes annähern. Dies geschieht auf zwei Pfaden. Erstens durch eine Ausweitung des geografischen Gebiets, für welche die Gültigkeit der *Like-Me*-Hypothese unterstellt werden kann, und zweitens durch Ansätze einer Aggregationsregel. Wie im Folgenden gezeigt wird, hat diese Annäherung an eine vollständige Erklärung allerdings einen Schönheitsfehler: Sie setzt voraus, dass der demokratische Klassenkampf bereits existiert. Die Erklärung bleibt damit solange zirkulär, wie nicht *externe* Entstehungsgründe für den demokratischen Klassenkampf gefunden werden können. Sind solche Entstehungsgründe gefunden, so ergibt sich aus dem Interaktionsansatz allerdings das Fortbestehen des demokratischen Klassenkampfes auch dann, wenn die ursprünglichen Entstehungsgründe längst Vergangenheit sind.

Die Plausibilität der *Like-Me*-Hypothese wird in erster Linie durch eine Einschränkung der Definition maßgeblicher Kontakte ausgedehnt. Nach dem *Struc-*

---

19 Ein anderes Beispiel ist ein Student, der in einer Klausur vom Nebensitzer abschreibt. Rational ist das Abschreiben nur, wenn der Student sicher sein kann, dass der Nebensitzer die gleiche Klausur wie er selbst hat.

20 Huckfeldt und Sprague weisen darauf hin, dass es starke Ähnlichkeiten zwischen dem *Structural-Equivalence*-Modell und dem von Downs vorgebrachten Argument selektiver Wahl von Informationsquellen gibt: Wie oben (S. 40) angeführt, ist es nach Downs für *rationale* Akteure sinnvoll, zur Reduktion von Informationskosten andere Personen als Informationsquelle zu nutzen. Allerdings ist der rationale Akteur dabei gut beraten, nur solche Personen zu verwenden, die aus demselben politischen Handeln wie er selbst *Nutzen* ziehen (Downs 1968: 229). Huckfeldt und Sprague fragen nun, wie der rationale Akteur diese Personen ausfindig machen soll, und antworten:

„To the extent that people act rationally in politics, they are likely to pay more attention to advice from people who are similarly located within the social structure“ (Huckfeldt und Sprague 1995: 162).

In diesem Fall würden also zumindest diejenigen Kontakte, welche zur Informationsbeschaffung über die politischen Parteien genutzt werden, anhand soziostruktureller Determinanten ausgewählt. Interessanterweise macht diese Vermutung allerdings nur dann einen Sinn, wenn die Akteure an die *Interesstheorie des politischen Verhaltens* (vgl. Abschnitt 1.2) glauben.

*tural-Equivalence*-Modell sind für *Ego* nur Informationen von *seinesgleichen* gefragt. Eine Verbindung zwischen Personen unterschiedlicher sozialer Herkunft ist für den politischen Willensbildungsprozess der beteiligten Personen nicht relevant. Die weitergegebenen Informationen zählen nicht. Betrachtet man nur diejenigen Verbindungen, welche für den politischen Willensbildungsprozess relevant sind, so handelt es sich bei Gültigkeit des *Structural-Equivalence*-Modells normalerweise um Kontakte zwischen Personen mit gleichen soziostrukturellen Merkmalen. Soziale Kontakte mögen also soziostrukturell gemischt sein; soziale Kontakte, welche homogenisierende Wirkung haben, sind es nicht. Bezogen auf solche Kontakte wäre die *Like-Me*-Hypothese damit unabhängig vom lokalen Bezug gültig. Allerdings setzt diese Argumentation voraus, dass die Individuen die Entscheidung darüber, von wem sie politische Informationen annehmen, tatsächlich an soziostrukturellen Maßgaben ausrichten. Eine Vermutung, die nur bei Existenz des demokratischen Klassenkampfes plausibel ist.

Ansätze zu einer Aggregationsregel ergeben sich ebenfalls aus dem *Structural-Equivalence*-Modell. In der ursprünglichen Version des Interaktionsansatzes wurden unter Kontakten meist enge Kontakte verstanden. Im *Structural-Equivalence*-Modell besteht hierfür keine Notwendigkeit. Für seine politische Willensbildung genügt es, wenn *Ego* eine Information von *seinesgleichen* erhält. Es spielt keine Rolle, ob die Information von einem Freund mündlich, von einem flüchtigen Bekannten per Autoaufkleber oder von einem demonstrierenden Unbekannten per Fernsehnachrichten weitergegeben wird. Über diese *Weak Ties* könnten sich dann die politischen Ansichten von sozialen Gruppierungen über die regionalen Grenzen hinaus homogenisieren. Allerdings setzt auch diese Argumentation voraus, dass es soziostrukturelle Eigenschaften sind, an denen die Individuen den Wert von politischen Informationen abschätzen.

Empirische Belege des *Structural-Equivalence*-Modells aus dem Bereich der empirischen Wahlsoziologie sind vergleichsweise dürftig.<sup>21</sup> Allerdings können die oben (Seite 43) angeführten Ergebnisse von Huckfeldt/Sprague (1995) im Lichte dieser Weiterentwicklungen neu interpretiert werden.

Die deutlichen Einflüsse des Ehepartners auf die Parteipräferenz der Befragten bestätigt sowohl das Kohesionsmodell als auch das *Structural-Equivalence*-Modell: Die Kom-

---

21 Burt selbst führt eine Reanalyse der *Medical Innovation Study* von Coleman, Katz und Menzel (1966) durch. Dabei zeigt sich, dass der Hauptmechanismus für die Diffusion des neuen Antibiotikas nicht die *soziale Ansteckung* ist, sondern die überwiegend starke *persönliche Präferenz* der befragten Ärzte, innovativ und medizinisch auf dem Laufenden zu sein. Bezüglich der sozialen Ansteckung wurde gezeigt, dass diese in erster Linie den Gesetzmäßigkeiten des *Structural-Equivalence*-Modells folgt (Burt 1987).

munikation zwischen den Ehepartner ist häufig und empathisch und Ehepartner verfolgen dieselben Ziele. Dass man sich hauptsächlich von Kontakten beeinflussen lässt, die prinzipiell dieselben Ansichten haben, kann mit dem *Structural-Equivalence*-Modell – nicht intendierte Folge der Suche nach strukturell gleichen Personen – erklärt werden. Mit dem Kohesionsmodell unvereinbar ist der Befund, dass der Einfluss regelmäßiger Kontaktpartner größer ist als der enger Freunde.

Für die Versorgung mit politischen Informationen ist möglicherweise die strukturelle Äquivalenz des Anderen wichtiger als die emotionale Nähe zu ihm.

### 1.1.3.2 *Einstimmigkeit*

Die Chance einer Beeinflussung eines Menschen durch Andere ist vor allem dann gegeben, wenn die Ansichten der Anderen homogen sind. Herrscht in einer sozialen Umgebung völlige Übereinstimmung über ein Objekt der Bewertung, kann sich ein Mensch dieser *herrschenden* Meinung nur schwer entziehen (Allen 1975).

Dieses Ergebnis, so interessant es für sich genommen sein mag, ist für die Untersuchung der Genese von politischen Einstellungen möglicherweise nur von geringem Interesse. Denn völlige Einstimmigkeit von Kontaktgruppen dürfte bezüglich politischer Themen in realen Situationen selten anzutreffen sein.<sup>22</sup> Die Frage ist, inwieweit es in Situationen ohne weitgehende Übereinstimmung der Mitglieder einer Kontaktgruppe zu stabilem Aggregatwahlverhalten dieser Gruppe kommen kann. Anders formuliert: Lässt sich mit dem Interaktionsansatz erklären, dass eine bestimmte Kontaktgruppe relativ stabil jeweils zu – sagen wir – 60 Prozent die Partei A wählt, oder würde aus dem Interaktionsmodell nicht vielmehr ständig schwankende Prozentanteile der einzelnen Parteien folgen?

Zur Antwort hierauf untersuchen Huckfeldt und Sprague (1995: 58-81) eine Konstellation, in der es lediglich eine Mehrheit – jedoch keine Einstimmigkeit – unter den Kontakten von *Ego* gibt. Sie stellen die Frage, ob es in einer solchen Kontaktgruppe möglich ist, dass die Mitglieder zu stabilen Ansichten über eine Partei kommen können. Ausgangspunkt der Analyse ist folgende, in Anschluss an McPhee (1963) entworfene Situation:

In sozialen Kontakten mit politischem Inhalt werden die politischen Ansichten der Kontaktpartner sichtbar. Dabei können die beteiligten Personen ihre Ansichten entweder als verschieden wahrnehmen oder nicht. Stimmen die Ansichten überein, *bestärkt* dies die Individuen in ihrer Ansicht (*positives Reinforcement*). Gleichzeitig werden sie *nicht* angeregt nach neuen Informationen zu suchen. Wird eine Meinungsverschiedenheit entdeckt, *überarbeiten* die beteiligten Personen ihre Ansichten. Das Ergebnis der Über-

---

22 Plausibel ist Einstimmigkeit innerhalb von Familien. Der starke Einfluss der Herkunftsfamilie auf die politischen Einstellungen Heranwachsender könnte damit zusammenhängen.

arbeitung ist dabei *offen*, d. h. jede beteiligte Person kann seine Meinung ändern oder beibehalten (Huckfeldt und Sprague 1995: 48f).

Huckfeldt und Sprague analysieren diese Situation mit einem mathematischen Modell. Dabei unterscheiden Sie in Anlehnung an den Interaktionsansatz zwischen einem *Social-Group-Modell* und einem *Behavioral-Contagion-Modell*.

Im *Social-Group-Modell* wird der Prozess der gegenseitigen Beeinflussung in erster Linie durch die Verteilung von soziostrukturellen Gruppen im sozialen Kontext bestimmt:

„Different social contexts present different opportunities for interaction between and within social groups, and these interactions have important political consequences. For example, people who frequently come into contact with a particular group are sometimes more likely to identify with that group and adopt group norms“ (Huckfeldt und Sprague 1995: 62).

Das *Behavioral-Contagion-Modell* bezieht sich auf die Verteilung politischer Ansichten im sozialen Kontext:

„According to this explanation, one citizen obtains political information from other citizens, and thus it is typically the case that people are more likely to adopt a political preference if they are surrounded by other people who demonstrate the same preference“ (Huckfeldt und Sprague 1995: 63).

Im weiteren Verlauf ihrer Analyse werden die beiden Modelle mathematisch formalisiert. Dabei wird das Konzept der *Response-Time* entwickelt. Diese bezeichnet den Zeitraum bis zur Erreichung eines *Gleichgewichts*. Individuen befinden sich in einem Gleichgewicht, wenn sie zu (fast) stabilen politischen Einstellungen gelangt sind.

Als zentrale Ergebnisse der theoretischen Modellierung von Huckfeldt und Sprague ist festzuhalten, dass sich stabile Parteipräferenzen unter bestimmten Bedingungen auch dann mit dem Interaktionsansatz erklären lassen, wenn man nicht von Einstimmigkeit im sozialen Kontext ausgeht. Bedingungen, welche die Entstehung stabiler politischer Präferenzen begünstigen sind:

- möglichst homogene Ansichten innerhalb soziostruktureller Gruppen bei gleichzeitiger Höherbewertung der Informationen von Personen der eigenen soziostrukturellen Gruppe und/oder
- Höherbewertung der Informationen von denjenigen Personen, welche die eigenen politischen Überzeugungen vertreten. Diese sollten darüberhinaus im persönlichen Umfeld in der Mehrheit sein.

## 1.2 Die Interessentheorie

### 1.2.1 Grundlagen

Wenn heute der demokratische Klassenkampf untersucht wird, geschieht dies in den meisten Fällen unter Verweis auf die *Cleavage-Theorie* von Seymour Lipset und Stein Rokkan (Lipset und Rokkan 1967). Dabei handelt es sich um eine Theorie der Entstehung von Parteien, nicht um eine Erklärung des theoretischen Klassenkampfs. Unter Verwendung der „Interessentheorie politischen Verhaltens“ (Bendix und Lipset 1967) lässt sich die Cleavage-Theorie jedoch zu einer Theorie des demokratischen Klassenkampfs ausbauen.

Der grundlegende Gedanke der Interessentheorie kann in folgender *Interessenhypothese* formuliert werden:

*Hypothese 1.3 (Interessenhypothese)*

*Der Wähler entscheidet sich immer für die Partei, die seine Interessen am ehesten vertritt.*

Mit dieser Hypothese wird für jedes Individuum eine allgemeine Verhaltensregel angegeben. Sie ist damit eine Handlungstheorie im Sinne des methodologischen Individualismus. Ausgehend von der Interessenhypothese lassen sich die Verbindungen zu den handelnden Einheiten des demokratischen Klassenkampfs herstellen: den soziostrukturellen Gruppen.

Im einfachsten Fall werden die Interessen der Menschen durch ihre soziostrukturelle Position determiniert. Entgegen dem ersten Eindruck genügt dies zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfs jedoch noch nicht. Es wird lediglich festgelegt, dass sich die Interessenlagen von Personen mit unterschiedlichen soziostrukturellen Positionen unterscheiden. Das Wahlverhalten wird hierdurch nur dann beeinflusst, wenn Parteien existieren, die jeweils nur die Interessen von Angehörigen einer bestimmten soziostrukturellen Gruppe bedienen. Genau dies behauptet die Cleavage-Theorie:

Nach der Cleavage-Theorie teilen soziale Konflikte Menschen in sich kontrovers gegenüberstehende *Konfliktgruppen*. Diese bestehen zunächst nur während der konkreten Konfliktsituation. Manchmal bilden die Konfliktgruppen jedoch institutionalisierte politische Parteien, welche die Interessen der jeweiligen Basiskonfliktgruppen vertreten. Damit dies geschieht, muss der Konflikt langfristig sein und möglichst große Teile der Gesellschaft betreffen. Darüber hinaus müssen vier weitere so genannte „Schwellen der Institutionalisierung“ überwunden werden. Nicht jeder Konflikt mündet also in die Gründung von politischen Parteien (Lipset und Rokkan 1967: 3f).

Nach Lipset und Rokkan (1967: 13–21) gibt es in westlichen Industrienationen vier Konflikte, deren Konfliktgruppen die Schwellen der Institutionalisierung überwunden haben:

- Der *Staat-Kirchen-Konflikt* ergibt sich durch die Bildung von Nationalstaaten. Die sich etablierenden Machtzentren des Nationalstaats schränken insbesondere den Einflussbereich der zentralistisch organisierten katholischen Kirche ein. In Deutschland äußerte sich dieser Konflikt am augenfälligsten im *Kulturkampf*. Als politische Vertretung der katholischen Konfliktpartei etablierte sich das Zentrum.
- Der *Zentrum-Peripherie-Konflikt* begleitete ebenfalls die Entstehung der Nationalstaaten. Regionale Untereinheiten werden – teilweise mit Gewalt – in den neuen Staat integriert. Dabei besteht die Tendenz, dass die regionalen Herrscher an Einfluss verlieren und regionale Gewohnheiten zurückgedrängt werden. Als Beispiel für diesen Konflikt lässt sich der *Dualismus* anführen, der allerdings nicht mit der Bildung einer regionalen politischen Partei, sondern mit der Bildung zweier Staaten gelöst wurde.
- der *Stadt-Land-Konflikt* beruht auf Interessengegensätzen des primären und sekundären Wirtschaftsektors im Verlauf der industriellen Revolution.
- der *Arbeit-Kapital-Konflikt* resultiert aus Interessengegensätzen zwischen Proletariern und Kapitalisten. Als parteipolitische Vertretung des Proletariats etablierten sich sozialistische und kommunistische Parteien.

Sieht man von den konkreten Konflikten ab, wird durch diese Argumentation zweierlei behauptet: Erstens, dass es politische Parteien gibt, welche die Ziele der angegebenen Konfliktgruppen vertreten. Zweitens, dass die individuellen Interessen der Menschen den politischen Zielen ihrer Konfliktgruppe entsprechen. Die Argumentation lässt sich damit in folgende Hypothesen zusammenfassen:

*Hypothese 1.4 (Cleavage-Hypothesen)*

1. *Die Interessen der Menschen entsprechen den politischen Zielen ihrer Konfliktgruppe.*
2. *Die politischen Ziele von Konfliktgruppen werden von politischen Parteien vertreten.*

Vor dem Hintergrund der konkret angegebenen Konflikte werden dann die Verbindungen zu den soziostrukturellen Einheiten deutlich. Die soziostrukturelle Position manifestiert die Zugehörigkeit eines Individuums zu einer Konfliktgruppe. Arbeiter gehören der Konfliktgruppe „Proletariat“ an, Menschen mit katholischer Konfessionszugehörigkeit dem „Katholizismus“, Landwirte dem „primären Sektor“ usw.



Mit der Interessentheorie und den beiden Cleavage-Hypothesen lässt sich erklären, warum ein Angehöriger einer bestimmten Konfliktpartei eine bestimmte politische Partei wählt. Dies soll im Folgenden anhand des Arbeiters  $P_1$  verdeutlicht werden.

Interessentheorie	Der Wähler entscheidet sich immer für die Partei, die seine Interessen am ehesten vertritt.
Cleavagehypothesen	(a) Die Interessen der Menschen entsprechen den politischen Zielen ihrer Konfliktgruppe. (b) Es gibt eine Partei A, welche das politische Ziel der Arbeiter verfolgt.
Randbedingung	$P_1$ ist Mitglied der Konfliktgruppe „Arbeiter“.
Explanandum	$P_1$ wählt die Partei A.

In diesem Beispiel wird deutlich, dass es sich bei den Cleavage-Hypothesen um Brückenhypothesen im Sinne des methodologischen Individualismus handelt.

Bevor näher auf die Brückenhypothesen eingegangen wird, sei hier noch an das Aggregationsproblem erinnert. Zur vollständigen Erklärung des demokratischen Klassenkampfes ist es notwendig, eine Regel anzugeben, wie sich die einzelnen Wahlakte der Individuen zu diesem zusammenfügen. Anders als beim Interaktionsansatz ist die Aggregationsregel im vorliegenden Fall jedoch trivial. Wiederholt man nämlich die hier skizzierte Erklärung für jeden Arbeiter einer Gesellschaft, so ergibt sich, dass alle Arbeiter die Partei A wählen. Entsprechende Erklärungsskizzen lassen sich auch für Selbständige oder beliebige andere Konfliktparteien anfertigen. Auf der Aggregatebene folgt dann homogenes Wahlverhalten der einzelnen Konfliktgruppen.

Die empirische Überprüfung der Interessentheorie erfolgt in der Regel durch den Nachweis eines Zusammenhangs zwischen der Sozialstruktur und dem Wahlverhalten, und damit durch das hier als „demokratischer Klassenkampf“ bezeichnete Phänomen. Auf eine eingehende Darstellung dieser empirischen Ergebnisse wird darum verzichtet.<sup>23</sup> Von Interesse sind jedoch Analysen, welche eine un-

<sup>23</sup> In Deutschland wurden in Anschluss an Linz (1967) insbesondere der Arbeit-Kapital-Konflikt und der Staat-Kirchen-Konflikt thematisiert. Bezüglich des Staat-Kirchen-Konflikts wurde wiederholt festgestellt, dass sich dieser in der Bundesrepublik von einem Konfessionskonflikt zu einem Kon-

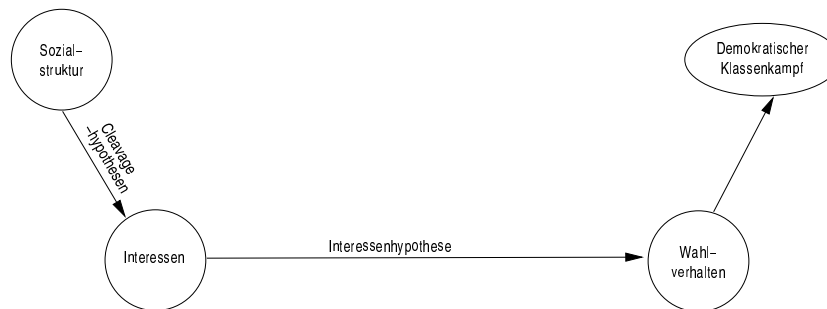


Abbildung 1.3: Struktur der Interessentheorie

abhängige Überprüfung der Interessenhypothesen und der Cleavage-Hypothesen anstreben.

Weakliem und Heath (1994) untersuchen den Einfluss der Klassenzugehörigkeit auf das Wahlverhalten unter Kontrolle objektiver und subjektiver Interessen. Dabei weisen Sie nach, dass der Einfluss der Klassenzugehörigkeit erhalten bleibt.<sup>24</sup> Sie sehen darin einen Hinweis für das Bestehen weiterer Verbindungen zwischen Klassenzugehörigkeit und Wahlverhalten und weisen insbesondere auf den Interaktionsansatz hin.

Damit vergleichbar ist das „Konzept der politisierten Sozialstruktur“ von Franz Urban Pappi (Pappi 1973a; Pappi 1976; Pappi 1979). Nach diesem Konzept ist das politische Verhalten „kein reines Epiphänomen der Sozialstruktur“ (Pappi 1973a). Vielmehr müssten überkommene gesellschaftliche Konflikte ständig aktualisiert oder neu interpretiert werden. Diese Aufgabe komme den politischen Eliten zu, die auf diese Weise das Wahlverhalten der übrigen Bevölkerung beeinflussen.<sup>25</sup>

Das Kernproblem der Interessentheorie sind die beiden Brückenhypothesen. Zur Untersuchung der Brückenhypothesen ist es notwendig, diejenigen Konfliktstrukturen zu identifizieren, die zum einen die Interessen der Menschen determinieren und zum anderen zur Bildung von politischen Parteien geführt haben. Bei Lipset und Rokkan sind dies die vier oben genannten Konflikte *Arbeit-Kapital*, *Stadt-Land*, *Staat-Kirche* und *Zentrum-Peripherie* (Lipset und Rokkan 1967). Es ist jedoch möglich, dass diese Liste unvollständig oder ungenau ist oder zeitlichen

flikt zwischen religiösen und nicht-religiösen Personen verschoben hat (Pappi 1985; Schmitt 1989; Mielke 1991).

<sup>24</sup> Für Deutschland findet sich das gleiche Ergebnis, allerdings in einem anderen Diskussionszusammenhang bei Müller (1993).

<sup>25</sup> Zur Rolle der Eliten siehe auch Rohe (1992), Klingemann und Steinwede (1993) bzw. Best (1989).

Veränderungen unterliegt. Die Identifizierung von politischen Konfliktstrukturen kann darum „als eines der Hauptprobleme der politischen Soziologie angesprochen werden, wenn nicht als *das* Hauptproblem“ (Pappi 1976: 258). Im Folgenden sollen darum wichtige Weiterentwicklungen zu diesem Thema vorgestellt werden. Zuvor soll die aktuelle Relevanz der Interessentheorie aufgezeigt werden.

### 1.2.2 Aktuelle Relevanz

Die Interessenhypothese liegt heute den meisten Analysen soziostrukturell determinierten Wahlverhaltens zu Grunde. Im groben lassen sich drei – eng verflochtene – Forschungsfelder orten, deren theoretisches Fundament die Interessenhypothese darstellt.

Zunächst ist da die Standardwahlberichterstattung, zu der immer auch die Analyse des Wahlverhaltens von soziostrukturellen Gruppen gehört. Dies geschieht in vielen Fällen ohne eine explizite theoretische Fundierung. Findet jedoch eine solche statt, so wird in der Regel die Cleavage-Theorie angeführt (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 1994).

Ebenfalls eng mit der Interessentheorie verbunden sind Untersuchungen der möglicherweise abnehmenden Erklärungskraft soziostruktureller Variablen (insbesondere der Klassenzugehörigkeit) auf das Wahlverhalten (Brooks und Manza 1997a; Clark und Lipset 1991; Clark, Lipset und Rempel 1993; Hout, Brooks und Manza 1995; Hout, Brooks und Manza 1993; Manza, Hout und Brooks 1995; Müller 1993; Nieuwebeerta 1995; Pakulski 1993; Pappi 1986; Pappi 1990; Schmitt 1984; Stephens 1981). Obwohl hinsichtlich des Befunds selbst keine Einigkeit besteht (Müller 1997; Schnell und Kohler 1995; Schnell und Kohler 1997), dürfte unumstritten sein, dass eine Erklärung, sowohl der gleichbleibenden als auch der veränderten Bedeutung der Klassenzugehörigkeit, ohne eine Theorie des demokratischen Klassenkampfes nicht möglich ist. Die meisten Arbeiten zu diesem Thema gehen dabei von einer Erklärung auf der Basis der Interessenhypothese aus.

Bleibe schließlich das eigentliche Kernproblem: die Identifizierung von Konflikten, ihrer zugehörigen Konfliktgruppen und politischen Repräsentanten. Dieses Forschungsgebiet wird sowohl von der politischen Soziologie als auch von der Klassenanalyse bearbeitet.

Die politische Soziologie hat sich in jüngerer Zeit – insbesondere im Zusammenhang mit dem Auftreten der *Grünen* – immer wieder damit beschäftigt, nach neuen oder sich umformenden Konfliktstrukturen zu suchen (Alber 1985; Alber 1989; Bürklin 1984; Dalton 1986; Feist und Krieger 1987; Fuchs 1991; Häußermann und Küchler 1993; Heath, Jowell, Curtice, Evans, Field und Witherspoon

1991; Hildebrand und Dalton 1977; Müller-Rommel 1989; Müller-Rommel 1993; Pappi 1977; Poguntke 1993; Poguntke 1989; Raschke und Schmitt-Beck 1994; Weisberg 1987; Weßels 1991).

Im Rahmen der Klassenanalyse geht es dagegen um die Identifikation von „Klassen“. Zu diesem Zweck werden Gruppen mit gleicher materieller Lage abgegrenzt sowie deren objektive Interessenlage analysiert. Aus der Analyse der Interessenlage ergeben sich dann unterschiedliche Prognosen über die politischen Einstellungen der vermeintlichen Klassen, die – wenn Sie empirisch bestätigt werden – als Zeichen für den Klassencharakter der abgegrenzten Einheiten gelten (De Graaf und Steijn 1996; Evans 1993; Goldthorpe 1995; Heath und Savage 1995; Müller 1998; Savage 1991).

### 1.2.3 Weiterentwicklungen

Kernproblem der Interessentheorie sind die beiden *Cleavage*-Hypothesen. Prinzipiell muss jede empirische Studie, welche den Zusammenhang zwischen soziostrukturellen Variablen und politischen Präferenzen auf der Basis der Interessentheorie untersucht, eine Aussage darüber treffen, welche Bevölkerungsgruppen sich in ihren Interessen unterscheiden und welche Parteien diese Interessen vertreten. Anders ausgedrückt geht es bei der Identifikation von Konfliktstrukturen darum, zwischen welchen soziostrukturellen Gruppen der demokratische Klassenkampf stattfindet und welche politische Parteien den Kampf ausfechten. Mit der Identifikation der Konfliktstrukturen wird die theoretische Basis für empirische Untersuchungen des demokratischen Klassenkampfes gelegt.

Im Folgenden sollen einige aktuelle Vorstellungen möglicher Konfliktstrukturen aufgezeigt werden. Diese werden zur besseren Vergleichbarkeit nach einem einheitlichen Schema dargestellt.

Die Identifikation von Konfliktstrukturen kann auf zwei Arten erfolgen:

1. Durch die historisierende Untersuchung tatsächlich stattgefundenen Konflikte und der Analyse der aus diesen Konflikten hervorgehenden Parteien.
2.
  - Durch die Festsetzung allgemeiner Ziele bzw. *Werte*, die die Individuen verfolgen,
  - der anschließenden Untersuchung der Situationen oder institutionellen Rahmenbedingungen, unter denen die Effizienz von Ressourcen zur Erreichung dieses Ziels variieren und schließlich
  - der Untersuchung für welche Art institutioneller Rahmenbedingungen sich die Parteien eines Parteiensystems einsetzen.

Der erste Weg wurde von Lipset und Rokkan eingeschlagen und führte zur Identifikation der vier oben (Seite 58) genannten Konflikte. Der zweite Weg erscheint zunächst unnötig kompliziert. Er hat allerdings den Vorteil, dass er unmittelbar auf der Interessenhypothese aufbaut. Aus diesem Grund sollen mögliche Konfliktstrukturen auf diese Weise dargestellt werden. Hierzu ist es zunächst notwendig, sich einige allgemeine Gedanken darüber zu machen, welche Ziele *alle* Menschen verfolgen und in welcher Hinsicht sich die Ziele der Menschen unterscheiden.

### 1.2.3.1 *Bedürfnisse, Werte und kulturelle Ziele*

Welche Ziele verfolgen Menschen bei der Wahl von politischen Parteien? Eine naheliegende Antwort ist: Um ihrer politischen Überzeugung zum Durchbruch zu verhelfen. Allerdings stellt sich danach unmittelbar die Frage, wie die Menschen zu ihren politischen Überzeugungen kommen. Bei der Bestimmung von Konfliktstrukturen ist es deshalb notwendig, grundlegendere Ziele von Menschen festzulegen. Es fragt sich, ob es Ziele gibt, die man nicht nur bei der Wahl politischer Parteien verfolgt, sondern bei Handlungen überhaupt.

Es gibt zahlreiche Versuche, Listen von grundlegenden Bedürfnissen der Menschen anzugeben. Einflussreich ist die *Bedürfnispyramide* von Maslow (1954). Maslow unterscheidet grundlegende und höhere Bedürfnisse. Die grundlegendsten Bedürfnisse sind diejenigen, die das schlichte Funktionieren des menschlichen Organismus gewährleisten: Ernährung, Gesundheit usw. Sobald diese Bedürfnisse gewährleistet sind, strebt der Mensch nach – in dieser Reihenfolge – Sicherheit, Zugehörigkeit, Liebe, Ansehen und Selbstverwirklichung.

In jüngerer Zeit wird die Aufzählung Maslows dagegen häufig zu den beiden grundlegenden Bedürfnissen *physisches Wohlbefinden* und *soziale Anerkennung* zusammengefasst (Esser 1999; Wippler 1990).<sup>26</sup> Physisches Wohlbefinden und soziale Anerkennung kennzeichnen diejenigen Ziele, welche alle Menschen, gleich welcher Abstammung, Geschlecht oder Kultur zu allen Zeiten verfolgt haben. Im Folgenden sollen diese Ziele nach Hartmut Esser (1999) als „Bedürfnisse“ bezeichnet werden.

Von den Bedürfnissen zu unterscheiden sind „primäre Zwischengüter“. Hierunter werden Güter verstanden, deren Besitz unmittelbar Bedürfnis befriedigend ist:

„Für die Erlangung von sozialer Wertschätzung und für das physische Wohlbefinden ihres Organismus müssen die Menschen meist etwas tun. Was sie dafür tun müssen, liegt

---

26 Das Zusammenwirken von sozialer Wertschätzung und physischem Wohlbefinden erzeugt „Nutzen“ (Esser 1999: 92–97).

*nicht* für alle gleich fest, sondern ist stets *speziell* begrenzt und geregelt. Und zwar insbesondere in der *gesellschaftlichen* „Definition“ von Eigenschaften, Ressourcen, Objekten, Gütern, Ereignissen und Leistungen, die zu sozialer Wertschätzung führen.“ (Esser 1999: 98).

Die primären Zwischengüter produzieren unmittelbar soziale Anerkennung oder physisches Wohlbefinden. Allerdings sind die unterschiedlichen primären Zwischengüter dabei unterschiedlich effizient. Welche primären Zwischengüter die grundlegenden Bedürfnisse produzieren, ist eine Frage der natürlichen Gegebenheiten und der kulturellen Rahmenbedingungen einer Gesellschaft. Primäre Zwischengüter, die in einer gegebenen Gesellschaft besonders effizient zur Produktion von sozialer Anerkennung und physischem Wohlbefinden sind, werden als „kulturelle Ziele“ oder „Werte“ bezeichnet (Merton 1967).

Nach der auf Seite 62 skizzierten Argumentationslinie müssen zur Abgrenzung von Konfliktlinien zunächst die allgemeinen Ziele der Menschen angegeben werden. Darum stellt sich die Frage, welche Güter in westlichen Industrienationen als besonders effizient zur Erzeugung von physischem Wohlbefinden und sozialer Anerkennung angesehen werden können. Die Antwort auf diese Frage soll hier in Form einer Hypothese erfolgen:

*Hypothese 1.5 (Wertehypothese)*

*In westlichen Industrienationen sind Macht und materieller Wohlstand ein effizientes Mittel zur Produktion von physischem Wohlbefinden und sozialer Anerkennung.*

Dabei sei „Macht“ die Chance den eigenen Willen auch gegen den Willen eines anderen durchzusetzen (Weber 1980). Materieller Wohlstand ist die Ausstattung mit Einkommen oder Vermögen.

Für die folgende Argumentation wird die Wahrheit dieser Hypothese vorausgesetzt. Es muss betont werden, dass die nachfolgende Argumentation falsch ist, wenn die *Wertehypothese* falsch ist. Weiter muss betont werden, dass die *Wertehypothese* in dieser Arbeit keiner empirischen Überprüfung unterzogen wird. Da beides nicht unproblematisch ist, seien hier noch einige Bemerkungen angebracht.

Die meisten Arbeiten, die von der Interessenshypothese ausgehen, sehen in der Macht und dem materiellen Wohlstand den Bezugspunkt der Interessen. Darüber hinaus wird mit der Wertehypothese nicht behauptet, dass Macht und materieller Wohlstand die einzigen primären Zwischengüter in westlichen Industrienationen darstellen. Für die folgende Argumentation ist die Existenz anderer Werte jedoch nur von Bedeutung, wenn die politischen Parteien keine Politik zur Sicherstellung von Macht und materiellem Wohlstand für ihre Klientel betreiben. In diesem Fall

dürfte allerdings keine Sozial- und Wirtschaftspolitik mehr stattfinden. Tatsächlich jedoch gehören die Themenfelder Arbeitslosigkeit, Renten und Steuern stets zu den am wichtigsten erachteten Themenfeldern. Schließlich steht die Wertehypothese teilweise im Widerspruch zur Theorie der „stillen Revolution“ von Ronald Inglehart (1977). Eine ausführlichere Diskussion dieser Problematik findet sich in Abschnitt 1.2.3.4.

Die weitere Argumentation lässt sich dahingehend zusammenfassen, dass auch die primären Zwischengüter den Menschen nicht automatisch zur Verfügung stehen. Vielmehr müssen diese noch durch *indirekte Zwischengüter* beschafft werden (Esser 1999: 105). Die indirekten Zwischengüter variieren in ihrer Effizienz zur Produktion der primären Zwischengüter. Zentrales *Interesse* der Menschen müsste es also sein, diejenigen indirekten Zwischengüter zu produzieren, welche eine hohe Effizienz bei der Produktion primärer Zwischengüter aufweisen. Gleichzeitig sollten sie die Durchsetzung einer Gesellschaftsordnung betreiben, in der bereits vorhandene indirekte Zwischengüter effizient eingesetzt werden können.

Im Folgenden soll diese Argumentation auf die Produktion der primären Zwischengüter „Macht“ und „materieller Wohlstand“ angewandt werden.

#### 1.2.3.2 *Macht*

Die nachfolgend dargestellte Argumentation stützt sich auf das Buch „The Democratic Class Struggle“ von Walter Korpi (1983). Korpi bezeichnet darin indirekte Zwischengüter zur Produktion von Macht als „Machtressourcen“. Menschen üben Macht aus, indem Sie die ihnen eigenen Machtressourcen einsetzen. Der Einsatz von Machtressourcen ist mit *Kosten* verbunden. Es liegt deshalb im Interesse der Menschen, den Einsatz ihrer Machtressourcen möglichst effektiv zu gestalten.

Allgemein bemisst sich die Effektivität einer Machtressource anhand

- der *Adressaten*, d. h. der Menge der Personen die der jeweiligen Ressource unterworfen werden können,
- der *Reichweite*, d. h. der Anzahl der Situationen, in denen die Ressource genutzt werden kann,
- der *Seltenheit*, d. h. der relativen Seltenheit einer Machtressource,
- der *Konvertibilität*, d. h. der Chance, mit der eine Machtressource in andere Ressourcen umgewandelt werden kann,
- der *Konzentrierbarkeit*, d. h. der Möglichkeit, die Ressource zu akkumulieren und

- den *Kosten* des Einsatzes einer Machtressource.

Eine Machtressource kann effektiv eingesetzt werden, wenn die Kosten niedrig und die übrigen Eigenschaften hoch sind.

Bestimmt man entlang dieser Kriterien die Effektivität der Machtressourcen „Kapital“ (d. h. Kapital und Kontrolle über Produktionsmittel) und „Humankapital“ (d. h. Arbeitskraft) so zeigen diese deutliche Unterschiede in ihrer Effektivität.

Für das Kapital stellt Korpi, bezogen auf die Gesellschaftsordnung westlicher Industrienationen, hohe Effektivität fest:

„As power resources, capital and the means of production have a large domain, wide scope and high concentration potential, as well as high scarcity and convertibility. The costs involved in mobilizing and using these resources are relatively low“ (Korpi 1983: 16).

Ganz im Gegensatz dazu das Humankapital:

„When regarded as a power resource, human capital is characterized by serious limitations. Usually it has a fairly small domain and narrow scope. Since everybody has some of it, human capital is generally not a highly scarce resource. Where labour power is offered on the labour market, its value depend on demand from capital (...). Human capital has low convertibility and a low concentration potential. In an era of mass education, formal training beyond a certain level can at times yield diminishing returns. To be effective, the human capital of various individuals and groups must therefore be coordinated on a broad basis. This requires investments in organizations for collective action and hence fairly large mobilization costs“ (Korpi 1983: 16).

Wenn Menschen tatsächlich an der Produktion von sozialer Anerkennung und physischem Wohlbefinden über die Ausübung von „Macht“ interessiert sind, so folgt hieraus,

- dass Menschen in der augenblicklichen Wirtschaftsordnung an der Beschaffung von „Kapital“ als Machtressource interessiert sein sollten,
- dass Menschen, denen „Kapital“ als Machtressource zur Verfügung steht, an einer Erhaltung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung interessiert sein sollten und
- dass Menschen, denen „Humankapital“ als Machtressource zur Verfügung steht, an einer Änderung der bestehenden Wirtschaftsordnung interessiert sein sollten.



Eine Änderung der Gesellschaftsordnung kann auf verschiedenen Wegen erreicht werden. In Demokratien gibt es durch die Möglichkeit der politischen Wahl eine *kostengünstige* Art, Änderungen von Wirtschafts- oder Gesellschaftsordnungen zu erreichen. Damit der Interessengegensatz der Kapital- und Humankapitalbesitzer an der Wahlurne verhaltensrelevant wird, muss jedoch noch eine weitere Voraussetzung erfüllt sein: Es muss eine parteipolitische Vertretung der gegensätzlichen Interessen existieren.

Das politische Handeln von Parteien zielt darauf ab, institutionelle Rahmenbedingungen zu erhalten oder zu verändern. Wenn alle Menschen nach sozialer Anerkennung und physischem Wohlbefinden streben, folgt aus der Interessentheorie, dass Menschen diejenige Partei wählen, deren politisches Handeln institutionelle Rahmenbedingungen schafft, welche es dem Individuum erlaubt, seine jeweiligen Machtressourcen möglichst effizient einzusetzen.

Jeder Mensch verfügt über seine eigene individuelle Ressourcenkonstellation. Der Eine ist intelligent, der Andere schön, ein Dritter beides und ein Vierter hat geerbt, doch alle vier werden versuchen, das was sie haben möglichst effizient zur Erreichung ihrer Ziele einzusetzen. Die Anzahl solcher Ressourcenkonstellationen ist praktisch unendlich und damit viel zu groß, als dass die Effizienz jeder einzelnen auf politischem Wege verbessert werden könnte. In der Welt der Politik werden die Parteien darum versuchen, ähnliche Ressourcen zu bündeln und die Rahmenbedingungen für solche Gruppen ähnlicher Ressourcen zu gestalten. Eine Reihe von Ressourcen werden von der Politik auch nicht beachtet. Bei der Wahl politischer Parteien werden sich zwei Menschen mit unterschiedlicher Ressourcenkonstellation deshalb nur dann unterscheiden, wenn sie sich bezüglich einer Ressource unterscheiden, die von den Parteien wahrgenommen und unterschiedlich bedient wird.

Wie erwähnt, ist Kapital zur Produktion von Macht in der Wirtschaftsordnung westlicher Industrienationen effizient. Kapitaleigentümer sollten daher an der Erhaltung der Wirtschaftsordnung interessiert sein und somit ein konservatives Element darstellen. Kapitaleigentümer werden eher an einer Politik interessiert sein, welche sich gegen den Einfluss von Gewerkschaften richtet. Parteien, welche für Beschränkungen der Verwertungsmöglichkeiten von Kapital etwa durch Umweltschutzbestimmungen, stärkerer Betonung der Sozialpflichtigkeit von Vermögen, Arbeitsplatzschutzgesetze usw. eintreten, sollten von diesen Gruppen gemieden werden. In Deutschland wird eine Politik der Erhaltung der Wirtschaftsordnung am ehesten von den bürgerlichen Parteien CDU und FDP vertreten.

Ebenfalls wie oben erwähnt, ist die Effizienz des Humankapitals zur Produktion von Macht in der derzeitigen Wirtschaftsordnung eher ungünstig. Diese Effizi-

enz kann durch eine Politik, welche die Organisationsfähigkeit der Arbeitnehmer oder durch Schwächung der Effizienz des Kapitals verbessert werden. In Deutschland wird diese Politik am ehesten von den Parteien des linken Spektrums, insbesondere der SPD, vertreten.

Wenn, wie von der Interessenhypothese (Hypothese 1.3 auf Seite 57) angenommen, die Menschen stets diejenige Partei präferieren, welche ihre Interessen vertritt, so sollten Arbeitnehmer und Kapitaleigentümer mit der Wahl der entsprechenden Partei reagieren. Damit mündet die Argumentation in folgenden Hypothesen:

*Hypothese 1.6 (Cleavage der Machtproduktion)*

1. *Das Interesse der Kapitaleigentümer an der Produktion von Macht wird am ehesten von konservativen Parteien unterstützt.*
2. *Das Interesse der Humankapitalbesitzer (Arbeitnehmer) an der Produktion von Macht wird am ehesten von Parteien des linken politischen Spektrums, insbesondere der SPD, unterstützt.*

*1.2.3.3 Materieller Wohlstand*

Nach der *Wertehypothese* ist in westlichen Industrienationen *materieller Wohlstand* ein primäres Zwischengut. Damit ist gemeint, dass materieller Wohlstand bei allen Menschen in westlichen Industrienationen unmittelbar soziale Anerkennung und physisches Wohlbefinden und damit „Nutzen“ erzeugt, und dass alle Menschen in westlichen Industrienationen darum nach materiellem Wohlstand streben.

Wie bereits bei der Produktion von Macht stehen den Menschen unterschiedliche Ressourcen bzw. indirekte Zwischengüter zur Produktion von materiellem Wohlstand zur Verfügung. Die wichtigste Ressource zur Produktion von materiellem Wohlstand ist wahrscheinlich der Beruf. Er bestimmt über das erzielte Einkommen den momentanen materiellen Wohlstand und über Karrierechancen den zukünftigen materiellen Wohlstand. Als weitere Wohlstandsressourcen können Erwerbsstatus und Bildung angesehen werden.

Nachfolgend sollen die Wohlstandsressourcen etwas ausführlicher untersucht werden. Dabei soll festgestellt werden, welche Wohlstandsressourcen zur Produktion effektiv und welche weniger effektiv sind. Daran anschließend wird untersucht, welche politischen Interessen sich aus der unterschiedlichen Effektivität der Ressourcen ergeben.

**Beruf:** Die Berufe wurden lange Zeit nur zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgeteilt. Diese klassische Aufteilung genügt den heutigen Verhältnissen

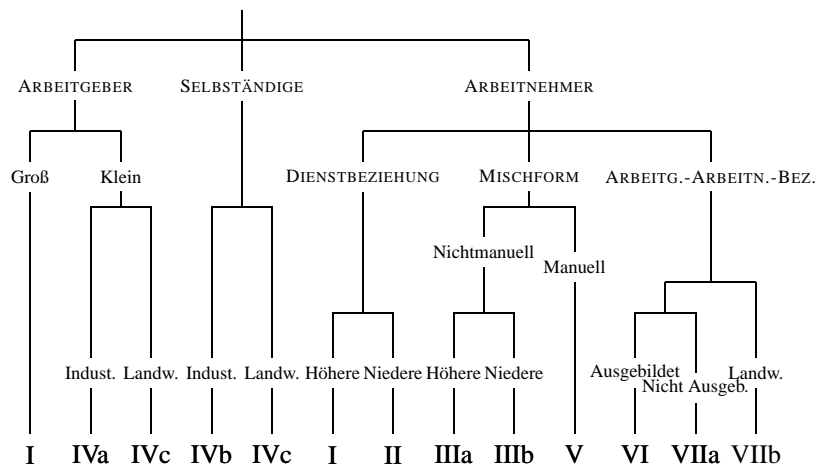


Abbildung 1.4: Differenzierungen im EGP-Klassenschema

Quelle: Erikson und Goldthorpe (1992)

aus mindestens zwei Gründen nicht mehr: Erstens sind die meisten Arbeitgeber heute *Organisationen*, während die erwerbstätigen Menschen fast ausschließlich Arbeitnehmer sind und zweitens haben sich die Einkommens- und Karrierechancen der Arbeitnehmer so stark ausdifferenziert, dass materieller Wohlstand kaum noch für alle Arbeitnehmer mit derselben Strategie erreicht werden dürfte. Aus diesem Grund wurde in der Vergangenheit mehrfach versucht, innerhalb der Arbeitnehmer Gruppen abzugrenzen, welche von denselben institutionellen Rahmenbedingungen profitieren. Der am weitesten verbreitete Ansatz dieser Art dürfte das EGP-Klassenschema von Erikson, Goldthorpe und Portocarero (1979) sein. Eine anschauliche Darstellung dieses Klassenschemas findet sich in dem Buch „The Constant Flux“ von Erikson und Goldthorpe (1992: 35–47).<sup>27</sup> Sie soll hier kurz wiedergegeben werden. Zur Unterstützung der Darstellung dient Abbildung 1.4.

Die Idee des EGP-Klassenschemas ist es, Arbeitnehmern auf der Basis von „Beschäftigungsbeziehungen“ (*Employment Relations*) unterschiedliche Klassenpositionen zuzuweisen.<sup>28</sup> Ausgangspunkt ist die klassische Unterscheidung der

27 Unter <http://www.sowi.uni-mannheim.de/lesas/kohler02/dissanhwww.pdf> finden sich empirische Ergebnisse von Vergleichen zwischen dem EGP-Klassenschema und anderen Klassenmodellen.

28 Ältere Darstellungen des EGP-Klassenschemas verwenden die Markt- und Arbeitssituation als Differenzierungsmerkmal innerhalb der Arbeitnehmerberufe. Da dies zu Missverständnissen

Berufe in Arbeitgeber, Selbständige und Arbeitnehmer. Innerhalb der Arbeitnehmer werden jedoch zwei zentrale Typen von Beschäftigungsbeziehungen unterschieden: die klassische *Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehung* und die *Dienstbeziehung*.

In *Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen* werden Arbeitsleistungen im Austausch mit Löhnen erbracht, wobei die Löhne auf Basis der produzierten Stückzahlen oder der dafür verwendeten Zeit berechnet werden. Dabei werden die Arbeitnehmer von den Arbeitgebern, bzw. deren Agenten, kontrolliert.

In der *Dienstbeziehung* erfolgt die Berechnung der Gehälter weitgehend unabhängig von der Menge der erbrachten Arbeitsleistung. Die Arbeitnehmer vermieten ihre Arbeitskraft für einen längeren Zeitraum an einen Arbeitgeber und erhalten hierfür ein festes monatliches Gehalt. Zur Sicherung der Leistungserbringung werden spezielle Anreize wie z. B. Aufstiegschancen oder Gehaltserhöhungen eingesetzt.

Die Unterscheidung von Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen und Dienstbeziehungen ist idealtypisch, die Grenzen in der Praxis fließend. Es ist darum sinnvoll, auch Mischtypen zu bilden.

Neben der Unterscheidung der Arbeitnehmer entlang der Beschäftigungsbeziehungen finden sich einige weitere Unterscheidungen im EGP-Klassenschema. Diese können Abbildung 1.4 auf der vorherigen Seite entnommen werden.<sup>29</sup> Für die nachfolgende Argumentation sind diese Differenzierungen jedoch belanglos.

Die geeigneten Strategien zur Erreichung von Wohlstand für die verschiedenen Positionen des EGP-Klassenschemas sind Gegenstand einiger Debatten. Weitgehend Einigkeit besteht bezüglich der ohnehin klassischen Unterscheidung zwischen Berufen mit einer Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung und der Selbständigen. Anthony Heath, Roger Jowell und John Curtice beschreiben in ihrem 1985 erschienenen Buch „How Britain Votes“ die Lebenssituation der Menschen mit einer Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung wie folgt:

„... manual wage-labourers have relatively little security of employment and relatively poor fringe benefits such as sick pay and pension schemes. They have little control over their own working conditions and little discretion, being subject to managerial

---

geführt hat, wird mittlerweile die Differenzierung nach Beschäftigungsbeziehungen bevorzugt (Goldthorpe 1995: 314).

29 In den meisten Veröffentlichungen werden die so gebildeten Klassenpositionen mit den in Abbildung 1.4 wiedergegebenen römischen Zahlen und kleinen Buchstaben gekennzeichnet. In dieser Arbeit werden stattdessen in der Regel deutsche Kurzbezeichnungen verwendet. Unter <http://www.sowi.uni-mannheim.de/lesas/kohler02b/dissanhwww.pdf> findet sich ein Überblick über die Zuordnung der deutschen Kurzbezeichnungen zu den hier unterschiedenen Klassenpositionen.

authority, over what they do at work. They also have relatively poor chances (despite some social mobility) of gaining promotion to the better paid and secure managerial positions“ (Heath, Jowell und Curtice 1985: 14f).

Als Strategie zur Erreichung von materiellem Wohlstand folgt aus dieser Lebenssituation:

„As a result manual wage-earners cannot be sure to improve their lot through *individual* action. Instead they must look to *collective* action, either through trade unions or political parties. They have a shared interest, in other words, in collective bargaining over wages and working conditions and in government intervention to reduce the risks of unemployment and redundancy. While there is bound to be much variation in the extent to which these conditions apply, in general we would expect manual wage-earners to be more receptive to socialist or interventionist [parties<sup>30</sup>; U.K.] than other groups of workers“ (Heath, Jowell und Curtice 1985: 5).

In Deutschland dürfte am ehesten die SPD dem Bild einer Partei entsprechen, die eine sozialistische oder interventionistische Politik betreibt. Auch *Bündnis 90/Die Grünen* weisen eine hohe Affinität zu einer in diesem Sinne „linken“ Politik auf. Im Gegensatz zur SPD stehen diese wirtschaftspolitischen Ziele jedoch nicht ganz so stark im Vordergrund. Die Interessen der Personen in einer Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung deuten auf eine Präferenz für die „linken“ Parteien und insbesondere auf eine Präferenz für die SPD hin:

*Hypothese 1.7 (Wohlstandsproduktion Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung)*  
*Die Interessen von Personen, deren Beschäftigungsverhältnis durch eine Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung gekennzeichnet ist, werden am ehesten durch „linke“ Parteien, insbesondere durch die SPD vertreten.*

Zu den Selbständigen heißt es in „How Britain Votes“:

„This is a group which cuts right across the conventional manual/nonmanual distinction. The self-employed include skilled artisans as well as shop-keepers and farmers. They may have very different incomes, but what they share is the fact of being ‘independents’ who are directly exposed to market forces without the cushioning of bureaucratic employment or trade union membership. They have an interest in creating conditions

---

30 In „How Britain Votes“ wird der Begriff „values“ anstatt „parties“ verwendet. Die Autoren gehen davon aus, dass Werte auf den objektiven Interessenlagen aufbauen. Dies ist sinnvoll, da die objektiven Interessenlagen nur dann politisch relevant werden, wenn sich die Menschen ihrer bewusst sind. Im Rahmen dieser Arbeit soll diese Verbindung jedoch nicht über Werte erfolgen (siehe hierzu das folgende Kapitel) und im Rahmen dieses Abschnitts von diesem Problem abstrahiert werden.

favourable to private enterprise and individual success. They will be particularly receptive to individualistic an 'free enterprise' [parties<sup>31</sup>; U.K.]“ (Heath, Jowell und Curdice 1985: 5).

In Deutschland kommen als Vertretung der Interessen der Selbständigen die FDP sowie die CDU/CSU in Frage. Die konkrete Erwartung lautet daher:

*Hypothese 1.8 (Wohlstandsproduktion Selbständige)*

*Die Interessen der Selbständigen werden von CDU/CSU oder der FDP vertreten.*

Bezüglich der Berufe mit gemischten Beschäftigungsbeziehungen besteht insofern Einigkeit, als dass die Interessenlagen dieser Gruppen meist nicht näher ausgeführt oder als ambivalent bezeichnet werden.

Der wesentliche Gegenstand der Diskussion ist die Interessenlage der Dienstklasse. Ausgangspunkt der Diskussion ist die „Konservatismus-Hypothese“ von Goldthorpe:

The „service class ... as it consolidates, will constitute an essentially conservative element within modern societies“ (Goldthorpe 1982).

Goldthorpe begründet die „Konservatismus-Hypothese“ damit, dass Angehörige der Dienstklasse normalerweise gut bezahlte und hoch angesehene Berufe innehaben. Deshalb würden sie Parteien, welche egalitäre Positionen beziehen eher ablehnen und solche Parteien bevorzugen, welche eine Erhaltung des Status-quo sichern. Die empirische Stützung der Konservatismus-Hypothese ist allerdings ambivalent. Goldthorpe sieht die Ursache dieser Ambivalenz darin, dass die Angehörigen der noch wachsenden Dienstklasse vorwiegend aus der Arbeiterklasse rekrutiert würden, und diese die politischen Ansichten ihrer Herkunftsklasse mit in die Dienstklasse einbrächten. Andere Autoren sind dagegen der Auffassung, dass die Dienstklasse aus Segmenten mit unterschiedlichen Interessenlagen besteht<sup>32</sup>:

Einige Autoren haben vorgeschlagen, die Interessenlagen von Angestellten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft zu unterscheiden. Hintergrund ist die Vermutung, dass Angestellte im öffentlichen Dienst eine Prädisposition für Parteien mit staatsorientierter Politik aufweisen, Angestellte in der Privatwirtschaft dagegen stärker zu marktorientierter Politik tendieren (Dunleavy 1979; McAdams 1987).

Einflussreicher ist die Unterscheidung zwischen Dienstklassenangehörigen mit administrativen Aufgaben („Administrative Dienste“) und *Experten* zur weiteren Differenzierung der Dienstklasse. Zur Begründung wird im Wesentlichen darauf abgestellt,

---

31 Siehe Fußnote 30.

32 Die Haltung Goldthorpes vgl. auch (Goldthorpe 1995).

dass sich die Strategien zur Erreichung materialistischer Ziele bei den Administrativen Diensten mit denen der sie beschäftigenden Organisation decken. Ihre Interessenlage entspricht damit im Wesentlichen denen der Selbständigen. Die Lebenssituation der Experten sei dagegen durch breitere Zusammenhänge geprägt. Für sie seien neben den Zwängen der beschäftigenden Organisation die Kooperation mit Klienten und die Normen ihrer Profession wichtige Bezugspunkte (Brooks und Manza 1997b; Heath und Savage 1995; Hout, Brooks und Manza 1995; Kriesi 1989; Savage 1991). Ihre Interessenlage unterscheidet sich deshalb von denen der Administrativen Dienste, allerdings bleibt unklar welche Art von Politik dieser Interessenlage entspricht.

In zwei neueren Arbeiten wird zudem zwischen Experten im sozialen und künstlerischen Bereich („Soziale Dienste“) einerseits, und im Technik- und Ingenieurwesen („Experten“) andererseits unterschieden (De Graaf und Steijn 1996; Müller 1998). Der stetige Austausch mit ihren Klienten bringe die Sozialen Dienste in eine Lage, in der sie eher auf soziale Belange ansprechen sollten, als auf das Anliegen der sie beschäftigenden Organisation (Müller 1998).

Die Berufs- und Karrierechancen der Sozialen Dienste sind zudem stark abhängig von der Größe des staatlichen Arbeitsmarktes. Schon deshalb profitieren sie im besonderen Maße von einer „linken“ Wirtschaftspolitik.

Da die Unterscheidung von Walter Müller (1998) auch empirisch gut bestätigt wurde, soll im Verlauf dieser Arbeit an sie angeknüpft werden:

*Hypothese 1.9 (Wohlstandsproduktion Dienstklasse)*

1. *Die Interessen der Administrativen Dienste entsprechen denen der Selbständigen.*
2. *Die Interessen der Sozialen Dienste werden vorwiegend von linken Parteien vertreten.*

Blieben schließlich die Experten im Technik- und Ingenieurwesen. Die Interessenlagen dieser Gruppe tritt wie die der Personen mit gemischten Beschäftigungsbeziehungen nicht offen zutage. Sie sei hier darum ebenfalls als ambivalent bezeichnet.

Erwerbsstatus: Damit der Beruf zur Erlangung materiellen Wohlstands eingesetzt werden kann, muss ein Beruf ausgeübt werden. Insofern sollte Arbeitslosigkeit, sofern sie nicht rein kurzfristiger Natur ist, spezifische Interessenlagen schaffen. Arbeitslose Personen werden entweder an einer Politik interessiert sein, die ihnen gute Ausstattung mit materiellen Gütern verschafft oder ihre Chancen Arbeit zu bekommen erhöht. Schwieriger zu beantworten ist die Frage, welche Parteien von diesen Interessen der Arbeitslosen profitieren.

Wenn Arbeitslose ihre Chancen Arbeit zu bekommen verbessern wollen erscheint die so genannten *Anti-Regierungshypothese* plausibel. Diese besagt, „... dass Wähler in Antwort auf die Verschlechterung ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage als Folge der Arbeitslosigkeit dazu tendierten, die Regierungsparteien durch Stimmzug zu bestrafen, unabhängig davon, welche Parteien gerade die Regierung bilden“ (Büchel und Falter 1994: 187):

*Hypothese 1.10 (Anti-Regierungshypothese)*

*Die Interessen der Arbeitslosen wird durch die jeweilige Oppositionspartei vertreten.*

Wenn Arbeitslose ihre materielle Ausstattung verbessern wollen, so ist ein Wahlverhalten gemäß der *Klientelhypothese* wahrscheinlich. Danach wenden sich Arbeitslose „... in verstärktem Maße den Parteien zu, denen sie sich traditionellerweise politisch verbunden fühlten und von denen sie sich am ehesten soziale Unterstützung erhoffen. (...) Dies kann sich darin äußern, dass nach der Klientelhypothese gewerkschaftlich organisierte Arbeiter im Falle der Arbeitslosigkeit eher bei der ihnen traditionell verbundenen Partei, der SPD, bleiben als ihre erwerbstätigen ehemaligen Kollegen ...“ (Büchel und Falter 1994: 188):

*Hypothese 1.11 (Klientel-Hypothese)*

*Die Interessen der Arbeitslosen wird durch dieselbe Partei vertreten, welche die Interessen des jeweiligen Arbeitslosen vor der Arbeitslosigkeit vertreten hat.*

Etwas anders stellen sich die Interessenlagen anderer nicht erwerbstätiger Personen dar: Hausfrauen (selten: Hausmänner), in Ausbildung befindliche Personen und Rentner. Bezüglich des Ziels materiellen Wohlstands dürften die Interessenlagen der zuerst genannten Personengruppen im Wesentlichen der Interessenlage derjenigen Person entsprechen, welche ihren Lebensunterhalt bestreitet – also in der Regel der Hauptverdiener des Haushalts, in dem sie leben.<sup>33</sup> Rentnerinnen und Rentner sollten dagegen ein Interesse an einer Politik haben, welche die Netto-stabilität der Rentenbezüge garantiert. Da das Ziel stabiler und sicherer Renten derzeit zumindest von den beiden großen Parteien als wesentlicher Bestandteil ihrer Politik angesehen wird, lässt sich aus der Wohlstandsressource „Rente“ jedoch nur schwer eine eigene Konfliktstruktur ableiten<sup>34</sup>:

---

33 Ausführlich: <http://www.sowi.uni-mannheim.de/lesas/kohler02b/dissanhwww.pdf>.

34 Unter dem Stichwort „Generationengerechtigkeit“ werden in jüngerer Zeit verstärkt Rentenmodelle diskutiert, welche Abstriche an den derzeitigen Renten zugunsten der Sicherheit zukünftiger Renten beinhalten. Diese Rentenmodelle scheinen stärkeren Wiederhall bei den beiden kleinen



### *Hypothese 1.12*

*Die Interessen sonstiger nicht erwerbstätiger Personen entsprechen den Interessen derjenigen Person, dessen Einkommen die materielle Situation des nicht Erwerbstätigen im Wesentlichen bestimmt.*

**Bildung:** Wenn Beruf und Erwerbsstatus als Ressourcen zur Erlangung von materiellem Wohlstand angesehen werden, so gilt dies im selben Maße für Merkmale, die die Arbeitsmarktchancen der Menschen beeinflussen. Dazu gehören die Schulbildung, der formale Ausbildungsabschluss oder askriptive Merkmale wie Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit. Die unterschiedlichen Strategien zur Erreichung von materiellem Wohlstand, die sich aus diesen Merkmalen ergeben, werden jedoch im Wesentlichen über den Arbeitsmarkt und damit über die Merkmale Beruf und Erwerbsstatus vermittelt. Insofern lassen sich mit diesen Merkmalen keine über den Beruf hinausgehenden Konfliktstrukturen gewinnen.

#### *1.2.3.4 Nicht materielle Zwischengüter*

Die Argumentation der vorangegangenen Abschnitte basierte auf der *Wertehypothese* (vgl. Seite 64). Mit ihr wurde vermutet, dass in westlichen Industrienationen „Macht“ und „materieller Wohlstand“ primäre Zwischengüter seien, wobei als primäre Zwischengüter solche Güter bezeichnet wurden, welche unmittelbar physisches Wohlbefinden und/oder soziale Anerkennung erzeugen. Der *Wertehypothese* entgegen steht die Theorie der „stillen Revolution“ von Ronald Inglehart (1977).

Die Theorie der „stillen Revolution“ basiert auf der *Knappheitshypothese* und der *Sozialisationshypothese*. Nach der Knappheitshypothese werden Bedürfnisse, die zuverlässig erfüllt sind, in den Hintergrund gestellt. In Zeiten gestiegenen Wohlstands sei dies der materielle Wohlstand. Nach der Sozialisationshypothese werden Wertorientierungen in der Adoleszenz erworben und bleiben danach stabil. Die gegenwärtigen Wertorientierungen der Menschen reflektieren daher die Bedingungen, unter denen die Wertorientierungen entstanden sind. Bei den älteren Generationen handelt es sich dabei um einen Zeitraum relativer materieller Knappheit – sie streben daher nach materialistischen primären Zwischengütern. Die jüngeren Generationen wuchsen dagegen in relativem materiellen Wohlstand auf – sie streben daher in stärkerem Maße nach nicht materialistischen Zwischengütern. Idealtyp eines postmaterialistischen Wertes wird ist die „Selbstverwirklichung“.

---

Parteien – FDP und B90/Die Grünen – zu finden als bei den beiden Volksparteien. Insofern könnte sich hier eine neue Konfliktstruktur andeuten.

In der Logik der Interessentheorie könnte die *Selbstverwirklichung* als ein weiteres primäres Zwischengut aufgefasst werden, welches die Akteure bei ihren Handlungsentscheidungen berücksichtigen. Tun sie dies auch bei politischen Wahlen, so lässt sich die Argumentation von Inglehart als eine Modifikation der *Wertehypothese* auffassen:

*Hypothese 1.13 (Inglehart-Hypothese)*

*Für die jüngere Generation ist neben Macht und materiellem Wohlstand auch die Selbstverwirklichung ein effizientes Mittel zur Produktion von physischem Wohlbefinden und sozialer Anerkennung.*

Möglicherweise zieht das Streben nach unterschiedlichen primären Zwischengütern unterschiedliche Handlungsentscheidungen nach sich, vielleicht auch bei politischen Wahlen. Allerdings wären diese Unterschiede zwischen den Generationen keine Konfliktstruktur im Sinne der bisher besprochenen Konfliktstrukturen der Produktion von *Macht* und *Wohlstand*. Bei letzteren handelte es sich um Konflikte, die aus der Effektivität der Ressourcen *zur Beschaffung* der für alle gleichen primären Zwischengüter entstehen. Hier handelt es sich dagegen um die Behauptung, dass sich die Zwischengüter zwischen den Akteuren *unterscheiden*.

Unabhängig von der Gültigkeit der Inglehart-Hypothese stellt sich die Frage, ob die jüngere Generation bereits allein auf Grund der anderen Zwischengüter eine andere Partei wählt als die ältere Generation. Dies wäre dann der Fall, wenn eine bestimmte Partei eine Politik betriebe, die der *Selbstverwirklichung* zuträglich ist. Ein Kandidat hierfür sind die Bündnisgrünen.

Die empirische Wahlsoziologie rechnet die Bündnisgrünen üblicherweise zur Gruppe der Parteien der so genannten „Neuen Politik“ (Hildebrand und Dalton 1977). Unter *Neuer Politik* wird dabei ein Set bestimmter politischer Ziele verstanden:

„[...] Old Politics means preoccupation with economic growth, stable prices, a stable economy, strong military defence and conventional political style. Adherents of the New Politics, on the contrary, demand that ecological imperatives guide economic decisions, that rights to participation and the freedom to realise alternative life-styles should be extended, and unilateral disarmament be promoted in order to reduce international tensions. Furthermore, the New Politics is concerned with equal rights for all kinds of social minorities, solidarity with the Third World and a general left-wing orientation. Also, supporters of the New Politics tend to be prepared to engage in unconventional political participation“ (Poguntke 1989: 10).

Zwischen postmaterialistischen Wertorientierungen und einer Präferenz für die Parteien neuer Politik wurde bereits mehrfach ein deutlicher Zusammenhang nachgewiesen (Hildebrand und Dalton 1977; Müller-Rommel 1989; Müller-Rommel

1993; Poguntke 1989; Poguntke 1993). Trotzdem bleibt die theoretische Erklärung dieses Zusammenhangs unklar. In Zusammenhang mit der Inglehart-Hypothese fragt sich, ob die politischen Ziele der *Neuen Politik* tatsächlich der Selbstverwirklichung dienen, die der jüngeren Generation angeblich so am Herzen liegt. Dies dürfte eher verneint werden. Kaum anzunehmen, dass die gesamte jüngere Generation *Selbstverwirklichung* durch politische Partizipation, alternative Lebensstile etc. produziert. Plausibler ist es, dass nur ein Teil der jüngeren Generation dies tut. In diesem Fall müsste jedoch ein Argument gefunden werden, warum nur ein Teil der jüngeren Generation postmaterialistische Wertorientierungen entwickelt. Aus der *Knappheitshypothese* und der *Sozialisationshypothese*, den beiden Basisannahmen der Theorie der „stillen Revolution“, ergibt sich kein derartiges Argument. Blicke als zweite Alternative eine Konfliktstruktur des herkömmlichen Modells: Alle (jüngeren) Kohorten streben nach *Selbstverwirklichung*, haben hierzu aber unterschiedliche Ressourcen zur Verfügung. Bei politischen Wahlen werden darum diejenigen Parteien gewählt, deren Politik die Effektivität der vorhandenen Ressourcen zur *Selbstverwirklichung* erhöht.

Für eine solche Argumentation wäre es notwendig, diejenigen Ressourcen anzugeben, welche die Individuen zur Selbstverwirklichung zur Verfügung haben. Danach ließen sich diejenigen politischen Rahmenbedingungen angeben, unter denen die jeweiligen Ressourcen besonders effektiv eingesetzt werden könnten. Durch eine Analyse der Politik der Parteien könnte dann identifiziert werden, welche Partei die Effektivität welcher Ressourcen erhöht.

Allerdings erscheint der Begriff der „Selbstverwirklichung“ für eine derartige Argumentation nicht konkret genug. Eine mögliche Konkretisierung des Begriffs könnte z. B. das „Führen eines selbstbestimmten Lebens“ sein oder, in den Worten von Gerhard Schulze (1992), das Leben entlang der eigenen „Lebensphilosophie“. Eine Abgrenzung einer eigenständigen Konfliktstruktur auf der Basis des Führens eines selbstbestimmten Lebens erscheint allerdings zunächst alles andere als offensichtlich. Welche politischen Rahmenbedingungen sollten es einer bestimmten Gruppe eher erlauben, ihr „selbstbestimmtes Leben“ zu führen als einer anderen. Das „selbstbestimmte Leben“ ist unbestreitbar von der Ausstattung mit materiellen Ressourcen abhängig. Auch um ihr Ziel des „selbstbestimmten Lebens“ zu verwirklichen sollten die Menschen darum gemäß ihrer materiellen Interessenlage wählen. Insofern weist die Produktion nicht-materialistischer Zwischengüter wieder auf die in den vorangegangenen Abschnitten besprochenen Konfliktstrukturen zurück.

Eine mögliche Ressource zur Erreichung des Ziels eines „selbstbestimmten Lebens“ könnte jedoch die allgemeine schulische Bildung sein. Die allgemeine schu-

lische Bildung ist Voraussetzung für die Möglichkeit, aus Verhaltensweisen des so genannten „Hochkulturschemas“ (Schulze 1992: 142–150) Genuss zu ziehen. *Gute* Bücher lesen, nachdenken, diskutieren, schreiben, klassische Musik hören, Ausstellungen und Museen besuchen, ins Theater gehen – dies alles sind Verhaltensweisen, die ohne ein gewisses Maß an Bildung kaum zur *Selbstverwirklichung* herangezogen werden dürften. Im Gegensatz dazu scheint sich das Streben nach *Selbstverwirklichung* für die weniger gebildeten Bevölkerungsgruppen stärker am „Trivialschema“ (Schulze 1992: 150–153) zu orientieren. Es ist geprägt durch das Streben nach *Gemütlichkeit*.

Gibt es spezifische politische Rahmenbedingungen, welche dem Streben nach Selbstverwirklichung und sozialer Anerkennung für die Personen mit unterschiedlichem Bildungsniveau zuträglich sind? Einen Anhaltspunkt hierfür könnte sich in der größeren Bereitschaft zur politischen Anteilnahme der höher Gebildeten ergeben. Höher Gebildete sind in stärkerem Ausmaß dazu Willens und in der Lage, sich an der allgemeinen politischen Diskussion zu beteiligen bzw. diese anzuführen. Entsprechend profitieren die höher Gebildeten weitaus stärker von über das Wahlrecht hinausgehenden Partizipationsmöglichkeiten als die weniger Gebildeten. Falls erweiterte Partizipationsmöglichkeiten zum Themenkanon der Parteien der *Neuen Politik* gehören, liegt eine Präferenz für derartige Parteien *im Interesse* der höher Gebildeten. Dies wäre eine Konfliktstruktur der Produktion nicht materieller Güter. Als Hypothese formuliert:

*Hypothese 1.14 (Cleavage der Selbstverwirklichung)*

*Höher Gebildete profitieren stärker von der Politik von Bündnis 90/Die Grünen.*

Im Gegensatz dazu lässt sich keine Partei angeben, deren politische Ausrichtung sich günstig auf die Selbstverwirklichung der niedriger Gebildeten auswirkt. Einschränkung muss zudem betont werden, dass sich nur ein Teil des Themenkanons der Parteien der *Neuen Politik* aus dem konkurrierenden Streben nach Selbstverwirklichung von unterschiedlich gebildeten Individuen ergibt. So können Forderungen nach einseitiger Abrüstung oder verstärkte Umweltschutzmaßnahmen kaum als originäres *Interesse* von höher Gebildeten angesehen werden. Wenn höher Gebildete dennoch stärker derartige Ziele vertreten, so wäre hierfür ein anderer Mechanismus verantwortlich zu machen. Möglicherweise begünstigt eine freiere Diskussionskultur die Verbreitungschance von neuen politischen Ansichten. In diesem Fall müsste der Erklärungsmechanismus jedoch eher im Bereich des Interaktionsansatzes denn der Interessentheorie gesucht werden.

Abschließend sei hier noch angemerkt, dass sich eine stärkere Neigung zu Parteien der *Neuen Politik* der höher Gebildeten auch aus dem Streben nach Macht

herleiten lassen würde. Erweiterte Partizipationsmöglichkeiten können als Werkzeuge zur Ausübung von Macht angesehen werden. Da sie von höher Gebildeten besser genutzt werden können, stärken sie deren Machtbasis. Die Wahl einer Partei, die sich für erweiterte Partizipationsmöglichkeiten einsetzt, liegt mithin auch im *materiellen* Interesse der Machtproduktion der höher Gebildeten.

#### 1.2.3.5 Tiefenstruktur

Die These Ingleharts verdeutlicht schlaglichtartig ein Problem, welches bisher nur am Rande eine Rolle spielte: *Macht* und *materieller Wohlstand* sind nicht die einzigen primären Zwischengüter. Im Prinzip gibt es sogar unendlich viele (Esser 1999: 104). Dabei ist wichtig, dass die Zwischengüter zur Produktion von sozialer Anerkennung und physischem Wohlbefinden sowohl historisch als auch situationsbedingt variabel sind. Bestimmte primäre Zwischengüter können in bestimmten Situationen als Leitmotiv des Handelns erwünscht sein, in anderen dagegen unerwünscht. Wann welches Zwischengut effektiv zur Produktion von *Nutzen* eingesetzt werden kann ist zu einem ganz wesentlichen Teil durch die sozialen Regeln determiniert, welche in der jeweiligen Gesellschaft oder Gruppe gelten. Zwei Typen solcher Regeln sind dabei besonders wichtig: *Recht* und *Prestige*:

„Über das *Recht* wird *formell* festgelegt, welche Zwischengüter relevant und welche verpönt bzw. verboten sind. Das *Prestige* bestimmt *informell* – über die Verteilung von ‚Ehre‘ und damit nicht weniger objektiv als das Recht! –, für welche Leistungen und Objekte es soziale Wertschätzung und physisches Wohlbefinden geben kann“ (Esser 1999: 104).

Recht und Prestige ergeben zusammen die „Tiefenstruktur“ einer Gesellschaft, und die Individuen sind gut beraten, wenn sie sich bei ihren Handlungen an den Regeln dieser Tiefenstruktur orientieren. Gleichzeitig ist die Tiefenstruktur einer Gesellschaft jedoch beständigen Wandlungstendenzen unterworfen.

Aus der Wandelbarkeit der Tiefenstruktur einer Gesellschaft ergibt sich ein möglicher Konfliktherd zwischen Personen unterschiedlichen Alters. Für diesen Konfliktherd ist es generell ohne Belang, welche primären Zwischengüter in einer konkreten historischen Situation effektiv zur Produktion von sozialer Anerkennung und physischem Wohlbefinden sind. Denn die Individuen werden in jedem Fall ihre Ressourcen dazu verwenden, die jeweils gültigen Zwischengüter zu produzieren. Sie werden Fähigkeiten erlernen, unter den gegebenen Umständen ihre knappen Ressourcen möglichst effektiv einzusetzen; sie werden versuchen, einen gewissen Vorrat eines Zwischenguts anzulegen und sie werden versuchen, sich diejenigen Ressourcen zu beschaffen, die effektiv zur Produktion des jeweils gültigen

Zwischenguts eingesetzt werden können. Mit anderen Worten: Die Individuen *investieren* in die Produktion aktuell gültiger primärer Zwischengüter.

Dies hat eine wichtige Konsequenz: Änderungen des Wertesystems würden die bisher erfolgten Investitionen in gültige Zwischengüter wertlos erscheinen lassen. Aus diesem Grund dürfte das Interesse an einer Änderung des Wertesystems mit der Menge der Investitionen abnehmen. Wenn die Menge der in ein Zwischengut getätigten Investitionen im Lebensverlauf zunimmt, folgt hieraus, dass ältere Personen in dem Sinne konservativer werden, als sie eher an einer Erhaltung des bestehenden Wertesystems interessiert sein sollten. Umgekehrt dürften jüngere Personen auf Grund noch nicht vorgenommener Investitionen vergleichsweise schlechtere Chancen zur Produktion der gegenwärtig gültigen primären Zwischengüter haben. Eine Möglichkeit, ihre relative Ausgangsposition zu verbessern besteht in der Definition neuer Zwischengüter. Sie werden sich darum eher für gesellschaftspolitische Änderungen einsetzen und entsprechende Parteien präferieren.

Die Argumentation sei hier als *Aging-Conservatism-Hypothese* bezeichnet:

*Hypothese 1.15 („Aging-Conservatism“-Hypothese)*

*Je größer die Menge der Investitionen in primäre Zwischengüter, desto stärker die Wahl konservativer Parteien.*

### 1.3 Der Identifikationsansatz

Die Grundlagen des Identifikationsansatzes entstammen der Forschungstradition der „Michigan-School“. Nach dieser Forschungstradition wird die Wahlentscheidung durch eine langfristige Bindung an eine Partei, die Bewertung der jeweiligen Kandidaten und die Einstellungen zu bestimmten politischen Streitfragen determiniert. Strukturelle Faktoren bleiben in diesem Konzept in einem *Kausalitätstrichter* vorgelagert.

Dementsprechend hat sich der Schwerpunkt der Forschungsarbeiten, die im Rahmen dieses Ansatzes vorgenommen wurden, weitgehend auf die relative Bedeutung dieser drei Einstellungskomponenten konzentriert.<sup>35</sup> Trotz dieser Schwerpunktsetzung finden sich in der Literatur zum Identifikationsansatz immer wieder Argumente, welche den demokratischen Klassenkampf erklärbar machen. Sie

---

<sup>35</sup> Vgl. dazu die Kritik von Rainer-Olaf Schultze an der Forschungspraxis der „deutschen“ Wahlforschung (Schultze 1991), sowie die Entgegnung von Jürgen Falter und Hans Rattinger (Falter und Rattinger 1992).

sollen im Folgenden vor dem Hintergrund des methodologischen Individualismus erläutert werden. Dabei wird sich jedoch zeigen, dass die kausalen Mechanismen des Identifikationsansatzes entweder denen des Interaktionsansatzes oder denen der Interessentheorie entsprechen. Auf eine ausführliche Beschreibung des Identifikationsansatzes nach dem Muster der beiden vorangegangenen Erklärungsansätze wird darum verzichtet.

Gegenstand des Identifikationsansatzes ist die individuelle Wahlentscheidung. Vereinfacht ausgedrückt wird folgende, hier als *Identifikationshypothese* bezeichnete Annahme angewandt:

*Hypothese 1.16 (Identifikationshypothese)*

*Menschen wählen diejenige Partei, zu der sie eine langfristige Bindung entwickelt haben, deren Kandidaten sie bevorzugen und welche ihre Haltung in politischen Streitfragen vertritt.*

Nach der Identifikationshypothese ist das Wahlverhalten von drei Einflussfaktoren abhängig. Der erste Einflussfaktor wird als *Parteiidentifikation* bezeichnet; er gilt als langfristig. Die beiden anderen Einflussfaktoren, *Kandidaten-* und *Issueorientierung* genannt, gelten dagegen als kurzfristig.

Ein großer Teil der wahlsoziologischen Forschungsarbeiten beschäftigt sich damit, was passiert, wenn die drei Einflussfaktoren in unterschiedliche Richtung weisen. Was wählt ein Mensch, der immer CDU gewählt hat, Schröder aber ganz sympathisch findet? Unter welchen historischen Bedingungen ist welcher Einflussfaktor besonders wichtig? Wurde das Wahlergebnis der Bundestagswahl 1998 durch die Kandidaten oder durch Sachfragen bestimmt?

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung sind solche Fragen von untergeordneter Bedeutung. Hier geht es um das Makrophänomen des demokratischen Klassenkampfes. Warum wählen Arbeiter eher SPD als Selbständige? Und darauf gibt die Identifikationshypothese (noch) keine Antwort.

Allerdings kann die Identifikationshypothese als eine Handlungstheorie im Sinne des methodologischen Individualismus aufgefasst werden. Die Identifikationshypothese bezieht sich auf Individuen. Mit ihr werden Individuen mit Eigenschaften (langfristige Bindung an eine Partei, Haltung zu Streitfragen und Kandidaten) gesetzesmäßige Verhaltensweisen unterstellt (die Wahl einer bestimmten Partei). Insofern Individuen unzweifelhaft Bestandteil der durch den demokratischen Klassenkampf angesprochenen sozialen Systeme sind, kann die Identifikationshypothese die Basis für eine Tiefenerklärung im Sinne des methodologischen Individualismus darstellen.

Für eine Erklärung des demokratischen Klassenkampfes mit der Identifikationshypothese benötigt man eine Verbindung zwischen der Systemebene und der Individualebene. Wenn man annehmen dürfte, dass Arbeiter normalerweise eine langfristige Bindung an die SPD haben, den Kandidaten der SPD präferieren und bei politischen Streitfragen von der SPD vertreten werden, so ergäbe sich aus der Identifikationshypothese für jeden beliebigen Arbeiter eine Tendenz zur Wahl der SPD. Das Aggregationsproblem wäre in diesem Fall trivial.

Worin besteht die Verbindung zwischen der Mitgliedschaft zu einer soziostrukturellen Gruppe und den drei Elementen des Identifikationsansatzes? Eine Antwort hierauf findet sich in den Vermutungen über die Genese der Parteiidentifikation. Hierzu gibt es zwei Argumentationslinien:

Nach der ersten Ansicht bildet sich die Parteiidentifikation durch einen lebenslangen Prozess der politischen Sozialisation, wobei der Sozialisation durch das Elternhaus besonderes Gewicht beigemessen wird (Campbell, Converse, Miller und Stokes 1960; Eith 1997; Falter 1977; Cassel 1993). Im Kern dieser Ansicht findet sich damit die im Rahmen des Interaktionsansatzes (Abschnitt 1.1) als Homogenisierungshypothese bezeichnete Annahme der gegenseitigen Beeinflussung von Menschen in sozialen Kontakten. In Verbindung mit dem Interaktionsansatz ergibt sich daraus folgende Erklärung des demokratischen Klassenkampfes (vgl. Abbildung 1.5): Aus der *Like-Me*-Hypothese ergibt sich die soziostrukturelle Homogenität von Kontaktgruppen. Die Homogenisierung der politischen Ansichten innerhalb der Kontaktgruppe führt zu gleichläufigen *Parteiidentifikationen* innerhalb der Kontaktgruppe. Da die Parteiidentifikation wiederum das Wahlverhalten beeinflusst, ist auch das Wahlverhalten der Mitglieder der Kontaktgruppe homogen.

Bezüglich der Entstehung der Parteiidentifikation folgt diese Argumentationslinie im Wesentlichen dem Interaktionsansatz. Ein spezifisch neuer Mechanismus zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes ergibt sich hieraus nicht. Wohl aber eine wichtige Variante: Handelt es sich bei der Parteiidentifikation tatsächlich um eine langfristig stabile Bindung an eine Partei, so sind die sozialen Kontakte während der Entstehungsphase der Parteiidentifikation für ihre aktuelle Ausprägung verantwortlich. Die Ursachen des aktuell beobachtbaren demokratischen Klassenkampfes wären in diesem Fall nicht in den aktuell vorhandenen sozialen Kontakten zu suchen, sondern in den sozialen Kontakten während der Entstehungsphase der Parteiidentifikation. Insofern könnte man die Ursachen der Parteiidentifikation als „langfristig wirkend“ bezeichnen.

Nach der anderen Ansicht ist die Parteiidentifikation ein „geronnener Ausdruck eines langfristig von der Sozialstruktur ausgehenden Einflussstromes“ (Kaa-



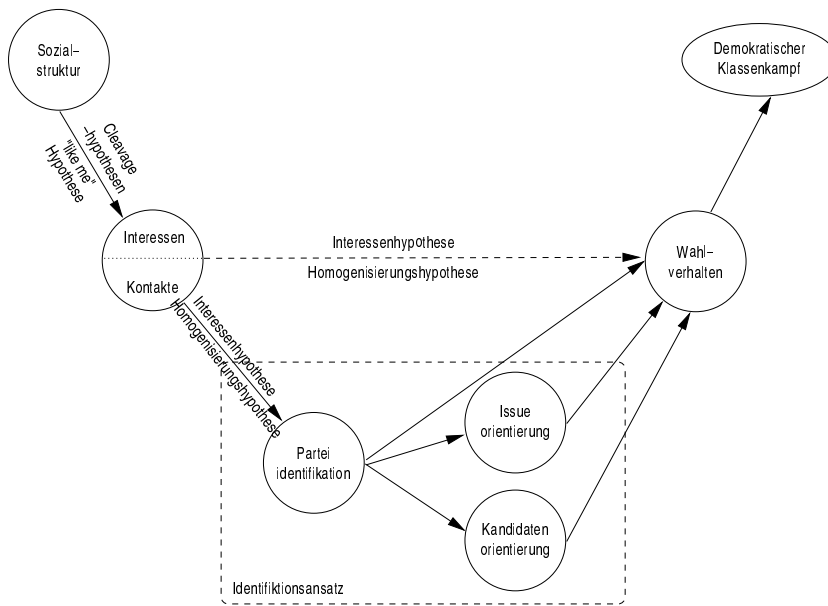


Abbildung 1.5: Identifikationsansatz, Interaktionsansatz und Interessentheorie

se 1970), wobei der Mechanismus der *geronnenen Sozialstruktur* allerdings merkwürdig unklar bleibt. Möchte man darunter nicht auch einen Prozess der lebenslangen Sozialisation verstehen, so bleibt als Alternative eigentlich nur der Mechanismus der Interessenhypothese: Menschen identifizieren sich mit derjenigen Partei, welche ihre Interessen vertritt. Die Argumentation zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes lautet damit (vgl. Abbildung 1.5)<sup>36</sup>: Nach den *Cleavage*-Hypothesen bestimmt die soziostrukturelle Position die Interessen der Menschen. Nach der Interessenhypothese identifizieren sich die Menschen mit derjenigen Partei, die diese Interessen vertritt und werden diese, sprechen keine kurzfristigen Faktoren dagegen, auch wählen.<sup>37</sup>

Langfristig ist die Parteiidentifikation in dieser Argumentation nur, weil die soziostrukturelle Position eines Menschen im allgemeinen langfristig stabil bleibt. Ändert sich die soziostrukturelle Position eines Menschen und mit ihr die Interessenlage, so sollte sich auch die Parteiidentifikation eines Menschen kurzfristig ändern. Die Entstehungsgründe der Parteiidentifikation sind gewissermaßen „langfristig gleichbleibende“ Kurzzeitfaktoren. Die Ursachen für den demokratischen Klassenkampf liegen in diesem Fall in der *aktuellen* soziostrukturellen Position.

In der aktuelleren Forschung zur Parteiidentifikation finden sich eine Reihe so genannter revisionistischer Modelle der Parteiidentifikation (Jackson 1975; Markus 1979; Markus 1983; Fiorina 1981; Franklin und Jackson 1983; Franklin 1984). In diesen werden sowohl Kurz- als auch Langzeitfaktoren zur Erklärung der ak-

---

36 Vgl. auch die ähnliche Darstellung bei Bürklin und Klein (1998: 74).

37 Nach einer dritten Argumentationslinie wird der Gruppeneinfluss über zwei Bedingungen hergestellt: Erstens über die Beziehung des Menschen zu einer Gruppe und zweitens der Beziehung der Gruppe zur Welt der Politik. Je stärker die Identifikation des Individuums mit der Gruppe und je offensichtlicher die politische Haltung der Gruppe, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein Gruppenmitglied in seinen politischen Einstellungen der Gruppe anpasst (Campbell, Converse, Miller und Stokes 1960: 299–307).

Die erste Voraussetzung, damit es zu einem Gruppeneinfluss kommen kann, ist die Frage, ob sich eine Person mit einer Gruppe identifiziert oder nicht. Der formalen Mitgliedschaft wird dabei zunächst keine kausale Wirkung zugesprochen. Es ist nicht die Tatsache, dass ein Individuum Arbeiter ist, die ihn dazu veranlasst, sich wie ein Arbeiter zu verhalten, sondern die Tatsache, dass er sich wie ein Arbeiter *fühlt*. In diesem Sinne bleibt die Ebene der Erklärung beim Individuum.

Der Charme dieser Argumentation liegt darin, dass mit ihr gut erklärt werden kann, warum es von der Gruppennorm abweichendes Verhalten gibt: manche Individuen fühlen sich nicht als Mitglieder der Gruppe, der sie angehören. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, *warum* sich die Einen mehr, die Anderen weniger mit ihrer Gruppe identifizieren. Dies wird durch die Entstehungsgründe psychologischer Mitgliedschaften beantwortet, die wiederum im Wesentlichen den Entstehungsgründen der Parteiidentifikation selbst entsprechen. Vgl. zur Argumentation insgesamt auch (Weßels 1994).

tuellen Parteiidentifikation zugelassen. Die unterschiedlichen Varianten revisionistischer Modelle beruhen im Wesentlichen auf folgender Gleichung (Franklin 1984: 461):

$$P_t = \beta_1 E_t + \beta_2 P_{t-1} + u_t \quad (1.1)$$

wobei  $P_t$  die Parteiidentifikation zum Zeitpunkt  $t$  darstellt,  $E_t$  die Beurteilungen der Parteien anhand der aktuellen Situation und  $P_{t-1}$  die Parteiidentifikation zu einem Zeitpunkt vor  $t$ . Trifft dieses Modell zu, so wären die Ursachen des demokratischen Klassenkampf sowohl in vergangenen als auch in aktuellen Faktoren zu suchen.

Als Ergebnis dieser Betrachtung ist festzuhalten, dass das Ann Arbor Modell – geht es um die Erklärung des demokratischen Klassenkampf – keine spezifisch neuen Mechanismen vorsieht; benötigt wird entweder die Homogenisierungshypothese in Verbindung mit der *Like-Me*-Hypothese, oder die Interessentheorie politischen Verhaltens. Der Unterschied zum Interaktionsansatz bzw. zur Interessentheorie besteht darin, dass zwischen der Parteiidentifikation und dem Wahlverhalten unterschieden wird. Während der Interaktionsansatz und die Interessentheorie das Wahlverhalten direkt zu erklären versuchen, erklärt der Identifikationsansatz *mit den Mechanismen* des Interaktionsansatzes bzw. der Interessentheorie die Parteiidentifikation. Der Vorteil dieses Vorgehens besteht darin, dass eine Erklärungsmöglichkeit für diejenigen Wähler geschaffen wird, die eine andere Wahlentscheidung treffen, als man dies auf Grund der langfristig wirkenden und langfristig gleichbleibenden Faktoren erwarten würde. Ist man jedoch an einer Erklärung des demokratischen Klassenkampf interessiert scheint es wichtiger, die Ursachen der langfristigen Bindung an eine Partei zu untersuchen. Die wichtigste Schlussfolgerung aus dem Identifikationsansatz zu diesem Thema ist dabei, mögliche Entstehungsfaktoren der Vergangenheit zu berücksichtigen. Ohne diese bleibt die Erklärung des demokratischen Klassenkampf möglicherweise unvollständig.

#### 1.4 Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurden drei Ansätze zur Erklärung soziostrukturell determinierten Wahlverhaltens vorgestellt.

*Erstens* der Interaktionsansatz. Nach diesem Ansatz werden politische Präferenzen durch Beeinflussung anderer erzeugt. In einem fortwährenden Prozess gegenseitiger Beeinflussung werden Personen, die untereinander sozialen Kontakt

haben, in ihren politischen Ansichten homogenisiert. Stammen die Mitglieder eines Kontaktkreises aus denselben soziostrukturellen Gruppen, ergibt sich der demokratische Klassenkampf.

*Zweitens* die Interessentheorie. Nach dieser Theorie beruht der demokratische Klassenkampf auf den divergierenden Interessen von Personen unterschiedlicher soziostruktureller Positionen. Für eine Reihe von soziostrukturellen Positionen existiert eine politische Partei, welche die Interessen der Personen mit dieser Position in besonderem Maße bedient. Diese Partei wird von den Angehörigen der jeweiligen soziostrukturellen Position gewählt.

*Drittens* der Identifikationsansatz. Dieser Ansatz beruht insofern auf dem Interaktionsansatz und der Interessentheorie, als er deren Hypothesen zur Entstehung einer langfristigen Bindung an eine Partei heranzieht. Im Unterschied zu den beiden anderen Ansätzen vermutet der Identifikationsansatz jedoch mit zunehmenden Alter abnehmende Wirkung dieser Erklärungsmechanismen. Die Ursachen des demokratischen Klassenkampfes müssten darum in der Entstehungsphase der langfristigen Bindung gesucht werden.

Alle drei Ansätze haben ihre Schwächen. So gelingt die Erklärung des demokratischen Klassenkampfes mit dem Interaktionsansatz nur unvollständig, bzw. nur, wenn Annahmen der Interessentheorie hinzugezogen werden. Die Interessentheorie ist zur formalen Erklärung des demokratischen Klassenkampfes zwar ausreichend, doch zeigen empirische Ergebnisse, dass der Einfluss der Klassenzugehörigkeit offenbar über die reine Interessenfundierung hinausgeht. Insofern der Identifikationsansatz zentrale Hypothesen der beiden anderen Ansätze übernimmt, teilt er auch deren Schwächen.

Auf Grund der Stärken und Schwächen der drei Erklärungsansätze ist es naheliegend, diese in einem gemeinsamen Ansatz zu integrieren. Dies soll im folgenden Kapitel geschehen.

## Kapitel 2

### Versuch einer Synopse

Im vorangegangenen Kapitel wurden drei Ansätze zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes vorgestellt. Die zentralen Hypothesen dieser Ansätze sollen im Folgenden im Lichte der Theorie des *subjektiv erwarteten Nutzens* („SEU-Theorie“) reformuliert werden.

Ein ähnlicher Versuch wurde bereits von Robert Smith vorgelegt (Smith 1992a; Smith 1992b; Smith 1996). Vom hier vorgelegten Versuch unterscheidet sich der Ansatz von Smith in mehrfacher Hinsicht. Der wichtigste Unterschied besteht in der größeren Anzahl von Axiomen bei Smith (1992a). Smith verwendet eine Vielzahl von Axiomen, unter anderem wesentliche Hypothesen der Interessentheorie. Hier werden dagegen nur die grundlegenden Annahmen der SEU-Theorie verwendet. Des Weiteren wird hier versucht, auch den Identifikationsansatz zu integrieren. Smith (1992a) beschränkt sich auf die – allerdings weitergehende – Integration des Interaktionsansatzes, wobei er die Hypothesen der Interessentheorie als Axiome verwendet. Schließlich ist der hier vorgelegte Versuch in der Hinsicht formaler, als zentrale Annahmen in Form von Gleichungen notiert werden.

Abschnitt 2.1 stellt die wichtigsten Elemente der SEU-Theorie vor. Daran anschließend erfolgt die Integration der Hypothesen zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes (Abschnitt 2.2). Dabei wird im ersten Schritt von der vollständigen Informiertheit der Akteure ausgegangen. Unter dieser Annahme spiegelt die hier vorgenommene Reformulierung vor allem die Aussagen der Interessentheorie wider. In Abschnitt 2.2.3.2 wird diese Annahme aufgegeben. Dabei ergibt sich die Gelegenheit zur Integration zentraler Hypothesen des Interaktionsansatzes. Eine weitere Reduzierung des Abstraktionsniveaus in Abschnitt 2.2.4 erlaubt darüber hinaus die Integration langfristig wirksamer Einflussfaktoren.

## 2.1 Die SEU-Theorie

Die SEU-Theorie ist eine Variante der Wert-Erwartungstheorie. Die Wert-Erwartungstheorie besagt in aller Kürze, dass Akteure aus einem Set von Handlungsalternativen die *nützlichste* auswählen. Die Variation der SEU-Theorie besteht darin, dass nicht die *objektiv* nützlichste Handlungsalternative ausgewählt wird, sondern diejenige, von denen der Akteur *glaubt*, sie sei die Nützlichste.

Mit der Wert-Erwartungstheorie wird erklärt, warum ein Akteur die Handlung  $A_j$  ausführt.<sup>1</sup> Für  $A_j$  kann dabei jede beliebige Handlung eingesetzt werden – sei es die Fahrt mit dem Zug von Mannheim nach Stuttgart, der Kauf einer bestimmten Ware im Supermarkt oder das Ankreuzen einer Partei auf einem Stimmzettel oder Fragebogen.

Nach der Wert-Erwartungstheorie wählen Akteure die Handlung  $A_j$  aus mehreren möglichen Alternativen aus. Dies impliziert zwei grundlegende Annahmen. Die erste Annahme besteht darin, dass es stets mehrere Handlungsalternativen gibt, von denen  $A_j$  eine ist. Dieser so genannte Alternativenraum sei hier mit

$$\mathbf{A}' = (A_1 \quad A_2 \quad \dots \quad A_j \quad \dots \quad A_J) \quad (2.1)$$

bezeichnet. Die zweite Annahme besteht darin, dass die Handlung  $A_j$  vom Akteur *gewählt* wird. Gewählt heißt, es ist der Akteur selbst, der sich dafür entscheidet, eine Handlung auszuführen. Die Handlung geschieht nicht etwa versehentlich, und es sind nicht vorgegebene Strukturen, welche den Akteur eine Handlung automatisch ausführen lassen.

Der wesentliche Teil der Wert-Erwartungstheorie befasst sich mit den Kriterien, nach denen der Akteur die Handlung  $A_j$  aus  $\mathbf{A}$  auswählt.

Bei der Auswahl einer Handlungsalternative berücksichtigt der Akteur „Bewertungen“ von „Folgen“ seines Handelns und „Erwartungen“, dass diese Folgen auch eintreten.

Die Folgen von Handlungen können vielfältig sein. Es gibt erwartete und unerwartete Folgen. Natürlich kann ein Akteur bei seiner Entscheidung für eine Handlungsalternative nur erwartete Folgen einbeziehen; dies ist der so genannte „Ergebnisraum“:

$$\mathbf{O}' = (O_1 \quad O_2 \quad \dots \quad O_k \quad \dots \quad O_K) \quad (2.2)$$

---

<sup>1</sup> Die Darstellung basiert auf Esser (1999: 251–259).

Der Ergebnisraum besteht aus den Dingen, die ein Akteur bei seiner Handlungsentscheidung „bedenkt“. Er ist für alle Handlungsalternativen des Alternativenraums identisch.

Unter den Folgen in  $O$  gibt es erwünschte und unerwünschte Folgen. Ob Folgen erwünscht oder unerwünscht sind, richtet sich danach, ob sie die als allgemein angesehenen Bedürfnisse der Menschen nach „sozialer Anerkennung“ oder „physischem Wohlbefinden“ befriedigen. Erwünschte Folgen sind „Bedürfnis befriedigend“, d. h. wenn sie eintreten, produzieren sie einen positiven Ertrag von „sozialer Anerkennung“ oder „physischem Wohlbefinden“. Unerwünschte Folgen produzieren dagegen einen negativen Betrag von „sozialer Anerkennung“ oder „physischem Wohlbefinden“.

Die Folgen unterscheiden sich in der Effektivität ihrer Bedürfnisbefriedigung. Je effektiver eine Folge zur Bedürfnisbefriedigung ist, desto höher ist ihr „Wert“. Dieser Wert besagt, wie viel Einheiten physisches Wohlbefinden oder soziale Anerkennung produziert wird, wenn die Handlungsfolge eintritt. In der Wert-Erwartungstheorie wird angenommen, dass die Individuen jeder erwarteten Handlungsfolge einen solchen Wert zuweisen und diesen im so genannten „Bewertungsraum“ *speichern*:

$$U' = (U_{O_1} \quad U_{O_2} \quad \dots \quad U_{O_k} \quad \dots \quad U_{O_K}) \quad (2.3)$$

Die Handlungsfolgen sind nicht für alle Menschen im selben Maße Bedürfnis befriedigend. Die genauen Werte der Folgen erlernt ein Individuum in seiner Sozialisation. Für das Erlernen der Werte wird dabei insbesondere die „Konditionierung“<sup>2</sup> verantwortlich gemacht (Esser 1999: 369). Bei der Konditionierung werden bestimmten, eigentlich zunächst neutralen Stimuli „Werte“ zugewiesen, weil mit dem Auftreten des neutralen Stimuli wiederholt *befriedigende* Erlebnisse verknüpft sind. Nach erfolgter Konditionierung erfolgt eine Bedürfnisbefriedigung auch dann, wenn das eigentliche Bedürfnis befriedigende Erlebnis nicht auftritt. Hierüber ist erklärbar, warum Menschen

„... Vorlieben für Dinge entwickeln, die zuvor ganz und gar uninteressant waren, als unwichtig oder gelegentlich sogar als lästig und unangenehm erschienen sind, zum Beispiel klassische Musik, moderne Kunst oder die innerweltliche Askese. Variationen im Geschmack, in den Werten und damit die mehr oder weniger groben Unterschiede von Menschen und Gruppen in ihren Vorlieben sind die Folge von *Variationen in den Lern-Biografien* von Kollektiven von Menschen“ (Esser 1999: 366; Hervorhebung U.K.).

2 Ein Überblick über die klassische Konditionierung sowie über Ansätze der Lerntheorie allgemein findet sich bei Esser (1999: 359–386).

Auf der anderen Seite verbietet es die Individualität der Präferenzen der Akteure nicht, allgemeine Aussagen über Kernbestandteile der Präferenzordnung aller Menschen einer Gesellschaft zu machen. Denn die individuelle Präferenzordnung der Menschen steht immer auch unter dem Einfluss der gesellschaftlichen „Tiefenstruktur“.<sup>3</sup> Diese Tiefenstruktur legt fest, für welche Güter, Objekte oder Ressourcen soziale Wertschätzung zu erlangen ist und welche Mittel zur Produktion physischen Wohlbefindens zulässig sind. Die individuellen Bewertungsräume der Akteure sind in hohem Maße von dieser Tiefenstruktur einer Gesellschaft abhängig.

Zur Entscheidung zwischen den Handlungsalternativen wird noch ein weiterer Parameter benötigt. Dieser besteht in der Wahrscheinlichkeit  $p_{jk}$ , mit der die Folge  $O_k$  bei Wahl der Handlungsalternative  $A_j$  eintritt. Diese Wahrscheinlichkeit wird als „Erwartung“ bezeichnet. Da die Erwartung der Folge  $O_k$  für jede Handlungsalternative verschieden ist, bilden die Erwartungen folgenden „Erwartungsraum“:

$$\mathbf{P} = \begin{pmatrix} p_{11} & p_{12} & \dots & p_{1k} & \dots & p_{1K} \\ p_{21} & p_{22} & \dots & p_{2k} & \dots & p_{2K} \\ \vdots & \vdots & \ddots & \vdots & \ddots & \vdots \\ p_{j1} & p_{j2} & \dots & p_{jk} & \dots & p_{jK} \\ \vdots & \vdots & \ddots & \vdots & \ddots & \vdots \\ p_{J1} & p_{J2} & \dots & p_{Jk} & \dots & p_{JK} \end{pmatrix} \quad (2.4)$$

In der Wert-Erwartungstheorie handelt es sich bei den Wahrscheinlichkeiten im Erwartungsraum um *objektive* Erwartungen. Dies setzt die vollständige Informiertheit der Individuen voraus, eine Annahme, die in der SEU-Theorie aufgegeben wird. Lässt man diese Komplikation zunächst außer Acht, sind mit den Bewertungen und den Erwartungen alle Parameter angegeben, welche die Akteure zur Auswahl einer Alternative aus  $\mathbf{A}$  benötigen.

Zur Auswahl der Handlung verwenden die Akteure die Handlungsregel der Wert-Erwartungstheorie. Gemäß dieser Handlungsregel wählen die Akteure stets diejenige Handlung, deren EU-Gewicht  $EU(A_j) = \sum_{k=1}^K p_{jk} U_{O_k}$  von allen Alternativen in  $\mathbf{A}$  den höchsten Wert aufweist. Anders formuliert: Es wird die Handlung ausgewählt, für die der „Gewichterraum“

$$\mathbf{EU} = \mathbf{P} \times \mathbf{U} \quad (2.5)$$

$\begin{matrix} J \times 1 & J \times K & K \times 1 \end{matrix}$

den höchsten Wert aufweist.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Seite 79 und Esser (1999: 103f).



Soweit die Wert-Erwartungstheorie. In der SEU-Theorie wird dieselbe Handlungsregel wie in der Wert-Erwartungstheorie angewandt. Der Unterschied besteht im Erwartungsraum. In der Wert-Erwartungstheorie sind die tatsächlichen Wahrscheinlichkeiten in  $P$  den Individuen bekannt. Empirische Studien lassen jedoch vermuten, dass dies nicht korrekt ist. In der SEU-Theorie wird diese Annahme darum aufgegeben; hier gelten die Erwartungen als subjektive Vermutungen der Akteure über die wahren Werte von  $p_{jk}$ .

Daraus ergeben sich drei wichtige Konsequenzen:

1. Die subjektiven Vermutungen der Akteure können falsch sein – in diesem Fall wählen die Akteure möglicherweise nicht die Handlungsalternative, welche ihnen objektiv am meisten nützt.
2. Zur Erklärung einer Handlung mit der SEU-Theorie gehört die Untersuchung, wie die Akteure zu ihren subjektiven Erwartungen kommen.
3. Die Akteure können hinsichtlich ihrer Erwartungen mehr oder weniger unsicher sein, d.h. die subjektiv erwartete Eintrittswahrscheinlichkeit einer bestimmten Folge weist eine Streuung auf.

Die Punkte zwei und drei bedürfen einer näheren Erläuterung. Zunächst zur Frage, wie die Akteure zu ihren subjektiven Erwartungen kommen. Wie schon die Bewertungen werden auch die Erwartungen „erlernt“. Anders als beim Erlernen der Bewertungen werden Erwartungen aber vorwiegend durch „instrumentelles Lernen“ oder „Lernen am Modell“ erworben (Esser 1999: 369). Ausgangspunkt des *instrumentellen Lernens* ist eine Situation, in der ein bestimmtes Bedürfnis – soziale Anerkennung, physisches Wohlbefinden oder ein daraus abgeleiteter Wert – nicht erfüllt ist. Um dieses Bedürfnis zu befriedigen wählt der Akteur zunächst völlig wahllos ein bestimmte Handlungsalternative aus. Führt die Handlung nicht zum gewünschten Erfolg werden andere Handlungen ausprobiert, bis schließlich eine Handlung zur Bedürfnisbefriedigung führt oder der Versuch aufgegeben wird. Jeder Versuch kann als ein Hypothesentest aufgefasst werden. Durch mehrmalige Wiederholung des Hypothesentests kristallisieren sich stabile subjektive Hypothesen über die Verhaltensweisen heraus, die in den jeweiligen Situationen Erfolg versprechend sind.

Das instrumentelle Lernen ist kostenintensiv. Verhaltensweisen müssen durchprobiert werden, eventuelle Bestrafungen in Kauf genommen werden und bis zur nächsten vergleichbaren Situation kann einige Zeit vergehen. Aus diesem Grund dürfte in der Realität das Lernen am Modell überwiegen.

Beim *Lernen am Modell* führt der Akteur die Verhaltensweisen nicht selbst aus. Stattdessen werden

„... Zeichen, Hypothesen, Rezepte, Cognitive-Maps und das Handeln anderer beobachtet und wahrgenommen, in Regeln übersetzt und durch die eigenen Handlungen dann – mehr oder weniger – als ‚richtig‘ oder als ‚falsch‘ erlebt und somit ‚gelernt‘. Das instrumentelle Lernen fungiert mehr als der letzte harte Test dieser Regeln am eigenen Leibe ...“ (Esser 1999: 384).

Bei Lernen am Modell können die erlernten Erwartungen schneller an veränderte Situationen angepasst werden. Denn es ist viel schwieriger, mühsam mit instrumentellem Lernen erworbene Erwartungen aufzugeben als die von einem Modell übernommenen. Gleichzeitig sind Informationen über alternative Handlungsweisen von einem Modell kostengünstiger zu erlangen als vom aufwändigen „Trial-and-Error“-Prozess des instrumentellen Lernens.

Unabhängig von den Unabwägbarkeiten der persönlichen Lernbiografie gilt auch für das Erlernen der Erwartungen, was oben zum Erlernen der Bewertungen gesagt wurde: Die Erwartungen sind nicht unabhängig von den gesellschaftlich vorgegebenen Regelmäßigkeiten. Das ergibt sich bereits daraus, dass es letztlich Gesellschaftsmitglieder sind, welche dem Lernenden *Modell stehen* bzw. für die Ergebnisse der *Hypothesentests* verantwortlich sind.

Zum dritten Punkt: Die Akteure können hinsichtlich ihrer Erwartungen mehr oder weniger unsicher sein. Als Unsicherheit wird bezeichnet, wenn die subjektiv erwartete Eintrittswahrscheinlichkeit einer bestimmten Folge eine Streuung aufweist.<sup>4</sup> Bei Entscheidungen unter Unsicherheit besteht eine allgemeine Tendenz dazu, die Handlungsentscheidung aufzuschieben und diejenigen Informationen zu beschaffen, mit denen die Unsicherheit gemindert werden kann.

Ob die Informationen beschafft werden oder nicht, lässt sich dabei ebenfalls als eine Handlungsentscheidung auffassen; sie folgt derselben Logik wie alle anderen Handlungsentscheidungen. Bei dieser Handlungsentscheidung geht es zunächst um die Selektion zwischen zwei beliebigen Handlungsalternativen  $A_{H1}$  und  $A_{H2}$ . Als Konsequenz der beiden Alternativen kann eine bestimmte Folge eintreten  $O_1$  oder ausbleiben  $O_2$ . Diese beiden Folgen seien mit  $U_{O_1}$  und  $U_{O_2}$  bewertet, wobei  $U_{O_1} > 0$  ist und  $U_{O_2} < 0$ . Bei vollständiger Unsicherheit ist der Erwartungsraum leer, weshalb die Akteure den Gewichteraum  $\mathbf{EU}$  nicht berechnen können.

---

<sup>4</sup> Das Ausmaß der Streuung wird auch als Ambiguität bezeichnet. Ambiguität und Unsicherheit sind nicht zu verwechseln mit „Risiko“. Hiermit wird eine Erwartung von unter 1 bezeichnet, bezüglich deren jedoch keinerlei Unsicherheit besteht.

Allerdings wissen die Individuen, dass sie Erkenntnisse über den Erwartungsraum erlangen können, wenn sie Informationen beschaffen ( $A_{\text{Inform}}$ ).

Der Nutzen aus der Beschaffung der Information entspricht dem Nutzen aus der dann möglichen Entscheidung zwischen  $A_{H1}$  und  $A_{H2}$  reduziert durch die Informationskosten  $C$ :

$$EU(A_{\text{Inform}}) = pU_{O_1} + (1 - p)U_{O_2} - C \quad (2.6)$$

Etwas problematischer ist die Kalkulation der EU-Werte, wenn auf die Beschaffung der Information verzichtet wird ( $A_{\text{Verzicht}}$ ). Der Nutzen des Verzichts auf Informationsbeschaffung entspricht dem Nutzen derjenigen Handlung, die ausgeführt wird, wenn keine Informationen beschafft werden. Allerdings kann dieser Nutzen nicht bestimmt werden, da die entsprechenden Werte der Erwartungsmatrix nicht vorliegen. Bestimmt werden kann aber der Nutzen, der sich im ungünstigsten Fall ergibt. Wenn eine Folge entweder eintritt oder nicht eintritt, so entspricht der Nutzen mindestens dem der ungünstigeren Folge, hier also  $U_{O_2}$ . Der Nutzen des Verzichtes auf Informationsbeschaffung beträgt mithin im ungünstigsten Fall

$$EU(A_{\text{Verzicht}}) = U_{O_2} \quad (2.7)$$

Nach der Wert-Erwartungstheorie werden zusätzliche Informationen immer dann beschafft, wenn  $EU(A_{\text{Inform}}) > EU(A_{\text{Verzicht}})$  ist. Dies ist der Fall, wenn

$$U_{O_1} - U_{O_2} > C/p \quad (2.8)$$

ist. Danach werden Informationen beschafft, wenn

- die Differenz zwischen dem Nutzen der wertvolleren Folge und der ungünstigeren Folge relativ groß ist, oder
- die Informationskosten niedrig sind, oder
- die Wahrscheinlichkeit den Nutzen der wertvolleren Folge zu erhalten, als groß eingeschätzt wird.

Abgesehen von der anderen Vorstellung über den Erwartungsraum besteht kein Unterschied zwischen der Wert-Erwartungstheorie und der SEU-Theorie. Insbesondere die Handlungstheorie bleibt identisch: Gewählt wird die Handlungsalternative mit dem höchsten EU-Gewicht.

## 2.2 SEU-Theorie und demokratischer Klassenkampf

In diesem Abschnitt sollen die in Kapitel 1 vorgestellten Hypothesen mit der SEU-Theorie verknüpft werden. Dabei wird die politische Wahl als eine Situation betrachtet, bei der Individuen an der Wahlurne eine Entscheidung zwischen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen treffen. Das eigentliche Erklärungsphänomen wird durch diese Annahme in zweifacher Hinsicht vereinfacht. Erstens stellen sich mehr als nur diese vier Parteien zur Wahl und zweitens wird die Möglichkeit, nicht zur Wahl zu gehen, aus dem Set der Handlungsalternativen ausgeschlossen. Die erste Vereinfachung erscheint gerechtfertigt, weil andere Parteien bei Wahlen meist eine untergeordnete Rolle spielen. Die zweite Vereinfachung erfolgt, weil die Teilnahme an einer politischen Wahl ein anderes Erklärungsphänomen darstellt.

### 2.2.1 Folgen

Zur Erklärung des Wahlverhaltens mit der SEU-Theorie müssen zunächst die Folgen angegeben werden, für welche die Akteure Bewertungen und Erwartungen bilden. Anthony Downs (1968: 35) geht in seiner ökonomischen Theorie der Demokratie davon aus, dass die Bürger die Parteien danach beurteilen, wie wahrscheinlich aus ihrer Tätigkeit ein Zuwachs eines *Stroms von Nutzen* entspringt. Unter diesem Nutzenstrom versteht Downs eine „Flut von Vorteilen“ wie z. B. die Gewährleistung von Sicherheit durch die Polizei, die Bereitstellung von Kläranlagen, die Instandhaltung von Straßen, die Verteidigung von Küsten, die Abfallbeseitigung und weiteres mehr.

Die Aufzählung zeigt, dass die Individuen bei ihrer Wahlentscheidung eine Vielzahl von höchst unterschiedlichen Dingen berücksichtigen. Welche dies sind, dürfte individuell verschieden sein. Für eine vollständige Erklärung des Wahlverhaltens jedes einzelnen Akteurs benötigt man Kenntnisse über alle für den jeweiligen Akteur relevanten Folgen. Da hier jedoch nicht die Erklärung jedes Einzelfalls angestrebt wird, erscheint es gerechtfertigt, nur die Folgen zu berücksichtigen, die für *alle* Wähler von *großer* Bedeutung sind.

Derartige Folgen werden von der *Wertehypothese* (Hypothese 1.5 auf Seite 64) benannt. In der Wertehypothese werden *Macht* und *materieller Wohlstand* als positiv bewertete Handlungsfolgen angegeben, welche die Individuen bei politischen Wahlen berücksichtigen. Welche individuellen Ziele ein Akteur bei der Entscheidung zwischen den Parteien auch verfolgt, die Produktion von *Macht* und *materi-*

ellen Wohlstand gehört stets dazu.<sup>5</sup> Im Zusammenhang mit der Theorie der „stillen Revolution“ von Ronald Inglehart (Inglehart 1977) (Abschnitt 1.2.3.4) wurde außerdem das Streben nach *Selbstverwirklichung* als mögliches Ziel bezeichnet, welches Menschen bei der Wahl politischer Parteien berücksichtigen.<sup>6</sup>

Die Benennung von Zielen, die der Akteur bei seiner Entscheidung verfolgt, ist nicht gleichbedeutend mit der Benennung von Handlungsfolgen. Ein Akteur mag bei einer Entscheidung nur ein Ziel – z. B. „materieller Wohlstand“ – im Auge haben. Dennoch muss er bei seiner Entscheidung zwischen den Handlungsalternativen (mindestens) zwei unterschiedliche *Folgen* berücksichtigen: die eine Folge, dass das Ziel erreicht wird, die andere, dass das Ziel *nicht* erreicht wird. Die komplette Benennung der Handlungsfolgen muss darum auch die jeweils komplementären Folgen berücksichtigen.

Zusammenfassend lässt sich dies so ausdrücken: Bei der Entscheidung zwischen den politischen Parteien berücksichtigen die Individuen die Möglichkeit, durch ihre Entscheidung

- eine bestimmte Menge *Macht* zu erhalten ( $M$ ) bzw. nicht zu erhalten ( $M'$ ),
- eine bestimmte Menge *materiellem Wohlstand* zu erhalten ( $W$ ) bzw. nicht zu erhalten ( $W'$ ) und
- eine bestimmte Menge *Selbstverwirklichung* zu erhalten ( $S$ ) bzw. nicht zu erhalten ( $S'$ ).

Der Ergebnisraum lautet mithin

$$\mathbf{O}'_{\text{Wahl}} = (M \quad M' \quad W \quad W' \quad S \quad S') . \quad (2.9)$$

### 2.2.2 Bewertungen

Unter den gegebenen Annahmen zum Ergebnisraum hat der Bewertungsraum zunächst folgende Form:

$$\mathbf{U}'_{\text{Wahl}} = (U_M \quad U_{M'} \quad U_W \quad U_{W'} \quad U_S \quad U_{S'}) \quad (2.10)$$

5 Bei Smith (1992a: 186) gilt das „Überleben“ als Ziel aller Individuen. Macht und Wohlstand werden als weitere typische Ziele bezeichnet.

6 Smith (1992a: 186) berücksichtigt die Freiheit von externen Zwängen und soziale Gleichheit als nicht materielle Ziele.

Fraglich ist nun, welche Werte die einzelnen Parameter in  $U$  aufweisen. Gemäß der Interessentheorie werden Macht, Wohlstand und Selbstverwirklichung positiv bewertet. Die Folge, eine Einheit *Macht* zu erhalten hat damit einen Wert über 0, dasselbe gilt für den Erhalt von Wohlstand oder Selbstverwirklichung. Formal:

$$\begin{aligned} U_M &> 0 \\ U_W &> 0 \\ U_S &> 0 \end{aligned} \tag{2.11}$$

Über den genauen Wert der Handlungsfolgen schweigt die Interessentheorie. Insbesondere ist nicht bekannt welche der drei genannten Folgen den höchsten Wert aufweist und welche den niedrigsten. In Anschluss an Ingleharts Theorie der „stillen Revolution“ (Inglehart 1977) lässt sich jedoch eine Aussage über den relativen Wert der Selbstverwirklichung treffen. Nach der Inglehart-Hypothese (Hypothese 1.13) weisen jüngere Generationen dem Ziel der Selbstverwirklichung einen höheren Wert zu als die älteren Generationen. Mit der SEU-Theorie lässt sich diese Aussage wie folgt darstellen:

*Hypothese 2.1 (Inglehart-Hypothese)*

$$U_{S,alt} < U_{S,jung}$$

Bleibe noch die Frage nach der Bewertung der komplementären Folgen. Wie groß ist der Wert, aus dem Regierungshandeln der siegreichen Partei keinen Zuwachs an Macht, Wohlstand oder Selbstverwirklichung zu erzielen? Offenbar lässt sich aus der Interessentheorie über diesen Punkt keine Aussage gewinnen. Auch wäre es falsch aus der positiven Bewertung des Erhalts einer Einheit von *Macht*, *Wohlstand* oder *Selbstverwirklichung* auf eine negative Bewertung der komplementären Folgen zu schließen: die Bewertungen einer Handlungsfolge und ihrer komplementären Handlungsfolge sind grundsätzlich voneinander unabhängig.<sup>7</sup> Die Be-

---

<sup>7</sup> Dies wird an folgenden, zugegebenermaßen etwas drastischem Beispiel deutlich. Betrachtet werden die beiden Handlungsentscheidungen „Lottoteilnahme“ und „Bungee springen“. Bei der Lottoteilnahme geht es um den möglichen Gewinn des Jackpots. Diese Folge kann entweder eintreten oder nicht. Der Wert des Lottogewinns dürfte sehr hoch sein. Der Wert des komplementären Ereignisses – keinen Gewinn zu erhalten – ist deshalb aber nicht negativ. Er dürfte ungefähr 0 sein. Anders beim Bungee springen. Bei dieser *Sportart* geht es um die unmittelbare Befriedigung der Bedürfnisse nach sozialer Anerkennung (durch das Publikum) und physischem Wohlbefinden (durch die Produktion von Endorphinen). Diese positiv bewerteten Folgen treten ebenfalls entwe-

wertung des nicht Eintretens der erhofften Handlungsfolgen ist daher vollkommen unbekannt.

In dieser Situation erscheint es für das weitere Vorgehen am zweckmäßigsten, die entsprechenden Bewertungen auf Null zu setzen:

$$\begin{aligned} U_M &= 0 \\ U_W &= 0 \\ U_S &= 0 \end{aligned} \tag{2.12}$$

Es wird also behauptet, dass die Akteure der Folge keinen Zuwachs an Macht zu produzieren keinen Wert zumessen, dass die Akteure der Folge keinen Zuwachs an Wohlstand zu produzieren ebenfalls keinen Wert zumessen, und dass die Akteure der Folge keinen Zuwachs an Selbstverwirklichung zu erzielen ebenfalls keinen Wert zumessen. Einen theoretischen Grund für diese Annahme gibt es nicht. Nur den einen: Das Nullsetzen erleichtert die weitere Arbeit – wie sich gleich zeigen wird – erheblich.

### 2.2.3 Erwartungen

Unter den gegebenen Annahmen zum Alternativen- und Ergebnisraum hat der Erwartungsraum folgende Form:

$$\mathbf{P}_{\text{Wahl}} = \begin{pmatrix} p_{\text{CDU},M} & (1 - p_{\text{CDU},M}) & p_{\text{CDU},W} & (1 - p_{\text{CDU},W}) & p_{\text{CDU},S} & (1 - p_{\text{CDU},S}) \\ p_{\text{SPD},M} & (1 - p_{\text{SPD},M}) & p_{\text{SPD},W} & (1 - p_{\text{SPD},W}) & p_{\text{SPD},S} & (1 - p_{\text{SPD},S}) \\ p_{\text{FDP},M} & (1 - p_{\text{FDP},M}) & p_{\text{FDP},W} & (1 - p_{\text{FDP},W}) & p_{\text{FDP},S} & (1 - p_{\text{FDP},S}) \\ p_{\text{B90},M} & (1 - p_{\text{B90},M}) & p_{\text{B90},W} & (1 - p_{\text{B90},W}) & p_{\text{B90},S} & (1 - p_{\text{B90},S}) \end{pmatrix} \tag{2.13}$$

Dabei bezeichnet  $p_{\text{CDU},M}$  die Wahrscheinlichkeit, durch die Handlungsalternative „Wahl der CDU“ eine Einheit Macht zu produzieren. Der Wert  $p_{\text{CDU},W}$  bezeichnet die Wahrscheinlichkeit, durch die „Wahl der CDU“ eine Einheit *materiellen Wohlstand* zu produzieren,  $p_{\text{SPD},W}$  die entsprechende Wahrscheinlichkeit

---

der ein, oder sie treten nicht ein. Treten sie nicht ein, so kostet dies im wahrsten Sinne des Wortes das Leben – die Bewertung des komplementären Ereignisses dürfte demnach negativ sein.

der Handlungsalternative „Wahl der SPD“, usw. Da jede der drei Folgen entweder eintritt oder nicht eintritt beträgt die Wahrscheinlichkeit der komplementären Folgen jeweils  $1 - p$ . So beträgt die Wahrscheinlichkeit durch die Handlungsalternative „Wahl der CDU“ *keine* Einheit Macht zu produzieren  $(1 - p_{CDU,M})$  usw. Damit gilt folgende Beziehung: Je größer die Wahrscheinlichkeit durch die Wahl der CDU einen Machtzuwachs zu erzielen, desto kleiner die Wahrscheinlichkeit durch die Wahl der CDU *keinen* Machtzuwachs zu erzielen.

Die Wahrscheinlichkeiten des Eintritts einer der drei positiv bewerteten Folgen sind dagegen voneinander unabhängig. Es ist also gut möglich, dass eine hohe Wahrscheinlichkeit durch Wahl der CDU einen Zuwachs von Macht zu erzielen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit durch Wahl der CDU einen Zuwachs an Wohlstand und Selbstverwirklichung zu erzielen einhergeht. Als Konsequenz dieser Unabhängigkeit ergibt sich eine inhaltliche Vereinfachung, die hier zumindest Erwähnung finden soll: In der Realität führt ein Zuwachs von Macht durch die Ausnutzung der Machtinstrumente vermutlich auch zu einer höheren Wahrscheinlichkeit der Wohlstandsmehrung. Im Modell wird diese Möglichkeit nicht berücksichtigt.

Der Erwartungsraum  $\mathbf{P}_{\text{Wahl}}$  lässt sich auf Grund der Annahme aus Gleichung (2.12) kürzer schreiben. Dies wird deutlich, wenn man sich die Berechnung des Gewichteraums ( $\mathbf{EU}_{\text{Wahl}}$ ) gemäß Gleichung (2.5) vor Augen hält:

$$\begin{aligned} \mathbf{EU}_{\text{Wahl}} &= \mathbf{P}_{\text{Wahl}} \times \mathbf{U}_{\text{Wahl}} = \\ & \begin{pmatrix} p_{CDU,M} & (1 - p_{CDU,M}) & p_{CDU,W} & (1 - p_{CDU,W}) & p_{CDU,S} & (1 - p_{CDU,S}) \\ p_{SPD,M} & (1 - p_{SPD,M}) & p_{SPD,W} & (1 - p_{SPD,W}) & p_{SPD,S} & (1 - p_{SPD,S}) \\ p_{FDP,M} & (1 - p_{FDP,M}) & p_{FDP,W} & (1 - p_{FDP,W}) & p_{FDP,S} & (1 - p_{FDP,S}) \\ p_{B90,M} & (1 - p_{B90,M}) & p_{B90,W} & (1 - p_{B90,W}) & p_{B90,S} & (1 - p_{B90,S}) \end{pmatrix} \times \begin{pmatrix} U_M \\ 0 \\ U_W \\ 0 \\ U_S \\ 0 \end{pmatrix} \\ &= \begin{pmatrix} p_{CDU,M} & p_{CDU,W} & p_{CDU,S} \\ p_{SPD,M} & p_{SPD,W} & p_{SPD,S} \\ p_{FDP,M} & p_{FDP,W} & p_{FDP,S} \\ p_{B90,M} & p_{B90,W} & p_{B90,S} \end{pmatrix} \times \begin{pmatrix} U_M \\ U_W \\ U_S \end{pmatrix} \end{aligned}$$

Für die weitere Diskussion werden somit die jeweiligen komplementären Folgen von Macht, Wohlstand und Selbstverwirklichung sowie die ihnen zugeordneten Erwartungen nicht benötigt.

Zur Erklärung der Entscheidung zwischen den Parteien benötigt man Hypothesen über die Größe der Parameter in  $\mathbf{P}_{\text{Wahl}}$ . Auch für diese Hypothesen kann man



auf Aussagen der Interessentheorie zurückgreifen. Dies setzt allerdings vollständige Informiertheit der Individuen über die Parteien voraus, eine Annahme, die in vielen Fällen bestritten werden dürfte. Lockert man die Annahme der vollständigen Informiertheit, so lassen sich auch die Hypothesen des Interaktionsansatzes in das SEU-Modell integrieren.

### 2.2.3.1 Vollständige Informiertheit

In Abschnitt 1.2.3 wurden Konfliktstrukturen der Produktion von Macht, materiellem Wohlstand und Selbstverwirklichung abgegrenzt. Dabei handelte es sich um soziostrukturelle Gruppen, welche diese Ziele auf Grund ihrer spezifischen Lebenssituation mit unterschiedlichen Strategien verfolgen müssen *und* für die es politische Parteien gibt, die sie dabei unterstützen. Die Hypothese, eine bestimmte Partei betreibe eine Politik, welche sich günstig auf die Erreichung bestimmter Ziele auswirkt, ist gleichbedeutend mit der Behauptung, die Handlungsalternative „Wahl dieser Partei“ besitze eine hohe Wahrscheinlichkeit zur Produktion des jeweiligen Ziels. Ist den Akteuren der Zusammenhang zwischen der Politik der Parteien und den Chancen zur Erreichung ihrer Ziele *bekannt*, so können diese Konfliktstrukturen als Hypothesen über die Parameter in  $\mathbf{P}_{\text{Wahl}}$  aufgefasst werden.

Nach dem *Cleavage der Machtproduktion* (Hypothese 1.6 auf Seite 68) sind die Machtressourcen der Kapitaleigentümer zur Produktion von Macht in westlichen Industrienationen effektiv. Aus diesem Grund seien die Kapitaleigentümer an einer Erhaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung interessiert und präferierten mithin konservative Parteien. Die Effizienz des Humankapitals zur Produktion von Macht wurde dagegen als vergleichsweise ungünstig bezeichnet. Sie könne jedoch durch eine Politik gestärkt werden, welche die Organisationsfähigkeit der Arbeitnehmer stärkt oder die Effizienz des Kapitals als Machtressource schwächt. Ferner wurde behauptet, dass diese Politik in Deutschland am ehesten von den Parteien des linken Spektrums, insbesondere der SPD, vertreten würde.

Mit der SEU-Theorie lässt sich der *Cleavage der Machtproduktion* daher wie folgt darstellen:

#### Hypothese 2.2 (Cleavage der Machtproduktion)

$$\text{Kapitaleigentümer: } (p_{CDU,M} \wedge p_{FDP,M}) > (p_{B90,M} \wedge p_{SPD,M})$$

$$\text{Arbeitnehmer: } p_{SPD,M} > p_{B90,M} > (p_{CDU,M} \wedge p_{FDP,M})$$

Bei den Arbeitnehmern wurden die Grünen zwischen der SPD und den beiden *bürgerlichen* Parteien CDU und FDP angesiedelt. Die Grünen haben zwar eine

hohe Affinität zu traditionell linken politischen Zielen (Poguntke 1993: 11), die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen stehen bei den Grünen aber weniger im Vordergrund als bei der SPD.

Im Rahmen der Betrachtung der Konfliktstrukturen der Wohlstandsproduktion (Abschnitt 1.2.3.3) wurde festgestellt, dass Menschen in einer Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehung eher von Parteien profitieren, welche eine sozialistische oder interventionistische Politik betreiben (Hypothese 1.7 auf Seite 71). Ein solche Politik würde in Deutschland am ehesten von der SPD vertreten. In Begriffen der SEU-Theorie bedeutet dies, dass die Wahl der SPD mit einer höheren Wahrscheinlichkeit materiellen Wohlstand produziert als die Wahl von FDP oder CDU. Die Bündnisgrünen dürften aus denselben Gründen wie bei Hypothese 2.2 eine Zwischenposition einnehmen:

*Hypothese 2.3 (Erwartungen Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung)*

$$p_{SPD,W} > p_{B90,W} > (p_{CDU,W} \wedge p_{FDP,W})$$

Gemäß Hypothese 1.8 auf Seite 72 werden Selbständige und Arbeitgeber dagegen eher von der Politik der CDU oder FDP profitieren:

*Hypothese 2.4 (Erwartungen Selbständige)*

$$(p_{CDU,W} \wedge p_{FDP,W}) > (p_{SPD,W} \wedge p_{B90,W})$$

Wie in Abschnitt 1.2.3.3 dargelegt, besteht Uneinigkeit darüber, von welcher Art von Politik die Angehörigen der Dienstklasse profitieren. Empirisch gut bestätigt scheinen die Vermutungen von Walter Müller (1998), nach denen innerhalb der Dienstklasse zwischen Administrativen Diensten, Experten und Sozialen Diensten zu unterscheiden ist. Nach seinen Vermutungen müssten die Erwartungen zur Produktion von Wohlstand für die Administrativen Dienste denen der Selbständigen entsprechen (Hypothese 2.4). Die entsprechenden Erwartungen der sozialen Dienste sollten dagegen eher denen der Beschäftigten in Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen entsprechen (Hypothese 2.3).

Keine eindeutige Aussage wurde für die Beschäftigten mit gemischten Beschäftigungsbeziehungen („Mischtypen“) und für die Experten im Technik- und Ingenieurwesen („Experten“) getroffen. Nach der „Konservatismus-Hypothese“ von John Goldthorpe (1982)<sup>8</sup> sollten die Experten ebenfalls Erwartungen nach

---

<sup>8</sup> Siehe hierzu Seite 72.

dem Muster der Selbständigen und Arbeitgeber aufweisen (Hypothese 2.4 auf der vorherigen Seite). Allerdings geht auch Goldthorpe bislang davon aus, dass der Klassenbildungsprozess der Dienstklasse insgesamt noch nicht abgeschlossen ist. Aus diesem Grund scheinen für die Experten und Mischtypen keine spezifischen Hypothesen über den Erwartungsraum möglich.

Als weitere Konfliktstruktur bei der Produktion von materiellem Wohlstand wurde in Abschnitt 1.2.3.3 der Erwerbsstatus genannt. Dabei wurden mögliche Unterschiede in den Interessenlagen von Arbeitslosen und Erwerbstätigen aufgezeigt. Die theoretischen Hypothesen über die Interessenlagen waren jedoch uneinheitlich. Nach der *Anti-Regierungshypothese* (Hypothese 1.10 auf Seite 74) werden die Interessen der Arbeitslosen durch die jeweilige Oppositionspartei vertreten. Nach der *Klientel-Hypothese* (Hypothese 1.11 auf Seite 74) werden die Interessen der Arbeitslosen durch dieselbe Partei vertreten, welche die Interessen des jeweiligen Arbeitslosen vor der Arbeitslosigkeit vertreten hat. Empirische Analysen der beiden Hypothesen erbrachten bislang keine klare Entscheidung zwischen beiden Vermutungen (Büchel und Falter 1994).

Die theoretisch wie empirisch unentschiedenen Aussagen zu den Interessenlagen der Arbeitslosen erschweren die Integration der Konfliktstruktur des Erwerbsstatus in dem hier gewählten theoretischen Rahmen. Für eine Integration müsste notwendigerweise davon ausgegangen werden, dass die arbeitslosen Akteure *wissen*, welche Partei ihnen in ihrer Situation den größten Nutzen verschafft. Es fällt jedoch schwer, diese Annahme aufrecht zu erhalten, wenn schon die sozialwissenschaftliche Theorie keine eindeutige Entscheidung trifft. Eine formale Darstellung der Integration der Konfliktstruktur des Erwerbsstatus soll darum hier nicht vorgenommen werden.

Nach dem *Cleavage der Selbstverwirklichung* (Hypothese 1.14 auf Seite 78) profitieren höher Gebildete vergleichsweise stark von der Politik von Bündnis 90/Die Grünen. Der Erwartungsraum Hochgebildeter wäre demnach durch folgendes Muster gekennzeichnet:

*Hypothese 2.5 (Cleavage der Selbstverwirklichung)*

$$p_{B90,S} > (p_{CDU,S} \wedge p_{SPD,W} \wedge p_{FDP})$$

Blieben schließlich die Konfliktstrukturen bei der Definition der gesellschaftlichen Tiefenstruktur. Nach der in Abschnitt 1.2.3.5 dargelegten Argumentation sollten ältere Personen die gültige Tiefenstruktur einer Gesellschaft erhalten, während die Jüngeren auf Veränderungen drängen. Ältere Personen sollten darum eher konservative Parteien präferieren. Da dies unabhängig von den konkreten Folgen ist,

kann diese Konfliktstruktur hier vernachlässigt werden. Sie hat lediglich zur Folge, dass der gesamte Erwartungsraum der älteren Personen gegenüber den jüngeren in Richtung der bürgerlichen Parteien verschoben ist.

Mit den hier aufgeführten Hypothesen lassen sich acht soziostrukturelle Gruppen mit unterschiedlichen Erwartungsräumen identifizieren. Die spezifischen Annahmen über diese Erwartungsräume wurden in Tabelle 2.1 zusammengefasst. Durch die Multiplikation des jeweiligen Erwartungsraums mit dem Bewertungsraum ergeben sich entsprechend unterschiedliche Gewichteräume. Da sich die Bewertungsräume zwischen jüngeren und älteren Kohorten unterscheiden, ergeben sich für jeden Erwartungsraum jeweils zwei Gewichteräume – einen für die jüngere und einen für die ältere Generation. Insgesamt erhält man demnach 16 unterschiedliche Gewichteräume. Sie geben darüber Auskunft, welche Wahlentscheidung den Nutzen der Personen mit den entsprechenden soziostrukturellen Merkmalen maximiert.

Eine genaue Vorhersage, welche Partei gewählt wird, kann mit den unterschiedlichen Gewichteräumen allerdings nicht erfolgen. Die Prognose der Handlungsentscheidung hängt von den konkreten Werten für die Erwartungen und Bewertungen ab. Über diese werden keine hinreichend konkreten Annahmen gemacht. Damit bleibt zunächst offen, ob der demokratische Klassenkampf mit den vorliegenden Annahmen erklärbar wird. Eine naheliegende Möglichkeit ist es jedoch, die exakten Werte der Erwartungen – abgesehen von den hier aufgestellten Hypothesen – als zufällig zu betrachten und den Prozess der Entstehung des demokratischen Klassenkampfes unter den gegebenen Annahmen zu simulieren. Eine derartige Analyse wird in Kapitel 4 dieser Arbeit vorgenommen.

#### 2.2.3.2 *Unvollständige Informiertheit*

Im vorangegangenen Abschnitt wurden Aussagen über die Wahrscheinlichkeiten gemacht, mit denen Handlungsfolgen in Abhängigkeit von Handlungsalternativen eintreten. Diese Aussagen basierten auf Hypothesen der Interessentheorie. Es handelt sich dabei nicht um die *subjektiven* Erwartungen mit denen die Individuen ihre Entscheidungen treffen, sondern um Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. Wenn die Sozialwissenschaftler mit ihren Vermutungen richtig liegen handelt es sich um die objektiven Erwartungen, oder, um einen geläufigeren Begriff zu verwenden: um die „objektiven Interessenlagen“.

Zur Erklärung des Wahlverhaltens mit den Aussagen der Interessentheorie müssen die Akteure ihre objektiven Interessenlagen *kennen*. Anders formuliert: die Akteure müssen vollständig informiert sein. Realistischer scheint es von unvollständiger Informiertheit der Akteure auszugehen. In diesem Fall müssen die

Klasse	Gruppe	Bildung	Wahrscheinlichkeit, durch die Wahl von Partei . . . das angegebene Ziel zu erreichen	
			Macht	Selbstverwirklichung
Arbeitgeber	hoch		$(p_{CDU} \wedge p_{FDP}) > (p_{B90} \wedge p_{SPD})$	$p_{B90} > (p_{CDU} \wedge p_{SPD} \wedge p_{FDP})$
	niedrig			-
Admin. Dienste	hoch			$(p_{CDU} \wedge p_{FDP}) > (p_{SPD} \wedge p_{B90})$
	niedrig			$p_{B90} > (p_{CDU} \wedge p_{SPD} \wedge p_{FDP})$
Experten	hoch			
	niedrig		$p_{SPD} > p_{B90} > (p_{CDU} \wedge p_{FDP})$	$p_{B90} > (p_{CDU} \wedge p_{SPD} \wedge p_{FDP})$
Soziale Dienste Arbeiter	hoch			$p_{SPD} > p_{B90} > (p_{CDU} \wedge p_{FDP})$
	niedrig			-

Tabelle 2.1: objektiven Interessenlagen soziostruktureller Gruppen

Akteure zunächst entscheiden, ob sie weitere Informationen beschaffen wollen oder nicht.

Gemäß Gleichung (2.8) auf Seite 93 werden sie dies tun, wenn

- der Nutzen aus einer informierten Handlungsentscheidung viel höher ist als derjenige ohne Informationsbeschaffung,
- die Informationskosten gering sind,
- oder die Wahrscheinlichkeiten, über die man sich informieren möchte, nicht als sehr klein eingeschätzt werden.

Bei politischen Wahlen ist die Situation zunächst trivial. Der Nutzen der Wahlentscheidung resultiert aus dem anschließenden Regierungshandeln der siegreichen Partei(en). Die Stimme eines einzelnen Akteurs entscheidet nicht über Sieg oder Niederlage. Der erwartete Nutzen aus der Entscheidung zwischen den Parteien bleibt deshalb mit oder ohne Informationsbeschaffung der Gleiche. Formal beträgt der erwartete Nutzen der Handlungsalternative „Beschaffung der Information“ in Gleichung (2.6) damit

$$EU(A_{\text{Inform}}) = EU(A_{\text{Verzicht}}) - C . \quad (2.14)$$

In diesem Fall werden Informationen beschafft wenn  $0 > C$  ist, d. h. normalerweise werden keine zusätzlichen Informationen beschafft.

Allerdings gibt es zwei Gründe, warum möglicherweise doch weitere Informationen eingeholt werden. Die erste Möglichkeit sind Informationen, deren Informationskosten Null sind. In diesem Fall würde  $C$  ebenfalls Null; damit wäre kein Grund vorhanden, die entsprechenden Informationen nicht zu nutzen. Informationen, die aus sozialen Kontakten hervorgehen, stellen möglicherweise solche *Zero-Cost*-Informationen dar. Sie müssen nicht aktiv beschafft werden, sondern fallen in Gesprächen mit politischem Inhalt automatisch an. Mehr noch: Die Vermeidung dieser Informationen verursacht möglicherweise Kosten, die sich aus dem hierzu notwendigen Abbruch der Gespräche ergeben. Somit ist es wahrscheinlich, dass die Menschen diese Informationen für ihre Hypothesen über die Erwartungen verwenden. Anders formuliert: die Menschen werden in sozialen Kontakten von anderen *beeinflusst*.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Dieselbe Argumentation findet sich auch im Rahmen der ökonomischen Theorie der Politik von Anthony Downs (1968: 68):

Der zweite Grund weshalb politische Informationen eingeholt werden, könnte in den Präferenzordnungen der Akteure bestehen. Oben (Abschnitt 2.1) wurden darauf hingewiesen, dass diejenigen Güter, Ressourcen und Objekte, die von den Akteuren zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse verwendet werden, individuell verschieden sind. Die konkrete Präferenzordnung würde erlernt und welche Güter Teil der Präferenzordnungen sind sei eine Konsequenz der individuellen Lerngeschichten. Die Sammlung von politischen Informationen könnte in diesem Sinne von einem Teil der Bevölkerung als unmittelbar bedürfnisbefriedigend erlebt werden, oder zumindest als Ressource zur Produktion von bedürfnisbefriedigenden Gütern verwendet werden. Im Folgenden sollen Personen, bei denen das Ansammeln politischer Informationen zur Präferenzordnung gehört als „politisch Interessierte“ bezeichnet werden.

Bei politisch Interessierten ist die Sammlung politischer Informationen als positiv bewertete Folge bei Handlungsentscheidungen wie z. B. der Auswahl von Kommunikationspartnern oder dem Medienverhalten anzusehen. Bei derartigen Handlungsentscheidungen besteht mithin die Tendenz, diejenige Handlungsalternative zu bevorzugen, welche mit einer größeren Wahrscheinlichkeit einen Zuwachs an politischer Informiertheit erbringt. Dies gilt auch für die Entscheidung, bei einer politischen Wahl weitere Informationen zu beschaffen. Bei den politisch Interessierten wird Gleichung (2.14) durch  $U_{O_{\text{Inform}}}$ , den sicher erzielten positiven Nutzen der politischen Information, ergänzt:

$$EU(A_{\text{Inform}}) = EU(A_{\text{Verzicht}}) - C + U_{O_{\text{Inform}}} . \quad (2.15)$$

---

„Solange wir unsere ursprüngliche Annahme, es herrsche Gewissheit, beibehalten, ist es undenkbar, dass ein Bürger die Wahlentscheidung eines anderen beeinflusst. Jeder weiß, was ihm den größten Vorteil brächte, was die Regierung tut und was die anderen Parteien tun würden, wenn sie an der Macht wären. Daher führt die Struktur seiner politischen Vorlieben, die wir als Datum annehmen, unmittelbar zu einer unzweideutigen Wahlentscheidung. Solange der Wähler rational bleibt, kann keine Überredungskunst ihn zu einer Meinungsänderung bringen. (...) Sobald aber Ungewissheit auftritt, verdunkelt der Mangel an Wissen den klar sichtbaren Weg von der Struktur der Vorlieben zur Wahlentscheidung. Für manche Wähler liegt die Entscheidung weiterhin auf der Hand: sie wünschen den Sieg einer bestimmten Partei, weil deren Politik offensichtlich die größten Vorteile bringt. Andere dagegen sind sehr im ungewissen darüber, welche Partei sie vorziehen. Sie wissen nicht mit Bestimmtheit, in was für einer Situation sie sich befinden und wie es ihnen ergehen würde, wenn eine andere Partei an der Macht wäre. Sie benötigen weitere Fakten, um zu einer klaren Präferenz zu gelangen. Dadurch dass sie diese Fakten liefern, finden jene Bürger, die andere überreden wollen, eine Wirkungsmöglichkeit.“

In diesem Fall werden Informationen beschafft wenn  $U_{O_{\text{Inform}}} > C$  ist. Das bedeutet, politische Interessierte holen – sofern die Informationskosten nicht zu hoch sind – bei Unsicherheit über den Erwartungsraum weitere Informationen ein, und zwar auch dann, wenn sich aus der konkreten Entscheidung bei der politischen Wahl kein unmittelbarer Nutzen aus einer informierten Handlungsentscheidung ergibt. Wenn die von den politisch interessierten Menschen beschafften Informationen nicht vollkommen wertlos sind, sollte der Erwartungsraum politisch interessierter Akteure in etwa demjenigen bei vollständiger Informiertheit entsprechen. Die Erklärung des demokratischen Klassenkampfes für die politisch Interessierten basiert mithin auf den Argumenten der Interessentheorie.

Nicht politisch interessierte Akteure holen politische Informationen dagegen nur dann ein, wenn die Informationen kostenlos sind. Solche kostenlosen Informationen werden in sozialen Kontakten weitergegeben. Trifft die *Like-Me*-Hypothese zu, stammen die Informationen der politisch nicht Interessierten vorwiegend von den Personen derselben soziostrukturellen Position.

Dies entspricht der Argumentation des Interaktionsansatzes. Wie in Abschnitt 1.1 dargestellt, ergibt sich aus dem Interaktionsansatz keine vollständige Erklärung des demokratischen Klassenkampfes. Vollständig könnte diese Erklärung werden, wenn die Annahmen des *Structural-Equivalence*-Modells (Abschnitt 1.1.3.1) gelten. Diese setzen jedoch ebenfalls ein gewisses Maß an politischer Informiertheit voraus. Eine weitere Möglichkeit ergibt sich, wenn Kontakte mit politischem Inhalt vorwiegend unter Beteiligung politisch Interessierter stattfinden. Da politisch Interessierte die „wahren“ Wahrscheinlichkeiten kennen, werden sie die weniger Interessierten mit eben diesen Informationen versorgen. Die politisch Interessierten würden so die weniger Interessierten in Richtung des demokratischen Klassenkampfes beeinflussen.

Die Konsequenzen unvollständiger Informiertheit der Akteure lassen sich in folgenden Hypothesen zusammenfassen.

*Hypothese 2.6 (Two-Step-Flow of Communication)*

1. *Der Erwartungsraum politisch interessierter Menschen entspricht dem Erwartungsraum bei vollständiger Informiertheit.*
2. *Der Erwartungsraum politisch nicht interessierter Menschen wird mit Informationen gebildet, die sie in sozialen Kontakten erhalten.*

Die Hypothesen wurden mit dem Begriff „Two-Step-Flow of Communication“ gekennzeichnet, weil die Argumentation stark der Hypothese des *Two-Step-Flow of Communications* ähnelt. Nach dieser Hypothese fließen politische Informationen



von so genannten Meinungsführern zu den *Rank-And-File*-Wählern (Berelson, Lazarsfeld und McPhee 1954: 109–114). Ebenfalls eng verwandt ist das „Konzept der politisierten Sozialstruktur“ (Pappi 1973a; Pappi 1976; Pappi 1979). In diesem Konzept werden gesellschaftliche Konflikte durch die Eliten aktualisiert oder neu interpretiert. Die Eliten beeinflussen so das Wahlverhalten der übrigen Bevölkerung.<sup>10</sup> Im vorliegenden Modell übernehmen die *politisch Interessierten* diese Rolle.

#### 2.2.4 Langfristig wirksame Faktoren

Die Reformulierung der Theorien des demokratischen Klassenkampfes ging bislang davon aus, dass die Individuen bei jeder konkreten politischen Wahl die Nutzenerwartungen der Handlungsalternativen neu berechnen. Die Entscheidung eines Akteurs spiegelt so die situationalen Bedingungen zum Zeitpunkt der konkreten Wahl wider. Dem widerspricht die Vorstellung des Identifikationsansatzes, nach der eine konkrete Wahlentscheidung zumindest zum Teil auf Einflussfaktoren beruht, welche weiter zurück liegen. Derartige, zeitlich zurückliegende und auf aktuelle Entscheidungen nachwirkende Faktoren wurden in Abschnitt 1.3 als „langfristig wirksam“ bezeichnet. Im Folgenden soll versucht werden, diese langfristig wirksamen Einflussfaktoren in die Reformulierung der Theorien des demokratischen Klassenkampfes aufzunehmen.

Die SEU-Theorie lässt als Ursachen von Handlungsentscheidungen lediglich Bewertungen und Erwartungen zu. Langfristig wirksame Faktoren müssen darum entweder in den aktuellen Bewertungsraum oder in den aktuellen Erwartungsraum eingegangen sein. Denkbar erscheint insbesondere die zweite Möglichkeit.

Auf Grund der Informationskosten wäre es rational, auf die Beschaffung aktueller Informationen zu verzichten und die Entscheidung zwischen den Parteien auf den Informationen aufzubauen, die bereits vorliegen. Die aktuelle Handlungsentscheidung würde dann auf einem Erwartungsraum aus der Vergangenheit basieren. Allerdings wurde oben dargelegt, dass Informationen aus sozialen Kontakten immer beschafft werden, und dass politisch Interessierte darüber hinaus weitere aktuelle Informationen beschaffen. Zur Erklärung eines langfristig wirkenden Faktors müssen darum Bedingungen angegeben werden, unter denen auf die Nutzung dieser aktuellen Informationen verzichtet wird. Diese ergeben sich, wenn man die Nutzenerwartungen der Entscheidung mit und ohne Verwendung aktueller zusätzlicher Informationen vergleicht.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Zur Rolle der Eliten siehe auch Rohe (1992), Klingemann und Steinwede (1993) bzw. Best (1989).

Zwischen dem Verzicht auf aktuelle Informationen und ihrer Nutzung besteht ein bedeutender Unterschied. Im Falle des Verzichts auf die aktuellen Informationen können die Akteure auf die Kalkulation der Nutzenerwartungen verzichten und einfach diejenige Handlung ausführen, welche sie in der Vergangenheit in vergleichbaren Situationen ausgeführt haben. Der Nutzen dieser nicht weiter reflektierten Handlung entspricht der Bewertung aller (mit Sicherheit erwarteten) Folgen der Handlungsweise in der Vergangenheit:

$$EU(A_{\text{Verg.}}) = U_{O_{\text{Verg.}}} \quad (2.16)$$

Bei Nutzung der aktuellen Information kennt der Akteur die Nutzenerwartung noch nicht. Diese müssen zunächst auf Basis der neuen Informationen neu *kalkuliert* werden. Möglicherweise kommt der Akteur bei dieser Neukalkulation zu einer neuen Entscheidung mit höherer Nutzenerwartung, möglicherweise wird er jedoch zum selben Ergebnis kommen wie ohne die Handlungskalkulation. Bei der Entscheidung, ob die eigentliche Handlungsentscheidung auf Basis der aktuellen Information neu kalkuliert wird, sind damit zwei mögliche Folgen zu berücksichtigen: Die Folge, dass eine neue Entscheidung getroffen wird ( $O_{\text{Neu}}$ ) und die Folge, dass die übliche Entscheidung getroffen wird ( $O_{\text{Verg.}}$ ). Wenn  $C$  die Kosten der Handlungskalkulation darstellen, so entspricht der erwartete Nutzen der Neukalkulation:

$$EU(A_{\text{Neu}}) = pU_{O_{\text{Neu}}} + (1 - p)U_{O_{\text{Verg.}}} - C \quad (2.17)$$

Gemäß der SEU-Theorie beruht die aktuelle Entscheidung zwischen den Parteien bei politischen Wahlen mithin genau dann auf aktuellen Informationen, wenn  $EU(A_{\text{Neu}}) > EU(A_{\text{Verg.}})$ . Die ist der Fall, wenn

$$U_{O_{\text{Neu}}} - U_{O_{\text{Verg.}}} > C/p \quad (2.18)$$

ist. Damit werden Handlungen dann neu kalkuliert, wenn

- die Differenz zwischen dem Nutzen einer neu kalkulierten Handlung und der bisher durchgeführten Handlung als groß eingeschätzt wird, *oder*
- die Kosten der Handlungskalkulation relativ klein sind, *und*
- die Wahrscheinlichkeit, dass eine neue Entscheidung getroffen wird, als groß eingeschätzt wird.

---

11 Vgl. hierzu die Argumentation von Hartmut Esser (1999: 282–286).

Bezüglich politischer Wahlen gilt dabei wieder, was bereits bei der Entscheidung über die Informationsbeschaffung gesagt wurde: Der Nutzen aus der (neu kalkulierten oder üblichen) Handlungsweise resultiert aus dem politischen Handeln der siegreichen Partei. Da die einzelne Wahlentscheidung eines Wählers nicht über Sieg oder Niederlage der Parteien entscheidet, ist die Differenz zwischen einer neu kalkulierten und der bisher durchgeführten Handlung stets Null. Die Neukalkulation der Handlung müsste darum normalerweise unterbleiben:

*Hypothese 2.7 (Kalkulationskosten-Hypothese)*

*Entscheidungen zwischen politischen Parteien sind stabil.*

Träfe diese Hypothese zu, würden aktuelle Informationen zwar beschafft, aber nicht zur Kalkulation von aktuellen Handlungsentscheidungen herangezogen werden. Der aktuell beobachtbare demokratische Klassenkampf würde mithin auf der ersten Entscheidung zwischen den Parteien beruhen. Die Brückenhypothesen über die *aktuellen* Bewertungen und Erwartungen würden dann keine Rolle spielen.

Bei der aufgezeigten Konstellation ist eine Neukalkulation der Handlung und damit eine Änderung einer früheren Wahlentscheidung eigentlich nur dann denkbar, wenn die Kosten der Handlungskalkulation Null sind. Ein solcher Fall könnte eintreten, wenn die Nutzenerwartungen der einzelnen Handlungsalternativen nicht vom Akteur selbst kalkuliert werden, sondern das Ergebnis dieser Kalkulation von Anderen übernommen wird. Ein solches Verhalten könnte sich dann als rational erweisen, wenn sich der Akteur relativ sicher sein darf, dass die Nutzenerwartungen des Anderen seinen eigenen entsprechen. Dies dürfte umso eher der Fall sein, je ähnlicher der Andere dem jeweiligen Akteur ist. Insbesondere auf Grund der Informationen von Personen aus demselben Haushalts dürfte es mithin zu dieser Art der Neukalkulation einer Handlung kommen:

*Hypothese 2.8 (Structural-Equivalence)*

*Wahlentscheidungen von Ego werden neu kalkuliert, wenn er Informationen eines sehr ähnlichen Anderen erhält.*

Die Hypothese wird mit dem Begriff *Structural-Equivalence* gekennzeichnet, weil sie im Wesentlichen dem *Structural-Equivalence-Modell* von Burt (1987) entspricht (vgl. Abschnitt 1.1.3.1).

Es sollte betont werden, dass bezüglich der Informationsquellen Unterschiede zwischen politisch Interessierten und politisch nicht Interessierten bestehen dürften. Auf Grund der Informationskosten entspringen die Informationen der politisch

nicht Interessierten in erster Linie aus direkten sozialen Kontakten, die des politisch Interessierten dagegen möglicherweise auch aus Medienberichten über ihm sehr ähnliche Personen.

Sind die Kosten der Kalkulation von EU-Werten größer als Null, so kann eine Neukalkulation nur dann stattfinden, wenn man von einer gewissen Differenz in der Bewertung der relevanten Handlungsfolgen ausgeht. Eine solche Differenz könnte sich z. B. ergeben, weil das Gewicht der eigenen Stimme bei politischen Wahlen nicht richtig eingeschätzt wird. Unter diesen Umständen ist vor allem die Wahrscheinlichkeit von Interesse, mit der eine Neukalkulation zu einer neuen Handlungsentscheidung führt. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Neukalkulation zu einer neuen Entscheidung führt, ist eine Funktion des Erwartungsraums. Wenn neue Informationen über die Wahrscheinlichkeit, durch die Wahl einer bestimmten Partei zu erwünschten Folgen zu kommen, eintreffen, so ändert sich der Erwartungsraum. Je größer die Änderung des Erwartungsraums, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, zu einer neuen Handlungsentscheidung zu kommen.

Eine nennenswerte Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Neukalkulation eine andere Handlungsentscheidung erbringt, ergibt sich nur, wenn die aktuellen Informationen den bisherigen widersprechen. Im Falle von sich widersprechenden Informationen wird ein Akteur entweder nur eine der beiden Informationen für richtig erachten oder *unsicher* werden.

Wenn sich die Unsicherheit erhöht, ergibt sich eine Tendenz zur Beschaffung weiterer Informationen. Wenn diese Informationen nicht beschafft werden, bleibt es beim bisher ausgeführten Verhalten. Werden die zusätzlichen Informationen beschafft, etwa weil sie aus sozialen Kontakten entspringen oder die Akteure politisch interessiert sind, so hängt es von der Art dieser Informationen ab, ob es zu einer Neukalkulation der Handlung kommt oder nicht. Nur wenn die neuen Informationen beständig die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass eine bessere Handlungsalternative gefunden werden kann, wird es irgendwann zu einer neuen Handlungskalkulation kommen. Eine Änderung der in der Vergangenheit kalkulierten Verhaltensweise wird somit – wenn überhaupt – nur allmählich stattfinden. Die Entstehungsgründe des alten Erwartungsraums wären in diesem Fall als langfristig wirksam – wenn auch nicht völlig unabänderlich – zu betrachten.

Diese Argumentation lässt sich in folgender Hypothese zusammenfassen:

*Hypothese 2.9*

*Wenn ein Akteur aktuelle Informationen erhält, die seinen bisherigen Erwartungen widersprechen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass nach einer gewissen Zeit eine neue Handlungsentscheidung getroffen wird.*

Diese Hypothese ist betont zurückhaltend formuliert. Durch aktuelle, den alten Informationen widersprechende Informationen ergibt sich nicht automatisch eine neue Handlungsentscheidung, und in jedem Fall wird sich die neue Handlungsentscheidung erst allmählich einstellen. Ob es dazu kommt oder nicht, hängt letztlich von den weiteren Informationen ab, die als Folge der erhöhten Unsicherheit eingeholt werden. Wieder werden die neuen Informationen bei politisch nicht Interessierten in erster Linie aus sozialen Kontakten entspringen, bei politisch Interessierten auch aus anderen Informationsquellen.

### 2.3 Exkurs: Messtheorie der Parteipräferenz

Die in diesem Abschnitt abgeleiteten Hypothesen beziehen sich auf die Nutzenerwartungen der Handlungsalternativen bei politischen Wahlen. Mit standardisierten Bevölkerungsumfragen können zwei Typen von Indikatoren für diese Nutzenerwartungen ermittelt werden. Der erste Typ von Fragen zielt auf das tatsächlich erfolgte oder geplante Wahlverhalten. Der zweite Typ ermittelt eine allgemeine politische Einstellung, welche eng mit dem Wahlverhalten zusammenhängt. Innerhalb des zweiten Typs, der hier als „Parteipräferenz“ bezeichnet wird, lassen sich stabile und instabile Indikatoren unterscheiden. Ein Teil der Indikatoren bezieht sich auf eine langfristige Bindung an eine bestimmte Partei, die so genannte „Parteiidentifikation“. Andere Indikatoren werden als Momentaufnahme der aktuellen Parteipräferenz aufgefasst. Die Eigenschaften der verschiedenen Indikatoren der Parteipräferenz sind von zentraler Bedeutung für alle nachfolgenden Analysen. Sie sollen darum an dieser Stelle etwas ausführlicher beschrieben werden.

Die Eigenschaften der Indikatoren der Parteipräferenz lassen sich mit dem Pfaddiagramm in Abbildung 2.1 auf der nächsten Seite veranschaulichen. Das Diagramm zeigt mögliche Einflussströme der objektiven Interessenlage auf aktuelle Werte verschiedener Indikatoren der Nutzenerwartung. Zur Diskussion der Eigenschaften der Indikatoren werden die Stärken der Einflussströme als standardisierte Pfadkoeffizienten aufgefasst und mit den Buchstaben *a* bis *g* bezeichnet.<sup>12</sup> Die standardisierten Pfadkoeffizienten sowie das Pfaddiagramm insgesamt dient hier lediglich als Hilfsmittel zur Darstellung der Eigenschaften der Indikatoren. Eine empirische Überprüfung des Pfadmodells wird nicht angestrebt.

---

12 Zur Interpretation von Pfaddiagrammen vgl. einführend Loehlin (1992). Grundlegend: Bollen (1989).

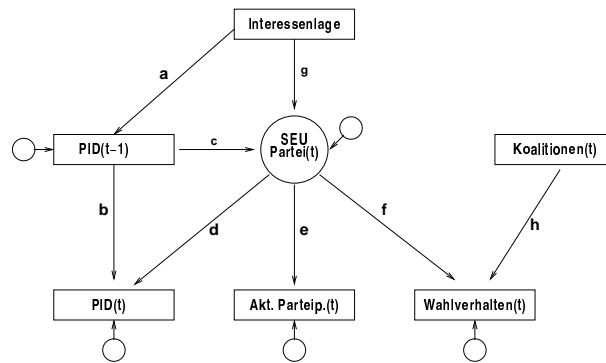


Abbildung 2.1: Indikatoren der Parteipräferenz

Gemäß der Interessentheorie beeinflusst die Interessenlage die Nutzenerwartung der Handlungsalternativen bei politischen Wahlen. Diese Vermutung wird im Pfaddiagramm durch den mit  $g$  bezeichneten Pfeil wiedergegeben. Neben der Interessenlage wird die Nutzenerwartung der Parteien durch zahlreiche weitere Einflüsse geprägt. Zu diesen weiteren Einflüssen gehören z. B. die *Issue*- und Kandidatenorientierung (Campbell, Converse, Miller und Stokes 1960) oder die Beurteilung des vergangenen politischen Handelns der Parteien (Fiorina 1981). Im Pfadmodell werden all diese Einflüsse durch einen Fehlerterm wiedergegeben. Dies ist gerechtfertigt, da es im Rahmen der vorliegenden Arbeit stets um den *gesamten* Einfluss der Interessenlage geht. Hierzu gehören auch etwa vorhandene *indirekte Effekte*, die von der Interessenlage ausgehend über die nicht beobachteten Einflüsse des Fehlerterms verlaufen. Bleiben die angesprochenen Einflussfaktoren unbeobachtet, werden diese indirekten Effekte dem Pfadkoeffizienten  $g$  zugerechnet. Nur wenn der Fehlerterm Faktoren enthält, die der Interessenlage kausal vorgeordnet sind, werden  $g$  auch so genannte „Scheineffekte“ zugerechnet.

Ein Scheineffekt könnte aus der Sozialisation der Heranwachsenden durch das Elternhaus entstehen. Diese Sozialisation könnte sowohl die Berufswahl der Heranwachsenden als auch die politischen Einstellungen beeinflussen. Im Folgenden soll der mögliche Scheineffekt in  $g$  ausgeklammert werden. In empirischen Analysen muss er durch geeignete Maßnahmen kontrolliert werden.

Nur ein indirekter Effekt der Interessenlage auf die Nutzenerwartung wurde im Pfadmodell explizit aufgenommen: derjenige, der über die Parteiidentifikation zum vergangenen Zeitpunkt  $t - 1$  verläuft. Der Wert dieses indirekten Effekts

beträgt  $a \times c$ , der gesamte kausale Effekt der Interessenlage ist mithin  $g + ac$ . Der indirekte Effekt musste aufgenommen werden, da die Parteiidentifikation zum Zeitpunkt  $t - 1$  in einem besonderen Verhältnis zu einem der Indikatoren für die Nutzenerwartung steht.

Im Pfaddiagramm gilt die Nutzenerwartung der Parteien grundsätzlich als nicht beobachtbar. Beobachtbar sind lediglich drei Indikatoren: die Parteiidentifikation, die augenblickliche Parteipräferenz und das Wahlverhalten. Der erste Indikator ist die Parteiidentifikation. Hierunter wird eine langfristig stabile, jedoch nicht grundsätzlich unveränderliche Neigung zu einer politischen Partei verstanden (Pappi 1994; Fiorina 1981; Markus 1979; Jackson 1975). Im Pfadmodell wird die Stabilität der Parteiidentifikation durch den Einfluss der vorangegangenen Parteiidentifikation auf die aktuelle Parteiidentifikation wiedergegeben (Pfad  $b$ ). Auf diese Weise wird eine gewisse *Trägheit* der Parteiidentifikation unterstellt. Die Möglichkeit einer Veränderung der Parteiidentifikation ergibt sich im Wesentlichen aus dem zusätzlichen Einfluss der aktuellen Nutzenerwartung auf die aktuelle Parteiidentifikation (Pfad  $d$ ). Je nach Wert der Nutzenerwartungen können diese die Parteiidentifikation ändern oder bestärken. Die Parteiidentifikation kann nach diesem Modell stabil sein, weil sie *träge* ist und/oder weil die aktuellen Kalkulationen der Nutzenerwartung die Parteiidentifikation immer wieder bestärken.

Unabhängig davon dürfte die vergangene Parteiidentifikation ebenfalls die aktuellen Nutzenerwartungen der Akteure beeinflussen. Aus diesem Grund wurde der Pfeil  $c$  in das Pfadmodell aufgenommen.

Der zweite Indikator ist die aktuelle Parteipräferenz. Sie hängt mit der Parteiidentifikation nur indirekt zusammen. Im Pfaddiagramm wird sie darum von den Nutzenerwartungen (und einem Fehlerterm) beeinflusst.

Der dritte Indikator ist das tatsächliche Wahlverhalten. Im Pfaddiagramm wurde dabei berücksichtigt, dass nach der Kalkulation der Nutzenerwartungen möglicherweise noch taktische Erwägungen der Akteure stattfinden (Pappi 1994). In einem Mehrparteiensystem wie dem der Bundesrepublik können die Akteure der ihnen *nützlichsten* Partei durch Wahl einer anderen Partei zum Sieg verhelfen. So können die Akteure der SPD dadurch zum Sieg verhelfen, dass sie Bündnis 90/Die Grünen über die 5-Prozent-Hürde heben, usw. Natürlich lassen sich diese taktischen Erwägungen ebenfalls als Handlungskalkulation im Sinne der SEU-Theorie auffassen. Allerdings findet diese Kalkulation nach der ersten Kalkulation der Nutzenerwartungen für die Parteien statt. Die im Pfaddiagramm enthaltenen Nutzenerwartungen bezeichnen das Ergebnis der ersten Kalkulation.

Zur Überprüfung der Interessentheorie muss der gesamte kausale Einfluss der Interessenlage auf die Nutzenerwartung ermittelt werden. Fasst man alle Koeffi-

zienten des Pfadmodells als standardisierte Pfadkoeffizienten auf, beträgt der gesamte kausale Einfluss der Interessenlagen auf die Nutzenerwartung  $\rho = g + ac$ . Dies entspricht der Korrelation der Interessenlage mit der Nutzenerwartung.

Die Nutzenerwartungen sind nicht beobachtbar. Deshalb können lediglich Annäherungen an  $\rho$  ermittelt werden. Drei solcher Annäherungen kommen in Frage: Die Korrelation zwischen der Interessenlage und der Parteiidentifikation zum Zeitpunkt  $t$  ( $r'$ ), die Korrelation zwischen der Interessenlage und der aktuellen Parteipräferenz ( $r''$ ) sowie die Korrelation zwischen der Interessenlage und dem Wahlverhalten ( $r'''$ ).

Im Pfadmodell beträgt die Korrelation zwischen der Interessenlage und der Parteiidentifikation

$$r' = gd + acd + ab = \rho d + ab \quad . \quad (2.19)$$

Demnach ist die Schätzung von  $\rho$  durch  $r'$  verzerrt. Das Ausmaß der Verzerrung fällt mit  $d$  und steigt mit  $ab$ .

Von besonderem Interesse sind die Koeffizienten  $b$  und  $d$ . Der Koeffizient  $b$  steht für die Trägheit der Parteiidentifikation,  $d$  kann als Validität der Parteiidentifikation zur Messung der Nutzenerwartung aufgefasst werden (Bollen 1989: 206–222). Je größer die Trägheit und je niedriger die Validität, desto problematischer ist die Bestimmung von  $\rho$  durch  $r'$ . Dies ist nicht sonderlich überraschend. Interessant ist aber, dass zwischen  $b$  und  $d$  ein Zusammenhang besteht:

$$b = r_{\text{PID}(t-1), \text{PID}(t)} - dr_{\text{PID}(t-1), \text{SEU}(t)} \quad (2.20)$$

Danach fällt die Trägheit mit dem Ausmaß, mit dem die Parteiidentifikation die aktuellen Nutzenerwartungen beeinflusst sowie mit der Validität der Parteiidentifikation zur Messung der Nutzenerwartung. Eine relativ unverzerrte Schätzung von  $\rho$  mit  $r'$  ergibt sich daher, wenn die aktuellen Nutzenerwartungen sehr stark von den langfristigen Parteibindungen beeinflusst werden und/oder wenn die langfristigen Parteibindungen immer wieder durch aktuelle Nutzenerwartungen aktualisiert werden. Mit anderen Worten: eine relativ unverzerrte Schätzung von  $\rho$  mit  $r'$  ergibt sich, wenn die unterschiedlichen Versionen revisionistischer Modelle der Parteiidentifikation zutreffen.<sup>13</sup>

---

13 Zu den revisionistischen Modellen der Parteiidentifikation vgl. Seite 84.



Die Korrelation zwischen der Interessenlage und der aktuellen Parteipräferenz beträgt

$$r'' = ge + ace = \rho e \quad . \quad (2.21)$$

Die Schätzung von  $\rho$  durch  $r''$  ist mithin ebenfalls verzerrt. Das Ausmaß der Verzerrung hängt allerdings ausschließlich von  $e$  ab. Da die aktuelle Parteipräferenz – anders als die Parteiidentifikation – nicht *faktoriell komplex* ist, kann  $e^2$  als Reliabilität interpretiert werden. Die Güte der Schätzung von  $\rho$  durch  $r''$  wäre dann eine Funktion der Reliabilität der aktuellen Parteipräferenz.

Die Korrelation zwischen der Interessenlage und dem Wahlverhalten beträgt

$$r''' = xf + acf + gh = \rho f \quad . \quad (2.22)$$

Damit entspricht die Messung der Nutzenerwartung durch das Wahlverhalten weitgehend der Messung durch die aktuelle Parteipräferenz. Allerdings besteht ein grundsätzlicher Unterschied: Wenn die Koalitionserwägungen der Parteien tatsächlich einen Einfluss auf das Wahlverhalten der Akteure hat, so kann  $f$  im Gegensatz zu  $e$  nicht Eins werden. Mit dem Wahlverhalten als Indikator der Nutzenerwartung könnte damit prinzipiell keine unverzerrte Schätzung von  $\rho$  erfolgen. Mit der aktuellen Parteipräferenz wäre dies zumindest im Prinzip möglich.

Nach der theoretischen Diskussion der verschiedenen Indikatoren der Nutzenerwartungen ist die aktuelle Parteipräferenz zur Überprüfung der Interessentheorie am besten geeignet. Diese Schlußfolgerung fällt jedoch unter der Annahme, dass das Pfaddiagramm in Abbildung 2.1 zutrifft und dass alle Indikatoren die gleiche Reliabilität bzw. Validität aufweisen. Die Gültigkeit des Pfaddiagramms wird hier nicht weiter untersucht – es mag dem Leser als Werkzeug dienen, alle nachfolgenden Analysen in Zweifel zu ziehen. Bezüglich der Reliabilität und Validität der Indikatoren seien jedoch noch einige Bemerkungen gemacht.

Bei der Diskussion des Pfaddiagramms wurde davon ausgegangen, dass die drei fraglichen Indikatoren unmittelbar zur Verfügung stehen. Tatsächlich handelt es sich bei ihnen um theoretische Konzepte, welche erst durch konkrete Fragen in standardisierten Befragungen beobachtbar gemacht werden müssen.

Üblicherweise gilt die Sonntagsfrage als Indikator für die aktuelle Parteipräferenz. Der Begriff der aktuellen Parteipräferenz umfasst allerdings kaum Merkmale, anhand derer sich die Validität der Sonntagsfrage beurteilen ließe.

Einfacher lässt sich die Validität der Indikatoren des Wahlverhaltens und der Parteiidentifikation beurteilen. Das Wahlverhalten bei politischen Wahlen ist nicht

beobachtbar. In standardisierten Bevölkerungsumfragen wird es darum durch Fragen nach dem Wahlverhalten bei zurückliegenden Wahlen (*Recall-Frage*) oder das geplante Wahlverhalten bei unmittelbar bevorstehenden Wahlen ermittelt<sup>14</sup>. Nach Juhász (1993) fällt die Validität der *Recall-Frage* als Indikator für tatsächliches Wahlverhalten mit dem Zeitraum zwischen der Befragung und der Wahl, auf die sich die Frage bezieht. Bei länger zurückliegenden Wahlen messen die Antworten zu einem beträchtlichen Teil die augenblickliche Einschätzung der Befragten. Ähnliches gilt für die Ermittlung des geplanten Wahlverhaltens. Gemäß der sozialpsychologischen Einstellungsforschung sind Verhaltensabsichten häufig nicht mit den tatsächlich vorgenommenen Verhaltensweisen kongruent (Eagly und Chaiken 1993). Nach Ajzen und Fishbein (1977) stimmen Verhaltensabsichten jedoch mit tatsächlichem Verhalten dann weitgehend überein, wenn Handlung, Ziel, situativer Kontext und Zeitpunkt der geäußerten Verhaltensabsicht mit der fraglichen Verhaltensweise übereinstimmt. Insofern würde man eine hohe Übereinstimmung des tatsächlichen Wahlverhaltens mit der geäußerten Wahlabsicht erwarten, wenn die ermittelte Wahlabsicht und der Wahltermin zeitlich eng aufeinander folgen. Liegen Wahltermin und Erhebungszeitpunkt weit auseinander, spiegeln die Antworten eher die augenblickliche politische Stimmung wider denn das tatsächliche Wahlverhalten.

Auch gegen die Validität der Messung der Parteiidentifikation lassen sich Argumente finden. Zahlreiche Autoren verweisen darauf, dass die Indikatoren der Parteiidentifikation nicht die Stabilität aufweisen, wie sie für das theoretische Konzept erforderlich wäre (Brody und Rothenberg 1988; Dennis 1988; Fiorina 1993; Franklin und Jackson 1983; Franklin 1984; Howell 1981; Jackson 1975; Luskin, McIver und G. 1989; MacKuen, Erikson und Stimson 1993; Miller 1991; Page und Jones 1979; Thomassen 1993). Zwar sind sowohl der Befund selbst als auch die darauf aufbauenden Schlussfolgerungen nicht unumstritten (Miller und Shanks 1996; Whiteley 1988; Abramson und Ostrom 1991; Green und Bradley 1990; Gluchowski 1983), doch dürfte allgemein akzeptiert sein, dass die Stabilität der *gemessenen* Parteiidentifikation vom verwendeten Indikator abhängt. In Deutschland wird die Parteiidentifikation normalerweise durch die Frage nach der

---

14 „Am . . . ist Bundestagswahl. Welchen Kandidaten werden Sie dann mit Ihrer Erststimme wählen?“  
„Und welche Partei werden Sie dann mit Ihrer Zweitstimme wählen?“

Parteineigung<sup>15</sup> ermittelt (Bürklin und Klein 1998: 67).<sup>16</sup> Die Stabilität dieses Indikators lässt sich mit Daten des SOEP ermitteln. Hierzu kann z. B. der Anteil von Personen mit unveränderter Parteineigung in direkt aufeinanderfolgenden Erhebungswellen verwendet werden (Plewis 1985: 27). Betrachtet man lediglich die vier Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, beträgt dieser Anteil im SOEP 1984–1997 93 Prozent.<sup>17</sup> Das heißt: Durchschnittlich 93 Prozent der Befragten einer Erhebungswelle mit einer Präferenz für eine der oben genannten Parteien gaben in der nachfolgenden Erhebungswelle dieselbe Parteipräferenz an.

Zur Einordnung der Stabilität der Parteineigung zeigt Tabelle 2.2 die Anteile von Personen, die bei der Sonntagsfrage, der Parteineigungsfrage, der *Recall*-Frage sowie einem aus den Sympathieskalometern gebildeten Index<sup>18</sup> dieselbe Parteipräferenz aufwiesen.<sup>19</sup> Bei allen vier Indikatoren wurden jeweils die Kategorien CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unterschieden. Den Werten rechts der Hauptdiagonale liegen nur diejenigen Befragten zu Grunde, welche bei allen Indikatoren gültige Werte aufwiesen (*Listwise Deletion*), den Werten links der Hauptdiagonale liegen alle für die Berechnung der jeweiligen Maßzahl erreichbaren Befragten zugrunde (*Pairwise Deletion*).

Die Kennziffern der Tabelle 2.2 können mit der Stabilität der Parteineigung verglichen werden. Dabei findet man mit der *Stabilität* der Parteineigung vergleichbare Zusammenhänge zwischen der Parteineigung und der Sonntagsfrage sowie zwischen der Parteineigung und der *Recall*frage. Die übrigen Zusammenhänge liegen geringfügig unter der Stabilität. Lediglich der aus den Sympathieskalometern gewonnene Indikator hängt etwas weniger mit den übrigen Indikatoren der Parteipräferenz zusammen.

---

15 Die Frage hat den Wortlaut: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen ja über einen längeren Zeitraum einer bestimmten Partei zu, obwohl Sie auch ab und zu einmal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten politischen Partei zu? Wenn ja, welcher?“

16 Zur Diskussion der Übertragbarkeit des Konzeptes der Parteiidentifikation auf bundesdeutsche Verhältnisse siehe: Falter (1977); Falter, Schumann und Winkler (1990); Falter und Rattinger (1983); Gluchowski (1978); Gluchowski (1983); Kaase und Klingemann (1994); Küchler (1990); Norpoth (1978); Schultze (1994); Wildenmann (1992).

17 *anstabw.do*, *Unbalanced* Paneldesign, nicht gewichtet. Die hier angewandte Maßzahl für die Stabilität wird ausführlich in Abschnitt 5.2 beschrieben. Zum Begriff „Unbalanced Paneldesign“ siehe Seite 124.

18 Jeder Befragte erhielt diejenige Parteipräferenz zugewiesen, für die er die höchsten Werte bei den Sympathieskalometern angegeben hatte.

19 Den Ziffern liegen die Daten des im Politbarometer 1992 (West) der Forschungsgruppe Wahlen zugrunde (ZA-Nr. 2275).

	Sonntags- frage	Partei- neigung	Sympathie- skalometer	Recall frage
Sonntagsfrage	1.00	.92	.86	.89
Parteieneigung	.91	1.00	.83	.92
Sympathieskalometer	.85	.80	1.00	.80
Recall-Frage	.84	.91	.72	1.00

Tabelle 2.2: Stabilität der Indikatoren der Parteipräferenz

Quelle: *anpimess.do*

Drei Schlussfolgerungen lassen sich hieraus ziehen:

- Erachtet man die Parteiidentifikation als stabil und akzeptiert die Parteieneigung als validen Indikator der Parteiidentifikation, so muss man die Parteieneigung auch als validen Indikator für die aktuelle Parteipräferenz bzw. das Wahlverhalten ansehen.
- Erachtet man die Parteiidentifikation als stabil und hält die Parteieneigung für keinen validen Indikator für die aktuelle Parteipräferenz, so kann man die Parteieneigung auch nicht als validen Indikator der Parteiidentifikation verwenden. In diesem Fall müsste jedoch geklärt werden, was die Parteiidentifikation misst.
- Erachtet man die Parteiidentifikation als nicht stabil, so kann man die Parteieneigung weiterhin als Indikator für die Parteiidentifikation verwenden. Gemäß der Argumentation zum Pfaddiagramm in Abbildung 2.1 auf Seite 112 wäre es dann jedoch zulässig, die Interessentheorie mit der Parteiidentifikation zu überprüfen.

Der Vergleich der unterschiedlichen Indikatoren für die Parteipräferenz ergibt keine klaren Vorteile für den einen oder anderen Indikator. Aus diesem Grund werden im weiteren Verlauf dieser Arbeit die *Recall-Frage*, die *Sonntagsfrage* und die *Parteieneigungsfrage* als Indikatoren einer allgemeinen politischen Einstellung aufgefasst.<sup>20</sup> Diese allgemeine politische Einstellung wird als „Parteipräferenz“

<sup>20</sup> Ein *Latent Class Model* der Indikatoren „Sonntagsfrage“, „Parteieneigung“ und „Recallfrage“ mit den Daten des Politbarometers 1992 mit nur einem Faktor hat einen ausgezeichneten Fit (*anpica.inp*). Dasselbe gilt auch für alle anderen Kombinationen mit drei der oben verwendeten Indikatoren. Verwendet man allerdings alle vier Faktoren ist der Fit desselben Modells nicht ausreichend. Der Grund für dieses Problem konnte hier leider nicht mehr untersucht werden.

bezeichnet. Es wird angenommen, dass die Parteipräferenz eng mit dem Wahlverhalten korreliert.

In den meisten nachfolgenden Analysen wurden Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)<sup>21</sup> verwendet. Das SOEP enthält lediglich die Angaben zur Parteineigung. Die meisten Analysen bleiben daher auf diesen Indikator der Parteipräferenz beschränkt. Wenn möglich, wurden die Analysen jedoch mit verschiedenen Indikatoren der Parteipräferenz durchgeführt. In keinem Fall unterschieden sich die Befunde der Analysen zwischen den verwendeten Indikatoren.

## 2.4 Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurden die zentralen Hypothesen des Interaktionsansatzes, der Interessentheorie und des Identifikationsansatzes in ein gemeinsames theoretisches Modell integriert. Dabei zeigte sich, dass sich die Hypothesen nicht widersprechen, sondern in einem Verhältnis abnehmender Abstraktion zueinander stehen.

Das höchste Abstraktionsniveau haben die Hypothesen der Interessentheorie. Sie geben an, welche Ziele die Menschen bei politischen Wahlen verfolgen und durch welche Parteien sie diese Ziele am ehesten erreichen können. Dabei unterstellt die Interessentheorie vollständige Informiertheit der Akteure.

Mit den Hypothesen des Interaktionsansatzes wird das Abstraktionsniveau gesenkt, indem die Annahme vollständiger Informiertheit aufgegeben wird. Es wird gefragt, woher die Akteure ihre Informationen über die beste Strategie zur Erreichung ihrer Ziele haben und woher sie wissen, welche Partei sie bei der Durchsetzung ihrer Strategie unterstützt. Als Antwort hierauf werden die in sozialen Kontakten gegebenen Informationen genannt. Gleichzeitig wird jedoch angenommen, dass politisch interessierte Personen weitere Informationen hinzuziehen.

Langfristige Bindungen an eine Partei lassen sich durch eine weitere Senkung des Abstraktionsniveaus in das Modell einführen. Sie ergeben sich aus der Einführung von Kalkulationskosten.

---

21 Vgl. Kapitel 3



## Kapitel 3

# Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel

Die meisten Analysen der vorliegenden Studie basieren auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Das SOEP ist eine umfassende Längsschnittuntersuchung privater Haushalte. Seit 1984 werden in jährlichem Turnus jeweils *alle* über 16-jährigen Mitglieder der teilnehmenden Haushalte zu ökonomischen Lebensbedingungen und einigen soziologisch relevanten Themen befragt.

Das Stichprobendesign des SOEP weist einige Besonderheiten auf, die nachfolgend beschrieben werden sollen.<sup>1</sup> Daran anschließend werden die Probleme, die sich aus dem Stichprobendesign für die Datenanalyse ergeben, dargestellt und Strategien zur Ihrer Lösung diskutiert (Abschnitt 3.2).

### 3.1 Stichprobendesign

Die Stichprobe des SOEP umfasst vier Teilstichproben<sup>2</sup>:

Die *Teilstichprobe A, Wohnbevölkerung der BRD*, umfasst Personen in privaten Haushalten, deren Haushaltsvorsitzender *nicht* Türke, Grieche, „Jugoslawe“, Spanier oder Italiener ist. Die Stichprobe wurde 1984 in einem mehrstufigen Verfahren nach einem modifizierten ADM-Design gezogen. 16, bei Infratest Sozialforschung verfügbare Netze<sup>3</sup> wurden als Unterstichprobe behandelt und neu geschichtet. Aus diesen Netzen wurde mittels einer *systematischen Zufallsauswahl*

---

1 Der Beschreibung liegt die ausführlichere Beschreibung bei Haisken-De New und Frick (1998) zugrunde. Der Text ist über <http://www-soep.diw-berlin.de/jpd1/dtc/dtc1.htm> zu beziehen.

2 Zu den Ausführungen in diesem Abschnitt vgl. Pannenberg, Pischner, Rendtel und Wagner (1998: 95–98).

3 Ein Netz besteht aus jeweils 210 nach dem *Probability-Proportional-To-Size*-Verfahren (PPS) gezogenen Stimmbezirken.

mit *haushaltsproportionaler Auswahlwahrscheinlichkeit* (PPS) 584 Stimmbezirke ausgewählt. Innerhalb der Stimmbezirke wurden die Befragungshaushalte mit einem *Random-Route*-Verfahren ermittelt. Dabei wurden zunächst 84 Adressen notiert und anschließend jede siebte als Befragungshaushalt eingesetzt.

Aus dem Stichprobenplan ergeben sich 7 008 Adressen. In einigen Sample-Points reichten die zunächst gezogenen Adressen nicht aus, um die angestrebten 9–10 Haushaltsinterviews durchzuführen. Hier mussten zusätzliche Adressen ermittelt werden. Insgesamt wurden daher 7 979 Adressen eingesetzt, mit denen sich 4528 Haushaltsinterviews realisieren ließen.

Die Auswahlwahrscheinlichkeit der Erhebungseinheiten wird mit 0,0002 angegeben. Die Ausschöpfungsquote beträgt 60,6 Prozent.

Die *Teilstichprobe B, Ausländer in der BRD*, umfasst Personen in privaten Haushalten, deren Haushaltsvorsitzender Türke, Grieche, „Jugoslawe“, Spanier oder Italiener ist. Die Stichprobe wurde ebenfalls 1984 gezogen. Basis sind fünf Stichproben, eine für jede Nationalität.

Für jede Nationalität wurde zunächst eine Zufallsauswahl von jeweils 40 (für die Türken: 80) Kreisen oder kreisfreien Städten als *Primäreinheiten* (PSU) gezogen. Innerhalb dieser Primäreinheiten wurden dann die Haushalte über die Registraturlisten der Ausländerbehörden<sup>4</sup> durch eine *systematische Stichprobe* ausgewählt. Ein Haushalt wurde in die Stichprobe aufgenommen, wenn der Haushaltsvorsitzende dieselbe Nationalität hatte, wie die aus der Registraturliste gezogene Person. Insgesamt wurden auf diese Weise 1 393 Haushalte gezogen.

Die Auswahlwahrscheinlichkeit der Teilstichprobe B beträgt im Durchschnitt 0,0008, ist also viermal so hoch wie die Auswahlwahrscheinlichkeit der Teilstichprobe A. Darüberhinaus variiert die Auswahlwahrscheinlichkeit mit der Haushaltsgröße. Sie steigt mit der Anzahl der vor 1967 geborenen Personen der jeweiligen Staatsangehörigkeit im Haushalt.

Die Ausschöpfungsquote liegt zwischen 64,7 Prozent bei den Italienern und 70,1 Prozent bei den Türken.

Die *Teilstichprobe C, Wohnbevölkerung der DDR*, umfasst Personen in privaten Haushalten, deren Haushaltsvorsitzender Bürger der DDR war. Die Stichprobe wurde im Mai 1990 aus dem zentralen Einwohnermelderegister der DDR gezogen. Zunächst wurden 360 Primäreinheiten aus dem Einwohnermelderegister gezogen. Innerhalb dieser Primäreinheiten wurde eine zufällige Adresse ausgewählt, welche als Startadresse für ein *Random-Route*-Verfahren verwendet wurde.

---

<sup>4</sup> In Baden-Württemberg wurden die Haushalte über die Einwohnermelderegister der Gemeinden gezogen.



Insgesamt wurden auf diese Weise 2 179 Haushalte ausgewählt. Die Auswahlwahrscheinlichkeit beträgt 0,0004, die Ausschöpfungsquote 70 Prozent.

Die *Teilstichprobe D, Immigranten*, umfasst Haushalte, in denen mindestens ein Haushaltsmitglied seit 1984 in die BRD gezogen ist. Die Stichprobe wurde 1994/95 in zwei getrennten Stichproben gezogen und umfasst insgesamt 536 Haushalte, deren Auswahlwahrscheinlichkeit 0,0002 beträgt.<sup>5</sup>

In den durch diese Stichproben ausgewählten Haushalten werden alle über 16-jährigen Personen befragt. Die Auswahl der Befragungspersonen in den nachfolgenden Wellen erfolgt gemäß dem *Weiterverfolgungskonzept*.

### 3.1.1 Weiterverfolgungskonzept

Das Weiterverfolgungskonzept des SOEP knüpft an das Konzept des „*Panelhaushalts*“ an. Panelhaushalte sind zunächst alle durch die Teilstichproben A-D ausgewählten Haushalte. Für die Auswahl der Befragungspersonen in den Panelhaushalten existiert eine einfache Regel: In jeder Erhebungswelle werden alle über 16-jährigen Personen eines Panelhaushalts befragt. Aus dieser Regel ergeben sich zwei Möglichkeiten von neuen Befragungspersonen:

- In einem Panelhaushalt lebende Kinder erreichen das Befragungsalter und
- neue Personen ziehen in einen bestehenden Panelhaushalt.

Neben neuen Befragungspersonen können auch neue Panelhaushalte entstehen. Dies geschieht dadurch, dass sich Personen aus dem Verbund eines Panelhaushalts lösen und einen eigenen Haushalt gründen. Der neu gegründete Haushalt wird dann ebenfalls als Panelhaushalt betrachtet.<sup>6</sup>

### 3.1.2 Panelmortalität

Die dem Auftreten neuer Befragungspersonen entgegengesetzte Wirkung hat die *Panelmortalität*. Hierunter wird der Ausfall von Befragungspersonen und/oder Panelhaushalten nach der ersten Erhebungswelle verstanden. Panelhaushalte können ausfallen, weil

---

5 Das Stichprobendesign wird ausführlich von Infratest Sozialforschung (1996) beschrieben.

6 Bis 1988 galt der neu gegründete Haushalt nur dann als Panelhaushalt, wenn die ausziehende Person eine „Stammperson“ war. Als „Stammpersonen“ galten alle 1984 in in einem Panelhaushalt lebenden Personen.

- ein Haushalt die wiederholte Befragung verweigert,
- der gesamte Haushalt ins Ausland umzieht oder
- der gesamte Haushalt an einen unbekanntem Ort umzieht.

Darüber hinaus können Befragungspersonen ausfallen, ohne dass die übrigen in seinem Haushalt lebenden Befragten ausfallen. Das kommt vor wenn

- die Person die wiederholte Befragung verweigert, die übrigen Haushaltsmitglieder jedoch an der Befragung teilnehmen *und* den Haushaltsfragebogen ausfüllen,
- die Person ins Ausland umzieht – und nicht wieder in den alten Panelhaushalt zurückkehrt,
- die Person verstirbt,
- die Person an einen unbekanntem Ort umzieht.

### 3.1.3 Fallzahlen

Wie bereits erwähnt werden im SOEP alle über 16-jährigen Personen eines Haushalts interviewt. Darum muss man grundsätzlich zwischen der Anzahl der Haushalte und der Anzahl der Personen unterscheiden. Da hier grundsätzlich Personen Gegenstand der Analysen sind, beschränken sich die nachfolgenden Angaben auf die Anzahl von Personen.

Die Bestimmung der Fallzahlen in einem Paneldatensatz ist etwas komplizierter als in einem Querschnittdatensatz. Bei Querschnittdatensätzen wird üblicherweise die Anzahl der realisierten Interviews angegeben. Dem entsprechen die in Tabelle 3.1 wiedergegebenen Fallzahlen (Haisken-De New und Frick 1998: 1).

Ist man vorwiegend an Längsschnittanalysen interessiert, sind diese Angaben irreführend. Von einer *Längsschnittbeobachtung* kann man erst sprechen, wenn eine Befragungsperson zu mindestens zwei Erhebungszeitpunkten befragt worden ist. Die Fallzahl einer Längsschnittpopulation hängt im Wesentlichen vom gewählten Paneldesign und der Länge des Untersuchungszeitraums ab.

Allgemein unterscheidet man zwischen einem *Balanced* Paneldesign und einem *Unbalanced* Paneldesign. Im *Balanced* Paneldesign gehören nur diejenigen Fälle zur Längsschnittpopulation, welche zu jedem Zeitpunkt des Untersuchungszeitraums befragt worden sind. Aus diesem Grund ist die Fallzahl umso niedriger, je länger der gewählte Untersuchungszeitraum ist.

Welle	<i>Gesamt</i>	davon aus Stichprobe			
		A	B	C	D
1984	12245	9076	3169	0	0
1985	11090	8372	2718	0	0
1986	10646	8009	2637	0	0
1987	10516	7868	2648	0	0
1988	10023	7481	2542	0	0
1989	9710	7201	2509	0	0
1990	13972	7036	2483	4453	0
1991	13669	6974	2493	4202	0
1992	13397	6821	2484	4092	0
1993	13179	6747	2459	3973	0
1994	13417	6637	2364	3945	471
1995	13768	6567	2231	3892	1078
1996	13511	6454	2152	3882	1023
1997	13283	6378	2089	3844	972

Tabelle 3.1: Anzahl realisierter Interviews im SOEP

Quelle: *ancases.do*

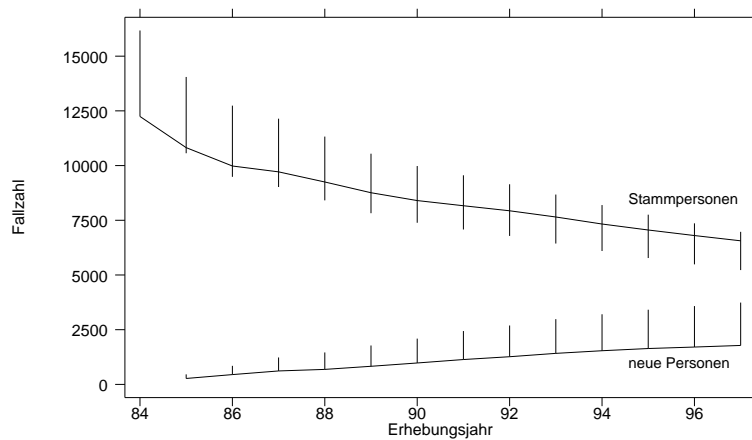


Abbildung 3.1: Fallzahlen von Längsschnittpopulationen im SOEP

Quelle: *ancases.do*

Die Fallzahlen der Stichproben A und B für ein *Balanced* Paneldesign zeigt Abbildung 3.1. In der Abbildung wurden diejenigen Personen, welche in der ersten Welle von 1984 in einem Panelhaushalt lebten als „Stammpersonen“, die auf Grund des Weiterverfolgungskonzeptes neu hinzukommenden Personen als „neue Personen“ bezeichnet. Die durchgezogenen Linien geben die Anzahl der befragten Personen des jeweiligen Typs wieder. Die Summe der beiden durchgezogenen Linien entspricht damit ungefähr<sup>7</sup> der Summe der befragten Personen der Teilstichproben A und B in Tabelle 3.1.

Die senkrechten Linien bei den Stammpersonen zeigen die Anzahl der Stammpersonen an, die 1984 das Befragungsalter noch nicht erreicht hatten. Mit zunehmenden Alter, d. h. im Laufe der Zeit erreichen immer mehr dieser Personen das Befragungsalter und dringen so in die Gruppe der befragten Stammpersonen ein.

<sup>7</sup> Die Ergebnisse stimmen nicht exakt überein, weil in der Abbildung Stammpersonen mit so genannten „Lücken“ als Ausfälle gewertet wurden. Lücken entstehen, wenn ein Befragter in einem Jahr ausfällt, im darauffolgenden Jahr aber wieder befragt werden kann. In der ersten Befragung nach einer Lücke werden einige Items der fehlenden Erhebung nacherhoben. Bei Fragestellungen, die auf die nacherhobenen Items Bezug nehmen, können die lückenhaften Beobachtungen daher auch bei einem *Balanced* Paneldesign verwendet werden. Die Fallzahl kann sich also teilweise als etwas höher erweisen, als in der Abbildung ausgegeben.

Dies wird durch die Länge der Linie unterhalb der Anzahl der befragten Stammpersonen dargestellt. Die senkrechten Linien bei den neuen Personen zeigen an, wie viel Personen in den neuen Panelhaushalten das Befragungsalter noch nicht erreicht haben.

In der Abbildung lässt sich die Anzahl der Fälle einer Längsschnittpopulation für den Untersuchungszeitraum von 1984 bis 1997 im *Balanced* Paneldesign direkt ablesen. Es handelt sich um diejenigen Fälle, welche zu jedem Erhebungszeitpunkt zwischen 1984 und 1997 befragt wurden. Dies sind die Stammpersonen abzüglich der durch den senkrechten Strich gekennzeichneten Gruppe der 1984 unter 16-jährigen.<sup>8</sup> Es handelt sich also um knapp 5 000, genauer: um 4 777 Befragte.

Verkürzt man den Untersuchungszeitraum, indem das Ende des Zeitraums in ein früheres Erhebungsjahr gelegt wird, lässt sich die Fallzahl ebenfalls direkt am unteren Ende des senkrechten Strichs bei den Stammpersonen des letzten Erhebungszeitpunktes ablesen. Die Fallzahl des Untersuchungszeitraums 1984 bis 1990, beträgt z. B. ungefähr 7 500 Befragte.

Etwas komplizierter ist es, wenn man den Beginn des Untersuchungszeitraums auf einen späteren Zeitpunkt als 1984 legt. In diesem Fall kann man bei den Stammpersonen den Teil der jungen Befragten zusätzlich verwenden, der zu Beginn des Untersuchungszeitraums das Befragungsalter bereits erreicht hatte. Außerdem kann die Anzahl der „neuen Personen“ vom Beginn des Untersuchungszeitraums hinzuaddiert werden.

Während im *Balanced* Paneldesign die Fallzahl mit dem Untersuchungszeitraum sinkt, ist im *Unbalanced* Paneldesign das Gegenteil der Fall. Beim *Unbalanced* Paneldesign werden alle alle Beobachtungen verwendet, die mindestens einmal befragt worden sind. In Abbildung 3.1 wird die Fallzahl durch die Anzahl befragter Stammpersonen zu Beginn des Untersuchungszeitraums und die Anzahl neuer Personen am Ende des Untersuchungszeitraums bestimmt. Bei einem Untersuchungszeitraum von 1986 bis 1993 sind dies z. B. ungefähr 12 000, um genau zu sein  $9\,980 + 1\,417 = 11\,397$  Beobachtungen.<sup>9</sup> Im *Unbalanced* Paneldesign steigt die Fallzahl mit der Anzahl der untersuchten Jahre.<sup>10</sup>

Der Vorteil eines *Unbalanced* Paneldesigns sind die durch die höheren Fallzahlen bedingten zusätzlichen Informationen. Der Nachteil ist die problematische

---

8 Und abzüglich der Befragten mit einer Lücke. Diese wurden allerdings bereits bei den Zahlen der befragten Stammpersonen abgezogen, siehe Fußnote 7.

9 Hinzu kommen die Stammpersonen mit „Lücken“, siehe Fußnote 7.

10 Bei einem *Unbalanced* Paneldesign sind diejenigen Beobachtungen, welche nur einmal befragt wurden, keine Längsschnittbeobachtungen. In einigen statistischen Verfahren können diese Fälle nicht genutzt werden.

Bestimmung der Grundgesamtheit der Stichprobe und – damit zusammenhängend – die Schwierigkeiten der korrekten Gewichtung (siehe Seite 141). Die angestrebte Grundgesamtheit des *Balanced* Paneldesigns ist die im gewählten Untersuchungszeitraum *lebende* Wohnbevölkerung der BRD (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 1993: K-6).

### 3.2 Konsequenzen des Stichprobendesigns

Das Stichprobendesign des SOEP weist zwei Besonderheiten auf. *Erstens* die unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten von *Schichten* der Befragten, und – *zweitens* – die fehlende Unabhängigkeit der Befragten auf einer Auswahlstufe (*Klumpung*).

Die unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten resultieren zunächst aus dem *Oversampling* der fünf größten Ausländerpopulationen sowie der ostdeutschen Befragten. Nicht vorgesehen, jedoch bei Umfragen üblich, ist die höhere Chance Personen aus ländlichen Regionen zu rekrutieren als Personen aus städtischen, insbesondere innerstädtischen Regionen. Wie in anderen Umfragen auch sind ältere Personen im SOEP unterrepräsentiert. Man kann daher davon sprechen, dass ältere Personen und Personen aus Großstädten eine geringere Auswahlwahrscheinlichkeit aufweisen (Pannenberg, Pischner, Rendtel und Wagner 1998).

Möglicherweise kann man noch einen weiteren Schritt gehen, und diejenigen Gruppen, welche im Vergleich zur Grundgesamtheit unterrepräsentiert sind, als Gruppen mit niedrigerer Auswahlwahrscheinlichkeit bezeichnen. Allerdings sind solche Abweichungen nur schwer feststellbar. Darüber hinaus sind die Mechanismen, welche zu niedrigeren Auswahlwahrscheinlichkeiten unterrepräsentierter Gruppen führen, weitgehend unbekannt (Schnell 1993).

In Längsschnittpopulationen gibt es schließlich unterschiedliche Wahrscheinlichkeiten für die Panelmortalität und damit unterschiedliche Wahrscheinlichkeiten in eine Längsschnittpopulation aufgenommen zu werden. Insgesamt ist es somit offensichtlich, dass die Befragten im SOEP mit unterschiedlichen Wahrscheinlichkeiten in die Stichprobe gelangen.

Die *Klumpung* der Stichprobe resultiert zunächst aus dem in Abschnitt 3.1 beschriebenen mehrstufigen Auswahlverfahren. Die auf jeder Stufe ausgewählten Einheiten werden als Klumpen bezeichnet. Auf Grund des Stichprobendesigns sind die Beobachtungen eines Klumpens nicht unabhängig voneinander, bzw. anders ausgedrückt, die Befragten eines Klumpens sind einander ähnlicher als die Befragten zwischen den Klumpen. Dies ist unmittelbar einsichtig bei den Mitglie-

dem eines Haushalts, dasselbe gilt jedoch auch für die Befragten eines Sample-Points, zumal die einzelnen Sample-Points in der Regel nur von einem Interviewer bearbeitet werden.

Die üblichen statistischen Verfahren basieren auf der Annahme einer einfachen Zufallsstichprobe (*Simple Random Sampling – SRS*)<sup>11</sup>. Dies ist beim SOEP nicht der Fall. Im folgenden Abschnitt werden darum die Folgen des Stichprobendesigns für die Datenanalyse am Beispiel des arithmetischen Mittelwerts vorgestellt. Daran anschließend werden die hieraus in dieser Untersuchung gezogenen Konsequenzen geschildert.

### 3.2.1 Unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeiten

Die Konsequenzen unterschiedlicher Auswahlwahrscheinlichkeiten auf die Berechnung statistischer Maßzahlen wird ausführlich in der Literatur zu komplexen Stichproben beschrieben. Hier soll die Argumentation zum arithmetischen Mittelwert wiedergegeben werden (Chochran 1953: 65–72; Kish 1965: 80–81; Skinner, Holt und Smith 1989: 136–139).

#### 3.2.1.1 Punktschätzer

Gegeben ist eine Grundgesamtheit mit  $N$  Einheiten. Diese ist in  $H$  Schichten der Größen  $N_1, \dots, N_H$  mit  $\sum_{h=1}^H N_h = N$  unterteilt. Aus der Grundgesamtheit wird eine Stichprobe des Merkmals  $Y$  vom Umfang  $n$  gezogen.

Das arithmetische Mittel der Grundgesamtheit des Merkmals  $Y$  lässt sich mit

$$\bar{Y} = \sum_h^H \frac{N_h}{N} \bar{Y}_h \quad (3.1)$$

als gewichtete Summe der arithmetischen Mittel in den einzelnen Schichten darstellen. Nach der Formel für eine einfache Zufallsstichprobe erhält man dagegen

$$\bar{y} = \sum_h^H \frac{n_h}{n} \bar{y}_h. \quad (3.2)$$

---

11 Strenggenommen basieren die Verfahren auf einer einfachen Zufallsstichprobe mit Zurücklegen – *Simple Random Sampling With Replacement* (SRSWR). In den meisten Fällen wird jedoch eine einfache Zufallsstichprobe ohne Zurücklegen – *Simple Random Sampling Without Replacement* (SRSWOR) – vorgenommen. In diesem Fall müssen die Standardfehler um die so genannte *Finite Population-Correction* (*fpc*) korrigiert werden. Ist das Verhältnis von Stichprobe zur Grundgesamtheit jedoch wie im Fall des SOEP sehr klein, kann die *fpc* vernachlässigt werden. Nachfolgend wird darum nicht zwischen SRSWR und SRSWOR unterschieden

Dies ist nur dann ein unverzerrter Schätzer von  $\bar{Y}$ , wenn  $n_h/n = N_h/N$  ist, d. h. wenn der Anteil der Beobachtungen einer Schicht an der Stichprobe dem Anteil der Fälle dieser Schicht in der Grundgesamtheit entspricht. Bei einer disproportional geschichteten Stichprobe entspricht  $n_h$  dem Produkt des Umfangs der Schicht in der Grundgesamtheit mit der durch das Design festgelegten Auswahlwahrscheinlichkeit  $f_h$ :

$$n_h = N_h f_h \quad (3.3)$$

Daher ist  $n_h/n \neq N_h/N$  und die Schätzung von  $\bar{Y}$  durch  $\bar{y}$  verzerrt.

Sind die Auswahlwahrscheinlichkeiten der einzelnen Schichten bekannt, lässt sich  $N_h/N$  durch

$$\frac{N_h}{N} = \frac{n_h \times 1/f_h}{\sum n_h \times 1/f_h} \quad (3.4)$$

berechnen. Man kann demnach zu einem unverzerrten Schätzer von  $\bar{Y}$  gelangen, wenn man die Fälle des Datensatzes mit einer GewichtungsvARIABLE multipliziert, welche proportional zum Kehrwert der Auswahlwahrscheinlichkeit ist.

Als Maßzahl für das Ausmaß der Verzerrung des Punktschätzers kann

$$\text{bias}_{\bar{y}} = \bar{y}_{\text{true}} - \bar{y}_{\text{SRS}} \quad (3.5)$$

verwendet werden, wobei  $\bar{y}_{\text{true}}$  für den wahren Mittelwert und  $\bar{y}_{\text{SRS}}$  für den Mittelwert einer einfachen Zufallsstichprobe steht. Um einen Überblick über das Ausmaß der Verzerrung auf Grund der disproportionalen Stichprobe des SOEP zu erhalten, wurde  $\text{bias}_{\bar{y}}$  von ausgewählten Variablen für die Daten der ersten Welle des SOEP (1984) berechnet. Tabelle 3.2 gibt  $\text{bias}_{\bar{y}}$  für drei unterschiedliche Bedingungen wieder:

1. Korrektur der unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten in den Stichproben A und B sowie der auf Grund unterschiedlicher Haushaltsgröße variierenden Auswahlwahrscheinlichkeiten in Stichprobe B (*Designgewichtung*).
2. Korrektur regionaler Unterschiede der Auswahlwahrscheinlichkeit zusätzlich zur Designgewichtung.
3. Zusätzliche Anpassung der Randverteilung ausgewählter Merkmale der Grundgesamtheit.



Variable	unter Bedingung		
	1	2	3
Männer	-.01	-.01	-.02
Alter	1.30	1.82	3.78
Verheiratet	-.02	-.02	-.06
Bildungsdauer	.27	.31	.31
Dienstklasse	.06	.07	.07
Berufsprestige	1.52	1.74	1.96
CDU	.04	.05	.05
Allg. Lebenszuf.	.01	.01	-.05

Tabelle 3.2: Bias auf Grund der Schichtung

Quelle: *ambias1.do*

In der ersten Bedingung erfolgte die Korrektur durch eine GewichtungsvARIABLE mit dem Werten  $1/.0002$  für Beobachtungen aus der Stichprobe A und  $1/((.0008 \times \text{hhgr}_{\geq 16}) \times 1/\text{hhgr}_{\geq 16})$  für Stichprobe B.<sup>12</sup> Nicht berücksichtigt wurde dabei, inwiefern ein Haushalt aus Teilstichprobe B aus Angehörigen mehrerer Nationalitäten besteht. Die Auswahlwahrscheinlichkeit einiger Haushalte in Teilstichprobe B wird darum geringfügig überschätzt. Bei der zweiten Bedingung wurde die Variable „apdesreg“ der SOEP-Datei „phrf“ verwendet, in der dritten Bedingung die Variable „aphrf“ aus derselben Datei. Zum Design dieser Gewichtungsvariablen siehe Abschnitt 3.3.1.

Das Ausmaß der Verzerrung ist teilweise recht hoch. Zum Beispiel liegt der wahre Wert des Anteils der Angehörigen der Dienstklassen sieben Prozentpunkte über dem Wert, der bei Anwendung der Berechnung für eine einfache Zufallsstichprobe ermittelt wird. Die wichtigste Quelle der Verzerrung sind die unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten des Stichprobendesigns. Die zusätzliche Korrektur der regionalen Unterschiede verändert den Mittelwert gegenüber der designgewichteten Variante kaum. Die Anpassung an die Randverteilung führt beim Anteil der Männer, dem Alter, dem Anteil der verheirateten Personen und der allgemeinen Lebenszufriedenheit zu einer Veränderung des Mittelwerts von mit der Designgewichtung vergleichbarem Ausmaß. Dabei handelt es sich mit Ausnahme der allgemeinen Lebenszufriedenheit um Variablen, die zur Randverteilungsgleichung genutzt wurden.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> hhgr steht für die Variable Haushaltsgröße.

### 3.2.1.2 Varianz des Mittelwerts

Der zweite Bereich der Konsequenzen disproportional geschichteter Stichproben betrifft die Varianzen der Punktschätzer. In einer einfachen Zufallsstichprobe wird die Varianz des Mittelwerts  $\text{VAR}(\bar{y})$  durch  $\text{VAR}(y)/n$  berechnet. In einer disproportional geschichteten Stichprobe wird  $\text{VAR}(\bar{y})$  dagegen durch

$$\text{VAR}(\bar{y}) = \sum \frac{(N_h/N)^2 \text{VAR}(y_h)}{n_h} \quad (3.6)$$

als gewichtete Summe der Varianzen in den einzelnen Schichten berechnet (Skinner, Holt und Smith 1989: 9).<sup>14</sup> Die Berechnung der Standardfehler mit der Formel für einfache Zufallsstichproben ist verzerrt, und zwar umso stärker, je unterschiedlicher die Auswahlwahrscheinlichkeiten und die Varianzen eines Merkmals in den Schichten sind.

Eine Maßzahl für das Ausmaß der Verzerrung des Standardfehlers bei Berechnung nach der Formel für eine einfache Zufallsstichprobe ist Kish's *Designeffekt*:

$$\text{deff}_{\text{Kish}} = \frac{\text{VAR}_{\text{true}}(\hat{\theta})}{\text{VAR}_{\text{SRS}}(\hat{\theta})} \quad (3.7)$$

Die Formel setzt die wahre Varianz eines beliebigen Punktschätzers  $\hat{\theta}$  und die Varianz dieses Punktschätzers unter der Annahme einer einfachen Zufallsstichprobe zueinander ins Verhältnis. Ein Designeffekt von 1.8 zeigt damit an, dass die Varianz eines Punktschätzers um 80 Prozent über der durch das SRS-Verfahren berechneten Varianz liegt.

Tabelle 3.3 gibt die Stärke der Designeffekte unter den Bedingungen von Tabelle 3.2 wieder.<sup>15</sup> Bei allen ausgewählten Varianzen führen die unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten zu einer Unterschätzung der Standardfehler. Das Ausmaß der Unterschätzung ist dabei eher gering. Wieder zeigt sich, dass die wesentliche Quelle der Unterschätzung die unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeit auf Grund des Stichprobendesigns ist.

---

<sup>13</sup> Siehe dazu Abschnitt 3.3.1.

<sup>14</sup> Skinner, Holt und Smith (1989) präsentieren die Berechnung von  $\text{VAR}(\bar{y})$  zusammen mit der *fp*. Im Zusammenhang dieser Arbeit bleibt die *fp* grundsätzlich unberücksichtigt (siehe Fußnote 11).

<sup>15</sup> Die Berechnung erfolgte mit der Prozedur „svymean“ in Stata 6.0. Dabei wurden die Stichprobentypen als Schichten definiert und die Auswahlwahrscheinlichkeiten entsprechend der unterschiedlichen Bedingungen variiert.

Variable	unter Bedingung		
	1	2	3
Männer	1.17	1.36	1.66
Alter	1.19	1.38	1.83
Verheiratet	1.18	1.37	1.74
Bildungsdauer	1.14	1.32	1.63
Dienstklasse	1.23	1.44	1.78
Berufsprestige	1.19	1.39	1.79
CDU	1.19	1.37	1.72
Allg. Lebenszuf.	1.16	1.36	1.75

Tabelle 3.3: Designeffekte auf Grund der Schichtung

Quelle: *andeff1.do*

### 3.2.2 Klumpung

Geklumpte Stichproben führen bei Anwendung der Formeln für einfache Zufallsstichproben unter bestimmten Bedingungen zu unverzerrten Punktschätzern, jedoch in jedem Fall zu ungültigen Standardfehlern (Chochran 1953: 243–253; Kish 1965: 183–190).

#### 3.2.2.1 Punktschätzer

Die Situation bei einer geklumpten Stichprobe lässt sich am besten mit Hilfe folgender Notation beschreiben<sup>16</sup>:

Klumpen	Elemente					Summe
1	$Y_{11}$	...	$Y_{1\beta}$	...	$Y_{1N_\alpha}$	$Y_{1.}$
$\vdots$	$\vdots$		$\ddots$		$\vdots$	$\vdots$
$\alpha$	$Y_{\alpha 1}$	...	$Y_{\alpha\beta}$	...	$Y_{\alpha N_\alpha}$	$Y_{\alpha+}$
$\vdots$	$\vdots$		$\ddots$		$\vdots$	$\vdots$
$A$	$Y_{A1}$	...	$Y_{A\beta}$	...	$Y_{AN_\alpha}$	$Y_{A+}$

In der Übersicht ist die Population vom Umfang  $N$  in  $A$  Klumpen unterteilt. Die Anzahl der Elemente in den Klumpen ist unterschiedlich und beträgt jeweils

<sup>16</sup> Die Notation folgt im Wesentlichen Kish (1965). Allerdings wird die übliche Bezeichnung  $n$  für die Fallzahlen beibehalten, anstatt diese als Summe der Zählvariable  $x_{\alpha\beta}$  auszuzeichnen.

$N_{\alpha}$ .  $Y_{\alpha\beta}$  ist der Wert einer Variable für das Element  $\beta$  im Klumpen  $\alpha$ . Der Mittelwert der Variable  $Y$  in der Population ist (Kish 1965: 3)

$$\bar{Y} = \frac{\sum Y_{\alpha+}}{\sum N_{\alpha}} \quad (3.8)$$

Bei einer Klumpenstichprobe werden  $a$  Klumpen aus den  $A$  insgesamt vorhandenen Klumpen zufällig ausgewählt. Die Auswahlwahrscheinlichkeit für jeden Klumpen ist  $f_a = a/A$ . Danach werden innerhalb der  $a$  Klumpen  $n_{\alpha}$  Elemente aus den im Klumpen  $\alpha$  vorhandenen  $n_{\alpha}^*$  Elementen ausgewählt. Die Auswahlwahrscheinlichkeit innerhalb der Klumpen wird mit  $f_b$  bezeichnet.

Der Stichprobenmittelwert lässt sich wie in (3.8) schreiben als:

$$\bar{y} = \frac{\sum y_{\alpha+}}{\sum n_{\alpha}} \quad (3.9)$$

Bevor die Erwartungstreue des Stichprobenmittelwerts nach (3.9) konstatiert wird, muss auf eine Besonderheit von Klumpenstichproben hingewiesen werden. Bei einer einfachen Zufallsstichprobe ist die Fallzahl der Stichprobe eine durch die Auswahlwahrscheinlichkeit und die Größe der Population vorgegebene Größe ( $n = Nf$ ). In einer Klumpenstichprobe ist die Fallzahl dagegen darüber hinaus auch vom Umfang der zufällig ausgewählten Klumpen abhängig. Der Stichprobenumfang variiert deshalb von Stichprobe zu Stichprobe, ist also eine *Zufallsvariable*. Da  $n = \sum n_{\alpha}$  im Nenner von (3.9) auftritt, setzt der Stichprobenmittelwert zwei Zufallsvariablen,  $\sum n_{\alpha}$  und  $\sum y_{\alpha+}$ , zueinander ins Verhältnis. Derartige Maßzahlen heißen „Ratio-Estimates“. *Ratio-Estimates* sind in kleinen Stichproben verzerrt. Bei der Stichprobengröße des SOEP kann diese Verzerrung jedoch vernachlässigt werden (Chochran 1953: 114–118).

Ansonsten ist der Stichprobenmittelwert unverzerrt wenn

- jeweils alle Fälle eines Klumpens ausgewählt werden, da dann  $n_{\alpha} = n_{\alpha}^*$  ist,
- jeweils alle Fälle eines Klumpens mit derselben Auswahlwahrscheinlichkeit  $f_b = n_{\alpha}/n_{\alpha}^*$  ausgewählt werden, da dann  $n_{\alpha} \frac{1}{f_b}$  und  $y_{\alpha+} \frac{1}{f_b}$  unverzerrte Schätzer für  $n_{\alpha}^*$  bzw.  $\sum_{\beta}^{n_{\alpha}^*} y_{\alpha\beta} \frac{1}{f_b}$  sind.

Der Stichprobenmittelwert ist verzerrt, wenn die Elemente der Klumpen mit unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten gezogen werden. Dies ist z. B. der Fall, wenn aus Klumpen mit unterschiedlichen  $n_{\alpha}^*$  jeweils gleichviel Elemente gezogen werden. Sind die unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten der Elemente in den Klumpen bekannt, kann der *Bias* durch entsprechende Gewichtung ausgeglichen werden.

Im SOEP werden in unterschiedlich großen Stimmbezirken jeweils gleichviel Haushalte  $n_\alpha = b \approx 10$  gezogen. Die Auswahlwahrscheinlichkeit innerhalb der Stimmbezirke ist demnach unterschiedlich. Das Problem wird jedoch dadurch beseitigt, dass die Stimmbezirke mit einem *PPS-Design* ausgewählt werden. Die Auswahlwahrscheinlichkeit der Stimmbezirke ist  $f_a = aN_\alpha/AN$ . Die Auswahlwahrscheinlichkeit eines Haushalts ist so für alle Haushalte identisch:

$$f = f_a \times f_b = \frac{aN_\alpha}{AN} \times \frac{b}{N_\alpha} = \frac{ab}{AN} \quad (3.10)$$

Hier sind  $n_\alpha \frac{1}{f}$  und  $\sum y_{\alpha+} \frac{1}{f}$  unverzerrte Schätzer für  $N_\alpha^*$  bzw.  $\sum Y_{\alpha+}$  (Kish 1965: 186).

Innerhalb der Haushalte werden jeweils alle Personen der Grundgesamtheit ausgewählt. Die Auswahlwahrscheinlichkeit innerhalb des Haushalts beträgt also konstant  $f_b = 1$  für alle Personen. Der Stichprobenmittelwert im SOEP ist damit unverzerrt.

### 3.2.2.2 Varianz des Mittelwerts

Die Varianz des *ratio estimates*  $r = y/x$  ist allgemein (Kish 1965: 7):

$$\text{VAR}(r) = \frac{1}{x^2} (\text{VAR}(y) + r^2 \text{VAR}(x) - 2r \text{COV}(y, x)) \quad (3.11)$$

Um (3.11) auf den Mittelwert einer Klumpenstichprobe anzuwenden, müssen die einzelnen Terme genauer definiert werden. Nach Gleichung (3.9) wird  $\text{VAR}(y) = \text{VAR}(\sum y_{\alpha+})$ ,  $\text{VAR}(x) = \text{VAR}(\sum n_\alpha)$  und  $\text{COV}(yx) = \text{COV}(\sum y_{\alpha+}, \sum n_\alpha)$  benötigt. Hierfür werden die üblichen Formeln von einfachen Zufallsstichproben verwendet (Kish 1965: 7). Diese lauten

$$\text{VAR} \left( \sum y_{\alpha+} \right) = \frac{a}{a-1} \left( \sum y_{\alpha+}^2 - \frac{y^2}{a} \right), \quad (3.12)$$

bzw.

$$\text{COV} \left( \sum y_{\alpha+}, \sum n_\alpha \right) = \frac{a}{a-1} \left( \sum y_{\alpha+} n_\alpha - \frac{yn}{a} \right) \quad (3.13)$$

mit  $y = \sum y_{\alpha+}$  und  $n = \sum n_{\alpha+}$ .

Mit der Berechnung nach (3.11) wird die Annahme der Unabhängigkeit der Fälle innerhalb eines Klumpens vollständig aufgegeben. Aus diesem Grund kann die Berechnung von  $\text{VAR}(\bar{y})$  auch dann nach (3.11) erfolgen, wenn innerhalb des Klumpens weitere Auswahlstufen vorgenommen werden.

Anhand der Gleichungen (3.11) bis (3.13) lassen sich die Elemente der Varianz des Stichprobenmittelwerts in Klumpenstichproben leicht erkennen. Sie ist abhängig von drei Elementen:

1. Der Varianz der Summe des zu untersuchenden Merkmals. Anhand von (3.12) lässt sich erkennen, dass diese Varianz umso größer ist, je stärker sich die Summen der einzelnen Klumpen des Merkmals voneinander unterscheiden.
2. Der Varianz der Anzahl der Fälle in der Stichprobe. Wie unter Punkt 1 ist diese umso größer, je stärker sich der Umfang der verschiedenen Klumpen voneinander unterscheidet.
3. Der Kovarianz zwischen der Summe des zu untersuchenden Merkmals und der Anzahl der Fälle. Dieser Bestandteil korrigiert die Summe aus den ersten Bestandteilen um den Faktor, der nicht auf Unterschiede zwischen den Klumpen sondern auf einen reinen Effekt der Fallzahl zurückgeht.

Da  $\text{VAR}(\bar{y})$  in einer einfachen Zufallsstichprobe lediglich eine Funktion der Varianz des zu untersuchenden Merkmals und der Stichprobengröße ist, unterscheidet sich ihre Berechnung von derjenigen einer Klumpenstichprobe. Einen Eindruck über das Ausmaß der Differenz der beiden Maßzahlen erhält man wieder durch Kish's Designeffekt. Tabelle 3.4 zeigt die Designeffekte unter drei Bedingungen:

1. Berücksichtigung der Haushalte.
2. Berücksichtigung der Sample-Points der ersten Auswahlstufe. (Da Sample-Points zum Zeitpunkt der Analysen noch nicht als Variable im Datensatz abgelegt sind wurde die Interviewernummer als *Proxy-Variable* verwendet.)
3. Berücksichtigung der Sample-Points und zusätzliche Berücksichtigung der unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten (Regional und Anpassung der Randwahrscheinlichkeiten).

Zur Berechnung der Tabelle wurden nur Daten des Stichprobentyps A verwendet. Ohne diese Begrenzung wären die Designeffekte durch die Effekte der differierenden Auswahlwahrscheinlichkeiten überlagert.

Beim Lesen der Tabelle ist zu beachten, dass die drei Bedingungen ähnlich wie bei den Tabellen 3.2 und 3.3 hierarchisch aufeinander aufbauen. Wie auf Seite 135 erwähnt, gibt die Berechnung von  $\text{VAR}(\bar{y})$  nach (3.11) die Annahme der Unabhängigkeit der Fälle für alle Beobachtungen innerhalb eines Klumpens auf. Die

Variable	unter Bedingung		
	1	2	3
Männer	.33	.46	.70
Alter	1.42	2.03	2.85
Verheiratet	1.25	1.70	2.20
Bildungsdauer	1.40	2.86	3.28
Dienstklasse	2.49	3.09	3.96
Berufsprestige	1.25	1.85	2.21
CDU	1.75	2.84	3.36
Allg. Lebenszuf.	1.50	2.80	3.61

Tabelle 3.4: Designeffekte auf Grund der Klumpung

Quelle: *andeff2.do*

Berücksichtigung der Korrelationen innerhalb der Sample-Points schließt darum die Korrelation innerhalb der Haushalte sowie etwa vorhandene weitere Ähnlichkeiten zwischen Fällen eines Sample-Points ein.<sup>17</sup> Die Ziffern unter Bedingung 2 entsprechen somit dem gesamten Designeffekt der Klumpung, die Ziffern unter Bedingung 3 dem Gesamteffekt des Stichprobendesigns der Teilstichprobe A.

Mit Ausnahme des Geschlechts führt die Klumpung der Stichprobe dazu, dass  $\text{VAR}(\bar{y})$  durch die Formeln für SRS unterschätzt wird. Die Stärke der Designeffekte ist dabei deutlich höher als diejenige für die unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten. Der Designeffekt der Haushalte und derjenige der Sample-Points haben ungefähr dasselbe Ausmaß.<sup>18</sup>

### 3.3 Zum Umgang mit dem Stichprobendesign

Oben wurden die Konsequenzen unterschiedlicher Auswahlwahrscheinlichkeiten und fehlender Unabhängigkeit der Beobachtungen anhand des arithmetischen Mittelwerts verdeutlicht. Gleichzeitig wurden die Verfahren zur korrekten Berechnung

<sup>17</sup> Teilweise werden die Mitglieder eines Haushalts von unterschiedlichen Interviewern interviewt. Die Ähnlichkeit dieser Fälle wird darum nicht durch die Korrelation innerhalb der Interviewernummern eingeschlossen. Der daraus resultierende Fehler muss in Kauf genommen werden, da die Sample-Points selbst nicht als Variable zur Verfügung stehen.

<sup>18</sup> Die Designeffekte stehen multiplikativ zueinander. Um den *Nettodesigneffekt* der Sample-Points zu erhalten muss der Designeffekt von Bedingung 2 durch den von Bedingung 1 dividiert werden.

des Mittelwerts und seiner Varianz vorgeführt. Die Analysemethoden in dieser Arbeit beschränken sich allerdings nicht auf den arithmetischen Mittelwert. Prinzipiell müßte darum für jedes der hier verwendeten Analyseverfahren getrennt die Auswirkungen des komplexen Stichprobendesigns dargelegt werden. Dies kann hier nicht geschehen. Inhaltlich lassen sich die Ergebnisse zum arithmetischen Mittelwert jedoch wie folgt verallgemeinern:

- Unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeiten führen bei Anwendung von Verfahren für SRS zu verzerrten Punktschätzern und in der Regel zu geringfügig unterschätzten Standardfehlern.
- Fehlende Unabhängigkeit von Beobachtungen führen bei Verfahren, die Unabhängigkeit voraussetzen, zu unverzerrten Punktschätzern, jedoch zu teilweise erheblicher Unterschätzung von Standardfehlern.

Bei der Anwendung statistischer Verfahren auf Daten des SOEP müssen die Punktschätzer und Standardfehler deshalb entsprechend korrigiert werden. Die korrekte Berechnung der Punktschätzer kann durch die Gewichtung mit dem Kehrwert der Auswahlwahrscheinlichkeiten erreicht werden. Zur Berechnung der Standardfehler genügt dieses Verfahren nicht. Entweder müssen spezielle Schätzer für die Varianz eingesetzt werden oder – wenn diese nicht vorliegen – computerintensive Methoden wie z. B. der *Bootstrap*. In den folgenden Abschnitten sollen die hier angewandten Verfahren vorgestellt werden.

### 3.3.1 Gewichtung

Wie in Abschnitt 3.2.1 gezeigt, kann der arithmetische Mittelwert durch Multiplikation der Werte mit dem Kehrwert der Auswahlwahrscheinlichkeit den Bedingungen einer disproportional geschichteten Stichprobe angepasst werden. Ähnliche Korrekturen existieren auch für andere Maßzahlen. Für die Korrekturen genügt es zwar in der Regel nicht, die Originalwerte mit der Gewichtungsvariable zu multiplizieren, jedoch sind die entsprechenden Verfahren in den üblichen Datenanalyseprogrammen korrekt implementiert. Das wesentliche Problem der Gewichtung ist die Ermittlung der anzuwendenden Auswahlwahrscheinlichkeiten.

Im Allgemeinen wird zur Ermittlung der Auswahlwahrscheinlichkeiten für Längsschnittdatensätze im *Balanced* Paneldesign zunächst die Startwahrscheinlichkeit, d. h. die Wahrscheinlichkeit an der ersten Welle teilzunehmen, ermittelt. Anschließend wird diese Wahrscheinlichkeit mit der Bleibewahrscheinlichkeit, d. h. der bedingten Wahrscheinlichkeit auf den jeweiligen Auswahlstufen im Panel zu verbleiben, multipliziert (Haisken-De New und Frick 1998: 106–107).



### 3.3.1.1 Startwahrscheinlichkeiten

Die Bestimmung der Startwahrscheinlichkeit erfolgt zunächst auf der Basis des Stichprobendesigns. Die Auswahlwahrscheinlichkeiten lassen sich anhand der Anzahl von Haushalten bzw. Personen in den Primäreinheiten ermitteln. Wie in Abschnitt 3.1 erwähnt, beträgt die Auswahlwahrscheinlichkeit in Stichprobe A ungefähr 0.0002 und in B durchschnittlich 0.0008. Die Auswahlwahrscheinlichkeit in diesem Stichprobentyp ist zudem proportional zu der Anzahl der über 16-jährigen Personen mit der entsprechenden Nationalität im Haushalt (Haisken-De New und Frick 1998: 9). Die aus dem Stichprobendesign resultierenden Auswahlwahrscheinlichkeiten werden hier als Designwahrscheinlichkeiten  $P(D_i = 1)$  bezeichnet.

Neben den Designwahrscheinlichkeiten hängt die Startwahrscheinlichkeit von der Antwortwahrscheinlichkeit der ersten Welle  $P(R_{1i} = 1)$  ab. Zur Ermittlung der Antwortwahrscheinlichkeit kann zunächst auf Informationen über das Verhältnis der teilnahmebereiten zu den per *Random-Route* angelaufenen Haushalte zurückgegriffen werden. Darüber hinaus kann man versuchen aus Unterschieden zwischen den Randverteilungen in der Stichprobe und der Grundgesamtheit unterschiedliche Antwortwahrscheinlichkeiten zu ermitteln. Dabei geht man davon aus, dass Personen mit Merkmalen, die in der Stichprobe unterrepräsentiert sind, eine geringere Antwortwahrscheinlichkeit haben. Die Ermittlung der Antwortwahrscheinlichkeit auf diese Weise setzt zunächst voraus, dass die Randverteilung bestimmter Merkmale in der Grundgesamtheit bekannt ist.

Über die formale Anforderung der Kenntnis der Randverteilung hinaus sollte durch die Randverteilungsangleichung auch die Schätzung der nicht angepaßten Merkmale genauer werden. Dies setzt entweder voraus, dass die Personen einer Gewichtungsklasse bezüglich der nicht angepaßten Variablen homogen sind oder dass die Antwortwahrscheinlichkeiten innerhalb einer Gewichtungsklasse homogen sind. Wie Schnell (1993) zeigt sind beide Annahmen wahrscheinlich falsch. Es ist möglich, dass durch die Gewichtung über die Anpassung an eine Randverteilung, Schätzer zusätzlich verzerrt werden. Darüber hinaus zeigte sich in den Tabellen 3.2 und 3.3, dass die Korrektur über die Antwortwahrscheinlichkeiten nur geringfügige Auswirkungen auf die untersuchten Parameter hatte. Aus diesen Gründen wird in dieser Untersuchung normalerweise<sup>19</sup> auf die Gewichtung auf der Basis der Anpassung an Randverteilungen in der Grundgesamtheit verzichtet. Als

---

19 Zu den Ausnahmen siehe die Abschnitte 3.3.1.3 und 3.3.1.4.

Startwahrscheinlichkeit wird die Designgewichtung verwendet:

$$P(S_i = 1) = P(D_i = 1) \quad (3.14)$$

Das Designgewicht steht dem Benutzer als Variable „design“ in der Datei „varianz“ des SOEP zur Verfügung.

### 3.3.1.2 *Bleibewahrscheinlichkeiten*

Die Ermittlung der Bleibewahrscheinlichkeit erfolgt durch Vorhersage des Panelausfalls in Welle  $t$  auf der Basis von Merkmalen der Welle  $t - 1$ . Die Logik dieses Verfahrens entspricht bis zu einem gewissen Grad der Logik der Randverteilungsanpassung. Es hat jedoch ihm gegenüber einige Vorteile. Zunächst ist die Anzahl der bekannten Merkmale, und damit die Möglichkeit zur Vorhersage des Panelausfalls, größer als beim Vergleich von einigen wenigen Aspekten der Randverteilung. Darüber hinaus sind diese Merkmale auch für die ausgefallenen Personen bekannt. Schließlich sind einige der Ausfallgründe – Umzug, Tod – relativ gut erforscht. Hier können die Vorhersagemodelle auf gut bestätigte Theorien aufgebaut werden.

Das Verfahren der Vorhersage des Panelausfalls wird beginnend mit Welle 2 in jeder Welle durchgeführt. Damit erhält man für jede Welle  $t$  die Bleibewahrscheinlichkeit

$$P(B_{ti} = 1) = P(R_{ti} = 1 | R_{t-1,i} = 1). \quad (3.15)$$

Die Kehrwerte dieser Bleibewahrscheinlichkeiten stehen dem Nutzer als Variablen „apbleib“, „bpleib“ ... „npbleib“ im Datensatz „phrf“ des SOEP zur Verfügung. Zur Gewichtung einer Längsschnittpopulation wird die Startwahrscheinlichkeit mit allen Bleibewahrscheinlichkeiten der Längsschnittpopulationen multipliziert. Für den in dieser Untersuchung häufig verwendeten Paneldatensatz von 1984–1997 im *Balanced* Paneldesign wird demnach folgende Gewichtungsvariable berechnet<sup>20</sup>:

- $\text{pweight} = \text{design} \times \text{apbleib} \times \text{bpleib} \times \dots \times \text{npbleib}$

### 3.3.1.3 *Querschnittsauswertungen*

In einigen Analysen dieser Untersuchung werden Daten des SOEP verwendet um Querschnittsauswertungen der Welle 2 oder später vorzunehmen. Darüber hinaus

---

20 Die Bildung dieser sowie aller nachfolgenden Gewichtungsvariablen erfolgt mit dem Stata-Do-File *crweights.do*.

werden teilweise Paneldatensätze mit anderen Startjahren gewählt. Diese Modifikationen haben Konsequenzen für die Gewichtung. Der Grund dafür ist, dass bei derartigen Datensätzen *neue* Panelpersonen auftreten. Diese haben eine höhere Auswahlwahrscheinlichkeit als alte Personen. Denn Sie haben zum einen die aus dem Stichprobendesign der ersten Welle stammende Auswahlwahrscheinlichkeit, zum anderen die durch das Weiterverfolgungskonzept der zunächst ausgewählten Personen gesteuerte Auswahlwahrscheinlichkeit. Das DIW stellt aus diesem Grund für jede Erhebungswelle ein Querschnittsgewicht zur Verfügung, bei dem der Ausfallprozess und die Wahrscheinlichkeit neuer Panelpersonen berücksichtigt wird (Pannenberg, Pischner, Rendtel und Wagner 1998: 112). Die Querschnittsgewichte stehen dem Datennutzer als Variablen mit den Namen „aphrf“, „bphrf“, ... „nphrf“ im Datensatz „phrf“ des SOEP zur Verfügung.

Die Querschnittsgewichte können auch als Startwahrscheinlichkeit für Längsschnittdatensätze verwendet werden, deren Anfangsjahr nicht 1984 ist. Für einen Paneldatensatz von 1987 - 1993 im *Balanced* Paneldesign wird demnach folgende Gewichtungsvariable berechnet:

- $pweight = dphrf \times epleib \times fpbleib \times \dots \times jpbleib$

Eine entsprechende Variable findet sich unter dem Namen „djphrf“ im Datensatz „phrf“ des SOEP. Bei der Verwendung der Querschnittsgewichte als Startwahrscheinlichkeit ist zu berücksichtigen, dass diese auch die Anpassung an die Randverteilung von 1984 enthalten. Insofern besteht ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Analysen die im Jahr 1984 beginnen und denjenigen, die danach beginnen.

#### 3.3.1.4 *Unbalanced Paneldesigns*

Die Gewichtung eines *Unbalanced* Paneldesigns enthält eine weitere Komplikation, da dabei die Startwahrscheinlichkeit nicht einfach mit den Bleibewahrscheinlichkeiten multipliziert werden kann. Zusätzlich zu berücksichtigen ist die Wahrscheinlichkeit neuer Panelpersonen. Ein Weg mit dieser Problematik umzugehen ist, den neuen Panelpersonen als Startwahrscheinlichkeit das Querschnittsgewicht zuzuordnen und dieses anschließend mit den Bleibewahrscheinlichkeiten der nachfolgenden Wellen zu multiplizieren. Die Gewichtungsvariable für einen Datensatz im *Unbalanced* Paneldesign von 1984 bis 1997 wird demnach wie folgt konstruiert:

- $pweight = aphrf \times bpleib \times cpleib \times \dots \times npbleib$

für alle Personen, die jedesmal befragt wurden<sup>21</sup>

- $pweight = bphrf \times cpbleib \times dpbleib \times \dots \times npbleib$   
für alle Personen, die 1985 zum erstenmal befragt wurden.
- $\vdots$
- $pweight = mphrf \times npbleib$   
für alle Personen, die 1996 zum erstenmal befragt wurden.
- $pweight = nphrf$   
für alle Personen, die 1997 zum erstenmal befragt wurden.

Bei Befragten, die nicht bis 1997 befragt werden konnten, werden die ihnen entsprechenden Bleibewahrscheinlichkeiten verwendet. Das Konzept gewichtet jede Person mit dem Kehrwert der Wahrscheinlichkeit in dem Zeitraum zu den Befragten gehört zu haben, in dem er tatsächlich befragt wurde. Da es tendenziell unwahrscheinlicher ist, lange der Stichprobe anzugehören als nur kurz, werden Personen die häufig interviewt wurden, stärker gewichtet.

### 3.3.2 Berechnung der Standardfehler

Bei der Berechnung der Standardfehler von Koeffizienten mit Daten des SOEP müssen die unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten, der einzelnen Teilstichproben und die fehlende Unabhängigkeit der Fälle auf den jeweiligen Auswahlstufen berücksichtigt werden. Wie in Abschnitt 3.2.1 gezeigt, kann die unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeit beim Mittelwert durch Berechnung einer gewichteten Summe der Varianzen in den einzelnen Schichten ausgeglichen werden (Gleichung (3.6)).<sup>22</sup> Dies ist ein Ergebnis, welches sich auch auf andere Schätzer verallgemeinern lässt.

Zum Ausgleich der Klumpung erfolgt die Berechnung der Varianz innerhalb der einzelnen Schichten gemäß Gleichung (3.11). Die Gleichung ist eine Anwendung der „Taylor-Series-Method“ (Lee, Forthofer und Lorimor 1989: 7). Mit derselben Methode können Formeln für alle statistischen Maßzahlen, die sich in einer

---

21 Um Konsistenz zu wahren wird hier auf die Startwahrscheinlichkeit mit Anpassung der Randverteilung zurückgegriffen.

22 Es sollte beachtet werden, dass es sich hierbei nicht um die Berechnung der Standardfehler gewichteter Daten handelt, wie sie von den meisten Datenanalysepaketen ausgegeben werden. Die Standardfehler gewichteter Daten werden bei Aggregatdaten angewandt. Zum Ausgleich unterschiedlicher Auswahlwahrscheinlichkeiten sind sie ungeeignet (StataCorp 1999b: 262–266).

Funktion darstellen lassen, ermittelt werden, jedoch sind die resultierenden Formeln oft komplex. Auf Grund dessen sind solche Anpassungen nur in wenigen Datenanalyseprogrammen enthalten. Im Datenanalyseprogramm *Stata* liegen jedoch eine Reihe derartiger Prozeduren vor. Soweit entsprechende Verfahren vorliegen werden sie in dieser Arbeit auch genutzt. Zur Nutzung der entsprechenden *Stata*-Prozeduren müssen die Schichten, die PSUs und die Auswahlwahrscheinlichkeiten festgelegt werden. Im Rahmen dieser Arbeit wurde die Schichtung durch die SOEP-Variable „psample“ der Datei „ppfad“ definiert und die PSUs näherungsweise durch die Interviewnummer. Die Festlegung der Auswahlwahrscheinlichkeiten erfolgt wie oben beschrieben.

Für die in Kapitel 6 durchgeführten Analysen liegen keine direkten Berechnungsmethoden zur Bestimmung der Standardfehler vor. Aus diesem Grund wurden die Standardfehler nach der *Methode der Zufallsgruppen* bestimmt. Zu diesem Zweck wurde ein *Stata*-Makro programmiert, welches dem *Statistical-Software-Components*-Archiv.<sup>23</sup> übergeben wurde und von dort bezogen werden kann<sup>24</sup>

Im Folgenden soll das Verfahren kurz dargestellt werden. Eine ausführliche Beschreibung der Methode der Zufallsgruppen findet sich bei Wolter (1985: 19–109), eine knappe Zusammenfassung im Benutzerhandbuch des SOEP (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 1993: K.4).

Bei der Varianzbestimmung über Zufallsgruppen wird die Ausgangsstichprobe in  $R$  Teilstichproben unterteilt, wobei jede Teilstichprobe wie unabhängige identische Wiederholungen des ursprünglichen Auswahl-experiments betrachtet werden können. Dies bedeutet, dass jede der Teilstichproben nach denselben Auswahlcharakteristiken gezogen werden sollte wie die Stichprobe selbst. Der einzige Unterschied zur Ausgangsstichprobe besteht in der geringeren Zahl der Elemente der Teilstichproben.

Es sei  $\theta$  ein interessierendes Merkmal in der Grundgesamtheit. In der Stichprobe wird  $\theta$  durch  $\hat{\theta}$  geschätzt. Analog zur Berechnung von  $\hat{\theta}$  in der Stichprobe kann in jeder der  $R$  Teilstichproben  $\hat{\theta}_r, r = 1, \dots, R$  berechnet werden.

Anhand der Werte von  $\hat{\theta}_r$  lässt sich die Varianz des interessierenden Merkmals durch

$$\text{VAR}(\hat{\theta}) = \frac{1}{R(R-1)} \sum (\hat{\theta}_r - \hat{\theta})^2 \quad (3.16)$$

berechnen.<sup>25</sup>

<sup>23</sup> <http://ideas.uqam.ca/ideas/data/bocbocode.html>

<sup>24</sup> Zur Installation von *Stata*-Zusatzmodulen siehe Kohler und Kreuter (2001).

Sind die Werte von  $\hat{\theta}_1 \dots \hat{\theta}_R \sim \text{i.i.d}$  so hat

$$t = \frac{\hat{\theta} - \theta}{\sqrt{\text{VAR}(\hat{\theta})}} \quad (3.17)$$

eine  $t$ -Verteilung mit  $R - 1$  Freiheitsgraden. Daraus ergibt sich als 95%-Konfidenzintervall

$$\theta \in \left[ \hat{\theta} - t_{R-1, .025} \times \sqrt{\text{VAR}(\hat{\theta})}, \hat{\theta} + t_{R-1, .975} \times \sqrt{\text{VAR}(\hat{\theta})} \right] \quad (3.18)$$

Zentrale Voraussetzung für die Bestimmung der Standardfehler über Zufallsgruppen ist das Vorliegen geeigneter Zufallsgruppen. Dies ist bei den SOEP-Daten der Fall. Das DIW stellt im Datensatz „phrf“ die Variable „prgroup“ zur Verfügung, in der acht Zufallsgruppen definiert sind, welche der Anforderung, ein genaues Abbild der Ausgangsstichprobe zu sein, entsprechen.

---

25 Eine andere Möglichkeit ist, den Term  $\hat{\theta}$  in (3.16) durch den Mittelwert der verschiedenen Werte von  $\hat{\theta}_r$  zu ersetzen. Bei den meisten Anwendungen ist der Unterschied jedoch gering. Die Schätzung nach (3.16) ist immer größer oder gleich der Alternative und darum konservativer.

## Kapitel 4

# Wahlverhalten bei vollständiger Informiertheit

Bei vollständiger Informiertheit lassen sich zentrale Aussagen der Interessentheorie als Hypothesen über die Erwartungen der Akteure auffassen (Kapitel 2). Im vorliegenden Kapitel soll der Frage nachgegangen werden, ob und inwiefern diese Hypothesen zur Erklärung des *demokratischen Klassenkampfes* ausreichen. Hierzu wird untersucht, welche Verteilung die Parteipräferenz in verschiedenen soziostrukturellen Gruppen haben müsste, wenn die reformulierte Interessentheorie zutreffen würde.

Zu diesem Zweck wird ein künstlicher Datensatz erzeugt. Die Hypothesen der Interessentheorie dienen dabei als Daten generierender Prozess. In dem künstlichen Datensatz werden dann die Anteile von Anhängern der unterschiedlichen Parteien unter den Angehörigen von verschiedenen soziostrukturellen Gruppen berechnet und mit realen empirischen Daten verglichen.

Die Darstellung gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil werden die theoretischen Grundlagen der Interessentheorie rekapituliert (Abschnitt 4.1). Daran anschließend wird die technische Erzeugung des künstlichen Datensatzes beschrieben (Abschnitt 4.2). Es wird erläutert, wie die Hypothesen der Interessentheorie zur Generierung des künstlichen Datensatzes herangezogen werden können. Abschnitt 4.3 beschreibt die Ergebnisse dieser Simulation. Abschließend werden diese Ergebnisse mit realen Daten aus dem SOEP und dem ALLBUS verglichen (Abschnitt 4.4).

### 4.1 Die objektiven Interessenlagen

In Kapitel 2 wurde die Entscheidung zwischen den Parteien bei politischen Wahlen als Spezialfall allgemeiner Handlungsentscheidungen nach der SEU-Theorie auf-

gefasst. Nach der SEU-Theorie wird aus einem Set von Handlungsalternativen  $A_j$  mit  $j = 1, \dots, J$  diejenige ausgewählt, für die der erwartete Nutzen  $EU(A_j)$  mit

$$EU(A_j) = \sum_{k=1}^K p_{A_j, O_k} U_{O_k} \quad (4.1)$$

maximal wird. Dabei bezeichnet  $O_k$  die Folgen, welche die Akteure bei ihrer Handlungsentscheidung berücksichtigen,  $U_{O_k}$  die Werte, die die Akteure diesen Folgen zumessen, und  $p_{A_j, O_k}$  die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Akteur das Eintreten der Folge  $O_k$  erwartet, wenn er die Alternative  $A_j$  wählt.<sup>1</sup>

In Abschnitt 2.2 wurde die SEU-Theorie auf die konkrete Entscheidung zwischen den Parteien bei politischen Wahlen angewandt. Als Handlungsalternativen  $A_j$  wurde dabei die Wahl von CDU, SPD, FDP oder Bündnis 90/Die Grünen betrachtet. Für die relevanten Folgen der Handlungsentscheidung  $O_k$  wurde die Steigerung der Effektivität vorhandener Ressourcen zur Produktion von Macht, Wohlstand und Selbstverwirklichung verwendet. Die Kalkulation der Nutzenerwartungen dieser Handlungssituation lässt sich mithin wie folgt darstellen:

$$\begin{pmatrix} EU(\text{CDU}) \\ EU(\text{SPD}) \\ EU(\text{FDP}) \\ EU(\text{B90}) \end{pmatrix} = \begin{pmatrix} p_{\text{CDU},M} & p_{\text{CDU},W} & p_{\text{CDU},S} \\ p_{\text{SPD},M} & p_{\text{SPD},W} & p_{\text{SPD},S} \\ p_{\text{FDP},M} & p_{\text{FDP},W} & p_{\text{FDP},S} \\ p_{\text{B90},M} & p_{\text{B90},W} & p_{\text{B90},S} \end{pmatrix} \times \begin{pmatrix} U_{\text{Macht}} \\ U_{\text{Wohlstand}} \\ U_{\text{Selbstverw.}} \end{pmatrix} \quad (4.2)$$

Hier werden die Nutzenerwartungen durch Multiplikation zweier Matrizen ermittelt. Die erste Matrix enthält die Wahrscheinlichkeiten, mit denen die Folge  $O_k$  eintritt, wenn die Partei  $A_j$  gewählt wird. Diese Matrix wurde in Abschnitt 2.1 als „Erwartungsraum“ bzw.  $\mathbf{P}$  bezeichnet. Die zweite Matrix enthält die Bewertungen der relevanten Handlungsfolgen. Sie wurde als „Bewertungsraum“ bzw.  $\mathbf{U}$  bezeichnet.

Nach Gleichung (4.2) ist die konkrete Entscheidung eines Akteurs das Resultat der Parameter in  $\mathbf{P}$  und  $\mathbf{U}$ . Zur Prognose der Handlungsentscheidung eines spezifischen Akteurs genügt es darum, die Werte dieser Parameter zu kennen. Allerdings bestehen weder hinreichend konkrete theoretische Hypothesen über die genauen Werte dieser Parameter noch erscheinen empirische Messungen dieser Größen möglich.<sup>2</sup> Eine Prognose der individuellen Wahlentscheidung des Akteurs bleibt mithin ausgeschlossen.

<sup>1</sup> Abschnitt 2.1 gibt einen knappen Überblick über die SEU-Theorie. Eine ausführliche Darstellung findet sich bei Esser (1999).



In Abschnitt 2.2 wurden jedoch aus der Interessentheorie einige weniger konkrete Hypothesen über die Parameter in **U** und **P** gewonnen. So wurde zunächst angenommen, dass die Produktion von Macht, Wohlstand und Selbstverwirklichung erwünschte Folgen sind, d.h. ein positives Vorzeichen aufweisen. In Anschluss an Ingleharts Theorie der stillen Revolution sollte darüber hinaus für die jüngeren Kohorten ein höherer Wert für die Selbstverwirklichung gelten als für die älteren Kohorten.

Bei den Annahmen über die Erwartungen wurde zwischen den drei relevanten Folgen unterschieden. Bei der Produktion von Macht unterscheidet sich die objektive Interessenlage der Arbeitnehmer von derjenigen der Arbeitgeber.<sup>3</sup> Während die Arbeitnehmer die Effektivität ihrer Machtressourcen durch Wahl einer linken Partei, insbesondere der SPD erhöhen können, profitieren die Arbeitgeber eher von der Politik konservativer Parteien (Korpi 1983). Entsprechend ist für Arbeitnehmer die Wahrscheinlichkeit der Machtproduktion bei Wahl der linken Parteien höher als bei der Wahl der bürgerlichen Parteien.

Auch bei der Produktion von materiellem Wohlstand unterscheiden sich die Interessenlagen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern; zusätzlich gibt es jedoch auch Differenzierungen innerhalb des Arbeitnehmerlagers. Arbeitgeber und Administrative Dienste sollten eher von einer Politik profitieren, welche den freien Handel in den Mittelpunkt stellt. Entsprechend ist die Wahrscheinlichkeit zur Produktion von Wohlstand bei diesen Gruppen größer, wenn sie CDU oder FDP wählen als wenn sie eine der beiden linken Parteien wählen. Bei den sozialen Diensten und den Arbeitern ist es umgekehrt. Hier ist die Wahrscheinlichkeit der Wohlstandsproduktion höher bei Wahl einer linken Partei, insbesondere der SPD, als bei Wahl einer bürgerlichen Partei. Bei den Mischtypen und den Experten konnten schließlich keine spezifischen Hypothesen über die für die Wohlstandsproduktion günstigste Alternative aufgestellt werden.

Bei der Produktion der Selbstverwirklichung spielt die berufliche Situation nur insofern eine Rolle, als sie Voraussetzung für den rein materiellen Zugang

---

2 In der empirischen Umsetzung der SEU-Theorie finden sich teilweise Versuche, die Bewertungen und Erwartungen unmittelbar durch Ratingskalen zu messen. Wie Diekmann (1996) nachweist, kann mit derartigen Messungen allerdings nur dann eine Nutzenerwartung berechnet werden, wenn der gemessene Wert Null auch tatsächlich einer Bewertung von Null entspricht. Anders ausgedrückt: Die Bewertungen müssen mit einer Ratioskala gemessen werden. Sobald der gemessene Nullpunkt dem wahren Nullpunkt nicht entspricht, sind die Prognosen von der gewählten Einheit der Messung abhängig. Da die Ratio-Eigenschaft der Messungen nur schwer überprüfbar ist, bestehen generelle Zweifel an der Möglichkeit zur direkten Überprüfung der SEU-Theorie.

3 Gemeint sind hier Arbeitgeber und Selbständige.

zu bestimmten Formen der Lebensführung darstellt. Die entsprechenden objektiven Interessenlagen sind mithin bereits bei der Produktion materiellen Wohlstands berücksichtigt. Darüber hinaus wurde jedoch argumentiert, dass höher Gebildete in einem gewissen Umfang von der Forderung der Grünen nach unkonventionellen Partizipationsmöglichkeiten profitieren könnten. In diesem Fall wäre die Wahrscheinlichkeit einer effektiven Selbstverwirklichung für diese Gruppe höher bei der Handlungsalternative „Wahl der *Grünen*“ als bei der Wahl anderer Parteien.

Insgesamt wurden mit diesen Hypothesen acht unterschiedliche Erwartungsräume bzw. „objektive Interessenlagen“ abgegrenzt. Die spezifischen Annahmen über diese Interessenlagen wurden in Tabelle 2.1 zusammengefasst.

Auch innerhalb der hier abgegrenzten soziostrukturellen Gruppen werden sich die Akteure in ihren Bewertungen und Erwartungen unterscheiden. Unter den Arbeitern wird es Akteure geben, die sowohl der Macht als auch dem Wohlstand einen geringen Wert zuweisen, während für Andere beide Folgen sehr wichtig sind. Es wird Arbeiter geben, die fest an die Vertretung ihrer Interessen durch die SPD glauben, während andere nur geringe Unterschiede zur CDU entdecken mögen. Die genauen Werte der Bewertungen und Erwartungen bleiben daher noch immer unbekannt – sie sind Resultat der höchst individuellen Lerngeschichten der Akteure einerseits sowie den spezifischen Informationen über die konkrete Wahlsituation andererseits. Mit den hier wiedergegebenen Hypothesen lassen sich mithin keine präzisen Prognosen über die jeweils präferierten politischen Parteien der Akteure treffen. Hierzu wäre es notwendig die Vielzahl individueller Einflüsse auf die Bewertungen und Erwartungen der Akteure zu berücksichtigen.

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit ist jedoch ein Anderes. Es geht hier nicht um die Erklärung des Wahlverhaltens jedes einzelnen Akteurs, sondern um die Frage, warum es zum Aggregatphänomen des demokratischen Klassenkampfes kommt. Eine mögliche Erklärung sind die hier vorgestellten Regelmäßigkeiten in den Erwartungen und Bewertungen der Akteure. Fraglich ist, ob und inwiefern diese Regelmäßigkeiten – die anderen Einflussfaktoren beiseite lassend – zur Erzeugung des demokratischen Klassenkampfes ausreichen. Dieser Frage soll im Folgenden durch eine Simulation nachgegangen werden. Mit dieser Simulation soll ermittelt werden, welches Gepräge der demokratische Klassenkampf bei Gültigkeit der in Tabelle 2.1 getroffenen Annahmen haben *könnte*.

## 4.2 Simulation der Daten

Mit der Simulation wird versucht, aus den Annahmen der Interessentheorie eine Prognose über die Verteilung des Wahlverhaltens in den maßgeblichen soziostrukturellen Gruppen abzuleiten. Zu diesem Zweck werden die Annahmen der Interessentheorie als Daten generierender Prozess zur Erzeugung künstlicher Datensätze verwendet, in denen dann gemäß der Handlungsregel der SEU-Theorie das individuelle Wahlverhalten vorhergesagt wird. Durch die Interessentheorie nicht näher spezifizierte Parameter der Handlungsentscheidung werden dabei als zufällig aufgefasst.

Insgesamt wurden 1 000 künstliche Datensätze mit je 16 000 Fällen erzeugt. Die Generierung der Datensätze erfolgte mit dem Datenanalysepaket *Stata*, Version 6.0. Nachfolgend wird die Erzeugung der künstlichen Datensätze beschrieben. Ergänzend zu dieser Beschreibung wurde der *Stata-Do-File*<sup>4</sup> zur Erzeugung der simulierten Datensätze in Anhang A.1 abgedruckt.

### 4.2.1 Allgemeine Datenstruktur

Nach den Annahmen der reformulierten Interessentheorie unterscheidet sich der *Erwartungsraum*  $P$  von acht durch Klassenzugehörigkeit und Bildung abgegrenzten soziostrukturellen Gruppen. Außerdem unterscheidet sich der *Bewertungsraum*  $U$  zwischen Personen unterschiedlicher Kohortenzugehörigkeit. Die maßgeblichen Einflussgrößen für den demokratischen Klassenkampf sind demnach Klassenzugehörigkeit, Bildung und Kohortenzugehörigkeit.

In den simulierten Daten wird die Klassenzugehörigkeit entsprechend Tabelle 2.1 mit den Kategorien Arbeitgeber, Administrative Dienste, Mischtypen/Experten und Soziale Dienste/Arbeiter erzeugt. Bezüglich der Bildung wird zwischen hoher und niedriger Bildung unterschieden, bei den Kohorten zwischen Älteren und Jüngeren. Insgesamt ergeben sich damit 16 unterschiedliche Kombinationen der maßgeblichen Einflussgrößen. Für jede dieser Kombinationen werden 1 000 Fälle vorgesehen. Jeder simulierte Datensatz enthält demnach 16 000 Fälle.

Zur Prognose des Wahlverhaltens mit der SEU-Theorie müssen für jeden der 16 000 Fälle die individuellen *Bewertungen* und *Erwartungen* vorliegen. Maßgeblich ist dabei die Bewertung der *Macht* ( $U_M$ ), des Wohlstands ( $U_W$ ) und der Selbstverwirklichung ( $U_S$ ). Für jede dieser Bewertungen wird daher eine Variable in den simulierten Datensätzen vorgesehen.

---

4 *crsimul.c.do*

Bei der Generierung der Variablen ist die Inglehart-Hypothese zu berücksichtigen. Das konkrete Vorgehen zur Bildung der Variablen für die Bewertungen findet sich in Abschnitt 4.2.2.

Die Erwartungen werden ebenfalls als Variablen des Datensatzes generiert. Bei ihrer Generierung sind die Annahmen der Tabelle 2.1 zu berücksichtigen. Da diese Hypothesen FDP und CDU jeweils gleich behandeln, genügen neun Variablen für die Erwartungen:

1.  $P_{M,kons}$  = die Wahrscheinlichkeit der Machtproduktion bei Wahl einer bürgerlichen Partei,
2.  $P_{M,SPD}$  = die Wahrscheinlichkeit der Machtproduktion bei Wahl der SPD,
3.  $P_{M,B90}$  = die Wahrscheinlichkeit der Machtproduktion bei Wahl von Bündnis 90/Die Grünen,
4.  $P_{W,kons}$  = die Wahrscheinlichkeit der Wohlstandsproduktion bei Wahl einer bürgerlichen Partei,
5.  $P_{W,SPD}$  = die Wahrscheinlichkeit der Wohlstandsproduktion bei Wahl der SPD,
6.  $P_{W,B90}$  = die Wahrscheinlichkeit der Wohlstandsproduktion bei Wahl von Bündnis 90/Die Grünen,
7.  $P_{S,kons}$  = die Wahrscheinlichkeit der Produktion von Selbstverwirklichung bei Wahl einer bürgerlichen Partei,
8.  $P_{S,SPD}$  = die Wahrscheinlichkeit der Produktion von Selbstverwirklichung bei Wahl der SPD,
9.  $P_{S,B90}$  = die Wahrscheinlichkeit der Produktion von Selbstverwirklichung bei Wahl von Bündnis 90/Die Grünen.

Gemäß der Interessentheorie unterscheiden sich die Erwartungen zwischen Personen verschiedener Klassenzugehörigkeit und Bildungsniveaus. Bei der Generierung der Variablen für die Erwartungen müssen diese Unterschiede berücksichtigt werden. Das konkrete Vorgehen wird ausführlich in Abschnitt 4.2.3 beschrieben.

Nach der Generierung der Variablen für die Bewertungen und die Erwartungen können die Nutzenerwartungen gemäß (4.2) ermittelt werden. Die Ergebnisse der Berechnung der Nutzenerwartungen bilden drei weitere Variablen des simulierten Datensatzes:

1. Die Nutzenerwartung, der Wahl einer bürgerlichen Partei mit

$$EU(kons) = P_{M,kons}U_M + P_{W,kons}U_W + P_{S,kons}U_S.$$

2. Die Nutzenerwartung, der Wahl der SPD mit

$$EU(SPD) = P_{M,SPD}U_M + P_{W,SPD}U_W + P_{S,SPD}U_S.$$

3. Die Nutzenerwartung, der Wahl von Bündnis 90/Die Grünen mit

$$EU(B90) = P_{M,B90}U_M + P_{W,B90}U_W + P_{S,B90}U_S.$$

Auf der Basis der Nutzenerwartungen lässt sich schließlich eine Prognose des individuellen Wahlverhaltens aufstellen. Hierzu werden drei *Dummy*-Variablen gebildet. Die erste *Dummy*-Variable erhält den Wert Eins, für alle Fälle, bei denen die Variable  $EU(kons)$  größer ist als  $EU(SPD)$  und als  $EU(B90)$ . Gemäß der SEU-Theorie gelten die Beobachtungen mit dem Wert Eins auf dieser *Dummy*-Variablen als Wähler von CDU oder FDP. Nach derselben Logik wird je eine *Dummy*-Variable für die SPD-Wähler und die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen gebildet. Durch einfaches Aufsummieren der drei *Dummy*-Variablen in jeder der 16 soziostrukturellen Gruppen lassen sich danach die bedingten relativen Anteile der Parteipräferenz in der jeweiligen Gruppe ermitteln.

Als Ergebnis aller Wiederholungen der Simulation kann der Bereich ermittelt werden, den diese Anteile in allen Wiederholungen eingenommen haben. Dieser Bereich ist der aus der Interessentheorie ableitbare „Möglichkeitsraum“ des demokratischen Klassenkampfes.

#### 4.2.2 Erzeugung der Bewertungen

Nach der Inglehart-Hypothese (Hypothese 1.13 bzw. 2.1) hat die Selbstverwirklichung für die Personen der jüngeren Generation einen größeren Stellenwert als für die Personen der älteren Generation. Die genaue Bewertung der Selbstverwirklichung sowie der beiden anderen Handlungsfolgen ist jedoch unbekannt. Weder ist bekannt, in welchem Wertebereich die Bewertungen normalerweise liegen, noch sind die konkreten individuellen Bewertungen der Akteure bekannt.

Gemäß den theoretischen Überlegungen zur Genese von Präferenzordnungen in Abschnitt 2.1 werden Präferenzordnungen erlernt. Trifft dies zu, sind Bewertungen der Akteure das Resultat ihrer individuellen Lerngeschichten. Fasst man die individuellen Lerngeschichten als eine Vielzahl von unbekanntem Einflüssen auf, so erscheint es sinnvoll, die Bewertungen zunächst als einen rein zufälligen Prozess aufzufassen. Alle Variablen für die Bewertungen werden hier darum als Zufallsvariable generiert.

Zur Erzeugung einer Zufallsvariable muss die Verteilung festgelegt werden, aus der die Zufallszahlen stammen. Zwei Merkmale sind dabei zu berücksichtigen, die Ober- und Untergrenze und die Verteilungsform. Mit dem ersten Merkmal wird festgelegt, welche Zahl die niedrigste und welche Zahl die höchste Zufallszahl sein kann. Diesem Merkmal entspricht die Wahl der Einheit, mit der man die Bewertungen bei einer empirischen Erhebung messen würde. Gemäß den theoretischen Annahmen sind die Bewertungen der Handlungsfolgen Macht, Wohlstand und Selbstverwirklichung stets positiv. Die untere Grenze des Zufallszahlenbereichs ist daher Null; eine Folgenbewertung von Null hat die Bedeutung, dass diese Folge für einen Akteur *keinen* Nutzen hat.

Gegeben diesen festen Nullpunkt können beliebige Obergrenzen für den Zufallszahlenbereich verwendet werden, da sich die Größenordnung der *EU*-Werte gegenüber positiven proportionalen Transformationen der Skala der Bewertungen nicht verändert. Als Obergrenze der Zufallszahlen wird hier willkürlich die Zahl Eins festgelegt. Es ist zu betonen, dass die Argumentation von Diekmann (1996) bezüglich des Problems der Messung von Bewertungen hier nicht gilt. Die Simulation ist noch Teil der theoretischen Modellierung. Die eingesetzten Werte für die Bewertungen sind theoretisch denkbare Werte. Das Problem, ob ein gemessener Wert von Null dem Nullpunkt des theoretischen Konstrukts entspricht, stellt sich dabei nicht.

Die Festlegung der Verteilungsform der Zufallsvariablen ist etwas problematischer. Die Bewertungen der Folgen Macht und Wohlstand sind erstens individuell verschieden und zweitens vollkommen unbekannt. Man könnte darum von einer Gleichverteilung der Bewertungen ausgehen. Allerdings ist der Erwartungswert einer gleichverteilten Zufallsvariable 0,5. Implizit würde man somit die Behauptung aufstellen, dass die durchschnittliche Bewertung von Macht und Wohlstand 0,5 ist – eine Behauptung die durch keine der theoretischen Annahmen gedeckt ist. Für die vorliegende Simulation sollte die Verteilung der Zufallszahl mithin offener gestaltet werden.

Eine Alternative zur Gleichverteilung ergibt sich aus der kumulativen Verteilungsfunktion der Standardnormalverteilung  $\Phi(z)$ . Diese gibt die Wahrscheinlichkeit an, mit der Werte kleiner oder gleich  $z$  aus einer standardnormalverteilten Verteilung gezogen werden können. Für  $z \rightarrow \infty$  nähert sich diese Wahrscheinlichkeit dem Wert Eins, für  $z \rightarrow -\infty$  dagegen dem Wert Null. Transformiert man alle Werte einer standardnormalverteilten Variable mit  $\Phi(z)$ , so erhält man annähernd gleichverteilte Werte zwischen Null und Eins mit einem Erwartungswert von 0,5. Transformiert man dagegen die Werte einer normalverteilten Variable mit einem Mittelwert über Null, so erhält man eine linksschiefe Variable mit einem Erwar-

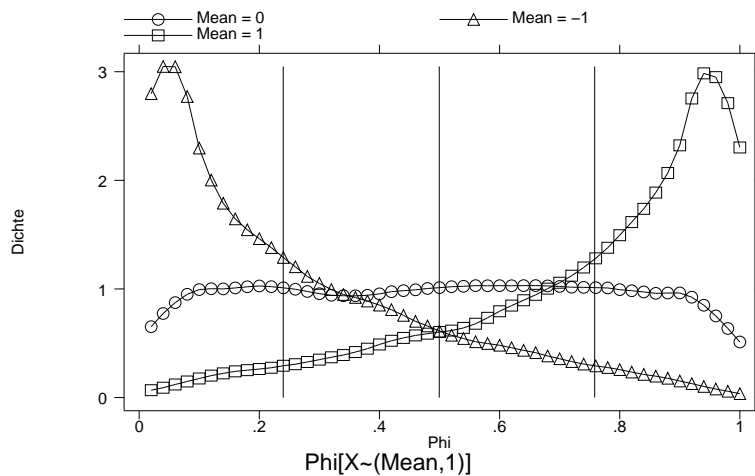


Abbildung 4.1: Verteilungsform der Zufallsvariablen nach Transformation mit  $\Phi(z)$

Quelle: *gnormprob.do*

tungswert über 0, 5. Die Transformation einer normalverteilten Variable mit einem Erwartungswert unter Null ergibt dagegen eine rechtsschiefe Variable mit einem Erwartungswert unter 0, 5. Durch Steuerung des Mittelwerts einer normalverteilten Variable lassen sich über die Transformation mit  $\Phi(z)$  daher beliebig links- oder rechtsschiefe Variablen aus  $[0, 1)$  konstruieren.

Abbildung 4.1 zeigt Kern-Dichte-Schätzer von drei auf diese Weise erzeugten Variablen. Die Kurven repräsentieren die Verteilungen von drei  $\Phi$ -transformierten normalverteilten Variablen. Von links oben nach links unten betrachtet hatten die Variablen vor der Transformation einen Mittelwert von  $-1$ ,  $0$  und  $+1$ . Die Mittelwerte der transformierten Variablen wurden durch einen senkrechten Strich markiert. Sie betragen – ebenfalls von links oben nach links unten – etwa  $0,25$ ,  $0,5$  und  $0,75$ .

Auf dieselbe Weise wie die drei Verteilungen aus Abbildung 4.1 wurden auch die Variablen für die Bewertungen der Macht und des Wohlstands gebildet. Konkret wurde zunächst die Zufallszahl  $R_U$  aus einer gleichverteilten Zufallsvariable zwischen  $-1$  und  $+1$  gezogen. Danach wurde für beide Folgen eine normalverteilte Zufallsvariable mit dem Mittelwert  $R_U$  gebildet und diese schließlich mit  $\Phi(z)$  in Werte zwischen Null und Eins transformiert. Bei jeder Wiederholung der Simu-

lation wurde ein neuer Wert für  $R_U$  bestimmt. Die Bewertungen von Macht und Wohlstand werden mithin durch einen systematischen und einem zufälligen Faktor gebildet. Mit dem systematischen Teil  $R_U$  wird der Mittelwert und die Verteilungsform der Bewertungen für jede Wiederholung bestimmt. Die konkrete Bewertung jedes Akteurs ist danach eine Zufallszahl aus dieser bei jeder Wiederholung neu festgelegten Verteilung.

Ähnlich verläuft die Erzeugung der Bewertungen für die Selbstverwirklichung. Die Bewertung der Selbstverwirklichung ist ebenfalls die Folge einer Vielzahl unbekannter Einflüsse. Gleichzeitig gilt jedoch die Inglehart-Hypothese, nach der die Selbstverwirklichung bei jüngeren Generationen einen höheren Stellenwert hat als bei älteren Generationen. Diese Hypothese wird hier so verstanden, dass die jüngeren Kohorten im Durchschnitt höhere Bewertungen bei der Selbstverwirklichung aufweisen als die älteren Kohorten. Die Variable mit den Bewertungen für die Selbstverwirklichung sollte darum diesem Bild entsprechen. Zur Generierung der Variable muss allerdings geklärt werden, welches Verhältnis zwischen der Bewertung der Selbstverwirklichung und den Bewertungen von Macht und Wohlstand besteht. Die Inglehart-Hypothese trifft hierzu keine Aussage. Hier wird darum eine pragmatische Entscheidung getroffen: Bei den jüngeren Kohorten entspricht der Durchschnitt der Bewertung der Selbstverwirklichung demjenigen von Macht und Wohlstand. Bei den älteren Kohorten liegt die Bewertung der Selbstverwirklichung dagegen im Schnitt *niedriger* als die Bewertung von Macht und Wohlstand.

Die Variable  $U_S$  wird für die jüngeren Kohorten wie die Bewertungen von Macht und Wohlstand gebildet: Sie entspricht den mit  $\Phi(z)$  transformierten Werten einer normalverteilten Zufallsvariable mit dem Erwartungswert  $R_U$ .

Für die älteren Kohorten wird die Variable zunächst entsprechend gebildet, anschließend jedoch mit einem „Reduktionsfaktor“ multipliziert. Der Reduktionsfaktor ist dabei eine weitere Zufallsvariable zwischen Null und Eins. Die Bildung des Reduktionsfaktors folgt der Bildung der Bewertungen: Es handelt sich um die transformierten Werte einer normalverteilten Zufallsvariable mit dem Mittelwert  $F_U$ . Dabei ist  $F_U$  eine Zufallszahl aus  $[-1, 1)$ , die bei jeder Wiederholung der Simulation neu bestimmt wird. Inhaltlich werden die Bewertungen der älteren Generation somit ebenfalls aus einem systematischen und einem zufälligen Bestandteil gebildet. Der systematische Bestandteil  $F_U$  legt das durchschnittliche Ausmaß fest, um den die Bewertungen der Älteren kleiner sind als die Bewertungen der Jüngeren.



### 4.2.3 Erzeugung der Erwartungen

Bei den Erwartungen handelt es sich um *Wahrscheinlichkeiten*. Auf Grund der mathematischen Definition von Wahrscheinlichkeiten liegt der Wertebereich der Erwartungen zwischen Null und Eins. Wie die Bewertungen werden auch die Erwartungen erlernt und sind deshalb der Vielzahl unbekannter Einflüsse der individuellen Lerngeschichte ausgesetzt. Darüber hinaus wirken zahlreiche unbekannte Einflussfaktoren der aktuellen Entscheidungssituation auf die Erwartungen. Auch die Variablen für die Erwartungen sollten darum im Wesentlichen zufällig erzeugt werden. Dabei müssen jedoch gleichzeitig die Hypothesen der Tabelle 2.1 berücksichtigt werden. Das Vorgehen soll hier exemplarisch für die Erwartungen der Machtproduktion dargestellt werden. Die Variablen für die anderen Erwartungen werden nach demselben Muster generiert.

Bezüglich der Folge Macht müssen drei Variablen gebildet werden, und zwar

1.  $P_{M,kons}$  = die Wahrscheinlichkeit der Machtproduktion bei Wahl einer bürgerlichen Partei,
2.  $P_{M,SPD}$  = die Wahrscheinlichkeit der Machtproduktion bei Wahl der SPD,
3.  $P_{M,B90}$  = die Wahrscheinlichkeit der Machtproduktion bei Wahl von Bündnis 90/Die Grünen.

Nach den Hypothesen der Tabelle 2.1 sollte dabei für alle Arbeitgeber gelten, dass  $P_{M,kons}$  sowohl größer ist als  $P_{M,SPD}$  als auch größer als  $P_{M,B90}$ . Wie oben erwähnt muss dabei gleichzeitig die Möglichkeit individueller Lerngeschichten zugelassen werden.

Zur technischen Umsetzung dieser Bedingungen wurde  $P_{M,kons}$  zunächst für die Arbeitgeber mit Werten angefüllt. Dabei wurde dasselbe Prinzip wie bei der Generierung der Bewertungen angewandt. Zunächst wird der systematische Faktor  $R_{P_{M,kons}}$  als Zufallszahl zwischen  $-1$  und  $1$  bestimmt. Danach wird eine normalverteilte Zufallsvariable mit dem Mittelwert  $R_{P_{M,kons}}$  gebildet und durch  $\Phi(z)$  in eine Variable mit Werten zwischen Null und Eins transformiert. Anschließend wird die Variable  $P_{M,SPD}$ , wieder nur für die Arbeitgeber, gebildet. Hierzu werden die Werte von  $P_{M,kons}$  mit einem Reduktionsfaktor multipliziert. Bei diesem Reduktionsfaktor handelt es sich um eine Zufallsvariable aus  $[0, 1)$ . Gebildet wird diese Zufallsvariable durch die Transformation einer normalverteilten Zufallsvariable mit  $\Phi(z)$ . Der Mittelwert der normalverteilten Zufallsvariable wird in jeder Wiederholung der Simulation systematisch durch die Zufallszahl  $F_{M_1}$  aus  $[-1, 1)$  festgelegt.

Auf diese Weise

- sind die Werte von  $P_{M,SPD}$  einer Beobachtung stets kleiner als die Werte von  $P_{M,kons}$  derselben Beobachtung,
- können die Werte von  $P_{M,SPD}$  im Einzelfall fast gleich groß wie  $P_{M,kons}$  sein und
- wird das durchschnittliche Ausmaß der Reduktion durch den systematischen Reduktionsfaktor  $F_{M_1}$  gesteuert.

Danach werden die Werte von  $P_{M,B90}$  erzeugt. Diese werden ebenfalls durch Multiplikation von  $P_{M,kons}$  mit dem Reduktionsfaktor  $F_{M_1}$  gebildet. Die Werte von  $P_{M,B90}$  weisen damit im Vergleich zu den Werten von  $P_{M,kons}$  dieselben Eigenschaften auf wie die von  $P_{M,SPD}$ . Im Vergleich zu den Werten von  $P_{M,SPD}$  sind die Werte von  $P_{M,B90}$  im Schnitt gleich groß, teilweise jedoch größer und teilweise kleiner.

Bei den Erwartungen der Arbeitnehmer sollte  $P_{M,SPD} > P_{M,B90} > P_{M,kons}$  gelten. Um dies zu erreichen wird die Variable  $P_{M,SPD}$  für die Arbeitnehmer zunächst mit zufälligen Werten zwischen Null und Eins aufgefüllt. Diese werden auf die bereits bekannte Weise erstellt. Auf Basis dieser Werte werden dann die Werte für  $P_{M,B90}$  durch Multiplikation von  $P_{M,SPD}$  mit einem Reduktionsfaktor gebildet. Der Reduktionsfaktor wird wieder durch Transformation einer normalverteilten Zufallsvariable erzeugt. Der Mittelwert der Zufallsvariable wird zuvor durch die Zufallszahl  $F_{M_2}$  festgesetzt. Die abermalige Multiplikation der Werte von  $P_{M,B90}$  mit demselben Reduktionsfaktor ergibt dann die Variable  $P_{M,kons}$ .

Allgemein lässt sich das Vorgehen wie folgt zusammenfassen: Für jede maßgebliche soziostrukturelle Gruppe wird zunächst die Variable für die Erwartungen erzeugt, welche nach der Theorie die höchsten Werte aufweisen. Dabei werden zufällige Werte zwischen Null und Eins verwendet. Erwartungen, welche laut Theorie kleinere Werte aufweisen, werden durch Multiplikation der nächstgrößeren Variable mit einer weiteren Zufallsvariable aus  $[0, 1)$  erzeugt. Entsprechend diesem allgemeinen Vorgehen wurden auch die übrigen Variablen für die Erwartungen bezüglich der Produktion von Wohlstand und Selbstverwirklichung generiert.

### 4.3 Ergebnisse der simulierten Daten

Bei jeder Wiederholung der Simulation lässt sich für alle Beobachtungen des simulierten Datensatzes die Nutzenerwartung der Wahl einer bürgerlichen Partei, der Wahl der SPD und der Wahl von Bündnis 90/Die Grünen berechnen. Auf Basis dieser Werte kann dann das prognostizierte Wahlverhalten bestimmt werden; es entspricht derjenigen Partei, für welche die höchste Nutzenerwartung berechnet wurde. Als Ergebnis eines einzelnen Durchgangs der Simulation werden die bedingten relativen Anteile des prognostizierten Wahlverhaltens in den 16 soziostrukturellen Gruppen festgehalten.<sup>5</sup> Betrachtet man alle 1 000 simulierten Verteilungen, erhält man einen Raum von mit der Interessentheorie erklärbaren Verteilungen. Die Darstellung dieses Raums möglicher Verteilungen ist der Gegenstand des vorliegenden Abschnitts.

Abbildung 4.2 auf der nächsten Seite zeigt den Möglichkeitsraum der Verteilungen des Wahlverhaltens. Die Abbildung ist in drei Teile unterteilt. Die oberste Teilgrafik zeigt die bedingten relativen Anteile für die beiden bürgerlichen Parteien (CDU/CSU und FDP). Die mittlere Grafik zeigt dieselben Werte für die SPD, die untere Grafik diejenigen für Bündnis 90/Die Grünen. Alle drei Teilgrafiken sind gleich aufgebaut. Entlang der vertikalen Achse sind die soziostrukturellen Gruppen angegeben. Diese sind in jeweils vier Blöcke unterteilt. In den beiden oberen Blöcken finden sich die älteren Kohorten, in den beiden unteren Blöcken die jüngeren Kohorten. Innerhalb der Gruppierung nach den Kohorten finden sich zunächst die Ergebnisse für die Gruppen mit niedrigerer Bildung, dann diejenigen für die Gruppen mit höherer Bildung. Der Möglichkeitsraum der bedingten relativen Anteile ist entlang der horizontalen Achse abgetragen. Die waagrechten Linien der Grafiken reichen vom niedrigsten bis zum höchsten aller in den einzelnen Simulationen prognostizierten Anteilswerte. Sie geben damit den Bereich an, innerhalb dessen die Anteile der jeweiligen Partei bei Gültigkeit der hier verwendeten Hypothesen *auf jeden Fall* liegen sollten. Das kreisförmige Plotsymbol gibt das arithmetische Mittel des jeweiligen Anteilswertes über alle 1000 Simulationsläufe wieder.

Die Abbildung 4.2 enthält Aussagen darüber, wie die Realität aussehen müsste, wenn die Interessentheorie *wahr* wäre. Solche Aussagen werden im Folgenden als „Testimplikationen“ bezeichnet. Lassen sich die Testimplikationen empirisch beobachten, so wird die Interessentheorie gestützt, ansonsten falsifiziert.

---

<sup>5</sup> Anders formuliert: Die Zeilenprozentsätze einer Tabelle mit den soziostrukturellen Gruppen in den Zeilen und dem prognostizierten Wahlverhalten in den Spalten.

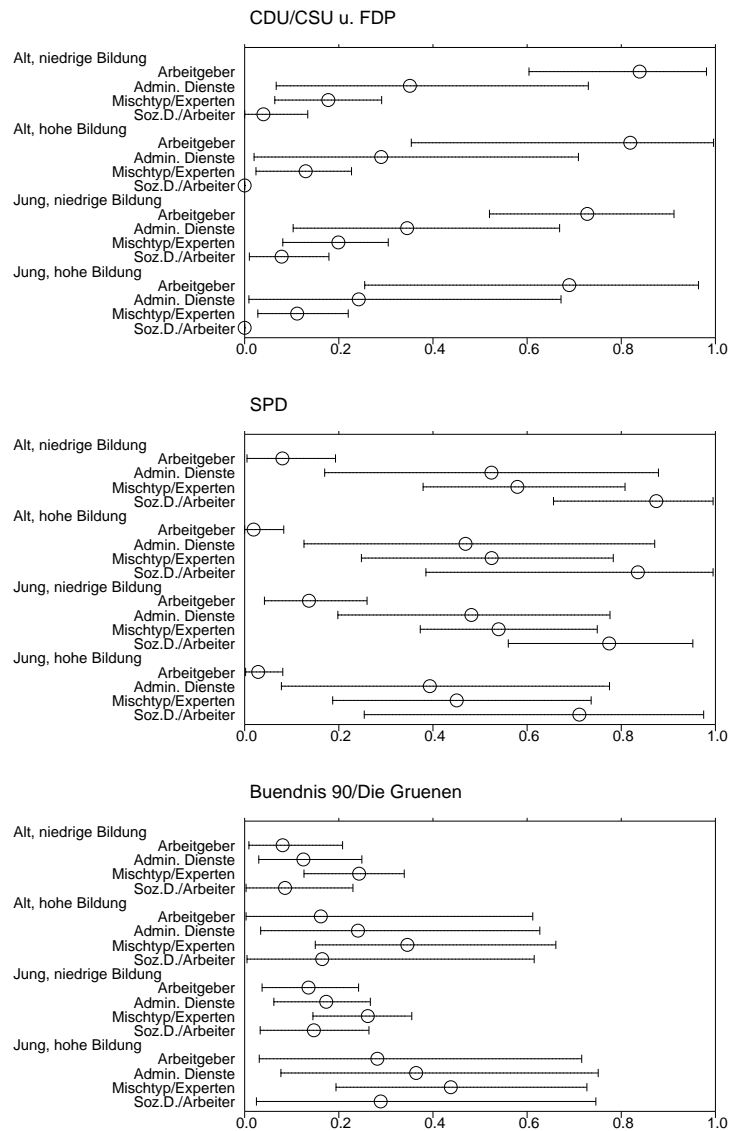


Abbildung 4.2: Möglichkeitsraum des demokratischen Klassenkampfes

Quelle: *ansimul3.c.do*

Der Abbildung lassen sich drei Typen von Testimplikationen entnehmen: Erstens lässt sich erkennen, in welchem Bereich die Anteilswerte der verschiedenen Parteien *auf jeden Fall* liegen sollten. Dieser Bereich wird hier als „Möglichkeitsraum“ des demokratischen Klassenkampfes bezeichnet. Liegen die Anteilswerte in der Realität außerhalb dieses Möglichkeitsraumes, so wäre dies nicht mit der Interessentheorie erklärbar. Zweitens lassen sich mit der Abbildung diejenigen soziostrukturellen Gruppen identifizieren, deren Möglichkeitsräume sich nicht überschneiden. Die Parteipräferenzen dieser Gruppen sollten sich darum *auf jeden Fall* unterscheiden. Man könnte diese Gruppen folglich als die zentralen Einheiten des demokratischen Klassenkampfes bezeichnen. Drittens lassen sich aus den Mittelwerten der Verteilungen Aussagen über die grundsätzliche Struktur des Wahlverhaltens der soziostrukturellen Gruppen gewinnen.

#### 4.3.1 Möglichkeitsraum

Zum ersten Typ von Testimplikationen: Die aus der Interessentheorie ableitbaren Anteile der Parteien nehmen in der Regel einen sehr großen Bereich ein. Teilweise schwanken die simulierten Werte über einen Bereich von nahezu 80 Prozentpunkten. Insofern ist die Menge potentieller Falsifikatoren relativ klein und ein entsprechender empirischer Test nicht sehr aussagekräftig.

Relativ sicher sind die niedrigen Anteile von CDU-Wählern bei den Arbeitern bzw. Sozialen Diensten sowie die niedrigen Anteile von SPD-Wählern unter den Arbeitgebern. Die geringste Streuung weisen die CDU-Wähler der hochgebildeten Arbeiter oder sozialen Dienste auf. Sie sollten niemals CDU/CSU oder FDP wählen. Bei der SPD-Wahl haben die höher gebildeten Arbeitgeber der jüngeren Kohorte die geringste Streuung. Der Anteil der SPD-Wähler sollte in dieser Gruppe zwischen 0, 1 und 12 Prozent liegen<sup>6</sup>. Ebenfalls relativ sicher sind die niedrigen Anteile der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen unter allen Gruppen mit niedrigerer Bildung. Die Differenzen zwischen den kleinsten und den größten prognostizierten Anteilen in diesen Gruppen betragen jeweils um die 20 Prozentpunkte. Insofern wird man selbst bei diesen relativ kleinen Streuungen nicht unbedingt reale Werte außerhalb des simulierten Bereichs erwarten. Deshalb ergeben etwa eintreffende Bestätigungen der Testimplikationen dieses ersten Typs keine besonders starke Stützung der Interessentheorie.

---

6 *ansimul1.do*

#### 4.3.2 Zentrale Einheiten

Der zweite Typ von Testimplikationen betrifft soziostrukturelle Gruppen, deren simulierte Verteilungen sich nicht überschneiden. In Abbildung 4.2 lässt sich derartiges vor allem von den Arbeitgebern und den Arbeitern bzw. den Sozialen Diensten feststellen. Unabhängig von der Bildung und der Kohortenzugehörigkeit sind selbst die kleinsten simulierten Anteile der SPD bei den Arbeitern bzw. Sozialen Diensten höher als die größten entsprechenden Anteile bei den Arbeitgebern. Dasselbe gilt auch bei den Präferenzen für die CDU. Hier zeigt sich das umgekehrte Muster: Arbeitgeber wählen auf jeden Fall häufiger CDU/CSU und FDP als die Arbeiter bzw. Sozialen Dienste.

Hervorstechend sind auch die Unterschiede zwischen den Mischtypen bzw. Experten und den Arbeitgebern. Hier impliziert die Interessentheorie, dass die Mischtypen und Experten häufiger SPD wählen als die Arbeitgeber bzw. umgekehrt die Arbeitgeber häufiger CDU/CSU und FDP als die Mischtypen und Experten.

Für alle anderen soziostrukturellen Gruppen lassen sich keine derartigen Aussagen treffen. Ob die Interessentheorie Unterschiede im Wahlverhalten zwischen beliebigen anderen Gruppen impliziert oder nicht, hängt von den tatsächlich vorherrschenden Erwartungen und Bewertungen ab. Allein auf der Basis der Hypothesen der Interessentheorie lassen sich keine eindeutigen Testimplikationen über Unterschiede in den Parteipräferenzen zwischen diesen Gruppen ableiten. Insofern sind die Möglichkeiten zur Überprüfung der Interessentheorie mangels falsifizierbarer Testimplikationen dieses Typs relativ klein.

#### 4.3.3 Struktur

Bleibe schließlich der dritte Typ von Testimplikationen. Diese ergeben sich aus einem Vergleich der Mittelwerte der simulierten Anteile. Unter bestimmten Bedingungen kann man die in Abbildung 4.2 eingezeichneten Mittelwerte als die erwartbaren Anteile von Wählern einer Partei in der jeweiligen Gruppe interpretieren. In diesem Fall ließe sich die Lage der Mittelwerte als Hinweis über die Struktur des Wahlverhaltens in den soziostrukturellen Gruppen auffassen. Je höher der Mittelwert in einer soziostrukturellen Gruppe, desto höher ist der Anteil von Wählern der jeweiligen Partei in dieser Gruppe.

Es sei betont, dass dieser Typ von Testimplikation nicht unbedingt zur Überprüfung der Interessentheorie herangezogen werden kann. Die in einer einzelnen Simulation ermittelten Anteilswerte sind das Resultat von drei Faktoren: Erstens

der Hypothesen der Interessentheorie über die Erwartungen und Bewertungen, zweitens der jeweiligen Festlegung der Verteilung, aus der die Zufallsvariablen der Simulation gezogen werden, und drittens der tatsächlich gezogenen Zufallszahlen. Problematisch ist dabei in erster Linie der zweite Faktor. Solange man nur die Bereiche der simulierten Anteile betrachtet, beziehen sich die Aussagen auf alle denkbaren Verteilungsannahmen. Interpretiert man dagegen den Mittelwert aller simulierten Anteile, so bildet man implizit auch einen Durchschnitt über alle denkbaren Verteilungsannahmen. Im vorliegenden Fall wird dabei implizit angenommen, dass alle Zufallsvariablen aus einer Gleichverteilung gezogen werden. Anders formuliert: die durchschnittlichen Erwartungen betragen jeweils 0,5 und die jeweils niedrigeren Erwartungen sind im Schnitt etwa halb so groß wie die jeweils größeren Erwartungen. Nur wenn man dies annimmt, lassen sich aus den Mittelwerten Testimplikationen für die Interessentheorie gewinnen.

Interpretiert man trotz dieser Problematik die Mittelwerte der simulierten Verteilungen, so ergibt sich folgendes Bild: Bezüglich der bürgerlichen Parteien sollten die Arbeitgeber den höchsten Anteil aufweisen. Mit jeweils etwas geringem Abstand folgen dann die Administrativen Dienste, dann die Mischtypen und schließlich die Arbeiter und Sozialen Dienste. Dieses Muster zeigt sich unabhängig von Bildungsniveau oder Kohortenzugehörigkeit. Außerdem wird man bei den jüngeren Kohorten etwas niedrigere Anteilswerte erwarten als bei den älteren Kohorten. Das Bildungsniveau hat dagegen kaum einen Einfluss auf die Wahl bürgerlicher Parteien.

Bezüglich der Wahl der SPD zeigt sich im Wesentlichen das umgekehrte Bild. Unter den Arbeitgebern sind die Anteile von SPD-Wählern relativ klein, unter den Arbeitern bzw. Sozialen Diensten dagegen relativ groß. Mischtypen und Experten liegen zwischen diesen Polen und sind untereinander relativ ähnlich. Auch dieses Bild zeigt sich in allen soziostrukturellen Gruppen. Das Bildungsniveau und die Kohortenzugehörigkeit haben praktisch keinen Einfluss auf die erwarteten Anteile von SPD-Wählern.

Bei den Anteilen von Bündnis 90/Die Grünen sollte man schließlich keine starken Unterschiede zwischen den Personen unterschiedlicher Klassenzugehörigkeit erwarten. Vergleichsweise hohe Anteilswerte sind nur bei den höher Gebildeten der jüngeren Kohorten zu erwarten.

Insgesamt deuten die Ergebnisse der Simulation auf einige Schwierigkeiten zur Überprüfung der Interessentheorie hin. Zwar folgt aus der Interessentheorie mit einiger Sicherheit unterschiedliches Wahlverhalten von Arbeitgebern und Arbeitern. Bezüglich fast aller anderen Gruppen lassen sich dagegen nahezu beliebige Konstellationen soziostrukturell basierten Wahlverhaltens aus der Interessentheo-

rie ableiten. Ganz unabhängig von möglichen Alternativerklärungen für den demokratischen Klassenkampf fällt es darum relativ schwer, Falsifikatoren der Interessentheorie zu finden. Weiterhin kann eine empirische Bestätigung der in diesem Abschnitt identifizierten Testimplikationen nicht als sicherer Test der Interessentheorie betrachtet werden. Sie sind lediglich als eine Art Mindestvoraussetzung anzusehen. Für eine empirische Bestätigung der Interessentheorie werden weitere Testimplikationen benötigt.

#### 4.4 Überprüfung der Testimplikationen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Simulation mit Daten des SOEP und des ALLBUS verglichen.

Vom SOEP werden alle Daten der Erhebungswellen von 1984 bis 1997 im *Unbalanced* Paneldesign<sup>7</sup> verwendet. Die Daten werden wie mehrere Querschnitterhebungen zu einem gemeinsamen Datensatz kumuliert. Nach Ausschluss aller Beobachtungen mit fehlenden Werten standen der Analyse 49 493 Beobachtungen zur Verfügung.

Vom ALLBUS<sup>8</sup> werden alle Daten der Erhebungsjahre 1980 bis 1992 verwendet. Spätere Erhebungsjahre werden nicht verwendet, da diese keine Einordnung der Befragten in das EGP-Klassenschema auf Basis des Einordnungsberufs nach Pappi zulassen. Nach der Kumulation der einzelnen Erhebungen und dem Ausschluss aller Beobachtungen mit fehlenden Angaben standen der Analyse 13 909 Beobachtungen zur Verfügung.

##### 4.4.1 Operationalisierung und Methode

Die Überprüfung der Testimplikationen erfordert empirisches Material zur Parteipräferenz, zur Klassenzugehörigkeit, zur Kohortenzugehörigkeit und zum Bildungsniveau.

In den Daten des SOEP liegt die Parteipräferenz in Form der so genannten *Parteineigungsfrage*<sup>9</sup> vor. Dabei werden die Angaben der Befragten in den einzelnen Erhebungswellen leicht unterschiedlich kategorisiert. Für die nachfolgenden

---

7 Vgl. hierzu Seite 124.

8 ZA-Nr. 1795

9 Zur Operationalisierung der Parteipräferenz siehe auch Abschnitt 2.3. Der Wortlaut der Parteineigungsfrage findet sich in Fußnote 15 auf Seite 117.



Analysen wurden drei Kategorien der Parteineigung verwendet. Die erste Kategorie setzt sich aus einer Neigung zur CDU, zur CSU, zur CDU/CSU oder zur FDP zusammen. Die zweite Kategorie steht für die Neigung zur SPD, die dritte für die Neigung zu den Bündnisgrünen; alle übrigen Beobachtungen werden aus der Analyse ausgeschlossen.

In den Daten des ALLBUS liegt die Parteipräferenz regelmäßig in Form der Sonntagsfrage und der *Recall*-Frage vor. In den nachfolgenden Analysen wurde die Sonntagsfrage verwendet. Diese wurde entsprechend der Angaben zur Parteineigung im SOEP in drei Kategorien unterteilt; alle übrigen Beobachtungen wurden aus der Analyse ausgeschlossen.

Der Klassenzugehörigkeit liegt das Klassenschema von Erikson, Goldthorpe und Portocarero (EGP-Klassenschema) zugrunde. Hierzu wurde in den SOEP-Daten ein EGP-Klassenschema für den Beruf des Hauptverdieners bzw. ehemaligen Hauptverdieners gebildet. Ausführliche Informationen zur Operationalisierung des EGP-Klassenschemas im SOEP finden sich im Internet<sup>10</sup> Im ALLBUS wurden dagegen die EGP-Klassenvariable in der Einordnung nach Pappi verwendet<sup>11</sup>. In beiden Datensätzen wurde die EGP-Klassenvariable zu den theoretisch bedeutsamen Kategorien zusammengefasst. In Anschluss an Walter Müller (1998) wurden dabei die beiden Dienstklassen zu einer Klasse zusammengefasst und danach entlang der beruflichen Tätigkeit in die Fraktionen „Administrative Dienstklasse“, „Experten“ und „Soziale Dienste“ unterteilt. Die Unterteilung der Dienstklasse in die drei Fraktionen erfolgt auf der Basis der ISCO-Klassifikation von 1968. Die Details der Zusammenfassung des EGP-Klassenschemas sowie der Unterteilung der beiden Dienstklassen können Tabelle 4.1 auf der nächsten Seite entnommen werden.

Bei der Reformulierung der Interessentheorie wurde die Bildung als eine Ressource zur Teilhabe an der öffentlichen politischen Diskussion bezeichnet (vgl. Hypothese 1.14 auf Seite 78). Diese Vorstellung zielt auf die allgemeine kognitive Kompetenz der Individuen. Als Indikator wird hier die allgemeine schulische Bildung verwendet.

Sowohl im SOEP als auch im ALLBUS liegt die allgemeine schulische Bildung in den Kategorien „Ohne Abschluss“, „Hauptschulabschluss“, „Mittlere Reife“, „Fachhochschulabschluss“ und „Abitur“ vor. Für den Vergleich mit den simu-

---

<sup>10</sup> <http://www.sowi.uni-mannheim.de/lesas/kohler02b/dissanhwww.pdf>

<sup>11</sup> Die Einordnung nach Pappi wurde verwendet, weil diese generell höhere Zusammenhänge mit dem Wahlverhalten aufweist als die Einordnung nach Terwey. Vgl. hierzu sowie zu den Einordnungsberufen allgemein <http://www.sowi.uni-mannheim.de/lesas/kohler02b/dissanhwww.pdf>

Kategorie	gebildet aus
Arbeitgeber	kleine/große Arbeitgeber
Administrative Dienstklasse	Dienstklasse I & II (ISCO 1,2, 121–129, 201–999)
Experten/Mischtypen	Dienstklasse I & II (ISCO 11–54, 81–110), Nicht-manuelle Routineberufe, Heimberufe, Vorarbeiter
Soziale Dienstleistungen, Arbeiter	Dienstklasse I & II (ISCO 61–79, 131–199), Facharbeiter, an- und ungelernte Arbeiter, Landarbeiter

Tabelle 4.1: Zusammenfassung des EGP-Klassenschemas

lierten Daten mussten diese Kategorien dichotomisiert werden. Als hohe Bildung galten der Fachhochschulabschluss und das Abitur. Mittlere Reife und Hauptschulabschluss sowie das Verlassen der Schule ohne Abschluss galt als niedrige Bildung.

Nach der Inglehart-Hypothese (Hypothese 1.13 auf Seite 76) werden die Wertvorstellungen der Menschen durch die Sozialisationsbedingungen in der Phase der Adoleszenz geprägt. Üblicherweise wird dabei davon ausgegangen, dass vor allem die Zeit vor und nach den Wirtschaftswunderjahren unterschiedliche Sozialisationsbedingungen aufweisen. Zum Vergleich mit den simulierten Daten wurden deswegen zwischen den vor 1940 geborenen „alten“ Kohorten und ab 1940 geborenen „jungen“ Kohorten unterschieden.

Die Angaben zur Klassenzugehörigkeit, zur Kohortenzugehörigkeit und zum Bildungsniveau wurden dazu genutzt, die Befragten einer der insgesamt 16 relevanten soziostrukturellen Gruppen zuzuordnen. Für jede dieser soziostrukturellen Gruppen wurden die Anteile von Befragten mit einer Präferenz für die CDU/CSU und FDP, für die SPD und für Bündnis 90/Die Grünen berechnet. Alle Anteilswerte beruhen auf gewichteten Daten.<sup>12</sup>

Die so berechneten Anteilswerte wurden in den Abbildungen 4.3 und 4.4 abgetragen. Dabei werden die jeweiligen Anteilswerte durch das Plotsymbol wiedergegeben. Die waagrechten Linien der Grafik entsprechen dem Möglichkeitsraum der

<sup>12</sup> Zur Gewichtung des SOEP vgl. Abschnitt 3.3.1. Im ALLBUS wurde die Transformationsgewichtung und – bei den Erhebungsjahren 1991 und 1992 – zusätzlich die Ost-West-Gewichtung verwendet.

durch die Interessentheorie erklärbaren Anteilswerte. Den Abbildungen 4.3 und 4.4 lassen sich eine Reihe von Befunden entnehmen. Sie seien im Folgenden getrennt für die drei oben unterschiedenen Typen von Testimplikationen dargestellt.

#### 4.4.2 Möglichkeitsraum

Der erste Typ von Testimplikationen bezog sich auf den Bereich, in dem die realen Anteilswerte liegen sollten, wenn die Interessentheorie zutrifft. Hier lassen sich vier Ergebnisse festhalten:

1. In den meisten soziostrukturellen Gruppen entsprechen die Anteilswerte der untersuchten Parteipräferenzen den Erwartungen der Interessentheorie.
2. Bei den Sozialen Dienste und Arbeitern, sowie den Mischtypen und Experten ist der Anteil von Personen mit einer Präferenz für die CDU/CSU und FDP durchweg höher als man dies auf der Basis der Interessentheorie hätte erwarten dürfen.
3. Unter den jungen Arbeitgebern mit hoher Bildung ist die Präferenz für die SPD stärker ausgeprägt als von der Interessentheorie erwartet.
4. Die Anteile der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen sind tendenziell niedriger als von der Interessentheorie erwartbar und liegen teilweise sogar außerhalb des erklärbaren Bereichs.

Als fünftes Ergebnis mag man hinzufügen, dass sich die Ergebnisse zwischen dem SOEP und dem ALLBUS trotz unterschiedlicher Indikatoren der Parteipräferenz, trotz der unterschiedlichen Einordnungsberufe, trotz des unterschiedlichen Erhebungszeitraums und trotz des unterschiedlichen Untersuchungsdesigns in den genannten Punkten nicht unterscheiden.

Bei der Bewertung der Ergebnisse muss man berücksichtigen, dass der Raum der aus der Interessentheorie ableitbaren Anteilswerte relativ groß ist. Ein empirisch beobachteter Anteilswert innerhalb dieses Raums ist als Test der Interessentheorie daher nicht allzu aussagekräftig. Umso wichtiger erscheinen diejenigen Anteilswerte, welche außerhalb des Möglichkeitsraums liegen. Insofern erscheint die Interessentheorie vor allem hinsichtlich der Gruppe der sozialen Dienste und Arbeiter überarbeitungsbedürftig.

Weniger schwerwiegend sind die von der Interessentheorie tendenziell zu hoch prognostizierten Anteile von Personen mit einer Präferenz für die Bündnisgrünen.

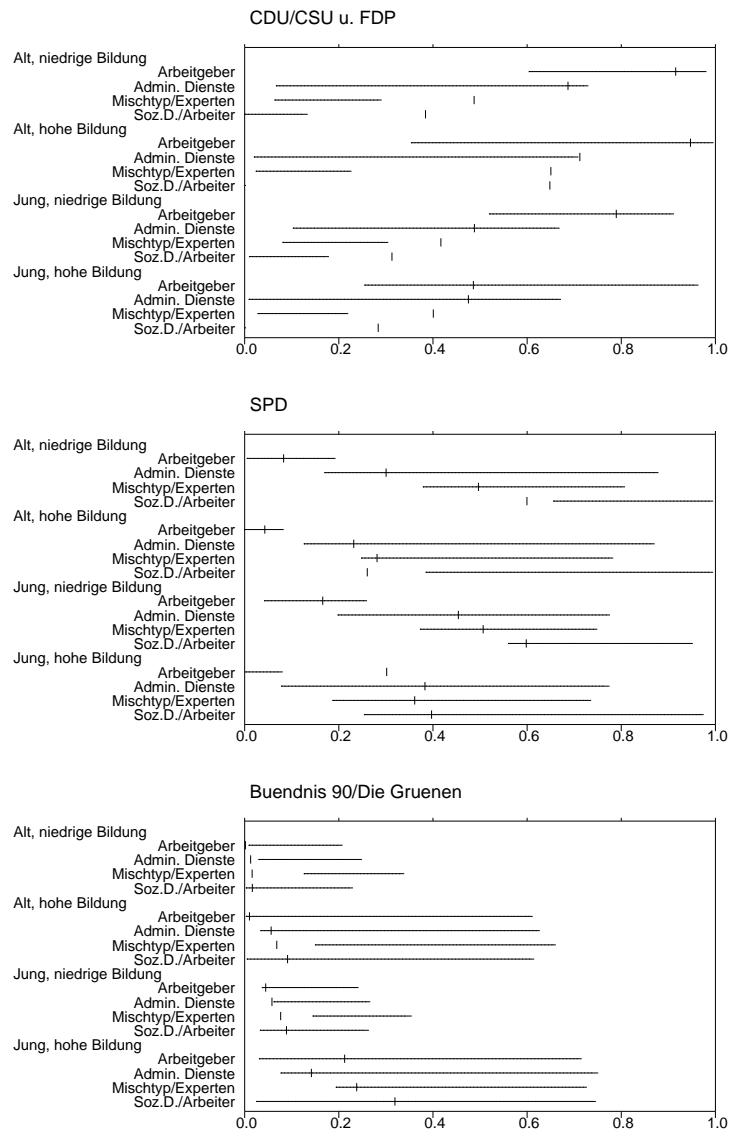


Abbildung 4.3: Anteile der Parteineigung im Möglichkeitsraum des demokratischen Klassenkampfes

Quelle: *ansimul4.c.do*

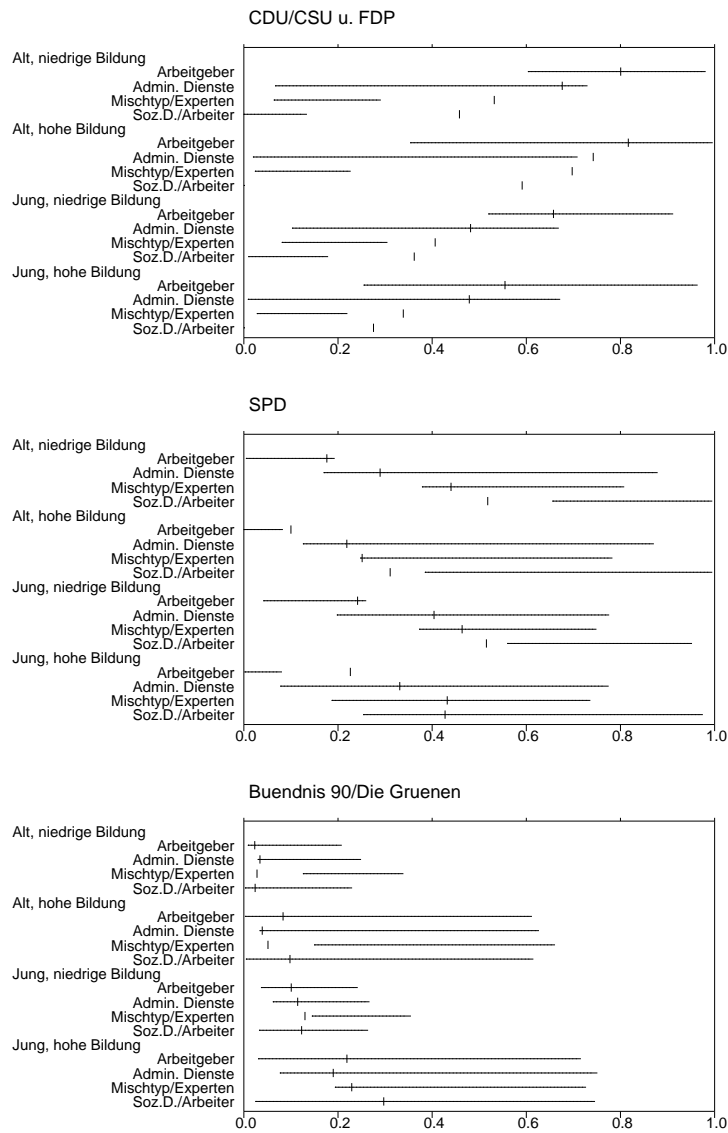


Abbildung 4.4: Anteile der Wahlabsicht im Möglichkeitsraum des demokratischen Klassenkampfes

Quelle: *ansimul5.c.do*

Hierfür ist die relativ willkürliche Entscheidung, die Bewertung der Selbstverwirklichung für die jüngeren Kohorten so hoch anzusetzen wie die Bewertung von Macht und Wohlstand, ausschlaggebend.

#### 4.4.3 Zentrale Einheiten

Der zweite Testimplikationstyp bezog sich auf diejenigen Gruppen, zwischen denen *auf alle Fälle* Unterschiede in den Parteipräferenzen feststellbar sein sollten. Hier sollten sich vor allem die Parteipräferenzen der Arbeitgeber einerseits und der Sozialen Dienste und Arbeiter andererseits unterscheiden; eine Vermutung, die voll und ganz in den realen Daten zutrifft. Dasselbe gilt auch für die übrigen in Abschnitt 4.3.2 identifizierten soziostrukturellen Gruppen.

#### 4.4.4 Struktur

Der dritte Typ von Testimplikationen bezog sich auf die Struktur der Parteipräferenzen in den soziostrukturellen Gruppen. Sie wurden den Mittelwerten der simulierten Verteilungen entnommen. Wie oben (Seite 160) ausgeführt stellen diese Testimplikationen nur unter der Gültigkeit von Zusatzannahmen einen Test der Interessentheorie dar.

Der Vergleich der theoretisch erwarteten Struktur der Parteipräferenzen mit den realen Daten findet sich in Abbildung 4.5. In dieser Abbildung wurden an Stelle des Bereichs der simulierten Verteilungen deren Mittelwerte eingezeichnet. Daneben finden sich die bereits in den Abbildungen 4.3 und 4.2 dargestellten realen Anteile der Parteipräferenzen in den soziostrukturellen Gruppen. Zur Betonung der Struktur dieser Parteipräferenzen wurden die Anteilswerte jeweils eines Datensatzes mit einer Linie verbunden. Die mit einem Kreuz markierte Linie stellt die Mittelwerte der simulierten Verteilungen dar. Die beiden nicht markierten Linien stehen für die SOEP- oder ALLBUS Daten. Je ähnlicher die Form der eingezeichneten Linie, desto ähnlicher ist die Struktur der Parteipräferenzen in den verschiedenen Datenquellen.

Die Befunde des Vergleichs der Strukturen der Parteipräferenzen unterscheiden sich zwischen den einzelnen Parteien. Hinsichtlich der Präferenzen für die CDU/CSU und die FDP zeigt sich eine relativ starke Übereinstimmung der realen mit den simulierten Strukturen. Die Unterschiede liegen hier nur im Ausmaß. Nach den theoretischen Annahmen der Interessentheorie müssten die Unterschiede zwischen den soziostrukturellen Gruppen sehr viel deutlicher sein als sie in den realen Daten sichtbar werden.

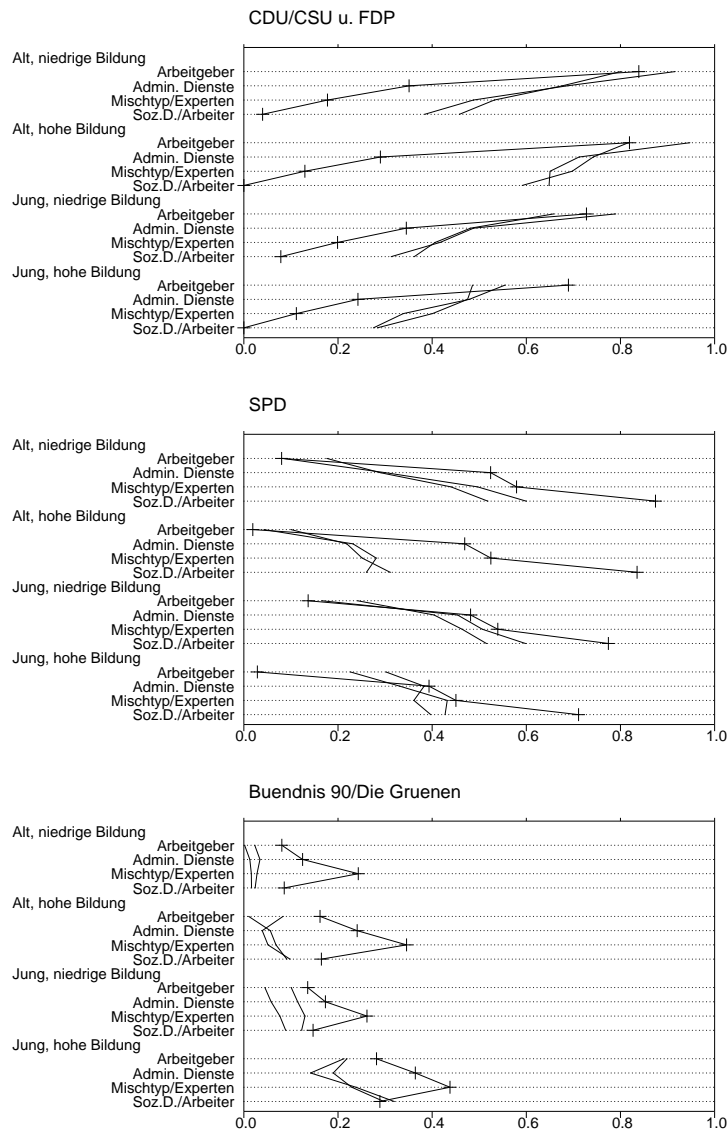


Abbildung 4.5: Struktur des demokratischen Klassenkampfes

Quelle: *ansimul6.c.do*

Hinsichtlich der Präferenzen für die SPD gibt es einige Unterschiede zwischen Simulation und Realität. Nach der Interessentheorie sollte man unabhängig vom Bildungsniveau die höchsten Anteile von SPD-Anhängern bei den Sozialen Diensten und Arbeitern erwarten. Tatsächlich zeigt sich diese Struktur zweifelsfrei lediglich bei den niedriger Gebildeten. Bei den höher Gebildeten unterscheiden sich die Sozialen Dienste und Arbeiter dagegen kaum von den übrigen Arbeitnehmern.

Grundlegende Unterschiede in der Struktur der Parteipräferenzen gibt es hinsichtlich der Präferenzen für die Bündnisgrünen. Nach der Theorie würde man die höchsten Anteile für die Grünen bei den Mischtypen und Experten erwarten, die niedrigsten dagegen bei den Arbeitgebern und Sozialen Diensten bzw. Arbeitern. In der Realität unterscheiden sich die Mischtypen und Experten dagegen kaum von den Arbeitgebern und Administrativen Diensten, während die höchsten Anteile von Anhängern der Grünen bei den Sozialen Diensten und Arbeitern zu finden sind.

Insgesamt ergibt die hier vorgenommene empirische Überprüfung der Interessentheorie kein einheitliches Bild. Der größte Teil der mit der Simulation abgeleiteten Testimplikationen kann zwar empirisch bestätigt werden, doch ist diese Bestätigung nicht sehr aussagekräftig. Nicht bestätigt werden können insbesondere die Erwartungen bezüglich der Parteipräferenzen der Sozialen Dienste und Arbeiter. Der Anteil von CDU-Anhängern in dieser Gruppe ist höher, der Anteil von SPD-Anhängern niedriger als erwartet. Darüber hinaus erklärt die Interessentheorie die Präferenzen für Bündnis 90/Die Grünen nur unzureichend. Mit der Interessentheorie würde man höhere Anteile von Anhängern der Grünen und eine andere Struktur der Anhängerschaft erwarten.

Die Gründe für das teilweise Scheitern der Interessentheorie können vielfältig sein. Nicht alle diese Gründe liegen in der Interessentheorie selbst. Eine Ursache könnte der hohe Abstraktionsgrad der hier verwendeten Reformulierung der Interessentheorie sein. Bei dieser Reformulierung wurde z.B. nicht zwischen Arbeitern und Sozialen Diensten unterschieden, es wurde nicht zwischen der CDU/CSU und der FDP unterschieden, es wurde keine Möglichkeit eines Wandels der objektiven Interessenlagen eingeräumt usw. All diese Vereinfachungen könnten dazu führen, dass in der theoretischen wie empirischen Analyse maßgebliche Einflussfaktoren unzulässigerweise vermischt werden. Die Gründe für den hohen Abstraktionsgrad sind dabei eher pragmatischer Natur – sie liegen in der leichteren Formalisierung der Interessentheorie. Eine Analyse wie die vorliegende ist allerdings ohne die vollständige Formalisierung der Theorie nicht möglich.

Eine weitere Ursache für das Scheitern der Interessentheorie könnte in den Messmodellen der vorliegenden Untersuchung liegen. Sowohl die Parteipräferenz



als auch die Bildung, die Kohorte und die Klassenzugehörigkeit könnten unzureichend gemessen worden sein. Abgesehen von der Parteipräferenz erfolgte die Messung jedoch im Wesentlichen mit üblichen Operationalisierungen, so dass dieser Einwand jede entsprechende empirische Analyse treffen würde. Die Parteipräferenz wurde in den vorliegenden Analysen mit zwei unterschiedlichen Messinstrumenten erhoben, ohne dass dies Einfluss auf das Ergebnis hätte.

Bliebe schließlich als dritte Ursache die Möglichkeit konfundierender oder interagierender Einflussfaktoren. Die hier vorgenommene Analyse basierte auf der Annahme, dass der Zusammenhang zwischen soziostruktureller Position und Parteipräferenz *ausschließlich* durch den Mechanismus der Interessentheorie hervorgerufen wird. Die Möglichkeit, dass dieser Zusammenhang zusätzlich durch soziale Kontakte beeinflusst wird oder auf Nutzenkalkulationen in der Vergangenheit beruht, wurde dabei systematisch ausgeschlossen. In den folgenden Kapiteln soll versucht werden, auch diese Einflussfaktoren zu berücksichtigen.

#### 4.5 Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurden Testimplikationen aus der Interessentheorie abgeleitet und empirisch überprüft. Hierfür wurde die Interessentheorie zunächst stark formalisiert. Bei dieser Formalisierung dienten die Aussagen der Interessentheorie als Hypothesen über den Bewertungs- und Erwartungsraum eines SEU-Modells. Die Hypothesen der reformulierten Interessentheorie wurde danach als Daten generierender Prozess eines künstlich geschaffenen Datensatzes verwendet. In diesem Datensatz wurden die Anteile von Anhängern unterschiedlicher Parteien in 16 soziostrukturellen Gruppen berechnet. Diese Anteilswerte wurden als Testimplikationen der Interessentheorie verwendet und mit realen Daten des SOEP und des ALLBUS verglichen.

Bei der Betrachtung der simulierten Daten zeigte sich, dass mit der Interessentheorie keine sehr konkreten Aussagen über die erwartbaren Anteile von Anhängern der einzelnen Parteien in den 16 soziostrukturellen Gruppen ableitbar sind. Auf jeden Fall sollten aber die Anteile von Anhängern der CDU/CSU und der FDP bei den Arbeitgebern höher sein als bei den Sozialen Diensten und Arbeitern. Umgekehrt sollten die Sozialen Dienste und Arbeiter stärker die SPD präferieren als die Arbeitgeber.

In den empirischen Daten konnten die meisten der Testimplikationen der Interessentheorie bestätigt werden. Als unzureichend erscheint die Erklärungsleistung der Interessentheorie vor allem bei den Arbeitern und Sozialen Diensten.

Der Anteil von CDU-Anhängern in dieser Gruppe ist höher, der Anteil von SPD-Anhängern niedriger als erwartet. Darüber hinaus erklärt die Interessentheorie die Präferenzen für Bündnis 90/Die Grünen nur unzureichend. Mit der Interessentheorie würde man höhere Anteile von Anhängern der Grünen und eine andere Struktur der Anhängerschaft erwarten.

## Kapitel 5

### Spuren langfristig wirkender Faktoren

Einer der wichtigsten Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens ist der Identifikationsansatz (Campbell, Gurin und Miller 1954; Campbell, Converse, Miller und Stokes 1960). Zentral für die Erklärung des demokratischen Klassenkampfes mit diesem Ansatz sind langfristig wirksame Faktoren. Hierunter werden Einflussfaktoren verstanden, welche die Parteipräferenz in der Vergangenheit geprägt haben und auf die aktuelle Parteipräferenz nachwirken (Abschnitt 1.3).

In diesem Kapitel geht es um langfristig wirkende Einflüsse auf die politischen Präferenzen der Menschen. Es wird untersucht, ob und inwieweit Entstehungsbedingungen aus der Vergangenheit die aktuelle Parteipräferenzen beeinflussen. Zu diesem Zweck wird zunächst die Integration der langfristig wirksamen Faktoren in die SEU-Theorie aus Abschnitt 2.2.4 rekapituliert. Aus den dabei aufgestellten Annahmen ergeben sich zwei Testimplikationen.

Die erste Testimplikation befasst sich mit der Stabilität von Parteipräferenzen. Sollte es langfristig wirkende Einflussfaktoren geben, dann müssten Parteipräferenzen individuell stabil sein. Abschnitt 5.2 untersucht darum die individuelle Stabilität der Parteipräferenz. Diese Analysen sind in erster Linie deskriptiv und dienen auch zur Vorbereitung der stärker modellorientierten Überprüfung der zweiten Testimplikation.

Die zweite Testimplikation befasst sich mit der *Trägheit* politischer Präferenzen. Sollte es langfristig wirkende Einflussfaktoren geben, so müssten diese den aktuellen Einflussfaktoren einen gewissen Widerstand entgegensetzen. Dieser hier als „Trägheit“ bezeichnete Widerstand wird in Abschnitt 5.3 untersucht.

## 5.1 Ursachen langfristig wirksamer Faktoren

Im Rahmen der Reformulierung der Theorien des demokratischen Klassenkampfes wurde aufgezeigt, warum vergangene Situationsbedingungen auf aktuelle Kalkulationen einer Handlungsentscheidung Einfluss nehmen könnten (Abschnitt 2.2.4). Die Argumentation basierte auf einem Vergleich der Nutzenerwartungen mit und ohne Verwendung aktueller zusätzlicher Informationen. Zwischen beiden besteht ein bedeutender Unterschied: Verzichtet ein Akteur auf die Verwendung aktueller Informationen, kann er auch auf die Kalkulation der Nutzenerwartungen verzichten. Er führt dann einfach diejenige Handlung aus, welche er in der Vergangenheit in vergleichbaren Situationen ausgeführt hat. Der erwartete Nutzen dieser nicht weiter reflektierten Handlung entspricht dem Nutzen der Handlung in der Vergangenheit. Anders, wenn der Akteur aktuelle Informationen verwendet. In diesem Fall ist der erwartete Nutzen der Handlungsalternative dem Akteur noch nicht bekannt. Der Akteur muss die Informationen zunächst dazu verwenden, neue Nutzenerwartungen zu *kalkulieren*. Möglicherweise kommt der Akteur bei dieser Neukalkulation zu einer neuen Entscheidung mit höherem Nutzen, möglicherweise wird er jedoch zum selben Ergebnis kommen, wie ohne die erneute Kalkulation. Unabhängig vom Ausgang der Nutzenkalkulation entstehen dem Akteur mit Sicherheit Kalkulationskosten (Esser 1999: 282–286).

Die Entscheidung zwischen der reflexhaften Ausführung der schon immer ausgeführten Handlungsalternative und der Neukalkulation wurde in Abschnitt 2.2.4 formal dargestellt. Hier sei lediglich an die Schlussfolgerungen dieser Modellierung erinnert. Nach dem SEU-Modell werden Handlungen neu kalkuliert, wenn

- die Differenz zwischen dem Nutzen einer neu kalkulierten Handlung und der bisher durchgeführten Handlung als groß eingeschätzt wird, *oder*
- die Kosten der Handlungskalkulation relativ klein sind, *und*
- die Wahrscheinlichkeit, dass eine neue Entscheidung getroffen wird, als groß eingeschätzt wird.

Da die Wahlenentscheidung eines einzelnen Wählers nicht über Sieg oder Niederlage der Parteien entscheidet, ist die Differenz zwischen jeder neu kalkulierten und der bisher durchgeführten Handlung stets Null. Eine Neukalkulation der Handlung, und damit eine Änderung einer früheren Wahlentscheidung, ist dann nahezu ausgeschlossen. Somit ergibt sich folgende Testimplikation:

*Testimplikation 5.1*

*Parteipräferenzen sind langfristig stabil.*

Die Überprüfung dieser Testimplikation ist Gegenstand von Abschnitt 5.2.

Langfristig stabile Parteipräferenzen genügen zum Nachweis langfristig wirksamer Einflüsse allerdings nicht. Denn die langfristige Stabilität von Parteipräferenzen könnte sich auch ganz ohne langfristig wirksame Einflussfaktoren ergeben – nämlich durch langfristig gleichbleibende Kurzeinflüsse. Geht man z.B. von einem Einfluss der soziostrukturellen Position auf die Parteipräferenz aus, so ist die Parteipräferenz tendenziell auch dann stabil, wenn sich die soziostrukturelle Position nicht ändert.

Für den Nachweis langfristig wirksamer Einflussfaktoren sollten darum noch weitere Testimplikationen herangezogen werden. Eine wichtige Testimplikation ergibt sich, wenn man zwischen Stabilität und *Trägheit* unterscheidet. Langfristig wirkende Einflüsse unterstellen *Trägheit* als Ursache für Stabilität.

In der Physik ist „Trägheit“ die Eigenschaft von Körpern, dem Versuch ihren Bewegungszustand zu ändern, einen Widerstand entgegenzusetzen.<sup>1</sup> Träge Körper behalten ihre Bewegung auch dann bei, wenn ihnen ein Widerstand entgegen gesetzt wird. Hieraus folgt, dass die Bewegung über ihre eigentliche Ursache hinaus bestehen bleibt. Ein gutes Beispiel für diese Eigenschaft liefert die Trägheit des Wassers. Durch heftigen Sturm gerät Wasser in Unruhe, die an der Küste durch starke Brandung beobachtbar ist. Die starke Brandung bleibt auch nach dem Ende des Sturms noch einige Zeit erhalten. Der Zustand (Unruhe) dauert über seine Ursache (Sturm) hinaus, bzw. der Körper (das Wasser) setzt dem Versuch seine Bewegung zu ändern (Windstille) einen Widerstand entgegen.

Unter der Annahme langfristig wirkender Einflussfaktoren würde man ähnliches auch für die Parteipräferenz erwarten. Die Parteipräferenz wird zu einem bestimmten Punkt im Lebensverlauf gebildet. An der Bildung der Parteipräferenz sind möglicherweise die Mechanismen der Interessentheorie und des Interaktionsansatzes beteiligt. Ist die Parteipräferenz einmal gebildet, so bleibt sie auch dann bestehen, wenn ihre Ursachen entfallen sind oder in eine andere Richtung weisen.

Dies führt zu folgender Testimplikation:

#### *Testimplikation 5.2*

*Die Parteipräferenz ist träge.*

Die Trägheit der Parteipräferenz wird in Abschnitt 5.3 untersucht.

---

<sup>1</sup> So die Definition für Trägheit im „Brockhaus“.

## 5.2 Stabilität der Parteineigung

Nach Testimplikation 5.1 auf Seite 174 sollten die Parteipräferenzen der Individuen relativ stabil sein.<sup>2</sup> Die Untersuchung dieser Testimplikation erfolgt hier in zwei Schritten. In Abschnitt 5.2.1 wird die individuelle Stabilität anhand von Übergangstabellen untersucht. Als Übergangstabelle wird eine zweidimensionale Tabelle eines zu zwei Zeitpunkten an denselben Untersuchungseinheiten erhobenen Merkmals verstanden. Übergangstabellen erlauben die Berechnung verschiedener Kennziffern der Stabilität, von denen einige in Abschnitt 5.2.1 präsentiert werden.

Derartige Analysen sind eine häufig angewandte Methode zur Untersuchung der Stabilität von Variablen. Ein Nachteil dieser Methode ist, dass die Bezeichnung eines Merkmals als stabil oder instabil in hohem Maße von subjektiven Maßstäben abhängt. Ein weiterer Nachteil ist, dass die inhaltliche Bedeutung von Übergängen von einem Zeitpunkt auf den nächsten, mit der Vor- und Nachgeschichte variabel ist. So macht es einen inhaltlichen Unterschied, ob eine Person, die von der SPD zur CDU wechselt, dies im Vorfeld bereits mehrmals getan hat, oder ob der Wechsel nach einer langen Phase der Neigung zur SPD stattgefunden hat. Wegen dieser Nachteile wird die Betrachtung der Übergangstabellen durch die Analyse von „Sequenzen“ in Abschnitt 5.2.2 ergänzt. Ziel des Abschnitts ist es, typische Muster der individuellen Entwicklung der Parteipräferenz herauszuarbeiten und so das Geschehen hinter den Stabilitätskennziffern auch qualitativ zu beschreiben.

### 5.2.1 Übergangstabellen

Übergangstabellen haben die allgemeine Form

		PID <sub>t</sub>	
	PID <sub>t-l</sub>	<i>a</i>	<i>b</i>
<i>a</i>		<i>h</i> <sub>11</sub>	<i>h</i> <sub>12</sub>
<i>b</i>		<i>h</i> <sub>21</sub>	<i>h</i> <sub>22</sub>

mit PID<sub>t</sub> der Parteipräferenz zum Zeitpunkt *t* und PID<sub>t-l</sub> der Parteipräferenz zu einem um *l* früheren Zeitpunkt. Zu beiden Zeitpunkten gibt es die Parteien *a* und *b*. Durch *h*<sub>11</sub> wird die Häufigkeit der Personen bezeichnet, die sowohl zum Zeitpunkt *t* als auch zum Zeitpunkt *t - l* die Parteipräferenz *a* hatten. Dies ist die Anzahl von Personen mit einer im Zeitraum *l* stabilen Präferenz für die Partei *a*.

---

<sup>2</sup> Zur Unterscheidung von individueller Stabilität und „Aggregatstabilität“ vgl. Plewis (1985: 16–17).

Die Anzahl von Personen mit einer stabilen Präferenz für die Partei  $b$  entspricht  $h_{22}$ . Mit  $h_{11}/(h_{11} + h_{12})$  lässt sich die bedingte relative Stabilität der Präferenz für  $a$  ermitteln, mit  $h_{22}/(h_{21} + h_{22})$  die bedingte relative Stabilität der Präferenz für  $b$ . Eine Maßzahl für die Gesamt-Stabilität der Parteipräferenz ergibt sich durch  $(h_{11} + h_{22})/(h_{11} + h_{12} + h_{21} + h_{22})$  (Plewis 1985: 3).

Die Zellen außerhalb der Hauptdiagonalen enthalten Beobachtungen, die ihre Parteipräferenz im beobachteten Zeitraum geändert haben. Mit  $h_{12}/(h_{11} + h_{12})$  lässt sich die Wahrscheinlichkeit einer Veränderung von einer Präferenz für  $a$  zu einer Präferenz für  $b$  ermitteln, mit  $h_{21}/(h_{21} + h_{22})$  die Wahrscheinlichkeit einer Veränderung von  $b$  zu  $a$ .

Im Folgenden soll zunächst die Gesamt-Stabilität der Übergangstabellen der Parteipräferenz untersucht werden. Hierzu werden Daten des SOEP 1984 bis 1997 verwendet. Das SOEP erhebt im jährlichen Turnus die Parteineigung<sup>3</sup> aller Paneldteilnehmer. Mit den 14 Erhebungswellen des SOEP lassen sich verschiedene Übergangstabellen der Parteineigung für unterschiedliche Zeiträume erstellen. So lassen sich zunächst 13 Übergangstabellen für einen Zeitraum von einem Jahr konstruieren: eine zwischen der Parteineigung von 1984 mit der Parteineigung von 1985, eine zwischen den Parteineigungen 1985 und 1986, eine zwischen 1986 und 1987 usw. Diese Übergangstabellen werden im Folgenden als *Lag-1*-Übergangstabellen bezeichnet. Nach derselben Logik lassen sich Übergangstabellen auch für längere Zeiträume konstruieren. Tabellen für längere Zeiträume werden entsprechend als *Lag-2*-, *Lag-3*-, ..., *Lag-l* Übergangstabellen bezeichnet. Addiert man die Häufigkeiten aller Übergangstabellen eines Zeitraums zellenweise auf, erhält man eine Tabelle mit allen zwischen 1984 und 1997 auftretenden Übergängen für diesen Zeitraum.<sup>4</sup> In dieser kumulierten Übergangstabelle lässt sich dann die oben beschriebene Maßzahl für die Gesamt-Stabilität ermitteln.

Abbildung 5.1 auf der nächsten Seite zeigt die auf diese Weise ermittelte Gesamt-Stabilität für unterschiedliche *Settings*. Entlang der horizontalen Achse der Grafik ist der Zeitraum angegeben, für den die Übergangstabellen erstellt wurden. Entlang der vertikalen Achse findet sich der Anteil stabiler Übergänge für alle Übergangstabellen des jeweiligen Zeitraums. Die untere Linie zeigt den Anteil stabiler Parteipräferenzen für die Parteineigung mit den Kategorien „CDU/CSU“,

<sup>3</sup> Der Wortlaut der Parteineigungsfrage findet sich in Fußnote 15 auf Seite 117.

<sup>4</sup> Bei der technischen Umsetzung kann auf die Addition der Übergangstabellen verzichtet werden. Hierzu müssen die Paneldaten im so genannten langen Format vorliegen (vgl. Abschnitt 6.2). In solchen Daten ergibt sich die *Lag-l*-Übergangstabelle als einfache Kreuztabelle zwischen den Variablen  $PID_{it}$  und  $PID_{i,t-l}$ . Hierbei ist  $PID_{it}$  die Parteineigung der Person  $i$  zum Zeitpunkt  $t$  und  $PID_{i,t-l}$  die Parteineigung vor  $l$  Jahren.

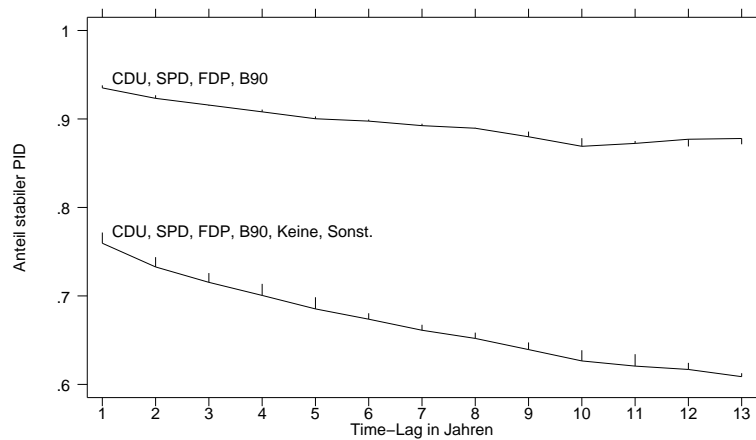


Abbildung 5.1: Anteile stabiler Parteineigungen

Quelle: *anstab2w.do*

„SPD“, „FDP“, „B90/Gr.“, „keine Parteineigung“ und „sonstige Parteien“ bei Verwendung eines *Unbalanced* Paneldesigns.<sup>5</sup> Die obere Linie zeigt dieselben Werte unter Ausschluss der Angabe „keine Parteineigung“ und der „sonstigen Parteien“. Die senkrechten „Fehlerbalken“ reichen jeweils bis zum entsprechenden Wert bei Verwendung eines *Balanced* Paneldesigns. Da sie sehr kurz sind, unterscheiden sich die Ergebnisse der beiden Designs kaum.<sup>6</sup>

Im Durchschnitt haben etwa 90 Prozent der Befragten mit einer Präferenz für die CDU, SPD, FDP oder Bündnis 90/Die Grünen im unmittelbar folgenden Jahr noch dieselbe Parteineigung. Dieser Anteil nimmt mit zunehmenden Zeitraum ab, bleibt aber auf einem hohen Niveau. Der Anteil von Personen, die zum Zeitpunkt  $t$  noch dieselbe Parteineigung hatten wie 13 Jahre zuvor, beträgt immer noch etwa 87 Prozent.

Wesentlich niedriger fällt die Stabilität der Parteineigung aus, wenn auch die Angabe „keine Parteineigung“ berücksichtigt wird. Der Anteil von Personen mit unveränderter Parteineigung fällt in diesem Fall von etwa 76 Prozent im *Lag-1*-

<sup>5</sup> Zum Begriff „Unbalanced Paneldesign“ siehe Seite 124.

<sup>6</sup> Die Differenz zwischen dem *Balanced*- und dem *Unbalanced*-Paneldesign beim Zeitraum von 13 Jahren entspringt den unterschiedlichen Gewichtungsverfahren (vgl. Abschnitt 3.3.1).



PID <sub>t-1</sub>	PID <sub>t</sub>						n
	Keine	SPD	CDU	FDP	B90	Sonst.	
Keine	.76	.10	.10	.01	.02	.01	57 110
SPD	.17	.78	.02	.01	.02	.00	29 172
CDU	.17	.02	.79	.01	.00	.01	24 321
FDP	.24	.06	.09	.59	.01	.01	2 189
B90/Gr.	.18	.12	.02	.00	.66	.01	4 671
Sonst.	.28	.06	.08	.02	.02	.54	2 036
Gesamt	.42	.26	.24	.02	.05	.02	119 499

Tabelle 5.1: Übergangswahrscheinlichkeiten der Parteipräferenz zwischen  $t - 1$  und  $t$

Quelle: *anstab1.do, anstab1w.do*

Übergang auf 60 Prozent im *Lag-13*-Übergang. Wie aus der nachfolgenden Analyse hervorgeht, ist der Grund für das niedrigere Stabilitätsniveau in erster Linie darin zu sehen, dass die Anhänger jedweder Partei sehr oft ihre Parteineigung aufgeben.

Nachfolgend werden die *Lag-1*-Übergangstabellen der Parteineigung genauer untersucht. Tabelle 5.1 zeigt die bedingten Übergangswahrscheinlichkeiten der aufsummierten *Lag-1*-Übergangstabellen der SOEP-Wellen 1984–1997 im *Unbalanced* Paneldesign mit der entsprechenden Längsschnittgewichtung.<sup>7</sup> Dabei wurden auch Übergänge von und zur Angabe „keine Parteineigung“ berücksichtigt. Ausgeschlossen wurden Übergänge zu „keiner Angabe“ bzw. zum Panelausfall. Es handelt sich hierbei also um diejenige Übergangstabelle, die dem ersten Datenpunkt der unteren Linie in Abbildung 5.1 zugrunde liegt. Der Tabelle liegen in den nicht gewichteten Originaldaten 119 499 Übergänge zugrunde. Alle absoluten Häufigkeiten der Tabelle beziehen sich auf die nicht gewichteten, die Anteilswerte dagegen auf die gewichteten Daten.

Die Übergangstabelle zeigt eine insgesamt recht hohe Stabilität der Parteineigung. Die jeweils höchsten Werte finden sich entlang der Hauptdiagonalen der Übergangstabelle. Für die Anhänger jedweder Partei ist es also zu jedem Zeitpunkt am wahrscheinlichsten, dieselbe Parteipräferenz zu haben, wie im Jahr zuvor. Dies gilt insbesondere für die Anhänger der beiden großen Parteien. Die Anteile derer, die zu einer anderen Partei wechseln, betragen hier nur etwa 5 Prozent. Bei den

<sup>7</sup> Zur Gewichtung siehe Abschnitt 3.3.1.

beiden kleineren Parteien liegt dieser Anteil etwas höher (ca 15 %). Allerdings wird hier – bei den Grünen ausgeprägter als bei der FDP – vor allem innerhalb des eigenen politischen Lagers gewechselt. Insofern zeigt sich hier zumindest eine Stabilität im Sinne der so genannten Lagertheorie.

Neben der Stabilität dominiert der Übergang zur Angabe „keine Parteineigung“. Umgekehrt entspricht der Abstrom von der Angabe „keine Parteineigung“ ungefähr den Verhältnissen des Durchschnitts aller Befragten. Damit zeigt sich ein hoher Abstrom von beliebigen Parteineigungen zu keiner Parteineigung und ein Zustrom von keiner Parteineigung zu den jeweiligen Parteineigungen entsprechend der Randverteilung. Dies kann als Anzeichen für ein Hin- und Herschwan-ken eines großen Teils der Befragten zwischen einer Parteipräferenz und der Angabe keiner Parteineigung aufgefasst werden. Ebenso könnte es allerdings sein, dass die Befragten zunächst ihre Parteiidentifikation aufgeben und sich danach für eine andere Parteiidentifikation entscheiden. Das erste Verhaltensmuster wäre eine Art zeitweise *Suspendierung* einer dennoch stabilen Parteipräferenz, das zweite entspräche dagegen eher einer Art *Drehscheibe* zu einer instabilen Parteipräferenz.

Generell wird man die Stabilität der Parteipräferenz unterschiedlich beurteilen, wenn es sich bei „keiner Parteineigung“ um eine Drehscheibe und nicht um eine zeitweise Suspendierung handelt. Aus diesem Grund sollen in Abschnitt 5.2.2 typische Sequenzen der Parteipräferenzen herausgearbeitet werden.

Abschließend bliebe die Frage, ob die hier dargestellten Stabilitätskennziffern die Testimplikation 5.1 stützen oder nicht. Die Antwort hierauf hängt stark von subjektiven Maßstäben ab, die man an die Höhe der Koeffizienten anlegt. Entsprechend subjektiv sind die folgenden Schlussfolgerungen: Betrachtet man lediglich die Übergänge von und zu den vier großen Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnisgrüne und FDP, so darf man wohl von einer hohen Stabilität sprechen. Entsprechend wäre die Testimplikation 5.1 gestützt. Bezieht man die Möglichkeit „keiner Parteineigung“ mit ein, so liegt die Stabilität eher im mittleren bis niederen Bereich. Dies wäre ein der Testimplikation widersprechender Befund.

### 5.2.2 Typische Sequenzen der Parteipräferenz

Im letzten Abschnitt wurde die Stabilität der Parteipräferenz durch den Vergleich zweier aufeinanderfolgender Messungen ermittelt. Dieses Verfahren hat jedoch einige Schwächen, die sich einfach am Beispiel der Abbildung 5.2 verdeutlichen lassen. Die Abbildung zeigt die Sequenz von vier aufeinanderfolgenden Messungen der Parteipräferenz bei vier Personen. Bei der Sequenz der ersten Person wird zu den ersten beiden Messzeitpunkten eine Präferenz für die SPD festgestellt, zum

$PID_{t-1}$	$PID_t$	$PID_{t+1}$	$PID_{t+2}$
SPD	SPD	CDU	CDU
CDU	SPD	CDU	SPD
Keine	SPD	CDU	Keine
PDS	SPD	CDU	NPD

Abbildung 5.2: Probleme von Übergangstabellen

ritten und vierten Messzeitpunkt dagegen eine Präferenz für die CDU. Bei der zweiten Sequenz findet ein beständiger Wechsel zwischen der CDU und der SPD statt. Bei der dritten Sequenz wird der Wechsel von der SPD zur CDU von der Angabe „keiner Parteiidentifikation“ eingerahmt. Die vierte Sequenz ist durch eine Art allmählichen Übergang von einer extrem linken zu einer extrem rechten Partei gekennzeichnet. Eine Übergangstabelle zwischen  $PID_t$  und  $PID_{t+1}$  würde für alle vier Sequenzen einen Übergang von SPD zur CDU feststellen. Die inhaltliche Bedeutung dieses Übergangs ist jedoch für jede der vier Sequenzen grundverschieden.

Die inhaltliche Bedeutung eines Übergangs hängt von der Vor- und Nachgeschichte des jeweiligen Übergangs ab. Indem die Übergangstabellen die Vor- und Nachgeschichte des untersuchten Übergangs systematisch ausblenden, werden diese Bedeutungsunterschiede übersehen. Aus diesem Grund sollen im Folgenden einige Analysen zur Identifizierung typischer Parteipräferenz-Sequenzen vorgenommen werden.

Das zentrale Problem bei der Untersuchung von Sequenzen ist die mit der Anzahl der Erhebungszeitpunkte exponential ansteigende Anzahl von Sequenzen. Bei den 14 Erhebungswellen des SOEP 1984–1997 und der Parteineigung mit Ausprägungen „Keine Parteineigung“, „SPD“, „CDU/CSU“, „B90/Gr.“, „Sonstige“ und „keine Angabe“ können  $6^{14} = 78\,364\,164\,096$  verschiedene Sequenzmuster auftreten.<sup>8</sup> Aus diesem Grund ist es notwendig, *ähnliche* Sequenzen zusammenzufassen. Der größte Teil der Verfahren zur Analyse von Sequenzen behandelt darum die Messung der „Ähnlichkeit“ unterschiedlicher Sequenzen.<sup>9</sup>

Die nachfolgenden Analysen erfolgen in drei Schritten. Im ersten Schritt wird untersucht, wie viele der  $6^{14}$  möglichen Sequenzen im SOEP 1984–1997 aufgetre-

8 Nach Taris (2000: 122) gibt es in diesem Fall  $14^6$  unterschiedliche Sequenzmuster. Vermutlich handelt es sich hierbei um einen Druckfehler.

9 Eine Einführung in die Verfahren zur Analyse von Sequenzen gibt Taris (2000).

ten sind, und welche dieser Sequenzen als „typisch“ bezeichnet werden können. Im Anschluss daran werden zwei Formen der Ähnlichkeit von Sequenzen untersucht. Die erste Form der Ähnlichkeit wird hier als „Same-Order-Ähnlichkeit“ (SO-Ähnlichkeit) bezeichnet. Diese Form der Ähnlichkeit ergibt sich, wenn man die aufeinanderfolgenden Stadien von Sequenzen betrachtet, ohne die Länge dieser Stadien zu berücksichtigen. In diesem Sinne wären etwa die Sequenzen

$t_1$	$t_2$	$t_3$	$t_4$
SPD	SPD	SPD	CDU
SPD	SPD	CDU	CDU
SPD	CDU	CDU	CDU

ähnlich, da jeweils von der SPD zur CDU gewechselt wird.

Als zweite Form der Ähnlichkeit wird die „Same-Stages-Ähnlichkeit“ (SS-Ähnlichkeit) untersucht. Bei dieser Form der Ähnlichkeit wird untersucht, welche Stadien die Sequenzen aufweisen. Zusätzlich zur SO-Ähnlichkeit lässt diese Form der Ähnlichkeit die zeitliche Reihenfolge der verschiedenen Stadien unberücksichtigt. In diesem Sinne wären z. B. die Sequenzen

$t_1$	$t_2$	$t_3$	$t_4$
CDU	SPD	CDU	SPD
CDU	CDU	CDU	SPD
SPD	CDU	CDU	SPD

sowohl untereinander als auch zu den obigen SO-Sequenzen ähnlich, da sie jeweils nur aus den Stadien SPD und CDU bestehen.

Allen Analysen liegen Daten des SOEP 1984–1997 zugrunde. Dabei ging es primär um eine Beschreibung der im Datensatz vorkommenden Sequenzen. Auf eine Gewichtung der Daten wurde darum verzichtet.

#### 5.2.2.1 Sequenzen insgesamt

Zunächst soll untersucht werden, wie viel Sequenzen der Parteineigung im SOEP 1984–1997 tatsächlich aufgetreten sind. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in Tabelle 5.2 zusammengefasst.

Das SOEP 1984–1997 umfasst insgesamt 21 024 Personen, die zu mindestens zwei Erhebungswellen interviewt wurden. Bei diesen Befragten finden sich insgesamt 9 307 unterschiedliche Sequenzen der Parteineigung. Der allergrößte Teil (84%) dieser Sequenzen tritt nur ein einziges Mal auf, d.h. die meisten Befragten

	<i>Unbalanced</i>		<i>Balanced</i>	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Individuelle Sequenzen	7 781	.84	2 892	.91
Sequenzen mit bis zu 10 Befr.	1 326	.14	257	.09
Sequenzen mit bis zu 100 Befr.	181	.02	14	.00
Sequenzen mit über 100 Befr.	19	.00	4	.00
Sequenzen insgesamt	9 307	1.00	3 167	1.01
Befragte insgesamt	21 024		4 777	

Tabelle 5.2: Häufigkeitsklassifizierung der Sequenzen der Parteineigung

Quelle: *anstab4u.do*, *anstab4b.do*

haben eine Sequenz, die von keinem anderen Befragten geteilt wird. Bei 14 Prozent der Sequenzen finden sich bis zu zehn Befragte. Sequenzen, die von mehr als zehn Befragten geteilt werden, sind außerordentlich selten.

Dieselbe Verteilung zeigt sich im Wesentlichen auch bei Verwendung eines *Balanced* Paneldesigns. Hier ist das Übergewicht individueller, das heißt nur einmal auftretender Sequenzen allerdings noch deutlicher. Nur vier Sequenzen kommen öfter als hundert mal vor.

Die von mehreren Befragten geteilten Sequenzen lassen sich als *typische* Sequenzen bezeichnen. Fraglich ist, wie diese typischen Sequenzen aussehen.

Bei den zehn am häufigsten vorkommenden Sequenzen im *Unbalanced* Paneldesign überwiegen Sequenzen, bei denen die Befragten zunächst über einen längeren Zeitraum keine Angabe zur Parteineigung gemacht haben und danach die Kategorie „keine Parteineigung“ angegeben haben. Es handelt sich hierbei überwiegend um *neue Befragungspersonen*.<sup>10</sup> Die Angabe „keine Parteineigung“ ist die auch insgesamt am häufigsten genannte Kategorie. Es ist darum nicht überraschend, dass auch die neuen Befragten überwiegend dieser Kategorie zuneigen. Neben dem beschriebenen Sequenzmuster gehört auch eine über 14 Jahre hinweg stabile Neigung zu einer der beiden Volksparteien zu den zehn häufigsten Sequenzen. Eine stabile CDU-Neigung haben insgesamt 310 Befragte, d. h. 310 Befragte haben bei allen 14 Panelwellen die CDU angegeben. Eine stabile SPD-Neigung haben 307 Befragte. Die Anzahl solcher stabiler Sequenzen mag möglicherweise sehr klein erscheinen. Es ist allerdings zu beachten, dass es sich hierbei nur im

<sup>10</sup> Neue Befragungspersonen sind Befragte, welche aus unterschiedlichen Ursachen in einer bestimmten Erhebungswelle erstmals befragt wurden. Vgl. hierzu Abschnitt 3.1.

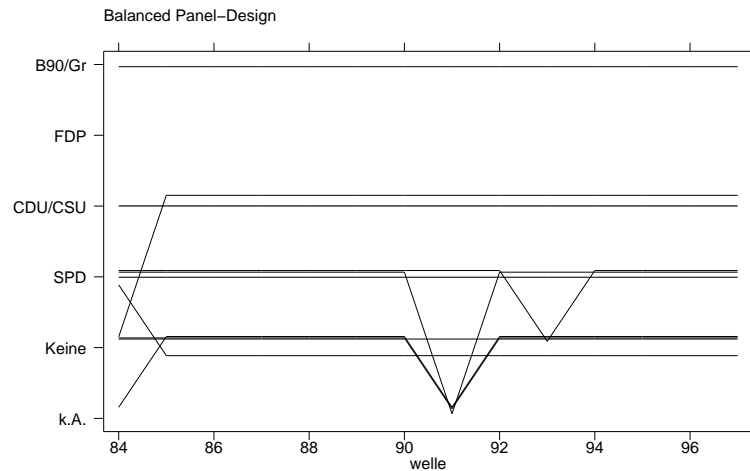


Abbildung 5.3: Die zehn häufigsten Sequenzen der Parteineigung

diejenigen Befragten handelt, welche wirklich 14 mal dieselbe Partei genannt haben. Befragte, die ebenfalls stets dieselbe Partei genannt haben, aber nur 12 oder 13 Mal interviewt wurden, weisen eine andere Sequenz auf.

Auf Grund der großen Anzahl von Sequenzen neuer Befragter ist es interessanter, nur Sequenzen von Befragten zu betrachten, die zu allen 14 Erhebungswellen interviewt wurden.

Abbildung 5.3 stellt die zehn häufigsten Sequenzen des *Balanced* Paneldesigns dar. Dabei wurde die Parteineigung entlang der vertikalen Achse eingezeichnet, der Zeitverlauf entlang der horizontalen Achse. Die Stadien der verschiedenen Sequenzen wurden durch Linien verbunden. Am Verlauf der Linie lässt sich ablesen, welche Parteineigungen im Laufe der Zeit von den Befragten der jeweiligen Sequenz angegeben wurden. Die Stärke der Linie ist proportional zur Häufigkeit der jeweiligen Sequenz. Zur besseren Unterscheidbarkeit der verschiedenen Sequenzen wurde eine kleine Zufallszahl zwischen  $-0,33$  und  $+0,33$  zu Sequenzen addiert.

Bei den Befragten des *Balanced* Paneldesigns überwiegen die stabilen Präferenzen für die CDU/CSU (310 Befragte), für die SPD (307 Befragte) und für die Angabe „keine Parteineigung“ (140 Befragte). Daneben existieren einige seltener auftretende Sequenzen, bei denen die Befragten kurzfristig zur Angabe „keine Parteineigung“ bzw. „keine Angabe“ überwechseln. Allerdings werden diese Sequen-

zen jeweils nur von ca. 20 Befragten geteilt und können daher kaum als „typisch“ bezeichnet werden. Dies gilt auch für die stabile Präferenz für die Bündnisgrünen, die sich bei 23 Befragten findet. Nicht zu den zehn häufigsten Sequenzen gehört die stabile Präferenz für die FDP, die sich bei 14 Befragten findet.

Die Mehrzahl der Befragten haben individuelle Sequenzen. Die hier dargestellten Ergebnisse verstellen allerdings den Blick auf mögliche Ähnlichkeiten innerhalb der individuellen Sequenzen. Schon bei der Besprechung der typischen Sequenzen im *Unbalanced* Paneldesign klang diese Ähnlichkeit an: Es wurden dort Sequenzen identifiziert, „bei denen die Befragten zunächst über einen längeren Zeitraum keine Angabe zur Parteineigung gemacht haben und danach die Kategorie ‚keine Parteineigung‘ angegeben haben“. Entsprechend wurde bei den Befragten des *Balanced* Paneldesigns von Personen gesprochen, die „kurzfristig zur Angabe ‚keine Parteineigung‘ überwechseln“.

Sequenzen lassen sich als ähnlich bezeichnen, wenn verschiedene Stadien in derselben Reihenfolge durchlaufen werden. Diese Form der Ähnlichkeit wird üblicherweise als *Same-Order* (SO) bezeichnet.

#### 5.2.2.2 SO-Ähnlichkeit

Eine SO-Sequenz ist eine Sequenz zeitlich aufeinanderfolgender Stadien, bei der die Dauer der Stadien nicht beachtet wird. Zur Identifizierung von SO-Sequenzen der Parteineigung wurden alle Nennungen derselben Partei zu mehreren direkt aufeinanderfolgenden Zeitpunkten als *ein* Stadium aufgefasst. Befragte, bei denen die Abfolge der einzelnen Stadien identisch ist, haben dieselbe SO-Sequenz.

Von den 4 777 Befragten des SOEP 1984–1997, *Balanced* Paneldesign, haben 794 (17 %) SO-Sequenzen mit nur einem einzigen Stadium. Hierbei handelt es sich um die bereits oben erwähnten Personen, die bei allen Erhebungswellen dieselbe Partei angegeben haben.<sup>11</sup> Alle anderen Befragten ändern mindestens einmal ihre Parteineigung. Dabei ist die Anzahl von Personen, die nur einmal ihre Parteineigung geändert haben, relativ klein. Der Großteil der Sequenzen hat zwischen 3 und 7 verschiedene Stadien (Abbildung 5.4 auf der nächsten Seite). Wenn also Befragte ihre Parteineigungen einmal geändert haben, so tun sie es meist nochmal. Damit deutet sich eine grundlegende Differenzierung der Befragten in *Mover* und *Stayer* an: Ein Teil der Befragten behält seine Parteipräferenz grundsätzlich bei während der andere Teil seine Parteipräferenz relativ häufig wechselt. Immerhin knapp 20 Prozent der Befragten haben Sequenzen mit 7 und mehr Stadien; diese Befragten wechselten mithin durchschnittlich öfter als alle 2 Jahre ihre Parteineigung.

---

11 Stabile Präferenzen für sonstige Parteien oder fortwährende Antwortverweigerung gibt es nicht.

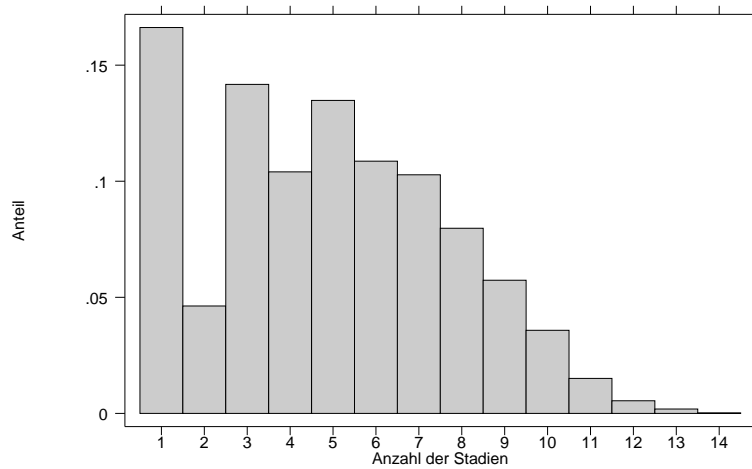


Abbildung 5.4: Anzahl von Stadien in SO-Sequenzen

Quelle: *grstab5a.do*

Im Folgenden sollen die Sequenzen der *Mover* etwas genauer dargestellt werden (Tabelle 5.3 auf der nächsten Seite). Insgesamt gibt es 1 816 nicht stabile SO-Sequenzen. Knapp 81 Prozent dieser nicht stabilen SO-Sequenzen sind individuell; sie finden sich jeweils nur bei einem Befragten. Der Rest der übrigen Sequenzen vereinigt größtenteils nicht mehr als 10 Befragte.

Abbildung 5.5 auf der nächsten Seite zeigt die zehn SO-Sequenzen die von den meisten Befragten geteilt werden. Die Abbildung ist vergleichbar mit der Abbildung 5.3. Allerdings wurde hier zur besseren Übersicht jede Sequenz in einer eigenen Teilgrafik dargestellt. Wieder finden sich die einzelnen Stadien der Sequenzen entlang der vertikalen, der Zeitablauf entlang der horizontalen Achse. Es ist allerdings darauf zu achten, dass der Zeitablauf hier nur ordinale Bedeutung hat. Die Linien verbinden zwar zeitlich aufeinanderfolgende Stadien, doch die Länge der Stadien, die sich dahinter verbergen ist unterschiedlich. Die Ziffern entlang der X-Achse geben die Anzahl der Stadien wieder, die durchlaufen wurden. Die Liniestärke und die Anordnung der Teilgrafiken folgt der Häufigkeit der jeweiligen Sequenz.

Mit einer Ausnahme haben alle SO-Sequenzen der Abbildung zwei Gemeinsamkeiten und zwei Unterschiede. Alle Sequenzen durchlaufen mindestens einmal das Stadium „keine Parteidentifikation“ und bestehen aus maximal zwei Stadien.



	Anzahl	Anteil
Individuelle Sequenzen	1 470	.81
Sequenzen mit bis zu 10 Befr.	308	.17
Sequenzen mit bis zu 100 Befr.	36	.02
Sequenzen mit über 100 Befr.	2	.00
SO-Sequenzen insgesamt	1 816	1.00
Befragte insgesamt	4 777	

Tabelle 5.3: Häufigkeitsklassifizierung der SO-Sequenzen der Parteineigung

Quelle: *anstab5b.do*

Abbildung 5.5: Die zehn häufigsten SO-Sequenzen der Parteineigung

Quelle: *grstab5b.do*

Die Sequenzen unterscheiden sich in der Häufigkeit, mit denen das Stadium „keine Parteiidentifikation“ durchlaufen wird und in dem Stadium von bzw. zu dem gewechselt wird.

Die drei häufigsten SO-Sequenzen haben drei Stadien, bzw. zwei Übergänge. Die mit einigem Abstand häufigste SO-Sequenz ist „keine PID – „k.A.“ – „keine PID“. Sie findet sich bei 174 Befragten. Danach folgen Sequenzen, bei denen Anhänger der beiden großen Parteien zeitweise keine Parteineigung angegeben haben – ein Verhaltensmuster das oben (Seite 180) als *zeitweise Suspendierung* bezeichnet wurde. Die zeitweise Suspendierung der SPD findet sich bei 107 Befragten, die zeitweise Suspendierung der CDU bei 87 Befragten.

Bei den übrigen Sequenzen handelt es sich überwiegend um Sequenzen, bei denen mehrmals zwischen den verschiedenen Stadien gewechselt wurde. Diese Sequenzen sind durch eine gewisse Unentschlossenheit geprägt.

Die Gemeinsamkeiten der Sequenzen aus der Abbildung 5.5 deuten auf eine weitere Form der Ähnlichkeit von Sequenzen hin: Man kann Sequenzen als ähnlich bezeichnen, die aus denselben Stadien bestehen. Dies wird hier als *Same-Stage-Ähnlichkeit* (SS-Ähnlichkeit) bezeichnet.

#### 5.2.2.3 SS-Ähnlichkeit

Sequenzen weisen eine SS-Ähnlichkeit auf, wenn sie aus denselben Stadien aufgebaut sind – unabhängig davon, wie lang die einzelnen Stadien beibehalten wurden und in welcher Reihenfolge die Stadien auftreten. Zur Untersuchung der SS-Ähnlichkeit wurde zunächst für jeden Befragten des *Balanced* Paneldesigns festgestellt, ob bei den 14 Panelwellen eine der folgenden Angaben gemacht wurde oder nicht: Keine Parteineigung, SPD, CDU, FDP und Bündnisgrüne. Befragte, die mindestens einmal in einer der Panelwellen eine sonstige Partei angegeben haben, oder die Angabe verweigerten wurden nicht berücksichtigt. Dies führte zum Ausschluss von 2 332 Befragten.<sup>12</sup>

Jede Kombination der so gewonnenen Angaben stellt danach eine SS-Sequenz dar. Theoretisch lassen sich  $2^5 = 32$  SS-Sequenzen bilden. Im SOEP 1984–1997 finden sich jedoch nur 27 verschiedene SS-Sequenzen. Es fehlt zunächst die Sequenz, bei der *nie* eine der fünf Angaben gemacht wurde. Außerdem fehlen *alle*

---

12 Die Anzahl derartiger Sequenzen ist sehr hoch. Der größte Teil dieser ausgeschlossenen Sequenzen besteht allerdings nur aus den Angaben „Keine Parteineigung“ und „keine Angabe“, und ist darum hier lediglich von untergeordnetem Interesse. Hinweise zu Ergebnissen unter Einschluss der fraglichen Sequenzen finden sich auf Seite 192. Siehe hierzu auch die Ergebnisse des Stata-Do-Files *anstab6f.do*.

Sequenzen bei denen sowohl die FDP als auch die Bündnisgrünen angegeben wurden, nicht aber auch „keine Parteineigung“.<sup>13</sup>

Eine Liste aller empirisch vorkommenden SS-Sequenzen zeigt Tabelle 5.4 auf der nächsten Seite. Jede Zeile der Tabelle steht für eine SS-Sequenz. Für jede Sequenz wird durch ein Symbol dargestellt, welche Parteien genannt wurden und welche nicht. Das schwarze Kästchen steht für „genannt“, das weiße für „nicht genannt“. Die beiden linken Spalten der Tabelle repräsentieren die „linken“, die rechten Spalten die beiden „bürgerlichen“ Parteien. Die Angabe „Keine Parteineigung“ steht in der Mitte. Die Anordnung der Sequenzen folgt ihrer Häufigkeit.

Tabelle 5.4 dient der Dokumentation aller vorkommenden SS-Sequenzen. Zur Interpretation der Ergebnisse ist es sinnvoll, *Typen* von SS-Sequenzen zu bilden.

Von „sicheren“ Anhängern einer Partei soll hier gesprochen werden, wenn sich die SS-Sequenz nur aus der Angabe einer einzigen Partei zusammensetzt – so etwa die 310 sicheren CDU-Anhänger an der dritten Position der Tabelle oder die 307 sicheren SPD-Anhänger.

Personen, welche immer dieselbe Partei angegeben haben, jedoch teilweise auch die Angabe „keine Parteineigung“, werden als „unsichere“ Anhänger dieser Partei bezeichnet. Beispiele sind die unsicheren SPD und CDU Anhänger in den ersten beiden Zeilen der Tabelle.

Alle anderen Personen sind „Parteiwechsler“. Die Parteiwechsler lassen sich entlang zweier Dimensionen unterscheiden. Zunächst kann man danach fragen, ob über die politischen Lager hinweg gewechselt wurde oder nicht. Ist das der Fall wird hier von „Lager-Wechslern“ gesprochen, ist das nicht der Fall wird vom „linken“ bzw. „bürgerlichen“ Lager gesprochen. *Lager-Wechsler* sind zum Beispiel alle 208 Befragten mit der fünften SS-Sequenz oder die 23 Personen mit der 15. SS-Sequenz. Die *Linken* finden sich in der siebten und neunten Zeile der Tabelle, die *Bürgerlichen* in der achten und 19. Zeile.

Alle drei Typen der Parteiwechsler lassen sich danach unterscheiden ob die zugehörige SS-Sequenz die Angabe „keine Parteineigung“ enthält oder nicht. Entsprechend der hier verwendeten Begrifflichkeit werden Befragte mit der siebten Sequenz als „unsichere“, die Befragten mit der neunten Sequenz als „sichere Linke“ bezeichnet. Entsprechend wird von sicheren und unsicheren *Bürgerlichen* gesprochen.

Zur näheren Klassifizierung der *Lager-Wechsler* bietet es sich an, wie in Abschnitt 5.2.1 von einem Wechsel mit oder ohne *Drehscheibe* (Seite 180) zu spre-

---

13 Es handelt sich also um B90–FDP, B90–FDP–CDU, B90–FDP–SPD und B90–FDP–CDU–SPD (*anstab6e.do*).

	B90	SPD	Keine	CDU	FDP	<i>n</i>
1.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	519
2.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	493
3.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	310
4.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	307
5.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	208
6.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	140
7.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	113
8.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	60
9.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	41
10.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	39
11.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	30
12.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	27
13.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	24
14.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	23
15.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	23
16.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	17
17.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	15
18.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	14
19.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	13
20.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	8
21.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	6
22.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	5
23.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	3
24.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	3
25.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	2
26.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	1
27.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	1
				gesamt		2 445
				Befragte mit anderen Sequenzen		2 332
						<u>4 777</u>

Tabelle 5.4: SS-Sequenzen

Quelle: *anstab6d.do*

Typ	Anzahl			Anteil		
	Gesamt	Sicher	Unsicher	Gesamt	Sicher	Unsicher
SPD	826	307	519	.34	.37	.63
CDU	803	310	493	.33	.39	.61
B90/Gr	62	23	39	.03	.37	.63
FDP	38	14	24	.02	.37	.63
Linke	154	41	113	.06	.27	.73
Bürgerliche	73	13	60	.03	.18	.82
Lager-Wechsler	349	30	319	.14	.09	.91
Verdrossene	140	–	–	.06	–	–
Gesamt	2 445	738	1 707	1.00	.30	.70

Tabelle 5.5: Typen von SS-Sequenzen

Quelle: *anstab6d.do*

chen. Im Zusammenhang mit SS-Sequenzen ist dieser Begriff allerdings missverständlich. Aus den SS-Sequenzen geht nicht hervor, ob die Angabe „keine Parteineigung“ tatsächlich als Drehscheibe genutzt wurde. Deshalb sei hier ebenfalls von „unsicheren Lager-Wechslern“ gesprochen. Sinnlos ist es dagegen, von *sicheren* Lager-Wechslern zu sprechen. Aus diesem Grund werden Befragte, deren SS-Sequenzen sowohl linke als auch bürgerliche Parteien *ohne* die Angabe „keine Parteineigung“ enthalten, als „direkte Lager-Wechsler“ bezeichnet.

Blieben schließlich noch diejenigen Befragten, welche bei allen 14 Erhebungswellen die Angabe „keine Parteineigung“ gemacht haben. Sie werden hier als „Parteiverdrossene“ bezeichnet. Parteiverdrossene stehen mit 140 Befragten an sechster Stelle der SS-Sequenzen.

Insgesamt lassen sich auf die skizzierte Weise 15 Typen von SS-Sequenzen unterscheiden. Die Häufigkeitsverteilung dieser Typen findet sich in Tabelle 5.5. In der Tabelle wurden die acht Grundtypen – SPD-Anhänger, CDU-Anhänger, Linke usw. – zunächst zusammengefasst. Die Unterscheidung in die sicheren bzw. unsicheren Varianten kann den entsprechenden Spalten entnommen werden.

Die häufigsten Typen von SS-Sequenzen sind die Anhänger der beiden großen Parteien. Mit einigem Abstand folgen die *Lager-Wechsler* sowie, wieder mit einigem Abstand, die *Linken*. Nur sehr selten sind *Bürgerliche* und die Anhänger der Bündnisgrünen sowie der FDP.

Die Zahl der mehr oder weniger fest an *eine* Partei gebundenen Befragten beträgt 72 Prozent. Die Übrigen sind Parteiwechsler.

Der Anteil *reiner* Anhänger von Parteien ist recht hoch. Auf der anderen Seite ist der Anteil von Personen, die im Untersuchungszeitraum mehr als eine Partei präferiert haben, höher als man dies aus den Übergangstabellen hätte erwarten dürfen. Dies gilt insbesondere für die Gruppe der *Lager-Wechsler*. In den Übergangstabellen erschien die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels zwischen linkem und bürgerlichem politischen Lager sehr gering. Hier erweisen sich dagegen Sequenzen, die sich aus Parteien unterschiedlicher politischer Lager zusammensetzen als relativ häufig.

Der Grund für die unterschiedlichen Ergebnisse liegt offensichtlich in der Angabe „keine Parteineigung“. Der Wechsel zwischen den politischen Lagern findet praktisch nie direkt statt. An fast allen Sequenzen mit einem Wechsel zwischen den Lagern ist die Angabe „keine Parteineigung“ beteiligt – entweder in Form einer *Drehscheibe* oder als Anzeichen allgemeiner politischer Unsicherheit.

Ferner ist zu berücksichtigen, dass insgesamt 2 332 Befragte aus der Analyse ausgeschlossen wurden. Würde man diese Befragten einbeziehen, ergäben sich noch größere Anteile von Parteiwechslern. Insgesamt wurden 2 080 Befragte allein auf Grund der zumindest zeitweisen Antwortverweigerung ausgeschlossen. Behandelt man die Antwortverweigerung wie die Angabe „keine Parteineigung“, so beträgt der Anteil reiner Anhänger der Parteien in dieser Gruppe 57 Prozent, der Anteil von Parteiwechslern 43 Prozent. Von den 252 Personen, die mindestens einmal eine „Sonstige“ Partei genannt haben, können nur 11 als reine Anhänger einer sonstigen Partei bezeichnet werden. Alle Anderen, d.h. 96 Prozent, sind *Parteiwechsler*. Unter Einbeziehung der ausgeschlossenen Befragten würde der Anteil von *reinen* Anhängern einer Partei noch 61 Prozent betragen<sup>14</sup>.

In allen Typen dominieren die unsicheren Varianten. Besonders stark ausgeprägt ist diese Dominanz bei den *Lager-Wechslern*. Über 90 Prozent der *Lager-Wechsler* haben auch mindestens einmal „keine Parteineigung“ angegeben. Bei den reinen Anhängern der verschiedenen Parteien beträgt dieser Prozentsatz jeweils nur etwa 60 Prozent, bei den *Linken* etwa 70 und bei den *Bürgerlichen* etwa 80 Prozent.

Die Dominanz der unsicheren SS-Sequenzen ist vor dem Hintergrund der Debatte um die Messbarkeit der Parteiidentifikation mit der Parteineigungsfrage interessant. Theoretisch gilt die Parteiidentifikation als eine stabile Präferenz für eine Partei. Wenn bei einem Befragten eine stabile Einstellung festgestellt wird, so kann die Aufgabe dieser Einstellung zu einem späteren Zeitpunkt nur zweierlei bedeuten: Entweder die Einstellung *ist* nicht stabil, oder die Operationalisierung

---

<sup>14</sup> *anstab6f.do*

hat nicht die stabile Einstellung *gemessen*. Laut den Prozentsätzen von Tabelle 5.5 besteht dieses Problem beim größten Teil der Befragten. Dies mag man als einen Hinweis dafür deuten, dass die Parteineigung eher eine Messung aktueller Präferenzen ist als eine Messung der Parteiidentifikation.

Als letzter Punkt sei auf eine naheliegende Fehlinterpretation der Tabelle 5.5 hingewiesen. In der Tabelle sind die Anteile *sicherer* SS-Sequenzen bei den Anhängern aller Parteien nahezu gleich groß. Man könnte darum meinen, die Präferenzen für die unterschiedlichen Parteien seien gleich stabil, was einem Teil der vorangegangenen Analysen widersprechen würde. Diese Schlussfolgerung lässt sich aber nicht ziehen. Die Tabelle referiert die Anteile *sicherer* Präferenzen unter den *reinen* Anhängern der jeweiligen Partei. Die Präferenzen für die kleinen Parteien sind aber auch deshalb nicht so stabil, weil die Wahrscheinlichkeit zur Wahl einer anderen Partei höher ist. Über diesen Aspekt der Stabilität macht Tabelle 5.5 keine Aussage.

### 5.2.3 Zusammenfassung

Ziel dieses Abschnitts war die Überprüfung der Testimplikation 5.1 auf Seite 174. Nach dieser Testimplikation sollten die Parteipräferenzen der Individuen relativ stabil sein. Konnte diese Testimplikation bestätigt werden?

Die empirischen Ergebnisse hierzu sind widersprüchlich. Der Anteil von stabilen Parteipräferenzen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren kann als groß bezeichnet werden, und der Anteil derer, die von einem Jahr auf das andere zu einer anderen Partei wechseln, ist verschwindend gering. Meist wird nur zur Angabe „keine Parteineigung“ gewechselt. Wenn ein direkter Wechsel von einer Partei zu einer Anderen stattfindet, so meistens zur Partei desselben politischen Lagers. Über einen längeren Zeitraum betrachtet zeigen sich jedoch auch einige Anzeichen für Instabilität. Noch immer sind zwar die Befragten in der Mehrheit, die nur eine einzige Partei präferieren, doch finden sich nun auch beträchtliche Anteile von Personen, die ihre Parteipräferenz gewechselt haben. Dabei handelt es sich entweder um Personen, die eine allgemein unsichere Präferenz für eine Partei haben, oder um solche, die nach einem längeren Orientierungsprozess zu einer neuen Parteipräferenz kommen.

### 5.3 Die Trägheit der Parteipräferenz

Im Folgenden geht es um die Trägheit der Parteipräferenz. Hierunter wird die Eigenschaft von politischen Präferenzen verstanden, ihren Zustand beizubehalten, auch wenn aktuelle Einflussfaktoren eine Kraft zur ihrer Änderung ausüben. Langfristig wirkende Einflussfaktoren sollten zu trägen Parteipräferenzen führen (Testimplikation 5.2).

Die Analyse der Trägheit gliedert sich in drei Teile. Zunächst werden mögliche Designs zur Analyse der Trägheit mit ihren Vor- und Nachteile vorgestellt (Abschnitt 5.3.1). Daran anschließend werden die hier durchgeführten Analysemodelle beschrieben (Abschnitt 5.3.2). Die Ergebnisse der Analysen finden sich in Abschnitt 5.3.3.

#### 5.3.1 Designs zur Untersuchung der Trägheit

Zur Untersuchung der Trägheit kommen zwei Designs in Betracht. Diese sollen hier mit Hilfe der Pfaddiagramme in Abbildung 5.6 verdeutlicht werden.<sup>15</sup> Ausgangspunkt der Darstellung ist Design 0. Hier wird der Zustand  $Z$  eines Objekts zum vergangenen Zeitpunkt  $t - 1$  und dem aktuellen Zeitpunkt  $t$  untersucht. Zu beiden Zeitpunkten wirkt die Ursache  $U$  auf den Zustand ein. Der Zustand zum vergangenen Zeitpunkt  $t - 1$  wird ausschließlich durch  $U_{t-1}$  verursacht. Mit anderen Worten:  $U_{t-1}$  (und nichts als  $U_{t-1}$ ) bewirkt den Zustand  $Z_{t-1}$ . Der Zustand zum aktuellen Zeitpunkt  $t$  wird dagegen von zwei Faktoren beeinflusst: Zum einen von der aktuell wirkenden Kraft aus  $U_t$ , zum anderen vom vorangegangenen Zustand des Objekts  $Z_{t-1}$ . Wenn sich  $U_t$  im betrachteten Zeitraum verändert hat, so geht von  $U_t$  eine Kraft  $c$  zur Veränderung von  $Z$  aus. Dieser Kraft entgegen steht die Trägheit  $T$  des Objekts. Je höher die Trägheit, desto geringer der Einfluss von  $U_t$  und umgekehrt.

Die Ermittlung der Trägheit  $T$  im Analysedesign 0 könnte z.B. durch eine Regression von  $Z_t$  auf  $Z_{t-1}$  und  $U_t$  erfolgen. Der Regressionsparameter von  $Z_{t-1}$  wäre eine unverzerrte Schätzung von  $T$ , wenn  $U$  die einzige Ursache von  $Z$  ist.

Zur Untersuchung der Trägheit von Parteipräferenzen dürfte Design 0 nicht anwendbar sein. Denn neben bekannten Ursachen von Parteipräferenzen gibt es unbekannte, nicht gemessene oder nicht messbare. Diese unbekannten Ursachen werden in Design 1 und Design 2 berücksichtigt. Hier werden die bekannten Ur-

---

15 Die Argumentation setzt Kenntnisse im Umgang mit Pfaddiagrammen voraus. Zur Einführung siehe Loehlin (1992) oder Bollen (1989).



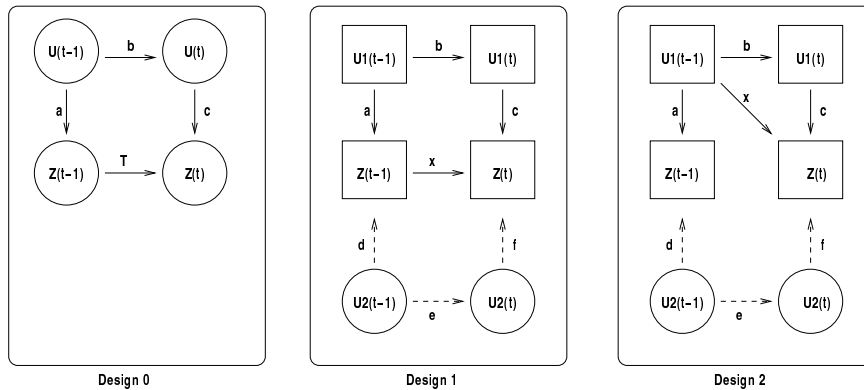


Abbildung 5.6: Designs zur Analyse der Trägheit

sachen mit  $U1$ , die unbekannt mit  $U2$  bezeichnet.

Im Design 1 wird der Trägheitsparameter  $X$  ähnlich wie im Design 0 durch eine Regression von  $Z_t$  auf  $Z_{t-1}$  und  $U1_t$  ermittelt. Im Design 2 wird  $X$  dagegen durch eine Regression von  $Z_t$  auf  $U1_{t-1}$  und  $U1_t$  ermittelt. Es stellt sich nun die Frage, ob und inwiefern  $X$  eine geeignete Schätzung von  $T$  darstellt.

Betrachtet man die Einflussgrößen  $a, b, c$ , usw. der Einfachheit halber als standardisierte Pfadkoeffizienten, so ergibt sich der wahre Wert der Trägheit im Design 1 als

$$T = r_{Z_{t-1}Z_t} - abc - def \quad (5.1)$$

mit  $r_{Z_{t-1}Z_t}$  der Korrelation des Zustands zum aktuellen Zeitpunkt mit dem des vergangenen Zeitpunktes und  $abc$  bzw.  $def$  der Multiplikation der entsprechenden standardisierten Pfadkoeffizienten aus Abbildung 5.6.

Durch das Design 1 wird, da  $U2$  nicht bekannt ist,  $def$  auf 0 gesetzt. Der Trägheitsparameter  $X$  lässt sich dann schreiben als  $r_{Z_{t-1}Z_t} - abc$ . Die Schätzung der Trägheit  $T$  durch  $X$  ist demnach um  $def$  verzerrt.

Der Koeffizient  $e$  gibt den Einfluss des vergangenen Wertes von  $U2$  auf den aktuellen Wert von  $U2$  wieder. Er dürfte normalerweise positiv sein. Gleichzeitig dürfte der Einfluss von  $U2$  zu zwei Zeitpunkten dasselbe Vorzeichen aufweisen. Aus diesem Grund ist  $df$  positiv und mithin auch  $def$ . Als Konsequenz wird die Trägheit im Design 1 normalerweise überschätzt – und zwar umso mehr, je stärker der Einfluss und die Stabilität der nicht beobachteten Einflussfaktoren ist.

Im Design 2 entspricht  $X = r_{U_{1_{t-1}}Z_t} - bc$ , mit  $r_{U_{1_{t-1}}Z_t}$  der Korrelation zwischen der vergangenen Ursache und dem aktuellen Zustand. Inwiefern wäre hier  $X$  ein geeigneter Schätzer für die unbekannte Trägheit  $T$ . Wären wie im Design 0 alle Ursachen des aktuellen Zustandes bekannt so entspräche  $r_{U_{1_{t-1}}Z_t} = aT + bc$ . Damit ergäbe sich  $X = aT$ , d. h.  $T$  würde durch  $X$  unterschätzt. Das Ausmaß der Unterschätzung fiel mit zunehmender Einflussstärke von  $U_{1_{t-1}}$  auf  $Z_{t-1}$ . Naheliegender wäre nun die Ermittlung von  $T$  durch  $T = \frac{X}{a}$ . Ein solches Vorgehen verbietet sich jedoch auf Grund der zusätzlichen unbekanntem Einflussgröße  $U_2$ . Korrelieren  $U_1$  und  $U_2$  so ist  $a$  verzerrt, und zwar je nach dem Vorzeichen der Korrelation über- oder unterschätzt. Davon unberührt bleibt jedoch die Feststellung, dass die Schätzung von  $T$  durch  $X$  umso genauer ist, je stärker der Einfluss von  $U_{1_{t-1}}$  auf  $Z_{t-1}$  ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Trägheit der Parteipräferenz im Design 1 über- und im Design 2 tendentiell unterschätzt wird. Im Folgenden soll die Trägheit mit Hilfe beider Designs empirisch ermittelt werden. Hierzu werden multinomiale logistische Regressionsmodelle (Long 1997) verwendet. Abhängige Variable der Modelle ist die Parteipräferenz zum Zeitpunkt  $t$  (im folgenden als die „aktuelle“ Parteipräferenz bezeichnet).

### 5.3.2 Operationalisierung und Methode

Die Untersuchung der Trägheit der Parteipräferenz soll im Folgenden mit Hilfe multinomialer logistischer Regressionsmodelle (Long 1997) erfolgen. Das Design 1 aus dem vorangegangenen Kapitel erfordert ein multinomiales logistisches Regressionsmodell der Parteipräferenz zum Zeitpunkt  $t$  auf die Parteipräferenz zum Zeitpunkt  $t-l$  und auf die möglichen Ursachen der Parteipräferenz zum Zeitpunkt  $t$ . Das Design 2 erfordert ein multinomiales logistisches Regressionsmodell der Parteipräferenz zum Zeitpunkt  $t$  auf die möglichen Ursachen zu den Zeitpunkten  $t$  und  $t-l$ .

Beide Designs erfordern Längsschnittdaten über die Zeitspanne  $l$ . Als Ausgangsdaten werden darum Daten des SOEP 1984–1997 verwendet. Als mögliche Ursachen der Parteipräferenz kommen entsprechend der Ausführungen in Kapitel 1 die Klassenzugehörigkeit, die Kohortenzugehörigkeit, das Alter, die Bildung, der Erwerbsstatus und die sozialen Kontakte in Frage.

Zur Durchführung der Analysen muss zunächst die Zeitspanne festgelegt werden, für welche die Berechnung der Trägheit erfolgen soll. Die hier getroffenen Entscheidungen werden im nächsten Abschnitt kurz begründet. Daran anschließend werden die Operationalisierungen der an der Analyse beteiligten Variablen

erläutert und abschließend die verwendete Analysemethode detaillierter dargestellt.

#### 5.3.2.1 Untersuchungszeitraum

Bei der Auswahl des Untersuchungszeitraums muss beachtet werden, dass in beiden Analysedesigns die Gefahr eines *Multikollinearitätsproblems* besteht. Das ist offensichtlich im Design 2. Im Design 2 soll die Einflussstärke von soziostrukturellen Variablen berechnet werden, die zu zwei aufeinanderfolgenden Zeitpunkten gemessen wurden. Soziostrukturelle Variablen verändern sich im Zeitverlauf nur selten. Aufeinanderfolgende Messungen soziostruktureller Variablen weisen darum eine tendenziell starke *Kollinearität* auf. Dasselbe gilt jedoch auch im Design 1. Wenn die Parteipräferenz, wie in Abschnitt 5.2 festgestellt, relativ stabil ist, und die möglichen Ursachen stark mit der Parteipräferenz zusammenhängen, so sind auch hier die unabhängigen Variablen untereinander kollinear.

Der Grund für das *Multikollinearitätsproblem* ist die kleine Anzahl von Beobachtungen, deren Werte sich auf den an der Analyse beteiligten Variablen im Zeitverlauf ändern. Zur Vermeidung des Problems sind zwei Strategien möglich: Die Betrachtung einer möglichst langen Zeitspanne oder die Betrachtung einer sehr kurzen Zeitspanne mit einem *gepoolten* Analysedesign. Beide Strategien zielen auf die Erhöhung der Anzahl von Beobachtungen, die sich in der beobachteten Zeitspanne verändert haben. Beide Strategien schließen sich aber wechselseitig aus und werden darum im Folgenden in getrennten Analysen angewandt.

Die Betrachtung einer möglichst langen Zeitspanne basiert auf der Annahme, dass sich die Werte einer mehrmals beobachteten Variable umso stärker voneinander unterscheiden, je länger der Zeitraum ist der zwischen beiden Beobachtungen liegt. Trifft diese Annahme zu, so erhöht sich die Anzahl veränderter Beobachtungen mit der Länge des Untersuchungszeitraums. Entsprechend dieser Strategie wird im Folgenden der maximal mögliche Zeitraum verwendet. Bei Verwendung der Daten des SOEP 1984–1997 bedeutet dies ein Regressionsmodell der Parteipräferenz zum Zeitpunkt 1997 auf die Parteipräferenz bzw. ihre Ursachen zum Zeitpunkt 1984 (*Lag-13-Modell*). Diese Strategie impliziert ein *Balanced Panel-design*.<sup>16</sup>

Die Verwendung eines gepoolten Analysedesigns basiert auf der Annahme, dass sich die Trägheit der Parteipräferenz im Zeitverlauf nicht ändert. Trifft diese Annahme zu, ist es zulässig, jede über den Beobachtungszeitraum verfügbare Beobachtung in die Analyse einzubeziehen. Bei einem sehr kurzen Beobach-

---

<sup>16</sup> Zum Begriff „Balanced Panel-design“ siehe Seite 124.

tungszeitraum können dann einzelne Befragte mehrmals einbezogen werden. Zum Beispiel liegen für einen Befragten, der zu allen 14 Erhebungswellen des SOEP 1984–1997 beobachtet wurde, 13 Beobachtungen über den Zeitraum von einem Jahr vor. Je kürzer der Analysezeitraum, desto höher ist auch die Anzahl der Beobachtungen insgesamt. Im Folgenden soll darum das gepoolte Analysedesign für eine Zeitspanne von einem Jahr (*Lag-1*-Modell) verwendet werden. Hierzu wird ein Regressionsmodell der Parteipräferenz gegen die Parteipräferenz des Vorjahres bzw. die möglichen Ursachen des Vorjahres berechnet. Dieser Analyse stehen alle Beobachtungen zur Verfügung, die zu mindestens zwei aufeinanderfolgenden Erhebungszeitpunkten befragt wurden. Diese Strategie erlaubt die Verwendung eines *Unbalanced* Paneldesigns.

#### 5.3.2.2 Variablen

In der nachfolgenden Analyse werden Angaben zur Parteipräferenz, zur Klassenzugehörigkeit, zur Bildung, zur Kohortenzugehörigkeit, zum Lebensalter und zu den Parteipräferenzen der sozialen Kontakte verwendet. Die Bildung dieser Variablen soll hier kurz beschrieben werden.

Die Verteilungen der Variablen gehen aus Tabelle 5.6 auf der nächsten Seite hervor. Die ersten vier Spalten der Tabelle zeigen die absoluten Häufigkeiten der Variablen, und zwar zunächst für die beiden Zeitpunkte des *Lag-13*-Modells, danach die entsprechenden Ziffern für das *Lag-1*-Modell. Die erste Spalte gibt jeweils die Häufigkeit zum ersten, die zweite Spalte die Häufigkeit zum zweiten Beobachtungszeitpunkt wieder. Die fünfte bis achte Spalte der Tabelle gibt die entsprechenden relativen Häufigkeiten wieder.

Ergänzend hierzu zeigt Tabelle 5.7 auf Seite 200 das Ausmaß individueller Veränderungen der Variablen. Dargestellt wird die absolute und relative Häufigkeit der Beobachtungen, die sich im angegebenen Zeitraum auf dem jeweils untersuchten Merkmal verändert haben. Beide Tabellen beruhen auf nicht-gewichteten Daten.

Die Parteipräferenz liegt im SOEP in Form der *Parteineigungsfrage*<sup>17</sup> vor. Für die nachfolgenden Analysen wurden die Angaben der Befragten zu drei Kategorien zusammengefasst. Die erste Kategorie setzt sich zusammen aus einer Neigung zur CDU, zur CSU, zur CDU/CSU oder zur FDP. Die zweite Kategorie steht für die Neigung zur SPD, die dritte für die Neigung zu den Bündnisgrünen. Alle anderen Beobachtungen wurden aus der Analyse ausgeschlossen. Der Ausschluss der Personen ohne Parteineigung führt zu einer nachhaltigen Reduzierung der insgesamt zur Verfügung stehenden Beobachtungen.

---

<sup>17</sup> Zur Operationalisierung der Parteipräferenz siehe auch Abschnitt 2.3.

	absolute Häufigkeit				relative Häufigkeit			
	Balanced		Unbalanced		Balanced		Unbalanced	
	1984	1997	$t - 1$	$t$	1984	1997	$t - 1$	$t$
<i>Parteieneigung</i>								
CDU/CSU, FDP	434	416	14 980	14 950	.51	.49	.49	.49
SPD	361	359	13 046	13 068	.42	.42	.43	.43
B90/Gr.	57	77	2 549	2 557	.07	.09	.08	.08
<i>Klassenzugehörigkeit</i>								
Selbständige	72	103	2 507	2 535	.08	.12	.08	.08
Admin. Dienste	186	191	5 981	6 045	.22	.22	.20	.20
Experten	55	66	2 138	2 145	.06	.08	.07	.07
Soz. Dienste	99	105	3 416	3 438	.12	.12	.11	.11
Mischtypen	200	172	7 147	7 168	.23	.20	.23	.23
Arbeiter	240	215	9 386	9 244	.28	.25	.31	.30
<i>Arbeitslos gemeldet</i>								
nein	843	838	29 944	29 963	.99	.98	.98	.98
ja	9	14	631	612	.01	.02	.02	.02
<i>Schulbildung</i>								
niedrig	679	657	24 220	24 056	.80	.77	.79	.79
hoch	173	195	6 355	6 519	.20	.23	.21	.21
<i>Anteil von CDU/CSU u. FDP-Anhängern im HH</i>								
0	527	566	19 159	19 241	.62	.66	.63	.63
(0,.5)	4	2	735	762	.00	.00	.02	.02
.5	28	23	1 763	1 723	.03	.03	.06	.06
(.5,1)	6	3	565	587	.01	.00	.02	.02
1	287	258	8 353	8 262	.34	.30	.27	.27
<i>Anteil von SPD-Anhängern im HH</i>								
0	481	507	17 770	17 934	.56	.59	.58	.58
(0,.5)	3	1	696	697	.00	.00	.02	.02
.5	43	22	1 832	1 812	.05	.03	.06	.06
(.5,1)	4	2	533	520	.00	.00	.02	.02
1	321	320	9 744	9 612	.38	.38	.32	.32
<i>Anteil von Anhängern der Grünen im HH</i>								
0	799	783	27 962	27 993	.94	.92	.91	.92
(0,.5)	5	1	470	466	.01	.00	.02	.02
.5	4	7	592	574	.00	.01	.02	.02
(.5,1)	0	0	110	102	.00	.00	.00	.00
1	44	61	1 441	1 440	.05	.07	.05	.05
<i>Kohortenzugehörigkeit</i>								
vor 1940	720		23 234		.85		.76	
1940 u. später	132		7 341		.15		.24	
Gesamt	852		30 575					

Tabelle 5.6: Verteilungen der unabhängigen Variablen

Quelle: *antraeg1.do, antraeg2.do*

	absolute Häufigkeit		relative Häufigkeit	
	1984–'97	$t$ bis $(t - 1)$	1984–'97	$t$ bis $(t - 1)$
Parteineigung	102	1 945	.12	.06
Klasse	325	4 033	.38	.13
Arbeitslosigkeit	23	799	.03	.01
Schulbildung	22	164	.03	.01
CDU-Kontakte	182	5 765	.21	.19
SPD-Kontakte	230	6 822	.27	.22
B90/GR.-Kontakte	71	2 431	.08	.08

Tabelle 5.7: Stabilität der unabhängigen Variablen

Quelle: *antraeg1.do, antraeg2.do*

Gemäß Tabelle 5.6 haben jeweils etwa 50 Prozent der Beobachtungen eine Neigung zu den *bürgerlichen* Parteien CDU/CSU und FDP. Etwa 42 Prozent der Beobachtungen neigen der SPD zu und etwa 8 Prozent den Bündnisgrünen. Die Aggregatverteilung ist zu beiden betrachteten Zeitpunkten sowohl im *Lag-13*- als auch im *Lag-1*-Design stabil. Trotz der Stabilität der Randverteilung haben eine ganze Reihe von Befragten ihre Parteineigung geändert. Gemäß Tabelle 5.7 haben in der Zeitspanne von 1984–1997 etwa 12 Prozent der untersuchten Befragten ihre Parteineigung geändert. Durchschnittlich etwa 6 Prozent der Befragten haben zu einem beliebigen Zeitpunkt eine andere Parteipräferenz als ein Jahr davor.

Der Klassenzugehörigkeit liegt das Klassenschema von Erikson, Goldthorpe und Portocarero (EGP-Klassenschema) zugrunde. Hierzu wurde das EGP-Klassenschema für den Beruf des Hauptverdieners bzw. ehemaligen Hauptverdieners gebildet.<sup>18</sup> Dieses wurde anschließend zu sechs Kategorien zusammengefasst. In Anschluss an Müller (1998) wurden die Dienstklassen des EGP-Schemas zu einer Klasse zusammengefasst und danach entlang der beruflichen Tätigkeit in die Fraktionen „Administrative Dienste“, „Experten“ und „Soziale Dienste“ unterteilt. Bei den übrigen Klassen wurde zwischen den Selbständigen, den Mischtypen und den Arbeitern unterschieden.<sup>19</sup> Beobachtungen, denen keine Klassenzugehörigkeit zugewiesen werden konnte, wurden aus der Analyse ausgeschlossen.

18 Ausführliche Informationen zur Operationalisierung des EGP-Klassenschemas im SOEP finden sich unter <http://www.sowi.uni-mannheim.de/lesas/kohler02b/dissanhwww.pdf>.

19 Siehe auch Tabelle 4.1 auf Seite 164 entnommen werden.

Die Randverteilungen der eingeschlossenen Beobachtungen in Tabelle 5.6 zeigen eine leichte Verschiebung des Arbeiter- und des Selbständigenanteils im Zeitverlauf. Der Anteil der Selbständigen nimmt zu, der Anteil der Arbeiter dagegen ab. Insgesamt 38 Prozent der Befragten hatten 1997 eine andere Klassenposition als 1984 (Tabelle 5.7). Von einem Jahr auf das unmittelbar folgende wechseln im Schnitt etwa 13 Prozent der Befragten die Klassenposition. Darüber hinaus sollte beachtet werden, dass die Anzahl von Selbständigen, Experten und sozialen Diensten im *Lag-13*-Modell relativ niedrig ist (unter 100). Als entsprechend unsicher dürften sich die für diese Gruppen errechneten Regressionskoeffizienten erweisen.

Beim Erwerbsstatus wurde entsprechend der Ausführungen in Abschnitt 1.2 zwischen arbeitslosen und nicht arbeitslosen Personen unterschieden. Als arbeitslos galten Befragte mit der Angabe „Arbeitslos gemeldet“, alle übrigen Personen sind nicht arbeitslos. Aus Tabelle 5.6 geht hervor, dass die Anzahl Arbeitsloser im Analysedatensatz des *Lag-13*-Modells sehr gering ist (9, bzw. 14 Befragte). In den nachfolgenden Regressionsmodellen wird die Variable darum nicht verwendet. Um Vergleichbarkeit der Analysemodelle zu gewährleisten, gilt dies auch für das *Lag-1*-Modell.

Die Schulbildung wurde als dichotomes Merkmal verwendet. Dabei galt die Fachhochschulreife und das Abitur als „hohe Bildung“, mittlere Reife, Hauptschulabschluss, kein Abschluss und der sonstige Abschluss als „niedrige Bildung“. Sowohl hinsichtlich der Aggregatverteilungen als auch hinsichtlich der individuellen Veränderungen ist die Bildung ein nahezu zeitinvariantes Merkmal. In den Regressionsmodellen muss dies berücksichtigt werden. Das entsprechende Vorgehen wird weiter unten erläutert.

Die politischen Einstellungen der sozialen Kontakte können mit den Daten des SOEP nicht ermittelt werden. Allerdings ist eine Hilfskonstruktion möglich. Da im SOEP jeweils alle in einem Haushalt lebenden Personen befragt werden, können die übrigen Haushaltsmitglieder als soziale Kontakte angesehen werden. Die Parteipräferenzen der übrigen Haushaltsmitglieder können dann als Indikator für das politische Klima der sozialen Kontakte angesehen werden. In diesem Sinne wurde für jeden Befragten festgestellt, wie viel Prozent der Personen, die noch in seinem Haushalt leben, eine der drei fraglichen Parteineigungen aufweisen. Der Anteil von Haushaltsmitgliedern mit einer Neigung für die CDU/CSU oder FDP gibt das Klima zugunsten der bürgerlichen Parteien an. Ein Befragter in einem Vier-Personen-Haushalt, bei dem die drei übrigen Haushaltsmitglieder der CDU zuneigen, erhielt den Wert 1 auf diesem Index. Präferieren nur zwei der übrigen Haushaltsmitglieder die CDU, so würde der Befragte den Indexwert 0,66 erhal-

ten usw. Je höher der Index, desto bürgerlicher ist die *Stimmung* des Haushalts. Entsprechend gibt der Anteil von Personen mit einer Neigung zur SPD das sozialdemokratische Klima und der Anteil von Personen mit einer Neigung zu den Bündnisgrünen das „grüne“-Klima des Haushaltes wieder.

Es ist zu beachten, dass der Befragte selbst *nicht* zur Bildung der Indikatoren für das Meinungsklima im Haushalt beiträgt. Die Indikatoren geben nur die politische Stimmung der *übrigen* Haushaltsmitglieder wieder. Dies ist problematisch, weil Ein-Personen-Haushalten auf diese Weise kein Wert zugewiesen werden kann. Dasselbe gilt für Haushalte, bei denen nur eine einzige Person eine Parteineigung angegeben hat.<sup>20</sup> Aus diesem Grund wurde bei den Befragten aus Ein-Personen-Haushalten oder aus Haushalten mit nur einer gültigen Angabe zur Parteineigung ein Imputationsverfahren angewandt. Dem Verfahren liegt die Annahme zugrunde, dass das Meinungsklima eines Haushalts von der eigenen Parteineigung, der Klassenposition des Hauptverdieners und der Bildung beeinflusst wird. Technisch wurde jedem der betroffenen Haushalte ein zufällig ausgewählter Wert einer anderen Person mit derselben Parteineigung<sup>21</sup>, derselben Klassenzugehörigkeit und derselben Bildung zugewiesen. Auf diese Weise sind sowohl die Verteilungen der imputierten und der beobachteten Werte untereinander identisch, als auch die Zusammenhänge zwischen den beteiligten Variablen.<sup>22</sup>

Durch das Imputationsverfahren wird ein stochastisches Element in die Analyse eingeführt, weshalb die Analyseergebnisse entsprechende Schwankungen aufweisen. Die Analysen wurden darum mehrmals durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass diese Schwankungen die inhaltlichen Schlussfolgerungen in keiner Weise berühren.

Tabelle 5.6 zeigt die gruppierte Verteilung der Indikatoren für die politischen Einstellungen der sozialen Kontakte. In den Regressionsmodellen wurden die nicht gruppierten Versionen verwendet.

Die Kohortenzugehörigkeit wurde als dichotomes Merkmal in die Regressionsmodelle aufgenommen. Die vor 1940 Geborenen bilden die „alten“ und die nach 1940 Geborenen die „jungen“ Kohorten. Das Lebensalter entspricht dem Lebensalter in Jahren. Es ist zu beachten, dass die Kohorte ein zeitinvariantes Merk-

---

20 Natürlich gibt es für Ein-Personen-Haushalte keine politische Stimmung im Sinne des hier konstruierten Index. Wohl aber kann man von der politischen Stimmung der sozialen Kontakte oder der nächsten Familienangehörigen sprechen.

21 Dabei wurde die Parteineigung in der ursprünglichen Fassung mit 7 Kategorien verwendet.

22 Für eine Gegenüberstellung verschiedener Imputationsverfahren siehe Little und Rubin (1987) bzw. Schnell (1986). Der Text von Schnell findet sich im Internet unter <http://www.ub.uni-konstanz.de/kops/volltexte/2000/549/>.



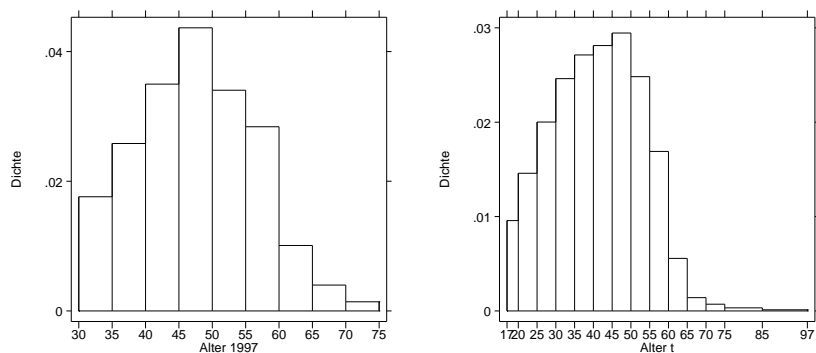


Abbildung 5.7: Verteilung des Lebensalters

Quelle: *antraeg1.do, antraeg2.do*

mal darstellt. Die in Tabelle 5.6 dargestellte Verteilung ist darum jeweils für beide Zeitpunkte identisch. Anders das Lebensalter. Das Lebensalter ist ein inhärent zeit-variierendes Merkmal, wobei das Lebensalter zum aktuellen Zeitpunkt linear vom Lebensalter des vorangegangenen Zeitpunkts abhängig ist. Abbildung 5.7 zeigt Histogramme des Lebensalters zum jeweils aktuellen Zeitpunkt.

### 5.3.2.3 Methode

Die folgenden Ergebnisse beruhen auf vier multinomialen logistischen Regressionsmodellen. Abhängige Variable der Modelle ist jeweils die Parteieignung mit den Kategorien CDU/CSU/FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die Modelle unterscheiden sich im Analysedesign und in der untersuchten Zeitspanne. Die ersten beiden Modelle folgen dem in Abschnitt 5.3.1 als Design 1 bezeichneten Analysedesign, die beiden anderen Modelle entsprechend dem Design 2. Für beide Analysedesigns wurde jeweils ein *Lag-13*-Modell und ein *Lag-1*-Modell berechnet.

Konkret wurden für die Modelle im Design 1 folgende Variablen verwendet:

- Die aktuellen Werte der Klassenzugehörigkeit, der Bildung, des Lebensalters und der Indikatoren für die Parteieignungen der Haushaltsmitglieder. Im *Lag-13*-Modell waren die aktuellen Werte dieser Variablen die Werte von 1997. Im *Lag-1*-Modell wurden dagegen die Werte aller Beobachtungen zwischen 1985 und 1997 verwendet.

- Die beiden zeitinvarianten Variablen Kohorte und Geschlecht.
- Die Parteineigung zum vorhergehenden Zeitpunkt. Im *Lag-13*-Modell wurde dabei die Parteineigung zum Zeitpunkt 1984 verwendet, im *Lag-1*-Modell alle Werte der Parteineigung zum um ein Jahr vorangegangenen Zeitpunkt.

In diesem Analysedesign liegt Trägheit der Parteineigung vor, wenn die Parteineigung zum vorhergehenden Zeitpunkt unter Kontrolle der vermeintlich *kurzfristig wirkenden* Ursachen einen Einfluss auf die aktuellen Werte der Parteineigung ausübt. Ebenfalls als eine Form der Trägheit kann der Koeffizient der Kohortenzugehörigkeit interpretiert werden. Da die Kohorte ein zeitinvariantes Merkmal darstellt und das Alter kontrolliert wird, kann der Effekt der Kohortenzugehörigkeit als Effekt der vergangenen Sozialisationsbedingungen angesehen werden. Fraglich wäre allerdings, inwiefern diese vergangenen Sozialisationsbedingungen über die vergangene Parteipräferenz hinaus wirksam werden sollten.

Im Analysedesign 2 wurden folgende Variablen verwendet:

- Die aktuellen Werte der Klassenzugehörigkeit, der Bildung, des Lebensalters und der Indikatoren für die Parteineigungen der Haushaltsmitglieder. Im *Lag-13*-Modell waren die aktuellen Werte dieser Variablen die Werte von 1997. Im *Lag-1*-Modell wurden dagegen die Werte aller Beobachtungen zwischen 1985 und 1997 verwendet.
- Die beiden zeitinvarianten Variablen Kohorte und Geschlecht.
- Die Klassenzugehörigkeit und die politische Stimmung der Haushaltsmitglieder zum vorangegangenen Zeitpunkt. Im *Lag-13*-Modell wurden Werte von 1984 verwendet, im Modell *Lag-1*-Modell dagegen alle Werte zum um ein Jahr vorangegangenen Zeitpunkt.<sup>23</sup>

---

<sup>23</sup> Nicht verwendet wurden die Werte der Bildung und des Lebensalters zum vorangegangenen Zeitpunkt. Das Lebensalter zum vorangegangenen Zeitpunkt ist linear vom aktuellen Lebensalter abhängig. Die wechselseitigen Effektstärken können daher nicht abgeschätzt werden. Allerdings kann die Kohortenzugehörigkeit im Sinne der vorausgegangenen Sozialisationserfahrungen interpretiert werden. Die Schulbildung ist ein nahezu stabiles Merkmal. Im *Lag-13*-Modell haben nur 22 von 852 Beobachtungen 1997 eine andere Bildung gehabt als 1984 (Tabelle 5.7). Die Einflussstärke der vorangegangenen Werte der Schulbildung können insofern kaum von den aktuellen Werten getrennt werden.

Ähnlich wie zuvor liegt in beiden Modellen Trägheit der Parteineigung vor, wenn die Variablen des vorhergehenden Zeitpunkts unter Kontrolle der entsprechenden aktuellen Werte einen Einfluss auf die aktuelle Parteineigung ausüben.

Alle Koeffizienten der nachfolgenden Ergebnisse beruhen auf gewichteten Daten. Bei den *Lag-13*-Modellen wurden die Gewichtungsfaktoren für das *Balanced* Paneldesign verwendet, bei den *Lag-1*-Modellen die Gewichtungsfaktoren für das *Unbalanced* Paneldesign (siehe Abschnitt 3.3.1). Die Standardfehler, bzw. Signifikanztests der nachfolgenden Modelle beruhen auf der Anwendung der *Taylor-Series-Method* auf die multinomiale logistische Regression. Als *Schichten* wurden die Stichprobentypen verwendet und als *Klumpen* die Interviewnummern (siehe Abschnitt 3.3.2).

Zur Interpretation der Koeffizienten des multinomialen logistischen Regressionsmodells wurden Marginaleffekte berechnet (Long 1997). Marginaleffekte sind Annäherungen an die so genannten Einheitseffekte. Einheitseffekte geben an, wie stark sich die *Wahrscheinlichkeit* der abhängigen Variable verändert, wenn sich eine unabhängige Variable um eine Einheit erhöht und alle anderen unabhängigen Variablen konstant gehalten werden. Da die Einheitseffekte in der multinomialen logistischen Regression nicht für beliebige Werte der unabhängigen Variablen konstant sind, können diese jeweils nur für bestimmte Werte angegeben werden. Bei den im Folgenden dargestellten Marginaleffekten wurde das Alter jeweils auf den Mittelwert fixiert. Alle anderen Variablen wurden jeweils auf den Wert Null fixiert. Die Marginaleffekte der politischen Stimmung im Haushalt geben damit an, wie sehr sich die Wahrscheinlichkeit der abhängigen Variable verändert, wenn an Stelle *keines* Haushaltsmitglieds alle Haushaltmitglieder die jeweilige Partei präferieren.

### 5.3.3 Ergebnisse

Tabelle 5.8 auf der nächsten Seite zeigt Kennziffern für den Gesamtfit der vier Analysemodelle. Die mit „Design 1“ überschriebene Spalte bezieht sich auf das Analysemodell, in dem die vergangenen Werte der Parteineigung als unabhängige Variablen aufgenommen wurden. Das „Design 2“ bezieht sich auf das Analysemodell mit den vergangenen Werten der soziostrukturellen Variablen. Die Tabelle enthält neben der Fallzahl zunächst die üblichen Kennziffern für multinomiale logistische Regressionsmodelle:  $p_{MF}^2$  bezeichnet den Pseudo- $r^2$  nach McFadden (McFadden 1973),  $r_{AdjCount}^2$  den *Adjusted Count  $r^2$*  (Long 1997: 108) und BIC bzw. BIC' zwei Varianten des *Bayesian Information Criterion* (Raftery 1995).  $X_L$  ist der *Likelihood-Ratio* Chi-Quadrat-Wert des Gesamtmodells und  $p > X_L$  die

	Design 1	Design 2
1984 bis 1997	$n = 852$ $p_{MF}^2 = .65$ $r_{AdjCount}^2 = .77$ $BIC = -4992$ $BIC' = -845$ $X_L(28) = 1033$ $p > X_L = .00$ $F(28, 216) = 888$ $p > F = .00$	$n = 852$ $p_{MF}^2 = .51$ $r_{AdjCount}^2 = .68$ $BIC = -4686$ $BIC' = -538$ $X_L(40) = 807$ $p > X_L = .00$ $F(40, 204) = 10$ $p > F = .00$
$(t - 1)$ bis $t$	$n = 30\,575$ $p_{MF}^2 = .77$ $r_{AdjCount}^2 = .87$ $BIC = -302\,195$ $BIC' = -42\,737$ $X_L(28) = 43\,026$ $p > X_L = .00$ $F(28, 1332) = 196$ $p > F = .00$	$n = 30\,575$ $p_{MF}^2 = .47$ $r_{AdjCount}^2 = .66$ $BIC = -285\,303$ $BIC' = -25\,845$ $X_L(40) = 26\,258$ $p > X_L = .00$ $F(40, 1320) = 82$ $p > F = .00$

Tabelle 5.8: Gesamtfit der Analysemodelle

Quelle: *antraeg1.do*, *antraeg2.do*

diesem zugeordnete Wahrscheinlichkeit unter der Nullhypothese. Die Freiheitsgrade des Chi-Quadrat-Werts wurden in Klammern angegeben.

Im Modell nach dem Design 1 werden 28 Parameter verwendet, im Modell nach dem Design 2 dagegen 40. Trotz der geringeren Anzahl von Parametern haben die Modelle nach dem Design 1 jeweils deutlich höhere Chi-Quadrat-Werte als die Modelle nach dem Design 2. Mit  $X_L = 807$  hat das *Lag-13*-Modell nach dem Design 2 den kleinsten Chi-Quadrat-Wert. Bei 40 Freiheitsgraden liegt die Schwelle für das Erreichen des 1%-Signifikanzniveaus bei ca.  $X_L = 22$ . Diese Schwelle wird von allen Modellen deutlich überschritten.

Gemäß dem *Adjusted Count  $r^2$*  verringern sich die Fehler bei der Vorhersage der Parteipräferenz je nach Modell um 66 bis 87 Prozent, wenn die Prognose nicht auf Grund der Randverteilung sondern auf Basis des Modells erfolgt.

Die negativen Werte von BIC zeigen an, dass das Modell einem saturierten Modell mit allen Interaktionsparametern der unabhängigen Variablen vorzuziehen ist, während negative Werte von BIC' anzeigen, dass das Modell einem Modell ohne unabhängige Variablen vorzuziehen ist.

Die Pseudo- $r^2$ -Werte können mit 0,47 bis 0,77 als hoch bezeichnet werden.

Alle Maßzahlen deuten auf einen guten Fit der Modelle hin, wobei das Design 1 jeweils etwas besser abschneidet als das Design 2.

Wie oben erwähnt, wurden die Modellparameter durch eine Anwendung der *Taylor-Linearization* auf die multinomiale logistische Regression ermittelt. Die Berechnung des Modells basiert nicht auf einem echten *Likelihood*-Verfahren, sondern auf einem *Pseudo-Likelihood*-Verfahren. Die üblichen *Likelihood-Ratio*-Tests bzw. die auf diesen basierenden Maßzahlen sind hier nicht zulässig (Stata-Corp 1999b: 328). Die Wiedergabe der entsprechenden Werte in Tabelle 5.8 basiert daher auf einem Modell ohne Anwendung der *Taylor-Linearization*. Sie werden hier präsentiert, damit ein Vergleich mit Modellen ohne *Taylor-Linearization* möglich bleibt.

Bei Anwendung der *Taylor-Linearization* kann als Alternative zum *Likelihood-Ratio*-Test ein *F*-Test mit der entsprechenden Interpretation angewandt werden (Eltzinger und Sribney 1996). Diesen Test findet man jeweils in den beiden letzten Zeilen der Zellen von Tabelle 5.8. Die inhaltlichen Schlussfolgerungen auf der Basis des *F*-Tests bleiben dieselben wie die auf Basis der herkömmlichen Maßzahlen gefällten.

Der höhere Fit der Modelle nach dem Design 1 ist nicht überraschend, da hier die im Design 2 fehlenden exogenen Einflussfaktoren durch die Aufnahme der früheren Parteineigung mitberücksichtigt werden. Mit der Trägheit der Parteipräferenz hat dies nichts zu tun. Hinweise zur Trägheit ergeben sich, wenn man

den Einfluss der früheren Parteipräferenz (Analysedesign 1), oder den Einfluss der früheren soziostrukturellen Position (Analysedesign 2) auf die aktuelle Parteipräferenz untersucht. Im Folgenden sollen die entsprechenden Ergebnisse der beiden unterschiedlichen Analysedesigns im Einzelnen dargestellt werden.

### 5.3.3.1 Design 1

Tabelle 5.9 auf der nächsten Seite zeigt die Parameter der  $F$ -Tests für die im Analysedesign 1 verwendeten Variablen. Der obere Teil der Tabelle bezieht sich dabei auf das *Lag-13*-Modell, der untere Teil auf das *Lag-1*-Modell. Die letzte Spalte der Tabelle zeigt die  $F$ -Tests für das Gesamtmodell der Parteineigung. In der mit CDU/FDP überschriebenen Spalte finden sich die entsprechenden Werte für die Teilgleichung CDU/FDP vs. SPD, d. h. die Werte zeigen an, ob die jeweilige unabhängige Variable einen Einfluss auf die Entscheidung zwischen den beiden bürgerlichen Parteien und der SPD hat. Die mit B90 überschriebene Spalte zeigt entsprechend an, ob die jeweilige unabhängige Variable die Entscheidung zwischen den Bündnisgrünen und der SPD beeinflusst. Die Interpretation der wiedergegebenen Werte entspricht dem der üblichen *Likelihood-Ratio*-Tests. Werte für  $p$  unter .01 indizieren einen signifikanten Erklärungsbeitrag der jeweiligen unabhängigen Variable.

Zwei zentrale Ergebnisse lassen sich der Tabelle entnehmen. Zuerst das Wichtigere: Die Parteineigung ist träge. Sowohl die Parteineigung vor 13 Jahren als auch die Parteineigung des Vorjahres wirkt auf die aktuelle Parteineigung nach. Dies gilt sowohl insgesamt als auch für die beiden Kontraste einzeln. Einschränkend sei jedoch daran erinnert, dass die Trägheit der Parteineigung im hier verwendeten Design tendenziell überschätzt wird. Überdies ist der  $F$ -Wert der vergangenen Parteineigung jeweils besonders groß beim Kontrast zwischen der SPD und den beiden bürgerlichen Parteien. Hieraus ergibt sich die Vermutung, dass die Trägheit der Parteineigung bei den großen Parteien größer ist als bei den kleinen.

Das zweite Ergebnis betrifft die Auswirkungen der aktuellen soziostrukturellen Variablen. Zumindest die aktuelle politische Stimmung unter den übrigen Haushaltsmitgliedern scheint einen Einfluss auf die Parteineigung auszuüben, der über ihre ursprüngliche Generierung hinausgeht. Dasselbe gilt, wenn auch weniger deutlich, für die aktuelle Klassenzugehörigkeit. Bei den anderen soziostrukturellen Variablen lässt sich Vergleichbares nur im *Lag-1*-Modell aussagen – ein Ergebnis, das vermutlich auf Grund der höheren Fallzahl des Modells zu Stande kommt. Auf alle Fälle keinen Einfluss hat die Kohortenzugehörigkeit. Dies mag zunächst überraschen, da die Kohortenzugehörigkeit üblicherweise deutlichen Einfluss auf die Parteipräferenz hat. Allerdings handelt es sich beim Effekt der Kohorte fast schon

Variable	CDU/FDP		B90		Gesamt	
	<i>F</i>	<i>p</i>	<i>F</i>	<i>p</i>	<i>F</i>	<i>p</i>
<i>Lag-13-Modell</i>						
Parteineigung '84	1 466	.00	18	.00	972	.00
Klasse	2	.17	3	.01	3	.00
Stimmung im HH	28	.00	8	.00	18	.00
Bildung	1	.35	0	.53	1	.42
Alter	0	.79	0	.59	0	.73
Kohorte	0	.64	1	.25	1	.43
Geschlecht	0	.49	0	.65	0	.67
<i>Lag-1-Modell</i>						
Parteineigung ( $t - 1$ )	579	.00	603	.00	881	.00
Klasse	3	.01	3	.01	4	.00
Stimmung im HH	225	.00	112	.00	164	.00
Bildung	0	.97	33	.00	18	.00
Alter	6	.01	25	.00	16	.00
Kohorte	0	.73	0	.98	0	.93
Geschlecht	2	.16	20	.00	12	.00

Tabelle 5.9: *F*-Tests der Variablen im Design 1

Quelle: *antraeg1.do, antraeg2.do*

notwendigerweise um einen *langfristig wirkenden* Einfluss. Der Effekt der Kohortenzugehörigkeit ist darum im Effekt der vergangenen Parteipräferenz enthalten. Alles andere wäre überraschend und kaum theoretisch zu rechtfertigen gewesen.

Weiteren Aufschluss über die Trägheit der Parteineigung geben die Koeffizienten der Regressionsmodelle. Von Interesse ist dabei zunächst der Einfluss der früheren auf die aktuelle Parteineigung. Im Fall einer trägen Parteineigung sollte die vergangene Parteineigung ein Beharrungsvermögen widerspiegeln; das heißt: die Befragten sollten einer Partei eher zuneigen, wenn sie ihr bereits in der Vergangenheit zugeneigt haben.

Abbildung 5.8 auf der nächsten Seite<sup>24</sup> zeigt die *Marginal effekte* der entsprechenden Modellkoeffizienten für das *Lag-13*-Modell (links) und das *Lag-1* Modell (rechts). Wie in Abschnitt 5.3.2.3 erläutert, geben Marginal effekte (näherungsweise) an, wie stark sich die *Wahrscheinlichkeit* der abhängigen Variable verändert, wenn sich die jeweilige unabhängige Variable um eine Einheit erhöht. Bei den im Folgenden dargestellten Marginal effekten handelt es sich um die Veränderung der Wahrscheinlichkeit zur Wahl der angegebenen Partei im Vergleich zu den ehemaligen SPD-Anhängern. Die durchgezogenen Linien der Abbildungen beziehen sich auf die Wahrscheinlichkeit einer Neigung zu den Bündnisgrünen. Im *Lag-13*-Modell liegt der Marginal effekt zur Wahl der Bündnisgrünen für die ehemaligen CDU-Anhänger bei etwa 0,6 – d. h. die Wahrscheinlichkeit einer Neigung zu den Bündnisgrünen liegt bei den ehemaligen CDU-Anhängern um etwa 60 Prozentpunkte unter derjenigen der ehemaligen SPD-Anhänger. Allgemein: Je höher die Linie, desto höher die Wahrscheinlichkeit einer Neigung zur jeweiligen Partei im Vergleich zu den ehemaligen SPD-Anhängern.

Die aus der Abbildung 5.8 ersichtlichen Regressionskoeffizienten entsprechen für beide Analysezeiträume dem oben skizzierten Bild der Trägheit: Die ehemaligen Anhänger der beiden bürgerlichen Parteien neigen diesen auch heute noch eher zu als die ehemaligen SPD-Anhänger. Gleichzeitig neigen die ehemaligen Anhänger der Bündnisgrünen auch heute noch eher den Grünen zu als die ehemaligen SPD-Anhänger. Desweiteren fällt auf, dass die ehemaligen Anhänger der Bündnisgrünen eher der SPD zuneigen als die ehemaligen Anhänger der bürgerlichen Parteien. Die ehemaligen Anhänger der SPD und die ehemaligen Anhänger der bürgerlichen Parteien unterscheiden sich dagegen kaum hinsichtlich ihrer aktuellen Präferenzen zu den *Grünen*.

Insgesamt unterstützen die in Abbildung 5.8 gezeigten Koeffizienten die Vermutung einer trägen Parteineigung.

---

<sup>24</sup> *grtraeg3.do*



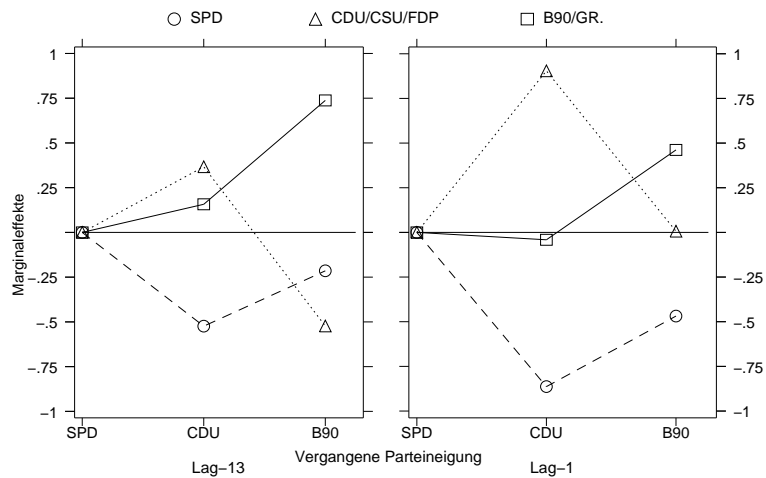


Abbildung 5.8: Marginaleffekte der früheren Parteineigung

Quelle: *grtraeg3.do*

Als Kehrseite der Trägheit kann die *prinzipielle Wandelbarkeit* der Parteineigung angesehen werden. Je höher die Wandelbarkeit, desto geringer die Trägheit. Diese prinzipielle Wandelbarkeit spiegelt sich in den Koeffizienten der aktuellen Einflussfaktoren wider.

Von Interesse sind vor allem die Koeffizienten der politischen Stimmung im Haushalt und der Klassenzugehörigkeit. Sie wurden in den Abbildungen 5.9 und 5.10 abgetragen. Abbildung 5.9 zeigt die Marginaler Effekte der drei Variablen für die politische Stimmung im Haushalt, Abbildung 5.10 die Marginaler Effekte der Klassenzugehörigkeit. Wie in Abbildung 5.8 wurden links die Ergebnisse des *Lag-13*-Modells und rechts die des *Lag-1*-Modells widergegeben. Die Zuordnung der Linien zu den Parteien entspricht ebenfalls Abbildung 5.8. Um den Vergleich der drei Grafiken untereinander zu erleichtern wurde eine einheitliche Skalierung der vertikalen Achse verwendet.

Bei der Interpretation ist zu beachten, dass die vorangegangenen Werte der abhängigen Variable zu den unabhängigen Variablen des Modells gehören. Die Koeffizienten der anderen Variablen geben darum ihren Einfluss auf die *Veränderung* der abhängigen Variablen wieder (Plewis 1985: 56–61). Je höher der Koeffizient, desto wahrscheinlicher der Wechsel zu der jeweiligen Partei.

Der Ausschnitt, den die Datenpunkte in den beiden Abbildungen einnehmen,

ist kleiner als bei der Abbildung 5.8. Insofern scheinen die aktuellen Einflussfaktoren tendenziell weniger zur Erklärung der Parteineigung beizutragen als die frühere Parteineigung – dies gilt insbesondere für die Klassenzugehörigkeit.

Vor einer allzu vorschnellen Interpretation dieses Befundes sei jedoch gewarnt. Die Koeffizienten der aktuellen Einflussfaktoren spiegeln deren Einfluss bei *Kontrolle* der vergangenen Parteineigung wider. Die betrachteten Variablen könnten möglicherweise die vergangenen Werte initiiert haben und so auch einen indirekten Einfluss auf die aktuelle Parteineigung haben.

Für die Klassenzugehörigkeit gilt dieses Argument noch etwas stärker. Die Klassenzugehörigkeit wird hier als ein Haushaltsmerkmal aufgefasst. Sie dürfte nicht nur die Parteipräferenz des Befragten selbst, sondern auch die politische Stimmung eines Haushalts beeinflussen – für das Imputationsverfahren wurde diese Annahme sogar explizit genutzt. Die Klassenzugehörigkeit beeinflusst die Parteipräferenz daher möglicherweise nicht nur direkt bzw. indirekt über die vergangene Parteipräferenz, sondern auch indirekt über die politische Stimmung im Haushalt.

Die Koeffizienten der politischen Stimmung im Haushalt offenbaren zunächst wenig Überraschendes. Je mehr Haushaltsmitglieder einer bestimmten Partei anhängen, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass auch der jeweilige Befragte eine Präferenz für diese Partei annimmt. Im *Lag-13* Modell haben Personen aus Haushalten, deren übrige Haushaltsmitglieder ausschließlich der CDU zuneigen, im Schnitt eine um etwa 20 Prozentpunkte größere Wahrscheinlichkeit eine CDU-Präferenz anzunehmen als Personen aus Haushalten *ohne* CDU-Anhänger. Entsprechend liegt die Wahrscheinlichkeit eine SPD-Neigung anzunehmen in den reinen SPD-Haushalten um etwa 25 Prozentpunkte über dem der Haushalte ohne SPD-Anhänger. Die Wahrscheinlichkeit eine Neigung zu den Bündnisgrünen anzunehmen liegt in den reinen Bündnis-90-Haushalten ebenfalls um etwa 25 Prozentpunkte über den Haushalten ohne Anhänger der Bündnisgrünen.

Die Ergebnisse des *Lag-1*-Modells sind nahezu identisch zu denen des *Lag-13*-Modells. Allerdings erhöht im *Lag-1*-Modell die politische Stimmung für die Bündnisgrünen auch die Wahrscheinlichkeit eine SPD-Neigung anzunehmen – ein Befund der zu dem Ergebnis passt, dass direkte Wechsel zwischen zwei Parteien meist innerhalb des eigenen politischen Lagers stattfinden (Abschnitt 5.2). Überraschend ist dagegen, dass die Koeffizienten der aktuellen politischen Stimmung im *Lag-1* Modell fast durchweg größer sind, als im *Lag-13*-Modell. Bei Trägheit der Parteineigung sollte man prinzipiell das Gegenteil erwarten: Je weiter zurück die vergangene Parteineigung, desto stärker der Einfluss der aktuellen Situation. Dieses Muster findet sich denn auch bei den Koeffizienten der Klassenzugehörigkeit.

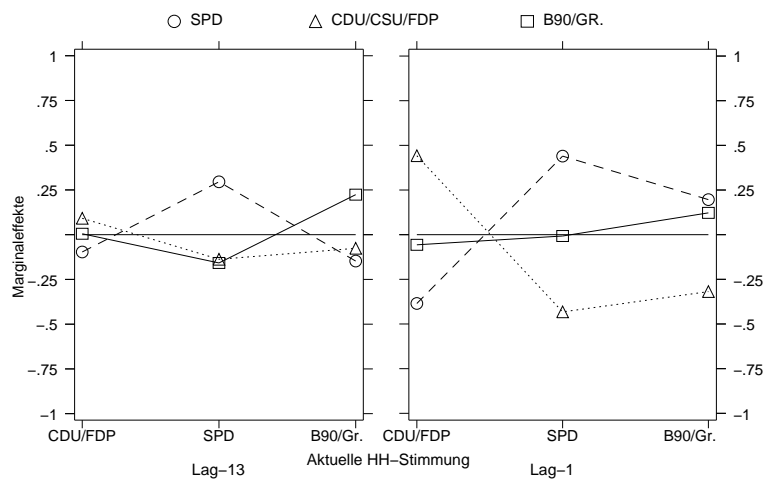


Abbildung 5.9: Marginaleffekte der aktuellen Stimmung im Haushalt

Quelle: *grtraeg3.do*

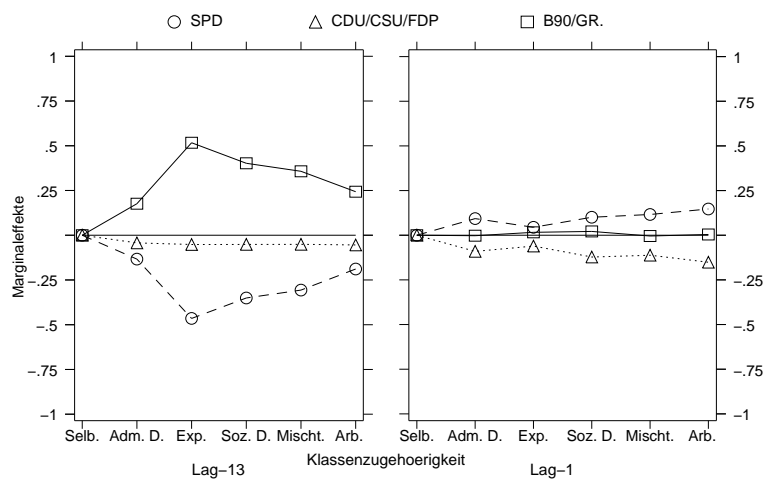


Abbildung 5.10: Marginaleffekte der aktuellen Klassenzugehörigkeit

Quelle: *grtraeg3.do*

Eine Erklärung für den widerstreitenden Befund bei der politischen Stimmung im Haushalt kann hier leider nicht gegeben werden.<sup>25</sup>

Die Koeffizienten der Klassenzugehörigkeit sind in mehrfacher Hinsicht überraschend. In der Regel zeigt sich der Einfluss der Klassenzugehörigkeit am stärksten beim Kontrast zwischen SPD und CDU, wobei die Selbständigen eher die CDU und die Arbeiter eher die SPD präferieren. Diesem Bild entsprechen jedoch nur die Koeffizienten des *Lag-1*-Modells. Im *Lag-13*-Modell unterscheidet sich die Wahrscheinlichkeit, eine SPD- oder CDU-Präferenz anzunehmen zwischen Arbeitern und Selbständigen kaum. Viel stärker wird der Wechsel zu einer Präferenz für die SPD oder die Bündnisgrünen durch die Klassenzugehörigkeit determiniert. Die höchste Wahrscheinlichkeit für die Annahme einer Präferenz für die Bündnisgrünen zeigen die Experten, gefolgt von den Sozialen Diensten und Mischtypen. Umgekehrt neigen diese Gruppen viel seltener dazu, eine SPD-Neigung anzunehmen als die Arbeiter und die Selbständigen.

Wie lässt sich dieser Befund erklären? Naheliegend ist zunächst eine *Artefakt-Hypothese*: Wie aus Tabelle 5.6 hervorgeht, ist die Anzahl von Experten, Selbständigen und Sozialen Diensten im *Lag-13*-Modell relativ gering. Das Problem der geringen Fallzahl wirkt dabei umso schwerer, da auch Anhänger der Grünen im *Lag-13*-Modell nur selten sind. Zusammen mit dem ohnehin latent vorhandenen Multikollinearitätsproblem der vorliegenden Analyse ergeben sich unsichere Schätzer, insbesondere der Koeffizienten in der Gleichung für die Bündnisgrünen. Die etwas verlässlicheren Koeffizienten der Administrativen Dienste, der Mischtypen und der Arbeiter, entsprechen eher dem üblichen Muster. Zur Artefakt-Hypothese passt auch, dass der problematische Befund des *Lag-13*-Modells im *Lag-1*-Modell vollkommen verschwindet.

Die Abbildung liefert jedoch auch Anhaltspunkte, die gegen einen Artefakt der Ergebnisse des *Lag-13*-Modells sprechen. Zunächst ist zu konstatieren, dass der problematische Befund ja nicht nur in der Gleichung für die Bündnisgrünen, sondern auch in der Gleichung für die SPD sichtbar wird. Des Weiteren entsprechen auch die zahlenmäßig stärker besetzten Administrativen Dienste und Mischtypen nicht unbedingt dem aus Querschnittsanalysen bekannten Befund: Normalerweise haben die Administrativen Dienste eine kleinere Neigung zur SPD als die Mischtypen (Müller 1998).

---

<sup>25</sup> Eine mögliche Erklärung wäre die Verwendung des *Unbalanced* Paneldesigns im *Lag-1*-Modell. Es könnte sein, dass sich die über alle Panelwellen beobachteten Personen grundsätzlich von den übrigen unterscheiden. Die Berechnung des *Lag-1*-Modells mit dem *Balanced* Paneldesign bestätigte jedoch obigen Befund (*antrag1a.do*, *grtraeg3a.do*).

Bei den Koeffizienten in Abbildung 5.10 ist es dagegen genau umgekehrt. Auch die Koeffizienten für die Präferenz zu den bürgerlichen Parteien zeigen keinen Anhaltspunkt geringer Verlässlichkeit bei den zahlenmäßig schwach besetzten Klassen. Vielmehr entsprechen die Ergebnisse hier, wenn auch nur auf relativ kleinem Niveau, dem aus Querschnittsanalysen bekannten Bild: die Selbständigen haben die höchste Wahrscheinlichkeit, zu einer bürgerlichen Parteien zu wechseln, die Arbeiter die geringste, die übrigen Klassen liegen dazwischen. Schließlich sei daran erinnert, dass die Analyse wegen des Imputationsverfahrens für die politische Stimmung in Ein-Personen-Haushalten ein stochastisches Element enthält. Wie erwähnt wurde die Analyse daher mehrmals wiederholt. In keiner einzigen Wiederholung wurden dabei substantiell andere Ergebnisse erzielt als die in Abbildung 5.10 gezeigten.

Das wichtigste Argument gegen obige *Artefakt-Hypothese* ist jedoch theoretischer Natur. Liegt die Ursache der Trägheit in den Kalkulationskosten, so werden Handlungen unter anderem dann neu kalkuliert, wenn die Wahrscheinlichkeit, dass eine neue Entscheidung getroffen wird, als groß eingeschätzt wird (Abschnitt 2.2.4). Dies dürfte vor allem dann der Fall sein, wenn die frühere Entscheidung relativ *knapp* ausgegangen war – etwa weil die soziostrukturelle Position eine relativ unklare Interessenlage vorgibt. Unklare Interessenlagen finden sich z.B. bei den Mischtypen, den Experten sowie den administrativen Diensten. Vergleichsweise unklare Interessenlagen ergeben sich auch hinsichtlich der Präferenzen zu den Bündnisgrünen (Abschnitt 4.3).

Dies impliziert eine stärkere Trägheit der Parteipräferenzen von Arbeitern und Selbständigen, insbesondere hinsichtlich ihrer Präferenz zu linken und bürgerlichen Parteien. Umgekehrt ergibt sich stärkere Wandelbarkeit der Parteipräferenzen der Administrativen Dienste, der Experten und der Mischtypen. Genau dies kommt in den Koeffizienten des *Lag-13*-Modells zum Ausdruck. Die aktuelle Klassenzugehörigkeit hat immer dann einen Einfluss, wenn die ursprüngliche Generierung der Parteipräferenz unsicher war. Und: Die aktuelle Klassenzugehörigkeit hat einen Einfluss auf die weniger klare Entscheidungssituation innerhalb des linken Lagers. Für die Links-Rechts-Präferenz der Arbeiter und Selbständigen spielt die aktuelle Klassenzugehörigkeit dagegen kaum eine Rolle. Diese Präferenz ist durch ihre ursprüngliche Generierung weitgehend festgelegt.

Augenscheinlich passt die hier angebotene Erklärung jedoch nicht zu den Ergebnissen des *Lag-1*-Modells. Müssten sich in diesem nicht dieselben Befunde ergeben wie im *Lag-13*-Modell? Nicht unbedingt. Im Gegenteil könnten die Ergebnisse des *Lag-1*-Modells auch eine Erklärung für die Ergebnisse des *Lag-13*-Modells liefern. Dies lässt sich am besten veranschaulichen, wenn man folgende

*idealtypischen* Sequenzen der Parteipräferenz des Arbeiters A und des Selbständigen S betrachtet:

A: SPD–SPD–CDU–SPD–SPD–B90–SPD–SPD

S: CDU–CDU–SPD–CDU–CDU–B90–CDU–CDU

Beide Sequenzen zeigen die Parteipräferenzen zu acht Zeitpunkten. Untersucht werden mithin jeweils sieben Übergänge. Bei jeweils drei der sieben Übergänge wird dieselbe Partei wie zum vorangegangenen Zeitpunkt gewählt. Die vorangegangene Parteipräferenz hat mithin einen vergleichbaren Effekt wie in den hier berechneten Modellen. Die Parteipräferenz zum ersten und letzten Zeitraum sind jeweils identisch. Ein *Lag-7*-Modell könnte darum keinen Effekt der Klassenzugehörigkeit auf die Parteipräferenz erbringen. Anders das *Lag-1*-Modell. Der Arbeiter wechselt von einem Jahr auf das folgende einmal zur CDU, einmal zu den Bündnisgrünen und zweimal zur SPD. Der Selbständige wechselt dagegen einmal zur SPD, einmal zu den Bündnisgrünen und zweimal zur CDU. Bei dem Arbeiter ist die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels zur SPD damit größer als für den Selbständigen – nämlich  $2/7$  gegenüber  $1/7$ . Umgekehrt ist die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels zur CDU beim Selbständigen größer als beim Arbeiter. Man kann also sagen, dass der Selbständige eher immer wieder zur CDU zurückkehrt und der Arbeiter eher immer wieder zur SPD. Dieses Muster führt letztlich dazu, dass über einen langen Zeitraum betrachtet die Klassenzugehörigkeit keinen über die vorangegangene Parteipräferenz hinausgehenden Einfluss auf die aktuelle Parteipräferenz ausübt. Ähnliche Sequenzen könnten auch den Ergebnissen der hier berechneten Modelle zugrundeliegen. Insofern besteht kein Widerspruch zwischen beiden Ergebnissen, und entsprechend auch kein Widerspruch zwischen dem *Lag-1*-Modell und der hier angebotenen Erklärung für die Ergebnisse des *Lag-13*-Modells.

Natürlich kommt dieser „Erklärung“ – so interessant sie auch sein mag – im Rahmen der vorliegenden Analyse lediglich der Status einer Ad-Hoc-Erklärung zu. Es ist dringend erforderlich, sie durch weitere Analysen abzusichern. Naheliegend, und prinzipiell relativ einfach durchführbar, ist ein Vergleich der Stabilität der Parteipräferenzen von Heranwachsenden aus Arbeiter- bzw. Selbständigenhaushalten mit den Heranwachsenden aus anderen Klassen. Heranwachsende aus Arbeiter- bzw. Selbständigenhaushalten sollten stabilere Parteipräferenzen aufweisen als Heranwachsende aus anderen Klassen. Einige Versuche zu einer solchen Analyse wurden unternommen<sup>26</sup>. Dabei konnte die hier vorgebrachte Vermutung

---

<sup>26</sup> *grtraeg5.do, grtraeg6.do, antraeg4.do*

jedoch nur sehr unzureichend bestätigt werden. Wegen *sehr* kleiner Fallzahlen genügen diese Ergebnisse jedoch nicht zur Zurückweisung der hier vorgebrachten Argumente. Einige weitere Anhaltspunkte liefern auch die Analysen im folgenden Abschnitt sowie in Kapitel 6. Es sei jedoch betont, dass eine systematische Überprüfung im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht angestrebt wurde. Dies muss späteren Forschungen vorbehalten bleiben. Mit dem weiteren Anwachsen der Datenbasis des SOEP könnten bald verlässlichere Analysen möglich sein.

Insgesamt betrachtet sprechen die Analysen nach dem Analysedesign 1 für die Trägheit der Parteineigung. Wie eingangs betont, ist das Analysedesign 1 jedoch tendenziell zugunsten dieses Befundes verzerrt. Aus diesem Grund sollen sie im Folgenden durch die Befunde nach dem Analysedesign 2 ergänzt werden.

### 5.3.3.2 Design 2

Tabelle 5.10 zeigt die Parameter der  $F$ -Tests für die im Analysedesign 2 verwendeten Variablen. Der obere Teil der Tabelle bezieht sich wieder auf das *Lag-13*-Modell, der untere Teil auf das *Lag-1*-Modell. Im rechten Teil der Tabelle finden sich die  $F$ -Tests für das Gesamtmodell der Parteineigung, im linken Teil die entsprechenden Werte für die beiden Teilgleichungen des multinomialen logistischen Regressionsmodells. Im Zentrum des Interesses steht der Einfluss der früheren Klassenzugehörigkeit und der früheren politischen Stimmung im Haushalt. Wenn sich diese Variablen auf die aktuelle Parteineigung auswirken, so ist dies ein weiteres Zeichen für die Trägheit der Parteineigung.

Die in Tabelle 5.10 vorgestellten Koeffizienten scheinen das Bild einer trägen Parteineigung zu bestätigen. Sowohl die Klassenzugehörigkeit als auch die politische Stimmung im Haushalt hat einen Effekt auf die aktuelle Parteineigung. Der Einfluss der früheren politischen Stimmung im Haushalt ist dabei im Kontrast zwischen der SPD und den beiden bürgerlichen Parteien besonders groß. Dies lässt sich als Hinweis für eine stärkere Trägheit der Neigung zu den großen Parteien deuten; auch in Analysedesign 1 wurde ja ein solcher Hinweis gefunden. Bezüglich der Klassenzugehörigkeit wird dieser Befund allerdings lediglich im *Lag-13*-Modell bestätigt.

Auch bei den Auswirkungen der aktuellen Ausprägungen der Klasse bzw. der politischen Stimmung im Haushalt lassen sich Befunde der Analyse nach dem Design 1 replizieren: Die aktuelle politische Stimmung übt einen Einfluss auf die Parteineigung aus, der über den Einfluss aus der Vergangenheit hinausgeht. Und: Im *Lag-13*-Modell wirkt sich die aktuelle Klassenzugehörigkeit nur auf den Kontrast zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen aus, im *Lag-1* Modell dagegen nur auf den Kontrast zwischen SPD und den beiden bürgerlichen Parteien.

Variable	CDU/FDP		B90		Gesamt	
	<i>F</i>	<i>p</i>	<i>F</i>	<i>p</i>	<i>F</i>	<i>p</i>
<i>Lag-13-Modell</i>						
Klasse '84	2	.03	2	.12	2	.02
Klasse '97	2	.18	3	.01	4	.00
Stimmung im HH '84	18	.00	5	.00	11	.00
Stimmung im HH '97	21	.00	7	.00	12	.00
Bildung	2	.18	1	.29	2	.12
Alter	0	.86	0	.93	0	.98
Kohorte	0	.51	1	.24	1	.24
Geschlecht	1	.30	0	.54	1	.35
<i>Lag-1-Modell</i>						
Klasse ( $t - 1$ )	3	.01	5	.00	4	.00
Klasse ( $t$ )	7	.00	1	.28	4	.00
Stimmung im HH ( $t - 1$ )	252	.00	45	.00	159	.00
Stimmung im HH ( $t$ )	196	.00	139	.00	208	.00
Bildung	3	.11	43	.00	21	.00
Alter	6	.02	24	.00	14	.00
Kohorte	10	.00	0	.95	5	.01
Geschlecht	6	.02	25	.00	16	.00

Tabelle 5.10: *F*-Tests der Variablen im Design 2

Quelle: *antraeg1.do, antraeg2.do*



Weiterer Aufschluss ergibt sich aus den Koeffizienten der Regressionsmodelle. Diese wurden in den Abbildungen 5.11 und 5.12 abgetragen<sup>27</sup>. Die beiden Abbildungen entsprechen im Wesentlichen den Abbildungen im vorangegangenen Abschnitt. Gezeigt werden die Marginaleffekte der beiden multinomialen logistischen Regressionsmodelle, wobei die beiden linken Teilgrafiken die Koeffizienten des *Lag-13*-Modells, und die beiden rechten Teilgrafiken die Koeffizienten des *Lag-1*-Modells wiedergeben. Die beiden oberen Teilgrafiken zeigen die Koeffizienten der aktuellen, die beiden unteren Teilgrafiken die Koeffizienten der vorangegangenen Werte.

Die Koeffizienten der vorangegangenen Variablen werden als Einfluss vergangener Situationen auf die aktuelle Parteipräferenz interpretiert. In ihnen schlägt sich mithin die langfristige Wirksamkeit der jeweiligen Variable nieder. Die Koeffizienten der aktuellen Variablen zeigen dagegen die Wirkung einer Veränderung der jeweiligen Situationen an. Mit ihnen lässt sich untersuchen, ob eine Veränderung der jeweiligen Situationsbedingungen einen Einfluss auf die aktuelle Parteipräferenz hat. In diesen Koeffizienten drückt sich mithin die kurzfristige Wirksamkeit der jeweiligen Variablen aus (Plewis 1985: 56–61).

Die Koeffizienten der politischen Stimmung im Haushalt entsprechen dem aus dem Analysedesign 1 bekannten Bild. Je mehr Haushaltsmitglieder einer bestimmten Partei anhängen, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass auch der jeweilige Befragte dieser Partei anhängt. Dies gilt sowohl für die ursprüngliche Prägung als auch für die Veränderung der politischen Stimmung im Haushalt. Insofern scheint die politische Stimmung im Haushalt sowohl einen langfristig wirksamen als auch einen kurzfristig wirkenden Einfluss auf die Parteipräferenz zu entfalten.

Der auffälligste Unterschied zwischen der Wirkung der früheren und der aktuellen politischen Stimmung findet sich bei den Anhängern der Bündnisgrünen. Befragte, deren Haushalt früher durch eine Stimmung für die Bündnisgrünen geprägt war, haben in etwa dieselbe Wahrscheinlichkeit der SPD zuzuneigen als die aus früheren SPD-Haushalten. Die Veränderung der aktuellen Haushaltsstimmung zugunsten der Bündnisgrünen führt dagegen zu vergleichsweise kleiner Wahrscheinlichkeit einer SPD-Neigung. Insofern scheint sich der langfristig wirksame Einfluss der politischen Stimmung vor allem auf die Rechts-Links-Differenzierung der Parteien zu beziehen. Die kurzfristig wirkende Komponente führt dagegen zusätzlich zur Differenzierung innerhalb des linken Lagers.

Die Koeffizienten der Klassenzugehörigkeit weisen einige interessante Auffälligkeiten auf, doch hierzu später. Zuvor seien diejenigen Befunde erläutert, die

---

27 grtraeg4.do

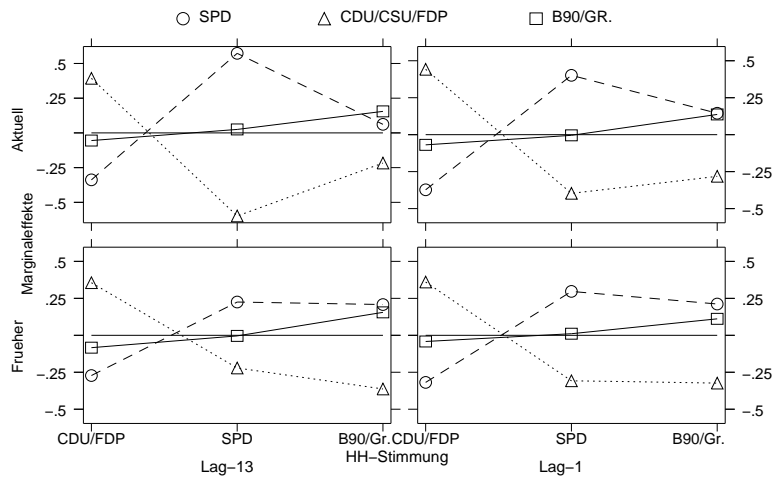


Abbildung 5.11: Marginaleffekte der aktuellen und früheren Stimmung im Haushalt

Quelle: *grtraeg4.do*

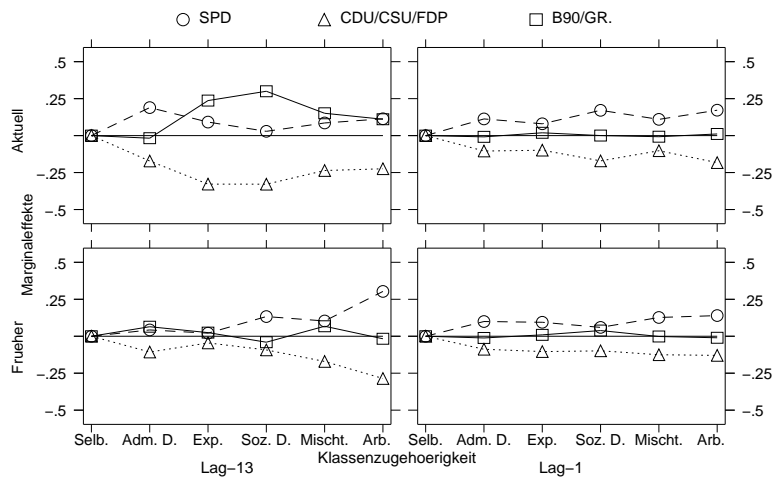


Abbildung 5.12: Marginaleffekte der aktuellen und früheren Klassenzugehörigkeit

Quelle: *grtraeg4.do*

man in dieser Form erwarten durfte, und die sich im Wesentlichen im *Lag-13* und im *Lag-1*-Modell zeigen. Da wäre zunächst das aus anderen Analysen bekannte Bild, nach dem der Einfluss der Klassenzugehörigkeit am stärksten auf den Kontrast zwischen der SPD und der CDU wirkt. Die Wahrscheinlichkeit einer Neigung zu den Bündnisgrünen variiert nur wenig, und das nur mit der *aktuellen* Klassenzugehörigkeit im *Lag-13*-Modell. Des Weiteren entspricht der Vergleich der Parteineigungen von Arbeitern und Selbständigen dem üblichen Muster: Ein Wechsel zur Arbeiterklasse erhöht die Präferenz für die SPD, während umgekehrt das „Selbständig werden“ die CDU-Präferenz verstärkt. Ähnliches gilt auch für die vergangene Klassenzugehörigkeit. Unabhängig von der aktuellen Klassenzugehörigkeit präferieren die Befragten, die vor 13 Jahren Arbeiter waren, relativ stark die SPD während umgekehrt die früheren Selbständigen unabhängig von ihrer aktuellen Klassenzugehörigkeit relativ stark der CDU zuneigen.

Nun zu den Auffälligkeiten, und zwar zunächst nur zu denen im *Lag-13*-Modell. Zwei Befunde fallen hier ins Auge: *Erstens* scheint der Unterschied der Parteipräferenzen von Arbeitern und Selbständigen viel stärker von der vergangenen Klassenzugehörigkeit geprägt zu sein als von der aktuellen. *Zweitens* scheint die Parteipräferenz der Administrativen Dienste, der Experten und der Mischtypen vor allem von der aktuellen Klassenzugehörigkeit geprägt zu sein. Die frühere Zugehörigkeit zu diesen Klassen spielt praktisch keine Rolle. Beide Befunde passen ausgezeichnet zu der Erklärung der problematischen Ergebnisse des Analysedesigns 1. Im Rahmen dieser Erklärung wurde argumentiert, dass die ursprüngliche Generierung der Parteipräferenz bei Arbeitern und Selbständigen hinsichtlich der Rechts-Links-Dimension besonders prägend sein dürfte. Umgekehrt seien die Parteipräferenzen der Klassen mit unklarer Interessenlage eher unsicher. Dasselbe gelte auch insgesamt für die Differenzierung der Präferenzen innerhalb des linken politischen Lagers.

Wie passt diese Argumentation zu den Koeffizienten des *Lag-1*-Modells? Im *Lag-1*-Modell haben Arbeiter eine stärkere Neigung zur SPD als frühere Selbständige, und der Wechsel zu einer dieser beiden Klassen wirkt sich entsprechend auf die Parteipräferenz aus. Dabei unterscheidet sich der Einfluss der früheren Klassenzugehörigkeit nicht von dem der aktuellen Klassenzugehörigkeit. Fraglich ist nun, ob die hier verwendete Argumentation auch dann einen höheren Einfluss der früheren Situation nahelegt, wenn diese nur ein Jahr zurückliegt. Dies ist eher nicht der Fall. Die hier getroffenen Argumente beziehen sich vor allem auf die ursprüngliche Generierung der politischen Präferenzen in einer bestimmten Lebensphase. Der Wechsel der Klassenzugehörigkeit innerhalb einer bestimmten Lebensphase bleibt hiervon unberührt.

#### 5.3.4 Zusammenfassung

Die Analysen in diesem Abschnitt dienen dazu, die Trägheit der Parteipräferenz zu untersuchen. Zu diesem Zweck wurden zwei Analysedesigns angewandt. Im ersten Analysedesign wurde der Einfluss der vergangenen auf die aktuelle Parteipräferenz untersucht. Im zweiten Analysedesign ging es um den Einfluss vergangener Einflussfaktoren auf die aktuelle Parteipräferenz. Die Ergebnisse beider Analysedesigns sprechen dabei eindeutig für die Trägheit der Parteipräferenz. Sowohl die frühere Parteipräferenz als auch frühere Einflussfaktoren wirken auf die aktuellen Parteipräferenzen nach. Als Konsequenz hieraus müssen Erklärungen des demokratischen Klassenkampfes systematisch die Entstehungsbedingungen der Parteipräferenzen in der Vergangenheit berücksichtigen. Jeder Versuch den demokratischen Klassenkampf ausschließlich über aktuelle Situationsbedingungen zu erklären, führt in die Irre.

Neben dem für diesen Abschnitt zentralen Ergebnis der grundsätzlichen Trägheit der Parteipräferenz ergaben die Analysen einige interessante Nebenaspekte. Zunächst zeigte sich, dass die Parteipräferenz trotz ihrer Trägheit nicht unveränderbar ist. Die theoretisch bedeutsamsten soziostrukturellen Einflüsse – die politischen Ansichten der sozialen Kontakte und die Klassenzugehörigkeit – haben neben ihrem langfristig wirksamen Einfluss auch kurzfristige Bedeutung für die Parteipräferenz. Dabei ergaben sich einige Anzeichen dafür, dass die langfristige Wirksamkeit sich vor allem auf den Gegensatz zwischen bürgerlichen und linken politischen Parteien bezieht, während die Entscheidung innerhalb der Lager eher durch kurzfristige Wirkungen bestimmt wird. Darüber hinaus scheint die Generierung von Parteipräferenzen in einem politischen Umfeld mit eindeutiger Interessenlage sehr viel prägender zu sein als in einem politisch nicht so eindeutigen Umfeld.

## Kapitel 6

# Soziostrukturelle Ereignisse und Parteipräferenz

Führt die Änderung der soziostrukturellen Position zu einer Änderung der Parteipräferenz? Diese Frage ist das Thema des folgenden Kapitels. Während üblicherweise der Effekt der soziostrukturellen Position *zwischen unterschiedlichen* Befragten untersucht wird, geht es hier um die Auswirkung der soziostrukturellen Position *innerhalb* eines Individuums.

Die Veränderung der soziostrukturellen Position eines Individuums wird dabei als „soziostrukturelles Ereignis“ bezeichnet. Typische Beispiele sind die Heirat, die Geburt eines Kindes, der Eintritt in das Berufsleben, der Beginn (oder das Ende) einer Phase der Erwerbslosigkeit, der Beginn beruflicher Selbständigkeit, die Aufgabe des eigenen Betriebs usw. Im folgenden Abschnitt sollen konkrete Testimplikationen über den Effekt soziostruktureller Ereignisse formuliert werden. Daran anschließend wird das statistische Verfahren zur Analyse dieser Testimplikationen ausgewählt (Abschnitt 6.2). Als besonders geeignet erweist sich dabei ein *Fixed-Effects-Logit-Modell* für Paneldaten.<sup>1</sup>

Aus technischen Gründen können mit *Fixed-Effects-Logit-Modellen* nur Befragte analysiert werden, bei denen sich die abhängige Variable im Zeitablauf geändert hat. Aus diesem Grund basieren die hier präsentierten Berechnungen nur auf einer Teilmenge der gesamten Fallbasis des SOEP. In Abschnitt 6.3 wird diese Teilmenge näher beschrieben. Die Ergebnisse der Analysen finden sich in Abschnitt 6.4.

---

<sup>1</sup> Das *Fixed-Effects-Logit-Modell* ist aus anderen Zusammenhängen auch bekannt als *Conditional-Logit-Modell*.

## 6.1 Die Wirkung soziostruktureller Ereignisse

In Kapitel 2 wurden verschiedene Erklärungen des demokratischen Klassenkampfes in ein gemeinsames Modell integriert. Die Integration erfolgte in drei Schritten. Im ersten Schritt wurde von der vollständigen Informiertheit der Akteure ausgegangen. Die dabei aufgestellten theoretischen Aussagen entsprachen im Wesentlichen der Interessentheorie. Im zweiten Schritt wurde die Annahme der vollständigen Informiertheit aufgegeben. Hierdurch wurden wichtige Aussagen des Interaktionsansatzes in das Modell integriert. Im dritten Schritt wurden schließlich Kalkulationskosten in das Modell eingeführt und so die Existenz langfristig wirkender Einflussfaktoren erklärt. Bei jedem der drei Integrationschritte lassen sich Testimplikationen über die Wirkung soziostruktureller Ereignisse ableiten.

### 6.1.1 Vollständige Informiertheit

Die Konsequenzen der soziostrukturellen Position bei vollständiger Informiertheit wurden in Abschnitt 1.2.3 sowie in den Kapiteln 2 und 4 ausführlich dargelegt. Sie seien hier damit zusammengefasst, dass das Handeln der Parteien für verschiedene soziostrukturelle Gruppen unterschiedlichen Nutzen erbringt. Angehörige der verschiedenen soziostrukturellen Gruppen präferieren die ihnen jeweils *nützlichste* Partei.

Unter der Annahme vollständiger Informiertheit ist es bedeutungslos, ob ein Akteur *schon immer* einer bestimmter soziostrukturellen Gruppe angehört hat oder ob er erst durch ein *soziostrukturelles Ereignis* in diese Gruppe hineinwechselt. Daher ergeben sich für soziostrukturelle Ereignisse dieselben Konsequenzen wie für die Angehörigen unterschiedlicher soziostruktureller Gruppen: *Der Wechsel in eine soziostrukturelle Gruppe mit anderer Interessenlage führt zur Anpassung der Parteipräferenz an die neue Interessenlage.*

Im Folgenden werden die konkreten Wirkungen von Veränderungen der Klassenlage, des Übergangs von und zur Arbeitslosigkeit und von Investitionen in Zwischengüter dargestellt.

#### 6.1.1.1 Veränderung der Klassenlage

Unter der Annahme vollständiger Informiertheit sollten Veränderungen der Klassenlage zu entsprechenden Veränderungen der Parteipräferenzen führen. Die Richtung der Veränderung der Parteipräferenz hängt davon ab, welche Partei die Interessen der jeweiligen Klasse am ehesten vertritt. Generell sollte gelten:

#### *Testimplikation 6.1 (Wechsel der Klassenposition)*

*Ein Wechsel zwischen zwei unterschiedlichen Klassenpositionen führt zu einer Abwendung von der Partei, welche die Interessen der Zielklasse weniger vertritt, zugunsten der Partei, welche die Interessen der Zielklasse eher vertritt.*

Für konkrete Aussagen muss die Partei, welche die Interessen einer Klasse am ehesten vertritt, bekannt sein. Nach den Ausführungen in Abschnitt 1.2.3 werden die Interessen von Arbeitgebern eher von den Parteien des bürgerlichen politischen Spektrums, die Interessen der Arbeitnehmer eher von den Parteien des linken politischen Spektrums, insbesondere der SPD, vertreten. Innerhalb der Arbeitnehmer wurden zudem die Interessenlagen der Administrativen Dienste, der Experten, der Sozialen Dienste, der Arbeiter und der Mischtypen unterschieden. Dabei weisen die Interessenlagen der Arbeiter und der sozialen Dienste die stärksten Präferenzen für die SPD auf. Die Interessenlagen der Administrativen Dienste und der Mischtypen nehmen eine Zwischenstellung zwischen Selbständigen einerseits und Arbeitern bzw. Sozialen Diensten andererseits ein. Die Simulationsstudie in Kapitel 4 zeigte zudem, dass sich die Interessenlagen der Administrativen Dienste und der Mischtypen bzw. Experten untereinander nur wenig unterscheiden.

Mit den Informationen der Simulation kann die Testimplikation 6.1 konkretisiert werden. Die konkreten Vermutungen über die Wirkung der Übergänge zwischen unterschiedlichen Klassenlagen sind in Tabelle 6.1 auf der nächsten Seite zusammengefasst. In der Tabelle wird für jeden Übergangstyp angegeben, welche Parteipräferenz – so vorhanden – aufgegeben bzw. angenommen wird.

Der Übergang zu einer bestimmten Zielklasse dürfte nicht bei allen Herkunftsklassen gleich stark wirken. So wird man bei Arbeitern, die sich selbständig machen, einen stärkeren Effekt erwarten als bei Angehörigen der Administrativen Dienste, die dasselbe tun. Umgekehrt wird sich der Übergang von den Selbständigen in die Arbeitnehmerklasse am stärksten bei denen auswirken, die zur Arbeiterklasse wechseln. In der letzten Spalte der Tabelle wird darum eine Vermutung über die Wirkungsstärke eingeführt. Diese beruhen auf den Ergebnissen der Simulation in Kapitel 4.

#### *6.1.1.2 Veränderung des Erwerbsstatus*

Gemäß der *Anti-Regierungshypothese* (Hypothese 1.10 auf Seite 74) werden die Interessen der Arbeitslosen durch die jeweilige Oppositionspartei vertreten. Im Untersuchungszeitraum von 1984 bis 1997 handelt es sich dabei ausschließlich um die SPD und die Bündnisgrünen. Für das soziostrukturelle Ereignis „Arbeitslos werden“ sollte man darum eine Hinwendung zu diesen beiden Parteien erwarten:

Übergangstyp		Erwartete Wirkung		
Herkunfts- klasse	Ziel- klasse	Abwendung von	Hinwendung zur	Wirkungs- stärke
Admin. Dienste	Selbständige	SPD	CDU/FDP	schwach
Mischtyp/Experte	Selbständige	SPD	CDU/FDP	schwach
Arbeiter/Soz. D.	Selbständige	SPD	CDU/FDP	stark
Selbständige	Admin. Dienste	CDU/FDP	SPD	schwach
Mischtyp/Experte	Admin. Dienste	-	-	-
Arbeiter/Soz. D.	Admin. Dienste	SPD	CDU/FDP	schwach
Selbständige	Mischtyp/Experte	CDU/FDP	SPD	schwach
Admin. Dienste	Mischtyp/Experte	-	-	-
Arbeiter/Soz. D.	Mischtyp/Experte	SPD	CDU/FDP	schwach
Selbständige	Arbeiter	CDU/FDP	SPD	stark
Admin. Dienste	Arbeiter	CDU/FDP	SPD	schwach
Mischtyp Experte	Arbeiter	CDU/FDP	SPD	schwach

Tabelle 6.1: Erwartete Wirkung eines Wechsels der Klassenposition

*Testimplikation 6.2 (Anti-Regierungshypothese)*

*Das soziostrukturelle Ereignis, arbeitslos zu werden, verstärkt die Präferenz für die SPD oder für die Bündnisgrünen.*

Eine andere Auffassung vertritt die *Klientelhypothese* (Hypothese 1.11 auf Seite 74). Nach dieser Hypothese wenden sich Arbeitslose verstärkt der Partei zu, der sie sich verbunden fühlen. Bei Eintritt in die Arbeitslosigkeit sollte sich deshalb eine Verstärkung des Klasseneffekts ergeben.

Diese Implikation der Klientelhypothese sieht in der Klassenposition ein zeitkonstantes Merkmal. Die Wirkungen zeitkonstanter Merkmale können mit dem hier verwendeten Analysemodellen jedoch nicht untersucht werden.<sup>2</sup> Eine Überprüfung der Klientelhypothese findet darum hier nicht statt.

*6.1.1.3 Investitionen in primäre Zwischengüter*

In Abschnitt 1.2.3.5 wurden Interessenlagen diskutiert, die aus der Wandelbarkeit des Wertesystems einer Gesellschaft resultieren. Die Argumentation ging davon aus, dass die Individuen unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen ihre Ressourcen zur Produktion gültiger Zwischengüter verwenden. Diese *Investitionen* würden wertlos, wenn sich das Wertesystem einer Gesellschaft grundlegend verändert. Das Interesse an einer Änderung des Wertesystems sollte darum mit der Menge getätigter Investitionen abnehmen. Da die Menge solcher Investitionen im

<sup>2</sup> Zur technischen Begründung für diese Eigenschaft vgl. Abschnitt 6.2.



Lebensverlauf zunimmt, wurde dies als *Aging-Conservatism-Hypothese* bezeichnet.

Wenn die Politik der Bündnisgrünen am ehesten auf eine Veränderung der Tiefenstruktur der Gesellschaft ausgerichtet ist, ergibt sich folgende Testimplikation:

*Testimplikation 6.3 (Aging-Conservatism-Hypothese)*

*Jede Investition in ein gültiges Zwischengut verringert die Präferenz für die Bündnisgrünen.*

#### 6.1.2 Unvollständige Informiertheit

Im zweiten Schritt der Integration der Erklärungen des demokratischen Klassenkampfes wurde die Annahme der vollständigen Informiertheit aufgegeben. Die Argumentation beruhte auf zwei Annahmen. Erstens würden die Akteure bei politischen Wahlen vor der Entscheidung stehen, Informationen über die politischen Parteien zu beschaffen. Zweitens sei die Beschaffung der Informationen mit Kosten verbunden.

Die formale Analyse dieser Entscheidungssituation (Abschnitt 2.2.3.2) ergab zwei Bedingungen, unter denen die Informationen beschafft werden. Die erste Bedingung erfordert politisches Interesse der Akteure. Für politisch interessierte Akteure sei die Sammlung politischer Informationen eine positiv bewertete Folge. Wenn die von den politisch Interessierten beschafften Informationen nicht vollkommen wertlos sind, so sollte für diese Gruppe in etwa dasselbe Ergebnis erwartet werden wie unter der Annahme vollständiger Informiertheit (Hypothese 2.6). Als Testimplikation formuliert:

*Testimplikation 6.4*

*Je höher das politische Interesse, desto eher führt der Übergang in eine soziostrukturelle Position mit anderer Interessenlage zu einer Parteipräferenz entsprechend der neuen Interessenlage.*

Die zweite Bedingung für die Beschaffung von Informationen betraf die Informationskosten. Dabei zeigte sich die besondere Bedeutung von Informationen, die aus sozialen Kontakten hervorgehen. Diese Art von Informationen verursacht keine Informationskosten; sie fallen in Gesprächen mit politischen Inhalt automatisch an, während umgekehrt ihre Vermeidung möglicherweise Kosten verursachen. Somit ist es wahrscheinlich, dass die Menschen diese Informationen zur *Kalkulation* ihrer Wahlentscheidung verwenden (Hypothese 2.6 auf Seite 106). Anders formuliert: die Menschen werden in sozialen Kontakten von Anderen *beeinflusst*.

Für das soziostrukturelle Ereignis „Knüpfung neuer sozialer Kontakte“ sollte man darum eine Annäherung der politischen Ansichten an die neuen Kontaktpartner erwarten. Zu einem Wechsel der Parteipräferenz führt dies aber nur, wenn die neuen Interaktionspartner eine andere politische Meinung vertreten als *Ego*.

*Testimplikation 6.5 (Homogenisierungshypothese)*

*Neue Interaktionspartner mit einer anderen Parteipräferenz verändern die Parteipräferenz von Ego in Richtung der Parteipräferenz des Anderen.*

Allerdings ist es möglich, dass ein Akteur bei der Bildung neuer sozialer Kontakte seine Parteipräferenz beibehält und stattdessen die Meinung des Anderen beeinflusst. Da politisch Interessierte neben den Informationen aus den sozialen Kontakten normalerweise noch weitere Informationen beschaffen, fließen die politischen Informationen vermutlich von den politisch Interessierten zu den politisch weniger Interessierten:

*Testimplikation 6.6 (Two-Step-Flow of Communications)*

*Je höher das politische Interesse von Ego, desto geringer ist der Einfluss von Interaktionspartnern mit anderer Parteipräferenz.*

### 6.1.3 Langfristig wirksame Faktoren

Im dritten Schritt der Reformulierung der Theorien des demokratischen Klassenkampfes wurde versucht, die langfristige Wirksamkeit der Einflussfaktoren der Parteipräferenz mit einzubeziehen. Zur Begründung derartiger Einflussfaktoren wurden die Kalkulationskosten genannt. Im Extremfall führen diese zu völliger Wirkungslosigkeit soziostruktureller Ereignisse.

*Testimplikation 6.7*

*Soziostrukturelle Ereignisse führen zu keiner Änderung der Parteipräferenz.*

Diese Testimplikation markiert jedoch nur den Extremfall. Zwischen diesem und dem anderen Extremfall keiner langfristig wirksamen Einflussfaktoren sind zahlreiche Zwischenfälle denkbar. Diese bestehen darin, dass soziostrukturelle Ereignisse erst *allmählich* ihre Wirkung auf die Parteipräferenz entfalten. In den empirischen Analysen wird darum auch die Möglichkeit zeitverzögerter Wirkungen soziostruktureller Ereignisse untersucht.

## 6.2 Methode

Ein statistisches Modell zur Untersuchung von Ereignisfolgen muss zwei Bedingungen erfüllen: *Erstens* sollte das Modell die Wirkung individueller Veränderungen abschätzen. Das Modell sollte untersuchen, ob sich die Parteipräferenz von Person A ändert, wenn bei Person A ein soziostrukturelles Ereignis eingetreten ist. *Zweitens* sollte das Modell die zeitliche Abfolge der Ereignisse berücksichtigen. Eine Veränderung der Parteipräferenz, die zeitlich *vor* dem soziostrukturellen Ereignis liegt, kann nicht als ein Effekt des soziostrukturellen Ereignisses aufgefasst werden.

Die erste Anforderung wird von der *Fixed-Effects*-Panelregression erfüllt, für kategoriale abhängige Variablen vom *Fixed-Effects*-Logit-Modell für Paneldaten. Die zweite Anforderung lässt sich durch eine spezielle Ausgestaltung der Modelle erfüllen.

Im Folgenden soll zunächst das *Fixed-Effects*-Logit-Modell für Paneldaten erläutert werden. Technisch handelt es sich dabei um das in anderen Zusammenhängen recht bekannte *Conditional-Logit*-Modell. Das Modell soll hier aus der Sicht seiner Bedeutung für Paneldaten dargestellt werden. Hierzu werden zunächst grundlegende Konzepte von Regressionsmodellen für Paneldaten dargestellt.<sup>3</sup> Im Anschluss daran werden die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Modellklassen erläutert. Dabei werden die besonderen Vorteile des *Fixed-Effects*-Modells zur Untersuchung der Wirkung soziostruktureller Ereignisse deutlich.

Die Darstellung der grundlegenden Konzepte der Panelregression erfolgt an Hand von Modellen für metrische abhängige Variablen. Abschnitt 6.2.1.5 behandelt die *Fixed-Effects*-Regression für kategoriale abhängige Variablen.

Im Anschluss an die Diskussion der Panelregressionsmodelle wird die hier angewandte spezielle Ausgestaltung der Modelle dargestellt (Abschnitt 6.2.2).

### 6.2.1 Grundlagen der Panelregression

Bei Paneldaten wird das Merkmal  $X$  für jeden Befragten  $i, i = 1, \dots, n$  zu allen Zeitpunkten  $t, t = 1, \dots, T$  erhoben. Diese Daten lassen sich wie in Tabelle 6.2 gezeigt in eine Datenmatrix schreiben.

---

<sup>3</sup> Die Ausführungen basieren zum Teil auf Kohler und Kreuter (2001). Eine einfache Einführung in Regressionsmodelle für Paneldaten geben Johnston und DiNardo (1997). Empfehlenswert ist auch der Eintrag zum Befehl *xtreg* bzw. *clogit* im *Reference-Manual* des Datenanalysepaketes Stata (StataCorp 1999a: 423–425). Eine Übersicht über verschiedene Arten von Panelregressionsmodellen gibt Balestra (1992a). Ausführlich: Hsiao (1986) und Baltagi (1995).

$i$	$X_{t=1}$	$\dots$	$X_{t=T}$
1	$x_{11}$	$\dots$	$x_{1T}$
$\vdots$	$\vdots$	$\ddots$	$\vdots$
$n$	$x_{n1}$	$\dots$	$x_{nT}$

Tabelle 6.2: Paneldaten im *weiten* Format

Bei solchen Daten gibt es zwei Quellen der Variation für die Werte von  $X$ :

1. die Variation zwischen den Befragten (*Between-Variation*) und
2. die Variation innerhalb der Befragten (*Within-Variation*).

Beispiele für beide Variationsarten zeigt Tabelle 6.3. Links findet sich ein Beispiel für *Between-Variation*, rechts ein Beispiel für *Within-Variation*.

Between-Variation				Within-Variation			
$i$	$X_{t=1}$	$\dots$	$X_{t=T}$	$i$	$X_{t=1}$	$\dots$	$X_{t=T}$
1	4	4	4	1	4	5	9
2	5	5	5	2	4	5	9
3	9	9	9	3	4	5	9

Tabelle 6.3: Variationsquellen in Paneldaten

Regressionsmodelle für Paneldaten unterscheiden sich in der Variationsquelle, die analysiert wird. *Between-Effects*-Regressionsmodelle analysieren die Variation zwischen den Befragten, *Fixed-Effects*-Regressionsmodelle die Variation innerhalb der Befragten und *Random-Effects* bzw. *Level-Score*-Modelle beide Quellen der Variation.

Zur Präsentation der Formeln für die unterschiedlichen Panelregressionsmodelle, ist es üblich, die Paneldaten in einem anderen Format als in Tabelle 6.2 darzustellen. Verwendet wird das so genannte *lange* Format. Bei diesem Format werden die Werte der einzelnen Erhebungswellen, wie in Tabelle 6.4 gezeigt, untereinander geschrieben.

Es ist sinnvoll bei diesem Format zwischen Beobachtungen und Befragten zu unterscheiden. Eine Beobachtung ist ein bestimmter Wert  $x_{it}$ . Diese Beobachtungen werden zu den insgesamt  $T$  Zeitpunkten an den  $n$  Befragten vorgenommen.

$i$	$t$	$X$
1	1	$x_{11}$
$\vdots$	$\vdots$	$\vdots$
$n$	1	$x_{n1}$
$\vdots$	$\vdots$	$\vdots$
1	$T$	$x_{1T}$
$\vdots$	$\vdots$	$\vdots$
$n$	$T$	$x_{nT}$

Tabelle 6.4: Paneldaten im *langen* Format

Für jeden Befragten gibt es also  $T$  Beobachtungen. Die Anzahl der Beobachtungen insgesamt beträgt  $T \times n$ .

Wurden mehrere Variablen erhoben, lässt sich aus den Daten in der Form von Tabelle 6.4 folgendes einfache Regressionsmodell berechnen:

$$y_{it} = \alpha + \mathbf{x}_{it}\boldsymbol{\beta} + e_{it} \quad (6.1)$$

mit  $\mathbf{x}$  dem  $(1 \times k)$  Zeilenvektor der  $k$  unabhängigen Variablen und  $\boldsymbol{\beta}$  dem  $(k \times 1)$  Spaltenvektor der Regressionskoeffizienten. In diesem Modell wird die Panelstruktur der Daten ignoriert.

Bei der Schätzung der Koeffizienten von (6.1) wird von der Unabhängigkeit der *Beobachtungen* untereinander ausgegangen. Entgegen dieser Annahme dürften die *Beobachtungen* eines *Befragten* einander ähnlicher sein als die Beobachtungen verschiedener Befragter.

Eine Möglichkeit diesen Gedanken zu formulieren ist, den Fehlerterm  $e_{it}$  aus Gleichung (6.1) in zwei Teile aufzuspalten:

$$y_{it} = \alpha + \mathbf{x}_{it}\boldsymbol{\beta} + \underbrace{\nu_i + \epsilon_{it}}_{e_{it}} \quad (6.2)$$

In dieser Gleichung steht  $\nu_i$  für den Teil des Fehlerterms, der für einen Befragten spezifisch ist, d. h. jeder Befragte hat einen eigenen zeitkonstanten Wert von  $\nu_i$ .

Mit (6.2) lassen sich zwei Modelltypen berechnen:

1. Man kann  $\nu_i$  als Koeffizienten von Dummy-Variablen für die einzelnen Be-

$i$	$t$	$X$	$Y$
1	1	2	6
1	2	3	5.7
1	3	4	5
2	1	4	15
2	2	5	11
2	3	6	6

Tabelle 6.5: Fiktive Beispieldaten für Fixed-Effects-Modelle

fragten, d. h. als Konstante für jeden Befragten auffassen.

$$y_{it} = \underbrace{\alpha + \nu_i}_{\alpha_i} + \mathbf{x}_{it}\boldsymbol{\beta} + \epsilon_{it} \quad (6.3)$$

Die Koeffizienten  $\alpha_i$  und  $\boldsymbol{\beta}$  werden dabei mit OLS bestimmt.

2. Man kann  $\nu_i$  als Zufallsvariable auffassen.

Das erste Modell ist ein *Fixed-Effects-Modell Within-Regression* und *Covariance-Modell*, das zweite ein *Random-Effects-Modell*.

#### 6.2.1.1 *Fixed-Effects-Modell*

Bei wenig Befragten lassen sich *Fixed-Effects-Modelle* einfach berechnen. Hierzu wird in Datensätzen im *langen* Format für jeden Befragten eine Dummy-Variable gebildet. Zusammen mit den übrigen unabhängigen Variablen bilden diese Dummy-Variablen den Set der unabhängigen Variablen, deren Koeffizienten mit OLS berechnet werden.

Als Beispiel können die (fiktiven) Daten aus Tabelle 6.5 verwendet werden. Betrachtet man die Variablen  $X$  und  $Y$  der Daten in Tabelle 6.5, so kann man einen leicht positiven Zusammenhang feststellen: höhere Werte von  $X$  führen zu höheren Werten von  $Y$  und umgekehrt. Entsprechend ergibt die Berechnung einer linearen Regression nach (6.1) einen  $b$ -Koeffizienten von 0,53.

Betrachtet man dieselben Variablen für jeden Befragten getrennt, ergibt sich ein anderes Bild: *Innerhalb* der Befragten besteht ein negativer Zusammenhang zwischen  $X$  und  $Y$  – höhere Werte von  $X$  führen zu *niedrigeren* Werten von  $Y$ . Eine einfache lineare Regression für den ersten Befragten ergibt einen  $b$ -Koeffizienten von  $-0,5$ . Beim zweiten Befragten beträgt derselbe Wert  $-4,5$ . Im Schnitt

über beide Befragte beträgt der Zusammenhang  $-2,5$ . Denselben Wert erhält man, wenn man das Modell gemäß (6.3) berechnet.

Wie können die unterschiedlichen Ergebnisse interpretiert werden? Zum einfachen Regressionsmodell gibt es nicht viel zu sagen. Es spiegelt den linearen Zusammenhang zwischen den Werten von  $X$  und  $Y$  wieder. Das *Fixed-Effects*-Modell sagt dagegen: Es gibt zwei Befragte. Der Befragte 2 hat – aus welchen Gründen auch immer – grundsätzlich etwas höhere Werte auf der Variable  $Y$  als der Befragte 1. Kontrolliert man diese generellen Unterschiede, zeigt sich, dass *innerhalb* beider Befragter hohe Werte von  $X$  zu niedrigeren Werten von  $Y$  führen und umgekehrt. Im Schnitt über beide Befragte beträgt dieser negative Zusammenhang  $b = -2,5$ .

Eine interessante Eigenschaft von *Fixed-Effects*-Modellen wurde hier nur am Rande erwähnt: der Befragte 2 hat – *aus welchen Gründen auch immer* – grundsätzlich etwas höhere Werte auf der Variable  $Y$  als der Befragte 1. Man könnte nun einige Vermutungen anstellen, warum diese grundsätzlichen Unterschiede bestehen. Vielleicht liegt es am unterschiedlichen Geschlecht der beiden Befragten, an der unterschiedlichen genetischen Ausstattung, der unterschiedlichen vergangenen Sozialisation oder an einem anderen unveränderlichen Merkmal, welches die beiden Befragten unterscheidet.

Eine Überprüfung derartiger Hypothesen ist mit einem *Fixed-Effects*-Modell nicht möglich! Unveränderliche Merkmale lassen sich mit *Fixed-Effects*-Modellen nicht untersuchen, da diese mit den Dummy-Variablen für die einzelnen Befragten *kollinear* sind. Diese Einschränkung ist jedoch inhaltlich sinnvoll. *Fixed-Effects*-Modelle untersuchen die Ursachen *individueller* Veränderungen der abhängigen Variable. Ein unveränderliches Merkmal kann aber nicht die Ursache für eine Veränderung eines Merkmals sein.

#### 6.2.1.2 *Random-Effects-Modell*

Bei *Random-Effects*-Modellen wird der Fehlerterm  $\nu_i$  in (6.2) als Zufallsvariable aufgefasst. Anders als  $\epsilon_{it}$  ist  $\nu_i$  für jede Beobachtung eines Befragten konstant. Inhaltlich heißt dies, dass die Beobachtungen eines Befragten einander ähnlicher sind, als die Beobachtungen unterschiedlicher Befragter. Je größer der Anteil von  $\nu_i$  am Gesamtfehler, desto ähnlicher sind sich die Beobachtungen eines Befragten. Die  $\beta$ -Koeffizienten des *Random Effects* Modells werden also unter der Annahme geschätzt, dass die Befragten einer Untersuchungseinheit einander ähnlicher sind.

### 6.2.1.3 Level-Score-Modell

Die  $b$ -Koeffizienten des *Fixed-Effects*-Modells können auch durch Anwendung von OLS auf eine transformierte Datenmatrix berechnet werden. Bei dieser Transformation wird von jedem Wert der Mittelwert des zugehörigen Befragten abgezogen (Balestra 1992b: 32f):

$$(y_{it} - \bar{y}_i) = (\mathbf{x}_{it} - \bar{\mathbf{x}}_i)\boldsymbol{\beta} + e_{it} \quad (6.4)$$

Das Problem dieser so genannten *Change-Scores* ist deren im Vergleich zu den ursprünglichen Messungen niedrigere Reliabilität. Zudem sinkt die Reliabilität der *Change-Scores* mit der Stabilität der Messungen.<sup>4</sup>

Als Alternative zu den *Change-Scores* wurden deshalb so genannte *Level-Score*-Modelle vorgeschlagen (Plewis 1985: 30–55, 57–61):

$$y_{it} = \alpha + \beta_1 y_{i,t-1} + \beta_2 x_{it} + \beta_3 x_{i,t-1} + \gamma z_i + e_{it} \quad (6.7)$$

In diesem Modell werden die aktuellen Werte einer abhängigen Variable  $y_{it}$  als Folge der vorausgegangenen Werte derselben Variable  $y_{i,t-1}$ , einer (oder mehrerer) zeitkonstanter Kovariaten  $z_i$  und einer (oder mehrerer) zeitvariierenden Kovariaten  $x_{it}$  betrachtet.

Wesentliches Merkmal des Modells ist der Einschluss der vorangegangenen Werte von  $Y$  in den Set der unabhängigen Variablen. Hierdurch können die Koeffizienten der übrigen Variablen als Einfluss auf die *Veränderung* – die Residuen – der abhängigen Variablen interpretiert werden.<sup>5</sup> Die Koeffizienten der  $Z$ -Variablen geben an, ob die Werte der  $Y$ -Variablen zum Zeitpunkt  $t$  höher oder niedriger liegen als man auf Grund der vorangegangenen Werte hätte erwarten dürfen. Bei den Koeffizienten der  $X$ -Variablen sind in erster Linie die  $\beta_2$ -Koeffizienten interessant. Da aus den Werten von  $x_{it}$  die vorangegangenen Werte  $x_{i,t-1}$  herauspartialisiert

4 In einem zweiwertigen Panel werden die *Change-Scores* durch die Differenz der aufeinanderfolgenden Werte einer Variable berechnet.

$$\Delta X = X_2 - X_1 \quad (6.5)$$

Die Reliabilität von  $\Delta X$  ist

$$\rho_{\Delta X} = \frac{\frac{1}{2}(\rho_{X_1 X_1} + \rho_{X_2 X_2}) - r_{X_1 X_2}}{1 - r_{X_1 X_2}} \quad (6.6)$$

mit  $\rho_{X_1 X_1}$  der Reliabilität von  $X_1$ ,  $\rho_{X_2 X_2}$  der Reliabilität von  $X_2$  und  $r_{X_1 X_2}$  der Korrelation von  $X_1$  und  $X_2$ , d.h. der Stabilität der Variable  $X$  (Burr und Nesselroade 1990: 9–10).

5 Dies entspricht dem in Abschnitt 5.3 verwendeten Analysedesign 1 zur Untersuchung der Trägheit.



wurden, geben diese Koeffizienten an, wie stark sich eine Veränderung der  $X$ -Variable auf die Veränderung der  $Y$ -Variable auswirkt.

#### 6.2.1.4 Warum *Fixed-Effects-Modelle*?

Die nachfolgende Diskussion beginnt mit einem Vergleich des *Fixed-Effects-Modells* mit dem *Random-Effects-Modell*. Daran anschließend findet sich der Vergleich des *Fixed-Effects-Modells* mit dem *Level-Score-Modell*.

**Fixed-Effects vs. Random-Effects** Nur im *Random-Effects-Modell* besteht die Möglichkeit, zeitkonstante Kovariaten in das Modell einzuschließen. Dies ist das Resultat der Eigenschaft des *Fixed-Effects-Modells*, nur die *Within-Variation* des Paneldatensatzes zu berücksichtigen. Das *Random-Effects-Modell* berücksichtigt dagegen beide Quellen der Variation in Paneldatensätzen. Hieraus resultiert auch, dass die Schätzer des *Random-Effects-Modells* *effizienter* sind als diejenigen des *Fixed-Effects-Modells*.

Unter bestimmten Bedingungen erweist sich die Eigenschaft des *Fixed-Effects-Modells* als Vorteil. Die unveränderlichen Merkmale können ja nur deshalb nicht analysiert werden, weil die Variation *aller* denkbaren unveränderlichen Merkmale in den individuellen Dummy-Variablen aufgehen. Insofern kann man zwar nicht analysieren, welche dieser Merkmale einen starken, welche einen schwachen Einfluss haben, wohl aber kann man den gemeinsamen Einfluss *aller* unveränderlichen Merkmale *kontrollieren*. Der  $b$ -Koeffizient eines veränderlichen Merkmals kann nicht auf Grund fehlender *unveränderlicher* Merkmale verzerrt sein.

In diesem Kapitel geht es um die Frage, ob ein Wechsel der soziostrukturellen Position einen Wechsel der politischen Einstellungen nach sich zieht. Es geht also nicht um die Frage, warum Menschen diese oder jene Einstellung haben, sondern darum, warum sie ihre Einstellung *ändern*. Hierfür eignet sich das *Fixed-Effects-Modell* grundsätzlich besser als das *Random-Effects-Modell*. Es wird darum für die vorliegende Fragestellung bevorzugt.<sup>6</sup>

---

6 Allison (1994: 181) geht noch weiter: „In randomized experiments the possibility of correlations between the treatment and unmeasured individual characteristics is greatly reduced by random assignment. In that case, the random-effects model seems entirely appropriate (...). In nonexperimental studies, however, the potential biasing effects of ‚unmeasured selectivity‘ are so serious that some commentators question the very possibility of valid causal inference (...). That danger leads me to conclude that the [fixed effects; U.K.] estimator is nearly always preferable for estimating the effects of events with nonexperimental data“.

Fixed-Effects vs. Level-Scores Die Entscheidung zwischen *Fixed-Effects*- und *Level-Score*- Modellen soll hier auf der Basis der Argumentation von Rodgers (1989) erfolgen.<sup>7</sup> Ausgangspunkt der Darstellung sind folgende Gleichungen:

$$y_{it} = \alpha + \mathbf{x}_{it}\boldsymbol{\beta} + \mathbf{z}_i\boldsymbol{\gamma} + \epsilon_{it} \quad (6.8)$$

$$\Delta y_i = \Delta \mathbf{x}_i\boldsymbol{\beta} + \Delta \epsilon_i \quad (6.9)$$

Gleichung (6.8) ist ein *Level-Score*-Modell für ein Zwei-Wellen-Panel. Unter den erklärenden  $X$ -Variablen ist die Variable  $Y_{t-1}$ . Die übrigen  $X$ -Variablen enthalten zeitvariierende und zeitkonstante Variablen. In der Gleichung aufgeführt sind außerdem einige *nicht beobachtete* zeitkonstante  $Z$ -Variablen.

Gleichung (6.9) ist ein *Fixed-Effects*-Modell für ein 2-Wellen-Panel mit  $\Delta y_i = y_{it} - y_{i,t-1}$  und entsprechender Definition von  $\Delta \mathbf{x}_i$  und  $\Delta \epsilon_i$ . Da  $\Delta \mathbf{z}_i = 0$  bleiben alle zeitkonstanten Variablen in (6.9) unberücksichtigt.

Die Koeffizienten der Modelle aus (6.8) und (6.9) können durch OLS bestimmt werden. Hierdurch erhält man  $\hat{b}$  als Schätzer für die  $\beta$ -Koeffizienten in (6.8) und  $\tilde{b}$  als Schätzer für die  $\beta$ -Koeffizienten in (6.9). Für standardisierte Variablen haben die beiden Schätzer folgende Varianzen<sup>8</sup>:

$$\sigma_{\hat{b}}^2 = \frac{1 - \beta^2 - 2\beta\gamma\rho_{XZ}}{n} \quad (6.10)$$

$$\sigma_{\tilde{b}}^2 = \frac{1 - \beta^2 - \gamma^2 - 2\beta\gamma\rho_{XZ}}{n(1 - \rho_{x_{t-1}x_t})} \quad (6.11)$$

mit  $\sigma^2$  der Varianz der im Subscript bezeichneten Variable und  $\rho_{x_{t-1}x_t}$  der Korrelation der zeitlich aufeinanderfolgenden Werte von  $X$ .

Eine empirische Umsetzung des Modells aus Gleichung (6.8) könnte die nicht beobachteten  $Z$ -Variablen nicht berücksichtigen. Das Modell wäre daher fehlspezifiziert und  $\hat{b}$  verzerrt. Das Ausmaß der Verzerrung ergibt sich aus der Differenz

7 Über die Vor- und Nachteile beider Modellklassen gibt es eine lang anhaltende Debatte, die hier nicht wiedergegeben werden kann. Vgl. stattdessen Burr und Nesselroade (1990) und Liker, Augustyniak und Duncan (1985) für eine Argumentation zugunsten von *Fixed-Effects*-Modellen, und Bohmstedt (1969) sowie Plewis (1985) für die Gegenseite. Ein Diskussion auf Grund grundsätzlicher Eigenschaften von Ex-post-facto Experimenten findet sich bei Judd und Kenny (1981).

8 Der Einfachheit halber werden hier die Lösungen für standardisierte Variablen wiedergegeben. Für die Lösungen nicht standardisierter Variablen siehe Rodgers (1989).

zwischen dem wahren Wert von  $\beta$  und dem Erwartungswert von  $\hat{b}$ :

$$E(\hat{b}) = \beta + \underbrace{\gamma\rho_{XZ}}_{\text{bias}_{\hat{b}}} \quad (6.12)$$

$\tilde{b}$  ist dagegen ein unverzerrter Schätzer von  $\beta$ . Definiert man den *Mean Square Error* (MSE) als Summe der Varianz der Schätzer und ihrem Bias, lässt sich mit dessen Hilfe ein Vergleich der beiden Schätzer anstellen.  $\tilde{b}$  ist ein besserer Schätzer von  $\beta$  als  $\hat{b}$ , wenn

$$\begin{aligned} \text{MSE}_{\hat{b}} &< \text{MSE}_{\tilde{b}} \\ &= \frac{1 - \beta^2 - 2\beta\gamma\rho_{XZ}}{n} + \gamma\rho_{XZ} < \frac{1 - \beta^2 - \gamma^2 - 2\beta\gamma\rho_{XZ}}{n(1 - \rho_{x_{t-1}x_t})} \end{aligned} \quad (6.13)$$

Durch Umformen ergibt sich<sup>9</sup>:

$$n < \frac{\rho_{x_{t-1}x_t}(1 - \beta^2 - 2\beta\gamma\rho_{XZ}) - 2\gamma^2}{\gamma^2\rho_{XZ}^2(1 - \rho_{x_{t-1}x_t})} \quad (6.14)$$

Anhand von (6.14) erkennt man, dass das *Level-Score*-Modell besser ist, wenn

$$\gamma = 0, \quad \rho_{XZ} = 0 \text{ oder } \rho_{x_{t-1}x_t} = 1 \quad (6.15)$$

ist, oder, anders ausgedrückt: wenn die nicht beobachteten  $Z$ -Variablen keinen Einfluss auf die abhängige Variable haben, unkorreliert mit den anderen Einflussfaktoren sind oder die  $X$ -Variablen vollkommen stabil sind. Ist dies nicht der Fall überwiegen die Vorteile des *Fixed-Effects*-Modell umso eher, je höher die Fallzahl ist.

Wie oben dargestellt (Seite 234), wird das *Level-Score*-Modell vor allem auf Grund eines Reliabilitätsproblems des *Fixed-Effects*-Modells für vorteilhaft erachtet. Es fragt sich deshalb, was passiert wenn die  $X$ - oder  $Y$  Variablen mit Fehlern gemessen wurden.

Es ist bekannt, dass Fehler in der abhängigen Variable – wenn sie mit den Prädiktoren unkorreliert sind – die Schätzungen der Regressionskoeffizienten unberührt lassen. Sind die Messfehler jedoch mit den  $X$ -Variablen korreliert führt das

<sup>9</sup> Rodgers (1989) verwendet für  $\sigma_{\hat{b}}^2$  die Fallzahl  $2n$ . Bei einer Regression, in der die vorangegangenen Werte unter den Regressoren sind, bleibt die Fallzahl jedoch  $n$ . Da es hier lediglich darum gehen kann, das *Fixed-Effects*-Modell mit dem inhaltlich gleichen *Level-Score*-Modell zu vergleichen, wird hier die Lösung präsentiert, bei der die Fallzahl für beide Schätzer  $n$  ist.

zu einer Verzerrung der Regressionskoeffizienten. Im *Fixed-Effects*-Modell bleiben die Koeffizienten weiterhin unverzerrt, wenn die Korrelation der Messfehler mit den  $X$ -Variablen über die Zeit konstant bleibt (Rodgers 1989: 441–442).

Problematischer sind Fehler in den unabhängigen Variablen. In korrekt spezifizierten Modellen führen Messfehler in den  $X$ -Variablen zur Unterschätzung der Regressionskoeffizienten. Das Ausmaß der Verzerrung ist beim *Fixed-Effects*-Modell größer als beim *Level-Score*-Modell (Rodgers 1989: 443).<sup>10</sup> Der praktisch bedeutendere Fall sind jedoch nicht korrekt spezifizierte Modelle. Von besonderem Interesse sind Modelle, bei denen der Messfehler der beobachteten  $X$ -Variablen von nicht beobachteten zeitinvarianten  $Z$ -Variablen abhängt.

Zur Untersuchung dieses Falls führt Rodgers (1989) eine Simulationsstudie durch. Bei den Simulationen wurde ein Modell mit einer  $X$ -Variable und einer  $Z$ -Variable verwendet. Es wurden variiert:

- $\rho$ , das Ausmaß der Korrelation der Messfehler  $X$ -Variable mit  $Z$ ,
- $\lambda = \sqrt{\rho_X / (1 - \rho_{X^*})}$  mit  $\rho_{X^*}$  der Reliabilität des Regressors und
- $n$ , die Fallzahl.

Die Ergebnisse der Simulationen fasst Rodgers (1989) wie in Abbildung 6.1 zusammen. In der Abbildung sind die Bereiche schraffiert, für die das *Fixed-Effects*-Modell dem *Level-Score*-Modell überlegen ist. Je heller die Schraffur, desto höher die Fallzahl. Man kann der Abbildung entnehmen, dass bei niedriger Reliabilität des Regressors hohe Fallzahlen zur Rechtfertigung des *Fixed-Effects*-Schätzer notwendig sind. Bei hoher Reliabilität ist der *Fixed-Effects*-Parameter dem *Level-Score*-Parameter dagegen auch schon bei niedrigen Fallzahlen vorzuziehen.

Die Entscheidung zwischen den beiden Modellen wird darüber hinaus von der Stärke des Zusammenhangs zwischen den Messfehlern und den unbeobachteten  $Z$ -Variablen bestimmt. Hohe und niedrige Zusammenhänge sprechen eher für *Level-Score*-Modelle, mittlere Zusammenhänge eher für *Fixed-Effects*-Modelle.

Übertragen auf die hier vorliegende Thematik sprechen diese Ergebnisse eher für das *Fixed-Effects*-Modell. Die Fallzahl für ein *Balanced*-Paneldesign über die Wellen von 1984–1997 liegt bei 4 777 Befragten (Seite 127), ist also bezogen auf die Simulationen von Rodgers eher hoch. Bei Verwendung eines *Unbalanced* Paneldesigns<sup>11</sup> liegt die Fallzahl noch höher. Die Modelle enthalten als unabhängige

---

<sup>10</sup> Die Verzerrung in *Fixed-Effects*-Modellen ist nur dann kleiner als in *Level-Score*-Modellen, wenn die Messfehler der  $X$ -Variablen stabiler sind als die  $X$ -Variable selbst (Rodgers 1989: 444).

<sup>11</sup> Zum Begriff „Unbalanced Paneldesign“ siehe Seite 124.

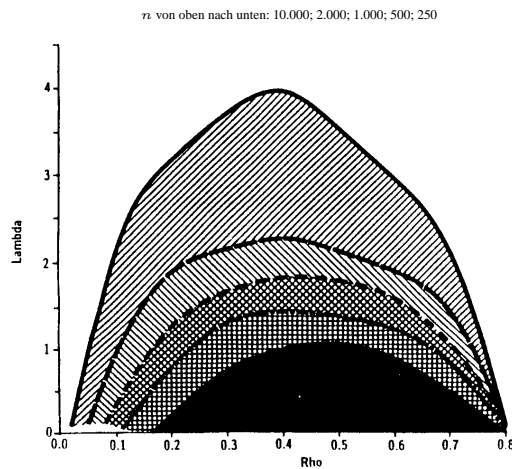


Abbildung 6.1: Vorteile des Fixed-Effects-Modells

Quelle: Rodgers (1989: 453)

Variablen im Wesentlichen soziostrukturelle Variablen. Die Reliabilität dieser Variablen kann als vergleichsweise hoch angesehen werden. Bei dieser Konstellation sind *Fixed-Effects* Modelle für fast den gesamten Bereich möglicher Korrelationen der Fehler mit den unbeobachteten Variablen günstiger als *Level-Score*-Modelle.

#### 6.2.1.5 Kategoriale abhängige Variablen

Bei der Parteinähe handelt es sich um eine kategoriale abhängige Variable. Eine naheliegende Analogie der im vorangegangenen besprochenen *Fixed-Effects*-Modelle für kategoriale Variablen wäre ein logistisches Regressionsmodell mit Dummy-Variablen für die Befragten.

$$\log \left( \frac{\Pr[Y_{it} = 1]}{1 - \Pr[Y_{it} = 1]} \right) = \alpha_i + \mathbf{x}_{it}\beta \quad (6.16)$$

Bei einem solchen Modell würde die Zahl der zu schätzenden Parameter mit der Fallzahl ansteigen, wodurch zentrale Annahmen der Likelihood-Theorie verletzt würden (Allison 1994: 194). Dies lässt sich mit dem *Conditional-Logit*-Modell umgehen. Bei diesem Modell wird die Wahrscheinlichkeit, dass eine bestimmte Beobachtung der Person  $i$ , den Wert 1 hat, unter der Bedingung der Anzahl derer-

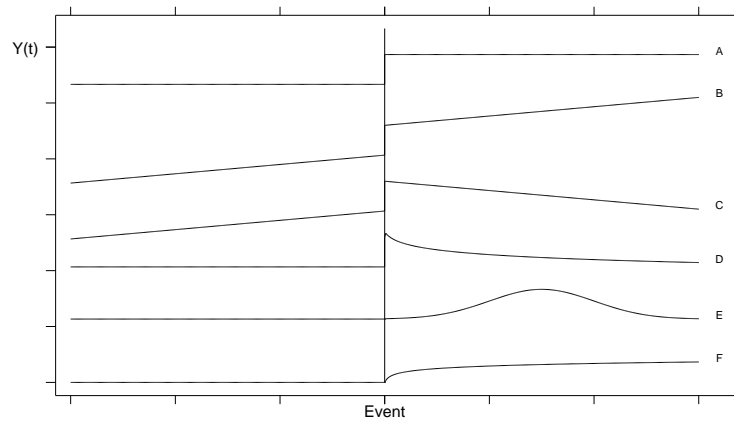


Abbildung 6.2: Mögliche Wirkungen von Ereignissen

Quelle: Allison (1994), *grtpaths.do*

tiger Werte bei der Person  $i$  geschätzt:

$$Pr[Y_{it} = 1 | \sum_{t=1}^T y_{it}] \quad (6.17)$$

mit  $T$  = der Anzahl der Erhebungszeitpunkte. Bei der Schätzung dieser bedingten Wahrscheinlichkeit bleiben die  $\alpha_i$  Terme unberücksichtigt (Hamerle und Ronning 1995). Die Interpretation des Modells entspricht derjenigen des herkömmlichen *Fixed-Effects-Modells*. Es wird darum auch als *Fixed-Effects-Logit-Modell* für Paneldaten bezeichnet (Chamberlain 1980).

### 6.2.2 Modellierung von Ereignisfolgen

Bei soziostrukturellen Ereignissen muss zwischen einem Zeitraum *vor* und einem Zeitraum *nach* dem Ereignis unterschieden werden. Ist der Wert einer bestimmten abhängigen Variable  $Y(t)$  vor und nach einem Ereignis bekannt, so können die Unterschiede der abhängigen Variablen vor und nach dem Ereignis als Effekt des Ereignisses interpretiert werden.

Als Beispiel soll die abhängige Variable *politische Einstellung* betrachtet werden. Hohe Werte der politischen Einstellung sollen auf eine politisch *rechte* Ein-

stellung hindeuten, niedrige Werte auf eine politisch *linke* Einstellung. Zum Zeitpunkt  $t_0$  findet das Ereignis *Eintritt in das Berufsleben* statt. Die Abbildung 6.2 zeigt einige idealtypische *Effekte* des Eintritts in das Berufsleben auf die politische Einstellung. Ein Ansteigen der Linien in der Abbildung deutet eine Hinwendung zur rechten politischen Einstellung an.

Die mit A bezeichnete Linie der Abbildung gibt einen Fall wieder, bei dem die politische Einstellung zunächst stabil relativ links ist. Der Eintritt in das Berufsleben hat eine Hinwendung zur rechten politischen Einstellung zur Folge. Die neue Einstellung wird danach beibehalten.

Beispiel B zeigt einen Fall, bei dem es im Zeitablauf zu einer kontinuierlichen Hinwendung zu einer rechten politischen Einstellung kommt. Der Eintritt in das Berufsleben führt zu einer einmaligen Beschleunigung dieses Prozesses.

Im Beispiel C führt der Eintritt in das Berufsleben außerdem dazu, dass man sich anschließend langsam wieder einer linken politischen Einstellung annähert.

Während das Ereignis in den Beispielen A bis C dauerhafte Folgen hat und unmittelbar wirkt, zeigen die Beispiele D bis F Fälle, bei denen die Folgen des Ereignisses nur kurzzeitig wirken oder verzögert auftreten. Weitere Beispiele – z. B. Kombinationen aus den gezeigten Beispielen – sind denkbar.

In allen Beispielen hängen die Werte von  $Y(t)$  von zwei Elementen ab: einer Basisfunktion, welche die Abhängigkeit von  $Y(t)$  vom Zeitablauf festlegt, und einem Parameter für den Effekt des Ereignisses. Formal kann dies wie folgt ausgedrückt werden:

$$Y(t) = \begin{cases} \mu(t) & \text{wenn } t < t_0, \\ \mu(t) + \delta & \text{wenn } t \geq t_0, \end{cases} \quad (6.18)$$

wobei  $\mu(t)$  die Basisfunktion für die Abhängigkeit von der Zeit darstellt und  $\delta$  den *Effekt* eines Ereignisses wiedergibt. Eine Veränderung der Zeitfunktion  $\mu(t)$  im Zeitraum nach dem Ereignis kann ebenfalls als Effekt des Ereignisses aufgefasst werden.

Aus dieser grundsätzlichen Idee lässt sich folgendes Regressionsmodell entwickeln:

$$y_{it} = \mu(t) + \delta x_{it} + \gamma w_{it} + \nu_i + \epsilon_{it} \quad (6.19)$$

mit  $\mu(t)$  der Basis-Zeitfunktion,  $w_{it}$  den zeitvariierenden Kovariaten und  $\nu_i, \epsilon_{it}$  dem gemäß (6.2) aufgeteilten Fehlerterm. Der Effekt des Ereignisses erscheint als Koeffizient der Variable  $X$ . Diese Variable und die Zeitfunktion  $\mu(t)$  sind die zentralen Größen zur Modellierung von Hypothesen über den Effekt von Ereignissen.

Befragter	Welle	EGP	E-1	E-2	Verzögerung (E-1)
Fallbeispiel 1					
1	84	Selb.	.	.	.
1	85	Arb.	1	0	1 + ln 1
1	86	Arb.	1	0	1 + ln 2
1	87	Mischt.	1	1	1 + ln 3
1	88	Mischt.	1	1	1 + ln 4
Fallbeispiel 2					
2	84	Selb.	.	.	.
2	85	Arb.	1	0	1 + ln 1
2	86	Selb.	1	1	1 + ln 2
2	87	Arb.	2	1	1 + ln 3 + 1 + ln 1
2	88	Arb.	2	1	1 + ln 4 + 1 + ln 2
2	89	Arb.	2	1	1 + ln 5 + 1 + ln 3

Tabelle 6.6: Fallbeispiele zur Bildung von Ereignisindikatoren

In den Testimplikationen aus Abschnitt 6.1 werden sowohl unmittelbare als auch zeitverzögerte Wirkungen der Ereignisse unterstellt. Bei Annahme vollständiger Informiertheit müsste man prinzipiell von unmittelbaren Wirkungen entsprechend denen von A bis D ausgehen. Bei Annahme langfristig wirksamer Faktoren dürften sich – je nach Trägheit – entweder keine Wirkung der soziostrukturellen Ereignisse ergeben, oder Wirkungen entsprechend der Zeitpfade E und F.

Andererseits ergibt sich aus den Testimplikationen in Abschnitt 6.1 kein Anhaltspunkt für diskontinuierliche Wirkungen der Ereignisse. Aus diesem Grund wird im Rahmen dieser Analyse auf die Untersuchung von Zeitpfaden entsprechend C, D oder E verzichtet.

Blieben die Zeitpfade A, B und F. Zur Untersuchung einer Hypothese von der Art der Beispiele A und B in Abbildung 6.2 werden die unabhängigen Variablen  $X$  so gebildet, dass  $x_{it} = 1$  ist, wenn das fragliche Ereignis bei der Person  $i$  vor dem Zeitpunkt  $t$  aufgetreten ist, und 0 in allen anderen Fällen.

Die Bildung einer solchen Variable ist normalerweise unproblematisch. Die Variable „E-1“ im Fallbeispiel 1 der Tabelle 6.6 zeigt ein Beispiel der Verkodung für das Ereignis „Übergang vom Selbständigen zum Arbeiter“. Beachtenswert ist, dass die Variable „E-1“ den Wert 1 auch dann beibehält, wenn die Klassenposition erneut wechselt. Für das Ereignis „Wechsel vom Arbeiter zum Mischtyp“ wird jedoch entsprechend ein weiterer Ereignisindikator gebildet („E-2“).



Eine Besonderheit ergibt sich bei der Generierung des Ereignisindikators für die erste Teilnahme eines Befragten an den Befragungswellen des SOEP. Bei der ersten Panelteilnahme ist die Ausprägung einer Variable im Jahr zuvor nicht bekannt. In der ersten Erhebungswelle eines Befragten kann darum kein Ereignisindikator gebildet werden.<sup>12</sup> Die Ereignisindikatoren erhalten hier einen fehlenden Wert, die entsprechenden *Beobachtungen* (nicht: *Befragten*) werden aus den Analysen ausgeschlossen.

Das Fallbeispiel 1 der Tabelle 6.6 zeigt den Normalfall. Bei fast allen Ereignisindikatoren finden sich allerdings auch Befragte mit einem Muster entsprechend dem Fallbeispiel 2. Beim Fallbeispiel 2 tritt das Ereignis „Wechsel vom Selbständigen zum Arbeiter“ zwei Mal auf, einmal zwischen 1984 und 1985 und einmal zwischen 1986 und 1987. Naheliegender wäre in einem solchen Fall die Bildung einer Variable für das erste Auftreten des Ereignisses und weiterer Variablen für jedes weitere Auftreten des Ereignisses.

Ein solches Vorgehen wäre empfehlenswert, da die Wirkung eines Ereignisses beim ersten Auftreten größer sein dürfte als bei jedem weiteren. Dennoch wurde im Rahmen der nachfolgenden Analysen anders vorgegangen. An Stelle einer weiteren Variable wurde der Ereignisindikator für das jeweilige Ereignis um 1 erhöht. Inhaltlich wird damit unterstellt, dass das Ereignis bei jedem Auftreten dieselbe Wirkung entfaltet. Theoretisch mag man dies bezweifeln, datentechnisch scheint jedoch nichts anderes möglich. Die Daten sind *linkszensiert*. Man kann darum bei den meisten hier untersuchten Ereignissen nicht entscheiden, ob das Ereignis nicht vorher schon einmal stattgefunden hat.

Unabhängig hiervon sei betont, dass die Anzahl der Befragten, bei denen ein einzelnes Ereignis mehrmals auftritt, bei allen hier verwendeten Ereignissen relativ klein ist.

Zeitpfade mit zeitverzögerten Wirkungen der soziostrukturellen Ereignisse lassen sich auf unterschiedliche Weise modellieren. Grundsätzlich ist die Modellierung ein wenig problematisch, da keine Hypothesen über den Zeitraum vorliegen, innerhalb dessen soziostrukturelle Ereignisse noch wirksam werden könnten. Naheliegender erscheint jedoch, dass die Wirkung eines Ereignisses am Anfang am

---

<sup>12</sup> Dies gilt nicht für die Klassenzugehörigkeit von Befragten, die erstmals das Befragungsalter erreichen. Die Klassenzugehörigkeit ist ein Haushaltsmerkmal. Sofern für einen Haushalt die Klassenzugehörigkeit bestimmt werden kann, kann diese auch Personen unter dem Befragungsalter zugewiesen werden. Deshalb lässt sich für Personen, die das Befragungsalter erreichen, die vorgegangene Klassenzugehörigkeit feststellen. Da diese Möglichkeit nicht für alle Ereignisindikatoren besteht, werden im Ergebnis jedoch auch die ersten Beobachtungen von Befragten, die das Befragungsalter erreichen, aus den Analysen ausgeschlossen.

stärksten ist und mit der Zeit nachlässt (Beispiel F aus Abbildung 6.2 auf Seite 240).

Die *sparsamste* Möglichkeit zur Modellierung dieses Zeitpfads ist, für den Zeitraum nach einem soziostrukturellen Ereignis den Logarithmus der Anzahl der Jahre nach dem Ereignis zu verwenden.<sup>13</sup> Möchte man den Effekt bereits im ersten Jahr nach einem soziostrukturellen Ereignis beginnen lassen, kann man die Zahl 1 zu den Ereignissen hinzu addieren. Hieraus ergibt sich die im Fallbeispiel 1 dargestellte Kodierung.

Schwieriger ist wieder die Verkodung eines wiederholten Ereignisses. Im Rahmen der vorliegenden Analysen wurden bei jeder Wiederholung eines Ereignisses eine Hilfsvariable nach demselben Muster gebildet. Anschließend wurde diese Hilfsvariable zur Variable für das erste Ereignis hinzu addiert (Fallbeispiel 2 in Tabelle 6.6).

Bleibe schließlich die Spezifikation der Zeitfunktion  $\mu(t)$  in (6.19). Es ist am einfachsten die Zeit  $t$  als weitere Variable in das Regressionsmodell aufzunehmen. Hierdurch lassen sich Hypothesen der Art des Beispiels B in Abbildung 6.2 überprüfen. Da jedoch keine spezifischen Hypothesen für eine systematische Entwicklung der Parteipräferenzen über die Zeit bestehen, wurden die Erhebungsjahre in den nachfolgenden Analysen als Dummy-Variablen in die Modelle eingeführt.

### 6.3 Daten

Datenbasis für die nachfolgenden Analysen ist das SOEP 1984–1997 im *Unbalanced* Paneldesign.<sup>14</sup> Auf Grund des hier verwendeten Analysedesigns ist die Fallbasis der konkreten Analysemodelle gegenüber der gesamten Fallbasis des SOEP in vielfältiger und teilweise recht komplizierter Weise eingeschränkt. Dafür gibt es drei Gründe.

Der erste Grund sind fehlende Werte bei den *unabhängigen* Variablen des Analysemodells. Beobachtungen mit fehlenden Werten auf den unabhängigen Variablen werden aus den Analysen ausgeschlossen. Dies ist prinzipiell nichts Ungewöhnliches, hat aber den Nebeneffekt, dass alle Befragten, die an weniger als 3 Erhebungswellen teilgenommen haben, aus den Analysen ausgeschlossen werden. Dieser Nebeneffekt entsteht allerdings erst im Zusammenwirken mit den beiden

---

<sup>13</sup> Zu den unterschiedlichen Möglichkeiten der Modellierung zeitverzögerter Zeitpfade siehe Allison (1994: 186).

<sup>14</sup> Zum Begriff „Unbalanced Paneldesign“ siehe Seite 124.

anderen Ausfallgründen: *Erstens* lassen sich mit *Fixed-Effects-Logit-Modellen* nur solche *Befragten* analysieren, bei denen sich die abhängige Variable im Zeitverlauf geändert hat. *Zweitens* können nur *Beobachtungen* mit gültigen Werten auf der abhängigen Variable in das Modell eingeschlossen werden.

Die Ausschlussgründe haben inhaltliche Konsequenzen, die über die inhaltlichen Konsequenzen des herkömmlichen Ausschlusses fehlender Werte in Regressionsmodellen hinausgehen. Sie werden darum in Abschnitt 6.3.1 näher erläutert. Dabei wird deutlich, dass die abhängige Variable der Regressionsmodelle die Angabe „Keine Parteineigung“ einbeziehen sollte und dass verschiedene abhängige Variablen verwendet werden sollten. Mit der Änderung der abhängigen Variable verändert sich auch die Fallbasis des Regressionsmodells. Einige allgemeine Merkmale dieser unterschiedlichen „Modellstichproben“ werden in Abschnitt 6.3.2 dargestellt. Die Operationalisierung der unabhängigen Variablen findet sich in Abschnitt 6.3.3.

### 6.3.1 Konsequenzen des Designs der abhängigen Variablen

Ausgangspunkt der folgenden Darstellung ist der in Tabelle 6.7 auf der nächsten Seite dargestellte fiktive Paneldatensatz zweier Befragter im langen Format. In dem Datensatz sind Informationen zur Parteipräferenz (PID) und zur Klassenzugehörigkeit (EGP) abgelegt. Darüber hinaus enthält der Datensatz die Variable  $X$ , welche im Folgenden als die *wahre* Ursache für eine Präferenz für die CDU angesehen wird. Der erste Befragte ( $i = 1$ ) wurde zu drei Zeitpunkten ( $t = 1, 2, 3$ ) befragt. Zu allen drei Zeitpunkten hatte dieser Befragte eine Präferenz für die SPD. Zwischen dem zweiten und dritten Zeitpunkt hat sich der Befragte selbständig gemacht.

Der zweite Befragte ( $i = 2$ ) wurde zu fünf Zeitpunkten befragt, wobei sich die Zeitpunkte jedoch von dem des ersten Befragten unterscheiden ( $t = 9, 10, 11, 12, 13$ ). Auch der zweite Befragte hat sich selbständig gemacht, und zwar zwischen der neunten und zehnten Befragungswelle. Während des gesamten Beobachtungszeitraums hat der Befragte unterschiedliche Angaben zu seiner Parteipräferenz gemacht. Zunächst präferierte er die SPD, dann keine bestimmte Partei, dann die Bündnisgrünen und schließlich die CDU.

Stützen diese fiktiven Daten die Testimplikation 6.1, nach der sich die Präferenz für die CDU verstärken sollte? Bei unmittelbarer Wirkung soziostruktureller Ereignisse würde man diese Frage wahrscheinlich verneinen. Der Befragte 1 macht sich selbständig, bleibt aber bei seiner bisherigen Parteipräferenz, der Befragte 2 macht sich selbständig, wechselt aber zunächst nicht zur CDU.

$i$	$t$	PID	EGP	$X$
1	1	SPD	Arb.	0
1	2	SPD	Arb.	0
1	3	SPD	Selb.	0
2	9	SPD	Arb.	0
2	10	Keine	Selb.	0
2	11	Keine	Selb.	0
2	12	B90	Selb.	0
2	13	CDU	Selb.	1

Tabelle 6.7: Fiktive Daten von Klassenzugehörigkeit und Parteipräferenz

Ein *Fixed-Effects*-Logit-Modell der Parteipräferenz gegen die Klassenzugehörigkeit ergäbe unter Umständen jedoch eine andere Schlußfolgerung. Dies hat zwei Gründe. Der erste Grund liegt darin, dass im *Fixed-Effects*-Logit-Modell Beobachtungen mit zeitkonstanten abhängigen Variablen nicht zur *Likelihood* beitragen. Die Information des ersten Befragten wird daher nicht genutzt, und die Koeffizienten des Modells beruhen ausschließlich auf der Information des zweiten Befragten.

Diese Eigenschaft des *Fixed-Effects*-Logit-Modells hat noch einen weiteren Nebeneffekt: die eingangs erwähnte Beschränkung auf Befragte mit mindestens drei Panelteilnahmen. Es ist offensichtlich, dass mit dem *Fixed-Effects*-Logit-Modell nur Befragte analysiert werden können, die mindestens zwei Mal befragt wurden. Nur bei diesen kann sich die abhängige Variable geändert haben. Bei der hier verwendeten Verkodung der unabhängigen Variablen können diese im Jahr der ersten Teilnahme eines Befragten nicht definiert werden. Es müssen darum mindestens Beobachtungen aus drei Wellen vorliegen, um zwei gültige Beobachtungen für das Analysemodell zu erhalten.

Der zweite Grund für die irreführenden Ergebnisse des *Fixed-Effects*-Logit-Modells ist komplizierter. Zu seiner Erläuterung muss angegeben werden, wie die abhängige Variable definiert wird. Drei Möglichkeiten können dafür ins Auge gefasst werden:

- Die abhängige Variable ist eine dichotome Variable mit dem Wert „0“ für die SPD und dem Wert „1“ für die CDU.
- Die abhängige Variable ist eine dichotome Variable mit dem Wert „0“ für SPD und Bündnisgrünen und dem Wert „1“ für die CDU.

- Die abhängige Variable ist eine dichotome Variable mit dem Wert „1“ für die CDU und dem Wert „0“ für alle anderen Beobachtungen.

Im ersten Fall stünden dem Analysemodell nur zwei Beobachtungen zur Verfügung, nämlich diejenigen des zweiten Befragten der Wellen neun und 13. Alle anderen Beobachtungen des zweiten Befragten würden auf Grund von *Missing-Values* ausgeschlossen. Der *Analysedatensatz* sähe dann so aus:

$i$	$t$	PID	EGP	$X$
2	9	0	Arb.	0
2	13	1	Selb.	1

Hier führt der Übergang des Befragten zur Selbständigkeit scheinbar zu einem Wechsel zur CDU. Die entsprechende Testimplikation würde damit bestätigt. Mit dem Wegfall der Informationen entsteht der – falsche! – Eindruck eines unmittelbaren Wechsels der Parteipräferenz. Darüber hinaus könnte wegen vollständiger Kollinearität der Effekt der *wahren* Ursache  $X$  nicht gegen den Effekt des Wechsels der Klassenposition getestet werden. Die Dichotomisierung der abhängigen Variable in SPD vs. CDU ist deshalb nicht geeignet.

Im zweiten Fall stünden der Analyse folgende Daten zur Verfügung:

$i$	$t$	PID	EGP	$X$
2	9	0	Arb.	0
2	12	0	Selb.	0
2	13	1	Selb.	1

Auch in diesem Fall würde der Übergang zur Selbständigkeit im Modell ohne  $X$  eine höhere Wahrscheinlichkeit für eine CDU-Präferenz ergeben. Diesmal findet sich unter den Beobachtungen jedoch auch ein „Selbständiger“ ohne eine Präferenz für die CDU. In der Folge wäre der Koeffizient des Übergangs zur Selbständigkeit niedriger und der Gesamtfit des Modells geringer. Dies entspräche eher den wahren Gegebenheiten der Daten in Tabelle 6.7. Noch wichtiger: Durch Einführung von  $X$  würde der positive Effekt des Übergangs zur Selbständigkeit vollständig verschwinden.

Nach wie vor bliebe jedoch die Anzahl der Beobachtungen zwischen dem soziostrukturellen Ereignis und dem Wechsel der Parteipräferenz verborgen. Aus diesem Grund könnte nicht entschieden werden, ob dem soziostrukturellen Ereignis ein unmittelbarer oder zeitverzögerter Wechsel der Parteipräferenz nachfolgt. Dies ist nur möglich, wenn alle Beobachtungszeitpunkte in das Analysemodell eingeschlossen werden. Aus diesem Grund wird hier die Verkodung der abhängigen

Variable im Sinne der dritten Möglichkeit gewählt. Ein Ausschluss von Beobachtungen auf Grund fehlender Werte der abhängigen Variable erfolgt nur, wenn die Angabe der Parteineigung verweigert wurde.

Die Einbeziehung der Beobachtungen mit der Angabe „Keine Parteiidentifikation“ hat auch einen Nachteil. Die soziostrukturellen Ereignisse basieren auf soziostrukturellen Gruppen, welche im Rahmen der Interessentheorie abgegrenzt wurden. Diese Theorie nimmt keine Stellung zu der Frage, warum *überhaupt* eine Partei präferiert wird. Wenn die abhängige Variable die Angabe „Keine Parteineigung“ enthält, wird mit den Modellen aber auch diese Fragestellung berührt. Da ein großer Teil der Befragten zwischen immer derselben Partei und der Angabe „keine Parteineigung“ schwankt (Abschnitt 5.2.2), ist ein maßgeblicher Teil der Varianz der abhängigen Variablen nicht mit den verwendeten unabhängigen Variablen erklärbar. Unmittelbare Folge ist eine geringe Anpassungsgüte der statistischen Modelle.

Der Nachteil der Einbeziehung der Angabe „Keine Parteineigung“ lässt sich durch Berechnung von Modellen mit unterschiedlichen abhängigen Variablen ausgleichen. Auch dies soll an einem Beispiel verdeutlicht werden, und zwar am Beispiel des Übergangs vom Arbeiter zum Selbständigen. Unter vollständiger Information sollte der Übergang vom Arbeiter zum Selbständigen einen Wechsel von der SPD zur CDU nach sich ziehen. Welche Konsequenzen hätte dies für die Koeffizienten verschiedener Regressionsmodelle?

In einem Regressionsmodell mit der abhängigen Variable SPD vs. Rest sollten das Ereignis „Übergang vom Arbeiter zum Selbständigen“ einen negativen Koeffizienten aufweisen. Der Betrag des negativen Koeffizienten dürfte allerdings nicht allzu hoch sein. Denn eine große Anzahl der Befragten wird ganz unabhängig vom Vorliegen des soziostrukturellen Ereignisses zwischen der Angabe „Keine Parteineigung“ und der SPD-Präferenz schwanken.

In einem Regressionsmodell mit der abhängigen Variable CDU vs. Rest würde man für den Übergang vom Arbeiter zum Selbständigen einen positiven Effekt erwarten. Auch dieser Effekt dürfte nicht allzu hoch sein. Wieder wird ja eine große Anzahl der Befragten ganz unabhängig vom Vorliegen des soziostrukturellen Ereignisses zwischen der Angabe „Keine Parteineigung“ und der CDU-Präferenz schwanken.

Für sich allein genommen könnten beide Modelle die Ausgangsfrage mithin nur unbefriedigend beantworten: Beide Modelle werden, auch wenn die Hypothese zutrifft, wahrscheinlich nur relativ schwache Effekte des soziostrukturellen Ereignisses liefern. Bei simultaner Betrachtung der Modellkoeffizienten beider Modelle lässt sich aber trotzdem etwas über die eigentliche Kernfrage aussagen. Weisen die

Modelltyp	Befragte	Teilnahmen	Gültig
SPD-Modell	5 750	9.3	0.93
CDU/FDP-Modell	4 926	9.0	0.94
B90/Gr.- Modell	1 696	8.9	0.93

Tabelle 6.8: Fallzahlen der Modellstichproben

Quelle: *anpidlv1.do*

Koeffizienten beider Modelle in die erwartete Richtung, so kann dies als Befund für die Ausgangshypothese gedeutet werden.

Als Konsequenz aus den unterschiedlichen Eigenarten des Designs der abhängigen Variablen sollen drei Modelle berechnet werden:

1. Ein SPD-Modell mit der abhängigen Variable SPD vs. „Rest“. Der Rest wird dabei gebildet aus den Kategorien CDU, FDP, B90, Keine Parteineigung und den sonstigen Parteien.
2. Ein CDU/FDP-Modell mit der abhängigen Variable CDU vs. „Rest“. Dabei wird der Rest aus den Kategorien SPD, B90, Keine Parteineigung und den sonstigen Parteien gebildet.
3. Ein B90-Modell mit der abhängigen Variable B90 vs. „Rest“. Dabei wird der Rest aus den Kategorien SPD, CDU, FDP, Keine Parteineigung und den sonstigen Parteien gebildet.

### 6.3.2 Beschreibung der Modellstichproben

Mit dem *Fixed-Effects*-Logit-Modell können nur Befragte analysiert werden, deren Werte sich auf der abhängigen Variable verändert haben. Zusammen mit der hier verwendeten Technik zur Generierung der unabhängigen Variablen impliziert dies zunächst, dass die Befragten mindestens drei gültige Angaben auf der abhängigen Variablen aufweisen müssen. Im *Unbalanced* Paneldesign des SOEP 1984–1997 gibt es insgesamt 18 791 solcher *Längsschnittbeobachtungen*. Je nach Definition der abhängigen Variable ergeben sich darüber hinaus weitere Einschränkungen der Befragten, die zur Berechnung der Modelle zur Verfügung stehen („Modellstichproben“).

Tabelle 6.8 zeigt einige Merkmale der Modellstichproben der drei Modelltypen. Für das SPD-Modell stehen 5 750 Befragte zur Verfügung, d. h. 5 750 Befragte haben bei ihren Antworten zur Parteineigung mindestens einmal zwischen

der SPD und einer anderen Angabe geschwankt. Entsprechend stehen für das CDU/FDP-Modell 4 926 Befragte und für das B90-Modell 1 696 Befragte zur Verfügung.

Für jeden *Befragten* liegen mehrere *Beobachtungen* vor. Die Anzahl der Befragten ist deshalb nicht identisch mit der Fallzahl der Analysemodelle. Für die Berechnung der Koeffizienten ist nur die Varianz *innerhalb* der Befragten von Bedeutung. Die Anzahl der Beobachtungen pro Befragten ist daher von großem Interesse. Grundsätzlich liegen für jeden Befragten soviel Beobachtungen vor, wie er Teilnahmen an den Befragungswellen ausweist. Allerdings weisen die unabhängigen Variablen der Analysemodelle bei der *ersten* Teilnahme grundsätzlich fehlende Werte auf.<sup>15</sup> Die Zahl der Beobachtungen pro Befragten reduziert sich daher grundsätzlich um Eins.

Im Durchschnitt weisen die Befragten der Modellstichproben etwa neun Teilnahmen an den Erhebungswellen auf. Die meisten (ca. 93 %) dieser Teilnahmen führten zu gültigen Beobachtungen auf der jeweiligen abhängigen Variable.

Abbildung 6.3 zeigt die Verteilung der Anzahl von Teilnahmen an den Panelwellen. In allen drei Modellstichproben haben die weitaus meisten Befragten an allen 14 Panelwellen teilgenommen und fließen darum mit 13 Beobachtungen in die Modelle ein. Relativ häufig sind auch Befragte, mit sechs gültigen Beobachtungen. Die Ursachen für das überproportional häufige Auftreten dieses Teilnahmемusters in den drei betrachteten Modellstichproben wurde nicht untersucht.

### 6.3.3 Unabhängige Variablen

Zur Überprüfung der Testimplikationen aus Abschnitt 6.1 werden Daten zu folgenden soziostrukturellen Ereignissen benötigt:

- Wechsel der Klassenlage
- Übergang von und zur Arbeitslosigkeit
- Investitionen in primäre Zwischengüter
- Neue Interaktionspartner mit anderer Parteipräferenz als *Ego*

Im Folgenden soll die Operationalisierung dieser Ereignisse beschrieben werden.<sup>16</sup> Die Häufigkeitsverteilungen dieser Ereignisse findet sich in Tabelle 6.9 auf Seite 256.

---

<sup>15</sup> Siehe hierzu Abschnitt 6.2.2.

<sup>16</sup> Die exakte Vorgehensweise kann dem Stata-Do-File *crpidlv.do* entnommen werden.



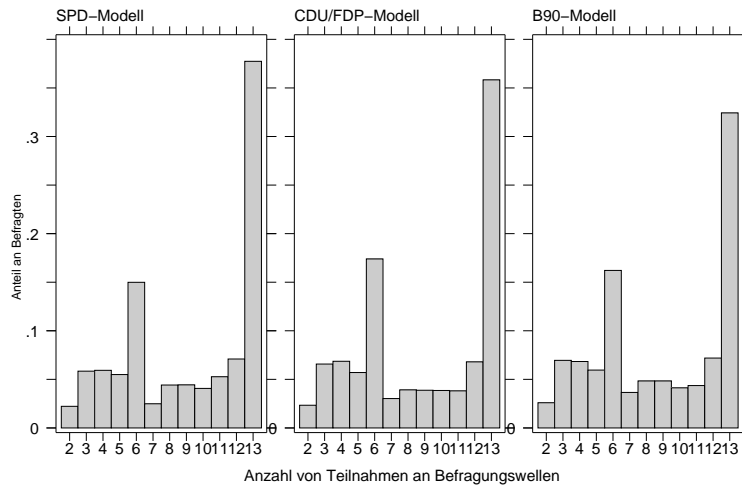


Abbildung 6.3: Anzahl Beobachtungen pro Befragten

Quelle: *gripidv1.do*

### 6.3.3.1 Wechsel der Klassenlage

Die Operationalisierung des „Wechsels der Klassenlage“ erfolgte auf der Basis des Klassenschemas nach Erikson, Goldthorpe und Portocarero (1979), wobei zur Einordnung der Befragten in das EGP-Klassenschema der Beruf und die berufliche Stellung des Hauptverdieners bzw. ehemaligen Hauptverdieners im Haushalt verwendet wurde.<sup>17</sup> Darüber hinaus wurden die beiden Dienstklassen des EGP-Klassenschemas zu einer Klasse zusammengefasst und danach entlang der beruflichen Tätigkeit in die Fraktionen „Administrative Dienste“, „Experten“ und „Soziale Dienste“ unterteilt.

Zur Bildung der Ereignisindikatoren wurde die Klassenvariable noch weiter zusammengefasst<sup>18</sup>, und zwar in

- Selbständige,
- Administrative Dienste,

<sup>17</sup> Ausführliche Informationen zur Operationalisierung des EGP-Klassenschemas finden sich unter <http://www.sowi.uni-mannheim.de/lesas/kohler02b/dissanhwww.pdf>.

<sup>18</sup> Die Details der Zusammenfassung des EGP-Klassenschemas sowie der Unterteilung der Dienstklasse können Tabelle 4.1 auf Seite 164 entnommen werden.

- Experten, Mischtypen und
- Arbeiter, Soziale Dienste.

Das soziostrukturelle Ereignis „Wechsel der Klassenlage“ tritt ein, wenn ein Befragter in der Erhebungswelle  $t$  eine andere Klassenzugehörigkeit aufweist als im Jahr zuvor. Mit den vier hier verwendeten Klassenpositionen lassen sich zwölf soziostrukturelle Ereignisse definieren: Von jeder der vier Klassenpositionen zu den drei „anderen“ Klassenpositionen. Übergänge von und zu fehlenden Angaben gelten als kein Ereignis.

### 6.3.3.2 *Übergang von und zur Arbeitslosigkeit*

Das soziostrukturelle Ereignis „Eintritt in die Arbeitslosigkeit“ tritt ein, wenn ein Befragter in der Erhebungswelle  $t$  „Arbeitslos gemeldet“ ist und bei der Erhebungswelle im Jahr zuvor nicht „Arbeitslos gemeldet“ war. Ein „Austritt aus der Arbeitslosigkeit“ liegt vor, wenn ein Befragter in der Erhebungswelle  $t$  nicht „Arbeitslos gemeldet“ ist und bei der Erhebungswelle im Jahr zuvor „Arbeitslos gemeldet“ war.

### 6.3.3.3 *Investition in Zwischengüter*

Als Investitionen in Zwischengüter werden das Erwerben eines Ausbildungsabschlusses, die erstmalige Aufnahme der Erwerbstätigkeit und die Gründung einer Familie angesehen.

Bei den Ausbildungsabschlüssen wurde zwischen der allgemeinen schulischen Bildung, der Hochschulausbildung und der beruflichen Ausbildung unterschieden. Das Ereignis „Erreichen eines Schulabschlusses“ tritt ein, wenn die Befragten bei der entsprechenden Frage<sup>19</sup> angaben, im letzten Jahr einen Schulabschluss gemacht zu haben. Es wurde keine Unterscheidung in unterschiedliche Niveaus des schulischen Abschlusses vorgenommen. Entsprechend wurde mit den Ereignissen „Erreichen eines Hochschulabschlusses“ und „Abschluss der Berufsausbildung“ verfahren.

Die Operationalisierung des Ereignisses „erstmalige Aufnahme der Erwerbstätigkeit“ unterscheidet sich vor und nach 1993. Bis einschließlich 1993 tritt das Ereignis dann ein, wenn die Variable mit dem Zeitpunkt des Beginns der ersten Erwerbstätigkeit<sup>20</sup> auf einen Zeitpunkt verweist, der nach dem Zeitpunkt des letzten Personeninterviews und vor dem Zeitpunkt des aktuellen Personeninterviews

<sup>19</sup> Variable „bp5401“ und korrespondierende Variablen in den anderen Wellen.

<sup>20</sup> Variablen „bp22g09“ und „b22g10“ bzw. korrespondierende Variablen in den anderen Wellen.

liegt. Nach 1993 findet sich ein anderes Kodierschema dieser Angabe im SOEP. Das Ereignis gilt als eingetreten, wenn bei der Variable zur beruflichen Veränderung im letzten Jahr die „erstmalige Aufnahme einer Erwerbstätigkeit“ angegeben wurde.

Definitionsgemäß kann das Ereignis „erstmalige Aufnahme der Erwerbstätigkeit“ nur einmal pro Befragtem auftreten. Unter den 18 791 Befragten, die zwischen 1984–1997 mindestens drei Mal interviewt wurden, finden sich jedoch 241 Befragte bei denen das Ereignis zwei Mal, 17 Befragte bei denen es drei Mal und zwei Befragte bei denen es vier Mal auftrat<sup>21</sup>. Eine Korrektur dieser Angaben wurde *nicht* vorgenommen.

Das Ereignis „Gründung einer Familie“ wurde durch drei Ereignisindikatoren operationalisiert: Durch die *erste* Heirat, die Geburt des *ersten* Kindes und die Geburt weiterer Kinder. Die erste Hochzeit liegt vor, wenn ein Befragter zum Zeitpunkt *t* „verheiratet“ ist und bei der Erhebungswelle im Jahr zuvor „ledig“ war. Die erste Hochzeit kann definitionsgemäß nur einmal im Leben eines Menschen auftreten. Unter den 18 791 Längsschnittbeobachtungen des SOEP 1984–1997 finden sich jedoch 29 Befragte, bei denen das Ereignis zwei Mal, und 3 Befragte, bei denen es drei Mal auftrat<sup>22</sup>. Eine Korrektur dieser Angaben wurde *nicht* vorgenommen.

Zur Ermittlung des Ereignisses „Geburt des ersten Kindes“ wurden die Angaben im SOEP-Datensatz *biobirth*<sup>23</sup> verwendet. Darin finden sich die Geburtsdaten aller Kinder. Das Ereignis „Geburt des ersten Kindes“ tritt ein, wenn das Geburtsjahr des ersten Kindes im Jahr vor der aktuellen Erhebungswelle liegt. Das Jahr *vor* der aktuellen Erhebungswelle wird verwendet, weil die Personeninterviews normalerweise im ersten Jahresviertel stattfinden. Die meisten Kinder, die im Erhebungsjahr geboren werden, werden mithin *nach* der Datenerhebung geboren.

Der SOEP-Datensatz *biobirth* enthält nur die Geburtsdaten der Kinder von Frauen. Daher konnte das Ereignis „Geburt des ersten Kindes“ zunächst nur für Frauen definiert werden. In einem zweiten Schritt wurde der Ereignisindikator auf die männlichen aktuellen Lebenspartner.<sup>24</sup> der Frauen übertragen. Das könnte dazu führen, dass das Ereignis „Geburt des ersten Kindes“ bei Männern mehrmals auftritt. Praktisch trat dieser Fall jedoch nicht auf.

---

21 *anpidlv2.do*

22 *anpidlv2.do*

23 Die Originaldaten des SOEP wurden bei einer Person (persnr = 156 002) verändert. Siehe hierzu <http://www.sowi.uni-mannheim.de/lesas/kohler02b/dissanhwww.pdf>.

24 Siehe hierzu auch <http://www.sowi.uni-mannheim.de/lesas/kohler02b/dissanhwww.pdf>.

Die Operationalisierung des Ereignisses „Geburt weiterer Kinder“ entspricht demjenigen der Geburt weiterer Kinder.

#### 6.3.3.4 Neue Interaktionspartner

Neue Interaktionspartner sind von Interesse, wenn sie eine andere Parteipräferenz aufweisen als der Befragte selbst. Zur Operationalisierung des Auftretens einer solchen Person ist es notwendig, die Parteipräferenzen des Interaktionspartners zu kennen. Hierzu werden Netzwerkdaten benötigt. Geeignete Daten liegen im SOEP nicht vor.

Allerdings ist mit den Daten des SOEP eine Hilfskonstruktion möglich. Das SOEP enthält einen so genannten „Partnerzeiger“<sup>25</sup> Mit dieser Variable wird auf diejenige Person verwiesen, mit der der Befragte im selben Haushalt zusammenlebt. Da im SOEP alle im Haushalt einer Person lebenden Personen befragt werden, liegen die Parteipräferenzen dieser Lebenspartner ebenfalls vor.

Mit Hilfe dieser Angaben lässt sich das Ereignis „Zusammenziehen mit einem neuen Partner mit anderer Parteipräferenz“ definieren. Das Zusammenziehen mit einem neuen Partner liegt vor, wenn der Befragte zum Zeitpunkt  $t$  einen anderen Lebenspartner angibt als in der Erhebungswelle davor. Der Befragte zieht mit einem SPD-Partner zusammen, wenn der Befragte selbst *keine* Neigung zur SPD hat, wohl aber der neue Lebenspartner. Entsprechend zieht der Befragte mit einem CDU/FDP-Partner zusammen, wenn der Befragte selbst *keine* Neigung zu CDU oder FDP hat, wohl aber der neue Lebenspartner. Schließlich zieht der Befragte mit einem B90-Partner zusammen, wenn er selbst *keine* Neigung zu den Bündnisgrünen hat, wohl aber der Lebenspartner.

Bei der Interpretation der Hilfskonstruktion für das Ereignis „Neuer Interaktionspartner mit anderer Parteipräferenz“ ist zu beachten, dass der neue Lebenspartner in den seltensten Fällen auch ein *neuer* Interaktionspartner ist. Praktisch immer werden die Befragten mit ihren neuen Lebenspartnern bereits einige Zeit *interagiert* (!) haben, bevor es zum Zusammenzug kommt. Möglicherweise haben sich die Parteipräferenzen der Kontaktpartner daher bereits *vor* dem Zusammenzug homogenisiert. Die Wirkung des Einflusses des neuen Interaktionspartners wird darum möglicherweise unterschätzt.

Ein weiterer Aspekt des Indikators ist wichtig. Nach dem *Structural-Equivalence*-Modell (Burt 1987) wirken sich die Interaktionspartner von *Ego* vor allem dann auf die Parteipräferenz von *Ego* aus, wenn sie ihm strukturell sehr ähnlich sind.<sup>26</sup> Dies ist bei den Lebenspartnern grundsätzlich der Fall. Die Lebenspartner

---

25 Zum Partnerzeiger siehe auch <http://www.sowi.uni-mannheim.de/lesas/kohler02b/dissanhwww.pdf>

leben im selben Haushalt wie *Ego* und haben deshalb grundsätzlich auch dieselbe Klassenzugehörigkeit. Man sollte daher prinzipiell einen deutlichen Effekt der neuen Lebenspartner mit anderer Parteipräferenz erwarten.

#### 6.3.3.5 Verteilung der unabhängigen Variablen

Tabelle 6.9 zeigt die Häufigkeiten der soziostrukturellen Ereignisse. Angegeben wird die relative und absolute Häufigkeit von *Befragten*, bei denen das jeweilige Ereignis mindestens einmal eingetreten ist. Die Ziffern wurden jeweils für das SOEP insgesamt sowie für die Analysepopulation des SPD-Modells, des CDU/FDP-Modells und des B90-Modells angegeben. Fallbasis zur Ermittlung der relativen Häufigkeiten für das SOEP insgesamt war die Anzahl der Personen, die zwischen 1984 und 1997 mindestens dreimal interviewt wurden.

Die Häufigkeit der meisten soziostrukturellen Ereignisse in Tabelle 6.9 muss als niedrig bezeichnet werden. Dies gilt vor allem für die Wechsel der Klassenposition, und dort insbesondere im B90-Modell. Entsprechend unsicher dürften sich die Koeffizienten der Analysemodelle erweisen. Im Rahmen der Betrachtung der statistischen Signifikanz sollte man mit großen  $\beta$ -Fehler rechnen.

Wichtiger erscheint jedoch der Vergleich zwischen den relativen Häufigkeiten der Ereignisse in der gesamten Datenbasis und den relativen Häufigkeiten in der Analysepopulationen der drei Modelle. Etwaige Differenzen zwischen diesen Werten sind auf Befragte zurückzuführen, die keine Veränderungen auf der abhängigen Variablen aufweisen. Liegt der Anteil von Befragten mit den soziostrukturellen Ereignissen in den Analysepopulationen unter dem Anteil der gesamten Datenbasis, so wären Befragte mit soziostrukturellen Ereignissen unter den Befragten mit zeitkonstanter abhängiger Variable überrepräsentiert. Dies wäre als Argument gegen die Wirksamkeit soziostruktureller Ereignisse aufzufassen.

Der Vergleich der Anteilswerte zwischen der gesamten Datenbasis und den jeweiligen Analysepopulationen ist einfacher, wenn man die Werte von Tabelle 6.9 grafisch darstellt. In Abbildung 6.4 wurden darum die Anteilswerte von Befragten mit soziostrukturellen Ereignissen entlang der vertikalen Achse abgetragen. Die Linien verbinden jeweils einen spezifischen Anteilswert in der gesamten Datenbasis mit dem entsprechenden Anteilswert in einer der drei Analysepopulationen. Ansteigende Linien indizieren höhere Anteile von Personen mit soziostrukturellen Ereignissen in der jeweiligen Analysepopulation.

Die Resultate der Abbildung sind zwiespältig. In der Analysepopulation des Modells für die Bündnisgrünen liegen die Anteile von Personen mit soziostruk-

---

26 Vgl. hierzu Abschnitt 1.1.3.1.

Ereignis	absolute Häufigkeit				relative Häufigkeit			
	SOEP	SPD	CDU	B90	SOEP	SPD	CDU	B90
<i>Übergang zur Selbständigkeit von ...</i>								
Admin. D.	349	74	149	36	0.02	0.01	0.03	0.02
Mischt./Exp.	282	79	115	35	0.02	0.01	0.02	0.02
Arb./Soz. D.	363	123	138	45	0.02	0.02	0.03	0.03
<i>Übergang zu Admin. Diensten von ...</i>								
Selbst.	328	69	142	29	0.02	0.01	0.03	0.02
Mischt./Exp.	1167	377	419	141	0.06	0.07	0.09	0.08
Arb./Soz. D.	393	140	108	58	0.02	0.02	0.02	0.03
<i>Übergang zu Mischtyp/Experte von ...</i>								
Selbst.	243	69	111	31	0.01	0.01	0.02	0.02
Admin. D.	1072	352	387	122	0.06	0.06	0.08	0.07
Arb./Soz. D.	2441	906	701	257	0.13	0.16	0.14	0.15
<i>Übergang zu Arbeiter/Soz. Dienste von ...</i>								
Selbst.	302	108	117	44	0.02	0.02	0.02	0.03
Admin. D.	343	117	105	50	0.02	0.02	0.02	0.03
Mischt./Exp.	2193	815	626	230	0.12	0.14	0.13	0.14
<i>Arbeitslosigkeit</i>								
Eintritt	3625	1253	849	404	0.19	0.22	0.17	0.24
Austritt	3314	1166	823	385	0.18	0.20	0.17	0.23
<i>Investition in Zwischengüter</i>								
Schulabschluss	1914	635	406	343	0.10	0.11	0.08	0.20
Hochschulabschluss	493	189	148	166	0.03	0.03	0.03	0.10
Berufsausbildung	2324	756	591	341	0.12	0.13	0.12	0.20
Beginn Erwerbsleben	2575	881	665	424	0.14	0.15	0.13	0.25
Hochzeit	1678	653	462	290	0.09	0.11	0.09	0.17
Geburt erstes Kind	2876	888	704	347	0.15	0.15	0.14	0.20
Geb. weiterer Kinder	2778	878	703	337	0.15	0.15	0.14	0.20
<i>Neuer Lebenspartner mit anderer Parteineigung als Ego</i>								
SPD-Partner	464	199	133	65	0.02	0.03	0.03	0.04
CDU/FDP-Partner	368	117	142	33	0.02	0.02	0.03	0.02
B90-Partner	114	53	19	42	0.01	0.01	0.00	0.02
Befragte insgesamt	18 791	5 750	4 926	1 696				

Tabelle 6.9: Verteilung soziostruktureller Ereignisse

Quelle: *apidv2.do*

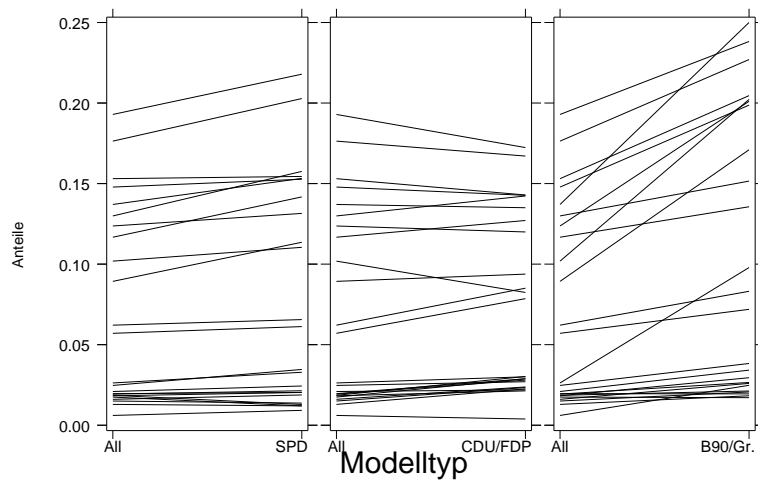


Abbildung 6.4: Relative Häufigkeiten soziostruktureller Ereignisse

Quelle: *anpidlv2.do*

turellen Ereignisse ohne Ausnahme über den entsprechenden Anteilen in der gesamten Fallbasis. Unter den Personen, die zwischen den Grünen und einer anderen (oder keiner) Parteineigung hin- und herwechseln, sind demnach überproportional viele Personen mit soziostrukturellen Ereignissen. Im Modell für die SPD überwiegen ebenfalls die ansteigenden Linien. Allerdings ist der Unterschied hier meist nur gering. Im CDU-Modell halten sich aufsteigende und abfallende Linien in etwa die Waage. Einige soziostrukturelle Ereignisse sind in der Fallbasis dieses Analysemodells unterrepräsentiert. Dabei handelt es sich insbesondere um den Eintritt in bzw. den Austritt aus der Arbeitslosigkeit sowie um das Abschließen einer Schulausbildung.

## 6.4 Ergebnisse

Im Folgenden sollen die Ergebnisse der statistischen Modelle präsentiert werden. Die Darstellung gliedert sich in drei Teile. In Abschnitt 6.4.1 werden die Ergebnisse der Modelle mit unmittelbaren und permanenten Wirkungen soziostruktureller Ereignisse dargestellt. Den theoretischen Hintergrund zu diesen Modellen liefern die Testimplikationen aus der Annahme vollständiger Informiertheit (Ab-

schnitt 6.1.1). Im zweiten Teil der Darstellung (Abschnitt 6.4.2) wird die Annahme der vollständigen Informiertheit aufgegeben. In diesem Fall sollten sich die Wirkungen der soziostrukturellen Ereignisse nur bei politisch Interessierten zeigen und im übrigen ein Einfluss von Interaktionspartnern beobachtbar sein. Im dritten Teil (Abschnitt 6.4.3) wird der Möglichkeit langfristig wirksamer Faktoren Rechnung getragen. Im Extremfall führen langfristig wirksame Faktoren dazu, dass soziostrukturelle Ereignisse keinerlei Konsequenzen für die politischen Präferenzen haben. In diesem Fall würden die Modelle in den beiden ersten Teilen dieser Ergebnisdarstellung keine Effekte soziostruktureller Ereignisse aufzeigen. Auf Grund der Trägheit von Parteipräferenzen könnten soziostrukturelle Ereignisse jedoch auch erst allmähliche Wirkungen entfalten.

#### 6.4.1 Vollständige Informiertheit

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse von drei *Fixed-Effects*-Logit-Modellen für Paneldaten dargestellt. Alle drei Modelle enthalten die in Abschnitt 6.3.3 beschriebenen unabhängigen Variablen für die Veränderungen der Interessenlage. Zur Generierung der unabhängigen Variablen wurde unmittelbare und permanente Wirkungen der soziostrukturellen Ereignisse angenommen (Zeitpfad A in Abbildung 6.2 auf Seite 240). Als Basisfunktion der Zeit wurden Dummy-Variablen der einzelnen Erhebungswellen eingesetzt. Nicht im Modell enthalten sind die Variablen für die neuen Interaktionspartner.

Die drei Modelle unterscheiden sich hinsichtlich der abhängigen Variablen. In der mit „SPD“ überschriebenen Spalte finden sich die Ergebnisse eines Modells mit der abhängigen Variable „SPD“ vs. „Rest“. Als „Rest“ galten alle Parteien außer der SPD, einschließlich der Angabe „keine Parteineigung“. Ausgeschlossen wurden Beobachtungen, bei denen die Befragten die Angabe einer politischen Präferenz verweigerten. Die abhängige Variable für das Modell in der mit „CDU/FDP“ überschriebenen Spalte war „CDU/FDP“ vs. „Rest“. Auch hier wurden lediglich die Beobachtungen mit Antwortverweigerungen aus dem Modell ausgeschlossen. Entsprechendes gilt für das Modell für die Bündnisgrünen.

##### 6.4.1.1 Modellfit

Tabelle 6.10 auf der nächsten Seite zeigt einige zusammenfassende Kennziffern der drei Regressionsmodelle. Zunächst findet sich die Anzahl der *Befragten*, die zur Schätzung der Parameter zur Verfügung standen. Darunter wird die durchschnittliche Anzahl von Beobachtungen pro Befragten angegeben. Die angegebenen Fallzahlen weichen etwas von denen in Tabelle 6.3.3 ab; dies hat seine



	Modelltyp		
	SPD	CDU/FDP	B90
Befragte	5 680	4 842	1 666
Beob./Befr.	8.7	8.6	8.3
$p_{MF}^2$	.02	.03	.02
BIC	-12 274	-11 094	-2 695
BIC'	-492	-569	28
$X_L(33)$	777	850	217
$p > X_L$	.00	.00	.00

Tabelle 6.10: Fit unter vollständiger Informiertheit

Quelle: *anpidlv3.do*

Gründe im angewandten Gewichtungsverfahren. Zur Beurteilung des Gesamtfits des Modells werden der Pseudo- $r^2$  nach McFadden ( $p_{MF}^2$ ), zwei Varianten des *Bayesian Information Criterion* (BIC bzw. BIC'), sowie der *Likelihood-Ratio* Chi-Quadrat-Wert ( $X_L$ ) präsentiert (Long 1997). Aus technischen Gründen basieren diese Kennziffern auf der Berechnung der Modelle ohne Gewichtung<sup>27</sup>; sie sind daher nur eingeschränkt interpretierbar.

Insgesamt ergibt sich aus den Fit-Indizes kein einheitliches Bild zum Gesamtfits der drei Modelle. In allen drei Modellen sind die beiden *Pseudo- $r^2$* -Werte sehr niedrig. Die negativen Werte von BIC zeigen jedoch an, dass alle drei Modelle einem saturierten Regressionsmodell mit allen Interaktionen der unabhängigen Variablen vorzuziehen wären. Auf Grund der negativen Werte von BIC' ist das SPD- und das CDU- Modell zudem auch einem Modell ohne unabhängige Variablen vorzuziehen. An Stelle des Modells für die Bündnisgrünen wäre es allerdings besser ein Modell ohne unabhängige Variablen zu verwenden; dies ergibt sich aus dem positiven Wert von BIC'. Dem widersprechen allerdings die *Likelihood-Ratio*-Tests, nach denen alle drei Modelle dem Nullmodell überlegen sind.

<sup>27</sup> Die Gewichtung ist notwendig um korrekte Punktschätzer zu erlangen (siehe Abschnitt 3.3). Im Fall von Panel-Regressions-Modellen werden die Gewichtungsfaktoren (in Stata) jedoch wie eine einfache Häufigkeitsgewichtung behandelt. Dies ändert zwar nichts an den Koeffizienten, wirkt aber inflationierend auf die Fallzahlen. Die auf den Fallzahlen beruhenden Kennziffern wie z. B. die Standardfehler, oder die *Likelihood* werden von dieser unkorrekten Gewichtung berührt. Da alle in obiger Tabelle beruhenden Kennziffern auf der Likelihood beruhen, münden die inflationierten Fallzahlen auch in diese Kennziffern ein. Aus diesem Grund scheint die Betrachtung dieser Kennziffern in nicht-gewichteten Modellen korrekter. Der zur Ermittlung der Fit-Indizes verwendete Stata-Ado-File von Scott Long und Jeremy Freese (STB 56, sg145) lässt auch gar keine Gewichtung zu.

Ein eher negatives Bild ergeben die Signifikanztests der Koeffizienten. Diese sind in Tabelle A.1 auf Seite 304 abgedruckt. Nur wenige dieser Regressionskoeffizienten überschreiten das übliche Signifikanzniveau von fünf Prozent. Dem liegt allerdings die vergleichsweise konservative Berechnung der Standardfehler nach dem *Random-Group-Variance-Estimator* (Wolter 1985) zu Grunde. Die Berechnung der Standardfehler nach herkömmlichen Verfahren zeigt ein weniger negatives Bild. Darüber hinaus ist die Wahrscheinlichkeit nicht signifikanter Effekte auf Grund teilweise kleiner Fallzahlen relativ hoch. Aus diesem Grunde sollen nun die Koeffizienten der Modelle einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Bereits hier sei darauf hingewiesen, dass die Koeffizienten in Richtung und Struktur von den Erwartungen der Interessentheorie abweichen.

#### 6.4.1.2 *Entwicklung eines Außenkriteriums*

Die Beurteilung der Effektstärken der soziostrukturellen Ereignisse soll an einem Außenkriterium erfolgen: Die Wirkung soziostruktureller Ereignisse wird mit den – im Folgenden als „Between-Effects“<sup>28</sup> bezeichneten – Effekten der korrespondierenden soziostrukturellen Variablen eines herkömmlichen Regressionsmodells verglichen.

Die Begründung für die Verwendung dieses Außenkriteriums ist naheliegend: Nach der Interessentheorie wählen Angehörige einer bestimmten soziostrukturellen Gruppe die Partei A, weil die Politik der Partei A für die Angehörigen dieser soziostrukturellen Gruppe den größten Nutzen verspricht. Für diese Erklärung spielt es keine Rolle, ob eine Person schon immer zu dieser soziostrukturellen Gruppe gehört hat, oder erst im Lebensverlauf zu ihr gestoßen ist. Danach müssten die Effekte einer individuellen Veränderung der soziostrukturellen Position denjenigen von Personen mit unterschiedlichen soziostrukturellen Positionen entsprechen.

Der problematische Teil des Vergleichs liegt in der Spezifikation eines analogen *Between-Effects*-Regressionsmodells. Zwei Probleme treten dabei auf:

1. Im *Fixed-Effects*-Modell findet eine vollständige Kontrolle aller zeitinvarianten unabhängigen Einflussfaktoren statt. Aus diesem Grund müssen in das Querschnitt-Regressionsmodell eine Reihe von Kontrollvariablen (z.B. Geschlecht, Geburtsjahr, Bundesland) eingeführt werden, welche im *Fixed-Effects*-Modell nicht enthalten sind. Die vollständige Kontrolle dieser Einflussfaktoren im Querschnitts-Regressionsmodell ist jedoch unmöglich.

---

<sup>28</sup> Der Ausdruck wird verwendet, da Effekte der Variablen *zwischen* Befragten untersucht wird.

2. Soziostrukturelle Ereignisse sind nicht 1:1 auf ein Querschnittsmodell übertragbar. Die für den Vergleich herangezogenen Koeffizienten werden weiter unten ausführlich erläutert.

Wegen dieser Schwierigkeiten wird sich der Vergleich der Koeffizienten auf die Einflussrichtung beschränken.

Für den Vergleich wurden mit den Daten des SOEP binäre logistische Regressionsmodelle berechnet. Dafür wurde aus der gesamten Datenbasis des SOEP 1984–1997 im *Unbalanced* Paneldesign pro Befragten zufällig eine Beobachtung ausgewählt.<sup>29</sup> Als abhängige Variablen der logistischen Regressionsmodelle wurden wie bei den *Fixed-Effects*-Modellen SPD vs. Rest, CDU, FDP vs. Rest und B90 vs. Rest verwendet. Tabelle 6.11 auf der nächsten Seite gibt einen Überblick über die verwendeten unabhängigen Variablen. Im Folgenden sei erläutert, welche Koeffizienten dieser Regressions-Modelle zum Vergleich mit den Koeffizienten der *Fixed-Effects*-Modelle herangezogen wurden.<sup>30</sup>

Relativ unproblematisch ist der Vergleich der *Between-Effects* und der *Fixed-Effects* bei den Veränderungen der Klassenzugehörigkeit. Dem soziostrukturellen Ereignis „Übergang vom Arbeiter zum Selbständigen“ entspricht die Differenz der Koeffizienten dieser beiden Klassen im Querschnitts-Regressionsmodell. Dasselbe gilt für den „Übergang vom Selbständigen zum Arbeiter“. Hier wird abermals die Differenz der Koeffizienten der beiden Klassen verwendet, nun jedoch mit umgekehrten Vorzeichen. Entsprechend werden die übrigen Übergänge zwischen den verschiedenen Klassenpositionen mit den Differenzen der Koeffizienten der jeweiligen Klassenpositionen verglichen.

Ebenfalls unproblematisch sind die *Between-Effects* für die Übergänge von und zur Arbeitslosigkeit. Hier wird der Effekt der Variable „Arbeitslos gemeldet“ verwendet, wobei je nach betrachtetem Übergang das entsprechende Vorzeichen verwendet wird.

Etwas schwieriger ist die Generierung der korrespondierenden *Between-Effects* für die unterschiedlichen Investitionen in Zwischengüter. Für das Erwerben eines allgemeinbildenden schulischen Ausbildungsabschluss wäre es naheliegend die Variable „Schulbildung“ (vgl. Tabelle 6.11) in die Kategorien „Schulabschluss“ und „kein Schulabschluss“ zu dichotomisieren und den Koeffizienten dieser Variable zu verwenden. Gleichzeitig erscheint es aber sinnvoll, den erreichten Bildungsabschluss als Kontrollvariable im Modell zu behalten. Damit man trotzdem

---

29 Die Verwendung mehrerer Beobachtungen pro Befragter wäre unzulässig, da die Koeffizienten in diesem Fall auch Variation innerhalb der Befragten einschließen.

30 Siehe hierzu auch Stata-Do-File *grpidlv3.do*.

Variable	Bemerkungen
Klasse Selbständige, Admin. Dienste, Mischt./Experte, Arbeiter/Soz. Dienste	vgl. Abschnitt 4.4.1
Arbeitslosigkeit nicht arbeitslos gemeldet, arbeitslos gemeldet	SOEP-Name: bp09 bzw. korrespondierende Variablen in den anderen Erhebungswellen
Schulbildung kein Abschluss, Hauptschulabschluss, Realschulabschluss, Fachhochschulreife, Abitur, sonstiger Abschluss	SOEP-Name: apsbil bzw. korrespondierende Variablen in den anderen Erhebungswellen
Beruf. Bildung kein Abschluß, Lehre, Fachschule, Schule im Gesundheitswesen, Beamtenausbildung, Berufsfachschule, andere berufl. Ausbildung, Fachhochschul- oder Universitätsabschluss	SOEP-Name: apbbil01 bzw. korrespondierende Variablen in den anderen Erhebungswellen
Erwerbsstatus vollzeit erwerbstätig, teilzeit erwerbstätig, Umschulung, unregelmäßig erwerbstätig, Wehr- u. Zivildienst, nicht erwerbstätig	SOEP-Name: ap08 bzw. korrespondierende Variablen in den anderen Erhebungswellen
Familienstand verheiratet, getrennt lebend, ledig, geschieden, verwitwet, Ehep. im Heimatland	SOEP-Name: afamstd bzw. korrespondierende Variablen in den anderen Erhebungswellen
Eltern von Kinder Nein, Ja	Ja, wenn Kinder unter 16 im selben Haushalt leben und Befragter Haushaltsvorsitzender, dessen Ehepartner oder Lebenspartner ist.
Geschlecht Frauen, Männer	SOEP-Name: sex
Geburtsjahr	SOEP-Name: gebjahr
Bundesland Dummy-Variable für alle Bundesländer	SOEP-Name: abula bzw. die korrespondierenden Variablen in den anderen Erhebungswellen.
Welle Dummy-Variable für alle Erhebungswellen	

Tabelle 6.11: Unabhängige Variablen der Querschnittsmodelle

Quelle: *gpidlv3.do*

den Effekt der Kategorie „Kein Schulabschluss“ im Verhältnis zum „mittleren Effekt“ der Schulbildung erhält, muss *Effekt-Kodierung*<sup>31</sup> verwendet werden. Als *Between-Effekt* für das Erreichen eines Schulabschlusses wird der negative Wert des Koeffizienten der Kategorie „Kein Schulabschluss“ unter Effekt-Kodierung verwendet.

Der *Between-Effect* für das soziostrukturelle Ereignis „Erreichen eines Hochschulabschlusses“ wird entsprechend demjenigen des „Erreichens eines Schulabschlusses“ gebildet. Verwendet wird der Koeffizient für einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss unter *Effekt-Kodierung*. Der *Between-Effect* für das Abschließen einer beruflichen Ausbildung ist der negative Koeffizient „keiner beruflichen Ausbildung“ unter Effektkodierung.

Für das soziostrukturelle Ereignis „Beginn des Erwerbslebens“ konnte kein geeigneter korrespondierender *Between-Effect* gefunden werden.

Der *Between-Effect* für die erste Heirat ist die Differenz zwischen dem Koeffizienten des Familienstands „verheiratet“ und dem Koeffizienten des Familienstands „ledig“.

Der *Between-Effect* für die Geburt von Kindern ist der Koeffizient der Variable „Eltern von in Haushalt lebenden Kindern“. Als Eltern von in Haushalt lebenden Kindern wurden Befragte bezeichnet, in deren Haushalt Kinder bis 16 Jahren leben und die selbst entweder Haushaltsvorsitzender, dessen Ehepartner oder Lebenspartner sind. Es konnte kein getrennter *Between-Effect* für die Geburt eines ersten Kindes und die Geburt weiterer Kinder ermittelt werden.

#### 6.4.1.3 Die Wirkungen der soziostrukturellen Ereignisse

Abbildung 6.5 auf Seite 265 zeigt die Ergebnisse des Vergleichs der *Fixed-Effects*-Koeffizienten mit den *Between-Effects*-Koeffizienten. Der obere Teil der Grafik zeigt den Vergleich der korrespondierenden Koeffizienten im SPD-Modell, die mittlere Teilgrafik den für das CDU/FDP-Modell und die untere Teilgrafik den für das B90-Modell. Entlang der vertikalen Achse sind die unabhängigen Variablen angegeben. Die Effektstärken sind entlang der horizontalen Achse abgetragen. Das kreisförmige Plotsymbol zeigt die Koeffizienten des *Fixed-Effects*-Logit-Modells. Es handelt sich hierbei um die in Tabelle A.1 auf Seite 304 abgedruckten Werte. Die *Between-Effects* werden durch das Pluszeichen symbolisiert. Waagrechte Linien verbinden die jeweils korrespondierenden Koeffizienten. Je länger diese Linien, desto größer ist der Unterschied zwischen den Effekten. Schneiden die Linien

31 Bei der *Effekt-Kodierung* wird die Referenzkategorie auf  $-1$  gesetzt, die jeweils betrachtete Kategorie auf  $1$  und alle anderen Werte auf  $0$ . Vgl. hierzu Hans-Jürgen, Hagenaars und Kühnel (1997).

die Nulllinie, so wirken soziostrukturelle Ereignisse in eine andere Richtung, als man dies auf Grund von Unterschieden zwischen verschiedenen Personen erwartet hätte.

Nach der Länge der Linien zu urteilen unterscheiden sich *Fixed-Effects* und *Between-Effects* teilweise erheblich. Relativ häufig wirken soziostrukturelle Ereignisse auch in eine andere Richtung, als man dies auf Grund der Unterschiede zwischen den Befragten hätte erwarten dürfen.

Bei der detaillierteren Betrachtung der Koeffizienten muss zwischen dem SPD- bzw. CDU/FDP-Modell einerseits und dem B90-Modell andererseits unterschieden werden. Darum hier zunächst die wichtigsten Ergebnisse der beiden ersten Modelle.

Im SPD- bzw. CDU/FDP-Modell finden sich die größten Unterschiede zwischen den *Between-Effects* und den *Fixed-Effects* bei den Koeffizienten der Klassenposition bzw. des Wechsels zwischen diesen. Die Wirkungen der soziostrukturellen Ereignisse sind praktisch immer kleiner als die Effekte der korrespondierenden Variablen zwischen den Befragten. Von den 24 vergleichbaren Koeffizienten der Klassenposition, ist der Betrag des *Between-Effects* mindestens 14 mal deutlich größer und weitere sieben mal geringfügig größer. Nur zweimal sind beide Koeffizienten gleich oder annähernd gleich. Ein einziges mal ist der *Fixed-Effect* größer: Wenn Mischtypen oder Experten zu Arbeitern werden.

Besonders auffällige Unterschiede zwischen *Between-Effects* und *Fixed-Effects* finden sich dort, wo man die größte Wirkung soziostruktureller Ereignisse erwartet hätte: bei den Übergängen zwischen den Selbständigen und den Arbeitern oder Sozialen Diensten. Bei den *Between-Effects* zeigt sich hier das bekannte Bild, nach dem Selbständige häufiger der CDU oder FDP und Arbeiter häufiger der SPD zuneigen. Die *Fixed-Effects*-Koeffizienten zeigen ein etwas anderes Bild.

Frühere Arbeiter präferieren, wenn sie sich selbständig gemacht haben, danach nicht weniger die SPD als vorher. Dennoch nehmen Sie vergleichsweise häufig eine CDU-Präferenz an – wenn auch deutlich seltener, als man dies auf Grund des Vergleichs zwischen Arbeitern und Selbständigen erwarten durfte. Offenbar behalten ehemalige Arbeiter ihre Präferenz für die SPD auch dann, wenn sie sich selbständig machen und wechseln nur zur CDU, wenn sie vorher keine besondere Neigung zur SPD aufweisen.

Diese Interpretation wird noch durch einen weiteren Befund gestützt: Wechsel zwischen den Klassenpositionen bleiben vergleichsweise wirkungslos, wenn die Ursprungsklasse Arbeiter waren. Der durchschnittliche Betrag aller Koeffizienten der Übergänge vom Arbeiter zu irgendeiner anderen Klasse beträgt 0,14 (siehe Tabelle 6.12). Die Werte aller anderen Herkunftsklassen liegen höher. Bei den

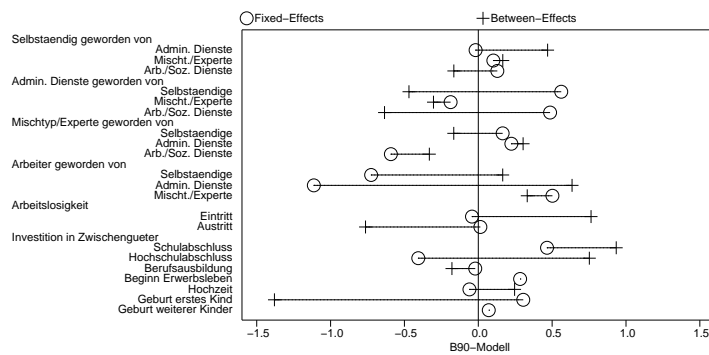
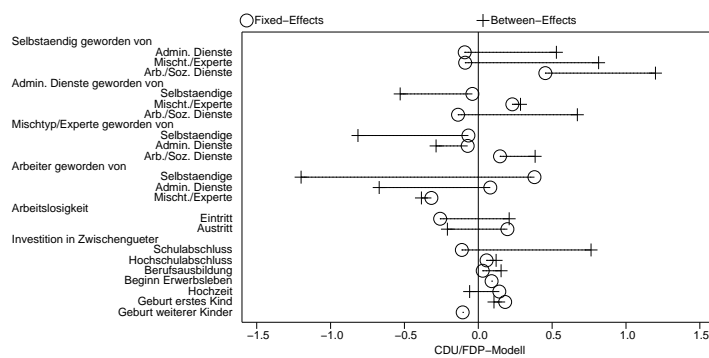
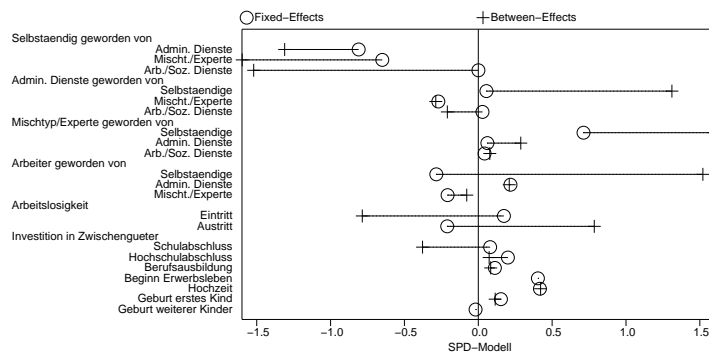


Abbildung 6.5: Wirkungen bei vollständiger Informiertheit

Quelle: *gripidlv3.do*

Herkunftsklasse	Modelltyp	
	Between	Fixed
Admin. Dienste	.55	.22
Arb./Soz. Dienste	.68	.14
Mischt./Experte	.57	.29
Selbständige	1.16	.26

Tabelle 6.12: Durchschnittlicher Effekt der Klasse

Quelle: *gpidlv3.do*

*Between-Effects* haben nur die Koeffizienten der Selbständigen im Durchschnitt einen höheren Betrag als die Arbeiter. Arbeiter und Sozialen Dienste scheinen somit bei einem Wechsel der Klassenposition relativ oft bei ihrer ursprünglichen politischen Haltung zu bleiben – und zwar insbesondere dann, wenn sie ursprünglich der SPD zuneigten. Insofern bestätigt sich hier der in Abschnitt 5.3.3 gewonnene Eindruck einer starken Prägekraft des Aufwachsens im Arbeitermilieu.

Noch überraschender als die Arbeiter verhalten sich die Selbständigen, die in die Arbeiterklasse oder zu den sozialen Diensten wechseln. Auf Grund ihrer neuen Interessenlage sollten sich diese Personen tendenziell der SPD (oder den Grünen) zuneigen und sich von der CDU bzw. der FDP entfernen. Zumindest bei den unmittelbaren Auswirkungen dieses soziostrukturellen Ereignisses ist aber das Gegenteil der Fall.

Diese Befragten haben nach dem Klassenwechsel eine kleinere Neigung zu den Linken als vorher. Gleichzeitig wechseln sie nach dem Klassenwechsel oft zu den Bürgerlichen. Es hat fast den Eindruck, als ob die ehemaligen Selbständigen durch den Wechsel ins Arbeiterlager in ihrer Präferenz für die CDU oder FDP bzw. in ihrer Abneigung gegen die SPD oder die Bündnisgrüne bestärkt würden.

Neben den Effekten der Klassenpositionen sind die Koeffizienten des Eintritts in bzw. des Austritts aus der Arbeitslosigkeit erwähnenswert. Gemäß dem *Fixed-Effects*-Modell haben Befragte, die arbeitslos werden, hinterher häufiger eine SPD-Präferenz als vorher. Gleichzeitig geben diese Befragten relativ häufig ihre Präferenz für die CDU auf. Der Austritt aus der Arbeitslosigkeit hat den umgekehrten Effekt. Damit bestätigt das *Fixed-Effects*-Modell die *Anti-Regierungshypothese* (Hypothese 1.10 auf Seite 74). Bemerkenswert daran ist, dass die *Between-Effects* in die andere Richtung deuten: Arbeitslose haben eine stärkere Neigung zur CDU und eine schwächere Neigung zur SPD als Erwerbstätige. Eine Erklärung für die gegenläufigen Ergebnisse kann hier nicht gegeben werden.



Die als „Investitionen in Zwischengüter“ bezeichneten soziostrukturellen Ereignisse spielen im SPD-Modell und im CDU/FDP-Modell nur eine untergeordnete Rolle. Dies war auch theoretisch so erwartet worden. Nach Testimplikation 6.3 auf Seite 227 sollten die Investitionen in Zwischengüter die Präferenz für die Grünen verringern; ein spezifischer Effekt hinsichtlich der anderen Parteien wurde nicht angenommen. Im Folgenden sollen darum nun auch noch die Koeffizienten des B90-Modells betrachtet werden.

Zunächst fällt auf, dass die Koeffizienten des B90-Modells tendenziell etwas größer scheinen als die entsprechenden Koeffizienten der beiden anderen Modelle. Tatsächlich beträgt der durchschnittliche Betrag der Koeffizienten im B90-Modell ca. 0,30, im SPD-Modell ca. 0,25 und im CDU Modell sogar nur ca. 0,13. Man mag dies als ein Anzeichen für eine größere Empfindlichkeit der Präferenz für die Grünen gegenüber soziostrukturellen Ereignissen deuten.

Auf Grund der sehr kleinen Fallzahlen von Befragten mit soziostrukturellen Ereignissen in der Modellstichprobe des B90-Modells sollte dies jedoch nicht überbewertet werden. Dort, wo die Veränderungen der Klassenposition besonders starke Wirkungen zeigen, ist auch die Anzahl soziostruktureller Ereignisse besonders gering (vgl. dazu die Tabelle 6.9). Auf eine Interpretation der Wirkung eines Klassenwechsels auf die Präferenz für die Bündnisgrünen wird darum hier wie im Folgenden verzichtet.

Verlässlicher sind die Koeffizienten der Investitionen in Zwischengüter. Die meisten dieser Koeffizienten sind positiv. Dies widerspricht Testimplikation 6.3, nach der Investitionen in Zwischengüter die Präferenz für die Grünen verringern sollten. Allerdings sei erwähnt, dass die Investitionen in Zwischengüter überwiegend auch die Präferenzen für die SPD verstärken und diejenigen für die CDU zumindest nicht reduzieren. Insofern scheinen Investitionen in Zwischengüter Präferenzen zu beliebigen Parteien zu forcieren, bzw. umgekehrt formuliert: Zur Angabe „keiner Parteidentifikation“ wird seltener gewechselt. Bereits hier sei jedoch darauf hingewiesen, dass diese Schlußfolgerung bei Berücksichtigung des politischen Interesses modifiziert werden muss.<sup>32</sup>

Der Vergleich zwischen *Between-Effects* und *Fixed-Effects* liefert zwei überraschende Befunde. Der Erste: Befragte, die einen Hochschulabschluss ablegen, haben danach seltener eine Präferenz für die Grünen als vorher. Dies entspricht zwar den Erwartungen der *Aging-Conservatism*-Hypothese, steht aber dem Effekt des Hochschulabschlusses zwischen unterschiedlichen Befragten entgegen. Hier gilt: Wer einen Hochschulabschluss hat, der neigt stärker den Grünen zu.

---

32 Siehe hierzu insbesondere Seite 279.

Dieser Befund lässt sich durch die umgekehrte Kausalität zwischen der Parteipräferenz und der Entscheidung zwischen verschiedenen Ausbildungsgängen interpretieren. Möglicherweise beginnen Personen mit einer Neigung zu den Bündnisgrünen häufiger eine Universitätsausbildung als Anhänger anderer Parteien.<sup>33</sup> Das Ablegen der Hochschulausbildung lässt einen Teil der ursprünglichen Anhänger der Bündnisgrünen dann von ihrer politischen Ansicht abrücken. Die übrigen bleiben bei ihrer politischen Ansicht und bringen so den Effekt des Hochschulabschlusses zwischen den Befragten zustande.

Der zweite überraschende Befund zeigt sich bei der Wirkung der Geburt des ersten Kindes. Befragte, die erstmals die Geburt eines eigenen Kindes erleben, wechseln häufiger zu den Bündnisgrünen, als Befragte ohne ein solches Ereignis. Befragte, bei denen ein Kind unter 16 im Haushalt lebt, haben dagegen eine geringere Neigung zu den Bündnisgrünen als Befragte ohne Kinder bzw. ohne Kinder unter 16.

Für diesen Befund lässt sich eine methodische Erklärung finden, denn die Variable für den *Fixed-Effect* und die Variable für den *Between-Effect* sind im vorliegenden Fall *inhaltlich* nicht deckungsgleich. Hinter der Variable für den *Between-Effect* verbergen sich auch Personen mit älteren Kindern. Für einen Teil dieser Eltern gab es zum Zeitpunkt der Geburt der Kinder die Bündnisgrünen noch gar nicht – insofern konnte sich die Geburt des ersten Kindes auch nicht in den Präferenzen zu den Bündnisgrünen niederschlagen.

Ausgangspunkt der Berechnung des vorliegenden *Fixed-Effects* Logit-Modells war die Interessentheorie unter der Annahme vollständiger Information. Wenn Menschen vollständig informiert sind, sollten sich ihre Parteipräferenzen mit einer neu entstehenden Interessenlage verändern. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Die Parteipräferenzen ändern sich nur wenig, und teilweise in eine andere Richtung, als man dies auf Grund der Interessentheorie erwarten würde. Die Annahmen der Interessentheorie unter vollständiger Information müssen von daher als falsifiziert gelten.

Im Folgenden soll darum zunächst die Annahme vollständiger Informiertheit gelockert werden. Es ist möglich, dass Menschen unvollständig informiert sind, und darum gewissermaßen „die falsche“ Partei wählen. Die hieraus folgenden Testimplikationen werden im nächsten Abschnitt untersucht.

---

33 Zu möglichen Gründen für eine häufigere Wahl der Universitätsausbildung unter Anhängern „neuer sozialer Bewegungen“ vgl. Bagguley (1995).

#### 6.4.2 Unvollständige Informiertheit

Im Folgenden werden die in Abschnitt 6.1.2 aufgestellten Testimplikationen zu den möglichen Folgen unvollständiger Informiertheit von Akteuren untersucht. Nach diesen Testimplikationen sollten sich zum einen eine Wirkung sozialer Kontakte ergeben, zum anderen Interaktionseffekte des politischen Interesses mit der Wirkung der soziostrukturellen Ereignisse. Im Einzelnen sollten sich folgende Effekte nachweisen lassen:

- Je höher das politische Interesse, desto eher führt der Wechsel in eine soziostrukturelle Gruppe mit anderer Interessenlage zu einer Parteipräferenz entsprechend der neuen Interessenlage (Testimplikation 6.4).
- Neue Interaktionspartner mit einer anderen Parteipräferenz verändern die Parteipräferenz von *Ego* in Richtung der Parteipräferenz des Anderen (Testimplikation 6.5).
- Je höher das politische Interesse von *Ego*, desto geringer ist der Einfluss von Interaktionspartnern mit anderer Parteipräferenz (Testimplikation 6.6).

Zur Untersuchung dieser Testimplikationen wurde das Modell des vorangegangenen Abschnitts um die entsprechenden Variablen erweitert. Für die Testimplikation 6.4 wurden Interaktionsterme zwischen dem politischen Interesse und allen Variablen für die Veränderung der Interessenlage gebildet. Als Indikator für das politische Interesse wurde die entsprechende Frage nach dem politischen Interesse verwendet. Bei dieser Frage konnten die Befragten ihr politisches Interesse als „Sehr stark“, „Stark“, „Nicht so stark“ und „Überhaupt nicht“ bezeichnen.<sup>34</sup> Für die Datenanalyse wurde die Originalvariable des SOEP *gespiegelt*, d. h. hohe Werte wurden zu niedrigen, niedrige Werte zu hohen. Hohe Werte des politischen Interesses stehen daher für hohes politisches Interesse und umgekehrt. Zur Bildung der Interaktionsterme wurde das politische Interesse als metrische Variable aufgefasst<sup>35</sup>.

##### 6.4.2.1 Modellfit

Die Erweiterung des Modells aus Abschnitt 6.4.1 um die hier aufgeführten Variablen führt zu einem Modell mit insgesamt 61 zu schätzenden Parametern. Tabelle

---

34 SOEP-Variable bp75 bzw. korrespondierende in den anderen Panelwellen. In der ersten Welle des SOEP wurde diese Frage nicht gestellt.

35 *anpidlv4.do*

	Modelltyp					
	SPD		CDU/FDP		B90	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Befragte	5 680	5 583	4 842	4 800	1 666	1 633
Beob./Befr.	8.7	8.6	8.6	8.5	8.3	8.2
$p_{MF}^2$	.02	.05	.03	.05	.02	.04
BIC	-12 274	-13 506	-11 094	-11 498	-2 695	-2 662
BIC'	-490	-1 369	-566	-970	30	80
$X_L$	777	1 896	850	1 488	217	372
df	33	61	33	61	33	61
$p > X_L$	.00	.00	.00	.00	.00	.00

Tabelle 6.13: Fit bei unvollständiger Informiertheit

Quelle: *anpidv4.do*

6.13 zeigt einen Überblick über einige Kennziffern dieses erweiterten Modells im Vergleich zu dem aus Abschnitt 6.4.1. Die Kennzahlen des erweiterten Modells finden sich in der Tabelle in den mit (2) überschriebenen Spalten. Die entsprechenden Kennzahlen des Modells unter der Annahme vollständiger Informiertheit wurden Tabelle 6.10 auf Seite 259 entnommen; sie finden sich in den mit (1) gekennzeichneten Spalten.

Gegenüber dem Modell für die Testimplikationen aus der Annahme vollständiger Informiertheit haben sich die Fallzahlen auf Grund fehlender Werte beim politischen Interesse etwas verringert. Entsprechend hat sich die durchschnittliche Anzahl der Beobachtungen pro Befragten etwas reduziert.

Die Maßzahlen für den Gesamtfitt der Modelle basieren auf einer Berechnung der Modelle ohne Gewichtung<sup>36</sup>; sie sind deshalb nur eingeschränkt interpretierbar. Unabhängig davon indizieren die Kennziffern einen leichten Anstieg der Anpassungsgüte der Modelle. Pseudo- $r^2$  steigt in allen drei Modellen um ca. 0,02. Mit Werten um 0,05 bzw. 0,04 liegt dieser Wert jedoch nach wie vor recht niedrig.

Für das SPD- und das CDU/FDP-Modell zeigen auch die Werte von BIC bzw. BIC' eine Verbesserung des Modells durch Inklusion der zusätzlichen Variablen an. An Stelle des B90-Modells wäre dagegen das Nullmodell dem Modell für die vollständige Informiertheit vorzuziehen, und dieses wiederum dem Modell für die unvollständige Informiertheit.

<sup>36</sup> Siehe Fußnote 27.

Einen Anstieg des Gesamtfits für alle drei Modelle indizieren die *Likelihood-Ratio* Chi-Quadrat-Werte. Auf Grund der variierenden Fallzahl sind die Werte der Modelle für die vollständige und unvollständige Informiertheit untereinander jedoch nicht vergleichbar.

Schließlich sei darauf hingewiesen, dass sich die meisten Koeffizienten des Modells nach Maßgabe des *Random-Group-Variance-Estimator* nicht signifikant von Null unterscheiden (Tabelle A.3 auf Seite 306).

Im Folgenden sollen die Koeffizienten der Modelle auf ihre Übereinstimmung mit den Testimplikationen aus Abschnitt 6.1.2 untersucht werden. Hierzu werden die Koeffizienten grafisch dargestellt. Eine Tabelle mit den exakten Werten aller Koeffizienten sowie ihrer Testwerte findet sich in Anhang A.3.

#### 6.4.2.2 Wechsel der Klassenposition

Zunächst werden die Wirkungen von Veränderungen der Klassenposition bei Akteuren mit unterschiedlichem politischem Interesse betrachtet. Die Darstellung beschränkt sich auf die Koeffizienten im SPD- und CDU/FDP-Modell (Abbildung 6.6). Eine Betrachtung der Koeffizienten des B90-Modells unterbleibt, da die Anzahl von Personen mit veränderter Klassenposition in diesem Modell als zu klein erachtet wird (vgl. Seite 267).

Die jeweils erste Teilgrafik der Abbildung zeigt die Koeffizienten der Übergänge von der jeweils angegebenen Herkunfts-kategorie zu den Selbständigen. Die weiteren Teilgrafiken zeigen – in dieser Reihenfolge – die Übergänge zu den Administrativen Diensten, den Experte bzw. Mischtypen und den Arbeitern bzw. Sozialen Diensten.

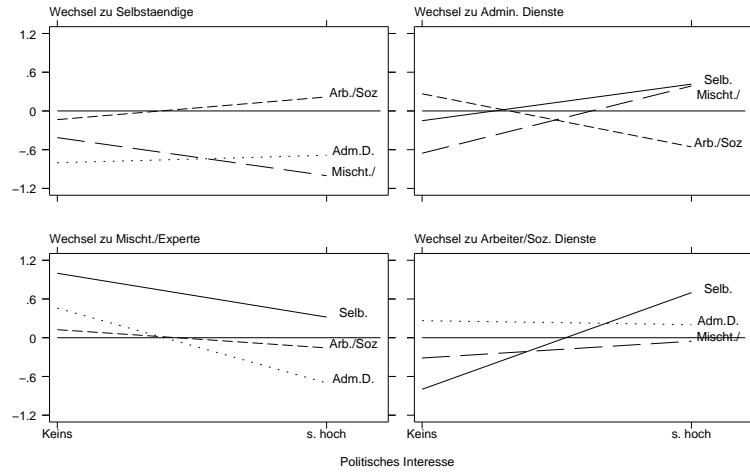
Die Linien in den Grafiken verbinden den Regressionskoeffizienten des jeweiligen Übergangstyps der politisch nicht Interessierten mit dem der politisch sehr Interessierten.<sup>37</sup> Die Steigung der Linie steht mithin für Stärke und Richtung des jeweiligen Interaktionseffekts. Steigende Linien indizieren einen positiven Interaktionseffekt, fallende Linien einen negativen Interaktionseffekt des soziostrukturellen Ereignisses mit dem politischen Interesse. Je stärker die Steigung, bzw. das Gefälle, desto stärker der Interaktionseffekt.

Zur Interpretation der Koeffizienten in den Abbildungen ist es hilfreich, sich an die Konsequenzen soziostruktureller Ereignisse bei vollständiger Informiertheit zu erinnern. Zu diesem Zweck können z.B. die Ergebnisse der Simulation aus Kapitel

---

<sup>37</sup> Die Regressionstabelle in Anhang A.3 zeigt den Koeffizienten für Personen ohne politischem Interesse. Der Koeffizient für Personen mit sehr hohem politischem Interesse errechnet sich, indem zu diesem Koeffizienten der vierfache Wert des jeweiligen Interaktionseffekts hinzuaddiert wird.

## SPD-Modell



## CDU/FDP-Modell

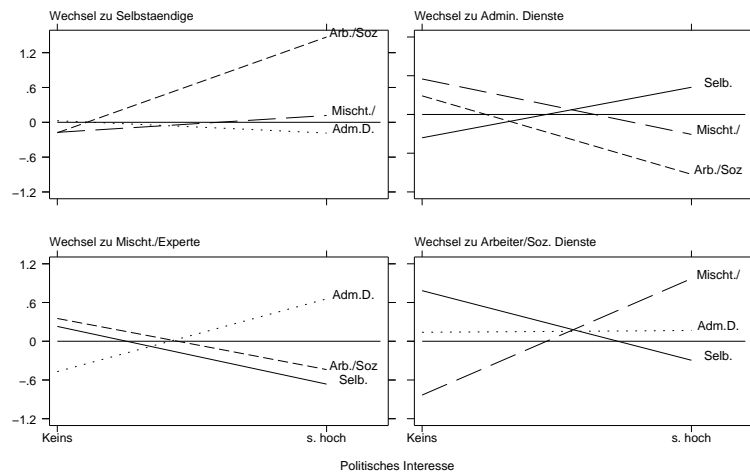


Abbildung 6.6: Wirkung der Klasse nach politischem Interesse

Quelle: *gpidv4.do*

4 oder die im Wesentlichen analogen Ergebnisse des „Between“-Modells aus dem vorangegangenen Abschnitt verwendet werden. Nach Testimplikation 6.4 sollten die Koeffizienten bei den politisch Interessierten diesen Erwartungen stärker entsprechen als der Koeffizient bei den politisch nicht Interessierten.

Relativ eindeutig sind die Erwartungen über die Wirkung des Übergangs vom Arbeiter oder den Sozialen Diensten zu den Selbständigen. Personen mit diesem soziostrukturellen Ereignis sollten ihre Parteipräferenz von der CDU zur SPD ändern. Im SPD-Modell sollte sich dies durch einen negativen Koeffizienten für dieses soziostrukturelle Ereignis bemerkbar machen und im CDU/FDP-Modell durch einen positiven Koeffizienten; diese Ergebnis sollte sich dabei deutlicher bei den politisch Interessierten zeigen.

Die empirischen Befunde zu dieser Erwartung finden sich jeweils in der oberen linken Teilgrafik der Abbildung 6.6. In beiden Abbildungen findet sich bei den Arbeitern und Sozialen Diensten eine ansteigende Linie, wobei der Anstieg im CDU/FDP-Modell stärker ist. Die Wirkung des Übergangs vom Arbeiter oder sozialem Dienst zu den Selbständigen auf die Parteipräferenz variiert mithin mit dem politischen Interesse. Die Richtung der Variation entspricht der gerade skizzierten Erwartung jedoch nur zum Teil. Gegen die Erwartung sprechen die Befunde im SPD-Modell. Politisch interessierte Arbeiter oder Angehörige der Sozialen Dienste wechseln zur SPD wenn sie sich selbständig machen. Die erwartete Tendenz zur Aufgabe der Präferenz für die SPD findet sich in geringem Ausmaße nur bei den politisch nicht Interessierten.

Im CDU-Modell entsprechen die Koeffizienten des Übergangs von den Arbeitern oder Sozialen Diensten zu den Selbständigen dagegen den Erwartungen. Bei den politisch Interessierten führt der Übergang zu den Selbständigen zu einem sehr deutlichen Anstieg der Präferenz für die CDU. Bei den politisch nicht Interessierten ist hiervon nichts zu sehen.

Zum umgekehrten Fall: dem Übergang vom Selbständigen zum Arbeiter oder zu den Sozialen Diensten. Für diesen Übergang erwartet man einen Wechsel der Parteipräferenz von der SPD zur CDU. Entsprechend sollten sich bei den politisch Interessierten positive Koeffizienten im SPD-Modell und negative Koeffizienten im CDU-Modell ergeben. Wie ein Blick auf die jeweils rechte untere Teilgrafik der Abbildung 6.6 verrät, entsprechen die Koeffizienten im Wesentlichen dieser Erwartung. Politisch interessierte Selbständige, die Arbeiter oder Soziale Dienste werden, wechseln zur SPD. Eine etwa vorhandene CDU-Präferenz wird von diesen Personen jedoch nicht aufgegeben.

Der Befund zum Übergang von den Selbständigen zu den Arbeitern ist interessant, weil damit ein Ergebnis der vorangegangenen Abschnitts verständlicher

wird. Ohne Berücksichtigung des politischen Interesses führt der Übergang von den Selbständigen zu den Arbeitern und Sozialen Diensten zu einer Aufgabe der CDU-Präferenz zugunsten der SPD-Präferenz. Dieser Befund war ein wichtiger Grund für die insgesamt negative Beurteilung des Modells unter der Annahme vollständiger Informiertheit. Nach den vorliegenden Ergebnissen sind es offenbar die politisch nicht Interessierten die für diesen problematischen Befund sorgen. Die politisch Interessierten verhalten sich, wie man es auf der Basis der Interestheorie erwarten würde.

Die theoretischen Erwartungen bezüglich der übrigen Übergänge zwischen den Klassenpositionen sind weniger eindeutig als diejenigen zwischen den Selbständigen und Arbeitern. Entsprechend widersprüchlich fallen auch die empirischen Resultate aus.

Bei den Übergängen von Mischtypen und Experten zu den Selbständigen erwartet man tendenziell eine Abnahme der SPD-Präferenz und eine Zunahme der CDU-Präferenz. Empirisch lässt sich für die politisch Interessierten eine Tendenz zur Abnahme der SPD-Präferenz feststellen. Eine Tendenz zur Zunahme der CDU-Präferenz besteht dagegen nicht. Die Ergebnisse für den umgekehrten Fall des Übergangs von den Selbständigen zu den Mischtypen oder Experten entsprechen dagegen den Erwartungen. Laut SPD-Modell haben Personen mit diesem soziostrukturellen Ereignis weitgehend unabhängig vom politischen Interesse nach dem Ereignis häufiger eine SPD-Präferenz als vorher. Gleichzeitig neigen sie dazu eine etwa vorhandene CDU-Präferenz aufzugeben.

Uneinheitlich ist auch das Bild bei den Übergängen zwischen den Administrativen Diensten und den Selbständigen. Der Übergang von den Administrativen Diensten zu den Selbständigen sollte eine Abkehr von der SPD und eine Hinwendung zur CDU zur Folge haben. Empirisch bestätigt sich die Abkehr von der SPD, und zwar weitgehend unabhängig vom politischen Interesse. Allerdings vermag die CDU hiervon nicht zu profitieren. Der umgekehrte Übergang von den Selbständigen zu den Administrativen Diensten erhöht bei den politisch Interessierten sowohl die Präferenz für die SPD als auch die Präferenz für die CDU. Auch dies entspricht nur zum Teil der theoretischen Erwartung.

Arbeiter und Soziale Dienste, die in das Lager der Administrativen Dienste wechseln, sollten ihre Präferenz für die SPD zugunsten der CDU aufgeben. Die abnehmende Präferenz für die SPD lässt sich bei den politisch Interessierten auch empirisch nachweisen, nicht aber die erwartete Zunahme von CDU-Präferenzen. Der umgekehrte Übergang von den Administrativen Diensten zu den Arbeitern oder sozialen Diensten hat praktisch keine Auswirkungen auf die Parteipräferenzen.



Die Interpretation der Koeffizienten der Übergänge zwischen den Mischtypen oder Experten und den Administrativen Diensten ist problematisch, da die theoretisch erwartete Parteipräferenz beider Klassen nahezu identisch ist.<sup>38</sup> Dasselbe gilt im übrigen auch für den Unterschied in den Parteipräferenzen von Administrativen Diensten und Mischtypen bzw. Experten in Querschnittsanalysen. Entsprechend lässt sich keine solide theoretische Aussage über die erwartete Veränderung treffen, an Hand derer die Koeffizienten interpretiert werden könnten. Die Interpretation soll darum an dieser Stelle unterbleiben.

Blieben die Übergänge zwischen den Arbeitern und Sozialen Diensten auf der einen Seite und den Mischtypen und Experten auf der anderen Seite. Personen, die von den Arbeitern und Sozialen Diensten zu den Mischtypen und Experten wechseln, sollten gemäß der theoretischen Erwartung von der SPD zur CDU wechseln. Empirisch zeigt sich dies bestenfalls bei den politisch nicht Interessierten. Bei den politisch Interessierten ist das Gegenteil der Fall. Sie wenden sich von der CDU ab und geben ihre Präferenz für die SPD nicht auf. Auch im umgekehrten Fall des Übergangs von den Mischtypen und Experten zu den Arbeitern und Sozialen Diensten können die theoretischen Erwartungen nicht empirisch beobachtet werden. Befragte mit diesem Übergangstyp nehmen relativ häufig eine CDU-Präferenz an, die Präferenz für die SPD ändert sich nicht. Damit widerspricht dieser Übergangstyp konsistent den theoretischen Erwartungen.

Die Heterogenität der empirischen Befunde macht es schwer eine zusammenfassende Aussage bezüglich der Ausgangsfrage abzugeben. Erwartet worden war, dass politisch interessierten Akteure eher den Erwartungen der Interessentheorie unter vollständiger Informiertheit entsprechen, als politisch nicht interessierte Akteure. Die empirischen Analysen zeigen, dass dies teilweise der Fall ist, teilweise jedoch auch nicht.

Betrachtet man nur die Wirkungen von Übergänge zwischen den Selbständigen auf der einen Seite, und den Arbeitern oder Sozialen Diensten auf der anderen Seite, so dürfen die empirischen Resultate als Bestätigung der Testimplikation 6.4 gewertet werden. Der widerstreitende Befund beim Übergang von den Arbeitern zu den Selbständigen im SPD-Modell ist nicht sehr stark und wird von den anderen viel deutlicheren Befunden zugunsten der Testimplikation aufgewogen. Zumindest für den demokratischen Klassenkampf zwischen politisch interessierten Selbständigen und Arbeitern bzw. Sozialen Diensten scheint mithin eine Erklärung auf der Basis der Annahmen der Interessentheorie möglich. Für die politisch nicht interessierten Akteure wird man allerdings weitere Annahmen treffen müssen –

---

38 Vergleiche hierzu Abbildung 4.2 auf Seite 158.

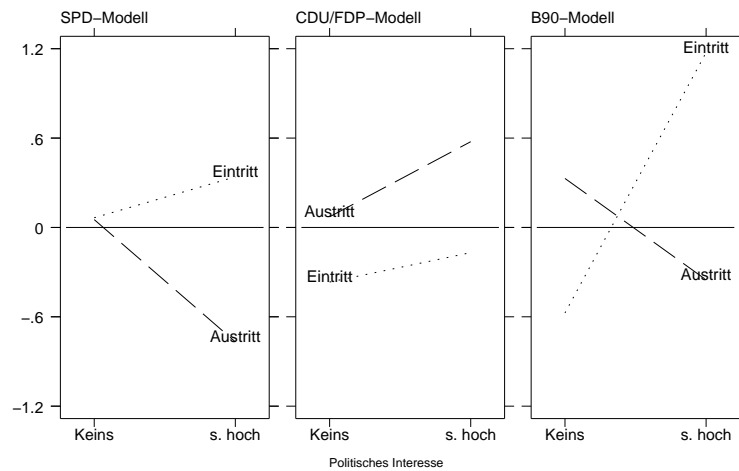


Abbildung 6.7: Wirkung der Arbeitslosigkeit nach politischem Interesse

Quelle: *gpidlv6.do*

wie etwa die der gegenseitigen Beeinflussung in sozialen Kontakten oder die der langfristigen Wirksamkeit von Einflussfaktoren.

Für den demokratischen Klassenkampf zwischen den übrigen hier unterschiedenen Klassen kann dieselbe Schlußfolgerung nicht gezogen werden. Zu uneinheitlich sind die empirischen Befunde. Bei diesen Klassen werden darum auch bei den politisch Interessierten weitere Annahmen zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes nötig sein.

#### 6.4.2.3 Übergang von und zur Arbeitslosigkeit

Abbildung 6.7 zeigt die Wirkungen des Eintritts in bzw. des Austritts aus der Arbeitslosigkeit. Die erste Teilgrafik bezieht sich auf das SPD-Modell, die zweite auf das CDU/FDP-Modell und die dritte auf das B90-Modell. Der Aufbau der Abbildungen entspricht den Abbildungen des vorangegangenen Abschnitts. Die Linien verbinden den Koeffizienten des jeweils angegebenen soziostrukturellen Ereignisses der politisch nicht Interessierten mit den Koeffizienten der politisch Interessierten.

Ausgangspunkt der Interpretation ist wieder Testimplikation 6.4, nach der die politisch Interessierten den Erwartungen der Interessentheorie stärker entsprechen sollten als die nicht Interessierten. Die Erwartung über die Parteipräferenzen von

Arbeitslosen ist allerdings relativ unbestimmt. Zwei Möglichkeiten wurden vorgeschlagen: die *Anti-Regierungshypothese*, nach der Arbeitslosigkeit zu einer Hinwendung zu oppositionellen Parteien führen sollte und die *Klientelhypothese*, nach der die Arbeitslosigkeit zur Hinwendung zu der Partei führen sollte, die traditionell die Interessen der Klasse des jeweiligen Arbeitslosen vertritt.

Das Modell ohne die Interaktionseffekte mit dem politischen Interesse hatte die *Anti-Regierungshypothese* gestützt. Wie sich nun zeigt sind es nur die Personen mit hohem politischen Interesse, für welche die *Anti-Regierungshypothese* zutrifft. Bei ihnen führt der Eintritt in die Arbeitslosigkeit zu einer Hinwendung zu SPD und Bündnisgrünen und zu einer Abwendung von den bürgerlichen Parteien. Der Austritt aus der Arbeitslosigkeit erhöht dagegen die Neigung zu den bürgerlichen Parteien und reduziert die Neigung zur SPD oder den Bündnisgrünen.

Im B90-Modell führt die Eintritt in die Arbeitslosigkeit bei den politisch Interessierten zu einer sehr deutlichen Hinwendung zu den Bündnisgrünen. Die politisch nicht-Interessierten wenden sich dagegen in derselben Situation von den Bündnisgrünen ab. Der Austritt aus der Arbeitslosigkeit hat genau die umgekehrte Wirkung.

Diese Resultate des B90-Modells sind aus drei Gründen beinahe spektakulär: *Erstens* sind die Auswirkungen des Eintritts in die Arbeitslosigkeit auf die Präferenz für die Grünen auch nach den sehr konservativen Maßstäben des *Random-Group-Variance-Estimator* signifikant (siehe Anhang A.3). *Zweitens* unterscheiden sich die Ergebnisse sehr deutlich von dem Modell ohne Berücksichtigung der Interaktionseffekte; dort hatte der Eintritt in bzw. der Austritt aus der Arbeitslosigkeit keinerlei Auswirkung auf die Präferenz für die Grünen. Und schließlich entsprechen *drittens* die Koeffizienten der politisch Interessierten nun relativ gut den Unterschieden zwischen den Arbeitslosen und den nicht Arbeitslosen im „Between-Effects“-Modell. Was immer also die Veränderung der Präferenzen für die Grünen der politisch Interessierten bewirkt hat, könnte auch zur Erklärung der Unterschiede zwischen den Befragten herangezogen werden.

#### 6.4.2.4 Investitionen in Zwischengüter

Abbildung 6.8 zeigt die Wirkungen der verschiedenen Investitionen in Zwischengüter. Die erste Teilgrafik bezieht sich auf das SPD-Modell, die zweite auf das CDU/FDP-Modell und die dritte auf das B90-Modell. Der Aufbau der Abbildungen entspricht wieder den Abbildungen der vorangegangenen Abschnitte, d. h. die Linien verbinden den Koeffizienten des jeweils angegebenen soziostrukturellen Ereignisses der politisch nicht Interessierten mit den Koeffizienten der politisch Interessierten.

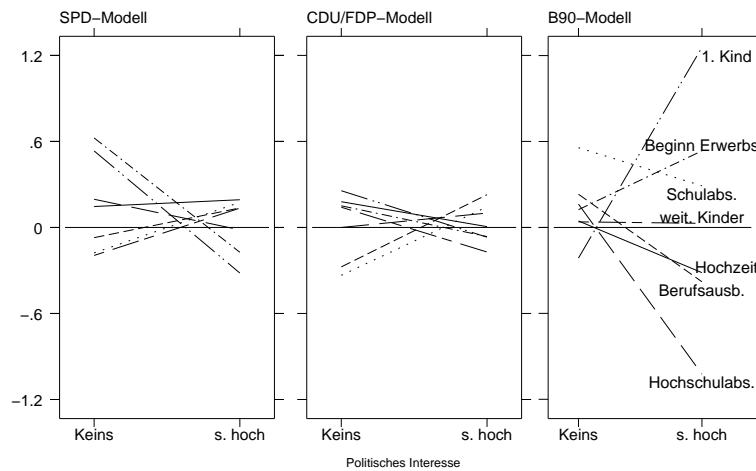


Abbildung 6.8: Wirkung der Zwischengüter nach politischem Interesse

Quelle: *gpidlv5.do*

Nach der *Aging-Conservatism-Hypothese* (Testimplikation 6.3)<sup>39</sup> sollten Investitionen in Zwischengüter die Präferenz für die Grünen reduzieren. Gemäß Testimplikation 6.4 sollte sich dies vor allem bei den politisch Interessierten zeigen.

Ein erster Blick auf Abbildung 6.8 erweckt den Eindruck, dass sich die Investitionen in Zwischengüter vor allem im B90-Modell bemerkbar machen. Dies entspricht im Wesentlichen auch der Erwartung der *Aging-Conservatism-Hypothese* sowie den Ergebnissen des Modells unter der Annahme vollständiger Informiertheit. Bei näherem Hinsehen muss diese Aussage jedoch etwas modifiziert werden: sie trifft nämlich nur für die politisch Interessierten zu. Soll heißen: Die Haltung gegenüber der SPD, der CDU und der FDP ändert sich nur bei den politisch nicht Interessierten, die Haltung gegenüber den Bündnisgrünen dagegen nur bei den politisch Interessierten.

Die Testimplikation der *Aging-Conservatism-Hypothese* unterstellt Auswirkungen der Investitionen in Zwischengüter nur hinsichtlich der Präferenz für die Bündnisgrünen. Die Tatsache, dass sich diese Auswirkungen nur bei den politisch Interessierten zeigen, entspricht den Erwartungen der Testimplikation 6.4. Dass sich Investitionen in Zwischengüter bei den politisch nicht Interessierten auf die

<sup>39</sup> Vgl. Abschnitt 1.2.3.5.

Präferenzen zu den anderen Parteien auswirken steht dem nicht entgegen. Unter der Annahme der unvollständigen Informiertheit gelten die auf Basis der Interestheorie getroffenen Aussagen nur für die politisch Interessierten.

Problematisch ist allerdings die Einflussrichtung einiger der betrachteten Investitionen in Zwischengüter. Die hier gewählte Fassung der *Aging-Conservatism*-Hypothese behauptet für alle Investitionen eine Abkehr von den Bündnisgrünen. Tatsächlich ergibt sich aber bei drei der sieben betrachteten Investitionen der umgekehrte Effekt. Die Geburt des ersten Kindes, der Beginn des Erwerbslebens und das Ablegen eines Schulabschlusses lässt die Befragten relativ häufig eine Präferenz für die Grünen annehmen. Lediglich das Ablegen einer Berufsausbildung oder eines Berufsabschlusses führt zur erwarteten Aufgabe der Präferenz für die Grünen. Die Geburt weiterer Kinder und die erste Hochzeit hat keine Auswirkungen auf die Präferenz für die Grünen.

Die positiven Effekte der angesprochenen Investitionen in Zwischengüter war bereits bei der Besprechung des Modells ohne die Interaktionseffekte mit dem politischen Interesse thematisiert worden (Abschnitt 6.4.1). Dort wurde erwähnt, dass die entsprechenden Investitionen überwiegend auch die Präferenzen für SPD erhöhen und diejenigen für die CDU zumindest nicht reduzieren. Insofern schienen Investitionen in Zwischengüter vor allem die Angabe „keiner Parteineigung“ zu reduzieren (Seite 267). Diese Aussage muss im Lichte der vorliegenden Analyse allerdings zurückgenommen werden. Bei politisch interessierten Befragten führen die Geburt des ersten Kindes, der Beginn der Erwerbstätigkeit und das Ablegen eines Schulabschlusses keineswegs zu einem Anstieg der Präferenzen für die SPD, die CDU oder die FDP.

Viel deutlicher als ohne Berücksichtigung der Interaktionseffekte mit dem politischen Interesse deuten die Befunde darauf hin, dass die *Aging-Conservatism*-Hypothese in der vorliegenden Fassung zu allgemein formuliert ist. Man wird sie modifizieren müssen.

Eine plausible Modifikation erscheint bezüglich der Geburt des ersten Kindes möglich. Die Geburt eines Kindes dürfte ein in weiten Kreisen akzeptiertes „Zwischengut“ darstellen. Insofern sollten Personen, die in dieses „Zwischengut“ investiert haben, daran interessiert sein, dass der Wert der Investition erhalten bleibt. Der Wert würde z. B. abnehmen wenn die gesellschaftliche Akzeptanz von Kindern sinken würden. Eine politische Partei, die ein derartiges Ziel verfolgt, gibt es nicht. Der Wert der Investition in ein Kind sinkt aber auch, wenn die Lebensbedingungen der Kinder in der Zukunft schlechter werden. Die Grünen treten mit ihrer Politik in besonderem Maße für die Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen ein. Dies könnte von den Kindeseltern als wichtige Bedingung für den Werterhalt

ihrer Investition angesehen werden. In diesem Fall würde aus dem Geburt eines Kindes ein Interesse an der Durchsetzung bündnisgrüner Politik resultieren.

Schwieriger fällt die Begründung für die positiven Effekte des Erwerbs eines Schulabschlusses oder des Beginns des Erwerbslebens. Beide Ereignisse sind Investitionen in Humankapital. Zur Sicherung dieser Investitionen benötigt man eine Politik die auf Erhaltung der gegebenen Wirtschaftsordnung und auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichtet ist. Die Bündnisgrünen sind bislang nicht mit einer solchen wirtschaftspolitischen Zielrichtung aufgetreten. Insofern bleibt aus der Perspektive der Interessentheorie unverständlich, warum die Grünen von diesem soziostrukturellen Ereignissen profitieren.

Eine Erklärung dieser Befunde wird vermutlich weitere Annahmen hinzuziehen müssen. Naheliegend ist die Existenz langfristig wirksamer Einflussfaktoren, d. h. die erwartete Änderung könnte sich erst mit einer zeitlichen Verzögerung einstellen. Ein andere Möglichkeit liegt in den Annahmen des Interaktionsansatzes. Es ist denkbar, dass *Schulabgänger* nach dem Schulabgang in ein Umfeld geraten, welches von Personen mit Präferenzen für die Grünen dominiert wird. Träfe die Homogenisierungshypothese zu, so könnten die sozialen Kontakte mit diesen Personen die Aufnahme von Präferenzen für die Grünen begünstigen. Es braucht nicht extra betont werden, dass dies lediglich eine Erklärungsskizze darstellt, die, wenn überhaupt, nur zur Erklärung des Koeffizienten des Schulabschlusses plausibel erscheint. Mindestvoraussetzung für diese Erklärungsskizze ist die Gültigkeit der Homogenisierungshypothese. Empirisches Material zu dieser Hypothese findet sich im folgenden Abschnitt.

#### 6.4.2.5 Wechsel von Interaktionspartnern

Abbildung 6.9 zeigt die Auswirkung neuer Lebenspartner auf die Parteipräferenzen der Befragten. Die erste Teilgrafik bezieht sich auf das SPD-Modell, die zweite auf das CDU/FDP-Modell. Die entsprechenden Koeffizienten des B90-Modells werden wegen zu geringer Anzahl von Befragten mit dem entsprechenden soziostrukturellen Ereignissen nicht dargestellt.<sup>40</sup> Der Aufbau der Abbildungen entspricht wieder den Abbildungen der vorangegangenen Abschnitte, d. h. die Linien verbinden den Koeffizienten des jeweils angegebenen soziostrukturellen Ereignisses der politisch nicht Interessierten mit den Koeffizienten der politisch sehr Interessierten. Nicht gezeigt werden allerdings die Koeffizienten von neuen Lebenspartnern mit einer Präferenz für die Bündnisgrünen. Auch hier erschien die Anzahl der Personen mit diesem soziostrukturellen Ereignis zu klein.

---

<sup>40</sup> Die Werte sind in Anhang A.3 dokumentiert.

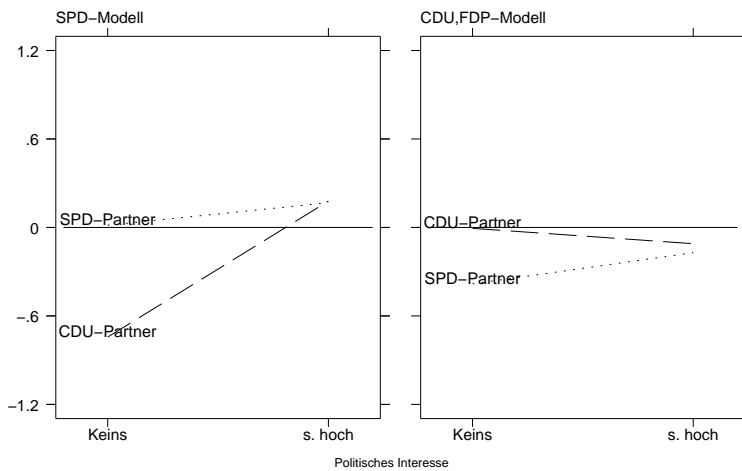


Abbildung 6.9: Wirkung neuer Informationspartner nach politischem Interesse

Quelle: *gripdv7.do*

Die Interpretation der Ergebnisse soll hier vor dem Hintergrund der Testimplikation zur *Homogenisierungshypothese* (Testimplikation 6.5) erfolgen. Nach dieser Testimplikation sollten neue Interaktionspartner mit einer anderen Parteipräferenz als *Ego*, die Parteipräferenz von *Ego* in Richtung ihrer Parteipräferenz beeinflussen. Modifiziert wird diese Testimplikation durch die Annahme des *Two-Step-Flow of Communications* (Testimplikation 6.6). Nach dieser Annahme sollte der Einfluss des Anderen auf *Ego* mit dem politischen Interesse von *Ego* abnehmen. Das heißt: Je höher das politische Interesse von *Ego*, desto geringer ist der Einfluss des Anderen.

Die empirischen Resultate in Abbildung 6.9 scheinen diese Vermutungen im Wesentlichen zu bestätigen. In beiden Teilgrafiken zeigen sich deutlichere Auswirkungen bei den politisch nicht Interessierten als bei den politisch Interessierten. Bezüglich der Richtung der Auswirkungen zeigen die empirischen Resultate jedoch eine Modifikation der Testimplikationen.

Befragte, die selbst keine Anhänger der CDU sind, haben, nachdem Sie mit einem CDU-Anhänger zusammengezogen sind, viel seltener eine Präferenz für die SPD als vorher. Dies entspricht der Erwartung. Der neue Lebenspartner sorgt dafür, dass der Befragte seine alte Parteipräferenz aufgibt. Dasselbe gilt hinsichtlich der Präferenz für die CDU. Wenn Befragte, die selbst nicht der SPD zuneigen,

auf einen neuen Lebenspartner treffen, der SPD-Anhänger ist, führt dies zur Aufgabe einer etwa vorhandenen CDU-Präferenz.

Allerdings führt die Aufgabe der Parteipräferenz nicht wie erwartet dazu, dass die Parteipräferenz des neuen Lebenspartners angenommen wird. Weder führt das Zusammenziehen mit einem SPD-Anhänger zur Entwicklung einer Präferenz für die SPD noch führt das Zusammenziehen mit einem CDU-Anhänger zu einer Präferenz für die CDU.

Von den eigenen Meinungen abweichende politische Ansichten neuer Lebenspartner scheinen insofern zunächst einmal dafür zu sorgen, dass die alte Parteipräferenz aufgegeben wird. Wie erwartet zeigen dieses Verhalten jedoch nur die politisch nicht interessierten Personen. Eine unmittelbare Angleichung der Parteipräferenz an die Präferenz des neuen Partners gibt es aber auch bei ihnen nicht. Ob sich diese Angleichung möglicherweise erst allmählich einstellt, wird im folgenden Abschnitt entschieden.

#### 6.4.3 Zeitverzögerte Wirkungen

Als letzten Schritt der Untersuchung der Auswirkungen soziostruktureller Ereignisse wurde die Möglichkeit zeitverzögerter Wirkungen betrachtet. Zeitverzögerte Wirkungen soziostruktureller Ereignisse ergeben sich, wenn sich die erwartete Wirkung nicht unmittelbar, sondern allmählich mit dem Ablauf der Zeit einstellt. Die theoretische Begründung zeitverzögerter Wirkungen könnten sich aus dem Identifikationsansatz ergeben. Langfristige Bindungen an eine Partei könnten möglicherweise erst nach einer länger andauernden Einwirkung geänderter Einflussfaktoren aufgelöst werden.

Zur Umsetzung der zeitverzögerten Wirkungen wurden die Ereignisindikatoren wie in Abschnitt 6.2.2 beschrieben gebildet. Diese wurden dann an Stelle der Ereignisindikatoren mit augenblicklichen und permanenten Wirkungen in das Modell eingesetzt. Dabei wurden erneut Interaktionseffekte mit dem politischen Interesse gebildet.

Allgemein geben politisch interessierte Befragte eher überhaupt eine Parteineigung an als politisch nicht interessierte Befragte. Entsprechend wechseln politisch Interessierte nach Ablauf einer bestimmten Zeitspanne häufiger von der Angabe „keine Parteineigung“ zur Angabe irgendeiner Partei. Die Verwendung der Ereignisindikatoren mit Berücksichtigung des Zeitraums nach dem soziostrukturellen Ereignis machte darum die Bildung einer Variable zur Kontrolle dieses Effekts notwendig. Diese Kontrolle erfolgte mit einem Interaktionsterm des politischen Interesses mit dem Logarithmus der Anzahl Panelteilnahmen.



	Modelltyp					
	SPD		CDU/FDP		B90	
	(2)	(3)	(2)	(3)	(2)	(3)
Befragte	5 583	5 583	4 800	4 800	1 633	1 633
Beob./Befr.	8.6	8.6	8.5	8.5	8.2	8.2
$p_{MF}^2$	.05	.05	.05	.05	.04	.04
BIC	-13 506	-13 573	-11 498	-11 566	-2 665	-2 642
BIC'	-1 369	-1 437	-970	-1 038	80	100
$X_L$	1 896	1 972	1 488	1 565	372	359
df	61	62	61	62	61	62
$p > X_L$	.00	.00	.00	.00	.00	.00

Tabelle 6.14: Regressionsmodelle bei zeitverzögerten Wirkungen

Quelle: *anpidlv7.do*

#### 6.4.3.1 Modellfit

Tabelle 6.14 zeigt die Kennziffern des Modellfits. Dabei werden die Kennziffern des Modells mit zeitverzögerten Wirkungen im Vergleich zu den entsprechenden Maßzahlen des Modells ohne die zeitverzögerten Wirkungen dargestellt. Die Kennzahlen der Modelle mit zeitverzögerter Wirkung finden sich in den mit (3) überschriebenen Spalten, die entsprechenden Kennzahlen der Modelle ohne zeitverzögerte Wirkung in den mit (2) gekennzeichneten Spalten; letztere wurden der Tabelle 6.13 entnommen. Wie gehabt basieren alle Maßzahlen für den Gesamtfitt der Modelle aus technischen Gründen auf einer Berechnung der Modelle ohne Gewichtung<sup>41</sup> und sind darum nur eingeschränkt interpretierbar.

Die Kennziffern indizieren eine gegenüber dem Modell ohne zeitverzögerte Effekte nahezu gleichbleibende Anpassungsgüte. Der McFadden-Pseudo- $r^2$  bleibt in allen drei Modellen gleich. Die Werte von BIC und BIC' indizieren für das SPD- und das CDU/FDP-Modell eine Verbesserung des Modells durch die Berücksichtigung zeitverzögerter Effekte. An Stelle des B90-Modells wäre nach Maßgabe der BIC-Differenzen jedoch das Nullmodell dem Modell ohne zeitverzögerte Effekte vorzuziehen, und dieses wiederum dem Modell mit zeitverzögerten Effekten.

Ebenfalls einen Anstieg des Gesamtfits von SPD- und CDU/FDP-Modell indizieren die *Likelihood-Ratio* Chi-Quadrat-Werte. Ein direkter Vergleich der *Li-*

41 Siehe Fußnote 27.

*likelihood-Ratio* Chi-Quadrat-Werte der Modelle mit und ohne zeitverzögerten Variablen ist allerdings ausgeschlossen, da die Indikatoren für die soziostrukturellen Ereignisse in den jeweiligen Modellen unterschiedliche gebildet wurden.

Die *Likelihood-Ratio*-Chi-Quadrat-Werte des B90-Modells sind im Modell mit zeitverzögerten Effekten kleiner als im Modell ohne Zeitverzögerung. Dies bestätigt die aus den BIC-Werten gezogene Schlussfolgerung, nach der das Modell ohne zeitverzögerte Effekte vorzuziehen ist. Es sei allerdings erwähnt, dass bei Berechnung der Modelle mit den Gewichtungsfaktoren der umgekehrte Befund erzielt wird.

Wie bereits in allen anderen Modellen sind die meisten Koeffizienten des Modells nach Maßgabe des *Random-Group-Variance-Estimator* nicht signifikant.

Im Folgenden sollen die Koeffizienten der Modelle näher betrachtet werden. Hierzu werden die Koeffizienten grafisch dargestellt. Die Tabelle mit den exakten Werten der Koeffizienten sowie ihrer Testwerte findet sich in Anhang A.4.

#### 6.4.3.2 Wechsel der Klassenposition

Zunächst sollen die Wirkungen von Veränderungen der Klassenposition bei Akteuren mit unterschiedlichem politischen Interesse betrachtet werden. Zu diesem Zweck werden die Koeffizienten des Wechsels der Klassenposition im SPD- und CDU/FDP-Modell näher betrachtet. Eine Betrachtung der entsprechenden Koeffizienten des B90-Modells unterbleibt, da die Anzahl von Personen mit veränderter Klassenposition in diesem Modell als zu klein erachtet wird (vgl. Seite 267).

Die Präsentation der Koeffizienten erfolgt wie bei den Modellen ohne zeitverzögerte Effekte. Wieder werden die Wirkungen der soziostrukturellen Ereignisse bei politisch Interessierten und politisch nicht Interessierten betrachtet. Im Unterschied zu den Modellen ohne zeitverzögerte Effekte werden nun jedoch die Wirkungen der soziostrukturellen Ereignisse *nach dem Ablauf von drei Jahren* betrachtet. Hierzu werden die Koeffizienten der soziostrukturellen Ereignisse mit  $\ln(3)$  multipliziert. Zur Ermittlung des Effekts bei den politisch sehr Interessierten wird zum mit  $\ln(3)$  multiplizierten Haupteffekt das vierfache des mit  $\ln(3)$  multiplizierten Interaktionseffekt hinzuaddiert.<sup>42</sup>

Abbildung 6.10 zeigt die Koeffizienten des Wechsels der Klassenposition im SPD- bzw. CDU/FDP-Modell. Die jeweils erste Teilgrafik zeigt die Koeffizienten der Übergänge von der in der Grafik angegebenen Herkunfts-klasse zu den Selbständigen. Die weiteren Teilgrafiken zeigen – in dieser Reihenfolge – die Übergänge zu den Administrativen Diensten, den Experte bzw. Mischtypen und

---

<sup>42</sup> Siehe hierzu die Stata Do-Files *gpidlv9.do*, *gpidlv10.do*, *gpidlv11.do* und *gpidlv12.do*.

den Arbeitern bzw. Sozialen Diensten. Die Linien in den Grafiken verbinden den Effekt des jeweiligen Übergangstyps der politisch nicht Interessierten mit dem der politisch sehr Interessierten. Die Steigung der Linie steht mithin für Stärke und Richtung des jeweiligen Interaktionseffekts.

Unter der Annahme zeitverzögerter Wirkungen soziostruktureller Ereignisse sollte sich nach Ablauf einer gewissen Zeit eine Anpassung politischer Präferenzen an die geänderten Interessenlagen ergeben. Daher stellen die unter der Annahme vollständiger Informiertheit gewonnenen Aussagen über die voraussichtlichen Parteipräferenzen die Richtschnur auch zur Interpretation der zeitverzögerten Wirkungen soziostruktureller Ereignisse dar.

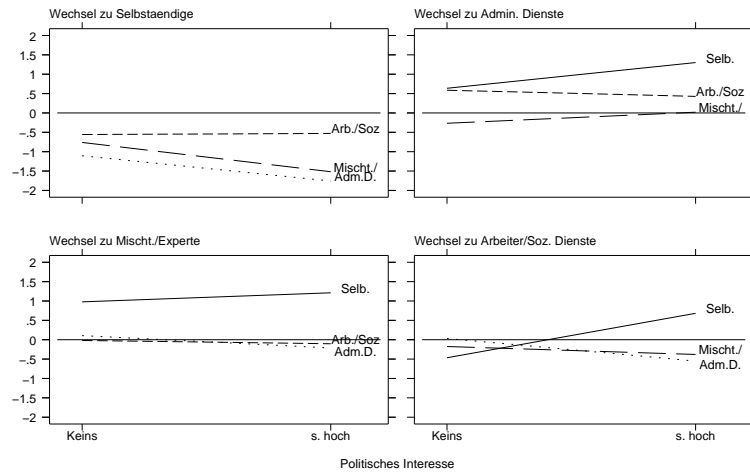
Für den Übergang vom Arbeiter oder den Sozialen Diensten zu den Selbständigen wird eine Änderung der Parteipräferenz von der SPD zur CDU erwartet. Im SPD-Modell sollte sich dies durch einen negativen Koeffizienten für dieses soziostrukturelle Ereignis bemerkbar machen und im CDU/FDP-Modell durch einem positiven Koeffizienten. Im Modell ohne zeitverzögerte Effekte konnte diese Erwartung jedoch nur zum Teil bestätigt werden. Denn es zeigte sich, dass die Arbeiter oder Angehörigen der Sozialen Dienste tendenziell zur SPD wechselten, wenn sie sich selbständig machten.

Anders im Modell mit zeitverzögerten Effekten: Arbeiter und Soziale Dienste, haben drei Jahre nach diesem Übergang seltener eine Präferenz für die SPD als vorher. Gleichzeitig erhöht sich (bei den politisch Interessierten) die Präferenz für die CDU oder die FDP. Offenbar ist die Bindung von Arbeitern an die SPD relativ prägend. Sie wird auch bei einem Übergang zu den Selbständigen zunächst nicht aufgegeben. Erst nach einem längerfristigen, beständigen Einwirken der von der Position eines Selbständigen ausgehenden Kräfte beginnt sich bei den politisch Interessierten die Parteipräferenz zugunsten der CDU oder der FDP zu verschieben.

Für den umgekehrten Fall des Übergangs vom Selbständigen zum Arbeiter oder zu den Sozialen Diensten wird eine Änderung der Parteipräferenz von der SPD zur CDU erwartet. Dies war für die politisch Interessierten bereits bei der Betrachtung der unmittelbaren Wirkungen soziostruktureller Ereignisse nachgewiesen worden. Die Betrachtung zeitverzögerter Wirkungen ändert an diesem Befund nichts.

Bei den Übergängen von Mischtypen und Experten zu den Selbständigen erwartet man tendenziell eine Abnahme der SPD-Präferenz und eine Zunahme der CDU-Präferenz. Das Modell mit den unmittelbaren Wirkungen soziostruktureller Effekte lieferte lediglich eine teilweise Bestätigung dieser Erwartung. Insbesondere bestand keine Tendenz zur Zunahme der CDU-Präferenz. Im Modell mit den zeitverzögerten Effekten wird dieser problematische Befund dagegen aufgelöst.

## SPD-Modell



## CDU/FDP-Modell

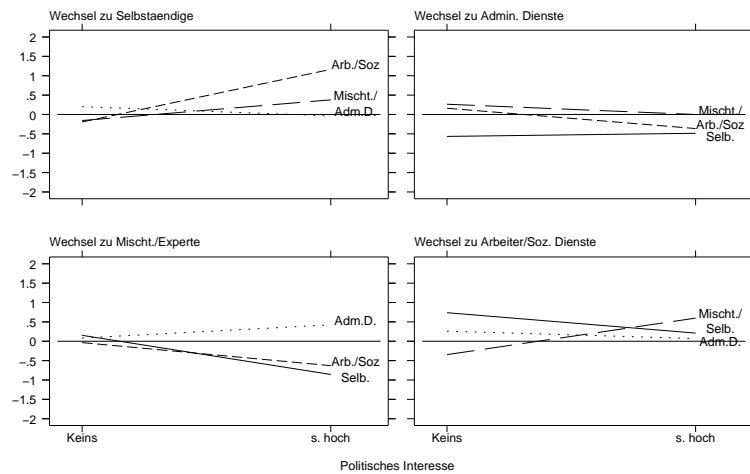


Abbildung 6.10: Zeitverzögerte Wirkungen der Klasse

Quelle: *gpidv9.do*

Politisch interessierte Mischtypen und Experten nehmen eine CDU-Präferenz an, wenn Sie sich selbständig machen – aber eben erst allmählich. Der umgekehrte Übergang von den Selbständigen zu den Mischtypen zeigt bereits bei der Betrachtung der unmittelbaren Wirkungen die erwarteten Resultate. Diese bestätigen sich auch bei der Betrachtung zeitverzögerter Effekte.

Der Übergang von den Administrativen Diensten zu den Selbständigen sollte eine Abkehr von der SPD und eine Hinwendung zur CDU zur Folge haben. Im Modell ohne zeitverzögerte Effekte schien die CDU entgegen dieser Erwartung nicht vom Übergang der Administrativen Dienste zu den Selbständigen profitieren zu können. Bei Berücksichtigung zeitverzögerter Effekte ist dies dagegen der Fall, wenn auch nur schwach. Ebenfalls bestätigt werden kann die Abkehr von der SPD, ein Befund, der sich jedoch auch schon im Modell ohne zeitverzögerte Effekte zeigte. Der umgekehrte Übergang von den Selbständigen zu den Administrativen Diensten erhöht nach den vorliegenden Koeffizienten die Präferenz für die SPD und reduziert die Präferenz für die CDU. Beides entspricht der theoretischen Erwartung. Im Modell ohne die zeitverzögerten Wirkungen schien dieser Übergang bei den politisch Interessierten dagegen auch die Präferenz für die CDU zu erhöhen. Auch dieser problematische Befund lässt sich mithin durch eine erst allmähliche Änderung von Parteipräferenzen auflösen.

Arbeiter und Soziale Dienste, die in das Lager der Administrativen Dienste wechseln, sollten ihre Präferenz für die SPD zugunsten der CDU aufgeben. Ohne die zeitverzögerten Effekte zeigte sich lediglich die abnehmende Präferenz für die SPD, nicht aber die zunehmende Präferenz für die CDU. Unter der Annahme zeitverzögerter Effekte erhöht sich entgegen der Erwartung die Präferenz für die SPD und die Präferenz für die CDU bleibt nahezu konstant. Der umgekehrte Übergang von den Administrativen Diensten zu den Arbeitern oder Sozialen Diensten hat wie schon im Modell ohne Zeitverzögerung praktisch keine Auswirkungen auf die Parteipräferenzen. Insgesamt entsprechen die Wirkungen des Übergangs zwischen Administrativen Diensten und Arbeitern oder Sozialen Diensten damit nicht den Erwartungen.

Blieben die Übergänge zwischen den Arbeitern und Sozialen Diensten auf der einen Seite und den Mischtypen und Experten auf der anderen Seite.<sup>43</sup> Die empirischen Ergebnisse des Modells ohne zeitverzögerte Effekte widersprachen in allen Punkten den theoretischen Erwartungen zu diesen Übergangstypen. Dasselbe Bild ergibt sich auch bei der Berücksichtigung zeitverzögerter Effekte. Personen, die

---

43 Die Interpretation der Koeffizienten der Übergänge zwischen den Mischtypen oder Experten und den Administrativen Diensten soll hier aus den auf Seite 279 angeführten Gründen unterbleiben.

von den Arbeitern und Sozialen Diensten zu den Mischtypen und Experten wechseln, sollten von der SPD zur CDU wechseln. Empirisch zeigt sich eine gleichbleibende SPD-Präferenz und eine leicht abnehmende CDU-Präferenz der politisch Interessierten. Auch im umgekehrten Fall des Übergangs von den Mischtypen und Experten zu den Arbeitern und Sozialen Diensten können die theoretischen Erwartungen nicht empirisch beobachtet werden. Befragte mit diesem Übergangstyp nehmen relativ häufig eine CDU-Präferenz an, während die Präferenz für die SPD zumindest tendenziell aufgegeben wird.

Die empirischen Befunde des Modells mit zeitverzögerten Wirkungen soziostruktureller Ereignisse entsprechen in vielem den theoretischen Erwartungen. Insbesondere die politisch Interessierten verhalten sich bei Übergängen zwischen soziostrukturellen Positionen mit relativ klaren Interessenlagen nach einiger Zeit so, wie man es auf der Basis der Interessentheorie erwarten würde. Insofern kann der demokratische Klassenkampf bei den politisch Interessierten mit der Interessentheorie erklärt werden – wobei jedoch auch längerfristige Bindungen an Parteien berücksichtigt werden müssen.

Weniger überzeugend sind die Befunde bei den politisch nicht Interessierten. Bei diesen Personen zeigt sich auch nach dem Ablauf eines längeren Zeitraums in vielen Fällen eine nur geringe oder den Erwartungen der Interessentheorie entgegengesetzte Wirkung der soziostrukturellen Ereignisse. Ihre Beteiligung am demokratischen Klassenkampf ist mit der Interessentheorie auch dann nur schwer erklärbar, wenn man langfristige Bindungen an Parteien zulässt. Für die politisch nicht interessierten Akteure wird man darum weitere Annahmen treffen müssen. Die naheliegendste scheint die der Beeinflussung in sozialen Kontakten durch politisch Interessierte aus derselben soziostrukturellen Gruppe.

Für den demokratischen Klassenkampf zwischen den Arbeitern und Sozialen Diensten auf der einen Seite, und den Mischtypen und Experten auf der anderen Seite widersprechen die empirischen Befunde weitgehend den Annahmen der Interessentheorie – und zwar auch bei den politisch Interessierten. Angehörige der Mischtypen und Experten scheinen sich bei der Wahl ihrer Parteipräferenz nicht im selben Maße von ihrer Interessenlage leiten zu lassen, wie die Angehörigen der übrigen Klassen. Für die in Querschnittsanalysen sichtbar werdenden Unterschiede der Parteipräferenzen dieser Gruppen können die individuellen Interessenlagen nicht zur Erklärung herangezogen werden.

#### *6.4.3.3 Übergang von und zur Arbeitslosigkeit*

Abbildung 6.11 zeigt die Wirkungen des Eintritts in bzw. des Austritts aus der Arbeitslosigkeit nach drei Jahren. Die erste Teilgrafik bezieht sich auf das SPD-

Modell, die zweite auf das CDU/FDP-Modell und die dritte auf das B90-Modell. Die Linien verbinden den Koeffizienten des jeweils angegebenen soziostrukturellen Ereignisses der politisch nicht Interessierten mit den Koeffizienten der politisch Interessierten.

Nach der *Anti-Regierungshypothese* sollte Arbeitslosigkeit zu einer Hinwendung zu oppositionellen Parteien führen. Das Modell ohne zeitverzögerte Effekte bestätigte diese Vermutung. Die Ergebnisse des Modells mit zeitverzögerten Effekten sind ebenfalls völlig eindeutig: Der Eintritt in die Arbeitslosigkeit führt zu einer allmählichen Hinwendung zu den oppositionellen Parteien SPD und Bündnisgrüne bei gleichzeitiger Abwendung von den Regierungsparteien CDU und FDP. Der Austritt aus der Arbeitslosigkeit führt dagegen zu einer Hinwendung zu den Regierungsparteien und einer Abwendung von den Oppositionsparteien. Beide Befunde gelten primär für die politisch Interessierten.

#### 6.4.3.4 Investitionen in Zwischengüter

Abbildung 6.12 zeigt die Wirkungen der Investitionen in Zwischengüter nach drei Jahren. Wie gehabt bezieht sich die erste Teilgrafik auf das SPD-Modell, die zweite auf das CDU/FDP-Modell und die dritte auf das B90-Modell. Die Linien verbinden wieder die Koeffizienten des jeweils angegebenen soziostrukturellen Ereignisses der politisch nicht Interessierten mit den Koeffizienten der politisch Interessierten.

Nach der *Aging-Conservatism-Hypothese* (Testimplikation 6.3)<sup>44</sup> sollten getätigte Investitionen in gültige Zwischengüter die Präferenz für die Bündnisgrünen reduzieren. Das Modell ohne zeitverzögerte Wirkungen erbrachte lediglich eine teilweise Bestätigung dieser Annahme. Wie erwartet zeigte sich, dass sich die Investitionen in Zwischengüter vor allem im B90-Modell bemerkbar machen. Gegen die *Aging-Conservatism-Hypothese* sprach allerdings die Einflussrichtung einiger der betrachteten Investitionen in Zwischengüter. Entgegen der Erwartung lies die Geburt des ersten Kindes, der Beginn des Erwerbslebens und das Ablegen eines Schulabschlusses die Befragten tendenziell eine Präferenz für die Grünen annehmen.

Das Modell mit den zeitverzögerten Effekten bestätigt wesentliche Befunde des Modells ohne zeitverzögerte Effekte. Zur Diskussion der Ergebnisse sei darum auf dieses Modell verwiesen. Zwei Unterschiede sind jedoch erwähnenswert.

Im Modell mit zeitverzögerten Effekten ist es nicht die Geburt des ersten Kindes, welche am stärksten zu einer Annahme einer grünen Parteipräferenz führt.

---

44 Vgl. auch Abschnitt 1.2.3.5.

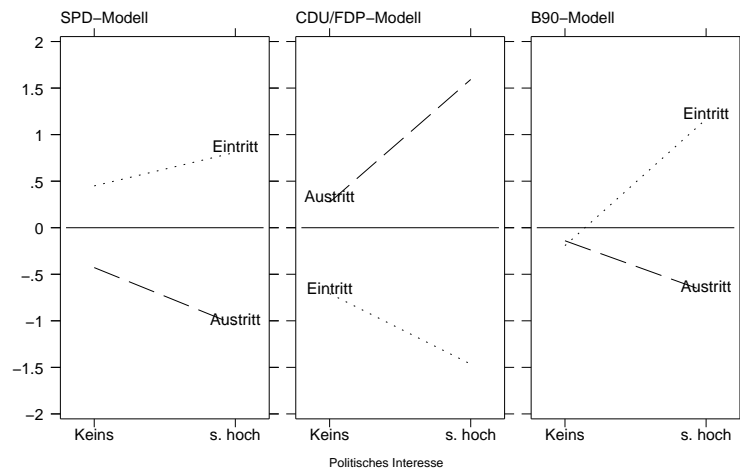


Abbildung 6.11: Zeitverzögerte Wirkung der Arbeitslosigkeit

Quelle: *gpidlv11.do*

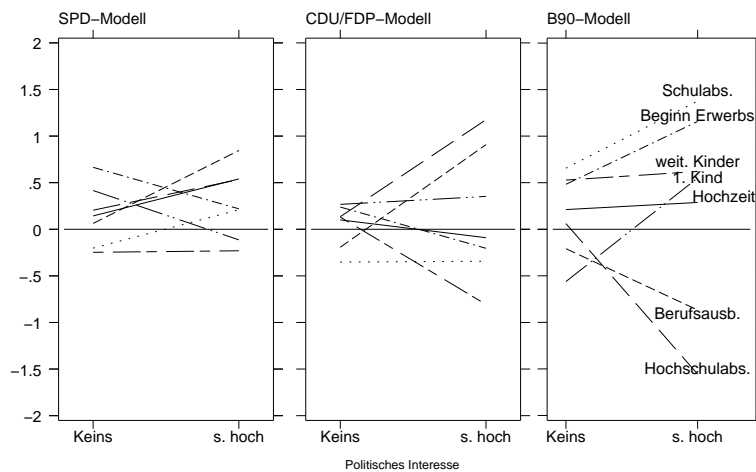


Abbildung 6.12: Zeitverzögerte Wirkung der Zwischengüter

Quelle: *gpidlv10.do*



Vielmehr ist es nun der Beginn des Erwerbslebens und das Ablegen eines Schulabschlusses. Die lässt sich dahingehend deuten, dass die Geburt eines Kindes lediglich unmittelbare Wirkungen entfaltet, während der Beginn des Erwerbslebens oder das Ablegen eines Schulabschlusses erst allmählich zu einer Annahme der grünen Parteipräferenz führt.

Der zweite neue Befund des Modells mit zeitverzögerten Effekten ist, dass die Investitionen in Zwischengüter nun auch die Präferenzen der politisch Interessierten zu den anderen Parteien berühren. Vor allem die Präferenzen hinsichtlich der CDU und der FDP werden durch Investitionen in Zwischengüter beeinflusst. Insbesondere führt das Ablegen eines Hochschulabschlusses oder das Abschließen einer Berufsausbildung zu einer Erhöhung der CDU/FDP-Präferenz zuungunsten der B90-Präferenz.

#### 6.4.3.5 Wechsel von Interaktionspartnern

Abbildung 6.13 zeigt die Auswirkung neuer Lebenspartner auf die Parteipräferenzen der Befragten nach einem Zeitraum von drei Jahren. Die erste Teilgrafik bezieht sich auf das SPD-Modell, die zweite auf das CDU/FDP-Modell. Die Koeffizienten des B90-Modells werden wegen zu geringer Anzahl von Befragten mit dem entsprechenden soziostrukturellen Ereignissen nicht dargestellt.<sup>45</sup> Der Aufbau der Abbildungen entspricht wieder den Abbildungen der vorangegangenen Abschnitte, d. h. die Linien verbinden den Koeffizienten des jeweils angegebenen soziostrukturellen Ereignisses der politisch nicht Interessierten mit den Koeffizienten der politisch sehr Interessierten. Nicht gezeigt werden die Koeffizienten von neuen Lebenspartnern mit einer Präferenz für die Bündnisgrünen. Auch für dieses soziostrukturelle Ereignis gilt, dass die Anzahl von Personen mit dem Ereignis für interpretierbare Koeffizienten zu klein ist.

Nach der *Homogenisierungshypothese* (Testimplikation 6.5) sollten neue Interaktionspartner mit einer anderen Parteipräferenz als *Ego*, die Parteipräferenz von *Ego* in Richtung ihrer Parteipräferenz beeinflussen. Im Modell ohne zeitverzögerte Effekte wurde diese Hypothese insofern bestätigt, als politisch nicht Interessierte diejenige Parteipräferenz aufgaben, die nicht der ihres neuen Lebenspartners entsprach. Allerdings wurde dabei nicht gleichzeitig die Parteipräferenz des Lebenspartners angenommen.

Die empirischen Resultate in Abbildung 6.13 liefern ein eindeutigeres Bild. In beiden Teilgrafiken zeigt sich sowohl die erwartete Aufgabe der Parteipräferenz, die nicht dem neuen Lebenspartner entspricht, als auch die Hinwendung zur Par-

---

<sup>45</sup> Die Werte sind in Anhang A.4 dokumentiert.

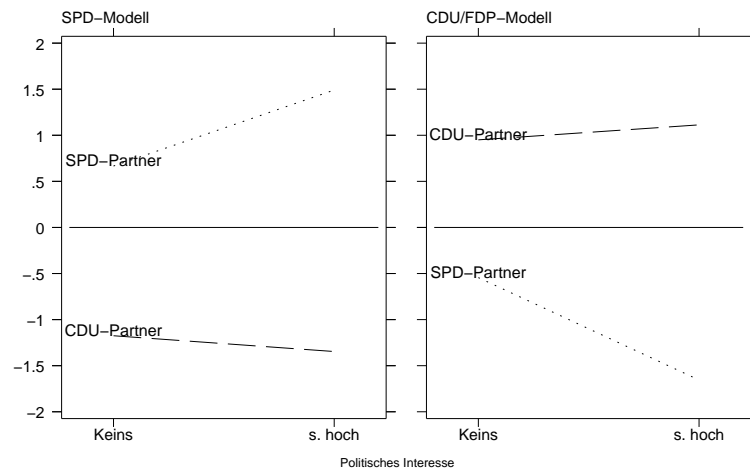


Abbildung 6.13: Zeitverzögerte Wirkung neuer Interaktionspartner

Quelle: *gripdlv12.do*

tei des neuen Lebenspartners. Soll heißen: SPD-Anhänger geben ihre Parteipräferenz auf und werden allmählich zu CDU-Anhängern, wenn sie mit einem Partner zusammenziehen, der CDU-Anhänger ist. Umgekehrt werden CDU-Anhänger allmählich zu SPD-Anhängern, wenn sie mit einem Partner zusammenziehen, der SPD-Anhänger ist.

Überraschend an den Ergebnissen in Abbildung 6.13 ist, dass sie stärker auf die politisch Interessierten zutreffen als auf die politisch nicht Interessierten. Nach der Annahme des *Two-Step-Flow of Communications* (Testimplikation 6.6) sollte der Einfluss des Anderen auf *Ego* mit dem politischen Interesse abnehmen. Dass heißt: Je höher das politische Interesse von *Ego*, desto geringer ist der Einfluss des Anderen. Hier ist jedoch tendenziell das Gegenteil der Fall.

Die Gründe hierfür könnten im politischen Interesse der Anderen liegen. Prinzipiell sollte der Einfluss von politisch Interessierten zu politisch Desinteressierten fließen. Im vorliegenden Modell wurden jedoch lediglich das politische Interesse von *Ego* kontrolliert. Die implizite Annahme dieser Herangehensweise lautet: Je niedriger das politische Interesse von *Ego*, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass der Andere ein höheres politische Interesse aufweist. Diese Annahme ist vermutlich so nicht zutreffend. Zum einen könnte es sein, daß das politische Interesse von *Ego* und *Alter* untereinander korreliert sind, zum anderen könnte sich das

politische Interesse durch das Zusammenziehen mit einem politisch interessierten Partner auch ändern. Ohne entsprechende empirische Analysen bleiben derlei Überlegungen allerdings reine Spekulation. Weitergehende empirische Analysen werden im Rahmen der vorliegenden Arbeit jedoch nicht vorgenommen.

## 6.5 Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurden die Auswirkungen soziostruktureller Ereignisse auf die Parteipräferenz untersucht. Hierzu wurden die Parteipräferenzen der Befragten vor einem soziostrukturellen Ereignis mit denen nach dem soziostrukturellen Ereignis verglichen.

Zunächst seien hier die Ergebnisse zu den Übergängen zwischen den Klassen zusammengefasst. Im ersten Schritt der Untersuchung wurde von der vollständigen Informiertheit der Akteure ausgegangen. Unter dieser Annahme sollte sich die Wirkung eines Übergangs von einer Klasse zu einer anderen nicht vom Effekt der Klasse bei verschiedenen Personen unterscheiden.

Die empirischen Ergebnisse zu dieser Vermutung waren überwiegend negativ. Die Änderung der Klassenposition führte vielfach nur zu geringfügigen Änderungen der Parteipräferenzen und in mehreren Fällen erfolgte die Änderung in eine andere Richtung als erwartet. Die Aussagen der Interessentheorie unter vollständiger Informiertheit wurden darum als falsifiziert bezeichnet.

Im zweiten Schritt der Untersuchung wurde die Annahme der vollständigen Informiertheit aufgegeben. Daraus resultierte die Erwartung, dass sich nur politisch interessierte Akteure entsprechend der Annahmen des ersten Schritts verhalten. Darüber hinaus sollten sich die politischen Einstellungen von Kontaktpartnern auf die Parteipräferenzen der Befragten auswirken.

Die empirischen Resultate in diesem zweiten Schritt der Untersuchung entsprachen eher den theoretischen Erwartungen als die Resultate des ersten Schritts. Insbesondere der Wechsel zwischen den Selbständigen und den Arbeitern oder Sozialen Diensten wirkte sich bei den politisch Interessierten wie erwartet auf die Parteipräferenzen aus. Die Wirkungen von Übergängen zwischen den übrigen Klassen blieben jedoch nach wie vor relativ heterogen. Teilweise bestätigt werden konnte auch der Einfluss der Lebenspartner auf die politischen Präferenzen. Politisch nicht interessierte Befragte geben ihre politischen Präferenzen auf, wenn sie mit Personen anderer Parteipräferenzen zusammenziehen.

Im dritten Schritt der Untersuchung wurde die Möglichkeit zeitverzögerter Wirkungen soziostruktureller Ereignisse berücksichtigt. Es wurde angenommen,

dass soziostrukturelle Ereignisse, wenn überhaupt, erst allmählich die Parteipräferenzen der Akteure verändern.

Nach der Einführung zeitverzögerter Wirkungen in das Analysemodell, zeigten die Übergänge zwischen den Klassen überwiegend die erwartete Wirkung auf die Parteipräferenzen. Darüber hinaus bewirkten neue Lebenspartner nun auch eine Hinwendung der Befragten zu der Partei des neuen Lebenspartners.

Zusammenfassend können die Ergebnisse der Analysen dahingehend gedeutet werden, dass der demokratische Klassenkampf relativ gut mit der Interessentheorie erklärbar ist – vorausgesetzt man hat es mit politisch Interessierten zu tun und vorausgesetzt die Akteure gehören einer Klasse über einen längeren Zeitraum an. Für politisch nicht Interessierte müssen jedoch die Annahmen des Interaktionsansatzes zur Erklärung der politischen Präferenzen hinzugezogen werden. Wahrscheinlich sorgen die politisch Interessierten als eine Art von Kristallisationspunkt für eine allmähliche Homogenisierung der politischen Ansichten innerhalb einer Klasse, also auch der politisch nicht Interessierten.

Blieben noch die Effekte der übrigen hier untersuchten soziostrukturellen Ereignisse.

Die Wirkungen des Eintritts in bzw. des Austritts aus der Arbeitslosigkeit sprechen relativ eindeutig für die Anti-Regierungshypothese. Allerdings zeigt sich auch dieser Befund hauptsächlich bei den politisch interessierten Befragten.

Entgegen den theoretischen Erwartungen führten die meisten betrachteten Investitionen in Zwischengüter nicht zu einer Abkehr von den Bündnisgrünen. Lediglich das Ablegen eines Hochschul- oder Berufsausbildungsabschlusses bewirkt eine Abkehr von den Bündnisgrünen und ein Annehmen einer Präferenz für eine der beiden bürgerlichen Parteien. Alle anderen Investitionen – das Ablegen eines Schulabschlusses, der Beginn der Erwerbstätigkeit, die erste Hochzeit und die Geburt von Kindern – führen zu einer Verstärkung der Präferenzen für die Grünen. Die *Aging-Conservatism*-Hypothese kann in der hier verwendeten Form darum nicht aufrecht erhalten werden.

## Kapitel 7

### Schluss

In dieser Arbeit wurden drei Theorien des demokratischen Klassenkampfes daraufhin untersucht, was sie an Erklärungen versprechen und was sie tatsächlich einlösen. Die hierzu verwendeten Theorien waren der Interaktionsansatz, die Interessentheorie und der Identifikationsansatz. Die wichtigsten Ergebnisse zu diesen Theorien seien nun nochmals zusammengefasst.

Die *Interesstheorie* grenzt soziostrukturelle Gruppen ab, welche in unterschiedlichem Maße von der Politik verschiedener Parteien profitieren. Die Angehörigen dieser soziostrukturellen Gruppen wählen die Partei, von deren Politik sie am meisten profitieren.

Aus der Sicht eines SEU-Modells erfordert die Interessentheorie vollständige Informiertheit der Individuen. Bei Gültigkeit dieser Annahme stellt die Interessentheorie eine vollständige Erklärung des demokratischen Klassenkampfes dar. Die empirische Überprüfung der Annahmen der Interessentheorie unter vollständiger Informiertheit ergab jedoch ein eher negatives Bild.

In Kapitel 4 wurden die Hypothesen der Interessentheorie als Daten generierender Prozess einer Simulation genutzt. Die Ergebnisse dieser Simulation wurden danach mit realen empirischen Daten verglichen. Dabei zeigten sich einige Widersprüche zwischen den simulierten und empirisch beobachteten Anteilen von Anhängern der verschiedenen Parteien. Als unzureichend erschien die Erklärungsleistung der Interessentheorie vor allem bei den Arbeitern und Sozialen Diensten. Der Anteil von CDU-Anhängern in dieser Gruppe lag höher, der Anteil von SPD-Anhängern niedriger als von der Interessentheorie erwartet. Darüber hinaus lagen die realen Anteile von Anhängern der Bündnisgrünen niedriger als theoretisch erwartet. Die übrigen empirischen Daten lagen zwar innerhalb des Bereichs der durch die Simulation vorhergesagten Werte, doch konnte dies nicht als sehr aussagekräftige Bestätigung der Interessentheorie betrachtet werden. Die Simu-

lation zeigte in erster Linie, dass mit der Interessentheorie keine sehr konkreten Aussagen über den Anteil von Anhängern der unterschiedlichen Parteien ableitbar sind.

Bei vollständiger Informiertheit der Akteure sollten die Aussagen der Interessentheorie auch für die Wirkungen soziostrukturelle Ereignisse gelten. Aus diesem Grund wurde in Kapitel 6 untersucht, ob eine Änderung der soziostrukturellen Position eine Änderung der Parteipräferenz nach sich zieht. Die Änderung der Klassenposition führte hier vielfach nur zu geringfügigen Änderungen der Parteipräferenzen. In mehreren Fällen wirkten die soziostrukturellen Ereignisse in eine andere Richtung als erwartet. Die Aussagen der Interessentheorie unter vollständiger Informiertheit wurden darum insgesamt als falsifiziert bezeichnet. Allerdings behält die Interessentheorie ihre Bedeutung als Kern eines Modells, bei dem die Annahme der vollständigen Informiertheit aufgegeben wird, bei.

Die Erklärung des demokratischen Klassenkampfes mit dem *Interaktionsansatz* basiert auf der Homogenisierungshypothese. Nach dieser Hypothese beeinflussen sich die Individuen in sozialen Kontakten gegenseitig. Personen, die untereinander sozialen Kontakt haben, haben daher meist ähnliche Parteipräferenzen. Zum demokratischen Klassenkampf kommt es, weil die Menschen meist mit Personen ihrer soziostrukturellen Gruppe regelmäßigen Kontakt haben.

Der Interaktionsansatz erwies sich zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes als nicht ausreichend. Die Homogenisierungshypothese spielt jedoch auch eine zentrale Rolle, wenn man die Annahme der vollständigen Informiertheit in der Interessentheorie aufgibt. In diesem Fall ist es wahrscheinlich, dass sich die Akteure ihre Informationen über die Parteien von ihren sozialen Kontakten beschaffen.

Die empirische Überprüfung der Homogenisierungshypothese ergab ein eher positives Bild. In Abschnitt 5.3 wurde das politische Meinungsklima im Haushalt der Befragten zur Erklärung der aktuellen Parteipräferenzen herangezogen. Dabei zeigte sich ein deutlicher Einfluss dieses Klimas auf die Parteipräferenzen der Befragten. In Kapitel 6 wurde untersucht, ob neue Lebenspartner mit einer anderen Parteipräferenz als der Befragte die Parteipräferenz des Befragten verändern. Auch dies konnte nachgewiesen werden.

Der *Identifikationsansatz* sieht zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes dieselben Mechanismen vor wie die Interessentheorie oder der Interaktionsansatz. Die Wirksamkeit dieser Mechanismen wird jedoch als zeitlich begrenzt angesehen. Sie führen zur Ausbildung einer langfristig stabilen Bindung an eine Partei.

In Kapitel 5 wurden zwei Implikationen einer solchen langfristig stabilen Bindung an eine Partei untersucht. Die erste Implikation befasste sich mit der Stabilität der Parteipräferenz. Die empirischen Ergebnisse hierzu waren widersprüchlich. Der Anteil von stabilen Parteipräferenzen ist relativ groß, und der Anteil derer, die von einem Jahr auf das andere zu einer anderen Partei wechseln, verschwindend gering. Meist wird nur zur Angabe „keine Parteineigung“ gewechselt. Wenn überhaupt ein direkter Wechsel von einer Partei zu einer Anderen stattfindet, so meistens zur Partei desselben politischen Lagers. Über einen längeren Zeitraum betrachtet zeigen sich jedoch auch einige Anzeichen für Instabilität. Ein nennenswerter Anteil von Personen hat eine allgemein unsichere politische Präferenz, oder kommt nach einer längeren Phase ohne Parteineigung zu einer neuen Parteipräferenz.

Die zweite Implikation befasste sich mit der Trägheit von Parteipräferenzen. Die empirischen Ergebnisse sprachen dabei eindeutig für die Trägheit der Parteipräferenz. Gleichzeitig zeigte sich jedoch, dass die Parteipräferenz trotz ihrer Trägheit nicht unveränderbar ist. Es ergaben sich Anzeichen dafür, dass vor allem die Präferenzen hinsichtlich des bürgerlichen und linken politischen Lagers träge sind, während die Entscheidung innerhalb des linken Lagers eher durch kurzfristige Wirkungen bestimmt wird. Darüber hinaus scheinen Parteipräferenzen, die in einem politischen Umfeld mit eindeutiger Interessenlage entstanden sind, träger zu sein als die in einem nicht so eindeutigen Umfeld entstandenen.

Ebenfalls träge, aber nicht unveränderbare Parteipräferenzen ergaben sich in Kapitel 6. Hier konnte nachgewiesen werden, dass viele soziostrukturelle Ereignisse erst allmählich zu der erwarteten Veränderung der Parteipräferenzen führten.

Aus den hier erzielten empirischen Ergebnissen zeichnet sich eine Erklärung des demokratischen Klassenkampfes ab. Diese Erklärung basiert auf allen drei hier verwendeten Erklärungsansätzen. Im Kern der Erklärung steht die Interessentheorie. Mit der Interessentheorie wird angegeben, welche Partei die Akteure in ihrer gegenwärtigen soziostrukturellen Position vernünftigerweise wählen sollten. Das Abstraktionsniveau dieser Theorie erweist sich allerdings als zu hoch. Die Aussagen der Interessentheorie können nur für politisch Interessierte, die sich schon einige Zeit in ihrer gegenwärtigen soziostrukturellen Position befinden, zur Erklärung des demokratischen Klassenkampfes herangezogen werden. Für alle übrigen Personen müssen weitere Annahmen hinzugezogen werden.

Besondere Bedeutung kommt dabei den Annahmen des Interaktionsansatzes und der Identifikationstheorie zu. Wesentliche Informationen darüber, welche Partei ihnen *nützt*, erhalten die Akteure von ihren sozialen Kontakten. Es ist diese

Informationsweitergabe in sozialen Kontakten, welche für eine Verbreitung des Wissens über die *nützlichste* Partei sorgt. Die politisch Interessierten fungieren als eine Art von Kristallisationspunkt für eine allmähliche Homogenisierung der politischen Ansichten innerhalb einer Klasse. Die Richtung dieser allmählichen Homogenisierung wird von den politisch Interessierten vorgegeben – und für sie stellen die objektiven Interessenlagen den Bezugspunkt dar.



# Anhang A

## Ergänzende Materialien

### A.1 Stata-Do-File zu Kapitel 4

```
1 * Simuliert Datensätze mit Wahlabsicht und Sozialstruktur,
2 * auf Basis der objektiven Interessenlagen
3
4 * Korrektur von crsimul.do,
5 * Fehler markiert mit: <- error
6
7 * Note: CDU u. FDP werden zusammengefasst, da keine divergierenden
8 * Hypothesen vorhanden.
9
10 * 0) Intro
11 * -----
12
13 clear
14 version 6.0
15 tempfile simul
16 set seed 731
17
18
19 * 1) Datenstruktur
20 * -----
21
22 * Erzeuge einen Datensatz mit den sozialen Gruppen
23 * Bildung, Kohorte und berufl. Stellung
24 * (Ich verwende Strings, um die Uebersicht zu bewahren)
25
26 input str7 bild str4 koh str19 egp
27     niedrig alt "Admin. Dienste"
28     niedrig alt "Soz.D./Arbeiter"
29     niedrig alt "Arbeitgeber"
30     niedrig alt "Mischtyp/Experten"
31     niedrig jung "Admin. Dienste"
32     niedrig jung "Soz.D./Arbeiter"
33     niedrig jung "Arbeitgeber"
34     niedrig jung "Mischtyp/Experten"
35     hoch alt "Admin. Dienste"
36     hoch alt "Soz.D./Arbeiter"
```

```

37     hoch alt "Arbeitgeber"
38     hoch alt "Mischtyp/Experten"
39     hoch jung "Admin. Dienste"
40     hoch jung "Soz.D./Arbeiter"
41     hoch jung Arbeitgeber
42     hoch jung "Mischtyp/Experten"
43 end
44 lab var bild "Bildung"
45 lab var koh "Kohorte"
46 lab var egp "EGP"
47
48 * Von jeder Gruppe werden 1000 Beobachtungen gebildet
49 expand 1000
50
51 * Speichern
52 save groups, replace
53
54
55 * 2) Simulation
56 * -----
57
58 local i 1
59 quietly { /* Kein Output */
60     while 'i' <= 1000 { /* Tausend Wiederholungen */
61         use groups, clear /* Laden der Datenstruktur */
62
63         * Systematische Komponenten
64         * -----
65
66         local U = uniform()*2-1
67         local Pmkons = uniform()*2-1
68         local Pmspd = uniform()*2-1
69         local Pwkons = uniform()*2-1
70         local Pwspd = uniform()*2-1
71         local Pw = uniform()*2-1
72         local Psb90 = uniform()*2-1
73         local Ps = uniform()*2-1
74
75         * Systematischer Teil der Reduktionsfaktoren
76         * -----
77
78         local redukU = uniform()*2-1
79         local redukM1 = uniform()*2-1
80         local redukM2 = uniform()*2-1
81         local redukW1 = uniform()*2-1
82         local redukW2 = uniform()*2-1
83         local redukS = uniform()*2-1
84
85
86         * Bewertungen
87         * -----
88
89         * Der Bewertungsraum ist
90         *
91         * U_ma U_mj
92         * U_wa U_wj

```

```

93      * U_sa U_sj
94      *
95      * mit: U_sj > U_sa (Inglehart-Hypothese)
96
97      gen Um = normprob(invnorm(uniform()) + 'U')
98      gen Uw = normprob(invnorm(uniform()) + 'U')
99      gen Us = normprob(invnorm(uniform()) + 'U') /*
100     */ if koh=="jung"
101     replace Us = normprob(invnorm(uniform()) + 'U') /*
102     */ * normprob(invnorm(uniform()) + 'redukU') /*
103     */ if koh=="alt"
104
105     * Erwartungen
106     * -----
107
108     * Der Erwartungsraum ist
109     *
110     * P_m,kons P_w,kons P_s,kons
111     * P_m,spd P_w,spd P_s,spd
112     * P_m,b90 P_w,b90 P_s,b90
113
114     * Machtproduktion, Arbeitgeber
115     * Hypothese: P_m,kons > (P_m,b90 | P_m,spd); Differenz: Zufall
116     gen Pmkons = normprob(invnorm(uniform()) + 'Pmkons') /*
117     */ if egp=="Arbeitgeber"
118     gen Pmspd = Pmkons * normprob(invnorm(uniform()) + 'redukM1') /*
119     */ if egp=="Arbeitgeber"
120     gen Pmb90 = Pmkons * normprob(invnorm(uniform()) + 'redukM1') /*
121     */ if egp=="Arbeitgeber"
122
123     * Machtproduktion, alle Arbeitnehmer
124     * Hypothese: P_m,spd > P_m,b90 > P_m,kons; Differenz: Zufall
125     replace Pmspd = normprob(invnorm(uniform()) + 'Pmspd') /*
126     */ if egp ~="Arbeitgeber"
127     replace Pmb90 = Pmspd * normprob(invnorm(uniform()) + 'redukM2') /*
128     */ if egp ~="Arbeitgeber"
129     replace Pmkons = Pmb90 * normprob(invnorm(uniform()) + 'redukM2') /*
130     */ if egp ~="Arbeitgeber"
131
132     * Wohlstandsproduktion, Arbeitgeber, D-Admin
133     * Hypothese: P_w,kons > (P_w,spd | P_w,b90); Differenz: Zufall
134     gen Pwkons = normprob(invnorm(uniform()) + 'Pwkons') /*
135     */ if egp=="Arbeitgeber" | egp == "Admin. Dienste"
136     gen Pwspd = Pwkons * normprob(invnorm(uniform()) + 'redukW1') /*
137     */ if egp == "Arbeitgeber" | egp == "Admin. Dienste"
138     gen Pwb90 = Pwkons * normprob(invnorm(uniform()) + 'redukW1') /*
139     */ if egp == "Arbeitgeber" | egp == "Admin. Dienste"
140
141     * Wohlstandsproduktion, "Soz.D./Arbeiter" u. Arbeiter
142     * Hypothese: P_w,spd > P_w,b90 > P_w,kons Differenz: Zufall
143     replace Pwspd = normprob(invnorm(uniform()) + 'Pwspd') /*
144     */ if egp == "Soz.D./Arbeiter"
145     replace Pwb90 = Pwspd * normprob(invnorm(uniform()) + 'redukW2') /*
146     */ if egp == "Soz.D./Arbeiter"
147     replace Pwkons = Pwb90 * normprob(invnorm(uniform()) + 'redukW2') /*
148     */ if egp == "Soz.D./Arbeiter"

```

```

149
150
151 * Wohlstandproduktion, "Mischtyp/Experten"
152 * Hypothese: P_w,spd = P_w,b90 = P_w,kons, Differenz: Zufall
153 replace Pwspd = normprob(invnorm(uniform()) + 'Pw') /*
154 */ if egp == "Mischtyp/Experten"
155 replace Pwb90 = normprob(invnorm(uniform()) + 'Pw') /*
156 */ if egp == "Mischtyp/Experten"
157 replace Pwkons = normprob(invnorm(uniform()) + 'Pw') /*
158 */ if egp == "Mischtyp/Experten"
159
160 * Selbstverwirklichung, hohe Bildung
161 * Hypothese: P_w,b90 > (P_w,spd | P_w,kons), Differenz: Zufall
162 gen Psb90 = normprob(invnorm(uniform()) + 'Psb90') /*
163 */ if bil=="hoch"
164 gen Psspd = Psb90 * normprob(invnorm(uniform()) + 'redukS') /*
165 */ if bil=="hoch"
166 gen Pskons = Psb90 * normprob(invnorm(uniform()) + 'redukS') /*
167 */ if bil=="hoch"
168
169 * Selbstverwirklichung, niedere Bildung
170 * Hypothese: P_w,b90 = P_w,spd = P_w,kons, Differenz: Zufall
171 replace Pskons = normprob(invnorm(uniform()) + 'Ps') if bil=="niedrig"
172 replace Psspd = normprob(invnorm(uniform()) + 'Ps') if bil=="niedrig"
173 replace Psb90 = normprob(invnorm(uniform()) + 'Ps') if bil=="niedrig"
174
175 * Ergebnisraum
176 * -----
177
178 * EU = P * U
179 gen EUkons = Pmkons * Um + Pwkons * Uw + Pskons * Us
180 * gen EUspd = Pmspd * Um + Pwspd * Us + Psspd * Us <- error
181 gen EUspd = Pmspd * Um + Pwspd * Uw + Psspd * Us
182 * gen EUb90 = Pmb90 * Um + Pwb90 * Us + Psb90 * Us <- error
183 gen EUb90 = Pmb90 * Um + Pwb90 * Uw + Psb90 * Us
184
185 * Handlungsselektion
186 * -----
187
188 gen kons = EUkons>max(EUspd,EUb90)
189 gen spd = EUspd>max(EUkons,EUb90)
190 gen b90 = EUb90>max(EUspd,EUkons)
191
192 * Aggregation nach soziostrukturellen Gruppen
193 * -----
194
195 gen n = 1
196 collapse (sum) kons spd b90 (count) n, by(bild koh egp)
197
198 * Berechnung der Anteilswerte
199 * -----
200
201 replace spd = spd/n
202 replace kons = kons/n
203 replace b90 = b90/n
204

```

```

205     * Speichern der Ergebnisse
206     * -----
207
208     gen sample = 'i'
209     gen U = normprob('U')
210     gen Pmkons = normprob('Pmkons')
211     gen Pmspd = normprob('Pmspd')
212     gen Pwkons = normprob('Pwkons')
213     gen Pwspd = normprob('Pwspd')
214     gen Pw = normprob('Pw')
215     gen Psb90 = 'Psb90'
216     gen Ps = normprob('Ps')
217
218     * Systematischer Teil der Reduktionsfaktoren
219     * -----
220
221     gen redukU = normprob('redukU')
222     gen redukM1 = normprob('redukM1')
223     gen redukM2 = normprob('redukM2')
224     gen redukW1 = normprob('redukW1')
225     gen redukW2 = normprob('redukW2')
226     gen redukS = normprob('redukS')
227
228
229     capture append using 'simul'
230     save 'simul', replace
231
232     * Naechste Runde
233     * -----
234
235     local i = 'i' + 1
236 }
237 }
238
239 save simul_c, replace
240 exit

```

Quelle: *crsimul\_c.do*

## A.2 Regressionsergebnis zu Abschnitt 6.4.1

Tabelle A.1 zeigt die Ergebnisse der Regressionmodelle aus Abschnitt 6.4.1. Die Tabelle enthält die Koeffizienten und Testwerte für die soziostrukturellen Ereignisse. Die Koeffizienten finden sich jeweils in der ersten Zeile bei jeder unabhängigen Variable. In Klammern darunter ist der  $t$ -Wert des jeweiligen Koeffizienten angegeben. Nicht in der Tabelle enthalten sind die Koeffizienten der Erhebungswellen.

Allen in der Tabelle ausgewiesenen  $t$ -Werten liegt der in Abschnitt 3.3.2 beschriebene *Random-Group-Variance-Estimator* zugrunde (Wolter 1985). Bei einigen Koeffizienten konnte der Testwert wegen zu kleiner Fallzahlen nicht berechnet werden. Diese Koeffizienten sind durch „(.)“ in der Tabelle gekennzeichnet.

Tabelle A.1: Fixed-Effects-Logit-Regression der Parteineigung auf soziostrukturelle Ereignisse unter der Annahme vollständiger Information

Soziostrukturelles Ereignis		Modelltyp		
		SPD	CDU/FDP	B90
<i>Übergang zur Selbständigkeit von ...</i>				
Admin. D.	<i>b</i>	-0.81	-0.09	-0.02
	<i>t</i>	(-0.14)	(-0.24)	(.)
Mischt./Exp.	<i>b</i>	-0.65	-0.09	0.10
	<i>t</i>	(-0.80)	(-0.47)	(0.02)
Arb./Soz. D.	<i>b</i>	0.00	0.45	0.13
	<i>t</i>	(0.00)	(1.29)	(0.03)
<i>Übergang zu Admin. Diensten von ...</i>				
Selbst.	<i>b</i>	0.06	-0.04	0.56
	<i>t</i>	(0.13)	(-0.10)	(.)
Mischt./Exp.	<i>b</i>	-0.27	0.23	-0.19
	<i>t</i>	(-1.40)	(1.12)	(-0.51)
Arb./Soz. D.	<i>b</i>	0.03	-0.14	0.49
	<i>t</i>	(0.11)	(-0.29)	(0.64)
<i>Übergang zu Mischtyp/Experte von ...</i>				
Selbst.	<i>b</i>	0.71	-0.07	0.16
	<i>t</i>	(1.74)	(-0.15)	(0.03)
Admin. D.	<i>b</i>	0.06	-0.07	0.22
	<i>t</i>	(0.80)	(-0.57)	(0.40)
Arb./Soz. D.	<i>b</i>	0.04	0.15	-0.59
	<i>t</i>	(0.26)	(0.81)	(-2.83)
<i>Übergang zu Arbeiter/Soz. Dienste von ...</i>				
Selbst.	<i>b</i>	-0.28	0.38	-0.73
	<i>t</i>	(-1.35)	(0.09)	(-0.16)
Admin. D.	<i>b</i>	0.22	0.08	-1.11
	<i>t</i>	(0.74)	(0.17)	(-0.18)
Mischt./Exp.	<i>b</i>	-0.21	-0.32	0.50
	<i>t</i>	(-3.19)	(-1.65)	(1.36)

Fortsetzung auf nachfolgender Seite

Fortsetzung von vorhergehender Seite

Soziostrukturelles Ereignis		Modelltyp		
		SPD	CDU/FDP	B90
<i>Übergang von und zur Arbeitslosigkeit</i>				
Eintritt	<i>b</i>	0.17	-0.26	-0.04
	<i>t</i>	(1.73)	(-1.41)	(-0.22)
Austritt	<i>b</i>	-0.21	0.20	0.01
	<i>t</i>	(-1.43)	(0.94)	(0.06)
<i>Investitionen in Zwischengüter</i>				
Schulabschluss	<i>b</i>	0.08	-0.11	0.47
	<i>t</i>	(0.32)	(-0.54)	(2.26)
Hochschulabschluss	<i>b</i>	0.20	0.06	-0.41
	<i>t</i>	(0.74)	(0.30)	(-1.32)
Berufsausbildung	<i>b</i>	0.11	0.03	-0.02
	<i>t</i>	(0.61)	(0.26)	(-0.10)
Beginn Erwerbsleben	<i>b</i>	0.40	0.09	0.28
	<i>t</i>	(1.87)	(0.70)	(1.38)
Hochzeit	<i>b</i>	0.42	0.14	-0.06
	<i>t</i>	(2.62)	(0.93)	(-0.26)
Geburt erstes Kind	<i>b</i>	0.15	0.18	0.30
	<i>t</i>	(0.91)	(1.30)	(1.01)
Geb. weiterer Kinder	<i>b</i>	-0.02	-0.11	0.07
	<i>t</i>	(-0.12)	(-0.71)	(0.28)

Quelle: *anpidlv3.do*

### A.3 Regressionsergebnis zu Abschnitt 6.4.2

Tabelle A.2 zeigt die Ergebnisse der Regressionmodelle aus Abschnitt 6.4.2. Die Tabelle enthält die Koeffizienten und Testwerte für die soziostrukturellen Ereignisse und deren Interaktion mit dem politischen Interesse. Die Haupteffekte der soziostrukturellen Ereignisse stehen für Personen ohne politisches Interesse. Die Interaktionseffekte zeigen die Veränderung des Haupteffekts, wenn sich das politische Interesse um eine Einheit erhöht.

Nicht in der Tabelle enthalten sind die Koeffizienten der Erhebungswellen sowie der Koeffizient des Haupteffekts des politischen Interesses. Das politische Interesse hat in allen drei Modellen einen positiven Effekt, d. h. wenn das politische Interesse steigt, verringert sich die Wahrscheinlichkeit keiner Parteineigung.

Allen in der Tabelle ausgewiesenen *t*-Werten liegt der in Abschnitt 3.3.2 beschriebene *Random-Group-Variance-Estimator* zugrunde.

Tabelle A.2: Fixed-Effects-Logit-Regression der Parteineigung auf soziostrukturelle Ereignisse unter der Annahme unvollständiger Information

Soziostrukturelles Ereignis		Modelltyp		
		SPD	CDU/FDP	B90
<i>Übergang zur Selbständigkeit von ...</i>				
Admin. D.	<i>b</i>	-0.80	0.03	1.00
	<i>t</i>	(-0.21)	(0.04)	(.)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.03	-0.05	-0.56
	<i>t</i>	(0.01)	(-0.18)	(.)
Mischt./Exp.	<i>b</i>	-0.41	-0.17	0.75
	<i>t</i>	(-0.72)	(-0.35)	(0.06)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.15	0.07	-0.38
	<i>t</i>	(-0.31)	(0.16)	(-0.06)
Arb./Soz.D.	<i>b</i>	-0.13	-0.18	-1.14
	<i>t</i>	(-0.19)	(-0.31)	(-0.11)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.09	0.41	0.80
	<i>t</i>	(0.20)	(1.33)	(0.11)
<i>Übergang zu Admin. Dienste von ...</i>				
Selbst.	<i>b</i>	-0.15	-0.36	0.02
	<i>t</i>	(-0.28)	(-0.40)	(.)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.14	0.20	0.26
	<i>t</i>	(0.44)	(0.44)	(.)
Mischt./Exp.	<i>b</i>	-0.65	0.55	-0.15
	<i>t</i>	(-2.82)	(1.70)	(-0.21)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.26	-0.21	-0.05
	<i>t</i>	(1.10)	(-1.46)	(-0.13)
Arb./Soz.D.	<i>b</i>	0.27	0.29	0.22
	<i>t</i>	(0.71)	(0.28)	(0.08)

Fortsetzung auf nachfolgender Seite



Fortsetzung von vorhergehender Seite

Soziostrukturelles Ereignis		Modelltyp		
		SPD	CDU/FDP	B90
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.21	-0.30	0.10
	<i>t</i>	(-1.37)	(-0.69)	(0.03)
<i>Übergang zu Mischtyp/Experte von ...</i>				
Selbst.	<i>b</i>	1.00	0.23	-2.79
	<i>t</i>	(0.14)	(0.46)	(-0.23)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.17	-0.22	1.96
	<i>t</i>	(-0.05)	(-0.68)	(0.32)
Admin. D.	<i>b</i>	0.46	-0.47	0.10
	<i>t</i>	(1.82)	(-1.50)	(0.01)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.29	0.28	0.10
	<i>t</i>	(-1.45)	(1.19)	(0.03)
Arb./Soz.D.	<i>b</i>	0.12	0.35	-0.62
	<i>t</i>	(0.60)	(1.15)	(-1.97)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.07	-0.20	0.03
	<i>t</i>	(-0.74)	(-1.02)	(0.12)
<i>Übergang zu Arbeiter/Soz. Dienste von ...</i>				
Selbst.	<i>b</i>	-0.80	0.78	-1.09
	<i>t</i>	(-1.45)	(0.18)	(-0.19)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.37	-0.27	0.24
	<i>t</i>	(0.90)	(-0.75)	(0.04)
Admin. D.	<i>b</i>	0.26	0.14	-0.74
	<i>t</i>	(0.55)	(0.02)	(-0.09)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.02	0.01	-0.21
	<i>t</i>	(-0.05)	(0.00)	(-0.06)
Mischt./Exp.	<i>b</i>	-0.31	-0.83	0.07
	<i>t</i>	(-2.01)	(-3.16)	(0.10)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.07	0.45	0.27
	<i>t</i>	(0.47)	(3.05)	(0.69)
<i>Arbeitslosigkeit</i>				
Eintritt	<i>b</i>	0.07	-0.37	-0.57
	<i>t</i>	(0.59)	(-1.38)	(-2.49)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.07	0.05	0.44
	<i>t</i>	(0.61)	(0.49)	(1.97)
Austritt	<i>b</i>	0.05	0.07	0.33
	<i>t</i>	(0.29)	(0.31)	(0.91)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.21	0.13	-0.17
	<i>t</i>	(-1.39)	(1.15)	(-0.98)
<i>Investition in Zwischengüter</i>				
Schulabschluss	<i>b</i>	-0.18	-0.33	0.56
	<i>t</i>	(-0.80)	(-0.94)	(1.68)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.18	0.14	-0.07
	<i>t</i>	(1.62)	(0.94)	(-0.26)
Hochschulabschluss	<i>b</i>	0.20	-0.00	0.16
	<i>t</i>	(0.69)	(-0.00)	(0.23)

Fortsetzung auf nachfolgender Seite

Fortsetzung von vorhergehender Seite

Soziostrukturelles Ereignis		Modelltyp		
		SPD	CDU/FDP	B90
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.02	0.10	-0.30
	<i>t</i>	(-0.12)	(0.42)	(-0.73)
Berufsausbildung	<i>b</i>	-0.07	-0.28	0.23
	<i>t</i>	(-0.34)	(-1.74)	(0.88)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.14	0.23	-0.15
	<i>t</i>	(1.25)	(1.65)	(-0.78)
Beginn Erwerbsleben	<i>b</i>	0.62	0.15	0.12
	<i>t</i>	(1.86)	(0.58)	(0.21)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.17	-0.06	0.10
	<i>t</i>	(-1.03)	(-0.33)	(0.35)
Hochzeit	<i>b</i>	0.15	0.18	0.05
	<i>t</i>	(0.57)	(0.46)	(0.08)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.19	0.01	-0.09
	<i>t</i>	(1.04)	(0.03)	(-0.26)
Geburt 1. Kind	<i>b</i>	0.53	0.26	-0.21
	<i>t</i>	(3.15)	(1.08)	(-0.45)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.32	-0.07	0.37
	<i>t</i>	(-2.20)	(-0.42)	(1.95)
Geb. weiterer Kinder	<i>b</i>	-0.20	0.14	0.04
	<i>t</i>	(-0.80)	(0.65)	(0.08)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.13	-0.17	-0.00
	<i>t</i>	(1.01)	(-1.29)	(-0.01)
<i>Neuer Lebenspartner mit anderer Parteineigung als Ego</i>				
SPD-Partner	<i>b</i>	0.02	-0.38	0.02
	<i>t</i>	(0.03)	(-0.45)	(0.01)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.17	-0.17	0.18
	<i>t</i>	(0.65)	(-0.45)	(0.26)
CDU-Partner	<i>b</i>	-0.74	-0.01	-1.75
	<i>t</i>	(-1.60)	(-0.01)	(.)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.18	-0.11	0.75
	<i>t</i>	(0.65)	(-0.29)	(.)
B90-Partner	<i>b</i>	1.43	-0.23	-3.00
	<i>t</i>	(0.20)	(.)	(.)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.29	0.16	1.00
	<i>t</i>	(-0.14)	(.)	(.)

Quelle: *anpidlv4.do*

#### A.4 Regressionsergebnis zu Abschnitt 6.4.3

Tabelle A.3 zeigt die Ergebnisse der Regressionmodelle aus Abschnitt 6.4.3. Die Tabelle enthält die Koeffizienten und Testwerte für die soziostrukturellen Ereignisse und deren Interaktion mit dem politischen Interesse.

Die Haupteffekte der soziostrukturellen Ereignisse stehen für Personen ohne politisches Interesse im ersten Jahr nach dem Ereignis. Der Koeffizient gibt an, wie sich die abhängige Variable bei politisch nicht Interessierten ändert, wenn sich der Logarithmus der Anzahl von Panelteilnahmen um eine Einheit erhöht. Die Interaktionseffekte zeigen die Veränderung des Haupteffekts, wenn sich das politische Interesse um eine Einheit erhöht.

Nicht in der Tabelle enthalten sind die Koeffizienten der Erhebungswellen, der Koeffizient des Haupteffekts des politischen Interesses und der Koeffizient der Interaktion aus politischem Interesse und Zeitablauf. Das politische Interesse hat in allen drei Modellen einen positiven Effekt, d. h. wenn das politische Interesse steigt, verringert sich die Wahrscheinlichkeit keiner Parteineigung. Über die Zeit vergrößert sich diese Differenz zwischen politisch Interessierten und nicht Interessierten.

Allen in der Tabelle ausgewiesenen *t*-Werten liegt der in Abschnitt 3.3.2 beschriebene *Random-Group-Variance-Estimator* zugrunde.

Tabelle A.3: Fixed-Effects-Logit-Regression der Parteineigung auf soziostrukturelle Ereignisse unter der Annahme unvollständiger Information und zeitverzögerter Effekte

Soziostrukturelles Ereignis		Modelltyp		
		SPD	CDU/FDP	B90
<i>Übergang zur Selbständigkeit von ...</i>				
Admin. D.	<i>b</i>	-0.53	0.10	0.14
	<i>t</i>	(-0.67)	(0.18)	(.)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.07	-0.05	-0.21
	<i>t</i>	(0.11)	(-0.27)	(.)
Mischt./Exp.	<i>b</i>	-0.36	-0.07	0.43
	<i>t</i>	(-1.02)	(-0.19)	(0.00)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.01	0.08	-0.26
	<i>t</i>	(0.04)	(0.28)	(-0.00)
Arb./Soz.D.	<i>b</i>	-0.27	-0.09	-0.47
	<i>t</i>	(-0.61)	(-0.44)	(-0.04)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.08	0.19	0.38
	<i>t</i>	(0.31)	(1.26)	(0.03)
<i>Übergang zu Admin. Dienste von ...</i>				
Selbst.	<i>b</i>	0.30	-0.27	-0.10
	<i>t</i>	(0.83)	(-0.49)	(.)

Fortsetzung auf nachfolgender Seite

Fortsetzung von vorhergehender Seite

Soziostrukturelles Ereignis		Modelltyp		
		SPD	CDU/FDP	B90
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.00	0.08	0.19
	<i>t</i>	(-0.03)	(0.44)	(.)
Mischt./Exp.	<i>b</i>	-0.13	0.13	0.16
	<i>t</i>	(-1.46)	(0.79)	(0.57)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.07	-0.07	-0.11
	<i>t</i>	(0.76)	(-0.97)	(-0.63)
Arb./Soz.D.	<i>b</i>	0.28	0.08	-0.02
	<i>t</i>	(2.24)	(0.19)	(-0.03)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.10	-0.08	0.15
	<i>t</i>	(-1.22)	(-0.46)	(0.68)
<i>Übergang zu Mischtyp/Experte von ...</i>				
Selbst.	<i>b</i>	0.47	0.07	-1.26
	<i>t</i>	(1.37)	(0.23)	(-0.01)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.10	-0.14	1.02
	<i>t</i>	(-0.43)	(-0.74)	(0.01)
Admin. D.	<i>b</i>	0.05	0.04	-0.15
	<i>t</i>	(0.45)	(0.32)	(-0.24)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.05	0.03	0.12
	<i>t</i>	(-0.77)	(0.33)	(0.33)
Arb./Soz.D.	<i>b</i>	-0.01	-0.02	-0.25
	<i>t</i>	(-0.09)	(-0.16)	(-1.60)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.01	-0.07	-0.01
	<i>t</i>	(-0.19)	(-0.52)	(-0.08)
<i>Übergang zu Arbeiter/Soz. Dienste von ...</i>				
Selbst.	<i>b</i>	-0.22	0.35	-0.68
	<i>t</i>	(-0.49)	(1.00)	(-0.23)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.20	-0.16	0.17
	<i>t</i>	(0.73)	(-0.78)	(0.16)
Admin. D.	<i>b</i>	0.02	0.12	-0.23
	<i>t</i>	(0.05)	(0.18)	(-0.13)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.07	-0.06	-0.09
	<i>t</i>	(-0.32)	(-0.13)	(-0.05)
Mischt./Exp.	<i>b</i>	-0.08	-0.16	0.02
	<i>t</i>	(-1.31)	(-1.31)	(0.10)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.00	0.16	0.16
	<i>t</i>	(-0.02)	(1.86)	(1.03)
<i>Arbeitslosigkeit</i>				
Eintritt	<i>b</i>	0.21	-0.34	-0.09
	<i>t</i>	(3.10)	(-3.62)	(-0.43)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.02	0.00	0.19
	<i>t</i>	(-0.22)	(0.06)	(1.39)
Austritt	<i>b</i>	-0.20	0.13	-0.07
	<i>t</i>	(-2.03)	(1.32)	(-0.21)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.02	0.12	-0.05

Fortsetzung auf nachfolgender Seite

Fortsetzung von vorhergehender Seite

Soziostrukturelles Ereignis		Modelltyp		
		SPD	CDU/FDP	B90
	<i>t</i>	(-0.18)	(2.84)	(-0.42)
<i>Investition in Zwischengüter</i>				
Schulabschluss	<i>b</i>	-0.10	-0.17	0.31
	<i>t</i>	(-0.79)	(-0.90)	(2.53)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.08	0.05	-0.00
	<i>t</i>	(0.99)	(0.74)	(-0.00)
Hochschulabschluss	<i>b</i>	0.10	0.06	0.03
	<i>t</i>	(0.42)	(0.23)	(0.10)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.01	0.11	-0.20
	<i>t</i>	(0.12)	(0.72)	(-0.97)
Berufsausbildung	<i>b</i>	0.03	-0.09	-0.10
	<i>t</i>	(0.29)	(-0.88)	(-0.76)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.08	0.16	-0.05
	<i>t</i>	(1.51)	(2.02)	(-0.39)
Beginn Erwerbsleben	<i>b</i>	0.32	0.11	0.23
	<i>t</i>	(1.83)	(0.66)	(1.04)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.14	-0.08	0.02
	<i>t</i>	(-1.46)	(-0.81)	(0.12)
Hochzeit	<i>b</i>	0.07	0.05	0.10
	<i>t</i>	(0.60)	(0.30)	(0.36)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.03	-0.04	-0.02
	<i>t</i>	(0.38)	(-0.34)	(-0.12)
Geburt 1. Kind	<i>b</i>	0.20	0.13	-0.27
	<i>t</i>	(2.34)	(0.92)	(-1.17)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.12	-0.02	0.21
	<i>t</i>	(-1.30)	(-0.35)	(1.82)
Geb. weiterer Kinder	<i>b</i>	-0.12	0.06	0.25
	<i>t</i>	(-0.85)	(0.66)	(0.68)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.03	-0.13	-0.06
	<i>t</i>	(0.43)	(-2.33)	(-0.36)
<i>Neuer Lebenspartner mit anderer Parteineigung als Ego</i>				
SPD-Partner	<i>b</i>	0.32	-0.26	0.27
	<i>t</i>	(1.43)	(-0.65)	(0.51)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.01	-0.06	0.01
	<i>t</i>	(0.10)	(-0.35)	(0.02)
CDU-Partner	<i>b</i>	-0.56	0.45	-0.54
	<i>t</i>	(-1.69)	(2.79)	(.)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	0.13	-0.11	0.34
	<i>t</i>	(0.88)	(-0.59)	(.)
B90-Partner	<i>b</i>	0.54	-0.12	-0.65
	<i>t</i>	(1.08)	(.)	(.)
× Polit. Interesse	<i>b</i>	-0.38	0.07	0.28
	<i>t</i>	(-0.21)	(.)	(.)

Quelle: *anpidlv7.do*



# Literaturverzeichnis

- Abowitz, Deborah A. (1990): Sociopolitical Participation and the Significance of Social Context: A Model of Competing Interests and Obligations. In: *Social Science Quarterly* 71, S. 543–566.
- Abramson, Paul R. und Charles W. Ostrom (1991): Macropartisanship: An Empirical Reassessment. In: *American Political Science Review* 85, S. 181–192.
- Ajzen, Icek und Martin Fishbein (1977): Attitude-Behavior Relation: A Theoretical Analysis and Review of Empirical Research. In: *Psychological Bulletin* 87, S. 888–918.
- Alber, Jens (1985): Modernisierung und neue Spannungslinien und die politischen Chancen der Grünen. In: *Politische Vierteljahresschrift* 26, S. 211–226.
- Alber, Jens (1989): Modernization, Cleavage Structure, and the Rise of Green Parties and Lists in Europe. In: Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.), *New Politics in Western Europe. The Rise and Success of Green Parties and Alternative Lists*, Boulder usw.: Westview Press, S. 195–210.
- Allen, Vernon (1975): Social Support for Nonconformity. In: Berkowitz, Leonard (Hg.), *Advances in Experimental Social Psychology, Vol. 8*, New York: Academic Press, S. 2–40.
- Allison, Paul D. (1994): Using Panel Data to Estimate the Effects of Events. In: *Sociological Methods and Research* 23, S. 174–199.
- Alwin, Duane F., Ronald L. Cohen und Theodore M. Newcomb (1991): *Political Attitudes Over the Life Span: The Bennington Women after Fifty Years*. Madison: Univ. of Wisconsin Press.
- Anderson, Dewey und Percy Davidson (1943): *Ballots and the Democratic Class Struggle*. Stanford University Press.
- Asch, Solomon E. (1951): Effects of Group Pressure on Modification and Distortion of Judgements. In: Guetzkow, Harold (Hg.), *Groups, Leadership and Men. Research in Human Relations*, Pittsburgh: Carnegie., S. 177–190.
- van Avermaet, E. (1991): Sozialer Einfluß in Kleingruppen. In: Stroebe, Wolfgang, Miles Hewstone, Jean-Paul Codol und Geoffrey M. Stephenson (Hg.), *Sozialpsychologie. Eine Einführung*, Berlin usw.: Springer, S. 369–399.
- Bagguley, Paul (1995): Middle-Class Radicalism Revisited. In: Butler, Tim und Mike Savage (Hg.), *Social change and the middle classes*, London: UCL-Press, S. 293–309.
- Balestra, Pietro (1992a): Fixed Effect Models and Fixed Coefficient Models. In: Mátyás, László und Patrick Sevestre (Hg.), *The Econometrics of Panel Data. Handbook of Theory and Applications*, Dordrecht usw.: Kluwer Academic Publishers, S. 30–45.
- Balestra, Pietro (1992b): Introduction to Linear Models for Panel Data. In: Mátyás, László und Patrick Sevestre (Hg.), *The Econometrics of Panel Data. Handbook of Theory and Applications*, Dordrecht usw.: Kluwer Academic Publishers, S. 21–29.
- Baltagi, Badi (1995): *Econometric Analysis of Panel Data*. New York: Wiley.
- Bendix, Reinard und Seymour M. Lipset (1967): The Field of Political Sociology. In: Coser, Lewis A. (Hg.), *Political Sociology: Selected Essays*, Harper and Row, S. 9 – 47.
- Berelson, Bernard R., Paul F. Lazarsfeld und William N. McPhee (1954): *Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: University of Chicago Press.

- Best, Heinrich (1989): Politische Eliten, Wahlverhalten und Sozialstruktur: Theoretische Aspekte historisch und interkulturell vergleichender Analysen. In: Best, Heinrich (Hg.), *Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich*, St. Katharinen: Mercator, S. 3–18.
- Bohnmstedt, George W. (1969): Observation on the Measurement of Change. In: Borgatta, Edgar F. (Hg.), *Sociological Methodology 1969*, San Francisco: Jossey-Bass, S. 113–136.
- Bollen, Kenneth A. (1989): *Structural Equations with Latent Variables*. New York: Wiley.
- Brody, Richard A. und Lawrence Rothenberg (1988): The Instability of Partisanship: An Analysis of the 1980 Presidential Election. In: *British Journal of Political Science* 18, S. 455–465.
- Brooks, Clem und Jeff Manza (1997a): Class Politics and Political Change in the United States, 1952–1992. In: *Social Forces* 76, S. 379–408.
- Brooks, Clem und Jeff Manza (1997b): The Social and Ideological Bases of Middle-Class Political Realignment in the United States 1972–1992. In: *American Sociological Review* 62, S. 191–208.
- Brown, Courtney (1995): *Serpents in the Sand: Essays on the Nonlinear Nature of Politics and Human Destiny*. Ann Arbor: Univ. of Michigan Press.
- Büchel, Felix und Jürgen W. Falter (1994): Der Einfluß von Langzeitarbeitslosigkeit auf die Parteibindung in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 25, S. 186–202.
- Bürklin, Wilhelm und Markus Klein (1998): *Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung*, 2. Aufl. Opladen: Leske und Budrich.
- Bürklin, Wilhelm P. (1984): *Grüne Politik. Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Burr, Jeffrey A. und R. Nesselrode (1990): Change Measurement. In: Eye, Alexander von (Hg.), *Statistical Methods in Longitudinal Research. Vol 1: Principles and Structuring Change*, Boston: Academic Press, S. 3–125.
- Burt, Ronald S. (1987): Social Contagion and Innovation: Cohesion versus Structural Equivalence. In: *American Journal of Sociology* 92, S. 1287–1335.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes (1960): *The American Voter*. New York u. London: Wiley.
- Campbell, Angus, Gerald Gurin und Warren E. Miller (1954): *The Voter Decides*. Evanston: Row, Peterson.
- Cassel, Carol A. (1993): A Test of Converse's Theory of Party Support. In: *Journal of Politics* 55, S. 664–681.
- Chamberlain, G (1980): Analysis of Covariance with Qualitative Data. In: *Review of Economic Studies* 47, S. 225–238.
- Chochran, William G. (1953): *Sampling Techniques*. New York: Wiley.
- Clar, Michael (1986): Soziale Mobilität und Freundschaftswahlen. Ein Vergleich beider Prozesse in ihren Auswirkungen auf die soziale Lage der Person. In: *Zeitschrift für Soziologie* 15, S. 107–124.
- Clark, Terry Nichols und Seymour Martin Lipset (1991): Are Social Classes Dying? In: *International Sociology* 6, S. 397–410.
- Clark, Terry Nichols, Seymour Martin Lipset und Michael Rempel (1993): The Declining Political Significance of Social Class. In: *International Sociology* 8, S. 293–316.
- Claußen, Bernhard (1996): Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation: Problemfelder gesellschaftlicher Alltagspraxis und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. In: Claußen, Bernhard und Rainer Geißler (Hg.), *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch*, Opladen: Leske und Budrich, S. 15–48.
- Coleman, James S. (1991): *Grundlagen der Sozialtheorie. Band 1, Handlungen und Handlungssysteme. Studienausgabe*. München u. Wien: Oldenbourg.
- Coleman, James S., Elihu Katz und Herbert Menzel (1966): *Medical Innovation*. New York: Bobbs-Merrill.



- Cox, Kevin R. (1969): The Voting Decisions in a Spatial Context. In: Board, Christopher, Richard J. Chorley, Peter Haggett und David R. Stoddart (Hg.), *Progress in Geography 1*, New York: St. Martins, S. 81–117.
- Curtis, Richard F. (1963): Differential Association and the Stratification of the Urban Community. In: *Social Forces* 42, S. 68–77.
- Dalton, Russel J. (1986): Wertewandel oder Wertwende. Die Neue Politik und Parteienpolarisierung. In: Klingemann, Hans-Dieter und Max Kaase (Hg.), *Wahlen und politischer Prozeß*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 427–454.
- Dawson, Richard E., Kenneth Prewitt und Karen S. Dawson (1977): *Political Socialization. 2. Auflage*. Boston: Little-Brown.
- De Graaf, Nan Dirk und Bram Steijn (1996): The Service Class in a Post-industrial Society. Attitudes and Behaviour of the Social and Cultural Specialists in the Public Sector. Paper to be Presented at the RC28 Meeting of the International Sociological Association in Stockholm, May 30 - June 2 1996.
- Dennis, Jack (1988): Political Independence in America. Part I: On Being an Independent Partisan Supporter. In: *British Journal of Political Science* 18, S. 77–109.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (Hg.) (1993): *Das Sozio-ökonomische Panel (SO-EP), Benutzerhandbuch, Version 7, Oktober/93*. Berlin: DIW.
- Diehl, Claudia und Julia Urbahn (1997): *Politische Einstellungen und Partizipationsverhalten von Immigranten in der Bundesrepublik: Eine Bestandsaufnahme*. Arbeitspapier des MZES, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Diekmann, Andreas (1996): Homo ÖKOnomicus. Anwendungen und Probleme der Theorie rationalen Handelns im Umweltbereich. In: Diekmann, Andreas und Carlo C. Jaeger (Hg.), *Umweltsoziologie*, Opladen: Westdeutscher Verlag, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 36/1996, S. 89–119.
- Downs, Anthony (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: Mohr.
- Dunleavy, Patrick (1979): The Urban bases of political alignment: social class, domestic property ownership and state intervention in consumption processes. In: *British Journal of Political Science* 9, S. 403–443.
- Eagly, Alice H. und Shelly Chaiken (1993): *The Psychology of Attitudes*. Fort Worth: Harcourt Brace Jovanovich.
- Eith, Ulrich (1997): *Wahlverhalten in Sachsen-Anhalt. Zur Bedeutung sozialstruktureller Einflußfaktoren auf die Wahlentscheidungen 1990 und 1994*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Eltinge, J. L. und W. M. Sribney (1996): svy5: Estimates of linear Combinations and Hypothesis Tests for Survey Data. In: *Stata Technical Bulletin* 31, S. 31–42.
- Erikson, Robert und John H. Goldthorpe (1992): *The Constant Flux: a Study of Class Mobility in Industrial Societies*. Oxford: Clarendon Press.
- Erikson, Robert, John H. Goldthorpe und L. Portocarero (1979): Intergenerational Class Mobility in Three Western European Societies. In: *British Journal of Sociology* 30, S. 415–441.
- Esser, Hartmut (1999): *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 1: Situationslogik und Handeln*. Frankfurt/M. u. New York: Campus.
- Eulau, Heinz (1980): The Columbia Studies of Personal Influence. In: *Social Science History* 4, S. 207–228.
- Evans, Geoffrey (1993): Is Gender on the „New Agenda“? A Comparative Analysis of the Politicization of Inequality between Men and Women. In: *European Journal of Political Research* 24, S. 135–158.
- Falter, Jürgen W. (1977): Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen. In: *Politische Vierteljahresschrift* 18, S. 476–500.

- Falter, Jürgen W. und Hans Rattinger (1983): Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse. In: Kaase, Max und Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *Wahlen und Politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 320–421.
- Falter, Jürgen W. und Hans Rattinger (1992): Taugt sie wirklich so wenig, die deutsche Wahlforschung? Eine Replik auf Rainer-Olaf Schultze. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 22, S. 354–360.
- Falter, Jürgen W., Siegfried Schumann und Jürgen Winkler (1990): Erklärungsmodelle von Wählerverhalten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39, B43, S. 3–13.
- Feist, Ursula und Hubert Krieger (1987): Alte und neue Scheidungslinien des politischen Verhaltens. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B12/87, S. 33–47.
- Feld, Scott L. (1981): The Focused Organization of Social Ties. In: *American Journal of Sociology* 86, S. 1015–1035.
- Feld, Scott L. (1982): Social Structural Determinants of Similarity Among Associates. In: *American Sociological Review* 47, S. 797–801.
- Feld, Scott L. (1984): The Structured Use of Personal Associates. In: *Social Forces* 62, S. 640–652.
- Finifter, Ada W. (1974): The Friendship Group as a Protective Environment for Political Deviants. In: *American Political Science Review* 77, S. 957–73.
- Fiorina, Morris P. (1981): *Retrospective Voting in American National Election*. New Haven, Conn.: Yale University Press.
- Fiorina, Morris P. (1993): Explorations of a Political Theory of Party Identification. In: Niemi, Richard und Herbert F. Weisberg (Hg.), *Classics in Voting Behavior*, Washington: Congressional Quarterly Press, S. 247–262.
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (1994): Gesamtdeutsche Bestätigung für die Bonner Regierungskoalition. Eine Analyse der Bundestagswahl 1990. In: Klingemann, Hans-Dieter und Max Kaase (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 615–665.
- Franklin, Charles H. (1984): Issue Preferences, Socialization, and the Evolution of Party Identification. In: *American Journal of Political Science* 28, S. 459–78.
- Franklin, Charles H. und John E. Jackson (1983): The Dynamics of Party Identification. In: *American Political Science Review* 77, S. 957–973.
- Fuchs, Dieter (1991): Zum Wandel politischer Konfliktlinien. Ideologische Gruppierungen und Wahlverhalten. In: Süß, Werner (Hg.), *Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren. Innenpolitik, Politische Kultur, Außenpolitik*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 69–86.
- Geißler, Rainer (1996): Politische Sozialisation in der Familie. In: Geißler, Rainer und Bernhard Claußen (Hg.), *Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch*, Opladen: Leske und Budrich, S. 51–70.
- Gluchowski, Peter (1978): Parteiidentifikation im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Zum Problem der empirischen Überprüfung eines Konzepts unter variierten Systembedingungen. In: Oberndörfer, Dieter (Hg.), *Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Studien zu ausgewählten Problemen der Wahlforschung aus Anlaß der Bundestagswahl 1976*, Berlin: Wahlverhalten/Identifikationstheorie, S. 265–323.
- Gluchowski, Peter (1983): Wahlerfahrung und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik. In: Kaase, Max und Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 442–477.
- Gluchowski, Peter und Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff (1997): Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland. In: Gabriel, Oskar W., Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 187–??

- Goldthorpe, John H. (1982): On the Service Class, its Formation and Future. In: Giddens, Anthony und G. MacKenzie (Hg.), *Classes and the Division of Labour. Essays in Honour of Ilya Neustadt.*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 162–185.
- Goldthorpe, John H. (1995): The Service Class Revisited. In: Butler, Tim und Mike Savage (Hg.), *Social change and the middle classes*, London: UCL, S. 313–329.
- Green, Donald Philip und Palmquist Bradley (1990): Of Artifacts and Partisan Instability. In: *American Journal of Political Science* 34, S. 872–901.
- Haisken-De New, John und Joachim R. Frick (Hg.) (1998): *Desktop Companion to the German Socio-Economic Panel Study (GSOEP). Version 2.0*. Berlin: DIW.
- Hamerle, Alfred und Gerd Ronning (1995): Panel Analysis for Qualitative Variables. In: *Handbook of Statistical Modeling for the Social and Behavioral Sciences*, New York u. London: Plenum Press, S. Armingier, Gerhard and Clogg, Clifford C. and Sobel, Michael E.
- Hans-Jürgen, Andreß, Jacques A. Hagenars und Steffen Kühnel (1997): *Analyse von Tabellen und kategorialen Daten. Log-lineare Modelle, latente Klassenanalyse, logistische Regression und GSK-Ansatz*. Berlin usw.: Springer.
- Häußermann, Hartmut und Manfred Küchler (1993): Wohnen und Wählen. Zum Einfluß von Hauseigentum auf die Wahlentscheidung. In: *Zeitschrift für Soziologie* 22, S. 33–48.
- Heath, Anthony, Roger Jowell und John Curtice (1985): *How Britain Votes*. Oxford usw.: Pergamon Press.
- Heath, Anthony, Roger Jowell, John Curtice, Geoff Evans, Julia Field und Sharon Witherspoon (1991): *Understanding Political Change. The British Voter 1964–1987*. Oxford usw.: Pergamon Press.
- Heath, Anthony und Mike Savage (1995): Political Alignments within the Middle Classes, 1972-1989. In: Butler, Tim und Mike Savage (Hg.), *Social change and the middle classes*, London: UCL, S. 275–292.
- Hildebrand, Kai und Russel J. Dalton (1977): Die neue Politik. Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik? In: *Politische Vierteljahresschrift* 18, S. 230–256.
- Hout, Michael (1982): The Association between Husbands' and Wives Occupations in Two-Earner Families. In: *American Journal of Sociology* 88, S. 397–409.
- Hout, Michael, Clem Brooks und Jeff Manza (1995): The Democratic Class Struggle in the United States, 1948-1992. In: *American Sociological Review* 60, S. 805–828.
- Hout, Mike, Clem Brooks und Jeff Manza (1993): The Persistence of Classes in Post-Industrial Societies. In: *International Sociology* 8, S. 259–277.
- Howell, Susan E. (1981): Short Term Forces and Changing Partisanship. In: *Political Behavior* 3, S. 163–180.
- Hsiao, Cheng (1986): *Analysis of Panel Data*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Huckfeldt, Robert R. und John Sprague (1987): Networks in Context: The Social Flow of Information. In: *American Political Science Review* 81, S. 1197–1216.
- Huckfeldt, Robert R. und John Sprague (1991): Discussant Effects on Vote Choice: Intimacy, Structure, and interdependence. In: *Journal of Politics* 53, S. 122–157.
- Huckfeldt, Robert R. und John Sprague (1992): Political Parties and Electoral Mobilization: Political Structure, Social Structure, and the Party Canvas. In: *American Political Science Review* 86, S. 70–86.
- Huckfeldt, Robert R. und John Sprague (1995): *Citizens, Politics, and Social Communication. Information and Influence in an Election Campaign*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hyman, Herbert H. (1959): *Political Socialization. A study of the psychology of political behavior*. Glencoe: Free Press.
- Infratest Sozialforschung (1996): *Methodenbericht Zuwandererbefragung II*. München: Infratest.
- Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution . Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.

- Jackson, John E. (1975): Issues, Party Choices, and Presidential Votes. In: *American Journal of Political Science* 19, S. 161–185.
- Jackson, Robert Max (1977): Social Structure and Process in Friendship Choice. In: Fischer, Claude S., Robert Max Jackson, C. Ann Stueve, Kathleen Gerson, McCallister Jones. Lynne und Mark Baldassare (Hg.), *Network and Places. Social Relations in the Urban Setting*, New York: Free Press, S. 59–78.
- Jacobs, Jerry J. und Frank F. Furstenberg (1986): Changing Places: Conjugal Careers and Women's Marital Mobility. In: *Social Forces* 64, S. 714–732.
- Jennings, Kent M. und Richard G. Niemi (1974): *The Political Charakter of Adolescence*. Princeton: Princeton University Press.
- Johnston, John und John E. DiNardo (1997): *Econometric Methods. 4. Auflage*. New York: McGraw-Hill.
- Judd, Charles M. und David A. Kenny (1981): *Estimating the Effects of Social Interventions*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Juhász, Zoltan (1993): Wahlabsicht und Rückerinnerung – zwei Angaben zur aktuellen Bewertung der politischen Parteien? In: Gabriel, Oskar W. und Klaus G. Troitzsch (Hg.), *Wahlen in Zeiten des Umbruchs*, Frankfurt: Lang, S. 27–49.
- Kaase, Max (1970): Determinanten des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1969. In: *Politische Vierteljahresschrift* 11, S. 46–110.
- Kaase, Max und Hans-Dieter Klingemann (1994): Electoral Research in the Federal Republic of Germany. In: *European Journal of Political Research* 25, S. 343–366.
- Kalmijn, Matthijs (1991): Status Homogamy in the United States. In: *American Journal of Sociology* 97, S. 496–523.
- Kalmijn, Matthijs (1994): Assortative Mating by Cultural and Economic Occupational Status. In: *American Journal of Sociology* 100, S. 422–452.
- Kish, Leslie (1965): *Survey Sampling*. New York usw.: Wiley.
- Klein, Thomas (1991): Schulische Sozialisation und politische Werte. Eine empirische Analyse zum Generationsmodell des Wertewandels. In: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, S. 18–29.
- Klingemann, Hans-Dieter und Jacob Steinwede (1993): Traditionelle Kleingruppenbindung der Wähler in der Bundesrepublik. Stabilität oder Veränderung in den achtziger Jahren? In: Klingemann, Hans-Dieter und Wolfgang Luthard (Hg.), *Wohlfahrtsstaat, Sozialstruktur und Verfassungsanalyse. Jürgen Fijalkowski zum 60. Geburtstag.*, Opladen: Bedeutung der Eliten bei der kulturellen Überformung traditioneller Konflikte, S. 49–65.
- Knoke, David (1990): *Political Networks: The Structural Perspective*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kohler, Ulrich (1997): Sozialstruktur und Parteipräferenz: Zum Nutzen des Sozio-ökonomischen Panels für die Wahlsoziologie. In: Müller, Walter (Hg.), *Soziale Ungleichheit. Neue Befunde zu Strukturen, Bewusstsein und Politik*, Opladen: Leske und Budrich, S. 269–302.
- Kohler, Ulrich (1998): Zur Attraktivität der Grünen bei älteren Wählern. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50, S. 536–559.
- Kohler, Ulrich und Frauke Kreuter (2001): *Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung*. München und Wien: Oldenbourg.
- Korpi, Walter (1983): *The Democratic Class Struggle*. London: Routledge.
- Kreuter, Frauke (2001): *Methodische Probleme und Verfahren der Messung von Kriminalitätsfurcht*. Konstanz: Dissertation Universität Konstanz.
- Kriesi, Hanspeter (1989): New Social Movements and the New Class in the Netherlands. In: *American Journal of Sociology* 94, S. 1078–1116.
- Kruskal, Joseph B. und Myron Wish (1978): *Multidimensional Scaling*. Beverly Hill u. London: Sage.

- Küchler, Manfred (1990): Ökologie statt Ökonomie: Wählerpräferenzen im Wandel? In: *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. Kaase, Max and Klingemann, Hans-Dieter.
- Landua, Detlef (1989): *Stabilität und Wandel von Parteineigungen. Eine Panelanalyse politischer Präferenzen in der Bundesrepublik. Diskussionspapier P 89 - 105*. Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Landua, Detlef (1990): *Erweiterungsmöglichkeiten der Standardverfahren der empirischen Sozialforschung. Panelauswertungen von Parteipräferenzen. Diskussionspapier P 90 - 101*. Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Landua, Detlef (1991): Möglichkeiten längsschnittorientierter und kontextbezogener Auswertungsverfahren für die Analyse subjektiver Einstellungsdaten. In: *Politische Vierteljahresschrift* 32, S. 92–110.
- Laumann, Edward O. (1966): *Prestige and Association in an Urban Community*. Indianapolis u. New York: Bobbs-Merrill.
- Laumann, Edward O. (1973): *Bonds of Pluralism: The Form and Substance of Urban Social Networks*. New York usw.: Wiley.
- Lazarsfeld, Paul F., Bernard Berelson und Hazel Gaudet (1948): *The People's Choice. How Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign*. New York: Columbia University Press.
- Lazarsfeld, Paul F. und Robert K. Merton (1964): Friendship as Social Process: A Substantive and Methodological Analysis. In: Berger, Morroe, Theodore Abel und Charles H. Page (Hg.), *Freedom and Control in Modern Society*, New York: Octagon Books, S. 18–66.
- Lee, Eun Sul, Ronald N. Forthofer und Ronald J. Lorimor (1989): *Analyzing Complex Survey Data*. Newbury Park usw.: Sage.
- Lepsius, Rainer M. (1973): Parteisystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Ritter, Gerhard A. (Hg.), *Deutsche Parteien vor 1918*, Köln: Kiepenheuer u. Witsch, S. 56–80.
- Liker, J., S. Augustyniak und Greg J. Duncan (1985): Panel Data and Models of Change: A Comparison of First Difference and Conventional Two-Wave Models. In: *Social Science Research* 14, S. 80–101.
- Linz, Juan (1967): Cleavage and Consensus in West German Politics: The Early Fifties. In: *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspective*, New York: Free Press, S. 283–321.
- Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan (1967): Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction. In: *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspective*, New York: Free Press, S. 1–64.
- Little, R. J. A. und D. B. Rubin (1987): *Statistical Analysis with Missing Data*. New York: Wiley.
- Loehlin, John C. (1992): *Latent Variable Models. An Introduction to Factor, Path and Structural Analysis. 2. Auflage*. Hillsdale u. London: Lawrence Erlbaum.
- Long, Scott J. (1997): *Regression Models for Categorical and Limited Dependent Variables*. Thousand Oaks: Sage.
- Luskin, Robert C., John P. McIver und Garmines Edward G. (1989): Issues and the Transmission of Partisanship. In: *American Journal of Political Science* 33, S. 440–458.
- MacKuen, Robert S., Erikson und James A. Stimson (1993): Macropartisanship. In: Niemi, Richard und Herbert F. Weisberg (Hg.), *Controversies in Voting Behavior. 3. Auflage*, Washington: Congressional Quarterly Press, S. 284–303.
- Manza, Jeff, Michael Hout und Clem Brooks (1995): Class Voting in Capitalist Democracies Since World War II: Dealignment, Realignment, or Trendless Fluctuation. In: *Annual Review of Sociology* 21, S. 137–162.
- Mare, Robert D. (1991): Five Decades of Educational Assortative Mating. In: *American Sociological Review* 56, S. 15–32.
- Markus, Gregory B. (1979): *Analyzing Panel Data*. Beverly Hills u. London: Sage.

- Markus, Gregory B. (1983): Dynamic Modeling of Cohort Change: the Case of Political Partisanship. In: *British Journal of Political Science* 27, S. 717–739.
- Marsden, Peter V. (1988): Homogeneity in Confiding Relations. In: *Social Networks* 10, S. 57–76.
- Marx, Karl (1885): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. 3. verbesserte u. erweiterte Auflage, Nachdruck Berlin 1965*. Hamburg: Rowohlt.
- Maslow, Abraham H. (1954): *Motivation and Personality*. New York: Evanston.
- McAdams, James (1987): Testing the theory of the new class. In: *The Sociological Quarterly* 28, S. 23–49.
- McFadden, Daniel (1973): Conditional Logit Analysis of Qualitative Choice Behavior. In: Zarempka, P. (Hg.), *Frontiers in Econometrics*, New York: Academic Press, S. 105–142.
- McPhee, William N. (1963): *Formal Theories of Mass Behavior*. London: Free Press.
- Merton, Robert K. (1967): *Social Theory and Social Structure. 11. Aufl.* New York und London: Free Press.
- Mielke, Gerd (1991): Des Kirchturms langer Schatten. Konfessionell-religiöse Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens. In: *Wahlverhalten*, Stuttgart: Kohlhammer, S. 139–165.
- Miller, Warren E. (1991): Party Identification, Realignment, and Party Voting: Back to the Basics. In: *American Journal of Political Science* 87, S. 557–568.
- Miller, Warren E. und Merrill Shanks (1996): *The New American Voter*. Cambridge u. London: Harvard University Press.
- Müller, Walter (1993): Social Structure, Perception and Evaluation of Social Inequality and Party Preferences. In: Krebs, Dagmar und Peter Schmidt (Hg.), *New Directions in Attitude Measurement*, Berlin/New York: DeGruyter, S. 94–117.
- Müller, Walter (1997): Sozialstruktur und Wahlverhalten. Eine Widerrede gegen die Individualisierungsthese. Anmerkungen zu dem Beitrag von Schnell und Kohler. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49, S. 747–761.
- Müller, Walter (1998): Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50, S. 3–47.
- Müller-Rommel, Ferdinand (1989): Green Parties and Alternative Lists under Cross-National Perspective. In: Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.), *New Politics in Western Europe. The Rise and Success of Green Parties and Alternative Lists*, Boulder usw.: Westview Press, S. 5–23.
- Müller-Rommel, Ferdinand (1993): *Grüne Parteien in Westeuropa*. Westdeutscher Verlag.
- Need, Ariana und Nan Dirk De Graaf (1996a): The Changing Electorate of the Confessional Parties: Effects of Socialization and Intragenerational Religious Mobility in the 1956-1994 Elections. In: *Netherlands Journal of Social Sciences* 32, S. 51–70.
- Need, Ariana und Nan Dirk De Graaf (1996b): The Confessional Vote Over the Life-Course: Effect of Socialization and Intragenerational Religious Mobility in the Elections 1956-1994. Paper to Be Presented at the RC28 Meeting of the International Sociological Association in Storckholm, May 30 - June 2 1996.
- Niemi, Richard und Kent M. Jennings (1991): Issues and Inheritance in the Formation of Party Identification. In: *American Journal of Political Science* 35, S. 970–988.
- Nieuwbeerta, Paul (1995): *The Democratic Class Struggle in Twenty Countries, 1945/1990*. Amsterdam: Thesis Publishers.
- Norpoth, Helmut (1978): Party Identification in West Germany. Tracing an Elusive Concept. In: *Comparative Political Studies* 11, S. 36–691.
- Oberndörfer, Dieter und Karl Schmitt (1991): *Parteien und regionale politische Traditionen*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Page, Benjamin I und Calvin Jones (1979): Reciprocal Effects of Policy Preferences, Party Loyalties and the Vote. In: *American Political Science Review* 73, S. 1071–1089.
- Pakulski, Jan (1993): The Dying of Class or of Marxist Class Theory? In: *International Sociology* 8, S. 279–292.

- Pannenberg, Markus, Rainer Pischner, Ulrich Rendtel und Gert Wagner (1998): Sampling and Weighting. In: Haisken-De New, John und Joachim R. Frick (Hg.), *Desktop Companion to the German Socio-Economic Panel Study (GSOEP). Version 2.0*, Berlin: DIW, S. 97–118.
- Pappi, Franz Urban (1973a): Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. In: *Politische Vierteljahresschrift* 14, S. 191–214.
- Pappi, Franz Urban (1973b): Sozialstruktur und soziale Schichtung in einer Kleinstadt mit heterogener Bevölkerung. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 25, S. 23–74.
- Pappi, Franz Urban (1976): *Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik Deutschland. Individual- und Kontextanalyse der Wahlentscheidung*. Habil. Köln: Universität Köln.
- Pappi, Franz Urban (1977): Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektorats 1953 und 1976. In: *Politische Vierteljahresschrift* 14, S. 195–229.
- Pappi, Franz Urban (1979): Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik. In: Matthes, Joachim (Hg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa. Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages*, Frankfurt a. M.: Campus, S. 465–479.
- Pappi, Franz Urban (1985): Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung Stabilität und Wandel. In: Operndörfer, Dieter, Hans Rattinger und Karl Schmitt (Hg.), *Wirtschaftlicher Wandel, Religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Duncker und Humblot, S. 263–290.
- Pappi, Franz Urban (1986): Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen im Zeitvergleich. In: Kaase, Max und Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 369–384.
- Pappi, Franz Urban (1990): Klassenstruktur und Wahlverhalten im sozialen Wandel. In: Kaase, Max und Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 15–30.
- Pappi, Franz Urban (1994): *Reasoning voters in Multiparty Systems. MZES Arbeitspapiere, AB II/7*. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Plewis, Ian (1985): *Analysing Change. Measurement and Explanation Using Longitudinal Data*. Chichester usw.: Wiley.
- Poguntke, Thomas (1989): The „New Politics Dimension“ in European Green Parties. In: Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.), *New Politics in Western Europe. The Rise and Success of Green Parties and Alternative Lists*, Boulder usw.: Westview Press, S. 175–194.
- Poguntke, Thomas (1993): *Alternative Politics. The German Green Party*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Popielarz, Pamela A. (1999): Organizational Constraints on Personal Network Formation. In: Andrews, Steven B. und David Knoke (Hg.), *Networks in and Around Organizations*, Stamford: Jai Press, S. 263–281.
- Raftery, Adrian E. (1995): Bayesian Model Selection in Social Research. In: Marsden, Peter V. (Hg.), *Sociological Methodology Volume 25*, Oxford: Blackwell, S. 111–163.
- Raschke, Joachim und Rüdiger Schmitt-Beck (1994): Die Grünen. Stabilisierung durch Niedergang der Etablierten? In: Bürklin, Wilhelm und Dieter Roth (Hg.), *Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten*, Köln: Bund Verlag, S. 160–184.
- Rodgers, Willard L. (1989): Comparisons of Alternative Approaches to the Estimation of Simple Causal Models from Panel Data. In: Kasprzyk, Daniel, Greg J. Duncan, Graham Kalton und M. P. Singh (Hg.), *Panel Surveys*, New York usw.: Wiley, S. 432–456.
- Rohe, Karl (1992): *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Savage, Mike (1991): Making Sense of Middle-Class politics: A Secondary Analysis of the 1987 British General Election Survey. In: *Sociological Review* 39, S. 26–54.

- Schmitt, Karl (1984): Inwieweit bestimmt auch heute noch die Konfession das Wahlverhalten? In: *Der Bürger im Staat* 34, S. 95–107.
- Schmitt, Karl (1989): *Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker u. Humblot.
- Schnell, Rainer (1986): *Missing-Data-Probleme in der empirischen Sozialforschung*. Bochum: Dissertation Universität Bochum.
- Schnell, Rainer (1993): Die Homogenität sozialer Kategorien als Voraussetzung für RRepräsentativität und Gewichtungungsverfahren. In: *Zeitschrift für Soziologie* 22, S. 16–32.
- Schnell, Rainer und Ulrich Kohler (1995): Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953-1992. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47, S. 634–658.
- Schnell, Rainer und Ulrich Kohler (1997): Zur Erklärung sozio-demographischer Variablen im Zeitverlauf. Entgegnung auf Walter Müller sowie auf Wolfgang Jagodzinski und Markus Quandt. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49, S. 783–795.
- Schultze, Rainer-Olaf (1991): Außengeleitete Innovation und innengeleiteter Methodenrigorismus - Deutsche Wahlsoziologie auf dem Prüfstand internationalen Vergleichs. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 21, S. 481–494.
- Schultze, Rainer-Olaf (1994): Aus Anlaß des Superwahljahres: Nachdenken über Konzepte und Ergebnisse der Wahlsoziologie. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 25, S. 472–493.
- Schulze, Gerhard (1992): *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. 2. Aufl.* Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Schupp, Jürgen (1988): Politisches Interesse. In: Krupp, Hans-Jürgen und Jürgen Schupp (Hg.), *Lebenslagen im Wandel: Daten 1987 (Sozio-ökonomische Daten und Analysen für die Bundesrepublik Deutschland, Band 3)*, Frankfurt a. M. und New York: Campus, S. 257–267.
- Skinner, C. J., D. Holt und T. M. F. Smith (1989): *Analysis of Complex Surveys*. Chichester usw.: Wiley.
- Smith, Robert B. (1992a): Action Embedded in Social Structure: A systematic Theory. Part I, Theory and Evidence. In: *Quality and Quantity* 26, S. 181–204.
- Smith, Robert B. (1992b): Action Embedded in Social Structure: A systematic Theory. Part II, Explanations. In: *Quality and Quantity* 26, S. 205–231.
- Smith, Robert B. (1996): Social Structure and Voting Choice: Hypotheses, Findings and Interpretations. In: *Quality and Quantity* 30, S. 137–160.
- StataCorp (1999a): *Stata Reference Manual, Release 6, Volume 4, Su-Z*. College Station: Stata Press.
- StataCorp (1999b): *Stata User's Guide, Release 6*. College Station: Stata Press.
- Stephens, John D. (1981): The Changing Swedish Electorate: Class Voting, Contextual Effects and Voter Volatility. In: *Comparative Political Studies* 14, S. 163–204.
- Taris, Toon W. (2000): *A Primer in Longitudinal Data Analysis*. London: Sage.
- Taylor, Peter J. und Ronald J. Johnston (1979): *Geography of Elections*. Harmondsworth: Penguin.
- Thomassen, Jacques (1993): Party Identification as a Cross-National Concept: Its Meaning in the Netherlands. In: Niemi, Richard G. und Herbert F. Weisberg (Hg.), *Classics in Voting Behavior*, Washington: CQ-Press, S. 263–267.
- Valentino, Nicholas A. und David O. Sears (1998): Event-Driven Political Communication and the Preadult Socialization of Partisanship. In: *Political Behavior* 20, S. 127–154.
- Valkonen, Tapani (1969): Individual and Structural Effects in Ecological Research. In: Dogan, Mattei und Stein Rokkan (Hg.), *Quantitative Ecological Analysis in the Social Sciences.*, Cambridge: MIT.
- Verbrugge, Lois M. (1977): The Structure of Adult Friendship Choices. In: *Social Forces* 56, S. 576–597.
- Weakliem, David L. und Anthony Heath (1994): Rational Choice and Class Voting. In: *Rationality and Society* 6, S. 243–270.



- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. 5. rev. Auflage. Studienausgabe.* Tübingen: Mohr (Siebeck).
- Weisberg, Herbert F. (1987): The Demographics of a New Voting Gap. Marital Differences in American Voting. In: *Public Opinion Quarterly* 51, S. 335–343.
- Weßels, Bernhard (1991): *Erosion des Wachstumsparadigmas: Neue Konfliktstrukturen im politischen System der Bundesrepublik.* Opladen: Neue Cleavages?
- Weßels, Bernhard (1994): Gruppenbindung und rationale Faktoren als Determinanten der Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland. In: Kaase, Max und Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 305–364.
- Whiteley, Paul F. (1988): The Causal Relationships Between Issues, Candidate Evaluations, Party Identification, and Vote Choice – The View from 'Rolling Thunder'. In: *Journal of Politics* 50, S. 961–984.
- Wildenmann, Rudolf (1992): *Wahlforschung.* Mannheim: Wahlverhalten.
- Wippler, Reinhard (1990): Cultural Resources and Participation in High Culture. In: Hechter, Michael, Karl-Dieter Opp und Michael Hechter (Hg.), *Social Institutions. Their Emergence, Maintenance and Effects*, Berlin/New York: De Gruyter, S. 187–204.
- Wolter, Kirk M. (1985): *Introduction to Variance Estimation.* New York usw.: Springer.
- Zuckerman, Alan S., Laurence A. Kotler-Berkowitz und Lucas A. Swaine (1998): Anchoring Political Preferences: The Structural Bases of Stable Electoral Decisions and Political Attitudes in Britain. In: *European Journal of Political Research* 33, S. 285–321.
- Zuckerman, Alan S., Nicholas A. Valentino und Ezra W. Zuckerman (1994): A Structural Theory of Vote Choice: Social and Political Networks and Electoral Flows in Britain and the United States. In: *Journal of Politics* 56, S. 1008–1033.